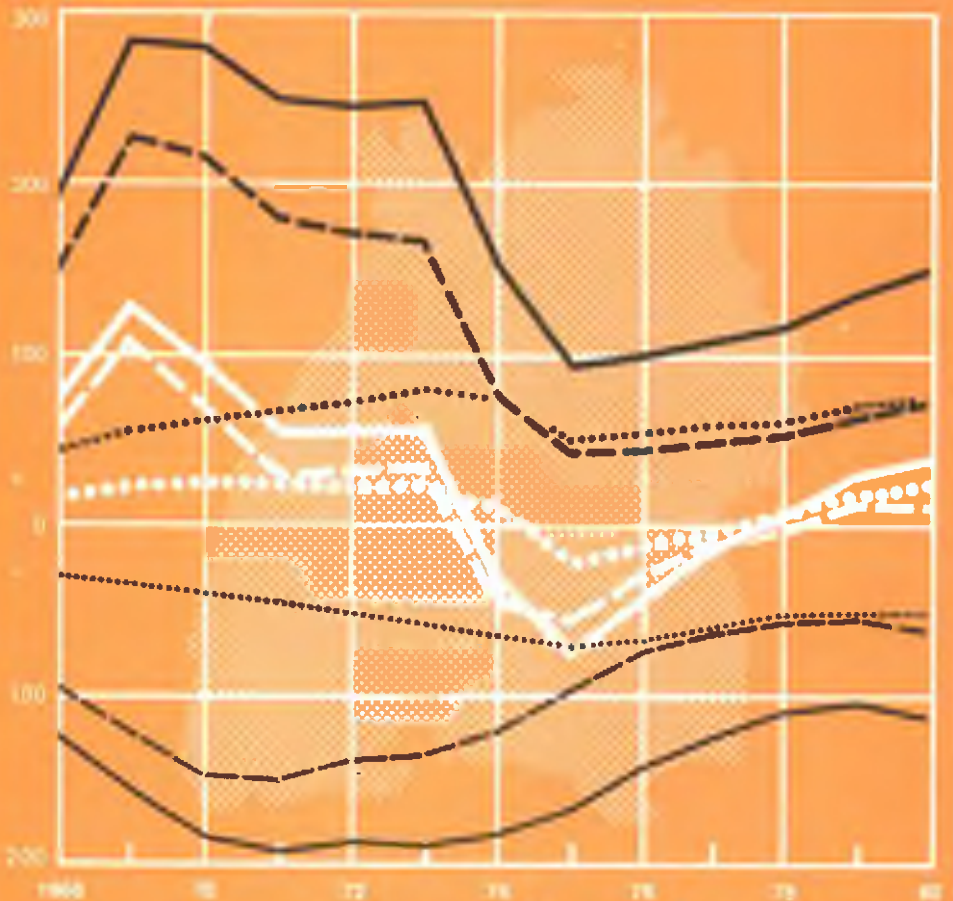


Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1980/81

Heft 8

Wanderungsbewegung der Ausländer über die Landesgrenze Baden-Württembergs

Tsd. Personen

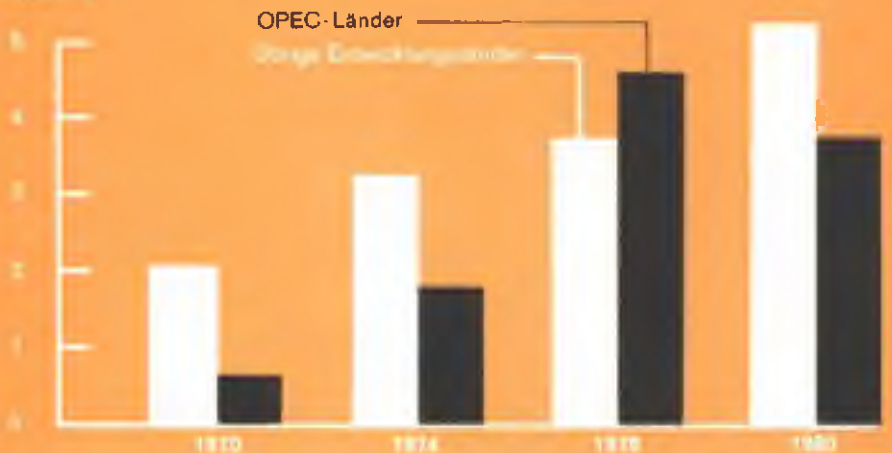


Ingesamt
Erwerbspersonen
Nichterwerbspersonen

Zuzüge
Fortzüge
Netto

Ausfuhr in die Entwicklungsländer

Mill. DM



Baden-Württemberg



**Statistischer
und
prognostischer
Jahresbericht 1980 / 81**

**Herausgegeben von der Landesregierung
Baden-Württemberg in Zusammenarbeit mit dem
Statistischen Landesamt**

Artikel-Nr. 111481001

Vorwort

Die Landesregierung legt mit dem Statistischen und Prognostischen Jahresbericht 1980/81 den achten Bericht in dieser Reihe vor. Außer dem Rückblick auf das vergangene Jahr und dem Ausblick enthält der Bericht einige Untersuchungen zu verschiedenen Schwerpunktbereichen der aktuellen Landespolitik. Für die Landesregierung stellt der Bericht eine zuverlässige Datensammlung dar, die für jede verantwortungsbewußte politische Entscheidung unverzichtbar ist.

Aufgabe des Berichtes ist es, auf Entwicklungen und Situationen im Land hinzuweisen und, soweit als möglich, auf die jeweiligen Bestimmungsfaktoren aufmerksam zu machen. Der Statistische und Prognostische Jahresbericht soll nicht nur der Landesregierung Material an die Hand geben, vielmehr sollen auch die Bürger und alle Verantwortlichen über Entwicklungen im Land informiert werden.

Neben der Entwicklung der Auslandsnachfrage trug im Jahr 1980 insbesondere die überdurchschnittlich hohe Produktionszunahme im Investitionsgüterbereich zum wirtschaftlichen Wachstum in Baden-Württemberg bei. Das reale Bruttoinlandsprodukt erhöhte sich im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 % und lag damit deutlich über dem Wert für das gesamte Bundesgebiet (+ 1,9 %). Dieser hohe Zuwachs wurde ganz überwiegend vom Warenproduzierenden Gewerbe getragen, das in Baden-Württemberg einen Zuwachs von 3,3 % verzeichnete, im Bundesgebiet dagegen nur von + 0,9 %.

Die Bevölkerung hat im Jahr 1980 in Baden-Württemberg um rund 69 000 auf fast 9,26 Millionen Personen zugenommen. Dabei belief sich der Wanderungsüberschuß bei den Ausländern auf rund 40 000, bei den Deutschen auf rund 21 600 Personen. Die natürliche Entwicklung der Gesamtbevölkerung war gekennzeichnet durch einen gegenüber 1979 auf über 7 300 Personen erhöhten Geburtenüberschuß auf Grund der seit dem Jahr 1979 zu beobachtenden Geburtenzunahme. Wie sich aus den Analysen ergab, ist die Zunahme der Geburten zu etwa drei Vierteln auf das geänderte generative Verhalten und etwa zu einem Viertel auf die Besetzung der Altersjahrgänge zurückzuführen.

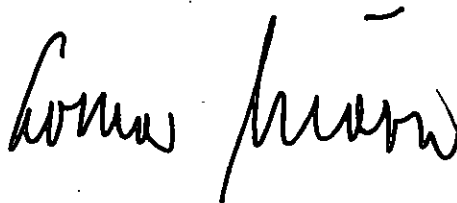
Die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr ist durch welt- und binnenwirtschaftliche Rahmenbedingungen weitgehend vorgeprägt. Die Entwicklung der Nachfrage und der Produktion in den ersten Monaten dieses Jahres deutet in Baden-Württemberg nicht auf einen verstärkten Rückgang hin, so daß unter Berücksichtigung einer konjunkturstützenden Wirkung des Exportes das Vorjahresniveau der volkswirtschaftlichen Leistung erreicht werden könnte.

Im Teil II und Teil III enthält der Bericht wieder einige Analysen zu wichtigen Themenbereichen. Die im Teil II enthaltene "Langfristige Modellrechnung demographischer Eckdaten" berücksichtigt die gegenüber vorhergehenden Berechnungen geänderten Bestimmungsfaktoren. Gerade unter dem Aspekt der Langfristigkeit ist auf den Modellcharakter der Berechnungen hinzuweisen.

In den Analyseabschnitten des Teils III wird — aus statistischer Sicht — die Situation in verschiedenen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Bereichen untersucht.

Die Landesregierung dankt dem Präsidenten des Statistischen Landesamtes, Herrn Prof. Dr. M. Wingen, und seinen Mitarbeitern für die mit großer Sorgfalt erfolgte Ausarbeitung des Statistischen und Prognostischen Jahresberichtes 1980/81.

Stuttgart, im Juni 1981



Ministerpräsident
Lothar Späth



Inhalt

| | Seite |
|---|-------|
| Vorwort | 3 |
| Teil I | |
| Rückblick und Ausblick | |
| 1. Das Jahr 1980 im Überblick | 7 |
| 2. Ausblick auf das Jahr 1981 | 18 |
| Teil II | |
| Langfristige Modellrechnung demographischer Eckdaten | 29 |
| Teil III | |
| Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen | |
| 1. Sozialstruktur | 39 |
| 1.1 Die Frau in Familie und Beruf | 39 |
| 1.2 Zur Situation der Ausländer | 57 |
| 1.3 Grunddaten zur Situation der Behinderten | 73 |
| 1.4 Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen der 70er Jahre | 80 |
| 2. Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten und der Studierenden | 98 |
| 3. Wirtschaft | 104 |
| 3.1 Handel und Handwerk | |
| – Träger des Mittelstandes | 104 |
| 3.2 Die Handelsbeziehungen Baden-Württembergs mit den Entwicklungsländern | 118 |
| 4. Die ökonomische Bedeutung der Umweltschutzinvestitionen und –leistungen | 125 |
| 4.1 Entwicklungen der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1971 bis 1978 | 125 |
| 4.2 Volkswirtschaftliche Aspekte des Umweltschutzes | 135 |
| 5. Strukturen und Entwicklungen in der Land- und Forstwirtschaft | 144 |
| Anhang | 154 |

Teil I

Rückblick und Ausblick

1. Das Jahr 1980 im Überblick

Trotz der schwierigen internationalen Lage und der wachsenden Probleme in der Energie- und Rohstoffversorgung fiel die Wirtschaftsentwicklung unseres Landes im ersten Jahresdrittel günstig aus. Vor dem Hintergrund noch nicht absehbarer politischer Verwicklungen im Mittleren Osten blieb dagegen die Sorge um eine gesicherte Energie- und Rohstoffversorgung das Jahr über aktuell. Angesichts dieser schwierigen Situation und einer spätestens im Frühjahr deutlich gewordenen Rezession in wichtigen Partnerländern wie den USA erwies sich die Binnenkonjunktur als vergleichsweise widerstandsfähig. Hieran waren vor allem der Export und die lebhafteste Investitionstätigkeit beteiligt, während der private Konsum stagnierte. Im zweiten Halbjahr mehrten sich dann die Zeichen einer nachlassenden konjunkturellen Aktivität: die Auftragseingänge sanken unter das Vorjahresniveau, die Produktion stagnierte, wobei im Jahresablauf diese rückläufigen Tendenzen immer mehr Branchen erfaßten und erste Konsequenzen auf dem Arbeitsmarkt sichtbar wurden.

Zwei Entwicklungen charakterisieren das abgelaufene Jahr aus demographischer Sicht. Die schon 1979 zu verzeichnende Zunahme der Geburten bei den Deutschen hat sich 1980 fortgesetzt. Beachtlich verstärkt hat sich zum anderen auch die Nettozuwanderung sowohl von Deutschen wie aber besonders von Ausländern. Insgesamt hatte Baden-Württemberg damit am Jahresende rund 9,3 Mill. Einwohner.

Innenpolitisch stand das Jahr im Zeichen von mehreren Wahlen. Im März fand die Landtagswahl, im Juni die Wahl der Gemeinde- und Ortschaftsräte und im Oktober die Bundestagswahl statt. Ministerpräsident Lothar Späth setzte in seiner Regierungserklärung die Akzente für die Landespolitik der nächsten vier Jahre. Finanzpolitische Schwerpunkte sind: Konsolidierung von Finanzen, Limitierung des Personalstellenzuwachses, Überprüfung der Schwerpunkte des kommunalen Finanzausgleichs.

Tabelle 1

Bevölkerungsbewegung

| Merkmal | 1979 | | | 1980 | | |
|---------------------------------------|--------------------|-----------|-----------|--------------------|-----------|-----------|
| | Personen insgesamt | davon | | Personen insgesamt | davon | |
| | | Deutsche | Ausländer | | Deutsche | Ausländer |
| Anzahl | | | | | | |
| Geburten | 92 425 | 76 318 | 16 107 | 99 721 | 82 367 | 17 354 |
| Sterbefälle | 91 513 | 90 027 | 1 486 | 92 418 | 90 907 | 1 511 |
| Geburtenüberschuß bzw. -verlust (-) | + 912 | - 13 709 | + 14 621 | + 7 303 | - 8 540 | + 15 843 |
| Zuzüge | 258 873 | 122 214 | 136 659 | 277 315 | 125 959 | 151 356 |
| Fortzüge | 207 523 | 103 556 | 103 967 | 215 723 | 104 409 | 111 314 |
| Wanderungssaldo | + 51 350 | + 18 658 | + 32 692 | + 61 592 | + 21 550 | + 40 042 |
| Ein- bzw. Ausbürgerung (-) | - | + 3 084 | - 3 084 | - | + 2 968 | - 2 968 |
| Bevölkerungszunahme bzw. -abnahme (-) | + 52 262 | + 8 033 | + 44 229 | + 68 895 | + 13 010 | + 55 885 |
| Bevölkerungsstand am Jahresende | 9 190 052 | 8 316 616 | 873 436 | 9 258 947 | 8 332 594 | 926 353 |

Akzente in der Landespolitik sollen in den Ausgabenbereichen Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung, Sicherung der Arbeitsplätze, Schaffung von ausreichendem Wohnraum für sozial Schwächere zu tragbaren finanziellen Bedingungen und Fürsorge für vernachlässigte Gruppen gesetzt werden. Die familienpolitischen Initiativen wurden mit der Aktion „Senioren“ fortgesetzt.

Geburtenzahlen nehmen weiter zu

Die Bevölkerungsentwicklung zeigte auch 1980 steigende Tendenz. Die Erhöhung um 68900 Einwohner auf insgesamt 9,26 Mill. beruhte im wesentlichen auf der Zunahme der ausländischen Bevölkerung, deren Zahl am Jahresende bei 926400 lag; dies entspricht einem Anteil von 10% der Gesamtbevölkerung. Der Wanderungsüberschuß bei den Ausländern belief sich auf rund 40000 und bei den Deutschen auf 21500. Rund 3000 Ausländer haben die deutsche Staatsbürgerschaft erworben. Als Asylsuchende strömten 1980 rund 23500 Personen in unser Land. Dabei konnte durch verschiedene Maßnahmen der Zustrom von 20500 Personen allein im ersten Halbjahr auf 133 im Dezember reduziert werden. In geringerem Umfang hat auch die Geburtenentwicklung zu der Bevölkerungszunahme beigetragen. Hier verstärkt sich der Eindruck einer möglichen Tendenzwende. Die Zahl der Lebendgeborenen liegt bei 99700 und damit um 7,9% höher als im Vorjahr. Allerdings besteht bei der deutschen Bevölkerung immer noch ein – gegenüber früheren Jahren – kleiner gewordenes Geburtendefizit (–8500), dem ein Geburtenüberschuß von 15800 Ausländern gegenüberstand, so daß sich im ganzen ein positiver Geburtensaldo von 7300 Personen ergab. Die schon 1979 zu beobachtende Zunahme der Geburten bei den Deutschen hat sich 1980 fortgesetzt. Im Jahr 1980 erhöhte sich die Zahl der lebendgeborenen Deutschen um 7,9%. Die Geburtenzunahme ist zum überwiegenden Teil auf die höhere Fruchtbarkeit in verschiedenen Altersjahrgängen und nur zum kleineren Teil (etwa zu einem Viertel bis zu einem Drittel) auf die gestiegene Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter zurückzuführen. Die Ausländer passen sich, wie die Beobachtung zeigt, in ihrem generativen Verhalten zwar dem der deutschen Bevölkerung an, doch sind noch immer hohe Geburtenüberschüsse zu verzeichnen, die unter anderem auch mit der günstigen Altersstruktur dieser Bevölkerungsgruppe zusammenhängen.

Weiter sinkende Schülerzahlen an Grund- und Hauptschulen – steigende Studierendenzahlen

Im öffentlichen Schulbereich besuchen rund 97000 Erstkläßler das laufende Schuljahr 1980/81. Die Zahl liegt um 7% niedriger als im Vorjahr. Insgesamt sank die Schülerzahl in den Grundschu-

len um 7% auf 427000 und in den Hauptschulen um 5% auf 283000. Der prozentuale Anteil der Übergänge von den Grundschulen auf die Hauptschulen hat in diesem Jahr erstmals wieder zugenommen, nachdem in den vergangenen Jahren zunehmend der Übergang auf Realschulen und Gymnasien für Jungen und Mädchen gleichermaßen angestrebt wurde. Die Quoten der Übergänge von den Grundschulen zu den Realschulen nahm gegenüber dem Vorjahr von 30,0% auf 28,7% und zu den Gymnasien von 31,5% auf 29,8% ab. Die Schülerzahl an den Realschulen (250300) blieb nahezu unverändert, an den Gymnasien erhöhte sie sich geringfügig (um 0,8% auf 314900), da hier das zahlenmäßige Gewicht der Schüler aus den geburtenstarken Jahrgängen vor allem in der Oberstufe stärker durchschlägt. Da sich die Zahl der Lehrstellen an Grund- und Hauptschulen nur leicht verringerte und bei den Realschulen und Gymnasien Zunahmen zu verzeichnen waren, hat sich die Schüler-Lehrer-Relation zahlenmäßig etwas verbessert. Auch bei den Sonderschulen verbesserte sich die Relation Schüler je Lehrer.

Der Zustrom zu den öffentlichen beruflichen Schulen hat sich um 7% verstärkt, so daß 1980/81 rund 416600 Schüler gezählt wurden. Nachdem das Ausbildungsplatzangebot für Lehrstellenbewerber gegenüber dem letzten Jahr nochmals kräftig erhöht wurde, verzeichneten die Schulen des Teilzeitbereichs wieder einen besonders starken Zulauf (+5%). Hier wurden 286500 Schüler gezählt, während 130100 Schüler (rund ein Drittel) die beruflichen Vollzeitschulen besuchten.

Die Gesamtzahl der Studierenden an allen Hochschulen des Landes hat sich im Wintersemester 1980/81 gegenüber dem Vorjahr um 4,2 auf 147800 erhöht, jedoch verlief die Entwicklung in den einzelnen Hochschulbereichen unterschiedlich. Während die Zahl der Studenten an den Pädagogischen Hochschulen weiter zurückging, meldeten die übrigen Hochschulen durchweg Zunahmen, die sich bei den Universitäten auf 4,1%, bei den Fachhochschulen auf 9,5% beliefen.

Steigende Arbeitslosenzahl

Mitbedingt durch die günstige Konjunktur und die milde Witterung war die Zahl der Arbeitslosen zu Beginn des Jahres niedriger als im Vorjahr. Die Situation änderte sich jedoch rasch, wobei sich zunächst der Zustrom von Asylanten auswirkte, der im weiteren Jahresverlauf nachließ. Ab April lag die Zahl der Arbeitslosen ständig höher als im gleichen Monat des Vorjahres. Darin spiegelte sich die im zweiten Halbjahr eingetretene Konjunkturabschwächung wider. Bemerkenswert ist, daß ab Juni auch bei den Deutschen die Zahl der Arbeitslosen über dem Vorjahresniveau lag. Die Zahl der

Arbeitslosen betrug im Dezember 104300, die Arbeitslosenquote lag bei 2,9% (2,1%: 1979). Im Bundesgebiet lag sie demgegenüber bei 4,8% (1,118 Mill. Arbeitslose). Die Zahl der offenen Stellen verringerte sich um rund 18,9% auf 44000. Die Zahl der Kurzarbeiter stieg zum Jahresende auf 61900 an, das sind fast neunmal soviel als ein Jahr zuvor. Rund 70% dieser Gruppe kamen aus den Bereichen Elektrotechnik (15300), Straßenfahrzeugbau (13900), Maschinenbau (8200) sowie Textil- und Bekleidung (5400).

Während im 1. Halbjahr die Zahl der deutschen Arbeitslosen saisontypisch trendmäßig abnahm, verharrte die Zahl der ausländischen Arbeitslosen auf hohem Niveau. Unter den ausländischen Arbeitslosen im April war allerdings mit 5740 fast jeder dritte ein Asylbewerber. Im Dezember betrug die Zahl ausländischer Arbeitsloser 21400, die Arbeitslosenquote lag bei 4,2% (1979: 3,4%).

Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Unausgewogenheiten am Arbeitsmarkt im Hinblick auf einzelne Personengruppen. Weiterhin überdurchschnittlich blieben die weiblichen Arbeitnehmer von der Arbeitslosigkeit betroffen: Zum Jahresende lag die Arbeitslosenquote bei den Männern bei 2,3%, bei den Frauen bei 3,7%. Die altersspezifische Arbeitslosenquote der Jugendlichen unter 20 Jahren stieg auf 2,9% (1979: 2,0) an, ihre Zahl lag bei 9200. Auch bei den Gruppen der 59jährigen und Älteren (5300, + 10,8%) sowie der Schwerbehinderten (5500, + 16,5%) wurde eine deutliche Zunahme gegenüber Dezember 1979 beobachtet.

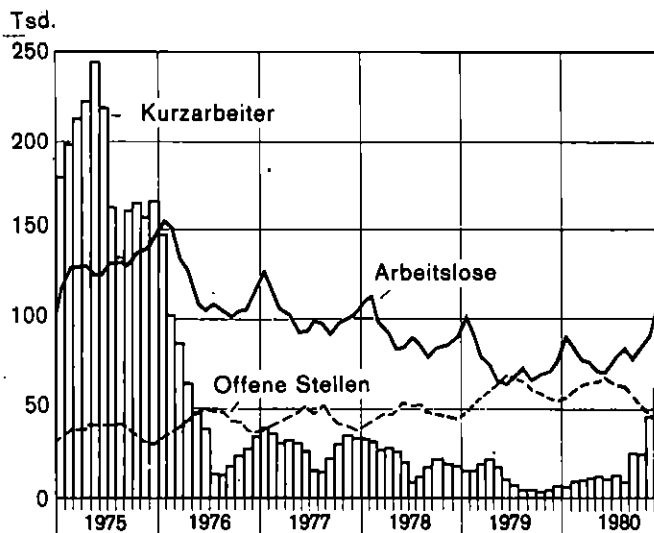
Durchaus positiv war dagegen die Lage auf dem Lehrstellenmarkt. Ende September standen den bei den Arbeitsämtern gemeldeten 2160 Jugendlichen ohne Ausbildungsvertrag 10100 offene Ausbildungsplätze gegenüber. Dies ist auch bemerkenswert im Hinblick auf den nochmals geburtenstarken Jahrgang der Schulabgänger. Die Gesamtzahl der Ausbildungsverträge betrug 1980 262500 (+5% gegenüber 1979).

Abbröckelnde Konjunktur im Jahresverlauf

1980 hat neben der Auslandsnachfrage die überdurchschnittlich hohe Produktionstätigkeit des Investitionsgüterbereichs (+ 3,7%) die Konjunktur getragen. Hier trat erst im Dezember ein deutlicher Rückgang ein (- 6,3% gegenüber Dezember 1979). Demgegenüber lag im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich sowie bei den Verbrauchsgütern die Produktion ab Jahresmitte unter dem Vorjahresniveau, so daß sich im Jahresdurchschnitt jeweils ein leichter Rückgang von 1,5% bzw. 1,6% ergab. Folgende Branchen mußten dabei Einbußen hinnehmen: NE- Metallhütten und Umschmelzwerke; Mineralölverarbeitung; Eisenschaffende Industrie; Steine und Erden; Chemische Industrie;

Schaubild 1

Entwicklung des Arbeitsmarktes



175 81

Herstellung von Musikinstrumenten und Spielwaren, Ledererzeugung und -verarbeitung und Bekleidungsgewerbe. Im Durchschnitt des Gesamtjahres lag die Produktion um 1,7% über dem Niveau von 1979. Nach zunächst noch durchgehend hohen Auftragseingängen im ersten Quartal erfaßte der ab Mai einsetzende Nachfragerückgang alle Sparten des Verarbeitenden Gewerbes. Während die realen Auftragseingänge bei den Grundstoff- und Produktionsgütern sowie bei den Verbrauchsgütern im Jahresdurchschnitt um -0,9% bzw. um -1,8% unter dem Niveau von 1979 lagen, wurde der Investitionsgüterbereich überdurchschnittlich stark betroffen (- 3,2%). Maßgebend hierfür war der starke Rückgang im Fahrzeugbau (- 13,9%), doch konnten sich auch der Maschinenbau (-3%), Feinmechanik und Optik (-3%) und die EBM-Waren (- 1,6%) der abschwächenden Tendenz nicht entziehen. Demgegenüber verzeichneten die Bereiche Elektrotechnik (+ 3,7%) und Herstellung von Büromaschinen (+ 28,6%) zunehmende Bestelleingänge. Dabei resultierte die positive Entwicklung bei der Herstellung von Büromaschinen, ADV-Geräten und -einrichtungen aus hohen Inlandsaufträgen (+ 48,9%), während in den anderen Bereichen die Auslandsbestellung die Nachfrage stärkte.

Die Beschäftigtenzahl im Verarbeitenden Gewerbe erhöhte sich um 25700 Personen auf 1,493 Mill. Diese Zunahme von 1,8% bei gleichzeitig relativ niedrigem Produktionsanstieg (+ 1,7%) zeigt, daß die Pro-Kopf-Produktivität nahezu auf dem Vorjahresniveau verharrte. Hierzu trugen sicherlich auch der Überstundenabbau und die Zunahme der Kurzarbeit besonders im 2. Halbjahr bei.

Tabelle 2

In- und ausländische Nachfrageentwicklung 1980

| Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe | Auftragseingang (1976 = 100) | | Umsatz | |
|---|---------------------------------|--------------------|----------------|----------------------------------|
| | Veränderung 1980 gegen 1979 | | insge- samt | Veränd. 1980 gegen 1979 |
| | Wert- index | Volumen- index | | |
| Verarbeitendes Gewerbe | | | | |
| insgesamt | 2,8 | -2,5 | 207 888,3 | 9,5 |
| Inland | 1,0 | -4,2 | 154 743,1 | 8,5 |
| Ausland | 6,8 | 1,4 | 53 145,2 | 12,7 |
| Grundstoff- und Produktions- gütergewerbe | | | | |
| insgesamt | 7,0 | -0,9 | 38 330,2 | 9,3 |
| Inland | 6,6 | -1,2 | 31 818,5 | 8,9 |
| Ausland | 8,7 | 0,2 | 6 511,7 | 11,4 |
| Chemische Industrie | | | | |
| insgesamt | 5,8 | -1,0 | 13 190,8 | 5,6 |
| Inland | 5,6 | -0,6 | 9 751,8 | 4,3 |
| Ausland | 6,3 | -1,8 | 3 439,0 | 9,5 |
| Investitionsgüter produzierendes Gewerbe | | | | |
| insgesamt | 1,0 | -3,2 | 115 371,7 | 10,4 |
| Inland | -2,6 | -6,3 | 75 270,8 | 9,2 |
| Ausland | 6,5 | 1,7 | 40 100,9 | 12,8 |
| Maschinenbau | | | | |
| insgesamt | 2,2 | -3,0 | 31 473,0 | 14,0 |
| Inland | 0,2 | -4,7 | 18 224,9 | 11,3 |
| Ausland | 4,8 | -0,9 | 13 248,2 | 18,0 |
| Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw. | | | | |
| insgesamt | -9,6 | -13,9 | 32 032,4 | 6,3 |
| Inland | -20,9 | -23,9 | 19 423,4 | 5,8 |
| Ausland | 1,6 | -3,5 | 12 608,9 | 7,2 |
| Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten | | | | |
| insgesamt | 7,4 | 3,7 | 30 346,5 | 10,9 |
| Inland | 4,5 | 1,1 | 21 765,7 | 10,1 |
| Ausland | 14,9 | 10,6 | 8 580,8 | 12,9 |
| Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren | | | | |
| insgesamt | 1,5 ¹⁾ | -3,0 ¹⁾ | 6 708,3 | 8,2 |
| Inland | -1,6 ¹⁾ | -5,2 ¹⁾ | 4 449,2 | 7,4 |
| Ausland | 7,0 ¹⁾ | 1,1 ¹⁾ | 2 259,1 | 9,8 |
| Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe | | | | |
| insgesamt | 4,2 | -1,8 | 37 055,6 | 8,2 |
| Inland | 3,8 | -2,3 | 31 647,9 | 8,0 |
| Ausland | 6,4 | 0,7 | 5 407,7 | 9,9 |
| Textilgewerbe | | | | |
| insgesamt | -1,0 | -5,4 | 10 304,1 | 3,0 |
| Inland | -1,1 | -5,5 | 8 454,9 | 2,5 |
| Ausland | -0,7 | -4,9 | 1 849,2 | 5,8 |
| Nahrungs- und Genussmittel- gewerbe | | | | |
| insgesamt | - | - | 16 990,1 | 7,9 |
| Inland | - | - | 15 867,9 | 6,5 |
| Ausland | - | - | 1 122,2 | 31,4 |

1) Ohne Herstellung von Uhren.

Die hohe Produktionstätigkeit im Investitionsgüterbereich begünstigte Baden-Württemberg auch 1980. Nach ersten Berechnungen stieg das Bruttoinlandsprodukt real um 2,9% gegenüber 1979 auf 144 Mrd. DM, während es im Bundesdurchschnitt um 1,9% stieg.

Auftragsabschwächung in der Bauwirtschaft

Trotz zum Teil kräftiger Auftragsspitzen in den Monaten März und September ist eine Auftragsabschwächung im Jahresverlauf unverkennbar, so daß der Auftragseingang des Bauhauptgewerbes insgesamt nominal nur noch um 3,1% über dem des Vorjahres lag. An der Gesamtentwicklung des Jahres 1980 war der Hochbau mit einer Zuwachsrate von annähernd 5,9% beteiligt, während für den Tiefbau bereits nominal ein Rückgang von -1,6% zu verzeichnen war. Real betrug der Rückgang bei den Hochbauaufträgen 5% und bei den Tiefbauaufträgen sogar 12%. Überdurchschnittlich positiv war die Auftragsentwicklung nach wie vor im Wirtschaftsbau (nominal + 16,3%), während sie beim Wohnungsbau nahezu stagnierte (nominal 1,1%). Die ungünstigere Auftragslage schlug inzwischen auf die Produktion durch. Sie erhöhte sich im Hochbau real im Jahr 1980 um knapp 4% – der Halbjahreswert hatte noch bei 16% gelegen; im Tiefbau ist inzwischen ein Rückgang um 3,4% eingetreten. Trotz einer gewissen Entspannung der personellen Situation besteht nach wie vor ein Mangel an Baufacharbeitern.

Gedämpfte Nachfrage im Einzelhandel

Der Einzelhandel Baden-Württembergs verzeichnete 1980 gegenüber 1979 eine Nachfragezunahme um 5,1% auf rund 50 Mrd. DM. Unter Berücksichtigung der Preiserhöhungen entspricht dies jedoch einer realen Abnahme um 0,2%. Bei dieser Entwicklung wirkte sich neben dem Kaufkraftentzug durch die starken Verteuerungen auf dem Energiesektor u.a. auch die wieder unsicherer gewordene Beschäftigungslage bei kaum gestiegenem Realeinkommen aus.

Die Entwicklung in den einzelnen Sparten war jedoch uneinheitlich. Die gestiegene Bevölkerungszahl und die wieder etwas zunehmende Heirats- und Geburtenhäufigkeit dürften dabei mitgewirkt haben, daß sich der elementare Bedarf (Nahrung, Kleidung, z.T. auch Hausrat) spürbar erhöhte. Die bei den Nahrungs- und Genussmitteln zu verzeichnende Umsatzsteigerung um 9,1% gegenüber dem Vorjahr war nur etwa zur Hälfte auf Preiserhöhungen zurückzuführen. Verstärkt durch die Auswirkungen der zweiten Energiekrise hat sich dagegen die Absatzlage im Kraftfahrzeugeinzelhandel weiter verschlechtert. Für den Einzelhandel mit Fahrzeugen, deren Teile und Zubehör errechnete

Tabelle 3

Strukturdaten des Verarbeitenden Gewerbes 1980

| Wirtschaftsbereich Wirtschaftsgruppe | Beschäftigte | | Arbeiterstunden | | Produktion | | Exportquote | | Erzeugerpreise (1976=100) 1) |
|--|-----------------|--------------------------------------|-----------------|--------------------------------------|------------|--------------------------------------|-------------|------|---------------------------------|
| | insgesamt MD | Veränderung 1980 gegen 1979 | insgesamt | Veränderung 1980 gegen 1979 | Index MD | Veränderung 1980 gegen 1979 | 1979 | 1980 | Veränderung 1980 gegen 1979 |
| | 1000 | % | Mill. | % | 1970=100 | % | | | |
| Verarbeitendes Gewerbe insgesamt | 1 492,6 | 1,8 | 1 735,8 | - 0,6 | 123,5 | 1,7 | 24,9 | 25,6 | 7,2 |
| Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe | 174,6 | 0,9 | 209,3 | - 0,8 | 121,1 | - 1,5 | 16,7 | 17,0 | 11,5 |
| Chemische Industrie | 62,7 | 2,1 | 58,4 | 1,2 | 135,9 | - 2,2 | 25,1 | 26,1 | 7,9 |
| Investitionsgüter produzierendes Gewerbe | 919,4 | 2,4 | 1 037,9 | 0,0 | 129,8 | 3,7 | 34,0 | 34,8 | 4,9 |
| Maschinenbau | 260,8 | 2,6 | 297,5 | 0,4 | 110,4 | 5,2 | 40,7 | 42,1 | 5,3 |
| Straßenfahrzeugbau, Reparatur von Kfz. usw. | 210,5 | 3,4 | 263,1 | - 0,3 | 145,9 | 1,9 | 39,0 | 39,4 | 4,5 |
| Elektrotechnik, Reparatur von Haushaltsgeräten | 245,0 | 1,9 | 250,6 | 0,0 | 139,6 | 3,3 | 27,8 | 28,3 | 3,8 |
| Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren | 64,8 | 0,1 | 70,6 | - 2,1 | 115,2 | 1,4 | 33,2 | 33,7 | 3,5 |
| Verbrauchsgüter produzierendes Gewerbe | 338,1 | 0,5 | 414,8 | - 1,9 | 110,2 | - 1,6 | 14,4 | 14,6 | 7,5 |
| Textilgewerbe | 99,9 | - 1,6 | 122,9 | - 3,1 | 93,9 | - 0,8 | 17,5 | 17,9 | 5,3 |
| Nahrungs- und Genussmittelgewerbe | 59,5 | 1,7 | 72,6 | - 0,5 | 124,0 | 2,9 | 5,4 | 6,6 | 2,4 |

1) Erzeugerpreise gewerblicher Produkte, ohne Mehrwertsteuer.

sich in konstanten Preisen ein Umsatzrückgang von 8,4%. Besonders groß war auch die reale Umsatzeinbuße beim Einzelhandel mit Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölzeugnissen (- 16,0%), die zum Teil auch witterungsbedingt war.

Ausfuhr erneut kräftig gestiegen

1980 setzte sich bei den Exporten der bereits im Vorjahr deutlich spürbare Aufschwung zunächst unvermindert fort. Dann wurde die Entwicklung jedoch unregelmäßiger. Im Gesamtzeitraum von

Tabelle 4

Auftragseingänge im Bauhauptgewerbe 1980 (1976 = 100)
Veränderung gegen Vorjahr in %

| Zeitraum | Bauhauptgewerbe insgesamt | Hochbau | | | | Tiefbau | | | |
|----------------|---------------------------|----------|-------------|------------------------------------|-------------------------------------|----------|------------|------------------------------------|-------------------------------------|
| | | zusammen | darunter | | | zusammen | darunter | | |
| | | | Wohnungsbau | gewerblicher und industrieller Bau | Gebietskörperschaften ¹⁾ | | Straßenbau | gewerblicher und industrieller Bau | Gebietskörperschaften ¹⁾ |
| 1. Vierteljahr | + 15,3 | + 17,4 | + 12,0 | + 31,7 | + 10,9 | + 11,9 | + 13,3 | + 22,2 | + 13,9 |
| 2. Vierteljahr | - 4,5 | - 2,6 | - 12,1 | + 1,7 | + 8,1 | - 7,1 | - 8,1 | + 20,7 | - 18,1 |
| 1. Halbjahr | + 4,3 | + 6,5 | - 1,6 | + 15,9 | + 9,4 | + 0,9 | + 0,5 | + 21,4 | - 4,9 |
| 3. Vierteljahr | + 1,1 | + 5,5 | + 9,1 | + 14,8 | - 10,2 | - 5,7 | - 12,6 | - 15,9 | - 10,2 |
| 4. Vierteljahr | + 2,5 | + 5,2 | - 1,0 | + 18,7 | - 1,0 | - 2,6 | - 12,8 | + 3,3 | - 9,4 |
| 2. Halbjahr | + 1,7 | + 5,4 | + 4,1 | + 16,7 | - 6,0 | - 4,4 | - 12,8 | - 7,1 | - 9,8 |
| Jahr | + 3,1 | + 5,9 | + 1,1 | + 16,3 | + 1,1 | - 1,6 | - 5,8 | - 5,8 | - 7,2 |

1) Einschließlich Organisationen ohne Erwerbscharakter sowie öffentliche Auftraggeber.

Januar bis Dezember 1980 lag der Wert der ausgeführten Waren bei 59,3 Mrd. DM und um 11,6% über dem entsprechenden Vorjahreszeitraum (real: 6%). Die Entwicklung in Baden-Württemberg entsprach damit derjenigen im Bundesgebiet. Etwa 70% unseres Exports wurde von den europäischen Ländern aufgenommen. Mit einer Rate von 19,2% haben dabei die Exporte in die EFTA-Länder sehr viel stärker zugenommen als in die EG-Länder (+9%). Hier haben vor allem die Ausfuhrsteigerungen in die Niederlande und nach Großbritannien deutlich nachgelassen; nach Frankreich, unserem größten Handelspartner, entwickelten sie sich leicht überdurchschnittlich (+12,2%). Dagegen war für Italien die höchste Zuwachsrate (19,5%) zu verzeichnen. Die Lieferungen in unser zweitwichtigstes Abnehmerland, die USA, erhöhten sich mäßig (4,5%). Die Ausfuhren in die OPEC-Länder, die im letzten Jahr durch die Iran-Krise eine starke Beeinträchtigung erfahren hatten, erhöhten sich um 13,1%, wobei der Anteil am Export insgesamt (6,3%) unverändert blieb.

Unter den exportierten Waren bildeten nach wie vor die Maschinen mit einem Anteil von 25,6% die wichtigste Erzeugnisgruppe, die zugleich auch die größte Ausfuhrsteigerung von 14,5% aufwies. Bei den Kraftfahrzeugen, auf die 22,2% der Ausfuhren entfallen, betrug die Exportzunahme 10% (1979: +26%). In jeweiligen Preisen nahmen die Importe weitaus stärker zu als die Exporte. Im Jahr 1980 betrug der Gesamtwert der eingeführten Güter 46,5 Mrd. DM und lag somit um 16,6% über dem Ergebnis des Vorjahres. Die reale Importzunahme

Tabelle 5

Index der Einzelhandelsumsätze 1980 (1970=100)
Veränderung gegen Vorjahr in %

| Ausgewählte Wirtschaftsgruppen | In jeweiligen Preisen | In konstanten Preisen |
|--|-----------------------|-----------------------|
| Einzelhandel mit: Nahrungs- und Genußmitteln | + 9,1 | + 5,1 |
| Bekleidung, Wäsche, Ausstattungs- und Sportartikeln sowie mit Schuhen | + 8,3 | + 2,3 |
| Eisen- und Metallwaren sowie mit Hausrat und Wohnbedarf aus Kunststoffen, Glas, Feinkeramik und Holz | + 8,2 | + 0,9 |
| Elektrotechnischen feinmechanischen und optischen Erzeugnissen, Schmuck-, Leder-, Galanterie- und Spielwaren sowie mit Musikinstrumenten | + 6,5 | - 2,9 |
| Papierwaren und Druckerzeugnissen | + 9,6 | + 5,6 |
| Kohle, sonstigen festen Brennstoffen und Mineralölerzeugnissen | - 3,9 | - 16,0 |
| Fahrzeugen, Maschinen und Büroeinrichtungen | - 3,2 | - 7,6 |
| Einzelhandel insgesamt | + 5,1 | - 0,2 |

Tabelle 6

Ausfuhr nach Handelspartnern 1980

| Handelspartner | Mill. DM | % | Veränderung gegen Vorjahr in % |
|--|----------|------|--------------------------------|
| Europa | 41 376,0 | 69,8 | + 11,3 |
| davon EG-Länder | 24 729,6 | 41,7 | + 9,0 |
| Frankreich | 8 331,0 | 14,1 | + 12,2 |
| Belgien - Luxemburg | 2 788,7 | 4,7 | + 9,6 |
| Niederlande | 3 996,4 | 6,7 | + 0,8 |
| Italien | 5 330,2 | 9,0 | + 19,5 |
| Großbritannien | 3 346,9 | 5,6 | + 1,0 |
| Republik Irland | 167,4 | 0,3 | + 3,8 |
| Dänemark | 769,1 | 1,3 | - 7,1 |
| EFTA - Länder ¹⁾ | 12 014,2 | 20,3 | + 19,2 |
| Europäische Ostblockländer ²⁾ | 1 994,8 | 3,4 | + 13,4 |
| Übriges Europa | 2 637,3 | 4,4 | + 0,2 |
| Afrika | 3 428,2 | 5,8 | + 16,4 |
| Amerika | 8 288,2 | 14,0 | + 11,4 |
| darunter Vereinigte Staaten | 5 897,6 | 9,9 | + 4,5 |
| Asien | 5 601,6 | 9,4 | + 12,5 |
| Australien und Ozeanien | 592,8 | 1,0 | + 3,1 |
| Insgesamt | 59 286,8 | 100 | + 11,6 |
| davon Industrialisierte west. Länder | 48 172,5 | 81,3 | + 10,1 |
| Entwicklungsländer | 8 990,4 | 15,2 | + 19,9 |
| darunter OPEC-Länder ³⁾ | 3 757,9 | 6,3 | + 13,1 |
| Ostblockländer zusammen ⁴⁾ | 2 123,9 | 3,6 | + 13,6 |

1) Island, Norwegen, Schweden, Finnland, Schweiz, Österreich, Portugal. — 2) Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien, Albanien. — 3) Vereinigte Arabische Emirate, Irak, Kuwait, Katar, Saudi-Arabien, Ecuador, Indonesien, Gabun, Libyen, Nigeria, Venezuela. — 4) Europäischer und asiatischer Ostblock.

betrug allerdings nur 2% (Exporte real: + 6%). Wie sehr diese Steigerungsraten von dem unterschiedlichen Grad der Verteuerung abhängig waren, ergibt sich aus folgenden Zahlen über die Preisentwicklung: Die Importpreise für Rohstoffe, unter denen das Rohöl am meisten ins Gewicht fällt, stiegen 1980 um 47%, die der Halbwaren (z.B. Erdgas und Benzin) um 17%, die der Fertigwaren um 6%.

Weniger Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen

Die Mitte 1979 einsetzende rückläufige Entwicklung bei der Neuzulassung von Kraftfahrzeugen hat sich 1980 weiter fortgesetzt. Am 1. Januar 1981 betrug die Gesamtzahl der in Baden-Württemberg zugelassenen Kraftfahrzeuge rund 4,25 Mill. darunter waren 3,6 Mill. (85%) Personenkraftwagen. Dies bedeutet eine Erhöhung um 3,5% gegenüber dem Vorjahresstand, jedoch war die Zuwachsrate die geringste der letzten fünf Jahre.

Tabelle 7

Verunglückte im Straßenverkehr

| Nachweis | Einheit | 1976 | 1977 | 1978 | 1979 | 1980 |
|----------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| Straßenverkehrsunfälle insgesamt | Anzahl | 209 343 | 223 672 | 237 979 | 244 750 | 247 007 |
| | % 1) | +10,1 | +6,8 | +6,4 | +2,8 | +0,9 |
| davon mit | | | | | | |
| Personenschaden | Anzahl | 50 590 | 53 020 | 54 008 | 53 971 | 53 924 |
| | % 1) | +5,7 | +4,8 | +1,9 | -0,1 | -0,1 |
| Sachschaden | Anzahl | 158 753 | 170 652 | 183 971 | 190 779 | 193 083 |
| | % 1) | +11,6 | +7,5 | +7,8 | +3,7 | +1,2 |
| Verunglückte Personen | Anzahl | 71 851 | 74 948 | 76 592 | 75 100 | 74 796 |
| | % 1) | +3,9 | +4,3 | +2,2 | -1,9 | -0,4 |
| davon | | | | | | |
| Getötete | Anzahl | 2 279 | 2 323 | 2 280 | 2 147 | 1 994 |
| | % 1) | +0,3 | +1,9 | -1,9 | -5,8 | -7,1 |
| Schwerverletzte | Anzahl | 21 601 | 22 314 | 23 059 | 22 564 | 22 341 |
| | % 1) | +5,6 | +3,3 | +3,3 | -2,1 | -1,0 |
| Leichtverletzte | Anzahl | 47 971 | 50 311 | 51 253 | 50 389 | 50 461 |
| | % 1) | +3,3 | +4,9 | +1,9 | -1,7 | +0,1 |

1) Veränderung gegen Vorjahr in %.

1980 ereigneten sich insgesamt rund 247000 Unfälle im Straßenverkehr (+ 0,9%). Es waren 1994 Getötete zu beklagen, und das sind 7,1% weniger als im Vorjahr, die Zahl der Schwerverletzten nahm um 1% ab.

Fahrten im öffentlichen Nahverkehr machen den überwiegenden Teil des Personenverkehrs der Straßenverkehrsunternehmen aus. 1980 umfaßte das Beförderungsvolumen 901,1 Mill. Personen, 1,2% mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Fahrgäste (ankommende und abfliegende Passagiere) auf dem Stuttgarter Flughafen belief sich auf 2,63 Mill. (- 4,1%).

Im Jahr 1980 betrug das gesamte Transportvolumen des Güterverkehrs 141 Mill. t und lag somit um 1,6% unter dem Vorjahr. Bei dieser Entwicklung schnitt der Straßengüterfernverkehr 1980 mit einem Plus von 0,5% gegenüber 1979 überdurchschnittlich ab, so daß der Anteil von 40,3% auf 41,2% zunahm. Der Anteil der Eisenbahn an der Güterbeförderung blieb dagegen nahezu unverändert (22,2%). Bei der Binnenschifffahrt ging die Quote des Transportaufkommens mit 26,8% etwas zurück (1979: 27,3%). Dagegen war beim Luftfrachtverkehr keine Veränderung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen. Die Menge des über Rohölfertleitungen beförderten Öls nahm um 7,3% ab. Auf diese Transportart entfielen 9,8% des Güterverkehrs.

Übernachtungszahlen nur leicht gestiegen

Trotz der zum Teil ungünstigen Witterungsbedingungen lagen die im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe erzielten Umsätze im Jahr 1980 nominal um 5,9% über denen des Vorjahrs. Leicht überdurchschnittlich fiel der Zuwachs im Beherbergungsgewerbe aus (+7,3%). Die Umsätze für Übernachtungen stiegen dabei wie in den Vorjahren stärker an (+ 8,5%) als die Umsätze für Verzehr (+ 5,7%). Im Gaststättengewerbe betrug das Umsatzplus 5,0%. Da sich hier jedoch die Preise von September 1979 bis September 1980 um 6,5% erhöhten, ging der Umsatz real zurück.

Baden-Württemberg ist – gemessen an der Zahl der Gästeübernachtungen – nach Bayern das bedeutendste Fremdenverkehrsland der Bundesrepublik. In den Fremdenverkehrsgemeinden des Landes wurden rund 9 Mill. Gäste (+ 1,3%) und 45 Millionen Übernachtungen (+ 1,7%) registriert. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer betrug fünf Tage. Der Anteil der Auslandsgäste, die vor allem aus den Niederlanden, Belgien, der Schweiz, Frankreich, Großbritannien und den USA kamen, erhöhte sich leicht auf 19,7%. Die Zahl der Beschäftigten im Beherbergungs- und Gaststättengewerbe hat sich nur geringfügig verändert (+ 0,9%). Dabei ging die Zahl der Vollzeitbeschäftigten um 0,5% zurück, während die Teilzeitkräfte um 3,1% zunahmen. Die Personalsituation, vor allem im Fachkräftebereich

ist nach wie vor angespannt. Ende Juni lag die Zahl der offenen Stellen im Hotel- und Gaststättengewerbe bei 5700.

Unterschiedliche Produktionsergebnisse in der Landwirtschaft

Die Ernte des Jahres 1980 wurde durch die ungünstigen Witterungsverhältnisse zum Teil stark beeinträchtigt. Beim Getreide konnte jedoch mit 23,8 Mill. dt trotz erheblicher Reifeverzögerung ein respektables Ergebnis erzielt werden (1979: 24,3 Mill. dt).

Bei den Kartoffeln, deren Anbaufläche abermals eingeschränkt wurde, lagen die Erträge mit 223,9 dt/ha um 39% niedriger als 1979. Auch beim Feldgemüse fiel die Ernte im Schnitt schlechter aus (-8,5%), so daß trotz tendenziell steigender Nachfrage der Bedarf an Gemüse nicht mehr in gleichem Maße wie bisher durch heimische Erzeugung gedeckt werden konnte. Die für den Verkauf bestimmte Gesamtgemüseernte auf dem Freiland belief sich auf knapp 1,8 Mill. dt. Die Schlechtwetterperiode im Juni hat auch die bis dahin meist günstigen Ernterwartungen beim Obst in unterschiedlicher Weise beeinflußt. So wurden 423000 dt Süßkirschen (- 50%), aber rund 13,6 Mill. dt Kernobst (10% unter dem Vorjahresergebnis) geerntet. Wenig erfreulich ist der Mengenertrag des neuen Weinherbstes, der mit 1 Mill. hl um mehr als die Hälfte (57%) unter dem Vorjahresergebnis lag und nur halb so groß war wie der langjährige Durchschnitt. Jedoch waren die erzielten Mostqualitäten insgesamt äußerst zufriedenstellend.

Im Bereich der tierischen Produktion ergab sich 1980 bei der Milcherzeugung eine leichte Zunahme um 3,0% gegenüber 1979, so daß ein Ertrag von 2,8 Mill. t erzielt wurde. Die Gesamtschlachtmenge der gewerblichen Schlachtungen belief sich im genannten Zeitraum auf 479000 t (- 0,5%).

Die Verkaufserlöse der Landwirtschaft übertrafen im abgelaufenen Wirtschaftsjahr 1979/80 nominal das Vorjahresergebnis (1978/79) mit 7,21 Mrd. DM um 7,7%, wobei sich teilweise die günstigen Ernteergebnisse von 1979 noch auswirkten. Die Preise für die verschiedenen landwirtschaftlichen Produkte waren starken Schwankungen unterworfen. Die Aufwendungen – vor allem die Energiekosten – sind ebenfalls beträchtlich gestiegen (+13,0%).

Energie: Anteil des Mineralölverbrauchs gesunken

Im Jahr 1980 ist im Bundesgebiet der Primärenergieverbrauch¹ – gemessen in Steinkohleeinheiten – im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeit-

raum um 4,4% gesunken. Bemerkenswert ist dabei ein überdurchschnittlich starker Rückgang bei Mineralöl (- 10,3%), dem eine Zunahme bei Steinkohlen (+ 1,8%) und bei Kernkraft (+ 3,7%) gegenübersteht. Im Bundesdurchschnitt lag damit der Anteil des Mineralöls am gesamten Primärenergieverbrauch bei 47,5% (1979: 50,7%), der Anteil der Steinkohle beträgt dagegen fast wieder ein Fünftel (18,6%). Ursache dieses Anteilrückgangs bei Mineralöl ist in erster Linie eine starke Abnahme beim leichten Heizöl, was vor allem mit dem milden Winter 1979/80 zu erklären ist, aber auch durch energiebewußtes Verhalten der Haushalte.

Im Verarbeitenden Gewerbe und im Bergbau Baden-Württembergs nahm 1980 der Kohleverbrauch um 14,4% zu und der Verbrauch an leichtem Heizöl um 11,2% ab. Nur relativ geringfügig veränderte sich der Verbrauch an schwerem Heizöl (- 2,5%) und an Strom (+ 2,4%). Bei Gas stand einer starken Abnahme bei Orts- und Ferngas (-26,6%) eine anhaltende Zunahme bei Erdgas (+8,0%) gegenüber. Der Anteil der Kernenergie an der Stromgewinnung Baden-Württembergs erhöhte sich inzwischen auf über 33%.

Vielfältige Anstrengungen im Umweltschutz

Die Vorsorge für einen besseren Umweltschutz stand im Mittelpunkt des zweiten mittelfristigen Umweltprogramms der Landesregierung von 1977 bis 1980. Ende 1980 gab es in Baden-Württemberg 297 Naturschutzgebiete mit einer Fläche von über 22000 Hektar und 1306 Landschaftsschutzgebiete mit einer Fläche von gut 550000 Hektar. Dies entspricht etwa 16% der Fläche des Landes. Zu den drei bereits bestehenden Naturparks Schönbuch, Stromberg und Schwäbischer Wald kam im Frühjahr 1980 der Naturpark Neckar-Odenwald hinzu, mit 1300 km² einer der ausgedehntesten in Deutschland. Die Fläche der Waldschutzgebiete – diese umfassen Bannwälder und Schonwälder – sollen auf rund 8500 Hektar erweitert werden. Bisher gibt es 41 Bannwälder mit einer Gesamtfläche von 1470 Hektar und 65 Schonwälder mit insgesamt 2100 Hektar.

Zu den Aufgaben des Gewässerschutzes gehört vor allem der Bau von Kläranlagen, deren Zahl bis heute auf über 1200 gestiegen ist. Dadurch wurde es möglich, die Abwässer von etwa 90% der Bevölkerung vor der endgültigen Ableitung in ein Oberflächengewässer zu reinigen. Wichtiger als die rein zahlenmäßige Entwicklung der Kläranlagen ist jedoch, daß die Qualität der Abwasserreinigung erheblich verbessert wurde. Infolge des forcierten Kläranlagenausbaus sank die „Mittlere Kennziffer“, welche am Kläranlagenabfluß gemessen wird und ein Maß für die nach der Abwasserreinigung noch verbleibende Gewässerbelastung darstellt, zwi-

¹Entsprechende Daten liegen für das Land noch nicht vor.

schen 1974 und 1980 von 69 auf 27. Bei der Wassergewinnung und beim Wasserverbrauch ist in den letzten Jahren eine Stagnation zu beobachten.

In der Abfallwirtschaft wurden neben den Maßnahmen zur Beseitigung von Abfällen auch verstärkte Anstrengungen unternommen, um das Abfallaufkommen zu vermindern und das Recycling zu fördern. Ende 1980 waren zur Überwachung der Luftverunreinigung im automatischen Immissionsmeßnetz des Landes 16 Stationen in Betrieb, und zwar in Mannheim (3), Karlsruhe (3), Stuttgart (4), Ulm (1), Heilbronn (1), Freiburg (1), Kehl (1), Weil am Rhein (1) und Ludwigsburg (1). 1981 werden folgende Stationen in Betrieb genommen. Esslingen, Plochingen, Göppingen, Aalen, Rastatt und Reutlingen. Von November 1979 bis Oktober 1980 wurde der höchste Drei-Stunden-Mittelwert an Kohlenmonoxyd in Karlsruhe-West (29,0 mg/m³), der höchste Drei-Stunden-Mittelwert an Schwefeldioxyd in Mannheim-Süd (0,75 mg/m³) gemessen.

Reallöhne um 1% gestiegen

Im Vergleich zu den vergangenen Jahren fielen 1980 die nominalen Lohn- und Gehaltssteigerungen etwas höher aus, die Reallöhne stiegen um 1%.

Von Oktober 1979 bis Oktober 1980 erhöhten sich die Bruttostundenverdienste aller in der Industrie beschäftigten Arbeiter – gemessen am Index der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste – um 7,2%. Im vergleichbaren Zeitraum des Vorjahres waren es 5,1%. Der Index der durchschnittlichen Bruttowochenverdienste ist wegen der zurückgegangenen Mehrarbeitsstundenzahl nur um 5,8% gestiegen. Den Arbeiterinnen wurden wöchentlich 434,- DM (+ 6,6%) ausbezahlt, während ihre männlichen Kollegen 610,- DM (+ 6,1%) verdienten. Der um Preissteigerungen bereinigte Zuwachs der Bruttowochenverdienste (Reallohnzuwachs) lag bei 1,0% gegenüber 1,2% im entsprechenden Vorjahreszeitraum.

Der Index der Bruttomonatsverdienste aller Angestellten in der Industrie, im Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe erhöhte sich im selben Zeitraum um 6,8%. Im Oktober hatten die männlichen Angestellten ein durchschnittliches Bruttogehalt von 3581,- DM (+ 7,3%), ihre Kolleginnen verdienten 2305,- DM (+ 7,0%), auf männliche und weibliche Angestellte insgesamt entfiel ein durchschnittliches Bruttoeinkommen von 3127,- DM (+ 7,2%).

Tabelle 8

Entwicklung ausgewählter Preisindizes 1980 (1976 = 100) Veränderung gegen Vorjahr in %

| Monat | Außenhandel | | Landwirtschaft ¹⁾ | | Industrie | Handel | | Wohnungsbau | Lebenshaltung |
|----------------------------|---------------|---------------|--|--|---|---|-----------------------------------|---|---------------------------------|
| | Einfuhrpreise | Ausfuhrpreise | Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte | Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel | Erzeugerpreise gewerblicher Produkte ¹⁾ (Inland) | Großhandelsverkaufspreise ¹⁾ | Einzelhandelspreise ²⁾ | Preisindex für | |
| | | | | | | | | Bauleistungen an neuen Wohngebäuden ²⁾ | die Lebenshaltung ³⁾ |
| Bundesgebiet ⁴⁾ | | | | | | | | Baden-Württemberg | |
| Januar | + 21,8 | + 7,5 | + 5,8 | + 7,5 | + 7,8 | + 11,0 | + 5,5 | - | + 5,1 |
| Februar | + 19,6 | + 7,6 | + 5,0 | + 8,0 | + 8,0 | + 11,0 | + 5,5 | + 12,7 | + 5,6 |
| März | + 20,1 | + 7,6 | + 3,9 | + 7,5 | + 7,8 | + 9,3 | + 5,6 | - | + 5,6 |
| April | + 18,6 | + 6,9 | + 2,4 | + 6,7 | + 8,4 | + 8,8 | + 5,7 | - | + 5,6 |
| Mai | + 15,7 | + 6,5 | + 2,3 | + 6,8 | + 8,2 | + 9,0 | + 5,9 | + 12,4 | + 5,9 |
| Juni | + 13,0 | + 6,3 | + 1,3 | + 5,5 | + 7,8 | + 8,1 | + 5,9 | - | + 5,9 |
| Juli | + 11,1 | + 5,9 | + 0,2 | + 5,4 | + 7,4 | + 7,8 | + 5,3 | - | + 5,4 |
| August | + 11,0 | + 5,6 | - 0,9 | + 5,0 | + 7,0 | + 6,7 | + 5,4 | + 10,4 | + 5,4 |
| September | + 11,0 | + 5,4 | - 1,0 | + 4,8 | + 6,7 | + 5,2 | + 5,0 | - | + 4,9 |
| Oktober | + 12,4 | + 5,5 | - 0,5 | + 5,3 | + 7,0 | + 5,5 | + 4,9 | - | + 4,9 |
| November | + 13,5 | + 5,7 | + 0,8 | + 6,3 | + 7,4 | + 6,4 | + 5,0 | + 9,1 | + 5,2 |
| Dezember | + 12,7 | + 5,6 | + 1,9p | + 7,1 | + 7,4 | + 6,7 | + 5,2 | - | + 5,4 |
| Jahresdurchschnitt | + 14,8 | + 6,4 | + 2,4p | + 6,3 | + 7,5 | + 7,9 | + 5,4 | + 11,1 | + 5,5 |

1) Ohne Umsatzsteuer. – 2) Einschließlich Umsatz- (Mehrwert-)steuer. – 3) Aller privaten Haushalte. – 4) Quelle: Statistisches Bundesamt.

Weiterhin hohe Teuerungsraten

Die steigende Tendenz der durch den 2. Ölpreisschub 1979 wieder stark in Bewegung geratenen Preise hielt auch 1980 an. In den Monaten Februar, März und April 1980 betrug die Jahresveränderungsrate des Preisindex für die Lebenshaltung gegenüber den entsprechenden Vorjahresmonaten 5,6%, im Mai und Juni erreichte sie mit 5,9% den höchsten Stand des Jahres. Ab Juli (4,9%) schwächte sich der Preisauftrieb vorübergehend etwas ab, doch vergrößerte sich die Steigerungsrate bis Dezember wieder auf 5,4%. Im Jahresdurchschnitt war das Preisniveau um 5,4% höher als 1979. Ausschlaggebend für diese Preisveränderungen waren vor allem Preissteigerungen bei den Nahrungsmitteln und im Energiebereich. Maßgeblich mitbestimmt wurde die Preisentwicklung in diesem Jahr u.a. von den außenwirtschaftlichen Einflüssen, von denen am Jahresanfang noch überaus starke Teuerungsimpulse auf die Preisentwicklung der vorgelagerten Handelsstufen sowie auf die Verbraucherpreise ausgegangen waren. Sie schwächten sich im Juli jedoch ab. Lag das Einfuhrpreisniveau im 1. Vierteljahr 1980 noch etwa um 25% über dem entsprechenden Vorjahreswert, so war im Juli 1980 eine Steigerungsrate von 13% zu verzeichnen, doch vergrößerte sich diese bis Dezember wieder auf 14,4%.

Bei den Baupreisen waren die Überhitzungerscheinungen im Frühjahr ebenfalls besonders groß. Der Preisindex für Wohngebäude lag im Mai um 12,4% über dem entsprechenden Vorjahreswert. Doch dann flachte die Preisbewegung langsam ab. Im August betrug die Steigerungsrate noch 10,4%, im November 9,1%.

Termineinlagen erfreuten sich größerer Beliebtheit

Die in den ersten Monaten des Jahres stark angestiegenen Verbrauchsausgaben wurden, betrachtet man die Abnahme der Spareinlagen, offensichtlich aus vorher angespartem Guthaben finanziert. So nahm insbesondere das Kontensparen im 1. Halbjahr nicht mehr den Raum ein wie in früheren Jahren. Im 2. Halbjahr trat jedoch eine Normalisierung der Spartätigkeit ein; für die Spareinlagen war jeweils gegenüber dem Vormonat ein deutlicher Zuwachs zu verzeichnen. Darüber hinaus zeigte sich 1980, daß die Sparer höher verzinsliche Sparformen bevorzugten. Während die Anlageform der „normalen“ Spareinlagen weniger gefragt war, nahm insbesondere die Attraktivität der Termineinlagen und der festverzinslichen Wertpapiere immer mehr zu. Die Umschichtung hängt vor allem mit der veränderten Zinsstruktur in der Hochzinsphase zusammen.

Mitte 1980 betrug die Gesamtsumme der Spar- und Bauspareinlagen von privaten Haushalten und

Unternehmen in Baden-Württemberg rund 91 Mrd. DM. Dies ergibt ein Guthaben von 9848,- DM (-0,5%) je Einwohner. Nach wie vor führend im Bundesgebiet ist Baden-Württemberg bei den Bauspareinlagen, die sich pro Kopf der Bevölkerung auf 2370,- DM beliefen (Bundesgebiet: 1685,- DM).

Steigende Ausgaben für die Gesundheit

Das Gesundheitsbudget für die Landesebene weist wie schon im Vorjahr auch für 1980 erhöhte Ausgabensteigerungen aus. Insgesamt wird das Ausgabenvolumen für Gesundheit 1980 auf 29,0 Mrd. DM geschätzt (+ 8,1%). Die Gesamtausgabenentwicklung wird dominiert von der Leistungsart „Behandlung“, die etwa 59% des Budgets oder 17,0 Mrd. DM ausmacht. In diesem großen Ausgabenbereich haben sich auch die höchsten Steigerungsraten ergeben. Herausragend ist hier der Ausgabenzuwachs beim Zahnersatz, der bei 12,4% liegt. Durchschnittlich gestaltete sich mit 8,4% die Zunahme im Bereich der stationären Behandlung. Bei der ambulanten Behandlung waren es 6,9%. Dagegen nahmen die Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel mit 10,4% überproportional zu.

Bei den vorbeugenden und betreuenden Maßnahmen war ein beachtlicher Zuwachs von 11,7% auf 1,7 Mrd. zu verbuchen, doch fällt dieser Bereich mit einem Anteil von 5,8% am Gesamtbudget wenig ins Gewicht. Bei den Krankheitsfolgeleistungen war 1980 eine Ausgabensteigerung um 7,3% auf 8,9 Mrd. DM zu verzeichnen.

Sozialausgaben nehmen wieder stärker zu

Im Jahr 1979 stieg die Summe der öffentlichen Sozialleistungen im Land um 5,8% auf 72,2 Mrd. DM. Im Vorjahr betrug die Zuwachsrate 6,6%. Bei der Rentenversicherung blieb die Steigerungsrate unverändert (+ 5,7%). Die Leistungen für die Arbeitsförderung haben wieder an Bedeutung gewonnen und sind um 9,4% angewachsen. Die Aufwendungen für die Vermögensbildung waren weiterhin rückläufig (- 10,1%), jedoch in etwas schwächerem Umfang als 1979 (- 13,1%). Bei den Steuerermäßigungen und beim Wohngeld war die Tendenz dagegen steigend. Das Sozialbudget¹² weist im Umfang von 58,5 Mrd. DM nach Funktionen gegliedert unter anderem als größte Positionen die Bereiche Alter und Hinterbliebene (36%), Gesundheit (34,7%) und Familie (15,5%) aus.

¹²Budget lehnt sich, was Erfassungskonzept und Gliederungsweise betrifft, an das Bundesbudget an und gibt somit einen Landesauschnitt der bundesgesetzlichen Ausgaben und Arbeitgeberleistungen wieder. Gegenstand dieses Budgets sind vor allem Leistungen des sozialen Schutzes, die auf einzelne Institutionen entfallen.

Neben den bundesgesetzlichen Leistungen erbringen das Land und die Gemeinden darüber hinausgehende sozialpolitische Aufwendungen, die im Budget II erfaßt werden. Das Gesamtvolumen belief sich hier auf 13,6 Mrd. DM. Die Zuwachsraten waren besonders groß bei den Leistungen für die Bereiche Wohnen und Wohnumfeld (16,6%), Umweltschutz (11,1%), Familie (10,6%) und öffentliche Sicherheit (8,9%).

Öffentliche Finanzen

Das Jahr 1980 brachte zwei Nachtragshaushalte, wobei die erforderlichen Ausgabenerhöhungen größtenteils durch entsprechende Ausgabenkürzungen in anderen Bereichen ausgeglichen werden konnten. Die wichtigsten Positionen des ersten Nachtrags waren 200 Mill. DM für zusätzliche Personalausgaben, 54,3 Mill. DM für zusätzliche Schuldendiensthilfen zu Familiendarlehen und zusätzlich 62 Mill. DM im Zusammenhang mit der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern. Unter Berücksichtigung von Einsparungen an anderer Stelle betrug das Volumen des ersten Nachtrags 20,8 Mill. DM. Insbesondere wegen rechtlicher Verpflichtungen im Sozialbereich und Mehrausgaben im Länderfinanzausgleich mußte ein zweiter Nachtrag mit einem Volumen von 64,4 Mill. DM eingebracht werden. Unter Berücksichtigung des ersten und zweiten Nachtrags wurde der Staatshaushaltsplan des Landes für das Haushaltsjahr 1980 in Einnahmen und Ausgaben auf rund 30,9 Mrd. DM festgestellt. Die Steuereinnahmen des Landes betragen 20,6 Mrd. DM, die Nettokreditaufnahme rund 2,9 Mrd. DM.

Bei den Gemeindefinanzen wirkte sich das Steueränderungsgesetz von 1979 positiv aus. Es sieht unter anderem eine Verminderung der von den Gemeinden abzuführenden Gewerbesteuerumlage um ein Drittel und eine Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer von 14 auf 15% vor. Hierdurch flossen den Gemeinden 1980 Mehreinnahmen zu, die sie in die Lage versetzten, die Gewerbesteuerhebesätze zu senken. Insgesamt lagen jedoch die Gesamteinnahmen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1980 mit 28,6 Mrd. DM um 15,3% höher als 1979. Wie schon 1979 waren die Gemeinden auch 1980 sehr investitionsfreudig. Sie gaben gegenüber 5,48 Mrd. DM im Vorjahr rund 6,4 Mrd. DM für Baumaßnahmen aus; dies entspricht einem Zuwachs von 16,8%. Ihre Gesamtausgaben lagen mit rd. 28,8 Mrd. DM um 14,2% über dem Vorjahreswert.

Tabelle 9

Ausgaben des Landes nach den Staatshaushaltsplänen¹⁾

| Aufgabenbereiche | 1980 | 1981 | Veränderung | |
|--|----------|--------|-------------|-------|
| | | | 1980 | 1981 |
| | | | gegen 1979 | |
| | Mill. DM | | % | |
| Allgemeine Dienste | 3 580 | 3 868 | 6,5 | 15,1 |
| Politische Führung, zentrale Verwaltung | 1 404 | 1 475 | 5,2 | 10,6 |
| Öffentliche Sicherheit, Ordnung | 1 223 | 1 322 | 7,6 | 16,3 |
| Rechtsschutz | 918 | 1 041 | 5,7 | 19,9 |
| Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten | 9 537 | 9 608 | 7,4 | 8,2 |
| Schulen, vorschulische Bildung | 4 943 | 5 182 | 3,9 | 9,0 |
| Hochschulen (einschl. Kliniken) | 2 720 | 2 437 | 8,4 | - 2,8 |
| Soziale Sicherheit, soziale Kriegsfolgeausgaben, Wiedergutmachung | 2 086 | 2 006 | 9,5 | 5,3 |
| Gesundheit, Sport, Erholung ²⁾ | 985 | 1 003 | 6,7 | 8,7 |
| Wohnungswesen, Raumordnung, kommunale Gemeinschaftsdienste | 1 099 | 939 | 11,7 | - 4,6 |
| Wohnungswesen, Raumordnung | 831 | 688 | 7,9 | -10,7 |
| Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt | 691 | 727 | 7,0 | 12,6 |
| Energie-, Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen | 940 | 834 | 5,6 | - 6,3 |
| Verkehr, Nachrichtenwesen | 1 576 | 1 459 | - 3,0 | -10,2 |
| Straßen | 901 | 960 | - 8,4 | - 2,4 |
| Wirtschaftsunternehmen, allg. Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen | 729 | 652 | 27,8 | 14,3 |
| Allgemeine Finanzwirtschaft | 9 656 | 10 129 | 8,8 | 14,1 |
| Bruttoausgaben | 30 880 | 31 225 | 7,7 | 8,9 |

1) Einschließlich Nachträge. — 2) Umwandlung der Landeskrankenhäuser in kaufmännische Betriebe ab 1.1.1979.

2. Ausblick auf das Jahr 1981

Ein Ausblick auf die zukünftige Lage kann politische Entwicklungen nicht kalkulieren. Es handelt sich hier vielmehr sowohl bei den Eckdaten als auch bei deren Bestimmungsgrößen um erwartete Weiterentwicklungen auf der Grundlage bisher sichtbarer Tendenzen unter der generellen Annahme einer überraschungsfreien Entwicklung. Dabei konnte in den Bereichen Bevölkerung, Bildung, Arbeitsmarkt und öffentliche Finanzen von der Datenbasis her ein landesspezifischer Bezug hergestellt werden, während in einigen Bereichen der Wirtschaft, insbesondere bei der Betrachtung der Determinanten der Nachfrage, weitgehend auf Bundeswerte zurückgegriffen wurde. Es wird somit auch in diesem Falle für Baden-Württemberg ein Bezugsrahmen abgesteckt, in dem sich die landesspezifischen Entwicklungen voraussichtlich bewegen.

Eckdaten aus dem Bevölkerungsbereich

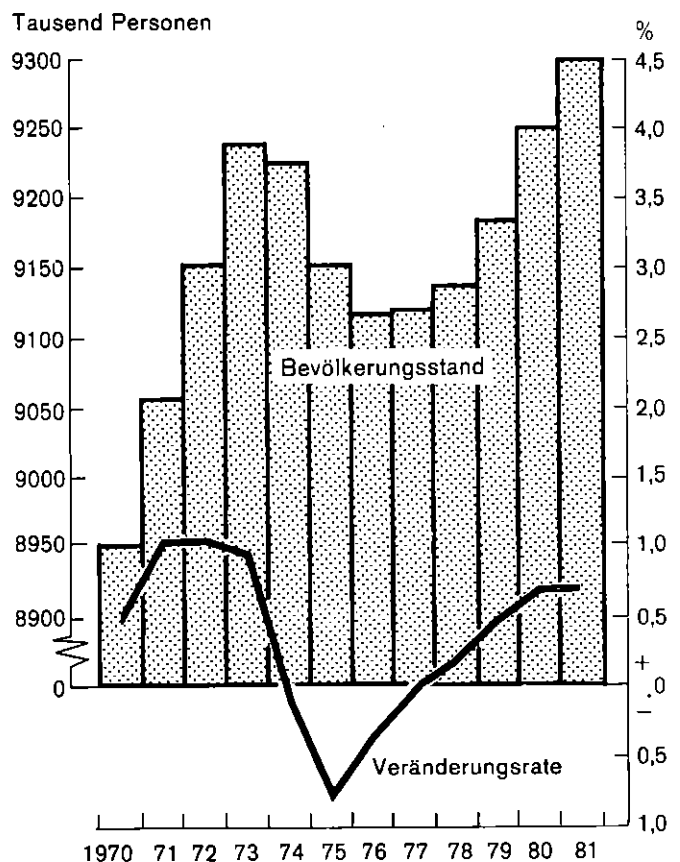
Die zukünftige demographische Entwicklung wird von zwei Komponenten bestimmt, von der natürlichen Bevölkerungsbewegung, das heißt Geburten und Sterbefällen, einerseits und den Wanderungen andererseits.

Seit dem Sommer 1979 ist ein Ansteigen der Geburtenzahlen zu beobachten. Diese Geburtenzunahme geht hauptsächlich von der deutschen Bevölkerung aus, wobei verschiedene Verursachungsfaktoren zusammenwirken. Zu etwa einem Drittel geht sie darauf zurück, daß eine zahlenmäßige Zunahme der Frauen im sogenannten gebärfähigen Alter im Zuge der Zunahme der geburtenstarken Jahrgänge zu verzeichnen ist. Zu etwa zwei Drittel aber ist diese Entwicklung auf ein Ansteigen der Fruchtbarkeit und zwar speziell in den Altersjahren von 25 bis 30 zurückzuführen. Unter der Voraussetzung, daß sich die dargestellte Entwicklung auch im Gesamtjahr 1981 fortsetzt, wäre bei der deutschen Bevölkerung eine Geburtenzahl von etwa 88000 zu erwarten.

Während sich jedoch bei den Deutschen insgesamt die Fruchtbarkeit erhöht hat, ist bei der ausländischen Bevölkerung in den letzten Jahren ein Rückgang der Fruchtbarkeitsziffern festzustellen, was als eine gewisse Anpassung des generativen Verhaltens der Ausländer an das der deutschen Bevölkerung angesehen werden kann. Da aber bei den Ausländern die Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter in Verbindung mit der Familienzusammenführung zunimmt, dürfte für 1981 auch hier eine höhere Geburtenzahl zu erwarten sein (18000).

Schaubild 1

Bevölkerungsstand und -veränderung seit 1970¹⁾



1) 1981 Prognose.

184 81

Rechnet man für 1981 mit normalen Verhältnissen, so sind unter Berücksichtigung einer weiteren Zunahme des Anteils älterer Menschen unter der Gesamtbevölkerung, insgesamt etwa 93000 Sterbefälle zu erwarten. Da die Zunahme bei den Geburten jedoch größer veranschlagt wird als bei den Sterbefällen, zeichnet sich 1981 für die Gesamtbevölkerung wiederum ein kleiner Geburtenüberschuß ab, der etwa 13000 betragen dürfte.

Trotz der Geburtenzunahme werden auch 1981 wiederum die stärkeren Auswirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung von den Wanderungen ausgehen. Die Vorausschätzung der Wanderungsbewegung ist mit besonderen Risikofaktoren verbunden, da die Einflußgrößen vielschichtig sind und sich die Tendenzen oft rasch und unvorhersagbar ändern. Wichtige Komponenten der Mobilität der Bevölkerung sind die Arbeitsplatz- und Alterswanderungen. Weiterhin unterscheiden sich die deutsche und ausländische Bevölkerung in ihrem Wanderungsverhalten. So wird die 1981 voraussichtlich weniger günstige Wirtschaftsentwicklung vor

allem die Arbeitsplatzwanderung speziell der Ausländer beeinflussen, wobei das Ausmaß von der Stärke der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation abhängen wird. Allerdings ist auch bei stark schwankenden Komponenten wie den Wanderungen mit zeitlichen Verzögerungen zu rechnen. Es ist darum sowohl bei den Deutschen als auch bei den Ausländern ein deutlicher, wenngleich geringerer Wanderungsüberschuß als 1980 zu erwarten. Damit könnte sich für 1981 ein Wanderungsgewinn in der Größenordnung von etwa 40000 bis 50000 Personen abzeichnen.

Nimmt man beide Komponenten der Bevölkerungsentwicklung zusammen, so ist für 1981 eine Zunahme der Landesbevölkerung von 9,27 Mill. auf über 9,3 Mill. zu erwarten.

Aspekte im Bildungswesen

Im kommenden Schuljahr wird die Zahl der Erstklässler erneut leicht absinken und zwar voraussichtlich auf rund 96000 (- 2%). Insgesamt dürften die Schülerzahlen an den Grund- und Hauptschulen um rund 5% abnehmen. Die sinkenden Schülerzahlen werden einen weiteren Rückgang der durchschnittlichen Klassenstärken bewirken. Der Ausländeranteil an den Grund- und Hauptschulen wird im kommenden Schuljahr von 14,2% auch weiter ansteigen und möglicherweise über 16% liegen. Die sinkenden Jahrgangsstärken werden an den Realschulen leicht rückläufige Schülerzahlen bewirken. Auch für die Gymnasien ist in der Unter- und Mittelstufe mit abnehmenden Schülerzahlen zu rechnen. Die noch sehr stark besetzten Altersjahrgänge der Oberstufen der Gymnasien mildern den Rückgang in der Gesamtschülerzahl der Gymnasien ab.

Im laufenden Schuljahr wird mit rund 63000 Absolventen der Hauptschulen zu rechnen sein. An den Realschulen wird die Zahl der Schulabgänger weiter ansteigen und bei etwa 41000 liegen. In der Oberstufe der Gymnasien werden im Sommer 1981 stärker besetzte Altersjahrgänge zur Entlassung kommen. Die Zahl der Absolventen mit Hochschulreife wird an den allgemeinbildenden und beruflichen Gymnasien auf über 33000 ansteigen. Diese Zahl wird sich in den nächsten Jahren noch weiter erhöhen.

Entsprechend wird die Zahl der Studierenden stark ansteigen, wobei 1981 der Gesamtbestand durch die erstmals statistisch erfaßten drei in Baden-Württemberg befindlichen Ausbildungsbereiche der Fachhochschule des Bundes noch zusätzlich erhöht sein wird. Aufgrund der Abiturientenzahlen ist damit zu rechnen, daß sich im Studienjahr 1980/81 knapp 20000 Studienanfänger an den Universitäten und rund 30000 im gesamten Hochschulbereich einschreiben. Dabei dürfte der Zu-

gang bei den Fachhochschulen überproportional sein. Die Zahl der Studierenden an den Pädagogischen Hochschulen nimmt zwar weiter ab, aber die Semesterstärke scheint sich bei einer Zahl von 13000 zu stabilisieren. Aufgrund der Besetzung der Abiturklassen mit Schülerinnen dürfte der Anteil der weiblichen Studienanfänger wie im Vorjahr weiter anwachsen und sich der 40%-Schwelle nähern.

Im Gesamtbereich der beruflichen Schulen hat die Schülerzahl gegenüber dem Vorjahr um fast 6% zugenommen. An den Berufsschulen hat sich die Schülerzahl infolge der früheren Erwartungen übersteigenden Angebots an Ausbildungsplätzen in der Wirtschaft für die stärker besetzten Jahrgänge stark erhöht.

Nachdem aber jetzt die beiden letzten am stärksten besetzten Altersjahrgänge in das berufsschulpflichtige Alter hineingewachsen sind, wird die Spitze des Schülerbergs erreicht. Danach wird die Schülerzahl auch im Bereich des beruflichen Schulwesens zurückgehen.

Weiterhin ist für die nächsten Jahre zu erwarten, daß der Trend zu mittleren Abschlüssen in den Eingangsklassen der beruflichen Schulen noch deutlicher sichtbar wird. Insbesondere dürfte auch der Anteil der Schüler mit Hochschulberechtigung weiter leicht ansteigen.

Die wirtschaftliche Entwicklung 1981 Schwierige Rahmenbedingungen

Gegenwärtig ist keines der vier Ziele des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes erreicht: – das reale Bruttoinlandsprodukt ging bundesweit ab dem 4. Vierteljahr 1980 zurück (1. Vierteljahr 1981: – 1,9% gegenüber dem entsprechenden Vorjahresquartal); – die Zahl der Arbeitslosen im April 1981 betrug saisonbereinigt im Bundesgebiet 1,160 Mill., das sind 10,6% mehr als am Jahresende 1980 und 39,1% mehr als im April 1980; – der Preisauftrieb hält mit einer Rate von 5,6% (April) unvermindert an; – die Leistungsbilanz der Bundesrepublik hat sich im abgelaufenen Jahr mit einem Defizit von 28 Mrd. DM erneut erheblich verschlechtert. Auch im ersten Quartal 1981 war noch keine Tendenzwende zu erkennen, das Defizit ist sogar um 80% gegenüber dem Vorjahreszeitraum angewachsen, wobei hier allerdings Sondereinflüsse nicht auszuschließen sind.

In Baden-Württemberg verlief die Entwicklung seither etwas günstiger. So ergab sich für das Gesamtjahr 1980 ein Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2,9% gegenüber 1,9% im Bund, bei allerdings stagnierender Tendenz im 2. Halbjahr. Die Arbeitslosenquote betrug im Jahresdurchschnitt 1980 2,3% (Bund: 3,8% und im Durchschnitt des ersten Jahresdrittels 1981 3,1% (Bund: 5,2%).

Tabelle 1

Ausgewählte Einzelindikatoren

| Indikator | Einheit | November | Dezember | Januar | Februar | März | Veränderung gegen 1980 in % | | |
|---|------------|----------|----------|---------|---------|---------|-----------------------------|---------|--------|
| | | 1980 | | 1981 | | | Januar | Februar | März |
| Verarbeitendes Gewerbe | | | | | | | | | |
| Auftragseingang (Volumenindex) | | | | | | | | | |
| Inland | 1976 = 100 | 96,8 | 94,7 | 89,7 | 97,3 | 111,2 | - 13,7 | - 11,5 | - 3,2 |
| Ausland | 1976 = 100 | 114,6 | 126,3 | 114,3 | 122,4 | 130,6 | - 4,3 | - 1,1 | + 4,2 |
| Insgesamt | 1976 = 100 | 102,2 | 104,1 | 97,1 | 104,8 | 117,1 | - 10,8 | - 8,2 | - 3,2 |
| Investitionsgüter produzierendes Gewerbe insgesamt | 1976 = 100 | 101,8 | 113,6 | 98,1 | 106,1 | 114,6 | - 10,7 | - 8,7 | - 0,8 |
| Produktion (ohne Energie und Bau) insgesamt | 1970 = 100 | 138,0 | 116,7 | 110,4 | 128,5 | 127,2 | - 4,7 | + 2,6 | - 4,4 |
| Beschäftigte ¹⁾ | 1000 | 1 496,3 | 1 486,2 | 1 479,2 | 1 476,8 | 1 473,9 | - 0,2 | - 0,8 | - 1,0 |
| Bauwirtschaft | | | | | | | | | |
| Beschäftigte | 1000 | 201,2 | 198,1 | 194,2 | 193,4 | 196,3 | + 0,4 | - 0,4 | - 1,0 |
| Auftragseingang | 1976 = 100 | 141,2 | 147,0 | 128,6 | 139,6 | 196,0 | + 7,4 | - 18,4 | - 25,1 |
| Handel | | | | | | | | | |
| Ausfuhr | Mill. DM | 5 047,8 | 5 423,3 | 4 262,6 | 5 071,3 | | - 3,6 | + 3,4 | |
| Preise | | | | | | | | | |
| Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte | 1976 = 100 | 118,3 | 119,0 | 120,4 | 121,0 | 121,7 | + 5,8 | + 5,4 | + 5,5 |
| Arbeitsmarkt | | | | | | | | | |
| Arbeitslose | Anzahl | 91 117 | 104 316 | 119 730 | 115 995 | 108 978 | + 32,5 | + 39,3 | + 41,3 |
| Offene Stellen | Anzahl | 47 442 | 44 019 | 45 001 | 47 594 | 48 058 | - 20,0 | - 21,1 | - 24,5 |
| Arbeitslosenquote | % | 2,5 | 2,9 | 3,3 | 3,2 | 3,0 | | | |

1) Beschäftigte im Verarbeitenden Gewerbe (einschl. Handwerk).

In dieser allgemein gedrückten Ausgangssituation sind Kräfte, die einen Aufschwung herbeiführen können, zwar latent vorhanden, so erwiesen sich die realen Ausrüstungsinvestitionen bisher als relativ widerstandsfähig, sie lagen bundesweit im ersten Quartal nur 1% unter dem Niveau des entsprechenden Vorjahreszeitraums. Auch der vom Statistischen Landesamt berechnete Gesamtkonjunkturindikator ist etwa seit November 1980 nicht weiter gefallen, sondern verharrt auf dem erreichten tiefen Niveau. Es ist aber fraglich, ob Antriebsfaktoren, die insbesondere von den Ausrüstungsinvestitionen und auch vom Export ausgehen könnten und dann Baden-Württemberg besonders begünstigen würden, unter Berücksichtigung des gegebenen Zinsniveaus und der getätigten Tarifabschlüsse früh genug einsetzen, um für 1981 eine wenn auch leichte reale Steigerung des Inlandsprodukts bewirken zu können.

Die heimische Volkswirtschaft wie auch die übrigen Industrieländer und vor allem die Entwicklungsländer wurden von starken Ölpreiserhöhungen betroffen. Immerhin mußten in der Bundesrepublik Deutschland trotz eines im Vorjahres-

vergleich mit -10% beachtlichen mengenmäßigen Rückgangs der Importe von Rohöl und Mineralölzeugnissen 1980 15 Mrd. DM mehr für diese Einfuhren aufgewendet werden. Doch anders als nach der ersten Ölkrise 1973/74 reagierte die Weltwirtschaft nicht mit einem synchronen Abschwung. Die sprunghaft gestiegenen Energiepreise wurden vielmehr als Herausforderung zur Umstrukturierung der Volkswirtschaften empfunden, was weltweit ein enormes Investitionspotential geschaffen haben dürfte. Allerdings war durch den mit den Ölvertierungen verbundenen Kaufkraftentzug die weltweite Konjunktursituation bisher im allgemeinen gedämpft, wenn auch in den USA im ersten Quartal 1981 mit einer Wachstumsrate des realen Bruttosozialprodukts von 6,5% gegenüber dem Vorjahr Aufschwungtendenzen sichtbar wurden. Eine weitere Folge der Energiepreissteigerungen war das Anwachsen der Leistungsbilanzdefizite fast aller Industrieländer, der Passivsaldo der OECD-Länder hat 1980 gut 73 Mrd. Dollar erreicht¹⁾.

¹⁾ BMWI - Tagesnachrichten vom 20.2.81.

Fast alle Staaten werden gezwungen sein, auch durch vermehrte Exportanstrengungen ihre Leistungsbilanzdefizite zu verringern. Der internationale Konkurrenzdruck für die heimische Wirtschaft im Inland und auf den Auslandsmärkten dürfte somit weiter wachsen. Allerdings sind bei der von den Forschungsinstituten erwarteten Stagnation des Welthandelsvolumens die Exportzunahmen des einen Landes die Schrumpfung des Exports eines anderen Landes.

Die heimische Wirtschaft spürt insbesondere die starke Zunahme der Importe aus Japan (1980 gegenüber 1979 bundesweit: + 31,9%). Allerdings mußten in Japan von allen Industrieländern auch die größten Exportanstrengungen gemacht werden, da es am ölabhängigsten ist – sein Mineralölanteil am Primärenergieverbrauch war 1978 mit 73% weit höher als der deutsche (52%, Baden-Württemberg 63%). Der Wettbewerbsvorsprung Japans in den relativen Stückkosten hat sich, vor

Tabelle 2

Vergleich wirtschaftlicher Vorhersagen wichtiger Institutionen für die Bundesrepublik 1981

| Merkmal | Einheit | Sachverständigenrat ¹⁾ | Jahreswirtschaftsbericht ²⁾ | RWI ³⁾ | DIW ⁴⁾ | Gemeinschaftsgutachten ⁵⁾ |
|---|------------------------------|-----------------------------------|--|-------------------|-------------------|--------------------------------------|
| Bezugszahlen zur Entstehung des Sozialprodukts | | | | | | |
| Erwerbstätige | Veränderung zum Vorjahr in % | - 0,5 | -1 bis -1,5 | - 1 | - 1 | - 1,5 |
| Arbeitslose | Mill. | 1,1 | - | 1,2 | 1,2 | 1,25 |
| Arbeitslosenquote ⁶⁾ | % | - | 5 | - | 5,2 | 5,3 |
| Arbeitszeit je Erwerbstätigen | Veränderung zum Vorjahr in % | - 1,5 | -1 bis -1,5 | - 1,5 | - 2 | - 1,5 |
| Produktivität ⁷⁾ | " | 2,5 | 2 | 2 | 2,5 | 1,5 |
| Verwendung des Sozialprodukts | | | | | | |
| Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (nominal) | Veränderung zum Vorjahr in % | 5 | 3,5 bis 4,5 | 4 | 3,5 | 3,5 |
| Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen (real) | " | 0,5 | 0 bis - 1 | - 1 | - 1 | - 1,5 |
| Privater Verbrauch (nominal) | " | 6 | 5 bis 6 | - | 5,5 | 5 |
| Staatsverbrauch (nominal) | " | 6 | 4 bis 5 | - | 5,5 | 6 |
| Bruttoanlageinvestitionen (nominal) | " | 4 | 2 bis 4 | - | 0,5 | 0 |
| Exporte (nominal) | " | 4 | 4,5 bis 5,5 | - | 2,5 | 6,5 |
| Importe (nominal) | " | 3,5 | 3,5 bis 4,5 | - | 1 | 5,5 |
| Exporte (real) | " | 0,5 | 1 | - 2 | - 1,5 | 0 |
| Importe (real) | " | 0,5 | - 0,5 | - 1 | - 1 | - 2 |
| Vorratsveränderung (nominal) | Mrd. DM | - | 12 bis 14 | - | 15 | 15,5 |
| Preisentwicklung | | | | | | |
| Privater Verbrauch | Veränderung zum Vorjahr in % | 4 | rund 4,5 | 5 | 4 | 5 |
| Bruttosozialprodukt | " | 4 | rund 4,5 | 4,5 | 5 | 5 |
| Verteilung des Volkseinkommens | | | | | | |
| Volkseinkommen (nominal) | Veränderung zum Vorjahr in % | 4 | 2,5 bis 3,5 | 3,5 | 3 | 2,5 |
| Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit (nominal) | " | 4 | 3 bis 4 | 3,5 | 3,5 | 3,5 |
| Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (nominal) | " | 4,5 | 2 bis 3 | 3 | 1,5 | 0,5 |
| Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte (nominal) | " | 6 | - | 5 | 5 | 5 |
| Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen (nominal) | " | 5,5 | - | 3 | 1 | 0,5 |
| Leistungsbilanzdefizit (nominal) | Mrd. DM | - 24 | - 24 | - 27,5 | - 23 | - |

1) Zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Nov./Dez. 1980). – 2) Der Bundesregierung (Januar 1981). – 3) Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung (Februar 1981). – 4) DIW (Januar/Februar 1980). – 5) Lage der Weltwirtschaft und der westdeutschen Wirtschaft im Frühjahr 1981 (Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute). – 6) Bezogen auf abhängige Erwerbspersonen. – 7) Je Erwerbstätigenstunde.

allem durch die starke Yen-Aufwertung, inzwischen vermindert. Eine wichtige Rolle bei den Exporterfolgen Japans spielt aber auch, daß dessen exportintensive Branchen den neuesten technologischen Stand sowohl bei den Fertigungsprozessen als auch bei den angebotenen Erzeugnissen aufweisen. Eine zu erwartende weitere Aufwertung der japanischen Währung dürfte so für die zukünftige Wettbewerbssituation der japanischen Exportwaren nicht allein ausschlaggebend sein. Allerdings könnte die weitere Exportentwicklung Japans aber auch der Bundesrepublik von einer weltweit zunehmenden Tendenz des Protektionismus betroffen sein. Das gleiche gilt für die zunehmenden Exporterfolge der Schwellenländer (z.B. im Textilbereich, aber auch bei Maschinen und im Baubereich), deren Wettbewerbsstärke auf der Lohnkostenseite bei den arbeitsintensiven Standardprodukten liegt.

Durch die Verschlechterung der Terms of Trade (1979 und 1980 jeweils 6%, mit gleichbleibender Tendenz in den ersten Monaten von 1981) hat sich zwar einerseits die deutsche Handelsbilanz verschlechtert. Andererseits aber hat sich die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der heimischen Exportwirtschaft durch die reale DM-Abwertung verbessert. Die Entwicklung in den wichtigsten Industrieländern wie auch in der heimischen Volkswirtschaft wurde bisher allerdings auch durch das hohe reale Zinsniveau gebremst, das – maßgeblich von den USA ausgehend – dort primär die Inflationsbekämpfung unterstützen soll (Inflationsrate 1980: 13,5%), in der Bundesrepublik aber in erster Linie währungspolitisch bedingt ist.

Die heimische Nachfrage ist auch in Baden-Württemberg, wie die realen inländischen Auftragsgänge des Verarbeitenden Gewerbes zeigen, gegenüber dem allerdings hohen Vorjahresniveau schwächer geworden (Januar – März –7,3%). Die Produktionsentwicklung des Verarbeitenden Gewerbes deutete bisher eine Stabilisierung auf niedrigerem Niveau an (Januar – März –2,2%). Sie scheint sich zumindest bisher aufgrund der bestehenden Auftragsbestände noch halten zu können.

Die Entwicklung des Wirtschaftswachstums wird auch von Seiten der Institute zurückhaltend und abwartend eingeschätzt. So erwartet das Frühjahrsgutachten eine Verminderung des realen Sozialprodukts (–1,5%). Diese Zahl liegt unter der Bandbreite der Projektion der Bundesregierung im Jahreswirtschaftsbericht vom Januar (0 bis –1%). In Baden-Württemberg könnte, wenn die exportintensive heimische Wirtschaft eine konjunkturstützende Wirkung entfalten kann, das Vorjahresniveau

gehalten werden. Bei dieser Einschätzung ist unterstellt, daß nach einem voraussichtlichen Rückgang im ersten Halbjahr ein Aufschwung spätestens gegen Jahresende einsetzt.

Investitionen

Eine Reihe von Gründen spricht nach Meinung der Mehrheit der Institute in der gegenwärtigen Lage gegen einen stärkeren Rückgang der Investitionstätigkeit. Zwar ist die Kapazitätsauslastung der Unternehmen im Bundesgebiet allgemein gesunken: Nach Berechnungen des DIW² fiel die Auslastung des Produktionspotentials vom ersten bis zum vierten Quartal des vergangenen Jahres von 93,7 auf 90,7% und dürfte nach dessen Prognose im Lauf des Jahres – bei um etwa 2,5% steigendem Produktionspotential – noch um mindestens 3 Prozentpunkte zurückgehen.³ Parallel hierzu sanken auch die Erwartungen der Unternehmen für die zukünftige Auslastung des Anlagenbestandes. Im September glaubte beim Ifo-Konjunkturtest⁴ ein Viertel, am Jahresende bereits ein Drittel der Befragten nicht, in den kommenden 12 Monaten die vorhandenen Kapazitäten ausreichend beschäftigen zu können. Auch von der Zinsentwicklung her dürften Investitionspläne nicht erleichtert werden. Im Monat März mußten für Kontokorrentkredite rund 12% Zinsen (März 1980: 10%) bezahlt werden.

Unter dem Einfluß der gesunkenen Kapazitätsauslastung gingen 1980 auch die Bruttoeinkommen der Unternehmen zurück (nominal –1%).⁵ Hinzu kam, daß die konjunkturelle Abschwächung den Wettbewerb um Aufträge verschärfte. Der Preisdruck am Markt nahm zu, und Kostenerhöhungen konnten nicht mehr voll in den Preisen weitergegeben werden. Selbst in Baden-Württemberg, wo die Abschwächung bisher milde ausfiel, ergaben die Unternehmensbefragungen der Industrie- und Handelskammern bereits im dritten Quartal 1980 eine wachsende Ertragsklemme.

Bereits der Investitionsaufschwung ab 1976 wurde in relativ geringem Umfang durch nachfrageorientierte Kapazitätserweiterungen getragen. Im Vordergrund stand vielmehr, wie der Ifo-Investitionstest ergab, die Einführung neuer Produktions- und Verfahrenstechniken. Der Investitionsaufschwung war, wie auch die Untersuchung der Güterstruktur zeigt, weitgehend technologieinduziert, so haben Büromaschinen und ADV-Anlagen gegenüber den Jahren vor 1970 ihren Beitrag zum Investitions-wachstum stark erhöht, während Maschinenbauer-

² DIW Wochenbericht 14/81 (Neuberechnung).

³ DIW Wochenbericht 1/2 1981.

⁴ Ifo-Schnelldienst 5/1981.

⁵ Monatsbericht der Deutschen Bundesbank 3/81.

zeugnisse und Kraftfahrzeuge zurückfielen; dieser Wandel der Investitionsstruktur dürfte auch weiterhin anhalten.⁶

Gerade in der gegenwärtigen Wirtschaftslage wird die kurzfristige Entwicklung der laufenden Nachfrage aller Voraussicht nach nicht allein für Investitionsentscheidungen ausschlaggebend sein. Vielmehr wird die Notwendigkeit, durch Umstellungen und technische Neuerungen angestammte Märkte zu verteidigen und neue zu erschließen, weiterhin Investitionen induzieren. Dabei steht dem Bedarf an Rationalisierung sowie an energie- und rohstoffsparenden Fertigungstechniken ein ständig steigendes modernes technologisches Potential zur Verfügung. Es reicht von Möglichkeiten zur flexiblen automatisierten Fertigung (Industrieroboter) bis zur Rationalisierung bei Bürotätigkeiten durch die weitere Verbreitung dezentraler ADV-Anlagen mit Zugriff am Arbeitsplatz und der Verbreitung neuer Kommunikationstechniken. Allerdings haben die reduzierten Ertragserwartungen in Verbindung mit dem hohen Zinsniveau auch in Baden-Württemberg dazu geführt, daß die inländischen Auftragsgänge im Investitionsgüter produzierenden Gewerbe nun schon seit fast einem Jahr unter den jeweiligen Vorjahreswerten liegen (erstes Quartal 1981: -10,3%). Die Entwicklung nach Branchen ist uneinheitlich. Stärker betroffen sind der Maschinenbau -13,2% und der Fahrzeugbau (-12,0%). Kaum besser schnitt die Elektrotechnik ab (-8,8%). Erheblich über dem jeweiligen Vorjahresniveau lag dagegen die Entwicklung bei den Büromaschinen (+36,7%).

Bei Abwägung mittelfristiger Investitionserfordernisse mit den auf kürzere Sicht retardierenden Momenten kommen die Wirtschaftsforschungsinstitute zu der Annahme, daß zwar ein Einbruch nicht zu befürchten ist, daß aber die Ausrüstungsinvestitionen bundesweit 1981 voraussichtlich um real 3 bis 4% zurückgehen werden.

Von den Vorratsinvestitionen dürften im kommenden Jahr keine stärkeren negativen Einflüsse ausgehen, da die Lager – insbesondere in den Handelsstufen – bereits im Lauf des letzten Jahres entsprechend der Geschäftslage und des die Lagerhaltung verteuernenden hohen Zinsniveaus beträchtlich abgebaut wurden.

Etwas stärker als die Ausrüstungsinvestitionen dürften die Bauinvestitionen zurückgehen, wobei der Hochbau weniger stark betroffen sein wird als der Tiefbau. Die Investitionen im Wohnungsbau sind durch die Entwicklung der Baukosten, der Baulandpreise – die für baureifes Land bezahlten Preise waren im Herbst 1980 um ein Drittel höher

als ein Jahr zuvor – und durch die Entwicklung der Hypothekenzinsen negativ beeinflusst, die nach einer leichten Abwärtsentwicklung im Sommerhalbjahr 1980 seither wieder auf 10% gestiegen sind.

Allerdings ist beim Wohnungsbau auch in Baden-Württemberg noch ein erheblicher Investitionsbedarf vorhanden. Er resultiert in erster Linie aus dem Wunsch vieler Bürger nach der Schaffung von Wohneigentum, aber auch aus dem Mangel an Mietwohnungen, der vor allem in den größeren Städten und deren Umland besteht. Obwohl sich in den Problemgebieten – das sind vor allem Gemeinden mit über 100000 Einwohnern – die Lage insgesamt gesehen verbessert hat, besteht doch hier schon rein rechnerisch eine Unterversorgung der Haushalte mit Wohnungen⁷. Der Mietwohnungsbau, der für größere Gemeinden in erster Linie von Bedeutung wäre, ist aber durch mangelnde Rendite negativ beeinflusst. Von den günstigeren Rahmenbedingungen (Steuerrecht, Mietrecht), wie sie zur Zeit in der politischen Diskussion sind, können in diesem Jahr keine größeren Impulse mehr ausstrahlen. Beim Wirtschaftsbau, der sich seither gut behauptet hat, könnte ein leichter Rückgang eintreten, da die Unternehmen den oft mit größeren Baumaßnahmen verknüpften Erweiterungsinvestitionen keinen Vorrang einräumen.

Entsprechend ist auch in Baden-Württemberg die Auftragslage im Hochbau inzwischen negativ beeinflusst. Trotz der im Vorjahresvergleich rückgängigen realen Auftragsgänge im ersten Quartal (-15,9%) dürften aber wegen der durch die Witterung stärker behinderten Bauproduktion die Auftragsbestände von Ende März, die preisbereinigt 3% unter dem Vorjahresstand lagen, bis Ende des dritten Quartals die Beschäftigung sichern. Weit stärker dürften die Investitionen im Tiefbau rückläufig sein, bedingt durch die Bestrebungen der Finanzpolitik, die öffentlichen Haushalte zu konsolidieren. Vor allem hier gaben die Auftragsgänge weiter nach (erstes Quartal -37,1%); die am Ende des ersten Quartals vorhandenen Auftragsbestände (real -14%) dürften ebenfalls bis zum Herbst reichen. Von der zurückgehenden Neubautätigkeit ist zwar auch das Ausbaugewerbe betroffen, doch dürfte hier die weiterhin günstige Konjunktur bei Modernisierung und Sanierung, sowie bei Investitionen zur Energieeinsparung in bestehenden Wohngebäuden stützend wirken.

Die angespannte Lage und der verschärfte Konkurrenzdruck auf dem Baupreis werden auch in den geringeren Preissteigerungen sichtbar. Im Februar lag in Baden-Württemberg der Preisindex für

⁶ Vgl. W. Münzenmaier; Entwicklungsperspektiven der Wirtschaft in den 80er Jahren in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde von Baden-Württemberg 1980 Heft 2.

⁷ Vgl. E. Frank; Wohnverhältnisse und Wohnumwelt, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl 4/1980.

Wohngebäude um 6,7%, und im Straßenbau um 2,8% über dem Vorjahresstand. Gegenüber dem November 1980 trat praktisch ein Preisstillstand ein. Insgesamt gesehen dürfte der von den Instituten geschätzte Rückgang des realen Bauvolumens um 4 bis 5% für Baden-Württemberg zutreffen.

Privater Verbrauch

Vom privaten Verbrauch gingen bereits im vergangenen Jahr keine Wachstumsimpulse aus. Bei einer derzeitigen Preissteigerungsrate von 5,6% im Bundesgebiet (April 1981 zum entsprechenden Vorjahresmonat), die im Jahresdurchschnitt insbesondere wegen der durch die Minderbewertung der DM ausgelösten Verteuerung der Einfuhrpreise kaum unter die 5-Prozentmarke fallen dürfte, und in Verbindung mit den getätigten Tarifabschlüssen dürften die verfügbaren Arbeitnehmerinkommen bestenfalls real stagnieren. Dämpfend wird sich auch auswirken, daß die Zahl der Beschäftigten und die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden rückläufig sein dürfte. Hinzu kommt, daß die Entlastungen in der Lohn- und Einkommensteuer, die zu Jahresbeginn in Kraft getreten waren, durch höhere Beitragssätze bei der Rentenversicherung und der gesetzlichen Krankenversicherung im Durchschnitt kompensiert werden dürften. Auch von den übrigen Einkommensarten, so von den Rentenerhöhungen (+4%), dürften kaum Impulse ausgehen. Gegenläufig wirkt auch die zum 1. April in Kraft getretene Erhöhung von Verbrauchssteuern.

Ein beachtliches Kaufkraftpotential wird durch Veränderungen der Sparquote bewegt. Diese dürfte durch im wesentlichen gleichgerichtete Faktoren beeinflußt werden; zum einen ist der Realzins bei Rentenpapieren im Vergleich mit den früheren Jahren beträchtlich, zum anderen wird die unsichere Wirtschaftslage mit Zunahme von Arbeitslosigkeit, Kurzarbeit und Überstundenabbau die Sparneigung erfahrungsgemäß eher verstärken. Zudem wird, falls die gegenwärtige Kaufzurückhaltung bei langlebigen Konsumgütern (z.B. PKW) anhält, die Sparneigung auch hierdurch eher leicht ansteigen als absinken.

Der reale private Verbrauch dürfte daher 1981 stagnieren, davon geht das Frühjahrsgutachten aus, oder doch nur minimal ansteigen. In die gleiche Richtung weisen Verbraucherbefragungen, die ein wenig günstiges Konsumklima erwarten lassen.

Exporte

Da im laufenden Jahr von den übrigen Nachfrageaggregaten bestenfalls eine Stagnation zu erwarten ist, stellt sich die Frage, ob, wie im vergangenen Jahr, der Export einen wenn auch bescheidenen Beitrag zur Konjunkturbelebung leisten kann.

Zwei Faktoren sind für die Entwicklung der Ausfuhr in erster Linie entscheidend: die Konjunkturlage in den Hauptabnehmerländern und die preis- und kostenmäßige Wettbewerbssituation der heimischen Wirtschaft. Im Gegensatz zur Lage nach der Ölkrise

Tabelle 3

Daten zur internationalen Wirtschaftsentwicklung

| Land | Anteil an der Ausfuhr 1980 ¹⁾ | Veränderung gegenüber Vorjahr | | | | |
|----------------------------|--|--------------------------------|----------------------------|-------|-------------------|------|
| | | Außenwert der DM ²⁾ | Reales Bruttosozialprodukt | | Verbraucherpreise | |
| | | | 1980 | 1981 | 1980 | 1981 |
| | | | % | | | |
| Bundesrepublik Deutschland | — | — | 1,8 | — 1,5 | 5,5 | 5,0 |
| Frankreich | 14,1 | 1,1 | 1,5 | — 0,5 | 13,6 | 11,5 |
| Italien | 9,0 | 5,3 | 4,0 | — 2,0 | 21,2 | 19,0 |
| Niederlande | 6,7 | 0,8 | 0,5 | — 1,5 | 6,5 | 6,0 |
| Belgien, Luxemburg | 4,7 | 1,2 | 1,0 | — 1,5 | 6,6 | 6,5 |
| Großbritannien | 5,6 | — 13,2 | — 2,5 | — 2,0 | 18,0 | 10,5 |
| Schweiz | 8,6 | — 4,1 | 3,0 | 0,0 | 4,0 | 5,0 |
| Österreich | 6,2 | — 1,1 | 3,6 | — 0,5 | 6,4 | 6,0 |
| USA | 9,9 | — 12,3 | — 0,1 | 0,5 | 13,5 | 11,0 |
| Japan | 1,6 | — 26,3 | 5,4 | 3,0 | 8,0 | 6,0 |

1) Anteil an der Ausfuhr Baden-Württembergs. — 2) Stand März 1981.

Quellen: Deutsche Bundesbank und Arbeitsgemeinschaft deutscher wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute e.V. (Frühjahrgutachten).

1973/74 verläuft die Konjunktur der wichtigsten wesentlichen Industrieländer zur Zeit nicht in einem synchronen Abschwung.⁸ Die Abschwächung der Konjunktur begann in der Bundesrepublik später als in den USA und Großbritannien. In Frankreich und vor allem in Italien war die wirtschaftliche Entwicklung 1980 positiv. Wichtig dürfte sein, daß die konjunkturelle Talfahrt in den USA trotz des hohen Zinsniveaus seit der Jahreswende zu Ende zu sein scheint. Auch die Nachfrage der OPEC-Staaten dürfte weiter steigen. Von den sozialistischen Ländern dürften keine Nachfrageimpulse ausgehen, da auch diese Länder von der weltweiten Wachstumsschwäche im Gefolge der Ölpreissteigerungen betroffen sind und ihr Verschuldungsniveau bereits hoch ist. Die nicht ölexportierenden Entwicklungsländer haben durch ihre Abhängigkeit von Ölimporten mit weitaus schwierigeren Zahlungsbilanzproblemen zu kämpfen als die Industriestaaten, so daß viele Länder der Dritten Welt – obwohl ein dringender Bedarf besteht – ihre Importe aus den Industrieländern nicht steigern können.

Der Stabilitätsvorsprung der Bundesrepublik im internationalen Vergleich und die seit der Jahresmitte 1979 eingetretene anhaltende reale Abwertung der DM haben die Konkurrenzsituation auf dem Weltmarkt verbessert.

Diese Einflußfaktoren könnten auch in Baden-Württemberg eine erste Wirkung schon gezeigt haben, da das reale Bestellvolumen des Auslands im Verarbeitenden Gewerbe nach einem Einbruch im dritten Quartal 1980, im ersten Quartal 1981 (-0,3%) das hohe Vorjahresniveau wieder erreicht. Während von den großen Branchen nur der Fahrzeugbau Rückgänge der Auslandsbestellungen verzeichnete (-3,8%) waren die Zuwachsraten beim Maschinenbau, bei der Elektrotechnik und der Datenverarbeitung im ersten Quartal positiv.

Per Saldo dürften die Aussichten der Exportwirtschaft Baden-Württembergs nicht ungünstig sein. Zum einen ist die Angebotspalette der durch einen starken Investitionsgütersektor geprägten heimischen Wirtschaft im Hinblick auf den weltweiten Bedarf an Investitionen zur Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit und zur Energieeinsparung günstig, zum anderen trägt die Exportförderung des Landes dazu bei, insbesondere den mittelständischen Unternehmen den Zugang zu Auslandsmärkten zu öffnen. Berücksichtigt man die geschilderten Bestimmungsfaktoren für die Exportentwicklung, so könnte Baden-Württemberg statt der im Frühjahrsgutachten prognostizierten Stagnation der realen Ausfuhr ein kleines Plus verzeichnen, so daß von den Exporten zumindest keine negativen Impulse zu erwarten sind.

Öffentliche Finanzen

Der Doppelhaushalt 1981/82 hat ein Volumen von 31,2 Mrd. DM im Jahr 1981 und von 32,7 Mrd. DM im Jahr 1982. Dies bedeutet nach den bereinigten Haushaltsvolumina für 1981 eine Steigerung von 2,1% gegenüber 1980 und für 1982 eine Steigerung von 5,6% gegenüber 1981.

Auf der Einnahmenseite sind für 1981 Steuereinnahmen in Höhe von rund 21,3 Mrd. DM veranschlagt. Verglichen mit dem Haushaltsansatz 1980 bedeutet dies einen Zuwachs von 2,9%. Unter Einbeziehung der übrigen Einnahmen von rund 5,9 Mrd. DM verbleibt gegenüber der Ausgabenseite des Haushalts eine Finanzierungslücke, die mit Krediten geschlossen wird. Die Netto-Kreditaufnahme beträgt 2,7 Mrd. DM für 1981 und 2,2 Mrd. DM für 1982. Sie liegt nach dem Haushaltsplan 1981 um 500 Mill. DM höher als 1980 und sinkt 1982 wieder auf den Stand des Jahres 1980 ab.

Der Doppelhaushalt 1981/82 ist Ausdruck der Politik der Landesregierung um eine Konsolidierung der Staatsfinanzen. Er ist geprägt von der klaren finanzpolitischen Zielsetzung zu sparen, die Nettoverschuldung und das Stellenwachstum zu begrenzen, die Mindereinnahmen durch das Steuerentlastungsgesetz 1981 und die Mehrausgaben durch den unser Land einseitig belastenden Länderfinanzausgleich zu verkräften, ausgabenwirksame Vorhaben zurückzustellen und damit auch dazu beizutragen, die erheblichen Preissteigerungen im Baugewerbe aufzufangen, den Zuwachs der Ausgaben im Jahr 1981 unterhalb der vom Finanzplanungsrat vorgegebenen Leitlinie von 4% zu halten, und so den Konsolidierungsprozeß des Landeshaushalts einzuleiten und über den Zeitraum der Mittelfristigen Finanzplanung konsequent fortzuführen.

Zur Einhaltung dieser finanzpolitischen Ziele waren Ausgabenkürzungen in sämtlichen Bereichen des Landeshaushalts erforderlich. Von den Einsparungen konnte auch der Personalbereich nicht ausgenommen werden. Daher sind nur noch 1700 neue Stellen im Jahr 1981 und 1600 im Jahr 1982 für Schwerpunktbereiche vorgesehen. Außerhalb der Schwerpunktbereiche soll im Rahmen von Nachtragshaushalten eine Einsparung von je 300 Stellen in 1981 und 1982 vorgenommen werden.

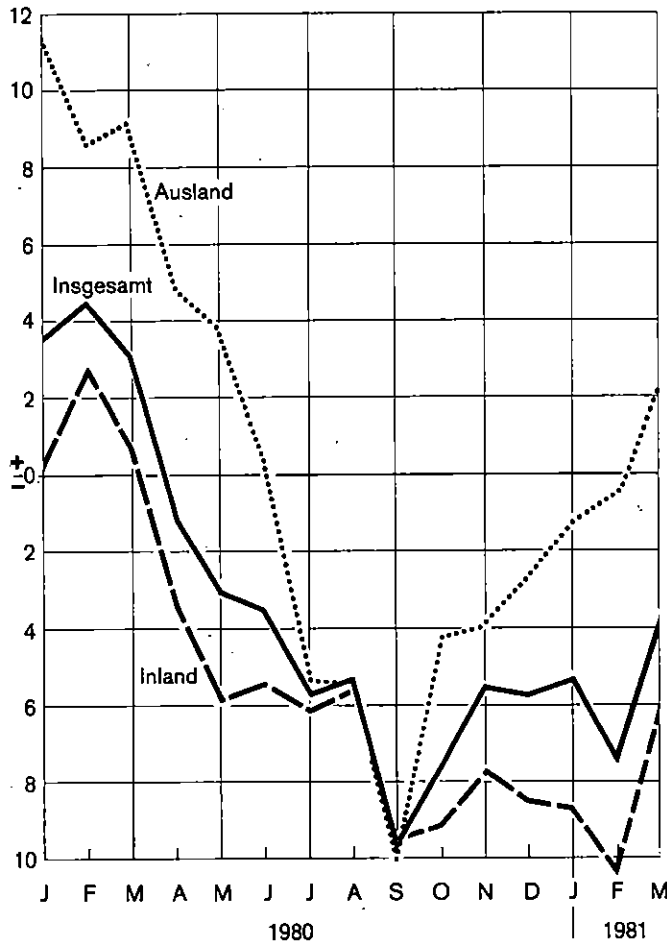
Auch im investiven Bereich waren Sparmaßnahmen unumgänglich. Im Jahr 1981 gehen die Investitionsausgaben gegenüber 1980 um 10,9% zurück; in 1982 ist wieder ein geringfügiger Anstieg um 4,2% möglich. Die nicht zwangsläufigen Sachausgaben werden gegenüber den Haushalts-

⁸ Ifo-Wirtschaftskonjunktur 1/81

Schaubild 2

Reale Auftragseingänge im Verarbeitenden Gewerbe

Veränderung gegen Vorjahr in % - gleitende 3-Monatsdurchschnitte



165 81

ansätzen 1980 im Haushaltsplan 1981 um 0,8 Mrd. und im Haushaltsplan 1982 um 0,6 Mrd. DM gekürzt.

Perspektiven für den Arbeitsmarkt

Die Arbeitsmarktentwicklung des laufenden Jahres ist auch in Baden-Württemberg durch den hohen Arbeitslosenbestand im Frühjahr bereits vorgeprägt. Neben dieser Ausgangslage beeinflussen im wesentlichen zwei Faktoren die weitere Entwicklung – die konjunkturelle Situation und die demographisch bedingte Erwerbspersonenannahme. Andererseits wird bei einer voraussichtlich allenfalls gleichbleibenden Produktion selbst bei einer auch nur geringfügigen Produktivitätssteigerung die Zahl der Arbeitsplätze zurückgehen.

Eine im März veröffentlichte Vorausschätzung⁹ erwartet für Baden-Württemberg – bei einer im Bundesdurchschnitt unterstellten realen Abnahme

⁹ Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung Heft 1/1981.

des Sozialprodukts um 1%, eines bundesweiten Anstiegs der Erwerbspersonen um 130000 Personen und einer Steigerung der Stundenproduktivität um 2,5% – eine Arbeitslosenquote von 3,2%, was in Baden-Württemberg einer Arbeitslosenzahl von 117500 (+45%) im Jahresdurchschnitt entspricht, während im Bundesgebiet bei einer Quote von 5,3% die – auch im Frühjahrsgutachten genannte – Arbeitslosenzahl von 1,25 Mill. (+ 41%) erwartet wird.

Die mögliche Zahl der Arbeitslosen hängt aber auch von der Entwicklung der Kurzarbeit ab. Diese kann insbesondere dann eine dämpfende Wirkung entfalten, wenn die Unternehmen den Produktionsrückgang als nur kurzfristig einschätzen. Die obige Prognose geht davon aus, daß im Jahresdurchschnitt im Bundesgebiet die Zahl der Kurzarbeiter 500000 (Jahresdurchschnitt 1980: 137000) beträgt.

Von wachsender Bedeutung ist jedoch nicht nur die globale Entwicklung des Arbeitsmarktes, sondern auch die Struktur der Arbeitslosigkeit.

Zum einen liegt die Arbeitslosenquote der Ausländer in Baden-Württemberg zwar weit unter dem Bundesdurchschnitt (März: 4,7% bzw. 7,3%), aber der Anteil der Ausländer an den Arbeitslosen liegt erheblich über dem im Bundesgebiet (März: 21,8% bzw. 13,1%), was allerdings dem höheren Ausländeranteil an den Erwerbstätigen in Baden-Württemberg entspricht (11,6% bzw. 7,5%). Zum anderen sind, wie eine Strukturuntersuchung der Arbeitsverwaltung vom September 1980 zeigt, 56% der Arbeitslosen ohne abgeschlossene Ausbildung (Bundesdurchschnitt: 54%) und der Anteil der Jugendlichen ohne Ausbildung an den jugendlichen Arbeitslosen beträgt 10,5% (Bund: 9,9%).

Diese Zahlen lassen darauf schließen, daß die im Rahmen der ungebrochenen Rationalisierungsinvestitionen zu erwartenden Freisetzungen von minderqualifizierten Arbeitskräften auch in Baden-Württemberg die Strukturprobleme auf dem Arbeitsmarkt bei den genannten Problemgruppen verschärfen dürfte. Insbesondere ist den starken Altersjahrgängen, die jetzt im berufsschulpflichtigen Alter sind, besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Zwar ist die Zahl der Berufsschüler¹⁰, die keinen Ausbildungsvertrag besitzen (24400), seit dem Schuljahr 1977/78 kaum gestiegen (+1%), aber die Zusammensetzung dieser Gruppe hat sich stark verändert, da der Ausländeranteil erheblich zugenommen hat. Die Zahl der arbeitslosen Berufsschüler, die weder in einem Ausbildungs- noch in einem Arbeitsverhältnis stehen, ist bei den Ausländern seit 1975 um 292% auf 5200 gestiegen, wäh-

¹⁰An öffentlichen Berufsschulen einschließlich kooperatives Berufsbildungsjahr.

rend die Zahl der deutschen Arbeitslosen dieser Personengruppe um 52% abgenommen hat. Diese Entwicklung ist vor allem auf die verstärkte Zureise türkischer Jugendlicher im berufsschulpflichtigen Alter zurückzuführen¹¹, die im übrigen seit Juni 1980 bei Abschluß eines Ausbildungsvertrages keiner Wartefrist mehr unterworfen sind. Trotz der insgesamt gesehen gestiegenen Schulerfolgsquoten dürften mangelnde Sprachkenntnisse und zum Teil auch fehlende Schulabschlüsse die Suche nach Ausbildungs- und Arbeitsplätzen auch weiterhin erschweren.

¹¹ Vgl. W. Eitel: Entwicklungstendenzen an den beruflichen Schulen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 3/1981.

Langfristige Modellrechnung demographischer Eckdaten

Modellrechnung zur langfristigen Bevölkerungsentwicklung

Für die Bevölkerung zeichnet sich bei Fortbestehen heute wirksamer Tendenzen im generativen Verhalten gegen Ende des Jahrhunderts ein Entwicklungsumbruch ab: Die bis dahin zu erwartende Bevölkerungsstagnation könnte nach 2000 in eine schnelle Bevölkerungsschrumpfung übergehen. Maßnahmen, die diese mögliche Konsequenz zu vermeiden oder abzumildern helfen, müßten aber wegen der Langzeitwirkung demographischer Prozesse schon heute initiiert werden. Diese grundsätzlichen Zusammenhänge wurden schon in den vorhergehenden Modellrechnungen¹ ausführlich dargestellt. Inzwischen haben sich kleinere Verschiebungen in der Ausgangsbasis² sowie im Verlauf der Bestimmungsfaktoren ergeben, so daß eine Aktualisierung angezeigt ist.

Generell ist zu beachten, daß die Ergebnisse derartiger Modellrechnungen – insbesondere wenn sie über einen Zeitraum von 10 bis 15 Jahren hinausgehen und damit zunehmend über heute noch nicht geborene Menschen Aussagen machen – keineswegs angeben können, wie es zukünftig mit Sicherheit sein wird. Sie informieren vielmehr darüber, welche Entwicklungen der Größenordnung und Richtung nach möglicherweise eintreten

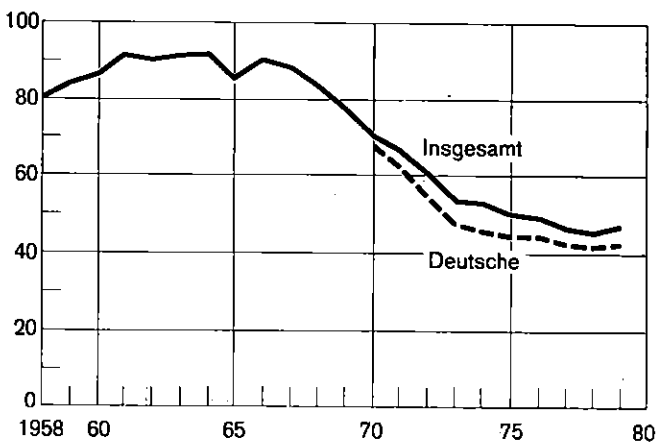
¹ Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1978/79, S. 35 ff. und H. Kaeser: Langfristige Vorausschätzung demographischer Eckdaten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 6, 1979. Die hier jeweils dargestellte Modellrechnung auf Basis 1. 1. 1977 wurde auf Beschluß der Ministerpräsidentenkonferenz vom 29. 10. 1976 für alle Bundesländer durchgeführt. Die Untersuchung diente besonders zur Darstellung der Auswirkung verschiedener generativer Verhaltensweisen der deutschen Bevölkerung, für die 4 Varianten angenommen und bis zum Jahr 2050 durchgerechnet wurden. Außerdem wurde eine Variante für die ausländische Bevölkerung gerechnet. Diese wurde in die jeweilige Variante für die Gesamtbevölkerung eingerechnet, so daß sich insgesamt 4 Varianten für die gesamte Bevölkerung ergaben. Allen Modellvarianten war gemeinsam, daß sie einheitlich in den Ländern des Bundesgebietes ohne Wanderungsmodell durchgerechnet wurden.

² Es wäre wünschenswert gewesen, die Basis der Modellrechnung auf den Bevölkerungsstand einer Volkszählung oder auf einen kurz danach liegenden Termin abzustellen, nachdem seit der letzten Zählung inzwischen mehr als zehn Jahre vergangen sind. Nur so könnten evtl. Differenzen in der Altersstruktur, die sich durch die Bevölkerungsfortschreibung ergeben haben könnten, eliminiert werden. Leider wird dies jedoch in absehbarer Zeit nicht möglich sein, da frühestens im Frühjahr 1982 mit einer Volkszählung gerechnet werden kann, deren Ergebnisse nicht vor Ende 1983 vorliegen dürften.

Schaubild 1

Entwicklung der allgemeinen Geburtenziffer

Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren



186 81

werden, wenn man von bestimmten, aus der Gegenwart abgeleiteten Annahmen ausgeht. Da menschliches Handeln sich in einem zunehmend komplexeren und weit in die Zukunft ausgreifenden Wirkungszusammenhang vollzieht, sind derartige Informationen trotz ihres bedingten Charakters in allen Bereichen der Gesellschaft eine notwendige Grundlage für die dort zu treffenden Entscheidungen.

Aktualisierung der Ausgangssituation

Was die geänderten Entwicklungstrends betrifft, so konnte bezüglich des generativen Verhaltens eine leichte Zunahme der allgemeinen Geburtenrate von 45,3 Lebendgeborenen auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren im Jahr 1978 auf 45,9 im Jahr 1979 festgestellt werden; diese leichte Änderung des seitherigen Trends ist nach vorläufigen Feststellungen im Jahr 1980 noch deutlicher geworden. Zwar ist bei einer Darstellung nach dem Alter der Mutter nach wie vor ein Rückgang der Fruchtbarkeit bei den unter 25-jährigen Frauen festzustellen. Bei den Frauen im Alter von 25 bis etwa 30 Jahren hingegen ist eine deutliche Zunahme der Fruchtbarkeit zu vermerken.

Tabelle 1

Modellrechnung der Wohnbevölkerung bis 2015
Modell 1, Wanderungssaldo = Null

| Jahr | Gesamtbevölkerung | | Und zwar | | | | | | | |
|--------------------|-------------------|----------|----------|------------|----------|----------|----------|-----------|----------|----------------|
| | | | männlich | | weiblich | Deutsche | | Ausländer | | |
| | 1000 | 1980=100 | 1000 | 1980 = 100 | | 1000 | 1980=100 | 1000 | 1980=100 | % von Sp. 1 |
| 1980 ¹⁾ | 9 190 | 100,0 | 4 420 | 100,0 | 100,0 | 8 317 | 100,0 | 873 | 100,0 | 9,5 |
| 1985 | 9 223 | 100,4 | 4 450 | 100,7 | 100,1 | 8 271 | 99,4 | 952 | 109,0 | 9,2 |
| 1990 | 9 251 | 100,7 | 4 485 | 101,5 | 99,9 | 8 219 | 98,8 | 1 032 | 118,2 | 11,2 |
| 1995 | 9 249 | 100,6 | 4 509 | 102,0 | 99,4 | 8 137 | 97,8 | 1 112 | 127,4 | 12,0 |
| 2000 | 9 168 | 99,8 | 4 491 | 101,6 | 98,0 | 7 974 | 95,9 | 1 194 | 136,8 | 13,0 |
| 2005 | 9 003 | 98,0 | 4 423 | 100,1 | 96,0 | 7 729 | 92,9 | 1 274 | 145,9 | 14,2 |
| 2010 | 8 790 | 95,6 | 4 323 | 97,8 | 93,6 | 7 441 | 89,5 | 1 349 | 154,5 | 15,3 |
| 2015 | 8 559 | 93,1 | 4 209 | 95,2 | 91,2 | 7 141 | 85,9 | 1 418 | 162,4 | 16,6 |

1) Ist - Ergebnis am 1.1.1980.

Die letzte Modellrechnung hatte von Wanderungen vollkommen abgesehen. Es wurden also weder Zu- noch Abwanderungsüberschüsse dargestellt, noch wurde ein die Altersstruktur beeinflussendes Wanderungsmodell mit einem Saldo \pm Null eingearbeitet. Inzwischen hat sich aber gezeigt, daß es nicht realistisch ist, die Bevölkerungsentwicklung unabhängig von jeder Beeinflussung durch Wanderungen abzuschätzen. So hat sich besonders unter dem Einfluß der Familienzusammenführung der Ausländer, dem Zustrom von Asylanten und der Rückführung von Spätaussiedlern der Wanderungssaldo von einem Abwanderungsüberschuß von 74900 im Jahr 1975 auf einen Zuwanderungsüberschuß von 51 400 im Jahr 1979 geändert, wobei diese Größenordnung 1980 noch überschritten wurde.

Um den Einfluß von Wanderungen auf die Bevölkerungsentwicklung abzuschätzen, wurden für die gesamte Bevölkerung 3 Varianten berechnet, die sich auf der Grundlage je eines altersspezifischen Wanderungsmodells durch den Wanderungssaldo wie folgt unterscheiden:

- Wanderungssaldo von Null Personen (Modell 1)
- Zuwanderungsüberschuß von 15000 Personen (Modell 2)
- Abwanderungsüberschuß von 15000 Personen (Modell 3).

Außerdem wurde eine Modellrechnung der *deutschen* Bevölkerung mit einem altersspezifischen Wanderungsmodell, aber nur mit einem Wanderungssaldo von Null Personen vorgenommen³.

³ Die den Modellrechnungen zugrunde liegenden Kenndaten sind im Anhang zusammengestellt. Die Berechnung entspricht der bereits in den bisherigen Bevölkerungsvorausschätzungen angewandten Methode der jahrgangsweisen Fortrechnung des Bevölkerungsbestandes. (Vgl. G. Gröner, Bevölkerungsvorausschätzungen in Baden-Württemberg in: Jahrbücher für Statistik und Landeskunde 15. Jahrg. 1970/Heft 1).

Mit diesen Varianten wird eine Bandbreite der möglichen zukünftigen Entwicklung beschrieben, wobei die tatsächliche Entwicklung sich vermutlich in Wellenbewegungen entsprechend der Arbeitsmarktsituation vollziehen wird. Damit dürfte wie bisher in hochkonjunkturellen Zeiten mit einem Zuwanderungsüberschuß vor allem von Ausländern zu rechnen sein und umgekehrt in Rezessionsphasen mit einem Abwanderungsüberschuß. Da derartige Entwicklungen im einzelnen nicht vorauszuschätzen sind, werden nachfolgend die künftig zu erwartenden Strukturen anhand der Entwicklung der Gesamtbevölkerung mit einem Wanderungssaldo von Null interpretiert werden (Modell 1).

Der Zeitraum der Modellrechnung erstreckt sich vom 1.1.1980 bis zum 1.1.2015. Er wurde nicht weiter ausgedehnt, da die weiter möglichen natürlichen Entwicklungen aus der Bevölkerungsmodellrechnung mit Basis 1977 bekannt sind und da, wie es die Erfahrung des letzten Jahrzehnts gezeigt hat, Annahmen über Wanderungssalden für lange Zeiträume spekulativ sind.

Stagnation der Bevölkerung bis 2000

Aufgrund des gegenüber der letzten Berechnung wieder eingeführten Wanderungsmodells sowie wegen der leicht gestiegenen Geburtenrate dürfte die Wohnbevölkerung auch dann, wenn kein Zuwanderungsüberschuß zu erwarten ist (Modell 1), von 9,19 Mill. Personen Anfang 1980 bis etwa zum Jahr 1993 noch leicht auf 9,25 Mill. zunehmen (+0,7%), um dann bis zum Ende des Modellrechnungszeitraumes in stetig zunehmendem Maße auf 8,56 Mill. oder 93% der heutigen Zahl abzusinken.

Bei einem Zuwanderungsüberschuß von jährlich 15000 Personen (Modell 2) würde das Maximum der Wohnbevölkerung mit 9,43 Mill. etwa im Jahr

1997 mit einer Zunahme um 2,6% gegenüber 1980 erreicht sein. Anschließend wäre auch hier bis zum Jahr 2015 mit einem Absinken auf 9,02 Mill. oder 98% des heutigen Bestandes zu rechnen. Im Falle eines kontinuierlichen Abwanderungsüberschusses von jährlich 15000 Personen wäre während des ganzen Modellrechnungszeitraumes eine sich stetig verstärkende Bevölkerungsabnahme zu erwarten, so daß im Jahr 2015 nur noch 7,97 Mill. Einwohner (87% des heutigen Bevölkerungsbestandes) zu verzeichnen sein würden (Tabelle 1, Anhang).

Für die Bevölkerungsabnahme ist in allen drei Modellen insbesondere die Entwicklung der deutschen Bevölkerung ursächlich. Unter den gegebenen Annahmen wird sie von 8,32 Mill. im Jahr 1980 bis 1990 nur leicht (um 1%) und dann in immer stärkerem Maße bis zum Jahr 2015 um 14% auf 7,14 Mill. Personen abnehmen. Die Zahl der Ausländer dürfte in den kommenden Jahrzehnten hingegen deutlich zunehmen. Sie wird von 873000 Personen (1.1.1980) bis 2015 auf 1,42 Mill. (+62%) ansteigen und dann etwa 17% der gesamten Bevölkerung umfassen. In dieser Berechnung wird damit die gleiche Entwicklungsrichtung wie in früheren Modellrechnungen aufgezeigt.

Frauenüberschuß löst sich auf

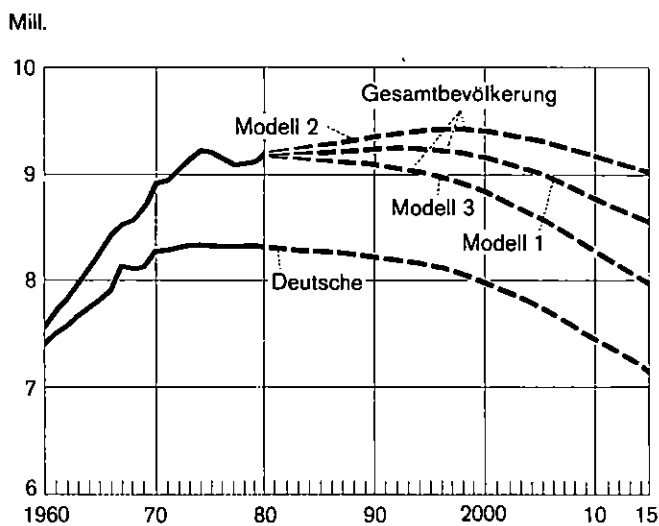
Wie Tabelle 2 im Anhang zeigt, kann aufgrund der derzeit festgestellten Geburtenrate ein Geburtenüberschuß insgesamt noch etwa bis zum Jahr 1990 erwartet werden. Danach ist, wie dies schon in früheren Modellberechnungen deutlich wurde, mit einem stark zunehmenden Geburtendefizit zu rechnen, das bis Ende des Modellrechnungszeitraumes auf etwa 50000 jährlich anwachsen wird.

Dabei zeichnen sich bemerkenswerte geschlechtsspezifische Unterschiede ab. Während in den vergangenen Jahren sowohl die Lebendgeborenen wie auch die Gestorbenen bei der männlichen und weiblichen Bevölkerung ähnliche Entwicklungen aufwiesen, werden sie sich bei den Sterbefällen in Zukunft deutlich voneinander unterscheiden.

Dies resultiert aus der heute bestehenden Altersstruktur. Die Altersgruppe der Männer im Alter von über 55 Jahren ist infolge der Verluste im 2. Weltkrieg deutlich geringer besetzt als die der entsprechenden Geburtsjahrgänge der Frauen. Aufgrund dieser absolut größeren Zahl der Frauen wird – wie sich dies in den letzten Jahren schon andeutete – in den kommenden Jahren die Zahl der Sterbefälle bei den Frauen deutlich höher sein als bei den Männern. Dem steht nicht entgegen, daß die Sterberate der Frauen in den vergangenen Jahren stärker zurückgegangen ist als die der Männer. Der Unterschied an Sterbefällen zwischen den Geschlechtern dürfte zwischen 1990 und 1995 mit

Schaubild 2

Entwicklung und Modellrechnung der Wohnbevölkerung



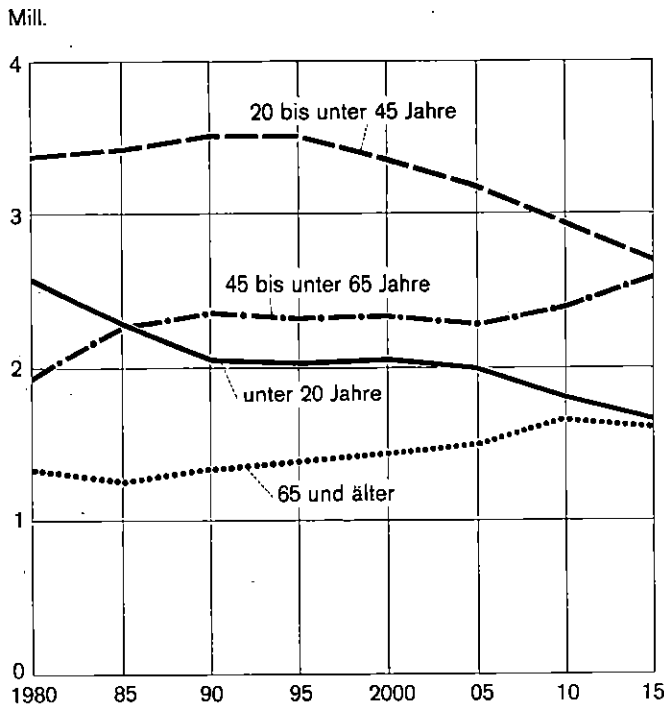
etwa 10000 jährlich am größten sein. Er wird sich bei Beibehaltung der angenommenen geschlechts- und altersspezifischen Sterbewahrscheinlichkeiten bis etwa zum Jahr 2010 wieder ausgleichen. Ab da ist wieder damit zu rechnen, daß die Geschlechtsproportion der Gestorbenen derjenigen der Lebendgeborenen von derzeit 960 Mädchen auf 1000 Knaben in etwa entsprechen wird.

In Auswirkung dieser nach Geschlechtern unterschiedlichen Zahl von Sterbefällen kann damit gerechnet werden, daß die männliche Bevölkerung noch bis zum Jahr 1995 einen Geburtenüberschuß aufweisen wird, der dann in ein immer höheres Geburtendefizit umschlagen wird, das 2015 etwa 25000 männliche Personen umfassen wird. Der Geburtenüberschuß beim männlichen Geschlecht wird auch bestimmend für den schon oben angeführten Geburtenüberschuß der gesamten Bevölkerung sein, da bei der weiblichen Bevölkerung schon bald mit einem Geburtendefizit zu rechnen ist, das sich bis 2015 ebenfalls auf rund 25000 weibliche Personen belaufen wird. Diese Verhältnisse resultieren besonders aus der Entwicklung der Lebendgeborenen und Gestorbenen bei der deutschen Bevölkerung, da bei den Ausländern aufgrund ihrer Altersstruktur voraussichtlich nur relativ wenige Sterbefälle zu verzeichnen sein werden.

Unausgeglichene Altersstruktur

Während die Bevölkerungszahl bei einem Wanderungssaldo von \pm Null (Modell 1) bis 2015 voraussichtlich insgesamt um 7% abnehmen wird, sind in den einzelnen Altersgruppen zum Teil gegenläufige Entwicklungen zu erwarten. So wird einer größeren Zahl älterer Menschen eine geringere an Kindern und Jugendlichen gegenüberstehen.

Modellrechnung der Wohnbevölkerung nach Altersgruppen



Die Zahl der älteren Menschen (65 Jahre und älter), die als besondere gesellschaftspolitische Gruppe zu betrachten ist, wird voraussichtlich von heute 1,323 Mill. um 21% auf 1,607 Mill. zunehmen. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung wird sich dabei von 14% auf 19% erhöhen. Eine besondere Zunahme wird die Zahl der 75-jährigen und älteren erfahren. Sie dürfte von heute 476000 um 52% auf 723000 ansteigen. Eine Zunahme in ähnlicher Größenordnung ist in dieser Altersgruppe auch bei einem jährlichen Zuwanderungsüberschuß (+55%) wie auch bei einem jährlichen Abwanderungsüberschuß (+49%) zu erwarten. Unabhängig von einem Zu- oder Abwanderungsüberschuß wird das Problemfeld der Versorgung älterer Menschen in gleicher Weise von Bedeutung sein. Dabei dürfte die männliche Bevölkerung dieser Altersgruppe von 161000 Personen auf 273000 und damit um 70% zunehmen. Die Zahl der 75 Jahre alten und älteren Frauen wird „nur“ um 43% steigen, was allerdings dem hohen absoluten Anstieg von heute 315000 auf 450000 Personen entspricht. Die stärkere prozentuale Zunahme bei der männlichen Bevölkerung erklärt sich daraus, daß diese Altersgruppe wegen der Dezimierung im 1. und 2. Weltkrieg heute unterbesetzt ist, während die Frauen dieser Altersgruppe keine Verluste dieser Art hinnehmen mußten.

In diese Entwicklung ist auch die ausländische Bevölkerung einbezogen, da sie im vorliegenden Wanderungsmodell im Alter nur zum Teil wieder

abwandern wird. Vom verbleibenden Rest weiß heute niemand, wie er sich bei Eintritt ins Rentenalter wirklich verhalten wird: Ob er dann integriert sein und hier bleiben wird, oder ob er in die Heimat zurückkehrt. Relativ sicher ist jedoch, daß die Zahl der Deutschen im Alter von 75 und mehr Jahren von 469000 um 46% auf 683000 zunehmen wird. Schon dieser Zuwachs von rund 214000 Personen dieses Alters genügt, um das Problem eines im Durchschnitt älter gewordenen Bevölkerungsaufbaus deutlich zu machen. Werden doch dieser Altersgruppe statt heute 5% im Jahr 2015 8% der gesamten Bevölkerung angehören.

Kinder und Jugendliche bilden eine weitere Bevölkerungsgruppe, auf die sich bevölkerungs- und gesellschaftspolitisch ein besonderes Augenmerk richtet. Die Zahl der unter 20-jährigen insgesamt wird bis 1990 – bedingt durch das Herauswachsen der geburtenstarken Jahrgänge aus dieser Altersgruppe – sehr stark abnehmen und im folgenden Jahrzehnt stagnieren, was auf die vorübergehende Zunahme der Lebendgeborenen insbesondere aufgrund stärker besetzter Altersgruppen potentieller Mütter zurückzuführen ist. Nach 2000 dürfte mit einem kontinuierlichen Rückgang zu rechnen sein, resultierend aus schwächer besetzten Mütterjahrgängen in Verbindung mit den im Modell angenommenen Fruchtbarkeitsziffern des Jahres 1980. Die einzelnen vor allem bildungspolitisch relevanten Altersgruppen unterliegen im Prognosezeitraum starken Schwankungen (Tabelle 2). So dürfte nach den Annahmen der Modellrechnung die Zahl der Kinder im Kindergartenalter (3 bis unter 6 Jahre), die sich heute auf 285000 beläuft, bis Mitte der 90er Jahre auf 331000 ansteigen und dann bis zum Jahr 2015 unter den heutigen Stand absinken. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter (6 bis unter 10 Jahre) nimmt voraussichtlich von heute 450000 bis Ende der 80er Jahre zunächst um etwa 90000 ab, um dann bis etwa zum Jahr 2000 wieder auf 428000 anzusteigen und hernach bis zum Jahr 2015 wiederum um etwa 130000 abzusinken. Im Alter für die Sekundarstufe I⁴ (10 bis unter 15 Jahre) steht zunächst ein starker Rückgang von 764000 auf 450000 Personen um das Jahr 1990 zu erwarten. Bis 2000 ist wieder mit einem Anstieg um 85000 Personen zu rechnen. Anschließend steht wiederum ein Rückgang bevor. Die Jugendlichen im Alter für die Sekundarstufe II⁵ (15 bis unter 20 Jahre) gehen im Lauf der 80er Jahre stark und danach kontinuierlich zurück. Im Alter für den Tertiären Bereich (20 bis unter 25 Jahre) wird die Zahl voraussichtlich von heute 711000 bis 1985 auf 822000 zunehmen, um

⁴ Hauptschule, Realschule, Unter- und Mittelstufe der Gymnasien.

⁵ Oberstufe der Gymnasien, berufliche Schulen.

Tabelle 2

Modellrechnung der Kinder und Jugendlichen bis 2015
 Modell 1, Wanderungssaldo = Null

| Alter von... bis unter ... Jahren | Gesamtbevölkerung | | | | Ausländer | | | | Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung | | | |
|---|--------------------|---------|---------|---------|--------------------|-------|-------|-------|--|------|------|------|
| | 1980 ¹⁾ | 1990 | 2000 | 2015 | 1980 ¹⁾ | 1990 | 2000 | 2015 | 1980 ¹⁾ | 1990 | 2000 | 2015 |
| | 1000 | | | | | | | | % | | | |
| 0 – 3 | 272,7 | 331,6 | 278,2 | 239,3 | 49,2 | 55,4 | 61,6 | 63,6 | 18,0 | 16,7 | 22,1 | 25,6 |
| 3 – 6 | 285,1 | 318,4 | 304,6 | 233,4 | 56,9 | 53,9 | 58,6 | 62,6 | 20,0 | 16,9 | 19,2 | 26,8 |
| 6 – 10 | 449,9 | 393,6 | 427,7 | 300,5 | 66,9 | 62,6 | 67,5 | 76,0 | 14,9 | 15,9 | 15,8 | 25,3 |
| 10 – 15 | 764,1 | 450,1 | 534,9 | 400,2 | 66,6 | 75,8 | 81,7 | 95,1 | 8,7 | 16,9 | 10,7 | 23,9 |
| 15 – 18 | 487,4 | 307,9 | 310,9 | 279,1 | 38,2 | 59,4 | 54,4 | 62,0 | 7,8 | 19,3 | 17,5 | 22,2 |
| 18 – 20 | 313,9 | 257,1 | 205,1 | 207,6 | 26,5 | 43,2 | 41,5 | 45,8 | 8,4 | 13,8 | 20,2 | 22,0 |
| Insgesamt | 2 573,2 | 2 058,7 | 2 061,4 | 1 660,0 | 304,4 | 350,4 | 365,2 | 405,1 | 11,8 | 17,0 | 17,7 | 24,4 |

1) Ist-Ergebnis am 1.1.1980.

dann bis 2000 auf 491000 abzusinken und danach bis zum Ende des Modellrechnungszeitraums wieder auf 572000 anzusteigen.

Diese Entwicklungen werden durch den deutschen Bevölkerungsteil bedingt, entsprechend nehmen die Anteile der ausländischen Kinder und Jugendlichen in allen Altersjahren zu.

Höherer Anteil von Ausländern in allen Altersgruppen

Die zu erwartende Bevölkerungsentwicklung bis zum Jahr 2015 wird für die gesamte Bevölkerung dargestellt, da alle Probleme, wie sie sich aus Alters-, Geschlechts- und auch Erwerbsstruktur der Bevölkerung ergeben, für die Gesamtheit behandelt und gelöst werden müssen. Da jedoch in den kommenden Jahrzehnten mit Sicherheit sprachliche und kulturelle Fragen der Ausländer eher noch verstärkt von Bedeutung sein werden, wird hier nochmals kurz auf die Entwicklung der Ausländerzahl – wie sie sich aus heutiger Sicht ergeben dürfte – eingegangen.

Im Unterschied zur Bevölkerungsmodellrechnung auf der Basis des Jahres 1977 wurde die ausländische Bevölkerung dieses Mal nicht gesondert berechnet. Sie wurde vielmehr als Differenz zwischen der Entwicklung der Gesamtbevölkerung und der deutschen Bevölkerung ermittelt. Grundsätzlich sollte berücksichtigt werden, daß nach einem Modellrechnungszeitraum von 35 Jahren ein nicht unerheblicher Teil der Ausländer in die deutsche Gesellschaft eingegliedert sein dürfte. Diese ausländische bzw. von den heutigen Ausländern abstammende Bevölkerung dürfte nach der vorliegenden Modellrechnung bis zum Jahr 2015 um 62% von 873000 Anfang 1980 auf 1,42 Mill. zunehmen und dann etwa 17% der gesamten

Bevölkerung umfassen. Diese starke Zunahme resultiert allein aus der natürlichen Bevölkerungsbewegung, sie gilt also nur unter der Voraussetzung, daß sich das generative Verhalten dieses Bevölkerungsteiles weiterhin so verhält wie bisher. Dies ist jedoch keineswegs sicher, da in den letzten Jahren eine Tendenz zur Anpassung an die Verhältnisse im Bundesgebiet festgestellt werden konnte. Da jedoch eine Abnahme der Geburtenrate der Ausländer derzeit kaum abgeschätzt werden kann, konnte sie nicht in die Modellrechnung eingearbeitet werden. Damit dürften die ermittelten Werte – soweit sie die Zahl der Lebendgeborenen betreffen – an der Obergrenze der Erwartungen liegen.

Zusammen mit der Zunahme des Ausländerbestandes wird sich erwartungsgemäß auch die Altersstruktur der Ausländer deutlich verändern. So dürfte der Anteil der 65-jährigen und älteren von 2% im Jahr 1980 auf 8% (2015) aller Ausländer steigen, was einem Zuwachs dieser Altersgruppe von 17000 auf 111000 entspricht und womit sie dann 6,9% aller Personen dieser Altersgruppe ausmachen würde (1980: 1,3%). Der Verbleib der Ausländer dieser Altersgruppe in Baden-Württemberg kann jedoch – wie zuvor angedeutet – nicht als sicher angesehen werden.

Der Ausländeranteil dürfte sich im Jahr 2015 bei all den Jahrgängen, die hier geboren wurden – das geht dann bis etwa zu den 45-jährigen –, auf ein Viertel bis ein Fünftel der Bevölkerung belaufen, in den höheren Altersgruppen wird er etwa zwischen 5% und 9% und damit deutlich niedriger liegen. Insbesondere wird voraussichtlich jedes 4. Kind im Alter bis zu 10 Jahren ein Ausländer sein bzw. von Ausländern abstammen, fast dieselbe Relation gilt für die 10-20-jährigen (Tabelle 2). In Ballungsgebieten werden die Anteile erheblich über diesem Landesdurchschnitt liegen.

Tabelle 3

Modellrechnung der Haushalte bis 2015

| Jahr | Haushalte insgesamt | | | Darunter deutsche Haushalte | | |
|--------------------|---------------------|----------|----------------------|-----------------------------|----------------|----------------------|
| | 1000 | 1980=100 | Personen je Haushalt | 1000 | % von Spalte 1 | Personen je Haushalt |
| 1980 ¹⁾ | 3 643 | 100,0 | 2,52 | 3 309 | 90,8 | 2,51 |
| 1985 | 3 810 | 104,6 | 2,42 | 3 455 | 90,7 | 2,39 |
| 1990 | 3 978 | 109,2 | 2,33 | 3 590 | 90,2 | 2,29 |
| 1995 | 4 073 | 111,8 | 2,27 | 3 665 | 90,0 | 2,22 |
| 2000 | 4 091 | 112,3 | 2,24 | 3 628 | 88,7 | 2,20 |
| 2005 | 4 082 | 112,0 | 2,21 | 3 582 | 87,8 | 2,16 |
| 2010 | 4 059 | 111,4 | 2,17 | 3 526 | 86,9 | 2,09 |
| 2015 | 4 006 | 110,0 | 2,14 | 3 447 | 86,0 | 2,07 |

1) Ergebnisse des Mikrozensus.

Zunahme der Haushalte

Zur Ermittlung der Zahl der Haushalte wurden die geschlechts- und altersspezifischen Haushaltsvorstandsquoten aus dem Durchschnitt der Jahre 1977 bis 1980 herangezogen und mit der vorausgeschätzten Zahl der männlichen und weiblichen Bevölkerung in den entsprechenden Altersgruppen multipliziert. Insgesamt sind die Haushaltsvorstandsquoten seit Jahren relativ konstant. Sie wurden weiterhin über den ganzen Modellrechnungszeitraum konstant gehalten.

Eine im Zeitablauf erforderliche Korrektur wäre bei der Quote der weiblichen Haushaltsvorstände im Alter von 65 und mehr Jahren angebracht, dürfte doch das Verhältnis von Männern und Frauen dieses Alters in Zukunft wieder der natürlichen Geschlechtsrelation entsprechen (*Tabelle 3, Anhang*). Dies bedeutet, daß die Frauen dieses Alters, die

gegenwärtig wegen der Kriegsumstände verwitwet oder ledig geblieben sind, in Zukunft in stärkerem Maße verheiratet sein werden. Damit können sie nicht selbst im gleichen Maße Haushaltsvorstände im Sinne dieser Haushaltsermittlung sein. Eine Größenordnung für eine Minderung der entsprechenden Haushaltsvorstandsquote läßt sich jedoch derzeit kaum abschätzen, da Erfahrungswerte über "normale" Lebensverhältnisse von Frauen dieser Altersgruppe nicht vorliegen. Jede heute festgelegte Größenordnung ist daher spekulativ. Wird beispielsweise angenommen, daß die Zahl der weiblichen Haushaltsvorstände bis zum Ende des Modellrechnungszeitraumes vielleicht um 100000 zu hoch angesetzt ist, dann würde dies eine Überhöhung der Gesamtzahl der Haushalte um rund 2,5% bedeuten und bei den weiblichen Haushaltsvorständen etwa 10% ausmachen.

Als Ergebnis der Modellrechnung ergibt sich der in früheren Jahresberichten schon festgestellte Sachverhalt, daß die Zahl der Haushalte allein schon aufgrund der heutigen Altersstruktur der Bevölkerung noch bis zum Jahr 2000 von heute 3,64 Mill. um 12% auf 4,09 Mill. zunehmen dürfte. Drei Viertel der Haushaltsvorstände (3,08 Mill.) werden dann Männer sein, die zu etwa einem Sechstel 65 und mehr Jahre alt sein werden. Von den 1,01 Mill. weiblichen Haushaltsvorständen kann möglicherweise fast die Hälfte in diesem Alter stehen. Dies würde insgesamt bedeuten, daß etwa ein Viertel aller Haushaltsvorstände 65 Jahre und älter sein werden.

Bei der Immobilität gerade älterer Personen und ihrem Wunsch, möglichst in ihrem bisherigen Lebensraum und damit auch in den bisher innegehabten verhältnismäßig großen Wohnungen zu verbleiben, dürfte die Haushaltsentwicklung einer-

Tabelle 4

**Modellrechnung der Erwerbspersonen bis 2015
Modell 1, Wanderungssaldo = Null**

| Jahr | Erwerbspersonen | | Und zwar | | | | | | | |
|--------------------|-----------------|----------|----------|------------|----------|----------|----------|-----------|----------|-------------|
| | | | männlich | | weiblich | Deutsche | | Ausländer | | |
| | 1000 | 1980=100 | 1000 | 1980 = 100 | | 1000 | 1980=100 | 1000 | 1980=100 | % von Sp. 1 |
| 1980 ¹⁾ | 4 345 | 100,0 | 2 621 | 100,0 | 100,0 | 3 821 | 100,0 | 524 | 100,0 | 12,1 |
| 1985 | 4 544 | 104,6 | 2 768 | 105,6 | 103,0 | 3 979 | 104,1 | 565 | 107,8 | 12,4 |
| 1990 | 4 576 | 105,3 | 2 815 | 107,4 | 102,1 | 3 962 | 103,7 | 614 | 117,2 | 13,4 |
| 1995 | 4 476 | 103,0 | 2 780 | 106,1 | 98,4 | 3 818 | 99,9 | 658 | 125,6 | 14,7 |
| 2000 | 4 345 | 100,0 | 2 713 | 103,5 | 94,7 | 3 655 | 95,7 | 690 | 131,7 | 15,9 |
| 2005 | 4 245 | 97,7 | 2 641 | 100,8 | 93,1 | 3 528 | 92,3 | 717 | 136,8 | 16,9 |
| 2010 | 4 194 | 96,5 | 2 610 | 99,6 | 91,8 | 3 439 | 90,0 | 755 | 144,1 | 18,0 |
| 2015 | 4 082 | 93,9 | 2 552 | 97,4 | 88,7 | 3 283 | 85,9 | 799 | 152,5 | 19,6 |

1) Ergebnisse des Mikrozensus.

seits und das Festhalten an größeren Wohnungen andererseits einen starken Bedarf am Wohnungsmarkt wecken. Bedeutet doch die Zunahme bis zum Jahr 2000, daß allein aus der heutigen Bevölkerungsstruktur ohne Zuwanderungen und Ersatzbedarf etwa 450000 Haushalte hinzukommen. Daraus wird auch ein zusätzlicher Bedarf an Wohnungen entstehen, der jedoch bei weitem unter der Zahl der Haushalte liegen dürfte. Nach 1990 dürfte der Zuwachs an Haushalten bis 1995 auf 95000 absinken, um sich bis zum Jahr 2000 nochmals auf 20000 zu verringern. Ab da ist aus heutiger Sicht kein Haushaltszuwachs mehr zu erwarten, es muß im Gegenteil mit rückläufigen Haushaltzahlen bis zum Jahr 2015 gerechnet werden, in dem noch 4,01 Mill. Haushalte zu erwarten sind. In diesem Zeitraum kann auch der Anteil der über 65jährigen Haushaltsvorstände auf etwa 29% aller Haushalte zunehmen. Etwa ein Viertel aller Haushaltsvorstände könnten dann Frauen sein.

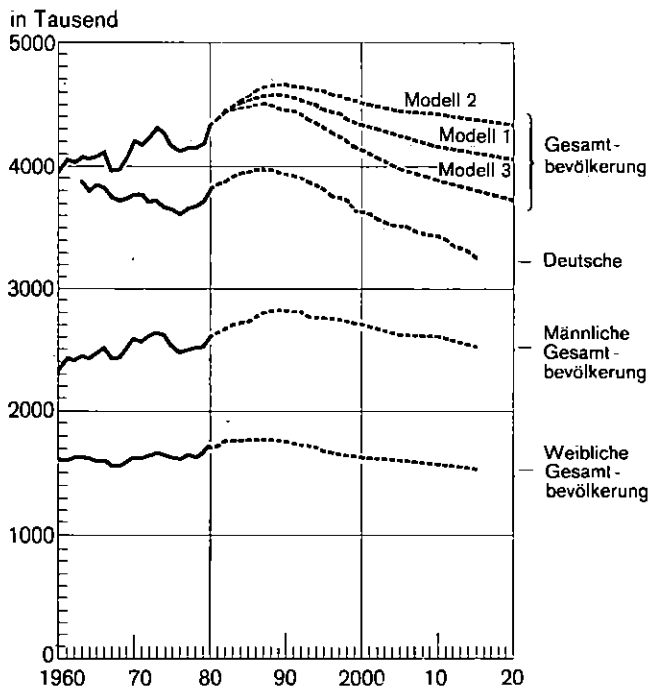
Zunächst Zu- dann Abnahme von Erwerbspersonen

Entsprechend dem Ergebnis aller früheren Modellrechnungen dürfte die Zahl der Erwerbspersonen bei Beibehaltung der geschlechts- und altersspezifischen Erwerbsquoten aus dem Jahr 1979 bis Ende der 80er Jahre auch ohne Zuwanderungen zunehmen, und zwar von 4,35 Mill. im Jahr 1980 um 5,6% auf 4,59 Mill. im Jahr 1988. Dabei wird die Zunahme bei den Männern noch bis zum Jahr 1989 anhalten. Ihre Zahl wird dann voraussichtlich um 7,3% auf 2,81 Mill. angewachsen sein. Bei den Frauen dauert der Zuwachs nur bis zum Jahr 1987. Die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen dürfte sich dann auf 1,78 Mill. beziffern und um 3,3% höher liegen als im Jahr 1980. Diese unterschiedliche Entwicklung ist darauf zurückzuführen, daß bei den Männern dem Hereinwachsen jüngerer Erwerbstätiger ins Erwerbsleben aus den starken Geburtsjahrgängen der 60er Jahre nur ein geringer Abgang in das Rentenalter entgegensteht, da es sich hier um die geburtenschwachen Jahrgänge aus dem 1. Weltkrieg handelt, die im 2. Weltkrieg stark dezimiert wurden (*Tabelle 1, Anhang*). Bei den Frauen hingegen gewinnt dieser Effekt nicht in dem Maße Bedeutung. Weiter ist zu beachten, daß auch jugendliche Ausländer, die in den vergangenen Jahren im Rahmen der Familienzusammenführung ins Land gekommen sind, am Zuwachs von Erwerbspersonen bis Ende der 80er Jahre stark beteiligt sein werden. Später gehen die bereits hier geborenen Ausländer in den Bestand der Erwerbspersonen ein. Innerhalb der nächsten 7 bis 9 Jahren ist somit voraussichtlich mit 194000 männlichen und 56000 weiblichen Erwerbspersonen zusätzlich zu rechnen.

Nach 1989 dürfte die Zahl der Erwerbspersonen trotz der Zunahme bei den Ausländern ständig zurückgehen. Sie wird sich nach den Annahmen

Schaubild 4

Entwicklung und Modellrechnung der Erwerbspersonen



192 81

dieser Modellrechnung im Jahr 2000 auf 4,35 Mill. Personen belaufen und damit dem Stand von 1980 entsprechen, um im Jahr 2015 sich nur noch auf 4,08 Mill. zu beziffern.

Im Laufe des Modellrechnungszeitraumes dürfte sich der Anteil der Ausländer unter den Erwerbspersonen von heute 12% kontinuierlich auf 20% im Jahr 2015 erhöhen. Damit wird der Anteil der ausländischen Erwerbspersonen an allen Erwerbspersonen weiterhin – wie schon heute – höher sein als der Anteil der ausländischen Wohnbevölkerung an der gesamten Wohnbevölkerung (2015: 16,6%).

Im Falle weiterer Zuwanderungen werden bis 1990 zusätzlich 324000 Erwerbspersonen, darunter 67000 Frauen, einem Arbeitsverhältnis zugeführt werden müssen. Im Falle laufender Abwanderungen müßten bis 1987 noch 173000 Erwerbspersonen, darunter 36000 Frauen, in den Arbeitsprozeß eingegliedert werden.

Die Altersstruktur der Erwerbstätigen, die bei den Männern zahlenmäßig derzeit noch sehr stark von den 35 bis unter 50jährigen geprägt ist, wird bis zum Jahr 2000 besonders stark von den 25 bis unter 40jährigen bestimmt sein, wogegen bis zum Ende des Modellrechnungszeitraumes die 40 bis unter 55jährigen besonderes Gewicht erhalten werden.

Bei den Frauen findet sich derzeit eine starke Besetzung in den Altersgruppen bis zum 30. Lebensjahr, wobei die noch relativ gut besetzten Alters-

jahrgänge vom 35.–45. Lebensjahr langsam in höhere Altersgruppen vorrücken. Im Jahr 2015 wird ihre Altersgliederung wieder Schwerpunkte bei den 20 bis unter 30jährigen sowie bei den 40 bis unter 55jährigen aufweisen.

Im gesamten Modellrechnungszeitraum wird der Anteil der Erwerbspersonen an der Wohnbevölkerung in etwa dem gegenwärtigen Stand von 47,3% entsprechen.

Entwicklungen der Belastungsziffern

Die mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung verbundene Verschiebung in der Altersstruktur führt zu Veränderungen in dem Verhältnis, in dem bestimmte Gruppen der Gesellschaft – die Jüngeren, die Älteren und die verschiedenen Gruppen der Nichterwerbspersonen – von anderen Gruppen, speziell den Erwerbstätigen, unterhalten werden müssen. Die sich hier abzeichnenden Konsequenzen ergeben sich aus der Entwicklung der Belastungsziffern (auch Belastungsquote oder Belastungsquotient genannt).

Entsprechend der vom Statistischen Landesamt schon früher angewandten Methode gibt die Belastungsziffer an, wieviele Nichterwerbspersonen auf 100 Erwerbspersonen entfallen. Im „Bericht über die Bevölkerungsentwicklung in der Bundesrepublik“⁶ und in den „Modellrechnungen zur langfristigen natürlichen Bevölkerungsentwicklung in Bund und Ländern“⁷ werden demgegenüber keine

⁶ Bundestagsdrucksache 8/4437 vom 8. 8. 1980.

⁷ Ergebnisbericht für die Ministerpräsidentenkonferenz vom 6. bis 8. Dezember 1978 in Düsseldorf.

Tabelle 5

Modellrechnung der Belastungsziffern bis 2015

Nichterwerbspersonen je 100 Erwerbspersonen

| Jahr | Insgesamt | Davon | | |
|--------------------|-----------|--|--|-----------------------|
| | | Kinder und Auszubildende ¹⁾ | Nicht-erwerbstätige Frauen ¹⁾ | Rentner ¹⁾ |
| 1980 ¹⁾ | 111,5 | 52,8 | 29,7 | 29,0 |
| 1985 | 103,0 | 44,8 | 31,5 | 26,6 |
| 1990 | 102,2 | 42,1 | 32,2 | 27,8 |
| 1995 | 106,6 | 43,0 | 34,1 | 29,5 |
| 2000 | 111,0 | 43,5 | 36,0 | 31,5 |
| 2005 | 112,1 | 42,0 | 34,6 | 35,6 |
| 2010 | 109,6 | 38,9 | 33,0 | 37,7 |
| 2015 | 109,7 | 37,2 | 34,8 | 37,7 |

1) Definition im Text. – 2) Ergebnisse des Mikrozensus.

Erwerbspersonen ermittelt. Deshalb muß diese Relation dort durch Beziehungen zwischen Altersgruppen hergestellt werden. Die unterschiedlichen Methoden ergeben unterschiedliche Belastungsziffern, die sich zwar im Niveau, nicht jedoch in der Tendenz ihres Verlaufes unterscheiden.

Die vom Statistischen Landesamt angewandte Methode erlaubt es, nicht nur eine Gesamtbelastung darzustellen, sondern auch Belastungsziffern für bestimmte Bevölkerungsgruppen deutlich zu machen.

Die Gesamtbelastung der Erwerbspersonen durch Nichterwerbspersonen läßt sich dabei wie folgt aufteilen:

- Belastung der Erwerbspersonen durch *Rentner* (männliche und weibliche Nichterwerbspersonen von 65 und mehr Jahren)
- Belastung der Erwerbspersonen durch *Kinder und Auszubildende* (männliche und weibliche Nichterwerbspersonen unter 25 Jahren)
- Belastung der Erwerbspersonen durch die restlichen Nichterwerbspersonen (überwiegend *nicht im Erwerbsleben stehende Frauen* im Alter von 25 bis unter 65 Jahren, von denen allerdings wiederum ein großer Teil Familienarbeit leistet).

Die ermittelten Belastungsziffern weichen geringfügig von den aus der Modellrechnung mit Basis 1977 ermittelten Werten ab. Im einzelnen ist folgendes festzuhalten: Im Jahr 1980 kamen auf 100 Erwerbspersonen 112 Nichterwerbspersonen. Dieses Verhältnis wird voraussichtlich bis Ende der 80er Jahre auf 101 zurückgehen; um dann bis zum Jahr 2005 wieder kontinuierlich auf 112 anzusteigen. Später zeichnet sich wieder ein geringfügiger Rückgang auf 109 bis zum Ende des Modellrechnungszeitraumes ab, dem dann entsprechend den früheren Berechnungen wieder ein deutlicher Anstieg bis um das Jahr 2030 folgen wird.

Diese Gesamtentwicklung resultiert aus unterschiedlichen Entwicklungen der *demographischen* Belastung durch Rentner einerseits und Kindern und Auszubildenden andererseits, wobei diese Belastungsarten kaum vergleichbar sind. Die Ziffer für die Belastung durch Rentner, die von heute 29 Rentnern je 100 Erwerbspersonen noch bis 1985 auf 27 zurückgeht, wird dann – wie schon früher mitgeteilt – stark anwachsen und bis 2015 einen Wert von 38 erreichen, der sich bis zum Jahr 2030 noch weiter erhöht. Demgegenüber wird die Belastung durch Kinder und Auszubildende von ihrem heutigen Höchststand von 53 Personen je 100 Erwerbspersonen bis 1990 deutlich auf 42 zurückgehen, um mit kleinen Schwankungen bis zum Jahr 2015 weiter auf 37 zurückzugehen.

Infolge der gegenläufigen Entwicklung der demographischen Belastung durch Rentner einerseits sowie durch Kinder und Auszubildende andererseits wird die statistische Gesamtbelastung der Erwerbspersonen nicht in dem Maße ansteigen, wie es bei einer isolierten Rentnerbetrachtung für die Jahre 1990 bis 2030 diskutiert wird. Andererseits muß aber auch darauf hingewiesen werden, daß die ökonomische Be- bzw. Entlastung der demographischen Be- bzw. Entlastung nicht proportional folgt.

Vorausschätzung der Schülerzahlen im allgemeinbildenden Schulwesen

Die Entwicklung der Gesamtschülerzahl ist im allgemeinbildenden Schulbereich bis Ende der 80er Jahre mit relativ großer Sicherheit vorhersehbar, weil sie weitgehend von demografischen Gegebenheiten bestimmt wird. Allerdings beinhaltet das Wanderungsverhalten insbesondere der Ausländer gewisse Unsicherheiten. Bei der vom Statistischen Landesamt vorgenommenen Vorausschätzung wurde unterstellt, daß sich Bevölkerungszu- und abwanderungen in unserem Bundesland weitgehend ausgleichen. Nach dieser Prognose ist zwischen 1980 und 1990 mit einem Rückgang der Schülerzahl im allgemeinbildenden Bereich von gegenwärtig 1,4 Mill. auf etwas über 1 Mill. Schüler zu rechnen. Dieser Prozeß wird sich im wesentlichen bis 1985 vollziehen, während sich für die zweite Hälfte unseres Jahrzehnts eine stetigere Entwicklung der Schülerzahlen abzeichnet. Der weitere Verlauf ab 1990 ist dagegen mit größerer Unsicherheit behaftet, weil die seit 1979 beobachtete Zunahme der Geburtenhäufigkeit – sofern sie sich fortsetzt – die bisherigen Vorausschätzungen als etwas zu niedrig erscheinen läßt.

Im Vergleich zur Gesamtschülerzahl ist die zukünftige quantitative Entwicklung der einzelnen Schularten sehr viel unsicherer. Grundlage der Prognose

sind die gegenwärtig beobachteten Übergangsströme zwischen den einzelnen Schularten und Klassenstufen, die sich aber im Zeitverlauf verschieben können. Als besonders problematisch für eine Kurz- wie Langzeitprognose hat sich die Nahtstelle zwischen Primar- und Sekundarbereich I erwiesen, also der Übergang von der Grundschule auf die weiterführenden Schulen. In der Vorausschätzung des Statistischen Landesamtes wurde im wesentlichen das Übergangsverhalten des Jahres 1979 in die Zukunft fortgeschrieben. Das in Tabelle 6 dargestellte Ergebnis zeigt, daß unter dieser Voraussetzung der allgemein zu beobachtende Schüllerrückgang mittelfristig am stärksten die Hauptschule trifft. Bei einer weiteren Entwicklung entsprechend der höheren Übergangsquote in diese Schulart im Jahr 1980 gehen hier die Schülerzahlen jedoch weniger stark als bisher errechnet zurück. Auch die Entwicklung der Schülerzahlen an Realschulen und Gymnasien wird von dieser Frage tangiert: Sofern die Übergangsquote auf Hauptschulen sich weiter stabilisiert, wird an diesen Schularten der Rückgang stärker ausfallen. Bei den Gymnasien ist eine differenzierte Betrachtungsweise ohnehin angezeigt: Während sich in der Unter- und Mittelstufe der Geburtenrückgang in rückläufigen Schülerzahlen bereits jetzt niederschlägt, wird die Oberstufe in den kommenden Jahren bis zum Durchlauf der geburtenstärksten Jahrgängen 1964 bis 1966 noch erheblich an Gewicht gewinnen.

Die Schülerzahlen an Grundschulen werden sich im Laufe dieses Jahrzehnts am ehesten stabilisieren, weil dort der Geburtenrückgang in den vergangenen 9 Jahren bereits eine Abnahme der Schülerzahl um 32% bewirkte und sich der weitere Rückgang dadurch in Grenzen halten wird. Eine dauerhafte Änderung des generativen Verhaltens, die nach den vorliegenden jüngsten Geburtenzahlen möglich erscheint, würde allerdings auf diese Schulart zuerst durchschlagen und ab dem Ende

Tabelle 6

Entwicklung der Schülerzahlen an allgemeinbildenden Schulen 1) 2)

| Schuljahr | Schulart | Grundschulen | Hauptschulen | Realschulen | Gymnasien | | |
|-----------------------|----------|--------------|--------------|-------------|-----------|------------------------|-----------|
| | | | | | insgesamt | davon | |
| | | | | | | Unter- und Mittelstufe | Oberstufe |
| 1980/81 ¹⁾ | | 435 000 | 292 000 | 263 000 | 348 000 | 259 000 | 89 000 |
| 1985/86 | | 368 000 | 202 000 | 223 000 | 302 000 | 210 000 | 92 000 |
| 1990/91 | | 379 000 | 177 000 | 177 000 | 249 000 | 176 000 | 73 000 |
| 1995/96 | | 402 000 | 182 000 | 179 000 | 242 000 | 179 000 | 63 000 |

1) Ist - Zahlen, ab 1985/86 Prognosewerte, jeweils gerundet. – 2) Integrierte Schulformen, Schulversuche und Freie Waldorfschulen wurden auf Grund-, Haupt- und Realschulen sowie Gymnasien aufgeteilt.

dieses Jahrzehnts zu höheren Schülerzahlen führen. Die mittelfristig zu erwartende Konstanz der Grundschülerzahl wird begleitet von einem wachsenden Ausländeranteil, der an dieser Schularart von gegenwärtig 14,5% auf rund 20% ansteigen dürfte. Dies trifft vor allem die Ballungsgebiete, wo bereits heute jeder dritte Schulanfänger eine nicht-deutsche Staatsangehörigkeit aufweist – von einzelnen Schuleinzugsbereichen mit ausländischer „Mehrheit“ ganz abgesehen.

Für den Bereich der Sonderschulen wird auf eine Vorausberechnung verzichtet, da hier bei einzelnen Behinderungsarten gegenläufige Entwicklungen festzustellen sind und sich dadurch prognostische Unsicherheiten ergeben. Da die Schulen für Lernbehinderte jedoch zahlenmäßig dominieren und hier die Bevölkerungsentwicklung zumindest mittelfristig den entscheidenden Faktor bildet, wird in den nächsten Jahren im Gesamtbereich der Sonderschulen ein weiterer Rückgang der Schülerzahlen eintreten.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß für eine schulartspezifische Prognose nicht nur die Größe der Altersjahrgänge in der schulpflichtigen Bevölkerung bestimmend sind, sondern auch die Einstellung der Eltern zum Besuch weiterführender Schulen.

Von den noch über die Mitte der achtziger Jahre hinaus steigenden Abiturientenzahlen wird voraussichtlich eine steigende Zahl von Studienanfängern auf die Hochschulen zukommen. Neben dieser demographischen Komponente tragen verschiedene andere Gründe zu einem starken Anstieg der Zahl der Studierenden noch bis voraussichtlich über das Ende der achtziger Jahre hinaus bei. Eine differenzierte Untersuchung dieser Zusammenhänge wird in Teil III dargestellt.⁸

⁸ Vgl. dazu: Teil III, 2., „Entwicklungen im Hochschulbereich“.

Teil III

Einzeluntersuchungen zu politischen Schwerpunktbereichen

1. Sozialstruktur

1.1 Die Frau in Familie und Beruf

Der Familie und der Rolle verschiedener sozialpolitisch bedeutsamer Bevölkerungsgruppen kommt seit einigen Jahren ein immer stärkeres Interesse auf politischer Ebene zu. Als ein Beispiel hierfür steht die „Aktion Familie“ der Landesregierung, die sich die Aufgabe gestellt hat, die Aufmerksamkeit und das Interesse für den Bereich Familie zu schärfen und zu intensivieren und der Familie wieder den Stellenwert zu verschaffen, der ihrer gesellschaftlichen Bedeutung entspricht. Das Statistische Landesamt hat aus diesem Anlaß das Thema „Familie“ aus datenorientierter Sicht aufgegriffen und dabei statistisch nachweisbare Strukturen und Entwicklungen zur Darstellung gebracht. Weitere Untersuchungen¹ befaßten bzw. befassen sich mit der Situation spezieller Bevölkerungsgruppen wie der der Kinder und Jugendlichen, der älteren Menschen und der Ausländer.

Die folgende Untersuchung möchte nunmehr ein spezifisches Problem beleuchten, das Aufschluß geben soll über das Spannungsfeld von Familie und Beruf, dem die Frau insbesondere aufgrund ihrer Rolle als Mutter unterliegt. Besondere Probleme sind die räumliche Trennung von Familienhaushalt und Arbeitsstätte, aber auch gesellschaftliche Entwicklungen und Bewertungen von Familienarbeit einerseits und Erwerbsarbeit andererseits, die sich durch die Entwicklung der arbeitsteiligen Wirtschaft ergeben haben. Hier ist die Frage zu stellen, ob der Familienarbeit, deren Leistung und Wert „jenseits von Angebot und Nachfrage“ liegt, heute in unserer stark ökonomisierten Welt der

Stellenwert eingeräumt wird, der ihr zukommt². Schließlich ist in diesem Zusammenhang interessant, wie die Ökonomisierung unseres Lebens und des damit verbundenen Wohlstandsdenkens ganz allgemein das Verhalten und damit auch das von Frauen beeinflußt hat und welche Wirkungen sich im familiären Bereich niederschlagen. Angesichts dieser breiten Problematik muß sich dieser Bericht jedoch auf eine Zusammenstellung von gegenwärtig quantitativ nachweisbaren Strukturen zur Situation der Frau in Familie und Beruf sowie deren Kommentierung beschränken.

Demographische Basisdaten

Am 1. Januar 1981 lebten in Baden-Württemberg 9,26 Mill. Menschen, davon 4,80 Mill. oder 51,8% weibliche Personen. Somit errechnet sich ein Frauenüberschuß von rund 330000 Personen. Maßgeblich für die Überzahl weiblicher Personen – auf 1000 männliche kommen 1074 weibliche Einwohner – sind noch immer die Folgen der beiden Weltkriege sowie die allgemein höhere Lebenserwartung von Frauen. Während bis zum Alter von 52 Jahren die männliche Bevölkerung überwiegt, gibt es in den darauf folgenden Altersjahrgängen stets mehr Frauen als Männer. So stehen beispielsweise bei den Sechzigjährigen drei Frauen zwei Männern gegenüber, in der Altersgruppe von 80 und mehr Jahren sind es sogar vier Frauen. Die starke Expansion der Einpersonenhaushalte während der siebziger Jahre (1970 war jeder vierte Privathaushalt ein Einpersonenhaushalt, 1980 schon fast jeder dritte) war nicht primär – wie man möglicherweise vermuten könnte – das Ergebnis einer mit dem Terminus „Singles-Bewegung“ umschriebenen Heiratsmüdigkeit jüngerer Mitbürger, sondern vielmehr verursacht von einer zunehmenden

¹ Statistische und prognostische Jahresberichte 1978/79 und 1979/80.

² Wingen, M.: Sozialrechtliche und sozialpolitische Rahmenbedingungen der Wahlfreiheit junger Eltern zwischen Familien- und Erwerbsebenen, in: Zeitschrift für Sozialreform, Heft 7, 1981.

den Zahl alleinlebender älterer Menschen, und hier insbesondere von älteren Frauen, die heute in weit geringerer Zahl in einem Mehrgenerationenhaus halt integriert sind.

Die Frau in der Familie

Familienstruktur

Von grundsätzlicher Bedeutung für eine analytische Betrachtung der Stellung der Frau in der Familie sind zeitliche Entwicklungen in der Familienstruktur. Dabei ist zu beachten, daß die amtliche Statistik sich eines sehr weitgesteckten Familienbegriffs bedient, der häufig über die Vorstellungen der Wissenschaft, aber auch der Öffentlichkeit hinausreicht. Neben der Eltern-Kind-Gemeinschaft umfaßt der statistische Familienbegriff auch verwitwete, geschiedene oder ledige Personen, die mit ihren ledigen Kindern zusammenleben. Daneben gelten aber auch Ehepaare, Geschiedene sowie Verwitwete ohne Kinder als Familie. Nicht dem Familienbegriff zugeordnet werden folglich nur die Ledigen, die weder mit ihren Eltern noch mit eigenen Kindern zusammenleben. Der soziologischen

Terminologie folgend werden des weiteren, entsprechend dem Familienstand des Familienvorstandes, vollständige und unvollständige Familien unterschieden. Danach gelten Ehepaare mit bzw. ohne ledige Kinder als vollständige Familien, während alleinstehende Elternteile mit Kindern sowie Verwitwete, Geschiedene und getrennt lebende Personen als unvollständige Familien bezeichnet werden. Entsprechend dieser Definition wurden im Frühjahr 1980 in Baden-Württemberg rund 3;2 Mill. Familien gezählt. Rund 2,2 Mill. davon waren Ehepaare, bei 64% dieser Ehepaare lebten Kinder im Haushalt. Die verbleibenden 1 Mill. unvollständigen Familien setzen sich aus verwitweten oder geschiedenen Personen ohne Kinder (70%), aus Verwitweten/Geschiedenen mit Kindern (18%), aus getrenntlebenden Verheirateten ohne Kinder (8%), aus Ledigen mit Kindern (2%) sowie getrenntlebenden Verheirateten mit Kindern (2%) zusammen. Bei rund 774000 unvollständigen Familien stellen alleinstehende Frauen den Familienvorstand, jede vierte von ihnen ist für die Erziehung von Kindern auf sich selbst gestellt und damit den besonderen Belastungen Alleinerziehender ausgesetzt. Über die Hälfte der alleinstehenden Frauen mit Kindern ist

Tabelle 1

Familien nach Familientypen

| Familienzusammensetzung | Familientyp | Familien | | | | | |
|---|-------------|----------|-------|---------|-------|---------|-------|
| | | 1972 | | 1976 | | 1980 | |
| | | 1000 | % | 1000 | % | 1000 | % |
| Ehepaare ohne in der Familie lebende ledige Kinder bzw. Enkel | F 1 | 773,8 | 24,4 | 772,6 | 24,2 | 813,7 | 25,1 |
| Ehepaare mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben | F 2, F 3 | 1 441,1 | 45,5 | 1 440,8 | 45,2 | 1 427,5 | 44,0 |
| Verwitwete oder geschiedene Personen ohne ledige Kinder bzw. ledige Enkel | F 4 | 611,8 | 19,3 | 674,9 | 21,2 | 696,4 | 21,5 |
| Verwitwete oder geschiedene Personen mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben | F 5 | 173,6 | 5,5 | 175,3 | 5,5 | 183,6 | 5,7 |
| Ledige Personen mit ledigen Kindern bzw. ledigen Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben | F 6 | 19,4 | 0,6 | 18,2 | 0,6 | 23,0 | 0,7 |
| Verheiratete Personen, die keine Angaben über ihren Ehepartner gemacht haben, ohne in der Familie lebende ledige Kinder bzw. ledige Enkel | F 7 | 130,4 | 4,1 | 88,6 | 2,8 | 78,5 | 2,4 |
| Verheiratete Personen, die keine Angaben über ihren Ehepartner gemacht haben mit in der Familie lebenden ledigen Kindern und/oder Enkeln, sofern die Eltern oder ein Elternteil dieser Enkel nicht in der Familie leben | F 8 | 16,5 | 0,5 | 16,5 | 0,5 | 21,7 | 0,7 |
| Familien insgesamt | | 3 166,6 | 100,0 | 3 186,9 | 100,0 | 3 244,4 | 100,0 |

verwitwet (53%), 29% sind geschieden, 8% sind noch verheiratet, leben aber von ihrem Ehepartner getrennt, und 11% sind ledig.

Tabelle 1 vermittelt einen Überblick über Entwicklungen in der Familienstruktur. Danach ergibt sich bei einem Anstieg der Zahl der Familien insgesamt von 2,5% zwischen 1972 und 1980 eine überproportionale Zunahme bei den Ehepaaren ohne Kinder (Familientyp F1), bei den Verwitweten oder Geschiedenen ohne bzw. mit Kindern (F4, F5) sowie bei den Ledigen (F6) und den getrenntlebenden Verheirateten mit Kindern (F8). Die Zahl der Ehepaare mit Kindern (F2, F3) und die der getrenntlebenden Verheirateten ohne Kinder (F7) geht hingegen zurück.

Der Vergleich dieser Familientypen läßt jedoch noch keine differenzierte Aussage über einen sich möglicherweise vollziehenden Wandel in den Einstellungen zu Ehe und Familie zu. Erst die Berücksichtigung der Altersstruktur der Familienvorstände legt demographische Einflüsse offen.

Bei einer unter diesem Gesichtspunkt vorgenommenen Analyse zeigt sich, daß die zahlenmäßige Zunahme bei den Ehepaaren ohne Kinder immer stärker von solchen Familien verursacht wird, deren Familienvorstand bereits 50 Jahre und älter ist. Dies können nun aber sowohl Familien sein, die seit ihrem Bestehen kinderlos sind, aber auch solche Familien, deren erwachsene Kinder den Haushalt der Eltern bereits verlassen haben. Da im April 1980 bereits mehr als zwei Drittel aller Familienvorstände des Typs F1 50 Jahre und älter waren, kann geschlossen werden, daß der überproportionale Zuwachs dieses Familientyps primär dem derzeitigen Altersaufbau der Bevölkerung zugerechnet werden kann.

Der absolute Rückgang des Familientyps F2 resultiert weitgehend aus der im Zeitvergleich stark verminderten Zahl der jungen Ehen mit Kindern. Unterstellt man, das Alter des Familienvorstandes determiniere die Kategorie „junge Familie“, dann ergibt sich, daß die Zahl der Familien mit Kindern und einem Familienvorstand von unter 40 Jahren von rund 678000 im Jahre 1972 auf 550000 im Jahre 1980 abgesunken ist, und die Zahl der „älteren Ehen“ mit Kindern im gleichen Zeitraum von 762000 auf 877000 zugenommen hat. Diese Tendenzen spiegeln die gegenläufige Entwicklung der Geburtenhäufigkeit in den sechziger und siebziger Jahren wider. Die hohen Geburtenzahlen bis 1966 sowie die rückläufige Geburtenfreudigkeit in den siebziger Jahren führten in den letzten 10 Jahren zu einer starken Abnahme der jungen Familien mit kleinen Kindern und gleichzeitig dazu, daß in einer zunehmenden Zahl von Familien Kinder im schulpflichtigen Alter leben und erzogen werden.

Die altersspezifische Analyse beim Zeitvergleich des Familientyps F4 (Verwitwete oder Geschiedene ohne Kinder) unterstreicht den immer noch dominierenden Einfluß der Altersstruktur unserer Bevölkerung. Der bei weitem überwiegende Teil (90%) aller verwitweten oder geschiedenen Familienvorstände ohne Kinder ist 50 Jahre und älter. Allerdings spielen auch die Ehescheidungen eine größer werdende Rolle, ohne sich jedoch infolge ihrer relativ kleinen Zahl innerhalb dieses Aggregats deutlich auszuwirken.

Auch die Zahl derjenigen Familien, die aus verwitweten oder geschiedenen Personen mit Kindern (F5) bestehen, hat im Untersuchungszeitraum zugenommen. Für diesen Typ ergeben sich im Zeitvergleich steigende Anteile der jüngeren Altersgruppen, so daß davon auszugehen ist, daß hier weniger der Altersaufbau der Bevölkerung sowie die geschlechtsspezifischen Lebenserwartungen als vielmehr die Zunahme der Ehescheidungen bestimmend wirken. Die Betrachtung stützt auch die Meinung, daß das Vorhandensein eines Kindes heute nicht mehr, wie sehr viel ausgeprägter in früheren Jahren, die Ehepaare zur Aufrechterhaltung einer Ehe veranlaßt.³

Eheschließungen

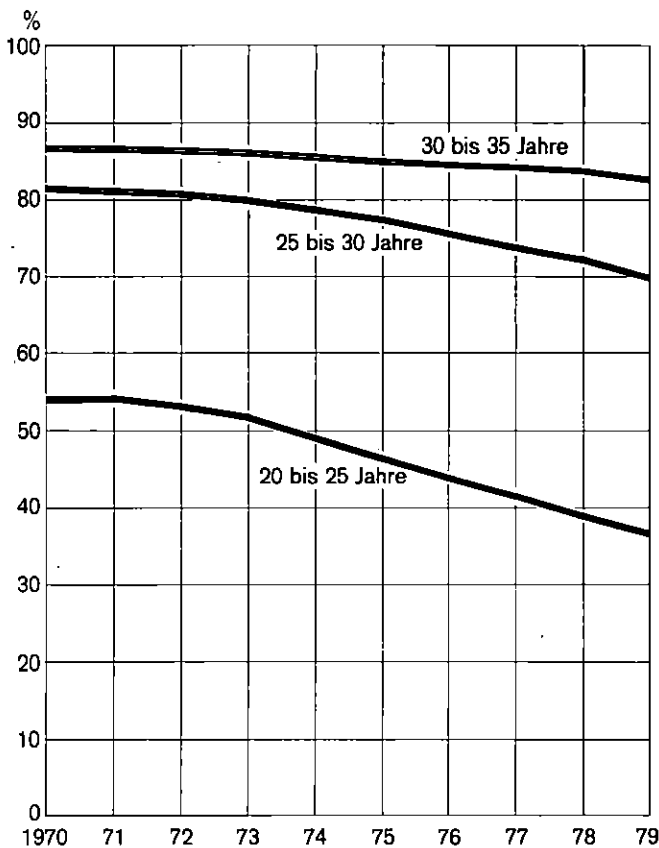
Nachdem wie auch in den Jahren zuvor seit Beginn der siebziger Jahre die Zahl der Eheschließungen laufend von 62200 1970 auf 46900 1978 abgenommen hatte, ist seit den Sommermonaten des Jahres 1979 ein merklicher Anstieg der Verheiratungen zu vermerken. So wurden 1980 im Land rund 52600 Eheschließungen verzeichnet – über 6% mehr als 1979. Betrug der tendenzielle Jahresdurchschnitt 1970 noch 7,0 Eheschließungen auf 1000 Einwohner so sank diese Größe bis zum Jahre 1978 auf 5,1, um dann bis 1980 wieder auf 5,7 anzusteigen.

Betrachtet man die Entwicklung der Verheiratetenquote, so stellt man fest, daß sowohl der Anteil der verheirateten Frauen an der weiblichen Bevölkerung (46%) als auch der der verheirateten Männer an der männlichen Bevölkerung (50%) während des letzten Jahrzehnts praktisch konstant geblieben ist.

Eine Aussage über die Heiratsfreudigkeit bzw. Ehemüdigkeit von Frauen kann durch den zeitlichen Vergleich von altersspezifischen Verheiratetenquo-

³ Bei den verbleibenden Familientypen (F6–F8) wird auf eine weiterführende altersspezifische Analyse verzichtet, da differenziertere Aussagen nicht ausreichend gesichert sind. Für die Beurteilung der Rolle der Frau in der Familie müssen die Determinanten analysiert werden, die auf die Bildung und Auflösung sowie die strukturelle Zusammensetzung der Familie einen entscheidenden Einfluß ausüben. Deshalb wird im folgenden zunächst die zeitliche Entwicklung der maßgeblichen Größen Eheschließungen, Geburten und Ehelösungen untersucht.

Entwicklung der altersspezifischen Verheiratetenquoten¹⁾



¹⁾ Anzahl der verheirateten Frauen einer Altersgruppe bezogen auf die weibliche Wohnbevölkerung gleichen Alters.

149 81

ten erreicht werden. Dabei sind die jüngeren Altersgruppen der Frauen bis zu 25 Jahren, der zwischen 25 und 30 Jahren sowie der zwischen 30 und 35 Jahren besonders interessant. Im Alter zwischen 35 und 40 Jahren sind 87% der Frauen verheiratet. *Schaubild 1* zeigt eine über alle untersuchten Altersgruppen seit 1970 zunächst nur leicht, ab 1973 dann aber deutlich fallende Tendenz der Heiratsfreudigkeit. Waren 1970 beispielsweise noch 54,3% aller 20 bis 25-jährigen Frauen in Baden-Württemberg bereits verheiratet, hatten 1979 nur noch 37,1% aller Frauen dieser Altersgruppe den Gang zum Standesamt angetreten. Die altersspezifische Verheiratetenquoten der 25 bis 30-jährigen Frauen geht im gleichen Zeitraum von 81,7 auf 70,1, die der 30 bis 35-jährigen Frauen von 86,8 auf 82,9 zurück. Parallel zu dieser Entwicklung ist seit Anfang der siebziger Jahre ein zunächst zögerndes, seit 1977 dann aber deutlich registrierbares Ansteigen des durchschnittlichen Heiratsalters zu beobachten: Zu Beginn des letzten Jahrzehnts schlossen die Frauen im Durchschnitt mit 24,4 Jahren eine Ehe, 1979 waren sie bereits 25,1 Jahre alt.

Die Motive für die spätere Eheschließung lassen sich mit den Mitteln der amtlichen Statistik nicht erhellen. Jedoch kann vermutet werden, daß sich die längere Schul- und Berufsausbildung durch das sich wandelnde Rollenverständnis auf das durchschnittliche Heiratsalter auswirken. Auch ist – entsprechend internationaler Entwicklungstendenzen – vor allem bei Teilen der jüngeren Generation, ein (meist vorübergehendes) Ausweichen auf nicht-eheliche Partnerschaftsbeziehungen zu beobachten. Ob diese Tendenzen durch das Erste Ehe-rechtsreformgesetz im Hinblick auf die Scheidungsfolgen und die Kostenbelastung einer Scheidung gefördert worden ist, wird unterschiedlich beurteilt und kann noch nicht als geklärt gelten.

Der Anstieg bei den Eheschließungen, der seit der Jahresmitte 1979 zu beobachten ist, läßt sich unter anderem dadurch erklären, daß nunmehr geburtenstarke Jahrgänge in das heiratsfähige Alter kommen. Inwieweit andere Faktoren eine Rolle spielen ist derzeit nicht abschließend zu beurteilen.

Geburtenentwicklung

Nachdem seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre die Geburtenentwicklung stark rückläufig war, nehmen nunmehr seit den Sommermonaten des Jahres 1979 die Geburten in Baden-Württemberg wieder zu. Die Zahl der Lebendgeborenen sank von rund 128200 im Jahre 1970 auf einen Tiefstand von 89900 im Jahre 1978, um bis 1980 wieder auf 99700 anzusteigen. Die Geburtenziffer – also die jährlich Lebendgeborenen bezogen auf 1000 der mittleren Bevölkerung – ging analog von 14,4 im Jahre 1970 auf 9,8 1978 zurück, 1980 betrug sie 10,8.

Im folgenden soll versucht werden, die neueren Tendenzen näher zu analysieren. Die zahlenmäßige Zunahme der Frauen im gebärfähigen Alter begünstigt zweifellos die neueste Geburtenentwicklung – ein Prozeß, der sich in den kommenden Jahren fortsetzen und noch verstärken wird. Berücksichtigt man außerdem die Fruchtbarkeitsziffern in den entsprechenden Altersjahrgängen, dann zeigt sich, daß die gegenwärtige Zunahme der Lebendgeborenen nur zum Teil der größeren Zahl von Frauen im gebärfähigen Alter zugerechnet werden kann. So ist *Tabelle 2* zu entnehmen, daß in den meisten Altersjahren seit 1979 ein Anstieg der Fruchtbarkeit eingetreten ist. Insbesondere in dem Altersbereich, in dem die Fruchtbarkeit am höchsten ist, nämlich zwischen 24 und 30 Jahren, ist eine verhältnismäßig starke Zunahme der Geburten zu verzeichnen. Diese Feststellungen stützen die Vermutung, daß sich im generativen Verhalten ein Wandel abzeichnet.

Schaubild 2, in dem die altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern für die weibliche Gesamtbevölkerung Baden-Württembergs in den Jahren 1970, 1976, 1978 und 1979 dargestellt sind, zeigt sowohl das Absinken der jahresbezogenen Kennziffern bis 1978 als auch den Wiederanstieg 1979. Zudem ist abzulesen, daß die Zeitspanne zwischen der Geburt des ersten und weiterer Kinder kürzer wird. Daneben ergibt sich auch, daß die altersspezifische Fruchtbarkeitsziffer im Jahre 1970 ihr Maximum bei den 24–25jährigen Frauen hatte, 1979 aber bei den 25–27jährigen Frauen lag.

Tabelle 2

Altersspezifische allgemeine Fruchtbarkeitsziffern
Lebendgeborene nach dem Alter der Mütter
auf 1000 Frauen gleichen Alters

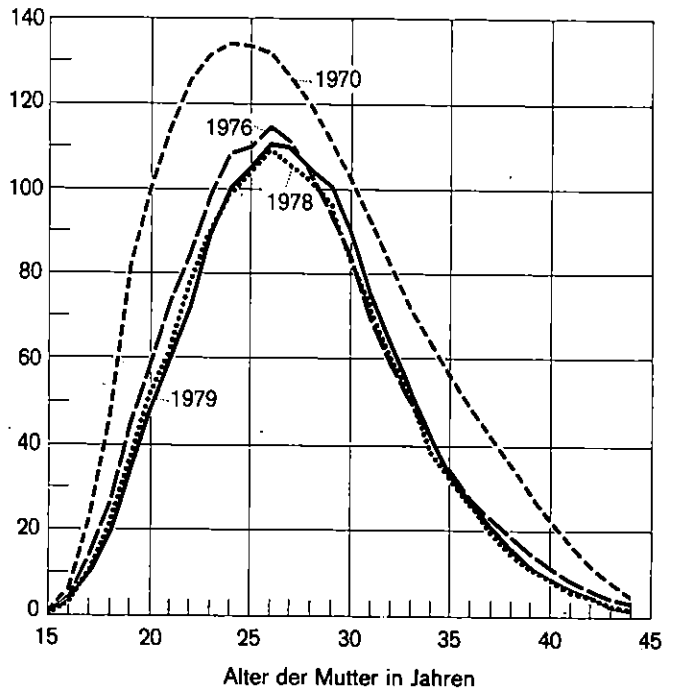
| Alter in Jahren ¹⁾ | 1970 | 1972 | 1974 | 1976 | 1978 | 1979 |
|-----------------------------------|---------|---------|---------|---------|---------|---------|
| 15 | 1,1 | 1,6 | 1,2 | 0,8 | 0,6 | 0,7 |
| 16 | 5,6 | 7,1 | 5,8 | 4,3 | 3,3 | 3,5 |
| 17 | 22,9 | 24,6 | 19,9 | 13,5 | 10,5 | 10,3 |
| 18 | 47,8 | 45,0 | 38,3 | 26,3 | 21,7 | 19,5 |
| 19 | 81,2 | 67,2 | 56,1 | 44,0 | 36,1 | 34,6 |
| 20 | 100,1 | 83,0 | 68,2 | 58,8 | 51,7 | 48,8 |
| 21 | 113,9 | 96,0 | 81,1 | 72,9 | 60,9 | 59,9 |
| 22 | 125,1 | 107,0 | 91,5 | 84,3 | 77,3 | 71,6 |
| 23 | 131,0 | 116,2 | 102,2 | 98,8 | 89,0 | 89,0 |
| 24 | 133,8 | 117,8 | 114,7 | 108,1 | 98,2 | 100,1 |
| 25 | 133,9 | 119,2 | 114,5 | 109,7 | 103,7 | 105,4 |
| 26 | 132,0 | 117,0 | 111,5 | 114,1 | 109,9 | 110,8 |
| 27 | 126,3 | 111,6 | 107,4 | 110,8 | 105,7 | 109,9 |
| 28 | 119,9 | 104,7 | 99,7 | 103,3 | 101,9 | 104,8 |
| 29 | 110,8 | 97,7 | 89,9 | 94,1 | 96,2 | 100,5 |
| 30 | 102,5 | 88,4 | 81,3 | 83,7 | 83,6 | 89,9 |
| 31 | 92,4 | 78,6 | 69,0 | 69,7 | 72,2 | 74,3 |
| 32 | 81,2 | 67,8 | 60,7 | 58,9 | 59,4 | 62,6 |
| 33 | 71,4 | 60,8 | 52,3 | 50,6 | 51,1 | 51,8 |
| 34 | 64,0 | 52,0 | 44,4 | 41,7 | 38,9 | 41,9 |
| 35 | 56,3 | 44,7 | 37,7 | 34,5 | 32,5 | 33,2 |
| 36 | 48,7 | 38,8 | 30,8 | 27,6 | 26,2 | 26,7 |
| 37 | 42,0 | 34,5 | 25,9 | 22,2 | 19,3 | 20,6 |
| 38 | 36,0 | 28,4 | 20,7 | 18,5 | 15,1 | 15,7 |
| 39 | 28,9 | 24,0 | 17,5 | 14,8 | 11,3 | 11,2 |
| 40 | 22,3 | 19,4 | 15,1 | 11,2 | 8,3 | 8,4 |
| 41 | 16,8 | 14,0 | 10,7 | 8,3 | 5,9 | 6,0 |
| 42 | 11,7 | 9,6 | 7,9 | 6,1 | 4,2 | 4,3 |
| 43 | 8,0 | 6,7 | 5,3 | 4,1 | 2,8 | 2,3 |
| 44 | 4,7 | 3,6 | 3,1 | 2,9 | 1,8 | 1,7 |
| Summe der Ziffern 15 bis unter 45 | 2 072,3 | 1 787,0 | 1 584,4 | 1 498,6 | 1 399,3 | 1 420,0 |
| | 70,2 | 60,1 | 52,9 | 49,2 | 45,3 | 45,9 |

1) Ermittelt als Differenz zwischen Geburtsjahr und Berichtsjahr, zum Beispiel 1979: Alter 15 = Geburtsjahr 1964, Alter 16 = Geburtsjahr 1963 usw.

Schaubild 2

Altersspezifische allgemeine Fruchtbarkeitsziffern¹⁾

Lebendgeborene
auf 1000 Frauen



1) Lebendgeborene nach dem Alter der Mutter auf 1000 Frauen gleichen Alters.

152 81

Die Verschiebung der höchsten Fruchtbarkeit auf spätere Altersjahre, verbunden mit dem steigenden durchschnittlichen Heiratsalter, führt möglicherweise zu erheblichen Änderungen in der Altersstruktur der Familien mit Kindern (Typ F2). Wie oben bereits angeführt, sinkt die Zahl der „jungen Familien“ mit Kindern nicht unerheblich, während die Zahl der „älteren Familien“ mit Kindern anwächst. Nachdem bis zur Mitte der sechziger Jahre durch den „Babyboom“ in Familien mit Kindern die durchschnittliche Kinderzahl angestiegen war, nimmt sie besonders seit 1972 von 1,99 kontinuierlich auf 1,87 im Jahre 1980 ab. Noch deutlicher allerdings schält sich diese Tendenz heraus, wenn man solche Familien betrachtet, deren Familienvorstand jünger als 40 Jahre ist, also solche Gemeinschaften, bei denen das Spannungsfeld zwischen familiären Aufgaben und Erwerbstätigkeit sichtbar wird. In einer solchen Familie lebten 1972 im Durchschnitt noch 1,97 Kinder, 1980 dagegen nur noch 1,72.

Obwohl die Entwicklung der Geburtenhäufigkeit alle anderen Determinanten überlagert, kann vermutet werden, daß viele Kleinkinder heute ältere Eltern haben. Dies zeigt sich auch darin, daß sich bei steigendem Heiratsalter der durchschnittliche Zeitabstand zwischen der Eheschließung und der Geburt des ersten Kindes seit 1970 um über 47%

ausgedehnt hat. Zu den möglichen Ursachen der beschriebenen Entwicklungen sind gewiß die längeren Ausbildungszeiten, die höhere berufliche Qualifikation sowie der mit beiden verknüpfte Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit der Frauen, verbunden mit der Möglichkeit sicherer Familienplanung, zu rechnen. Aber auch der Wunsch vieler Ehepartner, sich in den ersten Jahren ihrer Ehe auf sich selbst und ihre eigenen Bedürfnisse konzentrieren zu können, bevor sie sich der verantwortungsvollen Aufgabe der Kindererziehung – die zudem oft ein nicht geringes Maß an materiellem Verzicht und Belastung mit sich bringt – widmen wollen, sollte in diesem Zusammenhang erwähnt werden.

Das spätere Heiratsalter und das Hinauszögern des Geburtstermins des ersten Kindes führen dazu, daß die Zeitspanne, in der in den Familien Kinder geboren werden, immer enger wird, die Frau also sowohl vor der Geburt des ersten Kindes als auch nach dem Heranwachsen ihres letzten Kindes einen längeren Lebensabschnitt für außerhäusliche Aktivitäten zur Verfügung hat. Hieraus resultieren auch Veränderungen im Familienzyklus, die aufzuzeigen und zu beantworten eine wichtige Aufgabe der familienwissenschaftlichen Forschung ist.

Ehelösungen

Man rechnet damit, daß in Baden-Württemberg in der letzten Zeit von 100 Ehen rund 57 durch den Tod des Ehemannes, 23 durch den Tod der Ehefrau und 20 durch Scheidung beendet werden.

Die Häufigkeit von Ehescheidungen – die Fälle von Aufhebungen der Ehe und Nichtigkeitserklärungen fallen zahlenmäßig nicht ins Gewicht – hat bis zur Novellierung des Eherechts (1.7.1977) laufend zugenommen und ging dann im 2. Halbjahr 1977 enorm zurück. Mit 4089 rechtskräftig geschiedenen Ehen im Jahre 1978 sank die Zahl der Scheidungen auf weniger als ein Drittel des Standes im Jahre 1976. Bereits 1979 wurden aber wieder 10305 Ehen geschieden, im Jahre 1980 ist die Zahl der Scheidungen weiter auf 12899 gestiegen. Die Erklärung für den Einbruch und das Wiederanstiegen bei den Scheidungszahlen ist sicherlich darin zu finden, daß Richter, Anwälte und Scheidungswillige sich zunächst auf die veränderte Rechtslage, die den Wegfall des Verschuldungsprinzips mit sich brachte, einstellen mußten.

Gliedert man die Scheidungen des Jahres 1979 nach der gesetzlichen Entscheidungsgrundlage, so ist festzustellen, daß 14% der Ehen vor einer einjährigen Trennung, 35,7% nach einer einjährigen Trennung, 39,5% einverständlich, 9,8% nach einer mindestens dreijährigen Trennung und 1,0% aufgrund anderer Vorschriften geschieden wurden.

Weit mehr als die Hälfte aller Verfahren (58,8%) wurden von den Ehefrauen beantragt, in der Mehrzahl aller Fälle unter Zustimmung des Ehepartners.

Um eine im Zeitverlauf vergleichbare Maßzahl für die Entwicklung des Scheidungsverhaltens der verheirateten Bevölkerung gewinnen zu können, bietet es sich an, die Zahl der Ehescheidungen mit den bestehenden Ehen zahlenmäßig zu verknüpfen. Auch bei dieser Betrachtung steigt die Scheidungsquote von 46,4 – bezogen auf 10000 bestehende Ehen – im Jahre 1970 auf 67,5 im Jahre 1976, um dann nach einem vorübergehenden Absinken infolge der Rechtsänderung zum 1.7.1977 wieder auf 58,3 im Jahre 1980 anzusteigen (vgl. *Tabelle 3*).

Eine weitere Kennziffer bezieht die Zahl der Ehescheidungen auf je 10000 Einwohner. Die so definierte Ehescheidungsrate stieg von 11,2 im Jahre 1970 kontinuierlich auf 16,2 im Jahr 1976. Im Jahre 1978 sank sie aus den erwähnten Gründen auf 4,5 und war im Jahre 1980 mit 13,9 wieder über dem Stand von 1970.

Bei der Betrachtung der Ehescheidungen zeigt sich, daß, wenn die Ehescheidungen in Abhängigkeit von der Ehedauer betrachtet werden, im Jahre 1979 fast 29% aller geschiedenen Ehen weniger als fünf Jahre angedauert hatten. Analysiert man die Scheidungshäufigkeit bei Frauen nach ihrem Alter, so stellt man fest, daß diese im Jahre 1979 in der

Tabelle 3

Gerichtliche Ehelösungen

| Jahresdurchschnitt, Jahr bzw. Halbjahr | Rechtskräftige Urteile auf Ehelösung insgesamt | Darunter Scheidung der Ehe | | |
|--|--|----------------------------|--------------------------------------|---------------------------------|
| | | Fälle | auf 10 000 der mittleren Bevölkerung | auf 10 000 der bestehenden Ehen |
| 1936/38 | 2 552 | 2 470 | 4,8 | 22,3 |
| 1946/48 | 7 886 | 7 752 | 13,0 | . |
| 1950/52 | 6 750 | 6 622 | 10,1 | . |
| 1954/56 | 5 241 | 5 165 | 7,4 | . |
| 1958/60 | 5 727 | 5 661 | 7,5 | 32,2 |
| 1962 | 6 025 | 5 969 | 7,5 | 31,9 |
| 1964 | 6 524 | 6 482 | 7,9 | 32,9 |
| 1966 | 6 921 | 6 894 | 8,1 | 32,8 |
| 1968 | 8 237 | 8 205 | 9,5 | 38,6 |
| 1970 | 9 960 | 9 926 | 11,2 | 46,4 |
| 1971 | 10 434 | 10 414 | 11,6 | 46,2 |
| 1972 | 11 167 | 11 144 | 12,2 | 49,5 |
| 1973 | 11 610 | 11 592 | 12,6 | 51,1 |
| 1974 | 13 287 | 13 268 | 14,4 | 59,6 |
| 1975 | 13 935 | 13 921 | 15,1 | 63,1 |
| 1976 | 14 819 | 14 795 | 16,2 | 67,5 |
| 1. Halbjahr 1977 | 10 017 | 10 009 | 11,0 | 45,6 |
| 2. Halbjahr 1977 | 244 | 242 | 0,3 | 1,1 |
| 1978 | 4 106 | 4 089 | 4,5 | 18,6 |
| 1979 | 10 323 | 10 305 | 11,2 | 46,8 |
| 1980 | 12 924 | 12 899 | 13,9 | . |

Altersgruppe der 25 bis 30jährigen besonders ausgeprägt ist: Fast jede Vierte aller geschiedenen Frauen war 1979 dieser Altersgruppe zugehörig. Im Durchschnitt war im Jahre 1979 eine Frau zum Zeitpunkt ihrer Scheidung knapp über 35 Jahre alt. Die Gründe für die Scheidungsanfälligkeit besonders in jungen Ehen sind sicherlich vielschichtig. Neben gegenseitigen Anpassungsproblemen, die das Zusammenleben mit sich bringt sowie Schwierigkeiten beim Aufbau eines eigenen Haushalts ist als ein Beweggrund aber auch das gerade für junge Ehen bedeutsame, sich wandelnde gesellschaftliche Rollenverständnis der Frau – gekennzeichnet von einer durch die eigene Ausbildung und Berufstätigkeit erlangten wirtschaftlichen Unabhängigkeit und einem daraus erwachsenen Selbstbewusstsein – zu vermuten. Mit zunehmender Dauer der Ehen, nimmt die Zahl der Scheidungen dann kontinuierlich ab.

Ein weiterer Analyseansatz ordnet die geschiedenen Ehen nach der Kinderzahl und setzt diese dann zu den bestehenden Ehen mit der entsprechenden Kinderzahl in Beziehung. Die auf diese Weise definierte Scheidungsquote zeigt, daß kinderlose oder Ehen mit 1 Kind weitaus häufiger vor dem Scheidungsrichter enden als kinderreichere Ehen. So kamen im Jahre 1979 56 Ehescheidungen auf 10000 bestehende Ehen ohne Kinder und 55 Scheidungen auf 10000 Ehen mit einem Kind, dagegen nur 31 auf 10000 Ehen mit zwei Kindern, 22 auf solche mit drei Kindern und nur 20 auf jene mit vier und mehr Kindern.

Allerdings zeigt sich, daß Kinder in zunehmendem Maße keinen Hinderungsgrund für Ehescheidungen mehr darstellen. Beim zeitlichen Vergleich kinderspezifischer Scheidungsquoten ergibt sich bis zum Zeitpunkt der Rechtsänderung 1977 eine deutliche Zunahme der Scheidungsanfälligkeit nicht bei den Ehen ohne bzw. mit einem Kind, sondern ebenfalls, wenn auch in geringerem Maße, bei den kinderreichen Ehen (*Schaubild 3*).

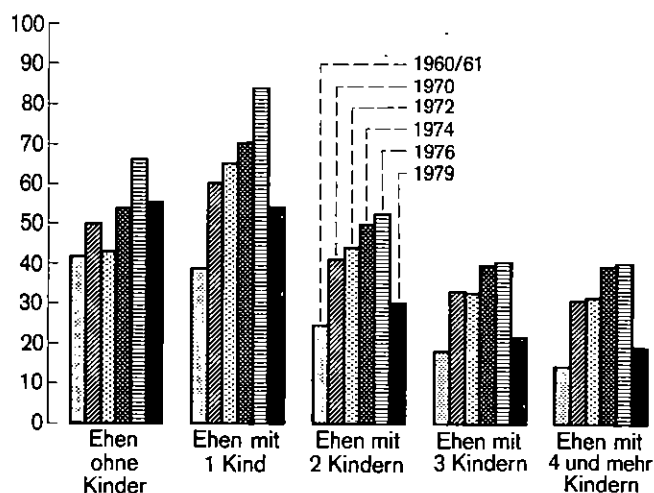
Die Wiederverheiratung geschiedener oder verwitweter Frauen wird von einer Vielzahl von Faktoren bestimmt, unter denen subjektive Gründe – wie beispielsweise die persönliche Neigung, erneut eine Ehe einzugehen oder die individuelle wirtschaftliche Situation – und objektive Gegebenheiten – so der Altersaufbau der Bevölkerung und die altersrelevanten Geschlechterproportionen – zu nennen sind.

Generell ist zu beobachten, daß der Anteil der Wiederverheiratungen von Frauen an den Heiraten insgesamt im Zeitverlauf gesehen kontinuierlich zugenommen hat. Dieser Anteil steigt von 10,9% im Jahr 1970 auf 13,9% im Jahre 1979. Diese Entwicklung wird ganz wesentlich geprägt von den geschiedenen Frauen: im Jahre 1970 hatten 8,4%

Schaubild 3

Ehescheidungsquoten nach der Zahl der Kinder in den geschiedenen Ehen

Auf 10000 bestehende Ehen mit... Kind(ern) entfielen ... Scheidungen



153 81

aller Frauen, die in diesem Jahr eine Ehe eingingen, bereits eine gescheiterte Ehe hinter sich, im Jahre 1979 schon 11,8%.

Die Frauen im Beruf

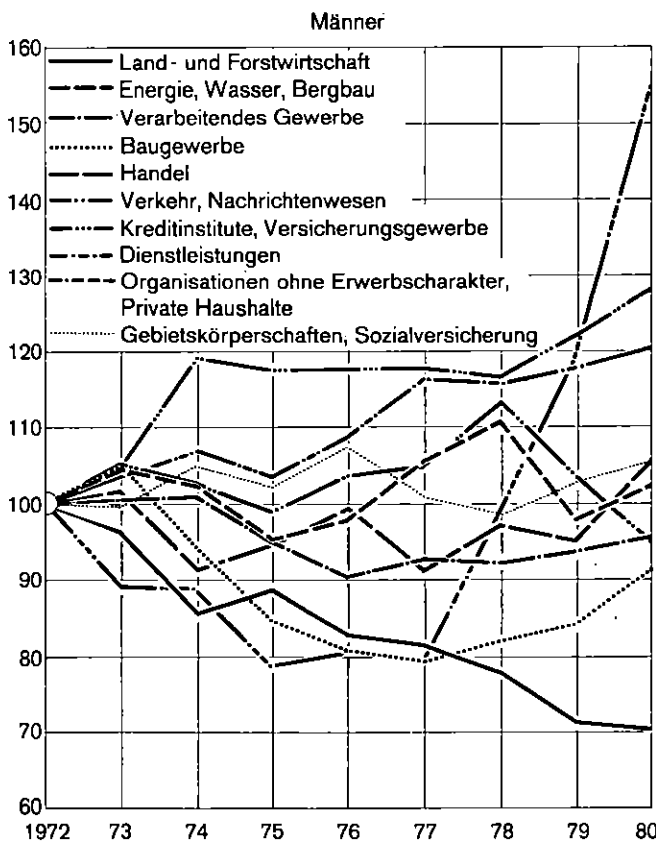
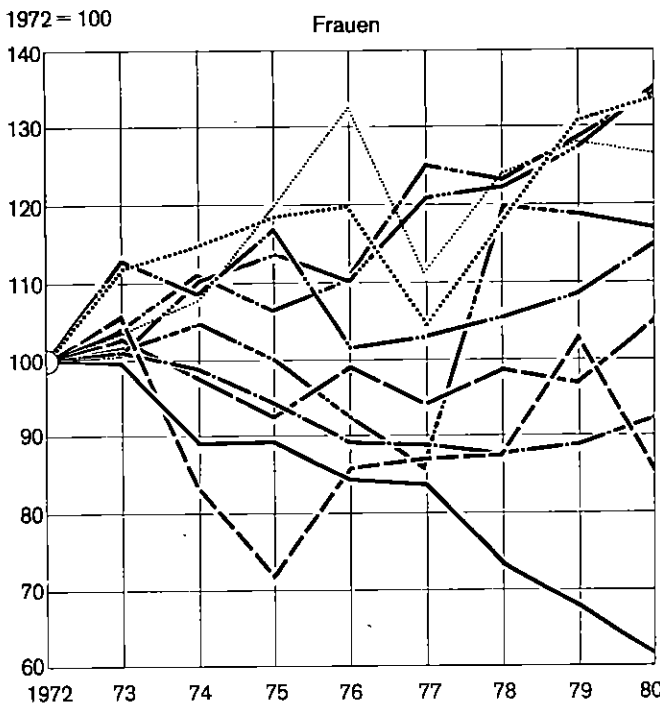
Im Handel mehr Frauen als Männer beschäftigt

Nachdem sich das Niveau der Erwerbstätigkeit seit dem Höchststand 1973 durch den lang anhaltenden wirtschaftlichen Abschwung bis zum Jahr 1976 permanent vermindert hatte, konnte wieder eine geringe jährliche Zunahme des Bestandes an Erwerbstätigen verzeichnet werden. Im Frühjahr 1980 wurde dann, mit 4,25 Mill., etwa der Stand des Jahres 1972 (4,23 Mill.) erreicht. Während sich aber im Verlauf dieser Entwicklungsspanne die Zahl der männlichen Erwerbstätigen um 40300 verringerte und auf 2,57 Mill. sank, erhöhte sich diejenige der Frauen um 61300 und erreichte 1,68 Mill. Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen stieg dadurch von 38% auf 40%.

Die Schwerpunkte der Männer- und Frauenarbeit lagen in unterschiedlichen Sektoren der Volkswirtschaft. Entsprechend kommt den einzelnen Wirtschaftsabteilungen und -bereichen für die Erwerbstätigkeit der Geschlechter eine unterschiedliche Bedeutung zu. Während die Männer überwiegend im Verarbeitenden Gewerbe (49%), im Baugewerbe (10%), bei den Dienstleistungen (10%) und bei den Gebietskörperschaften in der Sozialversicherung (9%) Arbeitsplätze innehatten, fanden die Frauen überwiegend im Verarbeitenden Gewerbe (37%), bei den Dienstleistungen (26%), im Handel (14%), und in der Land- und Forstwirtschaft (7%) Erwerbsarbeit.

Schaubild 4

Entwicklung der Erwerbstätigkeit in den Wirtschaftsabteilungen



In der Land- und Forstwirtschaft, im Handel, bei den Kreditinstituten und dem Versicherungsgewerbe, bei den Dienstleistungen, bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den privaten Haushalten waren jeweils mehr Frauen als Männer erwerbstätig. Bei Energie, Wasser, Bergbau, dem Verarbeitenden Gewerbe, dem Baugewerbe, bei Verkehr und Nachrichtenwesen und bei den Gebietskörperschaften in der Sozialversicherung dominierten demgegenüber die männlichen Erwerbstätigen (vgl. *Schaubild 4*).

Bei den Angestellten dominieren die Frauen

Der Strukturwandel im ökonomischen Bereich zog auch eine Veränderung im Sozialgefüge der Erwerbstätigen nach sich, der sich bei der Stellung im Beruf manifestiert. Er ist dadurch gekennzeichnet, daß das Element der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen immer mehr zurückgedrängt wurde. So verminderte sich seit 1972 die Zahl der erwerbstätigen Männer, die als Selbständige oder mithelfende Familienangehörige tätig waren um 16%, diejenige der Frauen sogar um 33%, so daß sich der Anteil an den Erwerbstätigen entsprechend verringerte (vgl. *Tabelle 4*). Dieser Rückgang des Elementes der Selbständigen wird zwar wesentlich durch den Bereich der Land- und Forstwirtschaft verursacht, findet sich aber auch im Produzierenden Gewerbe und im Wirtschaftsbereich Handel und Verkehr. Lediglich im Sektor sonstige Wirtschaftsbereiche der auch in der Rezession permanent expandierte, ist ein kleines Plus festzustellen. Da der Strukturanteil der als Selbständige bzw. mithelfende Familienangehörige tätigen Frauen sich seit 1972 von 18% auf 12% verringerte, erhöhte sich derjenige der abhängig erwerbstätigen Frauen entsprechend um 6%-Punkte auf 88%. In der Gruppe der abhängig Erwerbstätigen waren über die Hälfte (55%) Angestellte bzw. kaufmännisch Auszubildende. Im Beobachtungszeitraum hat sich das Element der Angestellten sowohl bei den Frauen als auch bei den Männern stark erhöht. Außerdem fällt auf, daß es 1980 mehr weibliche Angestellte (815300) als angestellte Männer (731100) gegeben hat, während 1972 der Geschlechteranteil noch ausgeglichen war.

Hervorgehoben wurde die positive Entwicklung bei den weiblichen Angestellten entscheidend durch die Zunahme der Angestelltentätigkeiten im tertiären Bereich, während sich im Produzierenden Gewerbe das Niveau nur leicht verbesserte. Diese sektorale Entwicklung zeigt sich auch bei den Männern mit Angestelltentätigkeiten. Im Gegensatz hierzu, verminderte sich die Zahl der weiblichen Arbeiter seit 1972 um 61400 auf 584300; jeder dritte Inhaber eines von einem Arbeiter besetzten Arbeitsplatz ist eine Frau.

Tabelle 4

Erwerbstätige nach Stellung im Beruf und Geschlecht

| Stellung im Beruf | Erwerbstätige | | | | Veränderung 1980 gegen 1972 | |
|--------------------------------|---------------|----------|----------|----------|--------------------------------|----------|
| | 1972 | | 1980 | | männlich | weiblich |
| | männlich | weiblich | männlich | weiblich | | |
| | 1000 | | | | % | |
| Selbständige | 320,1 | 80,6 | 278,5 | 73,7 | - 13,0 | - 8,6 |
| Mithelfende Familienangehörige | 33,6 | 210,9 | 19,4 | 122,7 | - 42,3 | - 41,8 |
| Beamte | 231,6 | 34,1 | 250,1 | 57,3 | + 8,0 | + 68,0 |
| Angestellte ¹⁾ | 635,0 | 637,3 | 731,1 | 815,3 | + 15,1 | + 27,9 |
| Arbeiter ²⁾ | 1 390,3 | 656,6 | 1 291,2 | 611,8 | - 7,1 | - 6,8 |
| Insgesamt | 2 610,6 | 1 619,5 | 2 570,3 | 1 680,8 | - 1,5 | + 3,8 |

1) Einschließlich kfm./techn. Auszubildender. – 2) Einschließlich gewerblich Auszubildender.

Der Zugang an Erwerbsstellen für Arbeitnehmerinnen im Dienstleistungssektor konnte den starken Abbau entsprechender Arbeitsplätze im Produzierenden Gewerbe bei weitem nicht kompensieren. Die Zahl der weiblichen Beamten, die 1972 rund 3% der abhängig erwerbstätigen Frauen ausmachten, erhöhte sich um rund 20000, so daß sich ihr Anteil auf 4% an den abhängig Erwerbstätigen erhöhte. Rund jeder fünfte Beamte ist weiblichen Geschlechts.

In den gewerblichen Ausbildungsberufen – traditionsgemäß eine Domäne der Männer – erhöhte sich der Anteil der Mädchen und Frauen unter den Auszubildenden um 11 Prozentpunkte, so daß inzwischen jeder vierte gewerbliche Auszubildende weiblich ist. Vorwiegend ist hier die Ausbildung zur technischen Zeichnerin, Bauzeichnerin, Chemielaborantin, und zu den Berufen des Bekleidungs- und Nahrungsmittelgewerbes hervorzuheben. Aber auch in Berufen die mehr künstlerisches Geschick erfordern, wie z.B. Goldschmied treten verstärkt Mädchen auf. Daneben bemühen sich Frauen auch, in den sogenannten atypischen Frauenberufen eine Lehrstelle zu finden. Der Zuwachs in diesem Bereich fällt zwar zahlenmäßig noch nicht stark ins Gewicht, jedoch ist eine deutliche Tendenz erkennbar, sich zunehmend auch in gewerblich-technischen und handwerklichen Berufen, wie in der Druck- und Papierverarbeitung, als Maler und Lackierer, Kraftfahrzeugmechaniker und Elektroinstallateur ausbilden zu lassen. Da sich ein Einstellungswandel gegenüber Frauen in frauenuntypischen Berufen nur auf längere Sicht erreichen läßt, kommt dieser neuen Entwicklung an der Nahtstelle zwischen allgemeinbildender Schule und Beteiligung am Erwerbsleben erhebliche Bedeutung für die zukünftige Entwicklung bei. Wenn sich dieser

Trend konsequent fortsetzt, kann mittelfristig davon ausgegangen werden, daß in den gewerblich-technischen Berufen zunehmend auch Frauen mit entsprechender beruflicher Qualifikation am Arbeitsmarkt auftreten werden, so daß sich – angesichts des Facharbeitermangels in Industrie und Handwerk – zunehmend zusätzliche Beschäftigungsmöglichkeiten für beruflich qualifizierte Frauen eröffnen. Der Nachwuchs in den kaufmännischen Berufen wird – nur jeder dritte der Auszubildenden ist hier männlichen Geschlechts – sehr stark durch Mädchen und Frauen geprägt, ein Tatbestand, der bereits 1972 deutlich erkennbar war, sich aber zwischenzeitlich noch verfestigte.

Fast 60% der Beschäftigten im Dienstleistungsberuf Frauen

Betrachtet man die Beschäftigten nach der beruflichen Gliederung getrennt für Männer und Frauen, so ergeben sich deutliche Unterschiede. Offensichtlich stehen nämlich den typischen Männerberufen auch eine Reihe typischer Frauenberufe gegenüber. So sind zwar 40% der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Frauen und 60% Männer. Aber in vielen Berufsabschnitten bzw. Berufsbereichen weichen die Strukturanteile der Geschlechter von diesen Durchschnittswerten deutlich ab.

So sind im Berufsbereich der Pflanzenbauer und Tierzüchter 79% Männer tätig, bei den Bergleuten und Mineralgewinnern 95% und bei den Fertigungsberufen 75%, wobei hier deutliche Schwerpunkte zugunsten der Männer bei den Steinearbeitern und Baustoffherstellern, den Schlossern, den Mechanikern und den zugeordneten Berufen, den Bauberufen, den Bau- und Raumausstattern,

den Maler, Lackierern und verwandten Berufen sowie bei den Maschinisten aufgetreten. Im Bereich der technischen Berufe liegt das Hauptgewicht der Berufsausübung der Männer bei den Ingenieuren, Chemikern, Physikern und Mathematikern.

Es fällt auf, daß bei den Dienstleistungsberufen generell die Frauen dominieren. Hier beträgt der Frauenanteil 59%. In keinem Berufsabschnitt des Dienstleistungsbereiches erreicht der Männeranteil 90% und mehr, lediglich bei den Verkehrsberufen sowie den Ordnungs- und Sicherheitsberufen gibt es noch einen deutlichen Vorsprung der Männer. Vor allem in den Berufsabschnitten der allgemei-

nen Dienstleistungsberufe sowie der Gesundheitsdienstberufe zeigt sich das Dominieren der Frauen. Auch bei den Warenkaufleuten, den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie den Sozial- und Erziehungsberufen liegt der Frauenanteil überdurchschnittlich hoch. Im Bereich der Fertigungsberufe – 44% der versicherungspflichtig Beschäftigten üben einen Beruf dieses Bereiches aus – liegt der Frauenanteil ausschließlich bei den Textil- und Bekleidungsberufen so hoch, daß von einer Domäne der Frauen gesprochen werden kann.

Unterstellt man, daß von einer Dominanz der Männer bzw. der Frauen in einen Beruf nur dann ge-

Tabelle 5

Männer- und Frauenberufe nach Berufsabschnitten¹⁾ am 31. März 1980

| Berufsabschnitt Ausgewählter Berufsbereich | Beschäftigte insgesamt | Davon | | | |
|---|---------------------------|-----------|------|-----------|------|
| | | männlich | % | weiblich | % |
| Pflanzenbauer, Tierzüchter, Fischereiberufe | 45 306 | 35 823 | 79,1 | 9 483 | 20,9 |
| Bergleute, Mineralgewerbe | 2 644 | 2 512 | 95,0 | 132 | 5,0 |
| Fertigungsberufe | 1 498 573 | 1 129 992 | 75,4 | 368 581 | 24,6 |
| darunter | | | | | |
| Steinbearbeiter, Baustoffhersteller | 8 370 | 7 901 | 94,4 | 469 | 5,6 |
| Papierhersteller,- verarbeiter, Drucker | 59 437 | 39 311 | 66,1 | 20 126 | 33,9 |
| Holzaufbereiter, Warenfertiger und verwandte Berufe | 18 664 | 15 026 | 80,5 | 3 638 | 19,5 |
| Metallerzeuger,- bearbeiter | 164 820 | 138 524 | 84,0 | 26 296 | 16,0 |
| Schlosser, Mechaniker und zugeordnete Berufe | 322 288 | 308 447 | 95,7 | 13 841 | 4,3 |
| Elektriker | 100 910 | 92 014 | 91,2 | 8 896 | 8,8 |
| Montierer und Metallberufe, anderweitig nicht genannt | 128 557 | 54 868 | 42,7 | 73 689 | 57,3 |
| Textil und Bekleidungsberufe | 102 625 | 21 450 | 20,9 | 81 175 | 79,1 |
| Bauberufe | 148 425 | 147 805 | 99,6 | 620 | 0,4 |
| Bau-, Raumausstatter, Polsterer | 36 774 | 33 237 | 90,4 | 3 537 | 9,6 |
| Tischler, Modellbauer | 41 942 | 41 035 | 97,8 | 907 | 2,2 |
| Maler, Lackierer und verwandte Berufe | 39 922 | 37 174 | 93,1 | 2 748 | 6,9 |
| Maschinisten und zugehörige Berufe | 32 349 | 31 944 | 98,7 | 405 | 1,3 |
| Technische Berufe | 236 710 | 205 681 | 86,9 | 31 029 | 13,1 |
| davon | | | | | |
| Ingenieure, Chemiker, Physiker, Mathematiker | 70 046 | 68 377 | 97,6 | 1 669 | 2,4 |
| Techniker, Technische Sonderfachkräfte | 166 664 | 137 304 | 82,4 | 29 360 | 17,6 |
| Dienstleistungsberufe | 1 640 105 | 674 275 | 41,1 | 965 830 | 58,9 |
| darunter | | | | | |
| Warenkaufleute | 239 874 | 92 621 | 38,6 | 147 253 | 61,4 |
| Verkehrsberufe | 239 834 | 199 704 | 83,3 | 40 130 | 16,7 |
| Organisations-, Verwaltungs-, Büroberufe | 595 542 | 200 293 | 33,6 | 395 249 | 66,4 |
| Ordnungs-, Sicherheitsberufe | 33 624 | 28 418 | 84,5 | 5 206 | 15,5 |
| Gesundheitsdienstberufe | 122 141 | 19 798 | 16,2 | 102 343 | 83,8 |
| Sozial- und Erziehungsberufe, nicht genannte geistes- und naturwissenschaftliche Berufe | 92 615 | 30 212 | 32,6 | 62 403 | 67,4 |
| Allgemeine Dienstleistungsberufe | 187 727 | 29 906 | 15,9 | 157 821 | 84,1 |
| Sonstige Arbeitskräfte | 20 568 | 11 109 | 54,0 | 9 459 | 46,0 |
| Insgesamt | 3 443 906 | 2 059 392 | 59,8 | 1 384 514 | 40,2 |

1) Ergebnisse der Beschäftigtenstatistik.

sprochen werden soll, wenn der geschlechtsspezifische Anteil um 20% höher liegt, als zu erwarten wäre, wenn Männer und Frauen in einem Beruf gemäß ihren Anteil an der Gesamtzahl der versicherungspflichtig Beschäftigten vertreten wären (Männer 60%, Frauen 40%), so ergibt sich, daß zwei Drittel der Männer und drei Viertel der Frauen einen Beruf mit geschlechtsspezifisch stark differenziertem Strukturanteil ausüben (vgl. *Tabelle 5*).

Die Gründe für das Fehlen bzw. die Konzentration von Frauen in den einzelnen Berufsabschnitten und damit der Teilung des Arbeitsmarktes, die ja bisher eine erhebliche Verengung der Berufsmöglichkeiten für die Frauen darstellten, sind sicherlich vielschichtig. So ist auf Schutzvorschriften hinzuweisen, die der Beschäftigung von Frauen teilweise hemmend entgegenstehen. Hierzu gehören Arbeitszeitregelungen sowie das Arbeitsverbot in besonders belastenden Wirtschaftszweigen. Außerdem dürften auch gewisse Vorbehalte der Gesellschaft gegenüber der Beschäftigung von Frauen in sogenannten Männerberufen bestehen. Allerdings zeichnet sich hier ein langsamer Wandel ab, wie die starke Zunahme der Frauen und Mädchen in den gewerblichen Ausbildungsberufen signalisiert.

Umfang der Frauenerwerbsarbeit

Die Beteiligung der Frau am Erwerbsleben ist von verschiedenen Faktoren abhängig. Während die Situation der Männer im allgemeinen dadurch gekennzeichnet ist, daß auf die Ausbildungsphase die Erwerbs- und dann die Ruhestandsphase folgt, steht die überwiegende Mehrzahl der Frauen auf

einigen Stationen des Lebens vor der Wahl, eine Erwerbsarbeit aufzunehmen oder auf die Beteiligung am Erwerbsleben zu verzichten. Diese Entscheidungen führen zu unterschiedlichen Erwerbsbiographien bei Frauen und Männern, was sich selbstverständlich auch in der jeweiligen Tätigkeitsquote widerspiegelt, einer Relation, die die Erwerbstätigen in Prozent der Wohnbevölkerung ausdrückt. So waren im Frühjahr 1980 von den 4,45 Mill. Männern 2,57 Mill. oder 58% erwerbstätig, während an den 4,78 Mill. Frauen 1,68 Mill. oder 35% einer Erwerbsarbeit nachgingen.

Die Erwerbsbeteiligung der Männer ist in allen Altersgruppen höher als diejenige der Frauen. Sie steigt von 45% bei den 15 bis unter 20jährigen auf 97% bei den 35 bis unter 40jährigen, hält dieses hohe Niveau über einige Altersgruppen und sinkt dann bei den 50 bis unter 55jährigen langsam ab auf 94%, auf 83% bei den 55 bis unter 60jährigen und auf 51% bei den 60 bis unter 65jährigen. Auch von den Männern mit 65 und mehr Jahren üben noch 10% eine Erwerbstätigkeit aus.

Der Verlauf der altersspezifischen Erwerbstätigkeit der Frauen unterscheidet sich davon sehr stark. Während die Tätigkeitsquote in der Eingangsgruppe zum erwerbsfähigen Alter 40% beträgt, dann auf 72% bei den 20 bis unter 25jährigen Frauen steigt, sinkt die Erwerbsbeteiligung danach – infolge der Übernahme familiärer Pflichten – ab auf 59% bei den 30 bis unter 35jährigen Frauen. Dieser Stand wird in etwa gehalten bis zu den Frauen der Altersgruppe 45 bis unter 50 Jahren. Parallel zum Absinken der Erwerbsbeteiligung der Männer geht dann auch die Tätigkeitsquote der Frauen von Altersgruppe zu Altersgruppe zurück.

Tabelle 6

Alterspezifischer Erwerbsabstand von Frauen und Männern

| Alter von ... bis unter ... Jahren | Tätigkeitsquote 1972 | | Tätigkeitsquote 1980 | | Erwerbsabstand | |
|---------------------------------------|-------------------------|---------------|-------------------------|--------|----------------|------|
| | Männer | Frauen | Männer | Frauen | 1972 | 1980 |
| | Sp. 1 – Sp. 2 | Sp. 3 – Sp. 4 | | | | |
| % | | | | | | |
| | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 |
| 15 – 20 | 60,6 | 58,9 | 44,8 | 39,6 | 1,7 | 5,2 |
| 20 – 25 | 82,4 | 71,6 | 80,4 | 71,5 | 10,8 | 8,9 |
| 25 – 30 | 92,2 | 57,8 | 86,4 | 63,9 | 34,4 | 22,5 |
| 30 – 35 | 98,0 | 53,6 | 95,0 | 59,3 | 44,4 | 35,7 |
| 35 – 40 | 98,5 | 54,6 | 97,3 | 60,0 | 43,9 | 37,3 |
| 40 – 45 | 98,7 | 57,0 | 97,5 | 61,4 | 41,7 | 36,1 |
| 45 – 50 | 97,3 | 57,0 | 96,3 | 59,4 | 40,3 | 36,9 |
| 50 – 55 | 95,0 | 54,0 | 94,1 | 54,0 | 41,0 | 40,1 |
| 55 – 60 | 89,4 | 43,3 | 83,3 | 45,1 | 46,1 | 38,2 |
| 60 – 65 | 75,8 | 21,3 | 51,1 | 14,8 | 54,5 | 36,3 |
| 65 und mehr | 19,8 | 8,2 | 9,5 | 3,8 | 11,6 | 5,7 |
| Insgesamt | 59,4 | 34,4 | 57,8 | 35,2 | 25,0 | 22,6 |

Hinter diesen globalen Zahlen verbergen sich aber Wandlungen von struktureller Qualität. Berechnet man nämlich die Differenz zwischen der Tätigkeitsquote der Männer und derjenigen der Frauen, dann zeigt sich, daß sich der so berechnete Erwerbsabstand seit 1972 – mit Ausnahme der Altersgruppen der 15 bis unter 20jährigen – teilweise deutlich verkürzt hat (vgl. *Tabelle 6*).

Die Sonderentwicklung bei den Frauen der Altersgruppe von 15 bis unter 20 Jahren – hier hat sich der Erwerbsabstand zwischen den Geschlechtern vergrößert – ist wohl darauf zurückzuführen, daß sich die Mädchen generell häufiger zu weiterführender schulischer Ausbildung hingewendet haben. Als Folge ging dann die Tätigkeitsquote der Frauen dieser Altersgruppe relativ stärker zurück als diejenige der Männer, wo ebenfalls eine verstärkte Hinwendung zur weiterführenden Ausbildung zu beobachten ist. Der häufigere Besuch weiterführender Schulen des allgemeinen und beruflichen Ausbildungssystems dürfte sich auch noch bei den Frauen der Altersgruppe 20 bis unter 25 Jahren ausgewirkt haben. Zwar hat sich hier im Beobachtungszeitraum der Erwerbsabstand zwischen Frauen und Männern vermindert, aber mit 1,9 Prozentpunkten doch deutlich weniger als bei den folgenden Altersgruppen. Beginnend mit 11,9 Prozentpunkten bei den 25 bis unter 30jährigen Frauen verringert sich dann der Erwerbsabstand von Altersgruppe zu Altersgruppe immer weniger bis hin zu den 45 bis unter 50 Jahre alten Frauen. In den folgenden Altersgruppen wird dann die Entwicklung durch Eigengesetzlichkeiten bestimmt, die wohl im wesentlichen durch Kriegsfolgen und durch die Möglichkeit, die flexible Altersgrenze in Anspruch zu nehmen, gekennzeichnet sind. Zusammenfassend kann also festgestellt werden, daß sich das Erwerbsverhalten der Frauen demjenigen der Männer angeglichen hat und zwar das der jüngeren Frauen stärker als das der älteren.

Erwerbsverhalten durch Ausbildung beeinflusst

Der Bildungsstand beeinflusst das Erwerbsverhalten der Frauen in der Art, daß mit höherem allgemeinem bzw. beruflichem Ausbildungsabschluß auch die Erwerbsbeteiligung steigt. Bessere schulische und berufliche Ausbildung verspricht größere Möglichkeiten im Beruf und gibt damit häufig den Ausschlag zur Aufnahme bzw. Wiederaufnahme einer außerfamiliären Betätigung der Frau.

Allerdings war für nahezu drei Viertel der erwerbstätigen Frauen die Grund- und Hauptschule die einzige allgemeine Ausbildungsstätte. Nur 19% hatten die Mittlere Reife erreicht oder verfügten über einen Realschulabschluß und nur 7% konnten einen Hochschul- oder Fachhochschulabschluß vorweisen. Die Unterscheidung nach dem Alter führt dann

aber zu einer deutlichen Strukturierung dieser Daten. So zeigt sich, daß die Hälfte der erwerbstätigen Frauen mit höherwertigem Bildungsabschluß unter 30 Jahre alt sind. Da der Anteil der erwerbstätigen Frauen unter 30 Jahren nur 35% beträgt, weisen diese Daten aus, in welchem starken Maße sich die allgemeine schulische Vorbildung der jüngeren erwerbstätigen Frauen gegenüber der vorangegangenen Generation verbessert hat. Im Bereich der beruflichen Ausbildung zeigt sich ebenfalls, daß die jüngeren erwerbstätigen Frauen eine erheblich bessere berufsvorbereitende Qualifikation gewonnen haben, als ihre Kolleginnen über Dreißig. So hat zwar annähernd die Hälfte der erwerbstätigen Frauen keinen beruflichen Ausbildungsabschluß, jedoch beträgt der Anteil der unter 30jährigen Frauen daran nur wenig mehr als ein Viertel. Demgegenüber sind fast die Hälfte der Frauen, die eine Lehr- oder Anlernausbildung besitzen unter 30 Jahre alt. Über den Abschluß eines beruflichen Praktikums oder als Meisterin oder Techniker verfügen jeweils 3%, wobei sich auch hier die deutlich verbesserte Ausbildungssituation der jüngeren Frauen zeigt. Insbesondere überrascht, daß selbst beim Abschluß einer Fachhochschule bzw. beim Vorliegen eines Hochschulabschlusses der Anteil der jüngeren erwerbstätigen Frauen mit 39% höher als der Anteil dieser Frauen an den erwerbstätigen Frauen insgesamt liegt; reicht doch die Ausbildungszeit bei hochqualifizierten Abschlüssen bis an das 30. Lebensjahr heran.

Es ist nun zu erkennen, wie oben bereits erwähnt, daß die Frauen von der verbesserten Ausbildung auch Gebrauch machen (vgl. *Schaubild 5*). So kann generell festgestellt werden, daß mit wachsender schulischer und beruflicher Ausbildungsqualifikation sich auch die Tätigkeitsquote erhöht. So beträgt die Tätigkeitsquote der jüngeren Frauen, welche die Volks- bzw. die Hauptschule besucht haben, 65%. Bei den Frauen mit Mittlerer Reife bzw. Realschulabschluß steigt sie auf 71%. Nur bei den Frauen, die zwar Abitur gemacht, aber kein Studium absolviert haben, erreicht die Tätigkeitsquote mit 49% allerdings nicht einmal ganz das Niveau der Frauen mit Volks- und Hauptschulabschluß.

Die Tendenz bei den beruflichen Ausbildungsabschlüssen entspricht ganz derjenigen bei den allgemeinen: Je besser die berufliche Basisqualifikation der Frauen und Mädchen, desto größer der Wunsch, das Erlernte auch anzuwenden. Entsprechend beträgt die Tätigkeitsquote der Frauen ohne Abschluß einer beruflichen Ausbildung nur 38%, während bei Vorliegen einer Lehr- oder Anlernausbildung bereits 56% der entsprechenden Frauengruppe im Erwerbsleben stehen. Bei beruflichem Praktikum (58%), Meister- bzw. Technikerabschluß (59%), Fachhochschul- bzw. Ingenieurschulabschluß (60%) steigt die Erwerbsbeteiligung schritt-

weise an, um bei den Frauen mit Ausbildung an einer Hochschule schließlich 74% zu erreichen. Dabei ist auffallend, daß insbesondere die sehr hohen Erwerbstätigkeitsquoten der Frauen mit einem Hochschulabschluß in allen Altersgruppen auftreten. Inwieweit hier die Freude am Beruf, die Bezahlung oder günstigere familiäre Voraussetzungen eine Rolle spielen, kann aufgrund des vorliegenden Datenmaterials nicht erschöpfend geprüft werden.

Allerdings zeigen Ergebnisse einer Motivbefragung zur beruflichen Mobilität der Frauen, daß „Freude am Beruf“ als Grund für die Wiederaufnahme einer beruflichen Tätigkeit nur bei Frauen mit einer Hochschulausbildung ins Gewicht fällt. Deshalb ist auch die Erwerbsbeteiligung der älteren Frauen mit Hochschulabschluß noch recht hoch. Sie lag erheblich über den vergleichbaren Tätigkeitsquoten von Frauen mit einem weniger qualifizierten Berufsbildungsabschluß.

Da die besser ausgebildeten Frauen verstärkt in den jüngeren Jahrganggruppen auftreten, und sich auch der Erwerbsabstand zwischen Frauen und Männern in den jüngeren Altersgruppen stärker verkürzt hat als bei den älteren, ist die Vermutung begründet, daß zwischen der altersgruppenabhängigen Verminderung des Erwerbsabstandes einerseits und der Verbesserung der Ausbildung der entsprechenden Altersgruppen ein enger Zusammenhang besteht.

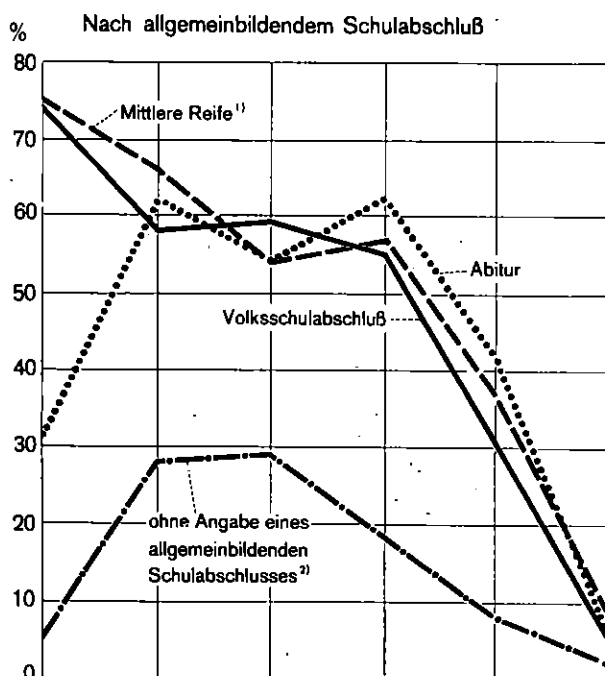
Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen

Aus der Erwerbstätigkeit der verheirateten Frauen ergeben sich familiensoziologische Fragen, Bezüge zur Rolle der Frau in der Gesellschaft, zur Einkommenssituation der Familien sowie zur Zahl und Betreuung der Kinder. Neben den alters- und bildungsspezifischen Einflüssen auf das Erwerbsverhalten der Frauen müssen deshalb vor allem auch die Wirkungen auf das Erwerbsverhalten beachtet werden, die durch Heirat und Mutterschaft induziert werden. So gaben – nach den Ergebnissen der o.g. Untersuchung zur beruflichen Mobilität der Frauen in Baden-Württemberg – von den Frauen, die eine erste Erwerbstätigkeit beendet hatten, 31% an, dies wegen der Heirat getan zu haben, 29% wegen einer Niederkunft und 9% wegen der Kinderbetreuung. 69% aller Frauen, die einen ersten Abschnitt ihrer Erwerbsphase beendet hatten, gaben also an, daß dafür familiäre Gründe ausschlaggebend waren, während auf andere Gründe zusammen nur 31% der Nennungen fielen. Die überragende Bedeutung der familienbildenden Ereignisse für das Erwerbsverhalten der Frauen wird hierdurch unterstrichen.

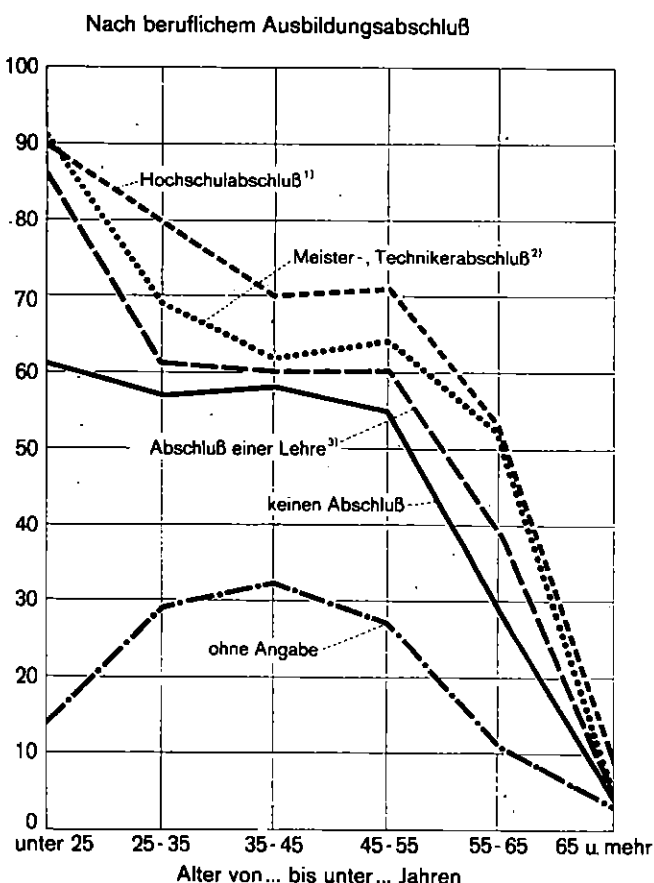
Entsprechend überrascht es nicht, daß die familienstandsspezifischen Tätigkeitsquoten der Frauen von 15 und mehr Jahren sehr unterschiedlich sind.

Schaubild 5

Tätigkeitsquoten der Frauen nach Alter sowie schulischer und beruflicher Ausbildung im April 1978



- 1) Einschließlich gleichwertigem Abschluß.
2) Einschließlich ohne Abschluß.



- 1) Einschließlich Fachhochschulabschluß (auch Ingenieurschulabschluß).
2) Einschließlich gleichwertigem Fachschulabschluß.
3) Einschließlich Anlernausbildung und gleichwertigem Berufsfachschulabschluß sowie beruflichem Praktikum.

55% der ledigen Frauen, 46% der verheirateten, 12% der verwitweten und 65% der geschiedenen Frauen von 15 und mehr Jahren stehen im Berufsleben.

Aufschlußreiche Erkenntnisse ergeben sich, wenn zusätzlich noch die Zahl und das Alter der Kinder in die Betrachtung einbezogen werden. So ist jede zweite Mutter, deren im Haushalt lebende Kinder unter 18 Jahren sind, berufstätig. Besonders hoch liegt der Anteil der erwerbstätigen Mütter bei den alleinerziehenden Frauen. 82% der geschiedenen Mütter, 79% der ledigen und 54% der verwitweten Mütter sind berufstätig. Aber auch von den verheirateten Frauen mit Kindern sind 49% erwerbstätig.

Besonders hoch ist die Erwerbsbeteiligung dann, wenn nur 1 Kind unter 18 Jahre zum Haushalt gehört. Bei den geschiedenen Frauen sind dann 89%, bei den ledigen 85% und bei den verwitweten 55% berufstätig. Die relativ niedrige Tätigkeitsquote der Verwitweten weist darauf hin, daß sich hier die finanzielle Absicherung in aller Regel auskömmlicher gestalten dürfte.

Bei den Familienmüttern läßt sich nun feststellen, daß erst mit wachsender Kinderzahl die Erwerbsneigung zurückgeht. Entsprechend sind von den verheirateten Müttern mit einem Kind 55% erwerbstätig, bei zwei Kindern 45%, bei drei Kindern 44% und bei vier und mehr Kindern 37% (vgl. *Tabelle 4*). Es bleibt aber festzustellen, daß die Erwerbstätigkeit von Müttern in allen Altersgruppen – außer bei den über 55jährigen, einer Frauengeneration, die noch stark durch Kriegsfolgen und damit Sonderentwicklungen geprägt ist – deutlich niedriger liegt als bei den Frauen ohne Kinder.

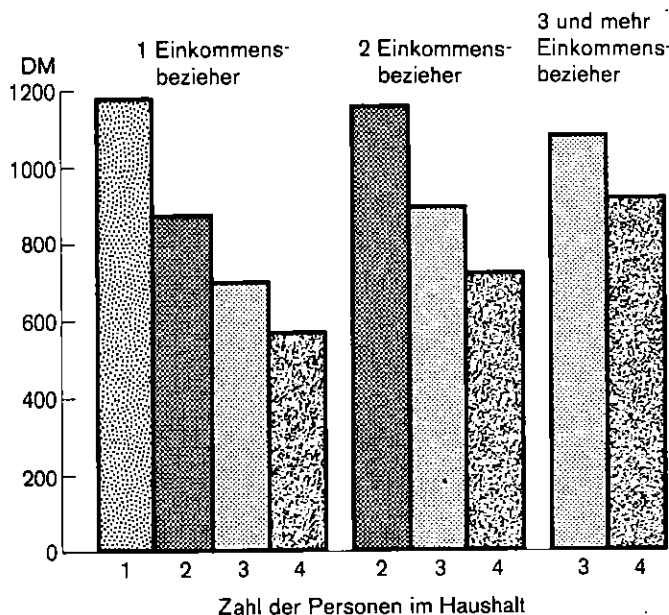
Die Berufstätigkeit der Mütter mit Kindern erreicht bei den 35 bis unter 45jährigen Frauen mit 56% ihren Höhepunkt. Offensichtlich ist das Kind bzw. die Kinder, dann auch so alt, daß den Frauen Raum gegeben ist, erforderlichenfalls ins Erwerbsleben zurückzukehren. Dieser Wunsch nach einer Rückkehr in den Beruf wird überwiegend (65%) finanziell begründet. So liegt die Frage nahe, welche Faktoren die Finanzsituation in den Familien so beeinflussen, daß die Frauen gezwungen sind, ihre Zeit auf die Arbeit in Haushalt und Beruf aufzuteilen.

Um Anhaltspunkte zur Beantwortung dieser Frage zu gewinnen, muß zunächst darauf hingewiesen werden, daß für die Beurteilung der Einkommenslage vor allem junger Familien mit Kindern davon auszugehen ist, daß eine Orientierung an einem hohen Lebensstandard vorherrscht.

Dieser ist in der Regel an zwei Einkommen in der Ehe gebunden, wie sie, solange noch kein Kind da ist, in der Regel auch vorhanden sein dürften. Scheidet dann die junge Mutter aus dem Erwerbs-

Schaubild 6

Durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen nach Haushaltsgröße und Zahl der Einkommensbezieher



176 81

leben aus, so entsteht zunächst ein finanzieller Mehraufwand durch das Kind. Zudem wird die Einkommenssituation von zwei Faktoren beeinträchtigt: zum einen ist mit der Mutterschaft zunächst überwiegend ein Verzicht auf die Erwerbsbeteiligung und damit auf ein Einkommen verbunden, zum anderen hat aber auch der Familienvorstand in diesen jungen Jahren noch nicht das Maximum seiner Verdienstmöglichkeiten erreicht.

Beide Hinweise lassen sich durch Zahlen untermauern. So kann als Ergebnis einer Sonderauswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1978 festgehalten werden, daß die Einkommen pro Haushaltsmitglied mit zunehmender Haushaltsgröße sinken. Während ein Einpersonenhaushalt im Durchschnitt über 1184,- verfügen kann, sinkt das Pro-Kopf-Einkommen eines Zweipersonenhaushalts auf DM 1026,-, eines Dreipersonenhaushalts auf DM 814,- und dasjenige eines Vierpersonenhaushalts auf DM 658,-. Wenn die Mehrpersonenhaushalte zusätzlich nach der Zahl der Einkommensbezieher untergliedert werden, fällt das Pro-Kopf-Einkommen bei den Haushalten mit nur einem Einkommensbezieher sehr schnell ab. Es erreicht bei den Vierpersonenhaushalten – nur noch etwa die Hälfte des durchschnittlichen Nettoeinkommens eines Einpersonenhaushalts (vgl. *Schaubild 6*).

Die finanzielle Lage der Mehrpersonenhaushalte stellt sich erst dann wieder etwas günstiger dar, wenn im Haushalt mehr als ein Einkommensbezie-

her vorhanden ist – und dies setzt in aller Regel voraus, daß die Ehefrau mitarbeitet. Hieraus ergibt sich aber, daß Leistungen des Familienlastenausgleichs die Faktoren, die bei mehreren Kindern in der Familie zu Verminderungen des Pro-Kopf-Einkommens führen, nicht aufwiegen.

Vielleicht würde der dauernde oder zeitweise Verzicht auf eine Erwerbstätigkeit vielen Müttern dann leichter fallen, wenn zumindest die Einkommen der Väter am Familienzyklus orientiert wären. Voraussetzung hierzu wäre aber, daß in den ersten Ehejahren, in denen die Kinder geboren werden, und in denen sie eine feste Bezugsperson zur Betreuung brauchen, wo aber auch erhebliche Aufwendungen für die Einrichtung des Haushalts anfallen, die Einkommen der Männer zumindest nicht niedriger sind als in den späteren Ehejahren. Allerdings weisen die Daten über die Struktur der Nettoeinkommen der Familienvorstände ein anderes Bild aus. Es zeigt sich nämlich, daß Ehepaare mit Kindern zunächst mit wachsendem Alter des Familienvorstandes in relativ steigenden Nettoeinkommensklassen des Haushaltsvorstandes hineinwachsen. So verdienen 79% der Familienvorstände im Alter bis zu 25 Jahren weniger als DM 1800,- netto im Monat. Dieser Anteil fällt bei den 25 bis unter 35jährigen auf 50% in der folgenden Altersgruppe auf 40%. Erst in den Altersgruppen ab dem 45. Lebensjahr nimmt der Anteil der Familienvorstände von Ehen mit Kindern, die überwiegend weniger als DM 1800,- netto im Monat verfügen können, wieder zu.

Diese Erkenntnis ergibt sich auch, wenn man zunächst von den verheirateten Frauen ausgeht, wobei die Datensituation eine Beschränkung auf die deutschen Ehefrauen nahelegt, und dieses Datenmaterial sowohl nach der Ehedauer, der Zahl der ledigen Kinder in der Familie, als auch nach dem Nettoeinkommen des Familienvorstandes untergliedert. Dabei ergibt sich, daß die Einkommen der Familienvorstände mit einer Ehedauer von bis zu 6 Jahren – also die jungen Ehen – zu 60% unter DM 1800,- netto im Monat betragen. Demgegenüber liegt das Nettoeinkommen aller Ehemänner deutscher Frauen zu 53% unter DM 1800,- im Monat. Auch hieraus ergibt sich, daß die Nettoeinkommen der Ehemänner nicht mit dem Familienzyklus synchron verlaufen (vgl. *Tabelle 7*).

Eine umfassende Würdigung dieses Tatbestandes gelingt dabei erst, wenn man – über die bloße Bedarfsdeckung hinaus – auch die gesellschaftspolitische Dimension des Einkommens, das ja sowohl Lebensstandard als auch Lebensstil der Menschen entscheidend bestimmt, weil es die wirtschaftlichen Voraussetzungen für individuelle Entscheidungsspielräume darstellt, erkennt. Die Maßnahmen der Landesregierung zur Stärkung der Familie erhalten hier ihre Berechtigung. Gerade durch die-

se Maßnahmen kann die Entscheidungsfreiheit vieler Mütter bei der Wahl zwischen Erwerbstätigkeit und Ausscheiden aus dem Erwerbsleben zugunsten der Kinder vergrößert werden.

Teilzeitarbeit der Mütter

Es hat sich also gezeigt, daß der finanzielle Spielraum der jungen Ehen – soweit er sich ausschließlich aus dem Einkommen des Familienvaters herleitet – häufiger als bei älteren Ehen recht eng ist – gerade wenn auch der Aspekt der Familiengründung mit seinen finanziellen Folgewirkungen in die Betrachtung einbezogen wird. Erschwert wird die Lage der jungen Ehen – 12% der deutschen verheirateten Frauen sind bis zu 6 Jahren verheiratet – auch dadurch, daß hier die Kinder noch klein sind und infolgedessen im besonderen Maße der Fürsorge der Mutter bedürfen, was in den älteren Ehen mit größeren Kindern nicht mehr im selben Umfang der Fall ist.

Ein Ausweg aus diesem Dilemma wird häufig dadurch gesehen, daß die Mütter eine Teilzeitarbeit annehmen, um einerseits die Haushaltskasse durch einen eigenen Beitrag aufbessern und andererseits dennoch die Familienaufgaben umfassend wahrnehmen zu können.

So überrascht es nicht, daß von der Möglichkeit der Teilzeitarbeit zunehmend Gebrauch gemacht wird. Während noch 1972 von den erwerbstätigen Müttern mit betreuungsbedürftigen Kindern unter 6 Jahren 24% eine Teilzeitarbeit von bis zu 20 Wochenstunden ausübten, erhöhte sich dieser Anteil bis zum Jahr 1980 auf 29%. Allerdings ging der Anteil der Frauen mit Kindern unter 6 Jahren bei einer Wochenarbeitszeit von 21 bis 39 Stunden von 23% auf 14% zurück und der Anteil der Frauen, die normalerweise 40 und mehr Stunden in der Woche arbeiten, erhöhte sich von 53 auf 56%. Bei erwerbstätigen Frauen mit Kindern unter 15 Jahren bzw. unter 18 Jahren verläuft die Entwicklung ähnlich (vgl. *Tabelle 8*). Dabei ist noch nachzutragen, daß Mütter mit einem Kind eher mehr als 30 Wochenstunden und Frauen mit zwei und mehr Kindern eher weniger als 30 Stunden in der Woche arbeiten.

Darüber hinaus besteht generell ein Zusammenhang zwischen dem Einkommen des Familienvorstandes und der Erwerbsbeteiligung der Frau einerseits sowie dem Umfang der Erwerbstätigkeit der Ehefrau andererseits. So kann einerseits festgestellt werden, daß die Erwerbsbereitschaft der Ehefrau mit zunehmendem Einkommen des Ehemannes abnimmt, wobei diese Tendenz umso ausgeprägter ist, je mehr Kinder in der Familie leben. Ist ein Kind in der Familie, dann sind 61% der Ehefrauen, deren Männer DM 2500,- und mehr netto im Monat verdienen, nicht erwerbstätig. Bei Familien mit vier

Tabelle 7

Verheiratete deutsche Frauen im April 1979 nach Beteiligung am Erwerbsleben, Nettoeinkommen des Ehemannes im März 1979 und Anzahl der Kinder

| Beteiligung am Erwerbsleben | Insgesamt | Davon mit Nettoeinkommen des Ehemannes von . . . bis unter . . . DM | | | | | |
|-----------------------------|-----------|---|----------------|----------------|-------------------|---|----------------|
| | | unter 1 200 | 1 200 1 800 | 1 800 2 500 | 2 500 und mehr | selbständige Landwirte und mithelfende Familien- angehörige | ohne Angabe |
| 1 000 | | | | | | | |
| Insgesamt | | | | | | | |
| 30 Stunden und mehr | 530,0 | 66,1 | 212,7 | 118,3 | 70,4 | 45,1 | 17,4 |
| Unter 30 Stunden | 345,9 | 25,9 | 130,2 | 101,1 | 71,4 | (8,6) | (8,7) |
| Nicht erwerbstätig | 1 158,7 | 194,1 | 388,8 | 301,7 | 238,5 | (.) | 30,7 |
| Insgesamt | 2 034,6 | 286,1 | 731,7 | 521,1 | 380,3 | 58,6 | 56,8 |
| ohne Kinder | | | | | | | |
| 30 Stunden und mehr | 223,3 | 33,6 | 101,4 | 49,6 | 23,8 | (7,1) | (7,8) |
| Unter 30 Stunden | 64,1 | 10,0 | 22,8 | 14,5 | 12,3 | (.) | (.) |
| Nicht erwerbstätig | 464,9 | 140,3 | 169,3 | 84,9 | 56,0 | (.) | 12,7 |
| Zusammen | 752,3 | 183,9 | 293,5 | 149,0 | 92,1 | 11,4 | 22,4 |
| mit 1 Kind | | | | | | | |
| 30 Stunden und mehr | 134,5 | 16,6 | 58,5 | 30,0 | 17,6 | (8,2) | (.) |
| Unter 30 Stunden | 103,8 | (6,5) | 40,9 | 33,9 | 19,0 | (.) | (.) |
| Nicht erwerbstätig | 262,4 | 30,0 | 94,2 | 73,6 | 56,6 | (.) | (7,4) |
| Zusammen | 500,7 | 53,1 | 193,6 | 137,5 | 93,2 | 10,5 | 12,8 |
| mit 2 Kindern | | | | | | | |
| 30 Stunden und mehr | 105,6 | 10,4 | 31,6 | 26,5 | 19,8 | 13,2 | (.) |
| Unter 30 Stunden | 116,9 | (5,6) | 42,1 | 36,0 | 28,0 | (.) | (.) |
| Nicht erwerbstätig | 270,2 | 14,2 | 78,6 | 87,9 | 82,0 | (.) | (6,0) |
| Zusammen | 492,7 | 30,2 | 152,3 | 150,4 | 129,8 | 16,9 | 13,1 |
| mit 3 Kindern | | | | | | | |
| 30 Stunden und mehr | 43,7 | (.) | 14,1 | (8,4) | (6,3) | (9,7) | (.) |
| Unter 30 Stunden | 43,1 | (.) | 16,6 | 12,0 | 10,0 | (.) | (.) |
| Nicht erwerbstätig | 111,5 | (6,4) | 30,9 | 38,1 | 32,4 | (.) | (.) |
| Zusammen | 198,3 | 12,2 | 61,6 | 58,5 | 48,7 | 11,8 | (5,5) |
| mit 4 und mehr Kindern | | | | | | | |
| 30 Stunden und mehr | 22,9 | (.) | (7,1) | (.) | (.) | (6,9) | (.) |
| Unter 30 Stunden | 18,0 | (.) | (7,8) | (.) | (.) | (.) | (.) |
| Nicht erwerbstätig | 49,7 | (.) | 15,8 | 17,2 | 11,5 | (.) | (.) |
| Zusammen | 90,6 | (6,7) | 30,7 | 25,7 | 16,5 | (8,0) | (.) |

und mehr Kindern demgegenüber 70%. Andererseits besteht bei den erwerbstätigen Frauen dann eine Präferenz für Teilzeitarbeit, wenn entweder die Familie kinderreich ist oder der Familienvorstand ein auskömmliches Einkommen verdient.

Kinderbetreuung

Sind Frauen mit Kindern berufstätig, dann entsteht das Problem, während der Abwesenheit der Mütter von zu Hause die Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder zu gewährleisten. Dies ist einmal möglich im Familien- bzw. Haushaltsverbund, zum anderen durch familien- bzw. haushaltsfremde Personen und/oder Institutionen. Da über die Betreuung von Kindern mit Hilfe der amtlichen Statistik derzeit keine direkten Aussagen gemacht werden können

– die letzte Erhebung zu diesem Themenbereich fand im Juli 1969 statt –, soll nun versucht werden, über Hilfsgrößen diesen Problemzusammenhang näherungsweise aufzuhellen.

Bei einer solchen Vorgehensweise ist einmal festzustellen, daß die Zahl der Dreigenerationenhaushalte sowie der Mehrfamilienhaushalte seit Anfang der siebziger Jahre kontinuierlich sinkt, so daß zu folgern ist, daß heute weniger häufig Großeltern oder andere im Haushalt lebende Personen für die Betreuung der Kinder erwerbstätiger Mütter zur Verfügung stehen als dies noch in früheren Jahren der Fall war. Bei der beobachteten leichten Zunahme der Erwerbstätigenquote von Frauen mit Kindern, ist dieses entstandene familiäre bzw. haushaltsinterne Betreuungsdefizit nur durch ein ent-

Tabelle 8

Frauen mit Kindern ausgewählter Altersgruppen nach der Beteiligung am Erwerbsleben

| Bezeichnung | Frauen insgesamt | Davon | | | | Erwerbstätige Frauen nach der wöchentlichen normalerweise geleisteten Arbeitszeit | | |
|--|---------------------|-------------------------|----------------|---------------|----------------|--|--------------------|------------------------|
| | | Nichterwerbs- tätige | | Erwerbstätige | | bis einschließlich 20 Stunden | 21 – 39 Stunden | 40 und mehr Stunden |
| | 1000 | 1000 | % von Sp. 1 | 1000 | % von Sp. 1 | % | | |
| 1972 | | | | | | | | |
| Frauen insgesamt | 3 587,4 | 1 983,3 | 55,3 | 1 604,1 | 44,7 | 15,9 | 14,3 | 69,8 |
| darunter Mütter mit Kindern unter 18 Jahren | 1 279,8 | 684,8 | 53,5 | 595,0 | 46,5 | 23,3 | 24,7 | 52,0 |
| darunter Mütter mit Kindern unter 15 Jahren | 1 156,7 | 627,9 | 54,3 | 528,8 | 45,7 | 24,0 | 24,7 | 51,3 |
| darunter Mütter mit Kindern unter 6 Jahren | 613,7 | 359,7 | 58,6 | 254,0 | 41,4 | 24,4 | 22,6 | 53,0 |
| 1980 | | | | | | | | |
| Frauen insgesamt | 3 881,4 | 2 200,3 | 56,7 | 1 681,1 | 43,3 | 17,3 | 13,7 | 69,0 |
| darunter Mütter mit Kindern unter 18 Jahren | 1 248,2 | 615,0 | 49,3 | 633,2 | 50,7 | 29,7 | 20,4 | 49,9 |
| darunter Mütter mit Kindern unter 15 Jahren | 1 061,8 | 540,4 | 50,9 | 521,4 | 49,1 | 30,7 | 19,6 | 49,7 |
| darunter Mütter mit Kindern unter 6 Jahren | 434,9 | 253,1 | 58,2 | 181,8 | 41,8 | 29,4 | 14,4 | 56,2 |

sprechendes Angebot außer Haus zu kompensieren. Einer umfassenden Untersuchung dieses wichtigen Bereichs der Kinderbetreuung sind allerdings von der Datenbasis her Grenzen gezogen. So ist es beispielsweise nicht möglich, Feststellungen über eine von den Eltern individuell organisierte Kinderaufsicht zu treffen. Aussagen über die von *privaten und öffentlichen* Trägern angebotenen Betreuungsplätze lassen sich hingegen machen.

Von 1972 bis 1979 stieg die Zahl der Plätze in Kinderkrippen und -horten leicht von 13337 auf 13397 an. Im gleichen Zeitraum fiel dagegen die Zahl der Kleinkinder bis unter 3 Jahren von 123398 auf 90915 ab, so daß rechnerisch 1979 auf 7 Kleinkinder ein Betreuungsplatz kam (1972: 9 Kleinkinder). Wie hoch der effektive Bedarf an Plätzen für Kleinkinder ist, läßt sich nicht feststellen, im Einzelfall dürfte er jedoch von der Erwerbstätigkeit der Mutter abhängen.

Besser noch stellt sich die Situation für Kinder im

Alter zwischen 3 bis unter 7 Jahren dar. Im Beobachtungszeitraum sank die Zahl der Kinder, die auf einen Kindergartenplatz entfallen, deutlich von 1,9 im Jahre 1972 auf 1,3 im Jahre 1979. Damit kann davon ausgegangen werden, daß heute – auf das gesamte Land bezogen – das Angebot an und die Nachfrage nach Kindergartenplätzen praktisch ausgeglichen ist. Über mögliche qualitative und/oder regionale Disparitäten ist damit jedoch nichts ausgesagt.

Eine weitere Relation – die Kindergartenbesuchsquote – gibt an, wie groß der Anteil solcher Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren an allen Kindern dieser Altersgruppe ist, die einen Kindergarten besuchen. Die im Zeitverlauf deutlich zunehmende Kindergartenbesuchsquote – im Jahre 1972 besuchten 54% aller Kinder dieser Altersgruppe einen Kindergarten, 1979 aber 70% – zeigt, daß das Angebot an Betreuungsplätzen in den letzten Jahren verstärkt genutzt wird.

Zusammenfassung

- In Baden-Württemberg leben rund 330000 mehr Frauen als Männer. Der Anteil der Frauen an der gesamten Wohnbevölkerung (9,26 Mill.) beträgt damit rund 52%.
- Fast die Hälfte (46%) der weiblichen Bevölkerung des Landes ist verheiratet, 37% aller Frauen sind ledig, 14% sind verwitwet und 3% sind geschieden.
- Fast 69% aller Familien in Baden-Württemberg bestanden aus Ehepaaren; mehr als 60% dieser Ehepaare hatten Kinder.
- Sieht man die Familientypen im Zeitvergleich, so stellt man eine überproportionale zahlenmäßige Zunahme bei Ehepaaren ohne Kinder fest, wohingegen die Zahl der Ehepaare mit Kindern rückläufig ist.
- Die zahlenmäßige Zunahme bei den Ehepaaren ohne Kinder ist primär dem gegenwärtigen Altersaufbau der Bevölkerung zuzurechnen, der Rückgang bei den Ehepaaren mit Kindern resultiert aus der rückläufigen Geburtenentwicklung in den siebziger Jahren.
- Im vergangenen Jahrzehnt ist bei steigendem durchschnittlichen Heiratsalter bei Frauen ein Rückgang der altersspezifischen Verheiratetenquote zu beobachten. Diese Entwicklungslinien lassen möglicherweise auf einen Einstellungswandel bei einem Teil der Bevölkerung im Hinblick auf die Institution Ehe schließen.
- Die Tendenzwende bei der Zahl der Eheschließungen, die in der Mitte des Jahres 1979 einsetzt, ist unter anderem durch das Eintreten der geburtenstarken Jahrgänge in das heiratsfähige Alter zu erklären.
- Die seit den Sommermonaten des Jahres 1979 zu beobachtende ansteigende Zahl der Lebendgeborenen geht zwar mit einem Anstieg der Zahl der Frauen im gebärfähigen Alter einher, ist jedoch entscheidend auf einen Anstieg der Fruchtbarkeit zurückzuführen.
- Bei der Analyse der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern zeigt sich, daß die Zeitspanne, in der Frauen Kinder gebären, kontinuierlich enger wird, die Geburten sich also auf immer weniger Altersjahre der Mütter konzentrieren. Gleichzeitig ist festzustellen, daß das Fruchtbarkeitsmaximum sich langsam zu einem höheren Lebensalter der Mütter verschiebt.
- Unter Einbeziehung des steigenden durchschnittlichen Heiratsalters läßt sich deshalb folgern, daß viele Kleinkinder heute ältere Eltern haben.
- Zu den möglichen Ursachen dieser Tendenzen sind sicherlich die längeren Ausbildungszeiten, die höhere berufliche Qualifikation sowie der damit verknüpfte Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit seitens der Frauen zu rechnen.
- Die Zahl der Ehescheidungen hat bis zur Novellierung des Eherechts (1.7.1977) laufend zugenommen, sank dann abrupt, um in den Jahren 1979 und 1980 – nach einer kurzen Phase der Rechtsunsicherheit – wieder stark anzusteigen.
- Die Analyse ergibt, daß insbesondere junge Ehen einem relativ hohen Scheidungsrisiko unterliegen: fast 29% aller im Jahre 1979 geschiedenen Ehen hatten weniger als 5 Jahre angedauert. Andererseits steigt die Scheidungsrate aber auch nach längerer Ehedauer.
Außerdem zeigt sich, daß kinderlose Ehen oder Ehen mit nur 1 Kind weitaus häufiger vor dem Scheidungsrichter enden als kinderreiche Ehen. Allerdings nehmen die Scheidungen aber auch in den Ehen mit mehreren Kindern zu.
- Ganz allgemein ist zu beobachten, daß der Anteil von Wiederverheiratungen an den Heiraten insgesamt im Zeitverlauf zunimmt.
- Der Anteil der Frauen an den Erwerbstätigen steigt seit 1973 von 38% auf 40%. Die Frauen sind überwiegend in den Sektoren Verarbeitendes Gewerbe, Dienstleistungen, Handel sowie Land- und Forstwirtschaft beschäftigt.
- In der Land- und Forstwirtschaft, im Handel, bei den Kreditinstituten und im Versicherungsgewerbe, bei den Dienstleistungen, bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter und den privaten Haushalten waren jeweils mehr Frauen als Männer erwerbstätig.
- In der Vergangenheit vollzog sich ein Wandel im Sozialgefüge der Erwerbstätigen. Diese Veränderungen sind dadurch gekennzeichnet, daß der Anteil der Selbständigen und der mithelfenden Familienangehörigen an allen Erwerbstätigen rückläufig ist. Entsprechend hat sich der Anteil der Angestellten stark erhöht.
- Im Jahre 1980 gab es mehr weibliche als männliche Angestellte. 1972 war diese Geschlechterproportion noch ausgeglichen.
- Mädchen und Frauen dominieren in den kaufmännischen Ausbildungsberufen ganz eindeutig, daneben bemühen sie sich aber auch verstärkt, in gewerblichen Ausbildungsberufen und sogar in den sogenannten typischen Männerberufen eine Lehrstelle zu finden.
- Bei den Dienstleistungsberufen dominieren generell die Frauen. Vor allem in den allgemei-

nen Dienstleistungsberufen, im Gesundheitswesen, bei den Warenkaufleuten, den Organisations-, Verwaltungs- und Büroberufen sowie bei den Sozial- und Erziehungsberufen sind überdurchschnittlich viele Frauen beschäftigt.

- Die Erwerbsbeteiligung von Frauen liegt in allen Altersstufen unter der entsprechenden von Männern. Daneben nehmen in zeitlicher Betrachtung die Kurven der Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern einen grundlegend verschiedenen Verlauf.
- Berücksichtigt man die Entwicklung des Erwerbsabstandes – also die Differenz zwischen der Tätigkeitsquote der Männer und derjenigen der Frauen – dann ist festzustellen, daß sich das Erwerbsverhalten der Frauen demjenigen der Männer angeglichen hat.
- Mit höherem allgemeinem bzw. beruflichem Ausbildungsabschluß steigt die Erwerbsbeteiligung von Frauen.
- Der überwiegende Teil aller Frauen, die erstmals freiwillig aus dem Erwerbsleben ausschieden, begründeten diesen Schritt mit familiären Ursachen (Heirat, Niederkunft, Kinderbetreuung).
- Allerdings zeigt sich auch, daß jede zweite Mutter – mit im Haushalt lebenden Kindern unter 18 Jahren – berufstätig ist. Besonders hoch liegt der Anteil der erwerbstätigen Mütter bei den alleinstehenden Frauen.
- Die Erwerbsquote bei Müttern nimmt mit steigender Kinderzahl ab.
- Der finanzielle Spielraum – insbesondere in jungen Ehen – ist häufig recht eng. Einen möglichen Ausweg aus dieser finanziellen Klemme stellt eine Teilzeitbeschäftigung der Ehefrau und Mutter dar. Die Analyse zeigt, daß während des letzten Jahrzehnts von dieser Möglichkeit in zunehmendem Maße Gebrauch gemacht wird.
- Die Erwerbsbereitschaft der Ehefrau nimmt mit zunehmendem Einkommen des Ehemannes ab, und zwar um so ausgeprägter, je mehr Kinder im Haushalt leben. Eine Teilzeitarbeit wird dann präferiert, wenn entweder die Familie kinderreich ist oder der Ehemann ein ausreichendes Einkommen hat.
- Das Betreuungsangebot ist für Kinder im Alter zwischen 3 bis unter 7 Jahren besser als für Kinder unter 3 Jahren.
- Die im Zeitverlauf deutlich zunehmende Kindergartenbesuchsquote – also der Anteil der Kinder im Alter von 3 bis unter 7 Jahren, die einen Kindergarten besuchen – unterstreicht, daß das Angebot an Betreuungsplätzen verstärkt genutzt wird (1972: 54%, 1979: 70%).

1.2 Zur Situation der Ausländer

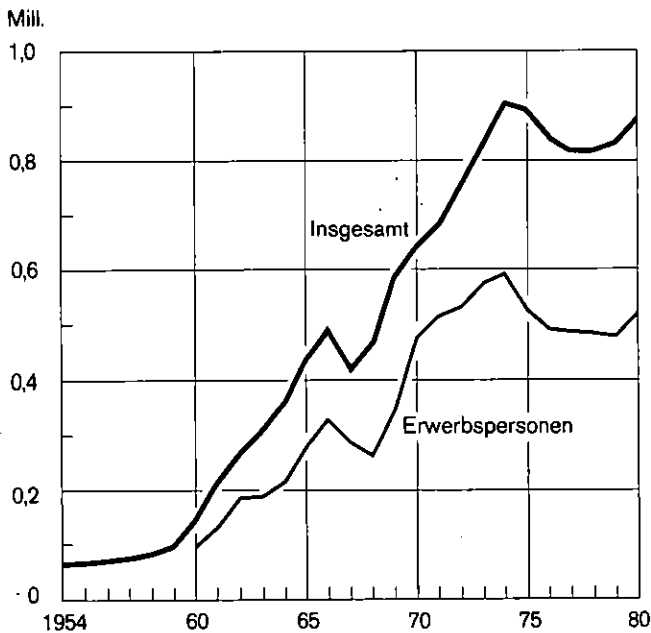
Die Rezession Mitte der siebziger Jahre hat keineswegs, wie man hätte erwarten können, zu einer verstärkten Abwanderung von Ausländern geführt, vielmehr blieben die hohen Zuwanderungen der früheren Jahre aus. Wie aus *Tabelle 4 im Anhang* hervorgeht, ging die Zahl der Fortzüge seit 1974 zurück, gleichzeitig verzeichneten die Zuzüge von 1973 bis 1975 einen sehr starken Einbruch, so daß deshalb bei den Ausländern per Saldo die Zahl der Abwanderungen höher war als die der Zuwanderungen. Die nach 1975 erfolgte Zuwanderung bestand dabei überwiegend aus Nichterwerbspersonen, so daß sich dieser Bevölkerungsteil auch durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht davon hat abhalten lassen, im Ausmaß der früheren Jahre ihre Familien ins Land nachzuziehen. Viele Ausländer sind nicht mehr oder nur noch eingeschränkt zur Rückkehr in ihre Heimat bereit. Neben dem arbeitsmarktpolitischen Aspekt der Ausländerbeschäftigung tritt damit zunehmend die gesellschaftspolitische Aufgabe der Integration. Der Ausländeranteil wird in Zukunft auch ohne weitere Zuwanderung allein durch das generative Verhalten der Ausländer weiter anwachsen. So dürfte, unter den Annahmen der vorausgehenden Bevölkerungsmodellrechnung, die Ausländerzahl in den Jahrzehnten zwischen 1980 und 1990 bzw. 1990 und 2000 ohne Zuwanderung um jeweils 150000 Personen zunehmen, so daß sich ihr Anteil an der Wohnbevölkerung von jetzt 10% auf 11,5% (1990) bzw. gut 13% (2000) erhöht.

Die damit verbundene steigende Zahl der Kinder und Jugendlichen zeigt eine der Hauptaufgaben der nächsten Jahre in diesem Bereich auf: Die Wahrung der Bildungs- und Berufschancen der „Zweiten Generation“. In Verbindung mit der voraussichtlich schwierigen Situation auf dem Arbeitsmarkt in den achtziger Jahren gilt es auch einer möglichen hohen Arbeitslosigkeit unter den ausländischen Jugendlichen vorzubeugen. Die Lösung dieser Probleme wird durch die Verdichtung der Ausländer in den Ballungsgebieten des Landes besonders schwierig. Die regionale Konzentration wirft weiterhin Probleme des Zusammenlebens und der besonderen Anforderungen an die Infrastruktur z. B. im Wohnungssektor auf. Die Integration als solche wird dabei unter kulturellem Aspekt nicht einfacher, da nach den Zuwanderungswellen der Italiener in den sechziger und der Jugoslawen zu Beginn der siebziger Jahre nun eine solche der Türken zu verzeichnen ist.

Nachfolgend werden die Entwicklungen in den siebziger Jahren herausgearbeitet, die einerseits integrative Vorgänge nachweisen, andererseits aber auch auf noch zu lösende Probleme hinweisen.

Schaubild 1

Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen



123 81

Wieder steigende Ausländerzahl – Türken stärkste Volksgruppe

Nachdem die in Baden-Württemberg ansässigen Ausländer 1973 mit 907700 Personen ihren bis dahin höchsten Stand erreicht hatten, brachte die Ende 1973 einsetzende rezessive Wirtschaftsentwicklung sowie der für Ausländer aus Nicht-EG-Ländern verhängte Anwerbestop eine Wende in der stürmisch verlaufenden Aufwärtsentwicklung. Durch erhebliche Wanderungsverluste in den

Jahren 1974 bis 1977 ging die Zahl der Ausländer nunmehr laufend zurück. In den Jahren 1976 und 1977 verharrte sie auf dem Tiefstand von 813000 Personen. Familiennachzüge und Geburtenüberschüsse, aber auch die erneute Zuwanderung von Erwerbstätigen als Folge der 1978 einsetzenden Konjunkturbelebung mit einhergehendem Abbau der Arbeitslosigkeit führten wieder zu einem Aufwärtstrend. Ende 1979 lebten bereits wieder 873400 Ausländer im Lande (+7,4% gegen 1977). Erstmals seit 1973 sind dabei wieder mehr Erwerbspersonen zu- als fortgezogen. Den mit erheblich größeren Anteil am Wanderungsüberschuß hatten jedoch die Nichterwerbspersonen. Obwohl sich die wirtschaftliche Entwicklung seit dem Frühsommer 1980 stetig abschwächte, stieg die Zahl der Ausländer weiter an und überschritt 1980 mit 926400 (+6,1% gegen 1979) den seitherigen Höchststand von 1973.

Über vier Fünftel der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer stammen aus den sechs früheren Hauptanwerbeländern (Italien, Jugoslawien, Griechenland, Türkei, Portugal, Spanien). Allerdings hat sich die nationale Struktur im zurückliegenden Jahrzehnt erheblich verschoben. Am stärksten wurde sie durch die zahlenmäßige Entwicklung der Türken beeinflusst. 1970 hatten diese mit einem Anteil an den Nicht-Deutschen von 13,2% weit hinter den Italienern und den Jugoslawen auf dem dritten Platz gelegen. Durch ihre überdurchschnittliche, vom Konjunkturverlauf kaum beeinflusste Zunahme wurden sie jedoch 1978 zur stärksten Ausländergruppe. 1980 machten die drei genannten Nationalitäten rund 70% der in Baden-Württemberg ansässigen Ausländer aus. Es folgen die Griechen, die Spanier und die Portugiesen. Die

Tabelle 1

Wohnbevölkerung und Ausländer

| Jahr ¹⁾ | Wohnbevölkerung insgesamt | Darunter Ausländer | Ausländerquote ²⁾ in % | Ausländische Männer | | |
|--------------------|---------------------------|--------------------|-----------------------------------|---------------------|------------------------------|-------------------------------------|
| | | | | Anzahl | in % der Ausländer insgesamt | in % der männlichen Wohnbevölkerung |
| 1970 | 8 953 607 | 680 085 | 7,6 | 415 102 | 61,0 | 9,6 |
| 1971 | 9 055 114 | 751 307 | 8,3 | 452 666 | 60,3 | 10,4 |
| 1972 | 9 154 152 | 827 738 | 9,0 | 494 871 | 59,8 | 11,2 |
| 1973 | 9 239 376 | 907 717 | 9,8 | 538 251 | 59,3 | 12,0 |
| 1974 | 9 226 240 | 895 597 | 9,7 | 514 600 | 57,5 | 11,6 |
| 1975 | 9 152 748 | 838 213 | 9,2 | 472 695 | 56,4 | 10,8 |
| 1976 | 9 119 266 | 813 283 | 8,9 | 454 884 | 55,9 | 10,4 |
| 1977 | 9 120 453 | 813 245 | 8,9 | 452 806 | 55,7 | 10,4 |
| 1978 | 9 137 790 | 829 207 | 9,1 | 461 382 | 55,6 | 10,5 |
| 1979 | 9 190 052 | 873 436 | 9,5 | 489 848 | 56,1 | 11,1 |
| 1980 | 9 258 947 | 926 353 | 10,0 | 523 270 | 56,4 | 11,7 |

1) Stand jeweils 31.12. des Jahres. – 2) Ausländer in % der Wohnbevölkerung insgesamt.
Quelle: Bevölkerungsfortschreibung.

Tabelle 2

Ausländer nach ausgewählter Staatsangehörigkeit¹⁾

| Staatsangehörigkeit | 1970 | | 1980 | |
|----------------------|---------|------|---------|------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Ausland insgesamt | 724 312 | 100 | 912 885 | 100 |
| Europäisches Ausland | 691 768 | 95,5 | 850 940 | 93,2 |
| darunter | | | | |
| Hauptanwerbeländer | 607 907 | 83,9 | 758 243 | 83,1 |
| Griechenland | 89 611 | 12,4 | 73 527 | 8,1 |
| Italien | 196 383 | 27,1 | 194 683 | 21,3 |
| Jugoslawien | 170 272 | 23,5 | 187 051 | 20,5 |
| Portugal | 10 366 | 1,4 | 19 246 | 2,1 |
| Spanien | 45 972 | 6,3 | 29 966 | 3,3 |
| Türkei | 95 303 | 13,2 | 253 770 | 27,8 |

1) Stand jeweils 30.9. des betreffenden Jahres.
Quelle: Ausländerzentralregister.

übrigen im Lande vertretenen Nationalitäten haben daneben, wenn man von den Nachbarländern Österreich (3,2%) und Frankreich (2%) absieht, jeweils nur eine geringe quantitative Bedeutung.

Rückgang des Zustroms von Asylbewerbern

Die Zunahme des türkischen Bevölkerungsteils liegt 1980 mit 17,2% (gegenüber 1979) weit über der Steigerungsrate der Ausländer insgesamt (+6,1%). Hier hat sich zweifellos der starke Zustrom türkischer Asylbewerber niedergeschlagen, die 1980 rund zwei Drittel aller Asylanten ausmachten.

Generell ist in den letzten Jahren die Zahl der Asylbewerber rapide angestiegen. Während 1975 nach Mitteilung des Innenministeriums lediglich ein Zugang von 592 Asylsuchenden verzeichnet wurde, waren es 1977 bereits 1625, im Jahr darauf 4749 und 1979 schließlich 14561. 53% der 1979 um politisches Asyl Nachsuchenden stammten aus der Türkei, 12% aus dem Libanon, je 10% aus Indien und Pakistan und 8% aus dem Ostblock. Da es sich bei den Asylbewerbern zum weit überwiegenden Teil nicht um politisch Verfolgte handelte, wurden 1980 eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, um deren Zustrom einzudämmen.¹ Die getroffenen Maßnahmen zeigten im Verlauf des Jahres eine deutliche Wirkung. Im ersten Quartal 1980 wurden noch 13370 Asylanten erfaßt, im zweiten waren es

¹ So wurde unter anderem für verschiedene Länder (Afghanistan, Äthiopien, Ghana, Bangladesch, Indien, Türkei) der Visumzwang wieder eingeführt, die Arbeitsaufnahme während des Asylverfahrens verboten sowie die Gewährung von Kindergeld ausgeschlossen. Das zweite Gesetz zur Beschleunigung des Asylverfahrens ermöglichte außerdem eine schnellere verwaltungsmäßige Behandlung der Verfahren. Daneben beschloß die Landesregierung, Asylbewerber ab 15.9.1980 für die gesamte Dauer des Verfahrens in Sammelunterkünften unterzubringen und auch den sonstigen Lebensbedarf durch Sachleistungen abzudecken.

7226. Die Abnahme setzte sich im zweiten Halbjahr, in dem nur noch 3006 Ausländer um Asyl nachsuchten, verstärkt fort. Die Monatszahlen sanken dabei von 1005 im Juli auf 133 im Dezember. Insgesamt reisten 23600 Asylbewerber 1980 nach Baden-Württemberg ein.

Baden-Württemberg hatte größte Ausländerdichte

Im Bundesgebiet (einschließlich Berlin/West) lebten 1980 rund 4,5 Mill. Ausländer, von diesen wohnten mehr als ein Fünftel (21%) in Baden-Württemberg. Damit steht unser Land an zweiter Stelle hinter Nordrhein-Westfalen mit rund 31%. Hinsichtlich der Ausländerquote, also dem Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung, liegt Baden-Württemberg allerdings mit 10% an der Spitze aller Flächenstaaten. Nur Berlin (West) erreicht mit 11% einen höheren Wert.

Die regionale Verteilung der Ausländer ist sehr ungleichmäßig. Sie wird vor allem vom Angebot an Arbeitsplätzen bestimmt. Entsprechend weist die Region Mittlerer Neckar die stärkste Konzentration auf. Hier wohnt nicht nur über ein Drittel der in Baden-Württemberg ansässigen Ausländer, dieser größte Verdichtungsraum hat mit 14,2% auch die höchste Ausländerquote von allen Regionen (Tabelle 6, Anhang). Die stärkste Ausländerkonzentration ist mit 17,7% in Stuttgart, die Quoten der übrigen Kreise der Region liegen zwischen 11% und 14%. Überdurchschnittliche Werte zwischen 15% und 12% werden außerdem von den Stadtkreisen Heilbronn, Mannheim, Pforzheim und Ulm

Tabelle 3

Wohnbevölkerung und Ausländer in den Ländern des Bundesgebiets 1980

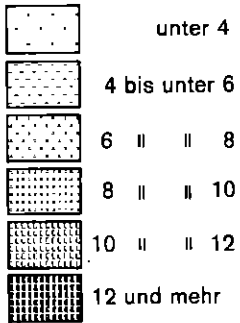
| Land | Wohnbevölkerung insgesamt ¹⁾ | Darunter Ausländer ²⁾ | | |
|---------------------|---|----------------------------------|-----------------|-------------------|
| | | 1000 | % ³⁾ | je 1000 Einwohner |
| Schleswig-Holstein | 2 610,3 | 86,5 | 1,9 | 33 |
| Hamburg | 1 648,6 | 143,1 | 3,2 | 87 |
| Niedersachsen | 7 254,8 | 284,7 | 6,4 | 39 |
| Bremen | 695,2 | 48,1 | 1,1 | 69 |
| Nordrhein-Westfalen | 17 061,8 | 1 377,6 | 30,9 | 81 |
| Hessen | 5 597,2 | 499,4 | 11,2 | 89 |
| Rheinland-Pfalz | 3 643,4 | 162,8 | 3,7 | 45 |
| Baden-Württemberg | 9 255,5 | 912,9 | 20,5 | 99 |
| Bayern | 10 919,6 | 683,2 | 15,3 | 63 |
| Saarland | 1 067,9 | 43,6 | 1,0 | 41 |
| Berlin (West) | 1 898,9 | 211,3 | 4,7 | 111 |
| Bundesgebiet | 61 653,1 | 4 453,3 | 100 | 72 |

1) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung, Stand 30.9.1980. —

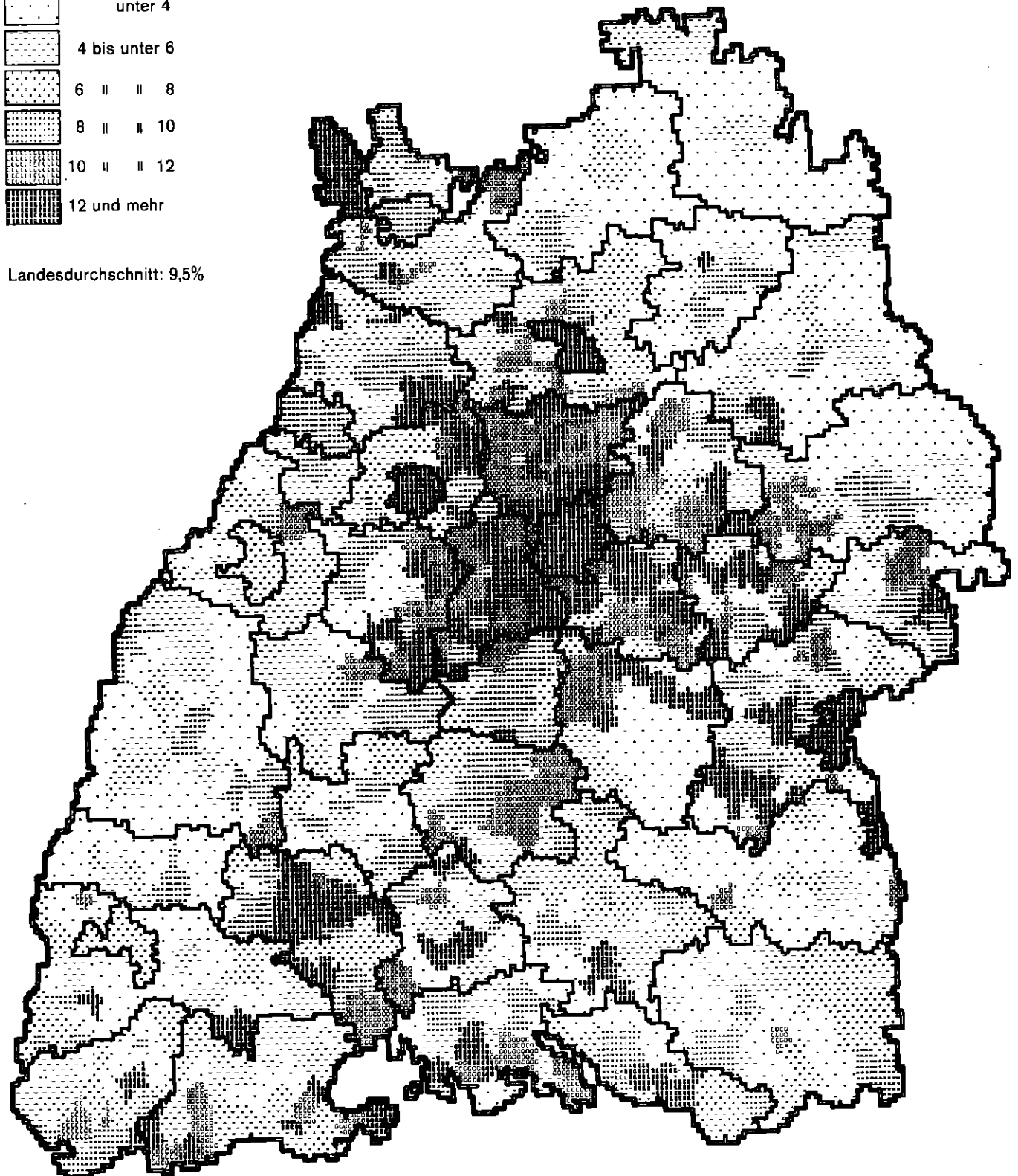
2) Quelle: Ausländerzentralregister, Stand 30.9.80. — 3) Anteil an der ausländischen Wohnbevölkerung des Bundesgebiets.

Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung in den Gemeinden am 1. Januar 1980

Anteil in %



Landesdurchschnitt: 9,5%



sowie – zwischen 12% und 10% – von den Landkreisen Calw, Enzkreis, Schwarzwald-Baar-Kreis, Konstanz und Reutlingen erreicht. In den großen Städten erreichten die Quoten teilweise Werte von annähernd oder gut 25%, so in Stuttgart-Mitte und Süd, Ober- und Untertürkheim und in Mannheim-Mitte. Erwartungsgemäß haben die Ausländer in den meisten strukturschwächeren Räumen des Landes ein wesentlich geringeres Gewicht. So sind im Main-Tauber-Kreis nur 3,4%, im Landkreis Emmendingen nur 4,6% der Wohnbevölkerung Nicht-Deutsche.

Zuwanderung besonders konjunkturabhängig

Die Veränderung der Ausländerzahlen wird im wesentlichen durch Wanderungsbewegungen verursacht, die ihrerseits allerdings auch die Geburtenentwicklung tangieren, soweit es sich um Zu- bzw. Fortzüge von Frauen im gebärfähigen Alter handelt. Dagegen spielen die Sterbefälle wegen der besonderen Altersstruktur kaum eine Rolle.

Die Entwicklung der Arbeitsplätze einerseits und die Familienzusammenführung andererseits sind die wichtigsten Bestimmungskomponenten der Wanderungsbewegung, die diese, wie es *Schaubild 3* zeigt, in einen großen mobilen und einen kleinen immobil Bereich aufteilen. Die Wanderung der Nichterwerbspersonen ist von Konjunkturschwankungen nur geringfügig beeinflusst. Diese ziehen per Saldo auch noch dann zu, wenn Erwerbspersonen bereits abwandern, und sie kommen auch, wie im Jahr 1978, wieder früher ins Land.

Generell ist die Zuwanderung der Ausländer, besonders der Erwerbspersonen, wesentlich konjunkturabhängiger als die Abwanderung. Grundsätzlich kann gesagt werden (vgl. *Anhang, Tab. 4*), daß negative Wanderungssalden nicht auf eine Verstärkung der Fortzüge – also gewissermaßen auf eine „Flucht“ vor den Verhältnissen im Bundesgebiet zurückzuführen sind –, sondern auf ein Ausbleiben von Zuzügen, weil, wie beispielsweise im Jahr 1967, das Arbeitsplatzangebot zurückging oder weil, wie ab 1974, zusätzlich noch ein Anwerbestop verhängt worden war.² Aber auch die Abwanderung läßt einen Zusammenhang mit dem Wirtschaftsverlauf des Gastlandes erkennen, und zwar in der Weise, daß nach einem Jahr mit weniger Zuzügen im nachfolgenden Jahr meist auch die Fortzüge geringer sind.

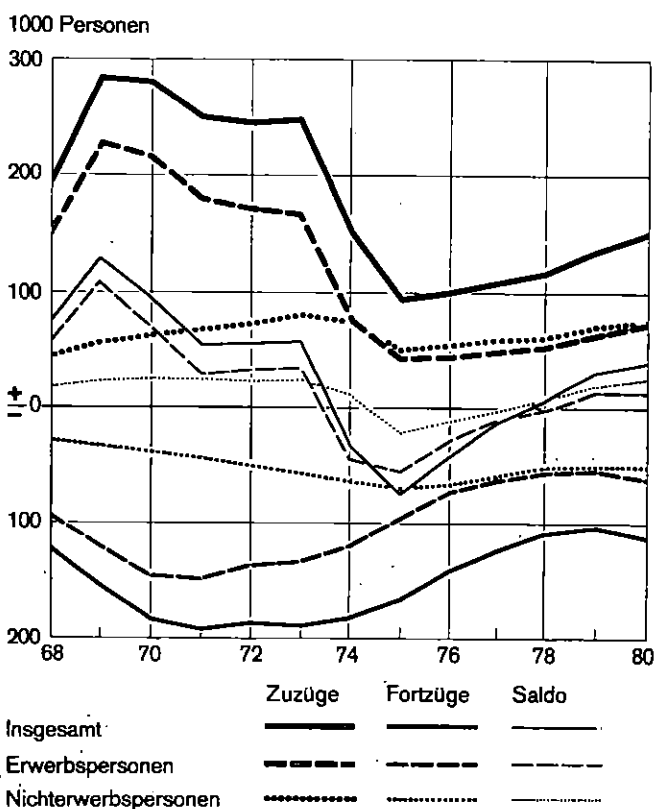
Der Wanderungssaldo des Jahres 1980 betrug 40000 Personen. Er ergab sich aus 151300 Zu-

zügen (+ 10,7% gegen 1979) und 111300 Fortzügen (+ 7,1%) über die Landesgrenze. Von den Zugewanderten waren 66% Männer (Fortzüge: 65%). Der positive Saldo ist hauptsächlich auf den Wanderungsüberschuß mit der Türkei zurückzuführen. Bei diesen ergab sich mit 47700 Zu- und rund 22100 Fortzügen eine Nettozuwanderung von 25600. Von den Zugezogenen waren über 61% Nichterwerbspersonen (28900), bei den Fortzügen waren es rund 45% (9900). Bei den übrigen Ausländern machten die Nichterwerbspersonen im Durchschnitt bei den Zuzügen nur 46% und bei den Fortzügen 45% aus. Die überdurchschnittlich hohe Zahl der zugezogenen türkischen Nichterwerbspersonen läßt den Schluß zu, daß in verstärktem Maße Familienangehörige der in Baden-Württemberg tätigen Arbeitnehmer eingereist sind. Aus den Wanderungen mit den übrigen früheren Hauptanwerbeländern ergab sich nur noch für Italien ein positiver Saldo (+ 2800). Dabei handelte es sich zu 47% um Erwerbspersonen. Mit Griechenland, Jugoslawien, Portugal und Spanien waren die Wanderungssalden negativ.

Die Gliederung der Ausländerwanderung nach dem Alter zeigt für die unter 45jährigen Wanderungsüberschüsse – wenn man von der Gruppe der 6-bis unter 8jährigen absieht, in der, offenbar wegen

Schaubild 3

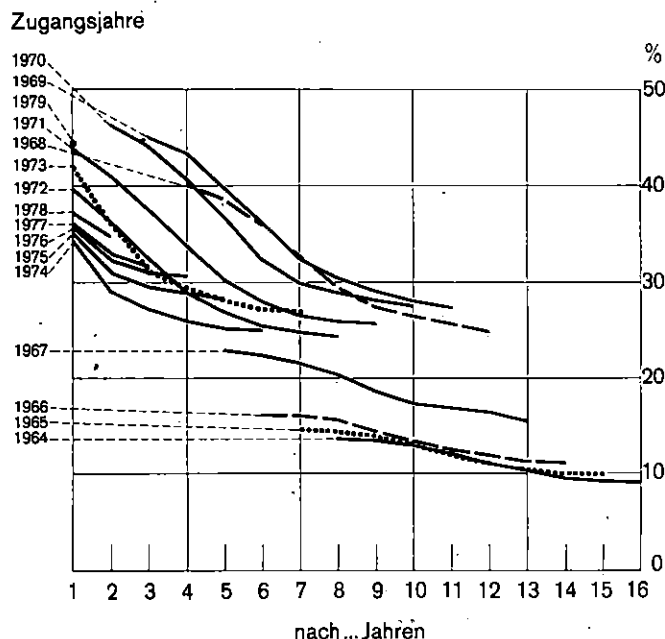
Wanderungsbewegung der Ausländer über die Landesgrenze Baden-Württemberg



² Hans Kaeser, Die Ausländer in Baden-Württemberg, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1979, S. 216.

Schaubild 4

Verbleibquote der Ausländer



der beginnenden Schulpflicht, mehr ins Heimatland zurückkehren als nach hierher zuziehen -. Die Salden der Ausländer ab 45 Jahren sind fast durchweg negativ. Auf die unter 45jährigen entfielen 136000 Zuzüge (90% aller Zuzüge) und 95200 (86%) Fortzüge. Bei den unter 15jährigen waren es 28900 Zuzüge und 19300 Fortzüge.

Die Mehrzahl der Ausländer verläßt unser Land innerhalb eines Jahres

Die im Rahmen der Wanderung auftretenden Salden sagen nichts über die Verbleibdauer der einzelnen Ausländer aus, da die Zu- und Fortzüge eines Jahres im allgemeinen nicht die gleichen Personen betreffen. Seit einigen Jahren berechnet daher das Statistische Landesamt mit Hilfe gesonderter Auswertungen des Ausländerzentralregisters sogenannte „Verbleibquoten“. Diese geben an, wieviel Prozent der in einem bestimmten Jahr zugewanderten Ausländer nach 1, 2, 3, ... usw. Jahren noch im Lande verblieben sind. Dabei werden auch die Geburten des jeweiligen Ausgangsjahres mit in die Berechnung einbezogen.

Wie sich aus den Untersuchungen ergibt, zieht die Mehrzahl der Ausländer eines Zugangsjahrganges bereits nach etwa einem Jahr wieder fort (Tabelle 4). Diese einjährige Verbleibquote liegt dabei in hochkonjunkturellen Phasen höher als in Jahren abgeschwächter Wirtschaftstätigkeit. Die Berechnung geschlechtsspezifischer Quoten zeigt, daß die „einjährige Rotation“ bei den Frauen nicht so stark ausgeprägt ist wie bei den Männern. Ursache dürfte sein, daß Frauen häufig im Rahmen des

Familiennachzugs erst dann in die Bundesrepublik kommen, wenn der Ehemann Fuß gefaßt und eine angemessene Wohnmöglichkeit gefunden hat.

Wie weiter ermittelt wurde, geht die Quote der im Lande verbliebenen Ausländer mit zunehmendem zeitlichen Abstand zum Zugangsjahr zurück. Von den Zugängen des Jahres 1974 war nach etwa 6 Jahren am 30.9.1980 nur noch ein Viertel in Baden-Württemberg ansässig (Schaubild 4). Ein wesentlich weiteres Absinken dieser Quote, wie es sich für die Zugänge aus den Jahren 1964 bis 1966 ergeben hat, ist aus heutiger Sicht allerdings kaum zu erwarten. Damals war die Freizügigkeit innerhalb der Europäischen Gemeinschaft noch nicht in dem Maße hergestellt, wie dies die EG-Verordnung 1612/68 und das Aufenthaltsgesetz (EWG) von 1969 bewirkte. Entsprechend weisen bereits die Zugänge der Jahre 1967 und 1968 sowie der folgenden Jahre durchweg höhere Verbleibquoten auf. Aufgrund der aufgezeigten Entwicklung kann als realistisch angenommen werden, daß von den Zugängen der einzelnen Jahre 20 bis 30% länger als 10 bis 15 Jahre im Lande bleiben werden.

Aufenthaltsdauer der Ausländer nimmt zu – relativ wenig Einbürgerungen

Der Anteil der Ausländer mit längeren Aufenthaltszeiten nimmt immer mehr zu (Tabelle 5). So hielten sich im September 1980 41% dieses Bevölkerungsteils zehn Jahre und länger in Baden-Württemberg auf gegenüber 14% im Jahr 1973. Nahezu 28% waren dabei zwischen 10 und 15 Jahren (1973: 7,4%) und rund 13% (1973: 6,6%) sogar schon 15 und mehr Jahre hier ansässig. Mehr als verdoppelt gegenüber 1973 hat sich mit 28% der Anteil der 6 bis unter 10 Jahre anwesenden Aus-

Tabelle 4

Einjährige Verbleibquote der Ausländer

| Zugangsjahr | Von den Zugängen ¹⁾ im Zugangsjahr lebten am 30.9. des Folgejahres noch im Land | | |
|-------------|--|----------|----------|
| | insgesamt | männlich | weiblich |
| % | | | |
| 1971 | 43,9 | 40,0 | 52,0 |
| 1972 | 40,0 | 35,2 | 49,5 |
| 1973 | 42,2 | 37,7 | 51,0 |
| 1974 | 34,3 | 27,1 | 44,3 |
| 1975 | 35,2 | 29,9 | 42,0 |
| 1976 | 35,9 | 31,8 | 41,4 |
| 1977 | 36,2 | 32,2 | 41,7 |
| 1978 | 37,4 | 34,3 | 41,9 |
| 1979 | 44,2 | 43,8 | 44,9 |

1) Zuzüge und Geburten.

länder. Entsprechend weist der Bereich der Aufenthaltsdauer bis unter 6 Jahre eine rückläufige Entwicklung auf.³

Bei einer weiteren Differenzierung der Aufenthaltsdauer nach Nationalitäten zeigt sich im Hinblick auf die früheren Anwerbeländer, daß die Gruppe der 10 bis unter 15 Jahre hier Ansässigen bei den Griechen, Italienern, Jugoslawen und Spaniern jeweils am stärksten besetzt ist, während dies bei den Portugiesen und Türken für die Verweildauer von 6 bis unter 10 Jahren der Fall ist.

Im Vergleich zur Zunahme der Aufenthaltsdauer der Ausländer ist die Zahl der Einbürgerungen in weit geringerem Umfang angestiegen (vgl. Anhang, Tab. 5). So belief sich 1980 die Zahl der Ermessenseinbürgerungen⁴, die hier speziell von Interesse sind, auf 3018 (gegenüber 1973: +736,2%). Über vier Fünftel hiervon besaßen vorher die Staatsangehörigkeit eines europäischen Landes. Nur zwei Fünftel (1265) stammten dabei aus einem der früheren Hauptanwerbeländer, wobei jedoch nur Jugoslawien mit 26,3% (795) und Italien mit 9,1% (275) einiges Gewicht haben. Griechenland, Portugal, Spanien und die Türkei waren nur mit Anteilen zwischen 0,5 und 2,1% an den Ermessenseinbürgerungen vertreten. Bemerkenswert ist, daß die Zahl der Einbürgerungen von Italienern seit der letzten Rezession fortlaufend abgenommen hat, während bei den Jugoslawen

³ Das Statistische Landesamt führt 1981 beim Mikrozensus eine Zusatzerhebung über Verweil- und Rückkehrabsichten der Ausländer durch. Erste Ergebnisse werden zur Jahreswende 1981/82 erwartet.

⁴ Hauptsächlich Einbürgerungen von Ausländern und Ehegatten Deutscher nach §§ 8 und 9 RuStAG. Voraussetzungen sind in diesen Fällen neben der Niederlassung in Deutschland, der Geschäftsfähigkeit, der Unbescholtenheit und der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit in der Regel ein rechtmäßiger Inlandsaufenthalt von mindestens 10 Jahren – bei Einbürgerungen nach § 9 von 5 Jahren und zweijährige Ehedauer – und der Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit (bei Einbürgerungen nach § 9 zwingend).

ein steigender Trend zu verzeichnen ist. Offenbar möchte man trotz der Seßhaftigkeit in unserem Land die nationale Identität nicht aufgeben.

Insgesamt wurden 1980 in Baden-Württemberg 10173 Personen eingebürgert, das waren 3644 mehr als 1971. Dabei handelt es sich in 7155 Fällen allerdings um Anspruchseinbürgerungen – das sind ganz überwiegend Einbürgerungen deutscher Volkszugehöriger ohne deutsche Staatsangehörigkeit (Art. 116 GG).

Männerüberschuß wieder leicht gestiegen

Die demographische Struktur der Ausländer weicht bekanntlich in wesentlichen Punkten von der Struktur der deutschen Bevölkerung ab. So zeigt die Gliederung nach dem Alter, daß 1980 die unter 15jährigen bei den Ausländern 27,4% ausmachen, während es bei der deutschen Bevölkerung nur 18,4% sind. Auch im Alter von 20 bis unter 45 Jahren sind die Ausländer mit 50,4% wesentlich stärker vertreten als die Deutschen (35,2%). Nur 1,9% sind 65 Jahre und älter gegenüber 15,7% bei der deutschen Bevölkerung. Am stärksten hat im Zuge der Entwicklung die Gruppe der Kinder (unter 15 Jahre) und Jugendlichen (15 bis unter 20 Jahre) an Bedeutung gewonnen. So stieg die Kinderzahl zwischen 1961 und 1980 von 17400 (10,4%) auf 239700 (27,4%), die der Jugendlichen von 12300 (5,8%) auf 64700 (7,4%) (Tabelle 7, Anhang). In Ballungsgebieten wirkte sich diese Zunahme noch stärker aus. Diese Entwicklungen lassen erkennen, daß sich die ausländischen Eltern für ihre Kinder eine Zukunft in der Bundesrepublik Deutschland erhoffen. Andererseits verdeutlichen sie die große gesellschaftspolitische Aufgabe, entsprechende Ausbildungs- und Berufschancen bereitzustellen.

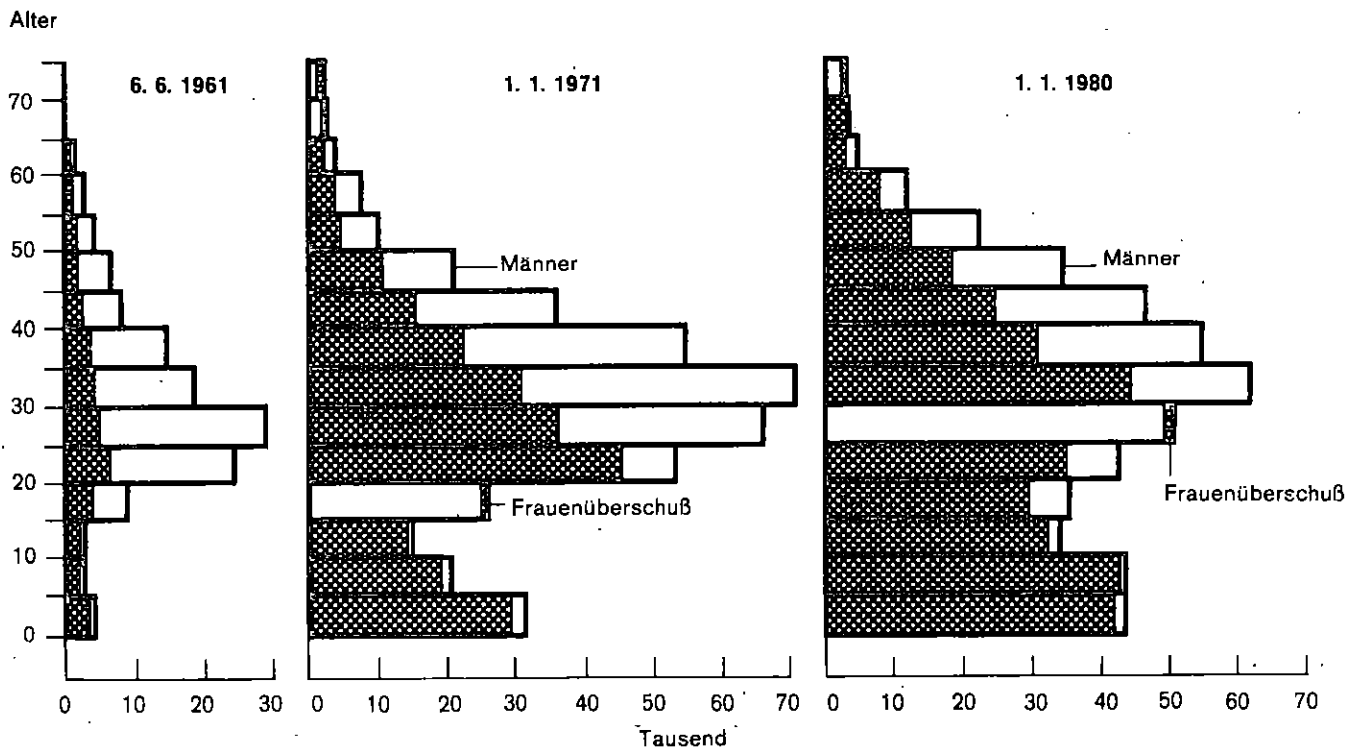
Tabelle 5

Aufenthaltsdauer der Ausländer

| Jahr 1) | Ausländer insgesamt | Davon mit einer Aufenthaltsdauer von . . . bis unter . . . Jahren | | | | | |
|---------|---------------------|---|-------|-------|--------|---------|---------------------|
| | | unter 1 Jahr | 1 – 4 | 4 – 6 | 6 – 10 | 10 – 15 | 15 Jahre und länger |
| 1000 | | % | | | | | |
| 1973 | 893,1 | 11,7 | 39,4 | 21,2 | 13,6 | 7,4 | 6,6 |
| 1974 | 914,2 | 6,8 | 34,1 | 26,1 | 17,1 | 9,3 | 6,7 |
| 1975 | 882,1 | 4,7 | 28,2 | 23,5 | 24,5 | 11,4 | 7,7 |
| 1976 | 831,9 | 4,7 | 22,2 | 19,0 | 32,0 | 13,1 | 9,1 |
| 1977 | 821,7 | 5,4 | 15,7 | 18,4 | 37,1 | 13,2 | 10,2 |
| 1978 | 826,9 | 5,5 | 14,0 | 15,4 | 37,8 | 16,4 | 10,8 |
| 1979 | 852,1 | 6,0 | 14,3 | 9,9 | 35,1 | 22,6 | 12,1 |
| 1980 | 912,9 | 8,0 | 15,5 | 7,5 | 28,1 | 27,6 | 13,3 |

1) Stand jeweils 30.9. des betreffenden Jahres.
Quelle: Ausländerzentralregister.

Altersgliederung der Ausländer



Die Geschlechtsrelation der Ausländerbevölkerung hat sich seit 1961 ständig weiter ausgeglichen. 1980 wurden 523300 Männer und 403100 Frauen gezählt, so daß auf 100 Frauen 130 Männer kamen. 1970 belief sich die Relation noch auf 100 zu 157. Auf den jeweiligen Ausländerbestand bezogen ist der Männerüberschuß somit von 22,1% auf 13,0% zurückgegangen. Bemerkenswert ist dabei, daß der Männerüberschuß, der sich 1961 noch über alle Altersgruppen vom 15. Lebensjahr an aufwärts erstreckte, bis Anfang 1979 aber nur noch im Altersbereich von 30 und mehr Jahren festzustellen war, sich nunmehr auch wieder bei den 15- bis unter 25jährigen zeigt. Von dem für 1980 errechneten Wanderungsüberschuß der Ausländer über die Landesgrenze von 40000 waren 27000 Männer, darunter 16000 im Alter von 15 bis unter 25 Jahren.

Angleichung an das generative Verhalten der deutschen Bevölkerung.

Der 1975 erstmals eingetretene Rückgang der Zahl der in Baden-Württemberg geborenen Ausländer als Folge der Abwanderung von Ausländerinnen hat sich nach 1979 nicht mehr fortgesetzt. Mit 16107 Lebendgeborenen war erstmals wieder eine geringfügige Steigerung zu verzeichnen (1978: 16029). 1980 setzte sich diese Entwicklung mit 17354 Lebendgeborenen deutlich fort. Von den 1980 Geborenen waren 42,6% Türken, 21,8% Italiener, 18,6% Jugoslawen und 6,0% Griechen.

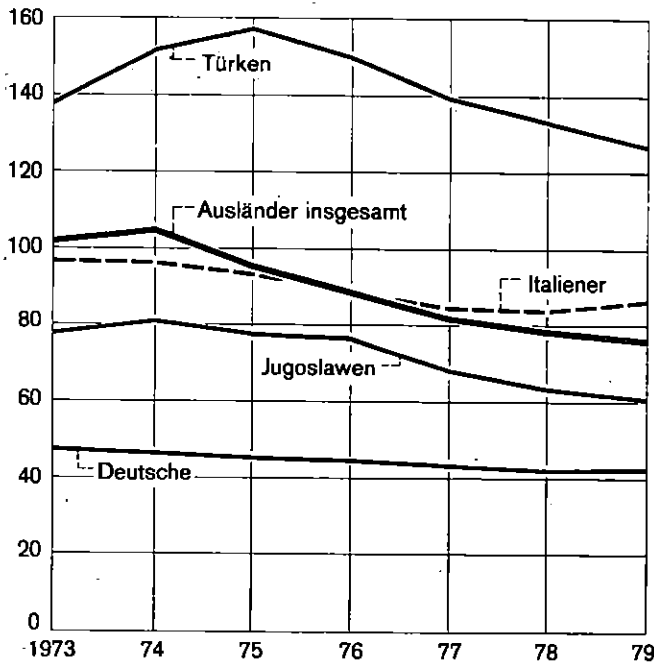
Ein Blick auf die Entwicklung der altersspezifischen Fruchtbarkeitsziffern (*Schaubild 6*) zeigt, daß bereits zwischen 1970 und 1974 bei den über 25jährigen Frauen eine Tendenz zum Rückgang der Fruchtbarkeit vorhanden war. Dieser Anpassungsprozeß an das generative Verhalten der deutschen Bevölkerung hat sich inzwischen noch verstärkt und macht sich besonders bei den Ausländerinnen zwischen dem 23. und 30. Lebensjahr bemerkbar. Die Entwicklung deutet darauf hin, daß die hier lebenden Ausländer mehr und mehr gewillt sind, auf „späte“ Kinder zu verzichten. Nur bei den jüngeren Ausländerinnen ist der Wille zum Kind offenbar noch ungebrochen, wenn auch der bei dieser Gruppe zwischen 1970 und 1974 aufgetretene Anstieg der Fruchtbarkeit bis heute wieder weitgehend abgeklungen ist.

Der Verlauf des Anpassungsprozesses sowie die Geburtenhäufigkeit weisen bei den einzelnen Nationalitäten wesentliche Unterschiede auf. So zeigt die Berechnung ausgewählter nationalitätsspezifischer allgemeiner Fruchtbarkeitsziffern⁵ (*Schaubild 7*), daß die Werte bei den Türken zwar immer noch mit Abstand am höchsten sind, seit 1976 aber stark abgenommen haben. Die stärkste Annäherung an die deutsche Situation ergibt sich bei den Jugoslawen (1979: 60,8). Bei den Italienern ist dagegen eine eher zögernde Anpassung festzustellen.

⁵ Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

Schaubild 7

Allgemeine Fruchtbarkeitsziffern 1) nach ausgewählter Staatsangehörigkeit der Mutter



1) Lebendgeborene auf 1000 Frauen im Alter von 15 bis unter 45 Jahren.

124 81

Eine Anpassung der Ausländer an die Verhältnisse des Gastlandes läßt auch die Entwicklung der altersspezifischen Verheiratetenquote der Frauen erkennen (*Tabelle 8, Anhang*). Im Rahmen der Konsolidierung des Familienlebens der ausländischen Arbeitskräfte ist diese Quote von 1961 bis 1974 in allen Gruppen von 15 bis unter 60 Jahren gestiegen. Danach nahm sie insbesondere bei den jüngeren Frauen wieder ab und zeigt heute bei den Ausländerinnen unter 30 Jahren einen ganz deutlichen Rückgang gegenüber 1974 und damit eine Annäherung an die deutsche Situation, wo gegenwärtig ebenfalls ein Trend zur späteren Heirat registriert wird.

Über drei Viertel der Eheschließungen mit deutschen Partnern

Eheschließungen zwischen Deutschen und Ausländern sind Teil eines Integrationsvorganges. Bemerkenswert ist nun, daß die Zahl der Eheschließungen im Laufe der Jahre ziemlich konstant geblieben ist, obwohl die Ausländerzahl stark gestiegen ist. Sie schwankt seit 1961 zwischen 5000 und 7000. In den letzten Jahren wurden in Baden-Württemberg über 75% der Ehen, an denen Ausländer beteiligt waren, mit deutschen Partnern geschlossen. Dabei machten 1980 die Heiraten zwischen einem ausländischen Mann und einer deutschen Frau mit

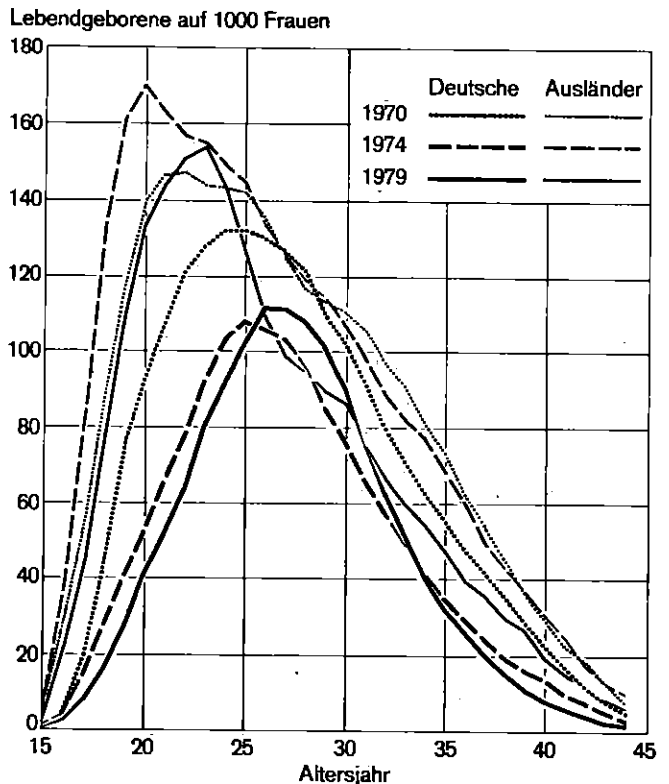
53% nach wie vor den größten Teil dieser Eheschließungen aus. Demgegenüber ist der Anteil der Heiraten von Ausländerinnen und deutschen Partnern wesentlich geringer (rund 25%). Die häufigsten ausländischen Ehepartner deutscher Frauen waren Italiener (19%) und Amerikaner (18%); bei den Männern dominierten Jugoslawinnen (20%), Asiatinnen (12%) und Österreicherinnen mit 11%. Im übrigen blieben Eheschließungen zwischen deutschen Partnern und Ausländern aus früheren Anwerbeländern außerhalb der EG quantitativ unbedeutend.

Verstärkte Haushaltsbildung

Während die Zahl aller privaten Einpersonenhaushalte zwischen 1972 und 1980 um rund 8% zunahm, ging dieser Haushaltstyp bei den Ausländern um 9% auf 334000 zurück. Diese Abnahme wurde allerdings mit Ausnahme der Rezessionsjahre 1975/76 überwiegend nicht durch abwandernde Gastarbeiter, sondern durch Umwandlung in Mehrpersonenhaushalte verursacht. Denn außer in den Jahren 1975/76 war der Wanderungssaldo der ausländischen Nichterwerbspersonen immer positiv oder ausgeglichen. Entsprechend ist eine Zunahme bei den Haushalten mit drei und insbesondere mit 4 sowie 5 und mehr Personen zu verzeich-

Schaubild 6

Altersspezifische Fruchtbarkeitsziffern



11581

Tabelle 6

Haushalte

| Jahr 1) | Ins- gesamt | Davon mit . . . Personen im Haushalt | | | | | Personen je Haus- halt |
|---------------------------------|----------------|--------------------------------------|----|----|----|---------------|---------------------------------|
| | | 1 | 2 | 3 | 4 | 5 und mehr | |
| | 1000 | % | | | | | |
| Ausländischer Haushaltsvorstand | | | | | | | |
| 1972 | 365,6 | 46 | 20 | 15 | 11 | 7 | 2,2 |
| 1974 | 395,0 | 38 | 22 | 19 | 13 | 9 | 2,4 |
| 1976 | 332,8 | 34 | 20 | 18 | 16 | 11 | 2,6 |
| 1978 | 320,4 | 30 | 19 | 21 | 19 | 11 | 2,7 |
| 1980 | 334,2 | 27 | 19 | 20 | 21 | 13 | 2,8 |
| Deutscher Haushaltsvorstand | | | | | | | |
| 1980 | 3 308,7 | 30 | 28 | 17 | 15 | 9 | 2,5 |

1) Stand: Ende April/Anfang Mai.

nen (Tabelle 6). Damit stieg die durchschnittliche Haushaltsgröße von 2,18 Personen pro Haushalt im Jahr 1972 auf 2,82 Personen 1980. Diese Entwicklung stützt somit die Annahme, daß die Ausländer sich in zunehmendem Maße dem sozialen Umfeld anpassen, in einem größeren Haushalts- und Familienverband wohnen und wirtschaften und damit wohl auch beabsichtigen, sich hier längerfristig niederzulassen.

Die haushaltsstrukturelle Betrachtung zeigt, daß 1980 der Ausländeranteil bei den Einpersonenhaushalten im Land bei 8% (1972: 19%) und bei den Zweipersonenhaushalten bei 6% (1972: 8%) liegt und dann mit wachsender Haushaltsgröße zunimmt. So hat im April 1980 bereits jeder achte Haushalt mit fünf und mehr Personen einen ausländischen Haushaltsvorstand (1972: jeder siebzehnte).

Erwerbsbeteiligung der Jugendlichen und der Frauen zurückgegangen

Von den 1980 in Baden-Württemberg wohnenden Ausländern waren 492200 und damit weit über die Hälfte (55%) erwerbstätig (Männer: 64,6%, Frauen: 43,3%). Auch bei Berücksichtigung der altersstrukturellen Unterschiede ist bei der ausländischen Bevölkerung die Erwerbsbeteiligung stärker ausgeprägt als bei der deutschen (insgesamt: 45,4%; Männer: 57,0%; Frauen: 34,6%). Entsprechend ist auch der Anteil der Ausländer an den insgesamt 4,25 Millionen Erwerbstätigen mit 11,6% höher als bei der Wohnbevölkerung (10%). Fast jeder achte Erwerbstätige ist damit ein Ausländer.

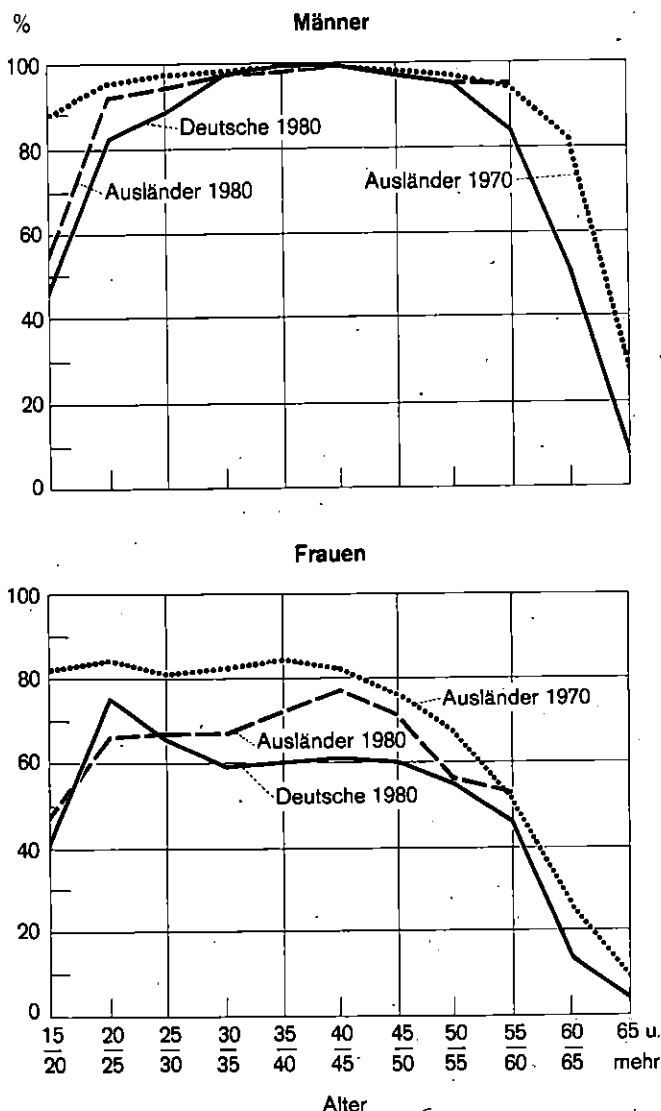
Generell werden die Ausländer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als die Deutschen. So liegt ihre jahresdurchschnittliche Arbeitslosenquote in der

Regel um etwa 0,8 bis 1%-Punkt über der der Arbeitslosen insgesamt. 1975 fiel der Abstand mit 6,1 gegenüber 3,5 höher aus. Besonderes Augenmerk auch im Hinblick auf die zukünftige Situation am Arbeitsmarkt ist dabei auf die Arbeitslosigkeit jugendlicher Ausländer zu lenken. Ihr Anteil an allen unter 20jährigen Arbeitslosen lag 1978 mit 18,7% und 1979 mit 21,7% sehr hoch. Gleiches gilt für 1980, wobei allerdings die Situation mit 31% überzeichnet sein dürfte. Hier dürfte sich der starke Zustrom junger türkischer Asylanten auswirken.

Trotz der nach wie vor höheren Erwerbsbeteiligung der Ausländer hat sich ihr Erwerbsverhalten – wie ein Vergleich der geschlechts- und altersspezifischen Erwerbsquoten von 1970 und 1980 zeigt (Schaubild 8) – im vergangenen Jahrzehnt deutlich

Schaubild 8

Altersspezifische Erwerbsquote



11481

dem der Deutschen angepaßt. Dies gilt bei den Männern besonders für die 15- bis unter 20-jährigen: Von diesen sind heute nur noch 54% erwerbstätig, während es 1970 noch 88% waren. Diese Entwicklung zeigt die Tendenz zur verlängerten und damit auch verbesserten Ausbildung, somit also das Interesse der Ausländer, ihren Kindern bessere Startchancen ins Berufsleben zu geben. Bei den Frauen erstreckt sich der Rückgang der Erwerbsbeteiligung auf alle Altersgruppen und ist außerdem wesentlich stärker. Dabei hat einerseits die Arbeitsmarktlage der Vergangenheit eine Rolle gespielt, zum anderen mag dies aber auch ein Zeichen für eine stärkere Hinwendung zur Familie sein.

Gewisse Anpassungstendenzen lassen sich bei den Ausländern auch mit Blick auf die Stellung im Beruf feststellen. 1970 waren 1,3% (rund 6000) der erwerbstätigen Ausländer selbständig, 1980 sind es 2,4% (rund 12000). Die Zahl der Angestellten hat sich mit 47000 gegenüber 1970 mehr als verdoppelt, wobei ihr Anteil an den ausländischen Erwerbstätigen von 5% auf 9,5% gestiegen ist. Stärker als bei den Männern war dabei der Zuwachs bei den erwerbstätigen Frauen, von ihnen stehen heute 13% im Angestelltenverhältnis (1970: 7%). Es ist nicht auszuschließen, daß sich die noch relativ geringen strukturellen Verschiebungen im Bereich der sozialen Stellung im Zuge des Eintritts der zweiten Generation ins Erwerbsleben verstärkt fortsetzen werden.

Nach wie vor sind allerdings mit 87,5% die meisten Ausländer als Arbeiter tätig (Deutsche: 39,2%). Dies wird auch daran deutlich, daß 80% der erwerbstätigen Ausländer 1980 im Produzierenden Gewerbe arbeiteten. Nahezu jeder sechste der insgesamt 2,2 Millionen Erwerbstätigen dieses größten Wirtschaftsbereichs ist somit Ausländer. Im Bereich der Sonstigen Dienstleistungen sind die Ausländer mit 13% vertreten, im Handel und Verkehr mit 6%.

Kindergartenbesuch ausländischer Kinder nimmt zu

Im Hinblick auf die Integration der Ausländer kommt der Betreuung der Kinder im Kindergarten eine große Bedeutung zu. Dort werden durch spielerische Kontakte mit deutschen Kindern wesentliche Grundlagen für die Erlernung sowohl der Sprache als auch der Verhaltensformen des Gastlandes geschaffen. Der Kindergartenbesuch der Ausländerkinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren ist in den letzten Jahren absolut und relativ merklich angestiegen. Während 1973 lediglich rund 18000 Ausländerkinder, das waren 36% der Ausländer in der betreffenden Altersgruppe, einen Kindergarten besuchten, waren es 1980 rd. 33000 oder 56%. Doch liegt die Besuchsquote noch erheblich unter derjenigen der gleichaltrigen deutschen Kinder, die 1980 mit 169000 Kindern 74% betrug.

Wie der Kindergartenbesuch spielt auch die Förderung im Schulkindergarten eine wichtige Rolle beim Versuch der Integration. Diese vorschulische Einrichtung ist in erster Linie für vom Schulbesuch zurückgestellte Kinder vorgesehen und wird auch von Ausländern bei wachsendem Angebot in zunehmendem Maße besucht. Ihr Anteil von derzeit 22% entspricht in etwa dem Ausländeranteil an den 6-jährigen, eine normale Beteiligung der Nichtdeutschen im Schulkindergarten scheint somit gegeben. Entscheidend ist aber, daß Ausländerkinder sehr viel häufiger zurückgestellt oder zumindest verspätet eingeschult werden als Deutsche.

Ein Beispiel für die tendenzielle Überalterung liefert auch die Betrachtung der Verteilung des Geburtsjahrgangs 1970 auf die Klassenstufen der Grundstufe (Stand Schuljahr 1979/80): Während von den deutschen Neunjährigen sich nur noch 3% in den Klassenstufen 1 und 2 befinden, sind es bei den Jugoslawen 8,5% und bei den türkischen Gleichaltrigen sogar 27,2%. Ähnliche Unterschiede zeigen sich beim Vergleich der Wiederholerquoten an den Grund- und Hauptschulen: Von den deutschen Kindern durchlaufen im Durchschnitt 1,4% eine Klassenstufe zweimal, bei Ausländern dagegen 3,8% und speziell bei den Türken 4,8%. Diese relativ hohen Wiederholungsquoten tragen zusammen mit der späten Einschulung und den Wanderungen über die Landes- und Staatsgrenzen zum höheren Durchschnittsalter der Ausländerkinder im Schulwesen bei.

Verstärkter Übergang auf Realschulen

Von den deutschen Grundschulern gehen derzeit jeweils über 30% auf Realschulen bzw. Gymnasien über, bei den ausländischen Schülern sind es 15% (Realschule) bzw. 11% (Gymnasium). Vor allem beim Realschulbesuch haben die Ausländer in den vergangenen Jahren aufgeholt und besonders die jugoslawischen Kinder scheinen hierbei mit einer Übergangsquote von mehr als 20% den Anschluß an das deutsche Bildungsverhalten zu finden. Für die Gymnasien liegen ähnlich differenzierte Berechnungen der Übertritte nicht vor, doch zeugt eine rasch wachsende Ausländerzahl (1980 gegenüber 1979 + 11%) von höheren Übergängen. Beschränkt man sich auf die für Gastarbeiterkinder typischen Nationalitäten (Griechenland, Italien, Jugoslawien, Portugal, Spanien und Türkei), so ergibt sich ein Bestandszuwachs von 17% binnen Jahresfrist, der aber zum Teil auf stärkere ausländische Altersjahrgänge zurückzuführen ist.

Da die Zahl der Ausländerkinder in den öffentlichen Grundschulen zwischen 1972 und 1980 von 34429 auf 62064 (+ 80%) angestiegen ist und diese Tendenz in den nächsten 3 Jahren noch anhalten wird, ist abzusehen, daß die Zahl der Aus-

länderkinder an Realschulen und Gymnasien mittelfristig über den derzeitigen Stand von 7254 bzw. 7357 Schülern noch weit hinausgehen wird.

Differenziertes Bild bei den Hauptschulabgängern ohne Abschluß

Von denjenigen ausländischen Kindern, die auf der Hauptschule verblieben sind, erreichen in der Klassenstufe 9 neben den Spaniern wiederum die Jugoslawen am ehesten den Hauptschulabschluß (92%). Im Vergleich hierzu beträgt die Erfolgsquote der deutschen Schüler 98%, die aller ausländischen Schüler 73% und die der türkischen Jugendlichen 53%. Die eigentlichen Problemfälle stellen jedoch solche Schüler dar, die wegen Erfüllung der Schulpflicht oder infolge fortgeschrittenen Alters die Hauptschule vor Erreichen der Abschlußklasse verlassen. In vielen Fällen dürfte es sich dabei um sogenannte Seiteneinsteiger handeln, also um Schüler, die einen Großteil ihrer schulischen Ausbildung in ihrem Heimatland verbracht haben.

Berücksichtigt man nicht nur die Abgänge aus den Abschlußklassen, sondern auch die vorzeitigen Abgänge (ohne Abgänge ins Ausland), so erreichten 1980 rund 55% aller ausländischen Schulabgänger den Hauptschulabschluß.

Die regionale Konzentration der Ausländer ist ein weiteres Problem, da hierdurch eine gezielte Förderung erschwert wird. Im Schuljahr 1980/81 hatte bereits ein Viertel der Klassen an den öffentlichen Grund- und Hauptschulen ein Ausländeranteil von mehr als 20%; diese Zahl dürfte in den nächsten Jahren weiter anwachsen. Auch der zunehmende Ausländeranteil an den Schülern für Lernbehinderte (gegenwärtig 20,5%) erscheint insbesondere in Kombination mit regionaler Massierung nicht unproblematisch. Zwar ist die Zunahme der Nichtdeutschen unter den Lernbehinderten in den vergangenen Jahren im wesentlichen auf deren wachsenden Anteil an den Schulpflichtigen zurückzuführen, doch besuchen ausländische Kinder für sich betrachtet etwa doppelt so häufig wie

Tabelle 7

Ausländische Schüler mit Ausbildungsvertrag an den öffentlichen Berufsschulen¹⁾

| Staatsangehörigkeit | Geschlecht | Schuljahr | | | | | |
|---------------------|------------|-------------------|---------------------------------|------|-------------------|---------------------------------|------|
| | | 1979/80 | | | 80/81 | | |
| | | Schüler insgesamt | darunter mit Ausbildungsvertrag | | Schüler insgesamt | darunter mit Ausbildungsvertrag | |
| | | | Anzahl | % | | Anzahl | % |
| Türkei | m | 2 814 | 740 | 26,3 | 5 563 | 977 | 17,6 |
| | w | 1 723 | 251 | 14,6 | 2 534 | 399 | 15,7 |
| | z | 4 537 | 991 | 21,8 | 8 097 | 1 376 | 17,0 |
| Italien | m | 1 665 | 825 | 49,5 | 2 064 | 1 052 | 51,0 |
| | w | 1 313 | 398 | 30,3 | 1 523 | 542 | 35,6 |
| | z | 2 978 | 1 223 | 41,1 | 3 587 | 1 594 | 44,4 |
| Jugoslawien | m | 835 | 680 | 81,4 | 1 049 | 809 | 77,1 |
| | w | 586 | 362 | 61,8 | 677 | 444 | 65,6 |
| | z | 1 421 | 1 042 | 73,3 | 1 726 | 1 253 | 72,6 |
| Griechenland | m | 591 | 364 | 61,6 | 639 | 431 | 67,4 |
| | w | 490 | 151 | 30,8 | 480 | 187 | 39,0 |
| | z | 1 081 | 515 | 47,6 | 1 119 | 618 | 46,3 |
| Spanien | m | 390 | 307 | 78,7 | 415 | 344 | 82,9 |
| | w | 223 | 130 | 58,3 | 266 | 164 | 61,7 |
| | z | 613 | 437 | 71,3 | 681 | 508 | 74,6 |
| Portugal | m | 179 | 98 | 54,7 | 205 | 125 | 61,0 |
| | w | 178 | 56 | 31,5 | 178 | 71 | 39,9 |
| | z | 357 | 154 | 37,4 | 383 | 196 | 51,2 |
| Sonstige | m | 610 | 564 | 92,5 | 719 | 600 | 83,4 |
| | w | 279 | 234 | 83,9 | 391 | 314 | 80,3 |
| | z | 889 | 798 | 89,8 | 1 110 | 914 | 82,3 |
| Insgesamt | m | 7 084 | 3 578 | 50,5 | 10 654 | 4 338 | 40,7 |
| | w | 4 792 | 1 582 | 33,0 | 6 049 | 2 121 | 35,1 |
| | z | 11 876 | 5 160 | 43,4 | 16 703 | 6 459 | 38,7 |

1) Ohne Sonderberufsschulen und Kooperatives Berufsbildungsjahr.

die deutschen Kinder eine solche Schule. Auch hier ist jedoch auf die bekannten Unterschiede zwischen den verschiedenen Herkunftsländern hinzuweisen: Während von den Schülern mit türkischer Staatsangehörigkeit 7% eine Schule für Lernbehinderte besuchen, ist dieser Prozentsatz bei den Jugoslawen halb so hoch.

Zustrom türkischer Jugendlicher an den beruflichen Schulen hält an

Zu Beginn des Schuljahres 1980/81 waren an den öffentlichen und privaten beruflichen Schulen des Landes 23340 ausländische Jugendliche, das sind über 6800 oder 41,5% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Diese sprunghafte Entwicklung geht fast ausschließlich auf den Zustrom türkischer Jugendlicher zurück, deren Zahl innerhalb von 10 Jahren auf das Dreizehnfache angestiegen ist. Mit einem Anteil von 45% stellen die 10470 Türken heute die stärkste Ausländergruppe im beruflichen Schulwesen, gefolgt von den Italienern und Jugoslawen mit 20 bzw. 11%.

Die Mehrzahl der ausländischen Schüler, (74,3%) besucht die berufsbegleitenden Teilzeitschulen (Deutsche: etwa 2/3). Doch setzt sich der während der letzten Jahre zu beobachtende Trend fort, wonach sich ausländische Jugendliche in zunehmendem Maße auch am Angebot der beruflichen

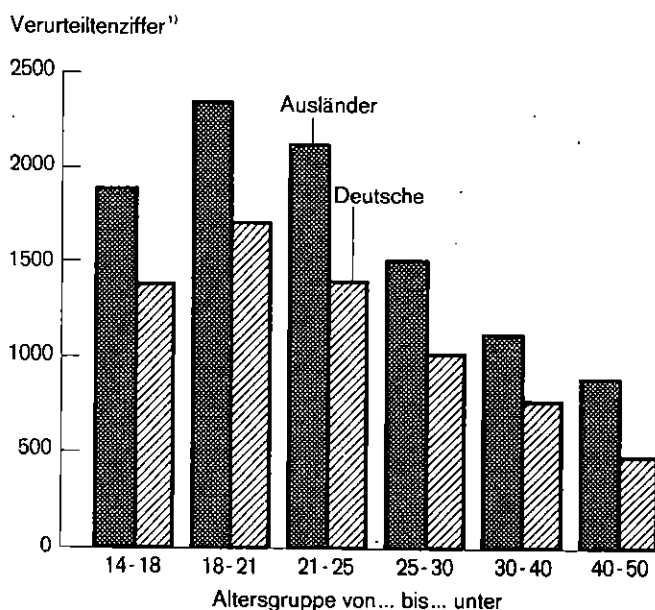
Vollzeitschulen orientieren. Durch die erstmalige Einrichtung von Berufsvorbereitungsjahren für Ausländer hat im Bereich der einjährigen grundbildenden und berufsvorbereitenden Ausbildungsgänge die Zahl der ausländischen Jugendlichen innerhalb eines Jahres von 156 auf über 1000 zugenommen. Auch an den zweijährigen zur Fachschulreife führenden Berufsfachschulen sowie an den Berufskollegs und den beruflichen Gymnasien stieg die Zahl der ausländischen Schüler, wenngleich sich hier die Ausländeranteile von 3,6 bzw. 1,7% noch relativ bescheiden ausnehmen.

Von den deutschen Schülern an den öffentlichen Berufsschulen (Teilzeitschulen) stehen 95% in einem betrieblichen Ausbildungsverhältnis. Dieser Anteil ist bei den Ausländern weiter von 43,4 auf 38,7% gesunken, obwohl für sie im Vergleich zum Vorjahr über 1300 zusätzliche Lehrstellen (+25%) bereitgestellt wurden. Die fortlaufende Verschlechterung der Lehrstellenversorgung von Ausländern kann jedoch eindeutig auf den enormen Zustrom türkischer Jugendlicher an Berufsschulen zurückgeführt werden, von denen infolge besonderer Anpassungsschwierigkeiten und häufig fehlender Arbeitserlaubnis nur noch 18% in eine Ausbildungsstelle vermittelt werden konnten. Dagegen hat sich der Versorgungsgrad der meisten anderen Nationalitäten weiter verbessert und erreicht bei den spanischen und jugoslawischen Jungen Spitzenwerte von 83 bzw. 77%.

Schaubild 9

Ausländische und deutsche Verurteilungsziffern nach Altersgruppen 1980

Ohne Straftaten im Straßenverkehr, gegen das Wehrstrafgesetz und das Ausländergesetz



1) Verurteilungsziffer: Verurteilte auf 100 000 der jeweiligen Bevölkerung.

Straffälligkeit

Gesellschaftliches Verhalten vollzieht sich nicht immer konfliktfrei, wobei der ausländische Bevölkerungsteil in dieser Hinsicht besonderen Belastungen ausgesetzt ist. So stieg nach den Ergebnissen der polizeilichen Kriminalstatistik⁶ die Zahl der tatverdächtigen Ausländer⁷ zwischen 1979 und 1980 um 13,4% von 35036 auf 39733 an (insgesamt: 192837 Tatverdächtige (+8,3%), einschließlich 8440 strafunmündige Kinder unter 14 Jahren). Der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtzahl der ermittelten Tatverdächtigen hat sich damit von 19,7% auf 20,6% erhöht.

Art, Umfang und Entwicklung der Straffälligkeit bestimmter Bevölkerungsgruppen ergibt sich auch aus der Zahl der von den Gerichten des Landes rechtskräftig Abgeurteilten bzw. Verurteilten. 1980 wurden insgesamt 126558 Angeklagte abgeurteilt, dabei endeten 105179 Verfahren mit einer Verurteilung. Von den Verurteilten waren 17623 (1979: 16254) oder 16,8% (15,6%) Ausländer. Betrachtet man nur den Bereich der sog.

⁶ Ohne Staatsschutz- und Verkehrsdelikte.

⁷ Neben Staatenlosen sind hier auch Stationierungsstreitkräfte und deren Angehörige sowie Touristen, Durchreisende und illegal in Baden-Württemberg anwesende Ausländer erfasst.

klassischen Kriminalität (Verbrechen und Vergehen ohne Straßenverkehrsdelikte), so ergibt sich bei insgesamt 56663 Verurteilten ein Ausländeranteil von 18,8%.

Eine vergleichende Betrachtung der Delinquenz des ausländischen mit dem deutschen Bevölkerungsteil muß zumindest ihre unterschiedliche demographische Struktur berücksichtigen. Hier liefert die Verurteiltenziffer⁸ einen brauchbaren von Größe und Struktur der Basisbevölkerung unabhängigen Indikator. Ein Vergleich der für 1980 errechneten Verurteiltenziffern nach Altersgruppen im Bereich der klassischen Kriminalität zeigt, daß die Ausländer in allen Altersgruppen der 14- bis unter 50jährigen (vgl. *Schaubild 9* sowie *Tabelle 9 im Anhang*) straffälliger sind als die Deutschen. Noch im Jahr 1971 wurden, bezogen auf 100000 der 14- bis unter 21jährigen Ausländer, 1573 Personen verurteilt. Bei den Deutschen waren es 1695, also 122 Jugendliche (14- bis unter 18jährige) und Heranwachsende (18- bis unter 21jährige) mehr. Bis zum Jahr 1980 hat sich die kriminelle Belastung der jungen Ausländer jedoch ganz erheblich erhöht, während bei den gleichaltrigen Deutschen eine rückläufige Entwicklung zu verzeichnen ist. So wurden 1980 568 Ausländer im Alter von 14 bis unter 21 Jahren *mehr* verurteilt als gleichaltrige Deutsche, jeweils bezogen auf 100000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe. Bei den verurteilten 21- bis unter 30jährigen war demgegenüber bereits 1971 im Bereich der klassischen Kriminalität eine höhere Straffälligkeit der Ausländer zu beobachten.

Bei den über 30jährigen ist ein Zeitvergleich erst ab 1976 sinnvoll, da die Ergebnisse der früheren Jahre nicht in der erforderlichen altersspezifischen Gliederung vorliegen. In der Altersgruppe der 30- bis unter 40jährigen betrug die Verurteiltenziffer der Ausländer 1976 1009 und lag damit um 207 über dem entsprechenden Wert der Deutschen. Der Abstand hat sich bis 1980 auf 348 erhöht, da die Ausländer eine starke Zunahme der Delinquenz (+ 10,4%) zu verzeichnen hatten (Deutsche: - 4,5%). Von den betrachteten Altersgruppen weisen die 40- bis unter 50jährigen beider Bevölkerungsteile zwar die niedrigsten Verurteiltenziffern auf, der relative Abstand zwischen der Straffälligkeit der Deutschen und Ausländer ist hier jedoch am größten: 1980 lag die Verurteiltenziffer der Ausländer um 82% über der der Deutschen, 1976: 70%.

Im Straßenverkehr sind die Ausländer in den Altersgruppen von 21 bis unter 50 Jahren ebenfalls wesentlich straffälliger als die Deutschen. Dabei war bei beiden Teilen der Bevölkerung die

⁸ Verurteilte auf 100000 des entsprechenden Bevölkerungsteils. Wegen Vergehen gegen das Wehrstrafgesetz und das Ausländergesetz. Verurteilte blieben hier aus Gründen der Vergleichbarkeit außer Ansatz.

Delinquenz der 25jährigen und älteren bis 1979 rückläufig. 1980 nahm die Verurteiltenziffer bei den Ausländern wieder zu. Demgegenüber sind die ausländischen Jugendlichen weniger straffällig als ihre deutschen Altersgenossen; die kriminelle Belastung hat jedoch seit 1976 bei beiden Gruppen erheblich zugenommen.

Die vorliegenden Ergebnisse zeigen im übrigen auch eindeutig, daß es Deliktbereiche gibt, in denen die ausländische Bevölkerung straffälliger ist als die deutsche. Hierzu gehören z. B. die Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung, wobei auffällt, daß die jugendlichen Ausländer straffälliger sind als die Heranwachsenden. Dies zeigt sich auch bei Diebstahl und Raub. Deutlich ist auch, daß schon die jugendlichen und heranwachsenden Ausländer ihre Streitigkeiten offenbar handfester austragen als die Deutschen dieser Altersgruppen; die kriminelle Belastung der Ausländer bei der gefährlichen und schweren Körperverletzung ist höher als die der entsprechenden Deutschen.

Wohnverhältnisse der Ausländer

Der allgemeinen Tendenz zur Verkleinerung der Haushalte steht diejenige zur gleichzeitigen Vergrößerung der Wohnungen gegenüber. So hat der Strukturanteil der Wohnungsinhaberhaushalte insgesamt an den großen Wohnungen mit 5 sowie 6 und mehr Räumen zugenommen, in den mittleren Wohnungen mit 3 und 4 selbstbewohnten Räumen abgenommen und ist bei den Kleinwohnungen mit 1 bzw. 2 Räumen nahezu konstant geblieben. Bei den Haushalten mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand fand ebenfalls eine Verschiebung hin zu größeren Wohnungen statt, entsprechend der hier zu verzeichnenden Tendenz der Abnahme der Klein- und der Zunahme der Großhaushalte. So nahm der Anteil der Ausländerhaushalte in Wohnungen mit 1, 2 oder 3 Räumen im Beobachtungszeitraum ab, während derjenige in Wohnungen mit mehr als 3 selbstbewohnten Räumen zunahm. Außerdem fällt auf, daß der Anteil der als Untermieter wohnenden ausländischen Haushalte von 48% (1972) auf 19% im Jahr 1978 zurückging. Allerdings zeigt der Vergleich der Anteile der Haushalte insgesamt und der Ausländerhaushalte an den Wohnungen nach der Raumzahl, daß die Ausländerhaushalte bei den Wohnungen kleinerer und mittlerer Größe relativ überwiegen, wobei sich jedoch seit 1972 eine relative Verbesserung ergab.

Auch die Daten über die Wohnungen nach der Fläche bestätigen diesen Befund. Bei den Haushalten der Wohnungsinhaber insgesamt ist – gemessen am Jahr 1972 – eine Verbesserung der Wohnflächen derart festzustellen, daß der Anteil der Wohnungen mit einer Fläche von unter 80 m² relativ zugunsten derjenigen mit mehr Wohnfläche abgenommen hat.

Dementsprechend hat bei den Ausländerhaushalten der Anteil der Wohnungsinhaber mit größeren Wohnflächen gegenüber 1972 zugenommen. Allerdings bleibt der Unterschied in der Versorgung zwischen den Wohnungsinhaberhaushalten insgesamt und den ausländischen – wie auch oben festgestellt – bei relativer Verbesserung seit 1972, im wesentlichen erhalten.

Im Hinblick auf qualitative Aspekte wird als ein Indikator dafür zunächst das Baualter des Gebäudes herangezogen. Hier läßt sich feststellen, daß die Ausländer rund zur Hälfte in Gebäuden leben, die 1948 und früher errichtet wurden (Haushalte insgesamt: 38%). Nur 9% der Ausländerhaushalte (Haushalte insgesamt 14%) wohnen in Neubauten (1972 und später errichtet). Somit ist für die Ausländer eher die Unterbringung in Altbauten typisch, was auf eine qualitativ schlechtere Versorgung dieses Personenkreises schließen läßt. Ergänzend hierzu bleibt festzustellen, daß 2% der Haushalte mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand in Unterkünften untergebracht sind, einer Wohnform, die bei den Haushalten insgesamt kaum in Erscheinung tritt.

Auffallend ist auch, daß in Eigenheimen mit einer oder zwei Wohnungen nur selten Ausländerhaushalte anzutreffen sind. Nur jeder vierte Haushalt dieser Gruppe wohnt in einem Ein- oder Zweifamilienhaus, während drei Viertel in Gebäuden mit 3 und mehr Wohnungen, also den typischen Mietwohnungen, untergebracht sind. Demgegenüber leben über die Hälfte (53%) der Haushaltungen

insgesamt in Gebäuden mit einer bzw. 2 Wohnungen und 47% in Gebäuden mit 3 und mehr Wohnungen.

Ausschlaggebend für die Bewertung der Qualität einer Wohnung sind aber vor allem Ausstattungsmerkmale wie das Vorhandensein von Bad, WC und Sammelheizung. Hierbei zeigt sich, daß nur 34% der Ausländerhaushalte in den qualitativ am besten ausgestatteten Wohnungen mit „Bad, WC und Sammelheizung“ leben, während der entsprechende Anteil aller Wohnungsinhaber deutlich mehr als die Hälfte (56%) beträgt. Bei den Wohnungen mit den Ausstattungsmerkmalen der zweiten Kategorie, also mit Bad und WC, aber ohne Sammelheizung, halten sich die Anteile der ausländischen und der Wohnungsinhaber insgesamt die Waage. Bei den Wohnungen ohne Bad, aber mit WC in der Wohnung und den Wohnungen mit sonstiger Ausstattung dominieren mit 36% die ausländischen Haushalte, während von den Wohnungsinhaberhaushalten insgesamt nur 15% in diesem qualitativ wenig ansprechenden Wohnungstyp leben.

Die in quantitativer und qualitativer Hinsicht schlechtere Versorgung der Haushalte mit ausländischem Haushaltsvorstand gegenüber den Haushalten insgesamt schlägt sich erwartungsgemäß – soweit es sich bei den Haushalten um Hauptmieterhaushalte handelte – auch in der Höhe der monatlich zu zahlenden Miete nieder. So zahlen 40% der ausländischen Hauptmieter, soweit eine Angabe zur Miete vorliegt, weniger als 200 DM im Monat, während dies bei den Haushalten insge-

Tabelle 8

Wohnungsinhaberhaushalte¹⁾ insgesamt und mit ausländischem Haushaltsvorstand nach selbstbewohnten Räumen 1972 und 1978

| Selbstbewohnte Räume | 1972 | | | | 1978 | | | |
|----------------------|------------------------------------|-----|--|-----|------------------------------------|-----|--|-----|
| | Wohnungsinhaberhaushalte insgesamt | | darunter mit ausländischem Haushaltsvorstand | | Wohnungsinhaberhaushalte insgesamt | | darunter mit ausländischem Haushaltsvorstand | |
| | 1000 | % | 1000 | % | 1000 | % | 1000 | % |
| Haushalte mit | | | | | | | | |
| 1 Raum | 66,4 | 2 | 14,0 | 9 | 76,3 | 2 | 14,2 | 6 |
| 2 Räumen | 150,2 | 5 | 34,7 | 21 | 190,7 | 6 | 32,2 | 14 |
| 3 Räumen | 615,7 | 21 | 53,0 | 33 | 538,3 | 16 | 53,8 | 24 |
| 4 Räumen | 1 012,0 | 35 | 42,1 | 26 | 1 058,3 | 32 | 84,9 | 37 |
| 5 und mehr Räumen | 1 084,9 | 37 | 18,3 | 11 | 1 442,6 | 44 | 41,8 | 18 |
| Insgesamt | 2 929,2 | 100 | 162,1 | 100 | 3 306,2 | 100 | 226,9 | 100 |

1) Ohne Haushalte von Angehörigen ausländischer Streitkräfte in privatrechtlich gemieteten Wohnungen sowie 1978 ohne 12 700 Wohnungsinhaberhaushalte in Freizeitwohnungen.

samt 30% sind. 31% der ausländischen Hauptmieter zahlen zwischen 200 und 300 DM, 28% sind es bei den Hauptmieterhaushalten insgesamt. 300 und mehr DM zahlen 28% der ausländischen und 42% der Haushalte insgesamt.

Es stellt sich hier die Frage, ob die Haushalte mit nichtdeutschem Haushaltsvorstand – um Mietkosten einzusparen – bewußt Ausstattungsmängel in Kauf nehmen und sich mit kleineren Wohnungen zufrieden geben, um im Hinblick auf eine geplante Rückkehr in ihr Heimatland ein gesetztes Sparziel zu erreichen. Anhaltspunkte hierfür können möglicherweise aus einer Befragung über die Verweil- und Rückkehrabsichten der ausländischen Haushalte 1978 gewonnen werden. Im Ergebnis hatte hier eine Minderheit konkrete Rückkehrpläne, die Mehrheit aber die Absicht, erst mittel- oder langfristig in das Heimatland zurückzukehren.

Zusammenfassung

- Der 1978 wieder einsetzende Anstieg der Ausländerzahl resultierte in erster Linie aus Wanderungsüberschüssen. So stieg die Zahl der Ausländer 1980 weiter an und überschritt mit 926400 (+6,1% gegenüber 1979) den seitherigen Höchststand 1973. Die Nichterwerbspersonen hatten am Wanderungsüberschuß 1980 einen Anteil von rund 66%.
- Im Bundesgebiet lebten 1980 rund 4,5 Mill. Ausländer, davon mehr als ein Fünftel in Baden-Württemberg (Nordrhein-Westfalen mit rund 31%). Der Anteil der Ausländer an der Wohnbevölkerung ist in Baden-Württemberg mit 10% unter den Flächenstaaten am größten. Die stärkste Konzentration weisen die Ballungsgebiete auf (vor allem Mittlerer Neckar).
- Über vier Fünftel der in Baden-Württemberg lebenden Ausländer stammen aus den sechs früheren Hauptanwerbeländern (Italien, Jugoslawien, Griechenland, Türkei, Portugal, Spanien). Die stärkste Ausländergruppe bilden die Türken, die 27,8% der ausländischen Wohnbevölkerung stellen.
- Der Wanderungssaldo des Jahres 1980 betrug 40000 (151300 Zuzüge und 111300 Fortzüge); er ist auf den Wanderungsüberschuß mit der Türkei zurückzuführen.
- Mehr als die Hälfte der Ausländer eines Zugangsjahres zieht bereits nach etwa einem Jahr wieder fort, etwa 20 bis 30% bleiben länger als 10 bis 15 Jahre im Lande. Im September 1980 waren 41% der Ausländer zehn Jahre und länger in Baden-Württemberg (1973: 14%).
- Die Anpassung der ausländischen Geburtenrate an das generative Verhalten der deutschen Bevölkerung sowie die Entwicklung der altersspezifischen Verheiratetenquote der Ausländer-

rinnen lassen einen Anpassungsprozeß der Ausländer an das Gastland erkennen.

- Die Abnahme der ausländischen Ein- und Zweipersonenhaushalte bei gleichzeitiger Zunahme bei den Ausländerhaushalten mit drei und insbesondere vier und mehr Personen zeigt eine Tendenz zur verstärkten Haushaltsbildung auf. Die durchschnittliche Haushaltsgröße nahm von 2,18 Personen pro Haushalt im Jahr 1972 auf 2,82 Personen im Jahr 1980 zu.
- Entsprechend der Tendenz der Abnahme der Klein- und Zunahme der Großhaushalte fand eine Verschiebung hin zur größeren Wohnung statt; der Anteil der Ausländerhaushalte in Wohnungen mit mehr als 3 selbständigen Räumen nahm zu. Rund die Hälfte der Ausländer leben in Altbauten (erbaut vor 1948).
- Von den 1980 in Baden-Württemberg wohnenden Ausländern waren 55% erwerbstätig. Auch bei Berücksichtigung der altersstrukturellen Unterschiede ist bei der ausländischen Bevölkerung die Erwerbsbeteiligung stärker ausgeprägt als bei der deutschen.
- Trotz gewisser Anpassungstendenzen sind nach wie vor mit 87,5% die meisten Ausländer als Arbeiter tätig (Deutsche: 39,2%). 80% der erwerbstätigen Ausländer arbeiteten 1980 im Produzierenden Gewerbe (nahezu jeder sechste der insgesamt 2,2 Millionen Erwerbstätigen dieses größten Wirtschaftsbereichs).
- Die Zunahme des Kindergartenbesuchs ausländischer Kinder deutet auf eine steigende Integrationswilligkeit hin. 1980 besuchten rund 33000 oder 56% der Ausländerkinder (3-6 Jahre) einen Kindergarten (1973: 36%).
- Beim Übergang auf weiterführende Schulen zeigt sich insbesondere im Realschulbereich eine Anpassungstendenz der ausländischen Schüler an das deutsche Bildungsverhalten. Bei den ausländischen Schülern sind es 15% (Realschule) bzw. 11% (Gymnasium), (Deutsche: je über 30%).

Von denjenigen ausländischen Kindern, die in der Hauptschule verblieben sind, erreichen 78% den Hauptschulabschluß. Zieht man jedoch auch diejenigen Ausländer in die Betrachtung mit ein, die altersbedingt oder wegen Rückkehr in die Heimat die Schule vor Erreichen der Abschlußklasse verlassen, sind die Abgänge ohne Abschluß immer noch hoch.

- Zu Beginn des Schuljahres 1980/81 waren an den öffentlichen und privaten beruflichen Schulen des Landes 23340 ausländische Jugendliche oder 41,5% mehr als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres, bedingt durch den Zustrom türkischer Jugendlicher. Die Mehrzahl der ausländischen Schüler besucht die berufsbegleitenden Teilzeitschulen.

- Gesellschaftliches Verhalten vollzieht sich nicht immer konfliktfrei, wobei der ausländische Bevölkerungsteil in dieser Hinsicht besonderen Belastungen ausgesetzt ist. So stieg die Zahl der tatverdächtigen Ausländer zwischen 1979 und 1980 um 13,4% an. Der Anteil der Nichtdeutschen an der Gesamtzahl der ermittelten Tatverdächtigen hat sich damit von 19,7% auf 20,6% erhöht.

1.3 Grunddaten zur Situation der Behinderten

Über 427000 Behinderte

Die zum 31.12.1979 erstellte und im Bundesgebiet nach einheitlichen Richtlinien durchgeführte Behindertenstatistik¹ ermöglicht erstmals einen Überblick über die Zusammensetzung dieses Personenkreises nach Alter, Geschlecht, Grad, Art und Ursachen der Behinderung.

Danach waren Ende 1979 in Baden-Württemberg 427301 Menschen mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 30% als behindert anerkannt². Damit waren fast 5% der Einwohner des Landes in diesem Sinne behindert.

374306 Menschen waren schwerbehindert, das heißt sie waren infolge einer körperlichen, geistigen oder seelischen Behinderung nicht nur vorübergehend um wenigstens 50% erwerbsgemindert. Schwerbehindert waren somit 88% aller Behinderten. Unter diesen Schwerbehinderten waren fast 100000 Personen, deren Erwerbsfähigkeit nach dem Schwerbehindertengesetz zu 100% gemindert war. Auffallend ist die relativ geringe Zahl

Tabelle 1

Behinderte nach Staatsangehörigkeit und Geschlecht am 31. Dezember 1979

| Staatsangehörigkeit Geschlecht | | Bevölkerung insgesamt | Behinderte insgesamt | Behinderte auf 1000 Einwohner |
|-----------------------------------|-----------|--------------------------|-------------------------|-------------------------------------|
| Deutsche | männlich | 3 930 457 | 237 718 | 60,5 |
| | weiblich | 4 386 159 | 172 097 | 39,2 |
| | zusammen | 8 316 616 | 409 815 | 49,3 |
| Ausländer | männlich | 489 848 | 11 927 | 24,3 |
| | weiblich | 383 588 | 5 559 | 14,5 |
| | zusammen | 873 436 | 17 486 | 20,0 |
| Deutsche und Ausländer | männlich | 4 420 305 | 249 645 | 56,5 |
| | weiblich | 4 769 747 | 177 656 | 37,2 |
| | insgesamt | 9 190 052 | 427 301 | 46,5 |

von Behinderungen um 40 bis unter 50% und um 90 bis unter 100% und die relativ hohe Zahl von Behinderungen in der nächsthöheren Stufe (*Tabelle 10, Anhang*).

Unterschiedlich ist die anerkannte Erwerbsminderung nach einzelnen Altersgruppen (*Tabelle 11, Anhang*). Bei Kindern und Jugendlichen bis unter 18 Jahren war der Anteil der Personen mit anerkannter Behinderung relativ niedrig. Allerdings war bei den Behinderten in diesem Alter der Anteil der voll Erwerbsgeminderten überdurchschnittlich hoch. Bei Kindern und Jugendlichen wird offenbar auch erst bei starken Behinderungen eine Anerkennung der Erwerbsminderung beantragt. Der Anteil der Behinderten an der Gesamtbevölkerung erhöhte sich mit zunehmendem Alter. Die Altersgruppe der 55- bis 65-jährigen weist mit Abstand den höchsten Anteil an Behinderten auf. Das ist vor allem auf die Folgen des 2. Weltkrieges zurückzuführen.

Der Anteil der Behinderten ist bei der männlichen Bevölkerung mit 5,6% größer als bei der weiblichen Bevölkerung mit 3,7%. Dieser Unterschied ist in allen Altersgruppen zu beobachten. Er ist besonders ausgeprägt bei den 55- bis 65-jährigen. In diesem Alter sind 9% der Frauen, aber 25% der Männer behindert. Die Auswirkungen der Kriegshandlungen führten dazu, daß in diesen Jahrgängen jeder vierte Mann in seiner Erwerbsfähigkeit eingeschränkt ist.

Bei den weiblichen Behinderten ist festzustellen, daß die Behinderung relativ häufiger zu einer 100%igen Minderung der Erwerbsfähigkeit führte als bei den Männern. Jede vierte weibliche Behinderte war zu 100% erwerbsgemindert, bei den männlichen Behinderten war es jeder fünfte.

Unter den anerkannten Behinderten waren 17486 Ausländer. Damit sind 2,0% aller Ausländer nicht voll erwerbsfähig gegenüber 4,9% bei den Deut-

¹ Als Berichtsstellen fungierten die Versorgungsämter, deren Meldungen über das Landesversorgungsamt Baden-Württemberg an das Statistische Landesamt auf Datenträger eingesandt wurden. Gegenstand der Erhebung waren die in unserem Lande ansässigen Behinderten, denen eine Gesamt-MdE von mindestens 30 v.H. zuerkannt worden ist. Die der Erhebung zugrundeliegende Datei des Landesversorgungsamtes ist gekoppelt mit dem Ausweisverfahren. So wurden Behinderte aus dem Bestand entfernt, wenn die Gültigkeitsdauer ihres erteilten Ausweises oder Bescheides in der Zeit vom April 1974 bis Ende Dezember 1979 abgelaufen ist und keine neue Feststellung über Verlängerung oder Veränderung getroffen wurde und seitdem ein Jahr vergangen ist. Bei den Behinderten wurde im Einzelfall eine, höchstens aber drei Arten von Behinderung signiert. Jeder dieser Behinderungen mußte dabei eine MdE von mindestens 25 % zuerkannt sein, um einzeln signiert zu werden. Im Falle einer Mehrfachbehinderung, wobei die einzelne MdE unter 25 % blieb, zusammen jedoch eine Gesamt-MdE von 30 % oder mehr gegeben war, wurde dieser Umstand als eine erste Behinderung gewertet.

² Nach Feststellungen des Landesversorgungsamtes waren am 31. März 1981 in Baden-Württemberg 550870 Behinderte anerkannt, davon 474427 Schwerbehinderte. Einer der Hauptgründe für das starke Anwachsen der Zahl der anerkannten Behinderten liegt im Inkrafttreten des Gesetzes über die unentgeltliche Beförderung von Schwerbehinderten zum 1. Oktober 1979. Erste Vergleiche haben ergeben, daß trotz des starken Anstiegs der Zahl der anerkannten Behinderten die Struktur (Behindertenarten und Ursachen der Behinderung) keine wesentliche Änderung erfahren hat. Es ist lediglich anzunehmen, daß krankheitsbedingte Behinderungen, verglichen mit den übrigen, in noch stärkerer Anzahl anerkannt worden sind.

Tabelle 2

Behinderte nach Altersgruppen und Geschlecht am 31. Dezember 1979

| Altersgruppe von ... bis unter...Jahren | Behinderte insgesamt | Behinderte auf 1000 Einwohner | | |
|---|----------------------|-------------------------------|----------|----------|
| | | insgesamt | männlich | weiblich |
| unter 18 | 15 144 | 6,7 | 7,5 | 5,9 |
| 18 — 35 | 42 607 | 18,8 | 22,1 | 15,3 |
| 35 — 45 | 49 699 | 35,2 | 39,7 | 30,4 |
| 45 — 55 | 92 399 | 83,2 | 95,8 | 70,5 |
| 55 — 65 | 125 003 | 152,8 | 245,0 | 90,5 |
| 65 und mehr | 102 449 | 77,4 | 107,3 | 60,1 |
| Insgesamt | 427 301 | 46,5 | 56,5 | 37,2 |

sehen. Besonders in den Altersgruppen von 18 bis unter 45 Jahren ist der Anteil erwerbsbehinderter Ausländer erheblich geringer als bei der deutschen Bevölkerung (Tabelle 12, Anhang).

Jeder vierte Schwerbeschädigte ist voll erwerbsgemindert.

Von den 427301 anerkannten Behinderten in Baden-Württemberg waren 12,4% Leichtbehinderte und 87,6% Schwerbehinderte. Der Anteil der Leichtbehinderten, die erwerbstätig waren, lag bei 78%. Zu den nichterwerbstätigen Leichtbehinderten zählen vor allem Kinder, Schüler, Studenten und Frauen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen. Unter den Leichtbehinderten, die erwerbstätig waren, (Tabelle 13, Anhang), befanden sich knapp 1% in Ausbildung. Knapp die Hälfte waren als Arbeiter und mehr als ein Drittel als Angestellte tätig. Als Beamte und Richter gingen 5,6% einer Erwerbstätigkeit nach. Auf Selbständige, Landwirte und mit helfende Familienangehörige entfiel ein Anteil von 3,2%.

Die Erwerbsbeteiligung der um mindestens 50% erwerbsgeminderten Schwerbehinderten lag bei 52,3%, das sind 195871 Personen. Nichterwerbstätig waren 47,7% der Schwerbehinderten. In Ausbildung standen von den erwerbstätigen Schwerbehinderten 1,0%. Als Arbeiter waren 40,7% der Schwerbehinderten tätig und als Angestellte gut ein Drittel. In der Stellung eines Beamten und Richter waren 6,5% dieser Behinderten beschäftigt. Der Anteil der Selbständigen, Landwirte und mit helfenden Familienangehörigen lag bei 4,7%.

Von den Schwerbehinderten waren allein 99204 oder 26,5% zu 100% erwerbsgemindert. Auffallend hoch ist der Anteil der 100% Erwerbsgeminderten bei den Frauen (30,1%; Männer: 24,1%). Nun bedeutet die völlige Minderung der Erwerbsfähigkeit nach dem Schwerbehindertengesetz nicht, daß solcherart Behinderte generell keinem Erwerb nachgehen können. Die Statistik weist vielmehr

nach, daß gut jede vierte (27,9%) voll erwerbsgeminderte Person zum Erfassungszeitpunkt erwerbstätig war. 62,9% waren allerdings aufgrund ihrer schweren Behinderung nicht erwerbstätig, 9,2% waren Kinder, Schüler und Studenten.

Gliedert man die Behinderten nach Behindertengruppen und Altersklassen, so stellt man fest, daß von den Leichtbehinderten unter 25 Jahren gut jeder zweite erwerbstätig war. In der Altersklasse von 25 bis unter 45 Jahren standen fast 90% im Erwerbsleben. (Tabelle 14, Anhang). Von den 45- bis unter 65-jährigen Leichtbehinderten gingen 83,1% einem Erwerb nach und in der Klasse der 65-jährigen und älteren waren es nach den vorliegenden Meldungen noch knapp ein Fünftel.

Der Anteil der erwerbstätigen Schwerbehinderten war in allen Altersklassen verständlicherweise geringer als bei den Leichtbehinderten. Von den unter 25 Jahre alten Schwerbehinderten gingen knapp 1/4 einer Beschäftigung nach. In den Altersklassen von 25 bis unter 45 Jahren und 45 bis unter 65 Jahren waren jedoch jeweils mehr als zwei Drittel der Schwerbehinderten erwerbstätig.

12,5% der Behinderten leben in Baden-Württemberg

Von den in der Bundesrepublik Deutschland am 31.12.1979 ermittelten gut 3,4 Mill. Behinderten lebten in Baden-Württemberg 12,5%, das sind deutlich weniger als es dem Bevölkerungsanteil entspricht (15,0%).

Ein Vergleich der Bundesergebnisse mit den Landesergebnissen zeigt, daß der Anteil der männlichen Behinderten in Baden-Württemberg (58,4%) höher lag als auf Bundesebene (56,2%). In der Gliederung nach Altersgruppen ergaben sich auf Bundesebene für die Behinderten unter 25 Jahren und von 25 bis unter 45 Jahren jeweils geringere Anteile als in Baden-Württemberg (zusammen

Tabelle 3

Behinderte nach Behindertengruppen und der Erwerbstätigkeit am 31. Dezember 1979

| Behindertengruppe | Behinderte insgesamt | Davon waren | |
|----------------------------------|----------------------|--------------|--------------------|
| | | erwerbstätig | nicht erwerbstätig |
| | Anzahl | % | |
| Leichtbehinderte | 52 995 | 78,2 | 21,8 |
| Schwerbehinderte | 374 306 | 52,3 | 47,7 |
| darunter mit einer MdE von 100 % | 99 204 | 27,9 | 72,1 |
| Insgesamt | 427 301 | 55,5 | 44,5 |
| davon männlich | 249 645 | 65,2 | 34,8 |
| weiblich | 177 656 | 42,0 | 58,0 |

21,8% bzw. 25,2%). Auffallend ist besonders der hohe Anteil der Behinderten über 65 Jahren auf Bundesebene (29,7%), der in Baden-Württemberg (24%) deutlich niedriger lag.

Nach Minderung der Erwerbsfähigkeit ergaben sich ebenfalls gewisse Unterschiede. Der Anteil der Behinderten mit voller Erwerbsminderung lag in Baden-Württemberg bei 23,2%, während er auf Bundesebene „nur“ 20,1% ausmachte. Demgegenüber war der Anteil der Leichtbehinderten im Bundesgebiet mit 13,8% etwas größer als auf Landesebene (12,4%). Der Anteil der ausländischen Behinderten an den Behinderten insgesamt erreichte in Baden-Württemberg (4,1%) gegenüber dem Bundesgebiet (2%) einen hohen Wert, entsprechend dem höheren Ausländeranteil an der Bevölkerung (9,5% bzw. 7,2%).

Von den Behinderten waren in der Bundesrepublik Deutschland³ 51,3% erwerbstätig (Tabelle 15, Anhang). Unter den Leichtbehinderten gingen rund 75,4% einem Erwerb nach und unter den Schwerbehinderten waren es 47,4% (Baden-Württemberg 78,2 bzw. 52,3%).

Die Behinderungsarten

In Baden-Württemberg wurden 550407 Behinderungen anerkannt, die sich auf 55 verschiedene Behinderungsarten bzw. 9 Gruppen verteilen. Von diesen Gruppen heben sich Krankheiten, die zur Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen führen, zahlenmäßig deutlich heraus. Sie stellten die schwerwiegendste Behinderung dar. Dabei waren Herz- und Kreislaufkrankungen die mit Abstand häufigste Behinderungsart. Relativ häufig waren hier aber auch Erkrankungen der Atemwege und Erkrankungen der Verdauungsorgane. Funktionseinschränkungen der Gliedmaßen, mit einem deutlichen Schwergewicht der unteren Gliedmaßen, betrafen rund 25% der Behinderten. Mit rund 17% folgten die 73626 durch Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen und Suchtkrankheiten hervorgerufenen Beeinträchtigungen. Darunter fallen 1722 Querschnittslähmungen, 39370 hirnorganische Leiden und 19501 Behinderte mit Störungen der geistigen Entwicklung. Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule und des Rumpfes bzw. Deformierungen des Brustkorbes lagen bei etwa einem Sechstel der Behinderten vor, wobei Wirbelsäulenschäden deutlich überwiegen. An Blindheit und Sehbehinderungen litten 26574 Behinderte oder 6,2%. Darunter wird Blindheit bzw. der Verlust beider Augen in 3861 Fällen (0,7%) genannt. Auf Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit und Gleichgewichtsstörun-

gen entfielen 4,3% der Behinderungen (23648). 16541 oder 3% aller Behinderungen bestehen im Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen. Ferner wurden 11616 Behinderte mit Kleinwuchs, Entstellungen u.a. gezählt (2,7%). Bei 39960 Behinderungen (7,3%) handelte es sich um sonstige oder ungenügend bezeichnete Beeinträchtigungen.

Unterschiede hinsichtlich der Behinderungsarten

Gravierende Unterschiede zwischen den Geschlechtern hinsichtlich der Behinderungsarten liegen vor allem bezüglich des Verlusts oder Teilverlusts von Gliedmaßen bzw. der Funktionseinschränkung von Gliedmaßen vor. Hiervon sind Männer öfter betroffen. Dies dürfte die Folge von Kriegsbeschädigungen sein. Allerdings führen bei Männern auch Unfälle etwas häufiger zu Behinderungen dieser Art. Unter Kleinwuchs und Entstellungen litten dagegen wesentlich mehr Frauen, da zu dieser Behinderungsgruppe die wohl durch Krebserkrankungen hervorgerufenen Brustamputationen zählen. Bei den weiteren Behinderungsarten liegen dagegen nur geringfügige Unterschiede zwischen den Geschlechtern vor, wobei Wirbelsäulenerkrankungen und Beeinträchtigungen der Funktion innerer Organe oder Organsysteme bei Frauen relativ häufiger vorkommen.

Zwischen den ausländischen und deutschen Behinderten gab es hinsichtlich der Behinderungsarten ebenfalls einige Unterschiede. Von den insgesamt 17486 Behinderten mit ausländischer Staatsangehörigkeit litt zwar ebenfalls ein Drittel unter einer Funktionseinschränkung innerer Organe, doch lag

Tabelle 4

Behinderte im Bundesgebiet und in Baden-Württemberg am 31. Dezember 1979

| Merkmal | Bundesgebiet | | Baden-Württbg. |
|---|--------------|------|----------------|
| | Anzahl | % | % |
| Behinderte insgesamt | 3 431 400 | 100 | 100 |
| männlich | 1 929 007 | 56,2 | 58,4 |
| weiblich | 1 502 393 | 43,8 | 41,6 |
| Altersklassen | | | |
| unter 25 Jahre | 225 419 | 6,6 | 7,8 |
| 25 bis unter 45 Jahre | 520 077 | 15,2 | 17,4 |
| 45 bis unter 65 Jahre | 1 666 375 | 48,6 | 50,9 |
| 65 und mehr Jahre | 1 019 529 | 29,7 | 24,0 |
| Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) in % | | | |
| 30 bis unter 50 | 471 952 | 13,8 | 12,4 |
| 50 bis unter 80 | 1 619 710 | 47,2 | 46,9 |
| 80 bis unter 100 | 651 213 | 19,0 | 17,5 |
| 100 | 688 525 | 20,1 | 23,2 |
| Staatsangehörigkeit | | | |
| Deutsche | 3 362 808 | 98,0 | 95,9 |
| Ausländer | 68 592 | 2,0 | 4,1 |

³Ohne Berücksichtigung der in Bayern nicht aufgliederbaren Behinderten.

Tabelle 5

Behinderte nach Art der schwerwiegendsten Behinderung am 31. Dezember 1979

| Art der schwerwiegendsten Behinderung | Behinderte | | | | | |
|---|------------|------|----------|------|-----------|------|
| | männlich | | weiblich | | insgesamt | |
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen | 14 041 | 5,6 | 1 693 | 1,0 | 15 734 | 3,7 |
| Funktionseinschränkung von Gliedmaßen | 54 679 | 21,9 | 28 257 | 15,9 | 82 936 | 19,4 |
| Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformierung des Brustkorbes | 23 402 | 9,4 | 19 783 | 11,1 | 43 185 | 10,1 |
| Blindheit und Sehbehinderung | 11 021 | 4,4 | 7 229 | 4,1 | 18 250 | 4,3 |
| Sprach- und Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen | 9 141 | 3,7 | 5 933 | 3,3 | 15 074 | 3,5 |
| Kleinwuchs, Entstellungen u.a. | 722 | 0,3 | 9 161 | 5,2 | 9 883 | 2,3 |
| Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen | 80 052 | 32,1 | 59 972 | 33,8 | 140 024 | 32,8 |
| Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten | 37 367 | 15,0 | 27 469 | 15,5 | 64 836 | 15,2 |
| Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen | 19 220 | 7,7 | 18 159 | 10,2 | 37 379 | 8,7 |
| Insgesamt | 249 645 | 100 | 177 656 | 100 | 427 301 | 100 |

die relative Häufigkeit der Behinderungsarten „Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen“ und die „Funktionseinschränkung von Gliedmaßen“ etwas über dem Durchschnitt (3,7% bzw. 19,4%), während Sehbehinderungen bzw. Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit und Gleichgewichtsstörungen mit jeweils 3% deutlich seltener vorkamen.

Betrachtet man die Behinderungsarten nach dem Alter der Behinderten, so stellt bei den Behinderten unter 35 Jahren die Gruppe Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen und Suchtkrankheiten am häufigsten die schwerwiegendste Behinderung dar. Bei den Behinderten über 35 Jahre überwiegt dagegen die Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bzw. Organsystemen. Als zweithäufigste Behinderungsart folgt bei den 4 bis 6-jährigen die Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe, bei den Behinderten über 6 Jahren die Funktionseinschränkung der Gliedmaßen.

Während die Beeinträchtigung durch Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen bei der Hälfte aller Behinderten zur vollen Erwerbsminderung führten, hatten diese Behinderungsarten nur bei 2% eine leichte Behinderung, d.h. eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von weniger als 50% zur Folge. Darüber hinaus hatten Blindheit und Sehbehinderungen zu 39%, Kleinwuchs und Entstellungen und Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörungen bei jedem dritten Behinderten volle Erwerbsminderung hervorgerufen. Bei der Behinderungsgruppe Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen ist dies bei 26%, bei der Gruppe

Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen bei 19% und bei der Gruppe Funktionseinschränkung der Gliedmaßen bei 15% der Behinderten der Fall. Bei den durch eine Funktionseinschränkung der Wirbelsäule beeinträchtigten Behinderten sind etwa 9% voll erwerbsgemindert.

Etwa ein Viertel der Schwerbehinderten (93351) haben eine weitere Behinderung und rund 4% (14674) zwei oder mehr weitere Behinderungen. Häufig miteinander verbunden ist hier die Funktionseinschränkung von Gliedmaßen oder die Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und die Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe oder Organsysteme.

Die Ursachen der Behinderungen

Die Ursachen der Behinderungen sind vielfältig. So waren von den 550407 Behinderungen, die am 31.12.1979 anerkannt waren, 5,5% angeboren, knapp zwei Drittel krankheitsbedingt, rund 10% beruhten auf Kriegsdienst, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen. Etwa ein Siebtel hatte sonstige oder mehrere Ursachen, rund 2% waren auf einen Arbeitsunfall bzw. eine Berufskrankheit und etwa 1% auf einen Verkehrsunfall zurückzuführen. 1,7% waren ferner die Folge von einem nicht näher bezeichneten Unfall und rund 0,2% von einem häuslichen Unfall.

Die Betrachtung des Anteils der Behinderungsursachen an den einzelnen Behinderungsarten zeigt, daß nahezu ausnahmslos sämtliche Behinderungsarten zum überwiegenden Teil krankheitsbedingt sind. Eine Ausnahme stellt die Behinderungsgruppe „Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen“ dar.

Diese Behinderungsart wurde zum überwiegenden Teil durch den Kriegs- oder Wehrdienst hervorgerufen. Die Behinderungen der Gruppe Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen und der Gruppe Sprach- und Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit sind dagegen auch häufig angeboren.

Darüber hinaus waren u.a. rund 45% der über 30000 angeborenen Behinderungen Störungen der geistigen Entwicklung, etwa 19% bestand in einer Funktionseinschränkung von Gliedmaßen, 7% in einer Sehbehinderung oder Blindheit und 6% in der Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen. Von den über 10000 durch Arbeitsunfälle oder Berufskrankheiten verursachten Behinderungen bestand dagegen über die Hälfte in einer Funktionseinschränkung von Gliedmaßen und 18% im Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen. Jeweils etwa 6% der Arbeitsunfälle hatten eine Funktionseinschränkung der Wirbelsäule oder eine Sehbehinderung zur Folge. Soweit die Behinderungen auf einen Verkehrsunfall zurückzuführen waren, führte dies in 43% zu einer Funktionseinschränkung von Gliedmaßen, in jedem vierten Fall zu Querschnittslähmungen oder hirnorganischen Leiden, in 12% zum Verlust oder Teilver-

lust von Gliedmaßen. Aber auch Sehbehinderungen, Funktionseinschränkungen der Wirbelsäule, Sprach- oder Sprechstörungen, die Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe und Entstellungen wurden durch Verkehrsunfälle hervorgerufen. Während etwa 6000 Behinderungen durch Verkehrsunfälle verursacht wurden, waren lediglich 830 die Folge häuslicher Unfälle. Über die Hälfte der häuslichen Unfälle führten dabei zu einer Funktionseinschränkung von Gliedmaßen, etwa ein Achtel zum Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen und 11% zu einer Sehbehinderung oder Blindheit. Behinderungen, die auf sonstigen nicht näher bezeichneten Unfällen beruhten, wurden rund 9300 gezählt. Darüber hinaus wurden über 53000 Kriegs-, Wehr- oder Zivildienstbeschädigungen anerkannt. Hier bestanden 38% in einer Funktionseinschränkung von Gliedmaßen, jeweils 17% im Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen bzw. in der Beeinträchtigung der Funktion von inneren Organen oder Organsystemen. Von den 360562 krankheitsbedingten Behinderungen bestanden etwa 44% in einer Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe, 16% in einer Funktionseinschränkung der Gliedmaßen, 14% in einer Funktionseinschränkung der Wirbelsäule oder des

Tabelle 6

Behindertenursachen nach Behinderungsarten am 31. Dezember 1979

| Art der Behinderung | Angeborene Behinderung | Arbeitsunfall, Berufskrankheit | Verkehrsunfall | Häuslicher Unfall | Sonstiger oder nicht näher bezeichneter Unfall | Anerkannte Kriegs-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung | Sonstige Krankheit (einschl. Impfschaden) | Sonstige Ursachen oder mehrere Ursachen |
|---|------------------------|--------------------------------|----------------|-------------------|--|--|---|---|
| | % 1) | | | | | | | |
| Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen | 0,4 | 11,3 | 4,2 | 0,6 | 8,1 | 55,3 | 15,7 | 4,4 |
| Funktionseinschränkung von Gliedmaßen | 5,3 | 5,0 | 2,4 | 0,4 | 4,4 | 18,8 | 54,8 | 8,8 |
| Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes, Deformation des Brustkorbes | 1,4 | 0,9 | 0,4 | 0,2 | 0,8 | 4,2 | 75,9 | 16,3 |
| Blindheit, Sehbehinderung | 7,8 | 2,5 | 1,8 | 0,4 | 4,7 | 11,9 | 60,9 | 9,9 |
| Sprach- oder Sprechstörung, Taubheit, Schwerhörigkeit, Gleichgewichtsstörung | 14,6 | 0,8 | 0,6 | 0,1 | 0,5 | 9,1 | 60,2 | 14,1 |
| Kleinwuchs, Entstellung, Verlust einer Brust oder beider Brüste | 2,7 | 0,3 | 0,7 | 0,2 | 0,4 | 4,3 | 88,7 | 2,8 |
| Beeinträchtigung der Funktion innerer Organe oder Organsysteme | 1,0 | 0,2 | 0,1 | 0,0 | 0,1 | 5,1 | 86,2 | 7,4 |
| Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderungen, Suchtkrankheiten | 21,4 | 1,3 | 2,1 | 0,1 | 1,4 | 5,8 | 55,7 | 12,3 |
| Sonstige und ungenügend bezeichnete Behinderungen | 0,5 | 0,6 | 0,3 | 0,1 | 0,2 | 5,2 | 20,2 | 72,9 |
| Arten der Behinderungen insgesamt | 5,5 | 1,9 | 1,1 | 0,2 | 1,7 | 9,8 | 65,5 | 14,4 |

1) Anteil an den Behinderungen insgesamt.

Rumpfes oder einer Deformation des Brustkorbes und 11% in Querschnittslähmungen, zerebralen Störungen, geistig-seelischen Behinderungen. Gleichzeitig waren rund 79000 Behinderungen auf sonstige oder mehrere Ursachen zurückzuführen.

Männer häufiger durch Unfälle behindert

Bedeutende Unterschiede bezüglich der Unfallursachen ergaben sich zwischen den Geschlechtern. So waren krankheitsbedingte Behinderungen bei Frauen wesentlich häufiger. Dagegen waren bei Männern unfallbedingte Behinderungen in größerem Umfang gegeben. Dies gilt auch für den häuslichen Unfall, was etwas überraschend sein dürfte. Doch ist hier an die größere Verletzungsgefahr der Männer bei handwerklichen Tätigkeiten zu denken. Daß Kriegsdienstbeschädigungen bei Männern weit häufiger zu einer Behinderung führten, bedarf keiner weiteren Erläuterung (Tabelle 16, Anhang). Eine Gegenüberstellung von Ursache und Erwerbsminderung entsprechend dem Schwerbehindertengesetz ergibt, daß angeborene Behinderungen in weit stärkerem Ausmaß als die anderen Ursachen zur vollen Erwerbsminderung führten. So hatten

55% der angeborenen Behinderungen eine volle Erwerbsminderung zur Folge und führten nur in 4,5% zu einer leichten Behinderung. Für die übrigen Ursachen lagen die Anteile der vollen Erwerbsminderung zwischen 12% und 26%, wobei der Arbeitsunfall am seltensten hierzu führte, die krankheitsbedingten Behinderungen dagegen in größtem Ausmaß. Dagegen führte der häusliche Unfall am häufigsten zu einer leichten Behinderung (24% der häuslichen Unfälle).

Behinderungsquote regional unterschiedlich

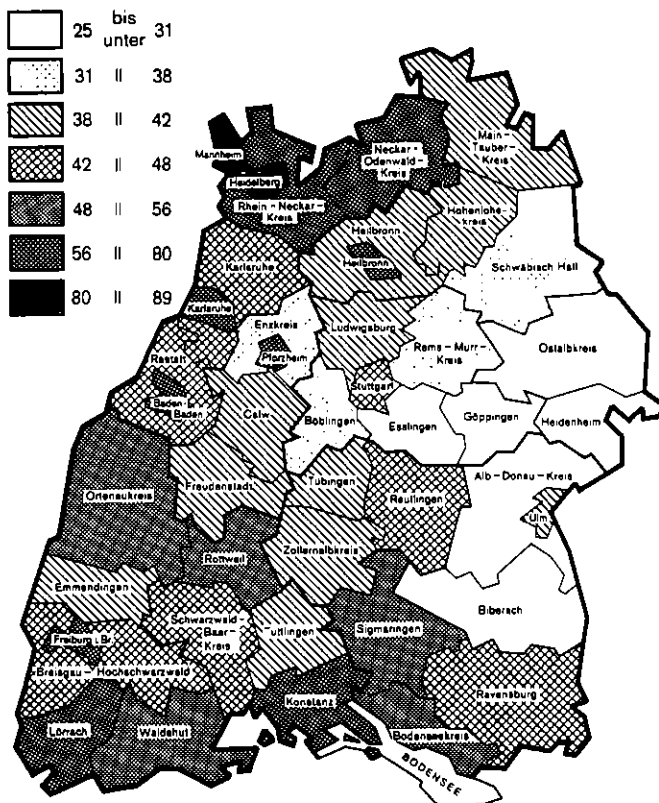
Aus regionaler Sicht (Stadt- und Landkreise) ergeben sich Unterschiede (Tabelle 17, Anhang). So sind in jedem Kreis mindestens 80% der Behinderten schwerbehindert. Dabei ist der höchste Anteil von fast 93% im Rems-Murr-Kreis und der niedrigste von etwas mehr als 81% im Bereich des Stadtkreises Ulm zu verzeichnen (Landesdurchschnitt: 88%). Diesen 374 306 Schwerbehinderten stehen 52 995 Behinderte gegenüber, die eine MdE von 30 bis unter 50% aufweisen.

Bezogen auf die Wohnbevölkerung der einzelnen Kreise lassen sich rechnerisch regionale Schwerpunkte ermitteln, in denen die Behinderten stärker auftreten als in anderen Bereichen des Landes. Dies gilt insbesondere für den Regierungsbezirk Karlsruhe, in dem 6 Personen von hundert als Behinderte mit amtlichem Nachweis leben. Enger gefaßt zeigt es sich, daß in der Region Unterer Neckar bei einer Wohnbevölkerung von rund einer Million Menschen bereits 8 Personen von hundert behindert sind und im Bereich der Stadt Mannheim sogar 9 (Stadtkreis Heidelberg 8). Aufschlußreich ist ein Vergleich zwischen den beiden Landkreisen Esslingen und Rhein-Neckar: der erste hat am 31.12.1979 eine Gesamtbevölkerung von 457588 und nur 3 Behinderte je hundert Einwohner, der zweite 458614 Bewohner und 7 Behinderte je hundert. Im Stadtkreis Karlsruhe sind selbst 8 von hundert Einwohnern als Beschädigte anerkannt. Einen weiteren Schwerpunkt im Hinblick auf Behinderte stellt der Regierungsbezirk Freiburg dar, in dem 5% der Bevölkerung behindert sind, in den Städten Freiburg und Konstanz sind es 7% und in Lörrach 6%. Im Regierungsbezirk Stuttgart, der immerhin ein Ballungszentrum ist (3,5 Mill. Einwohner) und im Regierungsbezirk Tübingen (1,5 Mill. Einwohner) waren nur rund 4% aller Einwohner als behindert anerkannt. Möglicherweise ist die regionale Verteilung und die jeweilige Kapazität der Einrichtungen für Behinderte für die Bildung der aufgezeigten Schwerpunkte maßgebend. Den niedrigsten Anteil mit 2,5% in ganz Baden-Württemberg hat der Alb-Donau-Kreis, selbst die Landeshauptstadt Stuttgart liegt mit ihrem Anteil von 4,4% sogar noch unter dem des Landes mit 4,6%.

Schaubild

Behinderte in den Stadt- und Landkreisen am 31. Dezember 1979

Behinderte je 1000 Einwohner



181 81

Aufschlußreich ist der Kreisvergleich im Bereich der erwerbstätigen Behinderten: Von allen Behinderten in Baden-Württemberg waren zum Jahresende 1979 rund 56% einer entlohnten Beschäftigung nachgegangen, bei 44% war aus Gründen der Schwere der Behinderung oder wegen ausreichender Versorgung ein beruflicher Einsatz nicht gegeben. Die größte Beschäftigungsquote wies der Landkreis Esslingen aus, in dem 64% aller Behinderten in einem Arbeitsverhältnis standen, den geringsten erbrachte mit nur rund 43% der Landkreis Ravensburg.

Schlußbemerkung

Jede Kombination der genannten Merkmale von Alter, Geschlecht, Grad, Art und Ursachen der Behinderung kennzeichnet ein persönliches Schicksal, jede erfordert auch spezifische Hilfen und berufliche und soziale Eingliederungsmaßnahmen. Da die Nachweise auch nach Kreisen erfolgen, können sich die jeweiligen Behörden und freien Träger besser auf die besonderen Bedürfnisse der einzelnen Behindertengruppen einstellen.

Das Jahr 1981 ist zum internationalen Jahr der Behinderten proklamiert worden. Es soll damit gerade auch zu mehr Verständnis für die Behinderten und ihre besondere Situation beitragen. Die Bemühungen des Staates, vieler Verbände, der Träger der freien Wohlfahrtspflege wie auch vieler engagierter Bürger reichen aber weit über die zeitliche und finanzielle Begrenzung dieses Jahres hinaus. So ist Baden-Württemberg mit den großen Berufsförderungswerken in Heidelberg, Schömburg, Wildbad und Schlierbach führend in der beruflichen Rehabilitation. Im Rehabilitationsprogramm 1981 sieht die Landesregierung die Schwerpunkte ihrer Arbeit darin, das Netz der Rehabilitationseinrichtungen zu vervollständigen, die Maßnahmen zur beruflichen Förderung und Eingliederung in das Arbeitsleben fortzusetzen, die ambulanten und mobilen Dienste für Behinderte auszubauen, besondere Maßnahmen für Schwerst- und Mehrfachbehinderte zu veranlassen, sowie verstärkt den Abbau baulicher Hindernisse zu veranlassen.

Zusammenfassung

– Ende 1979 waren in Baden-Württemberg 427301 Menschen mit einer Minderung der Erwerbsfähigkeit um mindestens 30% als behindert anerkannt. Fast jeder zwanzigste Einwohner des Landes war damit in diesem Sinne ein Behinderter.

- 12,4% der anerkannten Behinderten waren leichtbehindert und 87,6% hatten eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 50% und mehr zuerkannt, das heißt sie waren schwerbehindert. 78,2% der Leichtbehinderten und 52,3% der Schwerbehinderten waren erwerbstätig.
- Von den in der Bundesrepublik Deutschland am 31.12.1979 ermittelten gut 3,4 Mill. Behinderten lebten 12,5% in Baden-Württemberg.
- Für nahezu ein Drittel aller Behinderten waren die Beeinträchtigungen der Funktionseinschränkung von inneren Organen und Organsystemen die schwerwiegendste Behinderung. Gleichzeitig entfielen von den 550407 Behinderungen 20% auf die Funktionseinschränkung der Gliedmaßen, 13% auf die Gruppe Querschnittslähmung, zerebrale Störungen, geistig-seelische Behinderung und Suchtkrankheiten, 12,2% auf die Gruppe Funktionseinschränkung der Wirbelsäule und des Rumpfes bzw. Deformierung des Brustkorbes, 4,8% auf Blindheit und Sehbehinderungen, 4,3% auf die Gruppe Sprach- oder Sprechstörungen, Taubheit, Schwerhörigkeit und Gleichgewichtsstörungen, 3% auf die Gruppe Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen und 2,1% auf die Gruppe Kleinwuchs, Entstellungen u.a.
- Von den 550407 Behinderungen, die am 31.12.1979 anerkannt waren, waren 5,5% angeboren, knapp zwei Drittel krankheitsbedingt, rund 10% beruhten auf Kriegsdienst, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigungen. Etwa ein Siebtel hatte sonstige oder mehrere Ursachen, rund 2% waren auf einen Arbeitsunfall bzw. Berufskrankheit und etwa 1% auf einen Verkehrsunfall zurückzuführen, 1,7% waren ferner die Folge von einem nicht näher bezeichneten Unfall und rund 0,2% von einem häuslichen Unfall.
- Nahezu ausnahmslos sind sämtliche Behinderungsarten zum überwiegenden Teil krankheitsbedingt. Eine Ausnahme stellt die Behinderungsgruppe „Verlust oder Teilverlust von Gliedmaßen“ dar. Diese Behinderungsart wurde zum überwiegenden Teil durch den Kriegs- oder Wehrdienst hervorgerufen.
- Angeborene Behinderungen führten in weit stärkerem Ausmaß als die anderen Ursachen zur vollen Erwerbsminderung (55%). Dagegen führten nur 4,5% der angeborenen Behinderungen zu einer leichten Behinderung. Für die übrigen Ursachen lagen die Anteile der vollen Erwerbsminderung zwischen 12% und 26%, wobei der Arbeitsunfall am seltensten hierzu führt und krankheitsbedingte Behinderungen in größtem Ausmaß.

- In keinem Kreis sind weniger als 80% der Behinderten schwerbehindert. Der höchste Anteil von fast 93% ist im Rems-Murr-Kreis und der niedrigste von etwas mehr als 81% im Bereich des Stadtkreises Ulm zu verzeichnen. Dabei ist der Anteil der Behinderten an der gesamten Wohnbevölkerung in den einzelnen Kreisen sehr unterschiedlich. Auch hinsichtlich der Erwerbstätigkeit gibt es gravierende Unterschiede.

1.4 Strukturanalyse der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen der 70er Jahre

Die Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen – Ein Problem der Produktion öffentlicher Güter

Der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen kommt seit geraumer Zeit ein hoher Stellenwert in der sozialpolitischen Diskussion zu. Häufig tritt hierbei der Ausdruck „Kostenexplosion“ auf, der die Vorstellung unverhältnismäßig anwachsender Gesundheitskosten vermitteln soll. Betrachtet man die Situation im vergleichbaren westlichen Ausland, so sind dort dieselben Tendenzen zu beobachten. Ausgabenexpansionen im Gesundheitswesen sind somit keine spezielle deutsche Erscheinung, es handelt sich dabei vielmehr um ein grundsätzliches Problem.

Da bisher kaum theoretische Ansätze zur Erklärung der Ausgabenentwicklung im öffentlichen Sektor und im Gesundheitswesen speziell zur Verfügung stehen, muß sich eine Analyse dieser Vorgänge heute ausschließlich auf die empirisch-deskriptive Ebene beschränken. Strukturelle Informationen stellen hierbei eine Voraussetzung dar, um angesichts bedrohlicher Entwicklungen Maßnahmen einzuleiten, die das Sozialleistungssystem als Ganzes und das Gesundheitswesen im speziellen funktionsfähig halten. In diesem Zusammenhang bekommen neben einer detaillierten Vergangenheits- und Situationsanalyse besonders auch zukunftsorientierte Modellrechnungen eine besondere Bedeutung.

Die Tatsache, daß es sich bei den überproportionalen Gesundheitsausgaben um ein generelles Problem handelt, kann jedoch nicht bedeuten, Entwicklungen als unveränderlich oder unvermeidbar hinzunehmen. Dies um so mehr, als die Ausgabenentwicklung einschneidende Folgewirkungen auf eine Reihe ökonomischer und sozialer Sachverhalte ausübt. Um Störungen des Systems der Gesundheitssicherung zu vermeiden und eine angemessene Versorgung der Bevölkerung mit Gesundheitsgütern und -dienstleistungen zu gewährleisten,

stellt sich die Aufgabe, von der Ausgabenseite her Konsequenzen, Gefahren, Risiken, aber auch Chancen sich anbahnender Entwicklungen so rechtzeitig wie möglich aufzuzeigen.

Indikatoren der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen

Die Entwicklung der Gesundheitsausgaben wird im allgemeinen an den Leistungsausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung gemessen. Dabei werden diese Leistungsausgaben als Indikatorgrößen für die Gesamtentwicklung verwendet, wobei angenommen wird, daß die Ausgaben außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung parallel verlaufen. Die Fragwürdigkeit dieses Vorgehens wurde aber gerade in der Entwicklung der 70er-Jahre offenkundig. Es hat sich nämlich am Beispiel des Gesetzes zur Lohnfortzahlung 1970 und der Bundespflegesatzverordnung 1973 gezeigt, daß ausgehend von Zahlen der gesetzlichen Krankenversicherung nicht auf den von der Gesundheit insgesamt in Anspruch genommene Teil des Sozialprodukts geschlossen werden kann, da sich die Bereiche außerhalb der gesetzlichen Krankenversicherung aufgrund von Kostenverlagerungen nicht in der gleichen Richtung entwickelt haben.¹ Um eine Gesamtbeurteilung der Lage zu geben, ergibt sich also die Notwendigkeit, die Gesundheitsausgaben so umfassend wie möglich darzustellen und aussagefähig zu gliedern.

Die Gesundheitsausgaben können für Baden-Württemberg gegenwärtig in zwei sozialen Rechensystemen – dem Gesundheits- und dem Sozialbudget – zur Darstellung gebracht werden. Die umfassendste Übersicht der Gesundheitsausgaben gibt das Gesundheitsbudget an, das alle gegenwärtig statistisch nachweisbaren Ausgaben für die Gesundheit aus den unterschiedlichsten Datenquellen zusammenfaßt und in einer Übersicht nach einheitlichen Gesichtspunkten gliedert. Der Nachweis erfolgt dabei nach Leistungsarten (gesundheitsspezifisches Kriterium), nach Ausgabeträgern (finanziell-institutionelles Kriterium) und nach Ausgabearten (leistungsspezifisches Kriterium). Bei der Datenerfassung und Datengruppierung müssen bei der Berechnung des Budgetsystems Lücken im Zahlenmaterial durch Schätzungen, die auf bestimmten Annahmen beruhen, geschlossen werden. Die Datenbasis des Gesundheitsbudgets wurde Anfang der 70er-Jahre erstmals konzipiert,² so daß der erste Versuch einer Schätzung der

¹ Kühn, H.: Statistische Überlegungen zur Kostenentwicklung des Gesundheitswesens, in: Jahrbuch für kritische Medizin, Bd. 1, Berlin 1976, S. 179 ff.

² Szameitat, K., Wuchter, G.: Was kostet die Gesundheit? – Versuch einer Darstellung der im Zusammenhang mit der Erhebung und Wiederherstellung der Gesundheit entstehenden Aufwendungen, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5, 1970, S. 126 ff.

Gesundheitsausgaben Eingang in den Gesundheitsbericht der Bundesregierung 1971 finden konnte.³ Im Laufe der 70er-Jahre hat das Budget mehrere konzeptionelle Phasen durchlaufen.⁴ Die vorliegenden Berechnungen lehnen sich methodisch weitgehend an die Erfassungs- und Verbuchungsgrundsätze des Bundesbudgets an, das vom Statistischen Bundesamt erstellt wird.⁵ Vergleichbare Berechnungen der Gesundheitsausgaben für andere Bundesländer sind bislang nicht bekannt.

In einem zweiten sozialen Rechensystem, dem Sozialbudget, das auf Bundesebene im Gegensatz zum Gesundheitsbudget vom Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung erstellt wird,⁶ kann neben anderen sozialen Funktionsbereichen wie Familie, Alter, Beschäftigung usw. auch die Funktion Gesundheit ausgewiesen werden. Im Vergleich zur Funktion Gesundheit im Sozialbudget, steckt das Gesundheitsbudget grundsätzlich einen weiteren Ausgabenbereich ab. Schließlich erhält das Gesundheitsbudget seine spezifische Bedeutung nach den dort angewendeten Gliederungskriterien. Insbesondere als Gliederung nach gesundheitspolitischen Teilaggregaten, die in der Ausgabenentwicklung ganz unterschiedlich teilhaben und die nach dem Sozialbudget nicht nachweisbar sind (Leistungsarten), kommt eine besondere Bedeutung zu.

Die Ausgaben für Gesundheit haben sich seit 1970 nahezu verdreifacht

Die Ausgaben für die Gesundheit, nach dem Gesundheitsbudget, sind im Laufe der 70er-Jahre von 10,0 Mrd. DM (1970) auf 29,0 Mrd. DM (1980) gestiegen (Tabelle 1). Dies bedeutet einen Zuwachs von insgesamt nahezu 190%. Drei unterschiedliche Phasen der Entwicklung lassen sich dabei unterscheiden. Die erste Periode von 1970 bis 1975 ist durch hohe zweistellige Zuwachsraten gekennzeichnet, die ihren Höhepunkt im Jahre 1973 mit 18,5% erreichten. Der Begriff der „Kostenexplo-

sion“ oder besser Ausgabenexpansion im Gesundheitswesen hat speziell zur Kennzeichnung dieser Entwicklung in der ersten Hälfte der 70er-Jahre weiter Verbreitung gefunden. Generell lassen sich die Ursachen in eine mengenbestimmte und in eine preisbestimmte Komponente zerlegen. Für die mengenbestimmte Ausweitung der Gesundheitsausgaben ist insbesondere die Einbeziehung bestimmter Gruppen in den Krankenversicherungsschutz zu nennen, die eine nicht geringe Nachfragerweiterung mit sich brachte. Namentlich die Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für alle Angestellten (1971), die Aufnahme der Landwirte und deren Familienangehörige (1972) sowie die der Studenten (1975) wirkten in diese Richtung. Auch das Gesetz über eine Unfallversicherung für Schüler, Studenten sowie Kindern in Kindergärten (1971) hat zur mengenmäßigen Ausweitung der Gesundheitsausgaben beigetragen. Gleichzeitig trat eine Ausdehnung des Leistungsspektrums durch eine Ausweitung des Krankheitsbegriffs sowie der Leistungen im Vorsorge- und Krankheitsfolgebereich ein. Hier ist das zweite Krankenversicherungsgesetz von 1970 zu nennen, welches erstmalig Vorsorge- und Früherkennungsmaßnahmen in der gesetzlichen Krankenversicherung einführte, das Leistungsverbesserungsgesetz von 1973, welches einen Anspruch auf unbefristeten Krankenhausaufenthalt und auf eine bezahlte Haushaltshilfe brachte, sowie das Gesetz über die Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit von 1973, das die Arbeitgeber zur Bereitstellung von ärztlichem und sonstigem Gesundheits- und Sicherheitspersonal verpflichtet. Schließlich wurde der Verantwortungsbereich der gesetzlichen Krankenversicherung durch Rechtsprechung oder Gesetzesveränderung auch auf eine Reihe spezieller und kostenintensiver Bereiche erweitert wie die der Suchtkrankheiten, der Schwangerschaftsabbrüche usw. Die Ausweitung des Leistungsniveaus im Zusammenhang mit einer intensiveren Inanspruchnahme von Gesundheitsleistungen verstärkte die Ausgabenexpansion beträchtlich. Die Ausdehnung des Gesundheitsangebots Mitte der 70er-Jahre führte dabei aber an die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Systems der Gesundheitssicherung einerseits und der Belastbarkeit von Arbeitgebern und Arbeitnehmern andererseits. Erhebliche Auswirkung auf die Ausgabenentwicklung dürfte auch der medizinisch-technologische Fortschritt haben, der zu einer hohen Kapitalintensität der gesundheitsrelevanten Produktionsstruktur führt. Der zweite wichtige Bestimmungsfaktor des Ausgabenzuwachses sind die Preissteigerungen für Gesundheitsleistungen. Hier begünstigen die Strukturen im Gesundheitsbereich, aber auch die Eigenart des Gutes Gesundheit Preisspielräume für die Angebotsfaktoren, die entscheidend zum nominalen Wachstum

³ Der Bundesminister für Jugend, Familie und Gesundheit: Gesundheitsbericht 1971, Stuttgart 1971, S. 157–162

⁴ Linder, P.: Zur Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen – Methodik des neuen Gesundheitsbudgets –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1979; ders.: – Ergebnisse des neuen Gesundheitsbudgets –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 12/1979; ders.: – Modellrechnungen für die zukünftige Entwicklung –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1980

⁵ Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Die Struktur der Ausgaben im Gesundheitsbereich und ihre Entwicklung seit 1970. Forschungsbericht 7, bearbeitet von H. Essig, e. Gauch und W. Müller. Bonn 1978
Statistisches Bundesamt: Fachserie 12, Gesundheitswesen, Reihe S. 2: Ausgaben für Gesundheit 1970 bis 1978. Stuttgart, Mainz 1980
Essig, H., Müller, W.: Ausgaben für Gesundheit 1970 bis 1978, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 9/1980, S. 597 ff.

⁶ Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung: Sozialbericht '80, Bonn, 1980

Tabelle 1

Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten

| Leistungsart | Leistungen | | | Jahresdurchschnittliche Veränderungen | | |
|---|------------|--------|--------------------|---------------------------------------|---------------|---------------|
| | 1970 | 1979 | 1980 ¹⁾ | 1970/ 1975 | 1975/ 1979 | 1975/ 1980 |
| | Mill. DM | | | % | | |
| Gesundheitsbudget insgesamt | 10 019 | 26 788 | 28 957 | 15,7 | 6,6 | 6,9 |
| Vorbeugende und betreuende Maßnahmen | 494 | 1 515 | 1 692 | 20,0 | 5,1 | 6,4 |
| Gesundheitsdienste | 187 | 541 | . | 17,7 | 6,4 | . |
| Gesundheitsvorsorge und Früherkennung | 59 | 189 | . | 29,0 | - 3,1 | . |
| Betreuende Maßnahmen | 248 | 785 | . | 19,6 | 6,7 | . |
| Mutterschaftshilfe | 82 | 197 | . | 14,3 | 5,3 | . |
| Maßnahmen zur Pflege | 166 | 588 | . | 22,0 | 7,2 | . |
| Behandlung | 5 160 | 15 667 | 16 984 | 18,8 | 6,5 | 6,8 |
| Ambulante Behandlung | 1 653 | 4 409 | 4 713 | 15,6 | 6,7 | 6,7 |
| Stationäre Behandlung | 1 637 | 5 446 | 5 903 | 21,0 | 5,9 | 6,4 |
| Stationäre Kurbehandlung | 405 | 900 | 914 | 12,6 | 5,2 | 4,5 |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz | 1 465 | 4 912 | 5 454 | 21,0 | 7,1 | 7,9 |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel | 1 131 | 3 391 | 3 744 | 17,1 | 8,0 | 8,5 |
| Zahnersatz | 334 | 1 521 | 1 710 | 30,0 | 5,4 | 6,8 |
| Krankheitsfolgeleistungen | 3 814 | 8 295 | 8 903 | 10,2 | 7,5 | 7,5 |
| Berufliche und soziale Rehabilitation | 89 | 480 | . | 29,0 | 11,0 | . |
| Berufliche Rehabilitation | 62 | 465 | . | 37,0 | 11,8 | . |
| Soziale Rehabilitation | 27 | 15 | . | - 7,8 | - 4,5 | . |
| Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invalidität | 3 723 | 7 782 | . | 9,5 | 7,3 | . |
| Entgeltfortzahlung | 1 988 | 3 973 | . | 7,9 | 8,1 | . |
| Sonstige Einkommensleistungen im Krankheitsfall | 680 | 1 522 | . | 11,7 | 6,5 | . |
| Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten | 1 055 | 2 287 | . | 11,0 | 6,5 | . |
| Sonstige Krankheitsfolgeleistungen | 2 | 33 | . | 56,9 | 14,8 | . |
| Ausbildung und Forschung | 100 | 291 | | 12,1 | 13,2 | |
| Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische | | | | | | |
| Forschung an Hochschulen | 80 | 236 | 1 378 | 10,9 | 15,2 | 4,8 |
| Forschung außerhalb von Hochschulen | 20 | 55 | | 16,5 | 6,3 | |
| Nicht aufteilbare Ausgaben | 451 | 1 020 | | 15,1 | 2,8 | |

1) Vorläufige geschätzte Beträge.

der Gesundheitsausgaben beitragen. So bestehen zwischen den Nachfragern nach Gesundheitsleistungen und den anbietenden Institutionen wie Ärzten, Krankenhäusern, Apotheken, pharmazeutischer Industrie und der übrigen medizinischen Zuliefererindustrie Angebots- und Nachfragestrukturen die dazu neigen, den Markt in seiner Kontroll- und Koordinationsfunktion zu schwächen.⁷ Da jedoch auch der Gesundheitssektor in seiner Produktionsseite durch knappe Ressourcen gekennzeichnet ist, gehen die Diskussionen dahin, durch mehr wettbewerbliche Marktprozesse eine effiziente Pro-

⁷ Oberender, P.: Mehr Wettbewerb im Gesundheitswesen – Zur Reform des Gesundheitswesens in der Bundesrepublik Deutschland, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 31 Heft 2, 1980, S. 148 ff. Schäfer, D.: Finanzierung des Gesundheitswesens als komplexes soziales Problem, in: Trierer Beiträge – Aus Forschung und Leben an der Universität Trier, Sonderheft 1, September 1977, S. 21 ff. Weissenböck, H.: Studien zur ökonomischen Effizienz von Gesundheitssystemen, Schriftenreihe aus dem Gebiete des öffentlichen Gesundheitswesens Heft 36, Stuttgart, 1974, S. 21 ff.

duktions- und Nachfragestruktur sicherzustellen. Auch die Tatsache, daß „Gesundheit“ ein nicht-substituierbares Gut dargestellt, das über den Konsumaspekt hinaus ein hohes menschliches Gut darstellt, führt zu der Tendenz, Kosten- und Effizienzgesichtspunkte außer acht zu lassen.

In der zweiten Entwicklungsphase, die die Jahre 1976 und 1977 umfaßt, ist der jährliche Ausgabenzuwachs schließlich deutlich gefallen. Offensichtlich wurden die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems erreicht und von den beteiligten deutlich gesehen. Das gemeinsame Ziel der Selbstverwaltungen der gesetzlichen Krankenkassen, der Ärzte, Patienten und sonstigen Institutionen, nach einer Zeit der Leistungsausweitungen und der Erweiterungen der Leistungsansprüche, ihre Maßnahmen stärker als bisher an wirtschaftlichen Gesichtspunkten auszurichten und die Verhaltensweisen der Beteiligten an einem höheren

Kostenbewußtsein zu orientieren, hat unmittelbar Früchte getragen. Als Ergebnis trat eine allgemeine Dämpfung der Gesundheitsausgaben ein, die 1977 schließlich nur noch zu einem Ausgabenzuwachs von 4,6% führte. Die Rolle des „Gesetzes zur Dämpfung der Ausgabenentwicklung und zur Strukturverbesserung in der gesetzlichen Krankenversicherung“ (Kostendämpfungsgesetz) bei dieser Entwicklung läßt sich nicht eindeutig nachweisen. Entscheidende Wirkung auf die Ausgabenentwicklung konnte das Gesetz allerdings nicht ausgeübt haben, da die Phase abnehmender Ausgabenzuwächse schon 1976 deutlich erkennbar einsetzte, und im Jahre 1977 ihren Höhepunkt erreichte, obwohl das Kostendämpfungsgesetz erst zum 1. Juli 1977 in Kraft trat.

Die dritte Entwicklungsphase, die im Jahre 1978 einsetzt, ist auch noch für 1979 und das erste Halbjahr 1980 charakterisiert durch Zuwachsraten, die trotz ansteigender Tendenz sich gerade noch innerhalb vertretbarer ökonomischer Grenzen halten. Allerdings zeichnen sich im zweiten Halbjahr 1980 erhebliche Zunahmen der Steigerungsraten bei dem wichtigsten Ausgabenträger, der gesetzlichen Krankenversicherung, ab, die zu einer jahresdurchschnittlichen Rate um 8,6% geführt haben. Dies ist nicht ohne weitere Konsequenzen geblieben, wie die Beitragserhöhungen der Kassen um die Jahreswende 1980/81 anzeigen.

Trotz Ausgabenzuwachses Anteil der Gesundheitsausgaben am Sozialprodukt zwischen 1975 und 1979 leicht gefallen

Eine genauere Beurteilung der Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen ergibt sich durch ihren Bezug auf den gesamtwirtschaftlichen Indikator des Bruttosozialprodukts. Es zeigen sich bei der

Betrachtung dieser Gesundheitsquote allerdings nur zwei charakteristische Entwicklungsphasen. Danach sind von 1970 bis 1975 die nominale wie auch die reale allgemeine Gesundheitsquote von 9,3% auf 12,8% bzw. real 9,5% auf 12,1% angestiegen. Nach 1975 ergab sich dann nominal als auch real ein leichter aber kontinuierlicher Rückgang der Quote auf 12,2% bzw. 11,1% (1979). Dabei ist insbesondere der Rückgang der realen Gesundheitsquote von Bedeutung. Dies läßt immerhin den Schluß zu, daß die Gesundheitsausgaben seit 1975 nominal und besonders real in geringerem Maße gestiegen sind als das Sozialprodukt. Damit wurde auf der Ausgabenseite des Gesundheitsbereichs aber eine Orientierung im Hinblick auf die Mengenausweitung wie der Preisentwicklung erreicht, die sich an den gesamtwirtschaftlichen Gegebenheiten ausgerichtet hat.

Bei der Interpretation der Gesundheitsquote ist angesichts ihrer globalen Betrachtungsweise Vorsicht geboten. Insbesondere ist zu beachten, daß sie eine hochaggregierte Größe darstellt, in der sich die Effekte einer Vielzahl unterschiedlicher und auch gegenläufiger Faktoren und Entwicklungen niederschlagen, die im einzelnen nicht ohne weiteres erkennbar sind. So kann man allein aus der Tatsache einer steigenden realen Gesundheitsquote nicht zugleich auf eine verbesserte Gesundheitsversorgung der Bevölkerung schließen; umgekehrt bedeutet ein Rückgang der realen Gesundheitsquote – wie dies seit 1976 in geringem Ausmaß der Fall ist – nicht unbedingt eine Verschlechterung der Versorgungssituation im Gesundheitswesen, wie dies *Tabelle 2* verdeutlicht. Danach haben sich auch nach 1975 die zentralen Versorgungsbereiche im Gesundheitswesen weiter verbessert oder sind auf einem bereits hohen Niveau verblieben. Die Gesundheitsquote kann also nicht

Tabelle 2

Gesundheitsquote und Indikatoren ausgewählter Versorgungsbereiche im Gesundheitswesen

| Jahr | Gesundheitsquote ¹⁾ | | Einwohner je Art | | | | Betten je/auf | | | Bettenausnutzung in % | Einwohner je Apotheke |
|------|--------------------------------|------|------------------|--------------------|----------|----------|---------------|----------|------------------|-----------------------|-----------------------|
| | nominal | real | insgesamt | Allgemein- arzt | Facharzt | Zahnarzt | Arzt | Facharzt | 10 000 Einwohner | | |
| | | | | in freier Praxis | | | | | | | |
| 1970 | 9,3 | 9,5 | 604 | 2 156 | 2 715 | 1 900 | 15 | 32 | 64,7 | 85,8 | 5 456 |
| 1971 | 9,8 | 9,9 | 583 | 2 194 | 2 667 | 1 920 | 14 | 30 | 68,4 | 86,0 | 5 308 |
| 1972 | 10,1 | 10,0 | 566 | 2 208 | 2 518 | 1 938 | 14 | 31 | 69,5 | 84,0 | 5 175 |
| 1973 | 10,7 | 10,5 | 553 | 2 241 | 2 451 | 1 992 | 13 | 29 | 69,9 | 84,4 | 4 904 |
| 1974 | 11,9 | 11,2 | 534 | 2 146 | 2 360 | 1 949 | 12 | 28 | 71,0 | 82,5 | 4 655 |
| 1975 | 12,8 | 12,1 | 503 | 2 083 | 2 203 | 1 909 | 12 | 25 | 71,5 | 80,0 | 4 452 |
| 1976 | 12,6 | 11,7 | 489 | 2 107 | 2 062 | 1 839 | 12 | 25 | 70,6 | 80,7 | 4 255 |
| 1977 | 12,3 | 11,4 | 471 | 2 057 | 2 010 | 1 812 | 11 | 24 | 71,0 | 80,8 | 4 090 |
| 1978 | 12,2 | 11,4 | 457 | 2 035 | 1 971 | 1 826 | 11 | 24 | 70,2 | 82,3 | 3 956 |
| 1979 | 12,2 | 11,1 | 438 | 1 997 | 1 879 | 1 802 | 10 | 23 | 70,1 | 82,1 | 3 876 |

1) Leistungen nach dem Gesundheitsbudget in Prozent des Bruttosozialprodukts (Bruttoinlandsprodukts).

als eine Art „Versorgungsindikator“ angesehen werden, da in ihr insbesondere auch die Effizienz der Inanspruchnahme von Gesundheitseinrichtungen zum Ausdruck kommt. Von Bedeutung ist hier ein höheres Kostenbewußtsein aller Beteiligten, aber auch effizientere Diagnose- und Behandlungsmethoden, die zum Beispiel im Krankenhausbereich zu kürzerer Verweildauer führen. Daneben wirken sich langfristig auch eine veränderte Bevölkerungsstruktur, sowie sich wandelnde gesundheitsrelevante Verhaltensweisen auf die Höhe der realen Gesundheitsquote aus.

Der leichte nominale und reale Rückgang der Gesundheitsquote, wie er seit 1976 zu beobachten ist, darf in Anbetracht der globalen Betrachtungsweise dieses Aggregats darüber hinaus nicht den Blick dafür verstellen, daß sich in Teilbereichen des Gesundheitswesens gravierende Probleme abzeichnen. Dies gilt vor allem für die Finanzierungsproblematik der gesetzlichen Krankenversicherung, die jedoch nicht nur ausschließlich von der Ausgaben-seite her analysiert werden darf, da hier auch die Strukturen der Einnahmeseite von großer Bedeutung sind. So ist durch die Verringerung der Beiträ-

Tabelle 3

Ausgaben für Gesundheit nach Leistungsarten, Ausgabenarten und Ausgabenträgern 1979

| Leistungsart | Ausgaben insgesamt | Davon nach . . . | | | | | |
|--|--------------------|------------------|----------------------|-------------------------------------|----------------------|--------------------|-----------------------|
| | | Ausgabenarten | | | | | |
| | | Sachleistungen | Einkommensleistungen | Personal- und laufende Sachausgaben | Investitionsausgaben | laufende Zuschüsse | Investitionszuschüsse |
| Mill. DM | | | | | | | |
| Gesundheitsbudget insgesamt | 26 788 | 16 265,2 | 7 093,8 | 1 110,9 | 693,6 | 591,1 | 143,1 |
| Vorbeugende und betreuende Maßnahmen | 1 515 | 1 321,3 | 0,1 | 146,6 | 10,4 | 22,1 | 14,4 |
| Gesundheitsdienste | 541 | 348,8 | — | 146,6 | 10,4 | 20,6 | 14,4 |
| Gesundheitsvorsorge und Früherkennung | 189 | 189,4 | 0,1 | — | — | — | — |
| Betreuende Maßnahmen | 785 | 783,1 | — | — | — | 1,5 | — |
| Mutterschaftshilfe | 197 | 195,6 | — | — | — | 1,5 | — |
| Maßnahme zur Pflege | 588 | 587,5 | — | — | — | — | — |
| Behandlung | 15 667 | 14 633,8 | — | — | 557,2 | 360,4 | 115,4 |
| Ambulante Behandlung | 4 409 | 4 409,4 | — | — | — | — | — |
| Stationäre Behandlung | 5 446 | 4 435,3 | — | — | 535,9 | 359,3 | 115,4 |
| Stationäre Kurzbehandlung | 900 | 877,0 | — | — | 21,4 | 1,1 | — |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz | 4 912 | 4 912,1 | — | — | — | — | — |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel | 3 391 | 3 390,8 | — | — | — | — | — |
| Zahnersatz | 1 521 | 1 521,3 | — | — | — | — | — |
| Krankheitsfolgeleistungen | 8 295 | 303,5 | 7 983,7 | — | — | — | 7,6 |
| Berufliche und soziale Rehabilitation | 480 | 271,0 | 201,5 | — | — | — | 7,6 |
| Berufliche Rehabilitation | 465 | 270,8 | 186,5 | — | — | — | 7,6 |
| Soziale Rehabilitation | 15 | 0,2 | 15,0 | — | — | — | — |
| Maßnahmen zur Sicherung des Lebensunterhaltes bei Krankheit und Invalidität | 7 782 | — | 7 782,2 | — | — | — | — |
| Entgeltfortzahlung | 3 973 | — | 3 973,0 | — | — | — | — |
| Sonstige Einkommensleistungen im Krankheitsfall | 1 522 | — | 1 522,1 | — | — | — | — |
| Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten | 2 287 | — | 2 287,1 | — | — | — | — |
| Sonstige Krankheitsfolgeleistungen | 33 | 32,5 | — | — | — | — | — |
| Ausbildung und Forschung | 291 | — | — | 13,1 | 71,4 | 201,1 | 5,7 |
| Ausbildung von medizinischem Personal, medizinische Forschung an Hochschulen | 236 | — | — | — | 64,9 | 171,5 | — |
| Forschung außerhalb von Hochschulen | 55 | — | — | 13,1 | 6,5 | 29,6 | 5,7 |
| Nicht aufteilbare Ausgaben | 1 020 | 6,6 | — | 951,2 | 54,6 | 7,5 | — |

1) Teilweise geschätzte Beträge. — 2) Einschließlich Landwirtschaftliche Altersklassen, Zusatzversicherung im öffentlichen Dienst, Zusatzversicherung von Bundeszahl geschätzt.

ge der Rentenversicherungsträger zur Rentner-Krankenversicherung, die ab 1.7.1977 von ca. 17% der Rentenausgaben durch den Gesetzgeber auf ca. 11% zurückgenommen wurden, bei den RVO-Kassen zwischen 1976 und 1979 der Anteil der Rentnerbeiträge an den Beitragseinnahmen von 25% auf 19% gefallen. Demgegenüber sind aber die Ausgaben für Rentner an den Leistungsausgaben von 34% (1976) auf 36% (1979) angestiegen.

Besonders aufschlußreich ist der Teilbereich der Arzneimittelversorgung, in dem 1975 die Rentner 17% der Versicherten in der GKV stellten, aber mit steigender Tendenz ca. 50% der Arzneimittelausgaben der GKV verursachten.⁸ Der steigende Rentneranteil an den Mitgliedern und die überproportional hohen Krankheitskosten dieser Versicherten-gruppe dürften sich auch in der Zukunft einnahmehemmend und ausgabensteigernd bei der gesetzlichen Krankenversicherung auswirken.

Zentraler Ausgabenbereich mit nahezu 60% am Gesamtbudget ist die Behandlung

Betrachtet man die Ausgabenstruktur des Gesundheitsbudgets nach den Leistungsarten, so lassen sich im größten Ausgabensektor Behandlung, der 17,0 Mrd. DM oder 59% der Budgetleistungen (1980) umfaßt, gleich 3 dominierende Ausgabenbereiche unterscheiden, denen ein gleiches Gewicht zukommt (Tabelle 3, Schaubild 1). Die ambulante Behandlung, die die ärztlichen Dienstleistungen in Arztpraxen und sonstigen Einrichtungen der ambulanten Behandlung umfassen, betragen 1980 insgesamt 4,7 Mrd. DM. Dieser Teilbereich entwickelte sich mit 185% in etwa parallel zum Gesamtbudget (190%), dagegen unterdurchschnittlich zur Behandlung insgesamt (229%). Die stationäre Behandlung dagegen, die 5,9 Mrd. DM umfaßt, wuchs mit 261% deutlich überproportional zum Gesamtbudget und zum Teilsektor Behandlung. Exorbitante Steigerungsraten waren in diesem vom Volumen hergesehen bedeutenden Bereich vor allem in den Jahren 1971 (25,1%), 1973 (24,2%) und 1974 (25,4%) zu verzeichnen. Kostenverlagerungen wie sie in der ersten Hälfte der 70er-Jahre im stationären Bereich eingetreten sind, wirken sich in diesen Zahlen nicht aus, da in den Angaben alle Ausgabenträger enthalten sind. Allerdings muß bei einem Vergleich der ambulanten mit der stationären Behandlung berücksichtigt werden, daß bei ambulanter Behandlung die Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel ausgegliedert, bei der stationären Behandlung aber mit enthalten sind. Generell zeigen sich die drei Entwicklungsphasen in der Leistungsgruppe Behandlung und deren Teilbereichen besonders ausgeprägt.

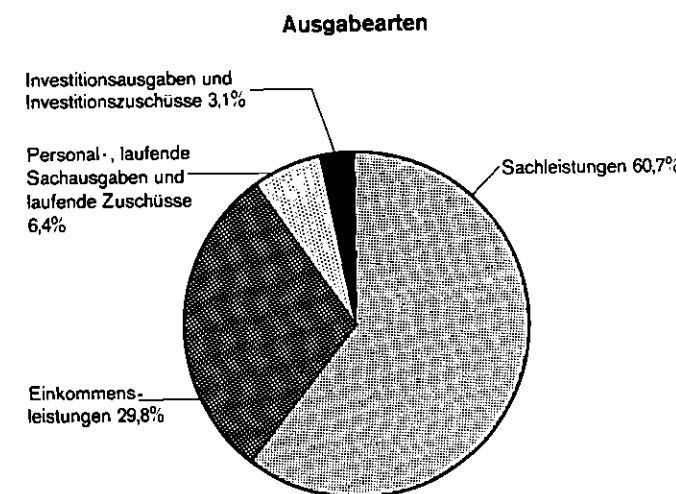
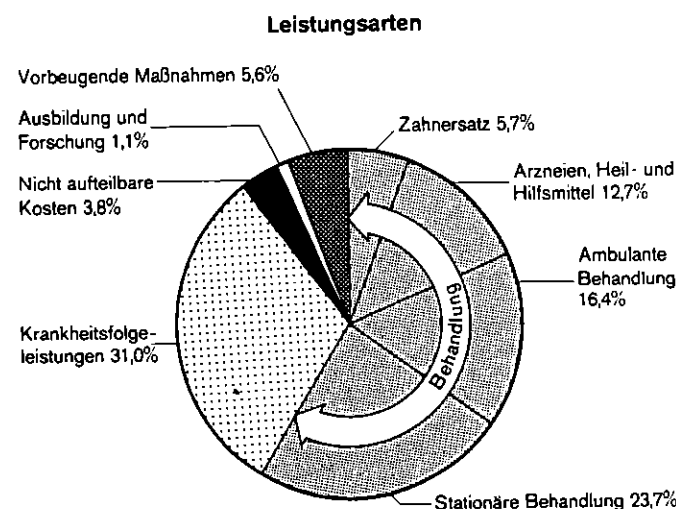
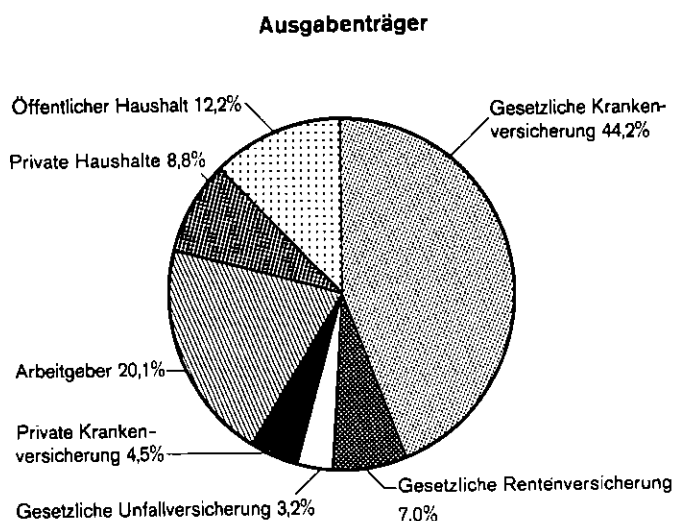
Eine noch höhere Zunahme (272%) weist der etwa gleichhohe Bereich der Arzneien, Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz auf, der 1980 bis auf 5,5 Mrd. DM angewachsen ist. Noch von 1970 bis 1974 lagen die Ausgaben für ambulante Behandlung über den der Arzneien, Heil- und Hilfsmittel sowie Zahnersatz, ab 1975 jedoch kehrt sich die Situation um. Betrachtet man die Ausgaben für den

⁸ Nord, D.: Steuerung im Gesundheitswesen – Systemanalyse der Arzneimittelversorgung in der Bundesrepublik Deutschland –, Frankfurt 1979, S. 176

| Davon nach . . . | | | | | | |
|------------------------|----------------------------------|-----------------------------------|---------------------------------|---------------------------------|---------------|-----------------------|
| Ausgabenträger | | | | | | |
| Öffentl. Haus.1) halte | Gesetzl. Kranken-Ver.1) sicherg. | Gesetzl.1) Renten-Ver.2) sicherg. | Gesetzl. Unfall-Ver.1) sicherg. | Private Kranken-Ver.3) sicherg. | Arbeitgeber3) | Private Haus.3) halte |
| Mill. DM | | | | | | |
| 3 275,8 | 11 840,0 | 1 879,5 | 867,4 | 1 198,6 | 5 374,7 | 2 351,7 |
| 794,2 | 358,7 | 27,9 | 41,7 | 0,4 | 292,1 | — |
| 192,0 | 28,8 | 27,9 | — | — | 292,1 | — |
| 11,5 | 136,3 | — | 41,7 | — | — | — |
| 590,7 | 193,6 | — | — | 0,4 | — | — |
| 3,2 | 193,6 | — | — | 0,4 | — | — |
| 587,5 | — | — | — | — | — | — |
| 1 264,3 | 9 937,3 | 446,5 | 218,3 | 768,2 | 680,6 | 2 351,7 |
| 149,7 | 2 976,5 | 0,1 | 73,8 | 227,5 | 210,9 | 770,9 |
| 1 044,5 | 3 564,9 | — | 137,7 | 350,5 | 254,3 | 94,0 |
| 44,6 | 50,5 | 437,6 | 4,4 | — | 58,1 | 304,3 |
| 25,5 | 3 345,4 | 8,8 | 2,4 | 190,2 | 157,3 | 1 182,5 |
| 22,4 | 2 325,6 | 0,0 | — | 124,2 | 106,8 | 811,8 |
| 3,1 | 1 019,8 | 8,8 | 2,4 | 66,0 | 50,5 | 370,7 |
| 925,9 | 1 016,7 | 1 338,2 | 446,4 | 165,5 | 4 402,0 | — |
| 432,8 | — | 31,9 | 15,3 | — | — | — |
| 417,6 | — | 31,9 | 15,3 | — | — | — |
| 15,2 | — | — | — | — | — | — |
| 491,8 | 1 002,4 | 1 297,8 | 424,2 | 165,5 | 4 400,5 | — |
| — | — | — | — | — | 3 973,0 | — |
| 60,1 | 1 002,4 | 120,5 | 88,4 | 165,5 | 85,1 | — |
| 431,7 | — | 1 177,3 | 335,8 | — | 342,4 | — |
| 1,3 | 14,3 | 8,5 | 6,9 | — | 1,5 | — |
| 291,4 | — | — | — | — | — | — |
| 236,4 | — | — | — | — | — | — |
| 55,0 | — | — | — | — | — | — |
| — | 527,3 | 66,9 | 161,1 | 264,5 | — | — |

sicherung für einzelne Berufe, Versorgungswerke. — 3) Landesergebnis

Struktur der Gesamtausgaben für die Gesundheit 1979



Zahnersatz gesondert (1980: 1,7 Mrd. DM), so zeigt sich, daß sie mit einer Zuwachsrate in den letzten 10 Jahren von 412% weit überproportional zum Anstieg des Gesamtbudgets und dem Teilsektor Behandlung beigetragen haben. Dabei haben sich die jährlichen Zuwachsraten für den Zahnersatz ganz unterschiedlich entwickelt. Die hohen Steigerungsraten liegen in den Jahren 1971 mit 31,4% und 1975 mit 76,9%. Im Jahre 1977, dem Höhepunkt der Kostendämpfung ergab sich dagegen ein Rückgang um 5,6%, im Jahre darauf eine Stagnation (0,7%). In den Jahren 1979 und 1980 zeigten sich in diesem volumenmäßig gewichtigen Bereich besorgniserregende Zuwachsraten von über 10% mit steigender Tendenz. Diesen extremen Richtungsänderungen in der Ausgabenentwicklung für Zahnersatz liegen in der Vergangenheit Regelungen einer Reihe von Krankenkassen zugrunde, die einen Erstattungssatz bis zu 100% freiwillig übernommen haben, nach 1977 aufgrund des Kostendämpfungsgesetzes ihren Erstattungssatz aber wiederum auf 80% begrenzen mußten. So zeigen sich exemplarisch Nachfragewirkungen, wie sie von „Nulltarifen“ einerseits und von Selbstbeteiligungsmodellen andererseits auf die Ausgabenentwicklung ausgehen.

31% der Ausgaben für Krankheitsfolgen, aber nur 6% für Vorbeugung und Betreuung

Die Krankheitsfolgeleistungen, die neben den Ausgaben für Rehabilitation vor allem in Geldleistungen zur materiellen Sicherung des Lebensunterhalts bei Krankheit bestehen, umfassen 1980 ein Volumen von 8,9 Mrd. DM (Tabelle 3, Schaubild 1). Davon entfallen ca. 94% auf den sozialen Tatbestand, der sich infolge eines Einkommensausfalls bei Krankheit und Invalidität ergibt, nur 6% auf berufliche und soziale Rehabilitationsmaßnahmen wie sie im Gesundheitsbudget erfaßt werden (Tabelle 3). Der Schwerpunkt der Rehabilitationsmaßnahmen liegt auf der beruflichen Wiedereingliederung und umfaßt insbesondere Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, der Berufsfürsorge, die ambulante und stationäre Berufsförderung der Rentenversicherungsträger sowie Teile der Sozialhilfe.

Die materiellen Leistungen zur Sicherheit des Lebensunterhalts (1979: 7,8 Mrd. DM) entfallen im wesentlichen auf die Bereiche Entgeltfortzahlung (4,0 Mrd. DM), sonstige Einkommensleistungen (1,5 Mrd. DM), z.B. Krankengeld der Krankenversicherungen, sowie die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten (2,3 Mrd. DM). Zur Entwicklung der Krankheitsfolgeleistungen im allgemeinen läßt sich sagen, daß diese mit einer Zuwachsrate im Zeitraum von 1970 bis 1980 mit 133% deutlich geringer angestiegen sind als die Behandlungsleistungen. Vergleicht man die Teilbereiche der mate-

riellen Sicherung im Krankheitsfalle und der Invalidität untereinander, so hat sich die Entgeltfortzahlung mit 100% unterproportional, die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten mit 117% proportional und die sonstigen Einkommensleistungen im Krankheitsfalle mit 124% überproportional entwickelt. Bemerkenswert ist die Entwicklung der Leistungen für Entgeltfortzahlungen, die offensichtlich mit konjunkturellen Indikatoren wie den Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts und der Arbeitslosenquote korrelieren (Schaubild 2). Dieser Sachverhalt zeigt sich besonders deutlich während der rezessiven Wirtschaftsentwicklung Mitte der 70er-Jahre.

Der dritte große Ausgabensektor, die vorbeugenden und betreuenden Maßnahmen, erreichten 1980 ein Leistungsvolumen von 1,7 Mrd. DM (Schaubild 1). Hiervon entfallen 52% auf die betreuenden Maßnahmen mit dem Schwerpunkt der Pflegemaßnahmen (1979: 588 Mill. DM) (Tabelle 3). Hauptleistungen sind hier die Hilfe zur Pflege nach der Sozialhilfe sowie der Kriegsofopferfürsorge. Leistungen in stationären landeseigenen Einrichtungen wie den psychiatrischen Kliniken, in denen der Pflegefallbereich nahezu die Hälfte der Aufwendungen ausmacht, sind allerdings ganz der stationären Behandlung und nicht den Pflegemaßnahmen zugerechnet. Die Gesundheitsdienste, deren Leistungsausgaben 1979 auf 541 Mill. DM anstieg, umfassen vor allem die öffentlichen Gesundheitsbehörden, den schulärztlichen Dienst, die Gesundheitsaufklärung der Bevölkerung, die besonderen Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens, aber auch die im Auftrag der gesetzlichen Kranken- und Rentenversicherung tätigen vertrauensärztlichen Dienste, sowie die betrieblichen Gesundheitseinrichtungen. Schließlich verbleiben für die Gesundheitsvorsorge und die Früherkennung, deren Leistungen vor allem im Rahmen der Sozialversicherung erbracht werden, 189 Mill. DM. Faßt man die Bereiche Gesundheitsdienste und Gesundheitsvorsorge und Früherkennung zusammen, so kommt man 1979 auf 730 Mill. DM oder 2,7% des Budgetvolumens, die für die präventive Gestaltung des Gesundheitswesens aufgewendet werden. Im Zeitraum von 1970 bis 1979 sind damit die Ausgaben um 197%, das heißt leicht überproportional zum Gesamtbudget gestiegen. Die Ausgaben für Betreuung weisen allerdings einen etwas ausgeprägteren Zuwachs auf, der im gleichen Zeitraum 217% beträgt.

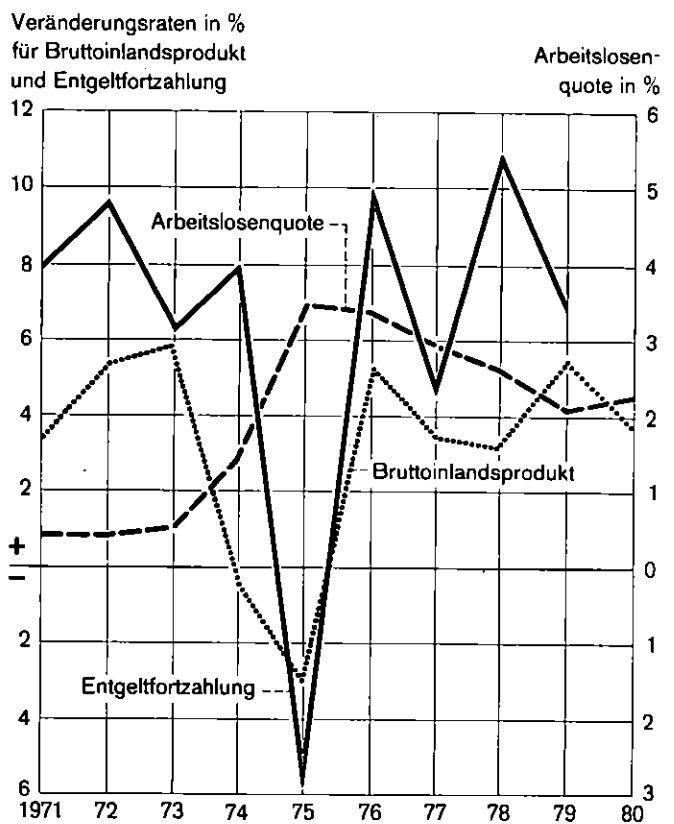
Schließlich sind noch die Leistungen für Ausbildung und Forschung im Gesundheitsbereich zu erwähnen, die sich von 100 Mill. DM (1970) auf 291 Mill. DM (1979) erhöhten und die vor allem aus den Leistungen für die Hochschulkliniken bestehen. Die Höhe der nicht-aufteilbaren Ausgaben ist schließlich von 451 Mill. DM (1970) auf 1,0 Mrd. DM (1979) angewachsen.

Überragende Bedeutung der Sachleistungen

In der Nachweiskategorie der Ausgabearten dominieren 1979 mit 16,3 Mrd. DM oder 61% des Gesamtbudgets die Sachleistungen (Tabelle 3, Schaubild 1). Sie enthalten alle ärztlichen Dienste im ambulanten, stationären und in sonstigen Bereichen, wie Rehabilitation, Pflege und Gesundheitsvorsorge sowie die Arzneien, Heil- und Hilfsmittel. Ihren Schwerpunkt von 14,6 Mrd. DM (90% der Sachleistungen insgesamt) haben die Sachleistungen im Leistungssektor Behandlung. Nach den Sachleistungen folgen die Einkommensleistungen mit 8,0 Mrd. DM oder 30% des Gesamtbudgets an zweiter Stelle. Sie treten ausschließlich bei den Krankheitsfolgeleistungen auf. Schließlich entfallen 1,1 Mrd. DM oder 4% des Gesamtbudgets auf Personal- und laufende Sachausgaben für Verwaltungsleistungen. Da diese Leistungen im allgemeinen nicht einzelnen Leistungsarten direkt zugeordnet werden können, liegt hier der größte Teil in den nicht-aufteilbaren Ausgaben (951 Mill. DM). Nur im Bereich der Gesundheitsdienste lassen sich die Personal- und laufenden Sachausgaben der Gesundheitsbehörden (Gesundheitsämter, Gesundheitsschutz, Gesundheitsberatung, gesundheitliche Aufklärung, Medizinalaufsicht etc.) nach Leistungs-

Schaubild 2

Leistungen der Entgeltfortzahlung und konjunkturelle Indikatoren



arten aufteilen. Die laufenden Zuschüsse, die 1979 eine Höhe von 591 Mill. DM (2,2% des Gesamtbudgets) erreichten und die im wesentlichen die stationäre Behandlung, die Hochschulkliniken sowie die Gesundheitsdienste tangieren, werden für die Deckung der laufenden Betriebsausgaben von öffentlichen Krankenhäusern, Hochschulkliniken und weiteren Einrichtungen der Gesundheitsdienste bereitgestellt, soweit die laufenden Betriebsausgaben die Einnahmen (im Krankenhausbereich die Pflegesätze) übersteigen. Mit diesem Nettodachweis der Krankenhausleistungen werden Doppelzählungen vermieden, in dem Pflegesätze und sonstige Einnahmen, die bei der gesetzlichen Krankenversicherung als Sachausgaben erscheinen, saldiert werden.

Da die privaten Investitionen im Gesundheitsbereich einer statistischen Nachweisung noch unzugänglich sind, werden hier nur die öffentlichen Investitionen erfaßt (694 Mill. DM, das sind 2,6% des Gesamtbudgets). Darin enthalten sind indirekt auch die Investitionszuschüsse des Landes an öffentliche Träger von Gesundheitseinrichtungen. Dies gilt insbesondere für die Ausgaben zur Durchführung des Krankenhausfinanzierungsgesetzes, die 1979 eine Höhe von 513 Mill. DM, darunter 316 Mill. DM für Baumaßnahmen, erreicht haben. Diese Beträge, die an die Krankenhausträger gezahlt werden, gehen in das Budget ein, wenn sie sich in Form von Investitionen oder einer anderen Ausgabeart bei den jeweiligen Trägern (dies sind in der Regel die Gemeinden und Landkreise) niederschlagen. Bei den direkt ausgewiesenen Investitionszuschüssen in Höhe von 143 Mill. DM oder 0,5% des Gesamtbudgets, handelt es sich andererseits ausschließlich um Zuschüsse an nicht-öffentliche Träger von Gesundheitseinrichtungen.

Die Entwicklung der Struktur der Ausgabearten zeigt über den Zeitraum 1970 bis 1979 hinweg eine Tendenz zur Zunahme der Sachleistungen, deren Anteil am Gesamtbudget von 52% (1970) auf 61% (1979) gestiegen ist. Dies ist auf den überproportional gewachsenen Teilsektor der Behandlung zurückzuführen. Demgegenüber hat sich der Anteil der Einkommensleistungen von 38% (1970) auf 30% (1979) zurückgebildet, was auf die unterproportionalen Steigerungen der Entgeltfortzahlung und der Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten zurückzuführen ist. Die Anteile der übrigen Ausgabearten liegen unter 5% und haben sich nur unwesentlich verschoben.

Neben die gesetzliche Krankenversicherung treten weitere wichtige Träger von Gesundheitsleistungen

Als Ausgabenträger werden die Institutionen betrachtet, die unmittelbar Leistungen im Gesundheitsbereich erbringen. Dieser Gesichtspunkt darf nicht mit der Frage verwechselt werden, wer nun

letztlich alle Ausgaben trägt. Dies ist der Bürger selbst, als Beitrags- und Steuerzahler und nicht zuletzt nach Kostenüberwälzungen über die Preise als Verbraucher. Die hier verwendete Abgrenzung richtet sich vorwiegend pragmatisch nach der Erfassungsmöglichkeit aus. Danach dominieren die Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung, die 1979 mit 11,8 Mrd. DM zu Buche schlugen (44% des Gesamtbudgets) (Tabelle 3, Schaubild 1). Ihr Ausgabenschwerpunkt liegt bei den Behandlungsausgaben (84%) und verteilt sich ziemlich gleichmäßig auf die Bereiche ambulante Behandlung (3,0 Mrd. DM), stationäre Behandlung (3,6 Mrd. DM) sowie Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel, Zahnersatz (3,3 Mrd. DM).

Die Ausgabenträger mit dem zweithöchsten Leistungsvolumen (5,4 Mrd. DM) sind die öffentlichen und privaten Arbeitgeber. Ihr Ausgabenfeld liegt vor allem bei den Krankheitsfolgeleistungen und hier insbesondere bei der Entgeltfortzahlung, die mit 4,0 Mrd. DM allein 74% der Arbeitgeberleistungen ausmacht. Neben Behandlungsleistungen (681 Mill. DM) erbringen die Arbeitgeber in ihren betriebsärztlichen Einrichtungen mit 292 Mill. DM den höchsten Betrag für die Gesundheitsdienste. Die öffentlichen Haushalte mit 3,3 Mrd. DM stehen an dritter Stelle, wobei von ihnen besonders die Leistungsarten stationäre Behandlung (1,0 Mrd. DM), betreuende Maßnahmen (591 Mill. DM), die Rehabilitation (433 Mill. DM), die Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten (432 Mill. DM), die Ausbildung von medizinischem Personal und medizinischer Forschung (291 Mill. DM) sowie die Gesundheitsdienste (192 Mill. DM) berührt werden. Die privaten Haushalte geben – unabhängig von den Leistungen der Sozialversicherungsträger und den Erstattungen von öffentlichen Haushalten und Arbeitgebern – 2,4 Mrd. DM (8,8% des Gesamtbudgets) aus und zwar neben ihren Beitragsleistungen zur gesetzlichen und privaten Krankenversicherung. Diese Ausgaben betreffen ausschließlich die einzelnen Sparten des Sektors Behandlung (Tabelle 3).

Bei der gesetzlichen Rentenversicherung, die 1,9 Mrd. DM (7% des Budgets) an Gesundheitsleistungen erbringt, sind vor allem die Leistungsarten Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten (1,2 Mrd. DM) und die stationäre Kurbehandlung im Sinne des Gesundheitsbudgets (438 Mill. DM) betroffen. Ein Ausgabenschwerpunkt der gesetzlichen Unfallversicherung, der mit 867 Mill. DM zu Buche schlägt, liegt bei den Verletztenrenten, die hier den Berufs- und Erwerbsunfähigkeitsrenten zugerechnet werden (336 Mill. DM), daneben aber auch bei der stationären Behandlung (138 Mill. DM). Schließlich enthält das Gesundheitsbudget auch die Leistungen der privaten Krankenversicherung, die 1,2 Mrd. DM beisteuert. Hier sind die Ausgaben über die Leistungsarten breit gestreut.

Ein Überblick über die Entwicklung der Ausgaben-träger in den Jahren 1970 bis 1979 zeigt, daß sich die Gewichte zu der gesetzlichen Krankenversicherung hin verschoben haben. Ihr Strukturanteil am Gesamtbudget hat sich von 36% auf 44% erhöht. Gefallen ist dagegen der Anteil der Arbeitgeberleistungen und zwar von 25% auf 20%. Die Bedeutung der übrigen Ausgaben-träger bleibt dagegen konstant oder hat sich nur unwesentlich verändert.

Preisentwicklung dominiert Mengenausweitung

Ein wichtiger Bestimmungsfaktor der Ausgabenentwicklung ist die Preisentwicklung. Insbesondere kann von der nominellen Ausgabensteigerung nicht in vollem Umfang auf eine volumenmäßige Zunahme der Leistungen geschlossen werden.⁹ Um das Gewicht der Preissteigerungen bei Gesundheitsleistungen abschätzen zu können, wurde eine Deflationierung des Budgets nach Hauptleistungsarten nach den auf den Gesundheitsbereich bezogenen Positionen des Warenkorbs 1976 auf Basis 1970 vorgenommen, so daß sich Größenordnungen ableiten lassen, die das Gesundheitsbudget in eine Mengen- und Preiskomponente aufspalten. Real

⁹ Kühn, H.: Statistische Überlegungen zur Kostenentwicklung des Gesundheitswesens, a.a.O., S. 192
Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, a.a.O., S. 65 ff

Tabelle 4

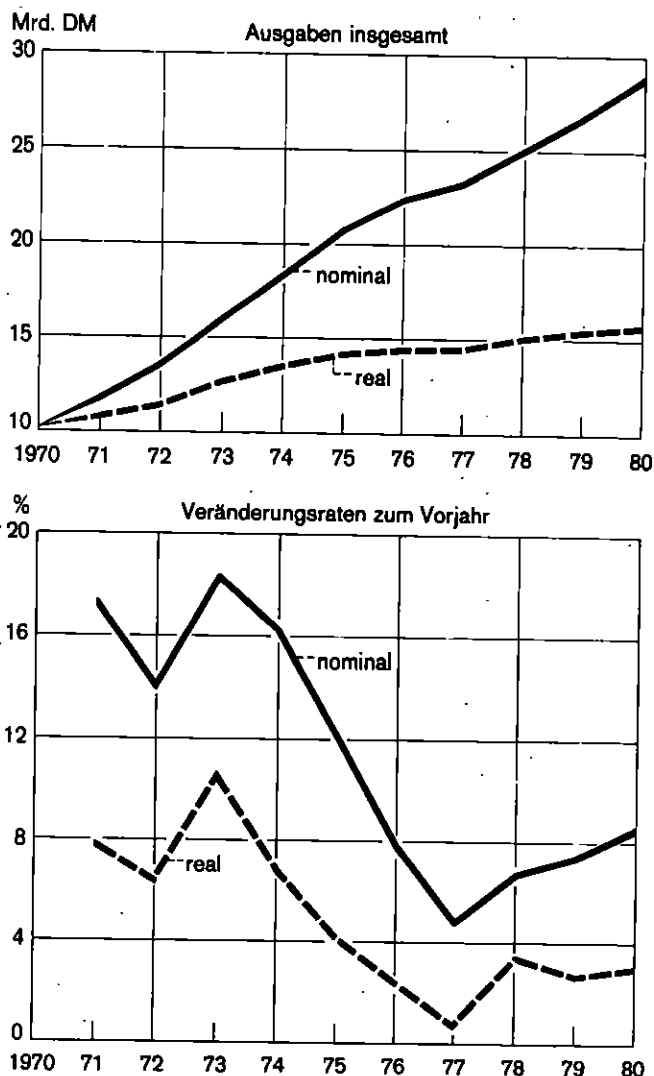
Entwicklung der Preis- und Mengenkompente¹⁾ in ausgewählten Leistungsarten des Gesundheitsbudgets

| Leistungsart | 1971 | 1975 | 1979 | 1980 |
|--|------|------|------|------|
| | % | | | |
| Gesundheitsbudget insgesamt | | | | |
| Preiskomponente | 54,6 | 61,6 | 67,5 | 68,9 |
| Mengenkomponente | 45,4 | 38,4 | 32,5 | 31,1 |
| Vorbeugende und betreuende Maßnahmen | | | | |
| Preiskomponente | 33,1 | 48,4 | 59,8 | 61,3 |
| Mengenkomponente | 66,9 | 51,6 | 40,2 | 38,7 |
| Behandlung ohne Arzneien, Heil- und Hilfsmittel | | | | |
| Preiskomponente | 65,2 | 68,5 | 76,9 | 78,1 |
| Mengenkomponente | 34,8 | 31,5 | 23,1 | 21,9 |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel | | | | |
| Preiskomponente | 29,2 | 38,8 | 44,1 | 46,6 |
| Mengenkomponente | 70,8 | 61,2 | 55,9 | 53,4 |
| Krankheitsfolgeleistungen, Ausbildung und Forschung Nicht-aufteilbare Ausgaben | | | | |
| Preiskomponente | 52,1 | 62,3 | 64,3 | 68,1 |
| Mengenkomponente | 47,9 | 37,7 | 35,7 | 31,9 |

1) Die Preis- bzw. Mengenkompente ist definiert als der Anteil der Preissteigerungen und der Mengenausweitung am nominalen Gesamtwachstum bezogen auf das Jahr 1970.

Schaubild 3

Ausgaben für die Gesundheit



erreichten die Ausgaben 1980 im Gesundheitsbereich danach 15,9 Mrd. DM, das sind nahezu 60% mehr als 1970. Von 1970 bis 1980 erfolgte somit eine Mengenausweitung um 5,9 Mrd. DM, der einer rein preisbedingten Aufblähung des Budgets von 13,1 Mrd. DM gegenübersteht (Schaubild 3). Auf die Ausgabensteigerungen der 70er-Jahre entfallen somit im Durchschnitt zwei Drittel auf Preissteigerungen und ein Drittel auf die Mengenausweitung (Tabelle 4).

Dieses Ergebnis ist jedoch in den einzelnen Leistungsarten unterschiedlich. So betrug für den Zeitraum 1970 bis 1980 der durchschnittliche reale Niederschlag von einer zusätzlichen D-Mark bei den vorbeugenden und betreuenden Maßnahmen 0,39 DM, bei den Behandlungsleistungen 0,22 DM, bei den Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln 0,53 DM und bei den Krankheitsfolgeleistungen 0,32 DM. Es zeigt sich also, daß den Preis- und Mengeneffekten in den einzelnen Leistungsbereichen unterschiedliche Bedeutung zukommt.

Hierbei stecken die Behandlungsleistungen einerseits und die Ausgaben für Arzneimittel, Heil- und Hilfsmittel andererseits, den Rahmen ab, in dem sich unterschiedliche Preis- und Mengeneffekte abspielen. Während bei den Behandlungsausgaben vier Fünftel der Ausgabenerhöhungen auf Preissteigerungen entfallen, sind es bei den Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln etwa die Hälfte. Betrachtet man die Entwicklungstendenz von Preis- und Mengeneffekte in den einzelnen Jahren, so kann man für alle Leistungsarten und das Gesamtbudget eine relativ kontinuierliche Verschiebung zur Preiskomponente hin feststellen. Die Anteile der Preis- und Mengeneffekte am gesamten nominalen jährlichen Zuwachs gehen bei einzelnen Leistungsarten 1971 von unterschiedlichen Niveaus aus und weisen auch eine unterschiedliche „Verschiebungsgeschwindigkeit“ auf. So geht der Preiseffekt im Bereich der Arzneien, Heil- und Hilfsmittel von einem niedrigen Niveau aus (29,2%), steigt aber im folgenden aufgrund einer überdurchschnittlich hohen Zunahme auf nahezu 50%. Der Leistungsbereich Behandlung dagegen, hat schon 1971 ein hohes Niveau des Preiseffekts erreicht (65,2%), zeigt im folgenden aber eine relativ niedrige Verschiebung zum Preiseffekt hin. Trotzdem beträgt 1980 die Preiskomponente fast 80%.

Hinsichtlich der Mengenausdehnung bleibt die Frage zunächst offen, ob sie auf eine Nachfragerweiterung (Zunahme der Behandlungsfälle) oder aber auf ein höheres Leistungsniveau pro Behandlungsfall zurückzuführen ist. Um solche weitergehende Fragestellungen – zumindest für den stationären Behandlungsbereich – beantworten zu können, müssen für die Gesundheitsausgaben geeignete demographische und ökonomische Bezugsgrößen gefunden werden.

Trotz leicht rückläufiger ökonomischer Leistungsindikatoren seit 1975 auch real noch Leistungsverbesserungen

Um sozialwissenschaftliche Zeitreihen aussagekräftig zu gestalten, bildet man oft Verhältniszahlen, die eine beobachtete Größe in Beziehung zu einer Bezugsgröße bringen. Der Bezug der Gesundheitsausgaben zum gesamtwirtschaftlichen Indikator Sozialprodukt bringt zum Ausdruck, welches Gewicht das Gesundheitswesen im ökonomischen Leistungsprozeß hat. Dabei werden zunächst die Ausgaben nach dem Aspekt der Ausgabearten zum Bruttosozialprodukt in Beziehung gesetzt¹⁰.

Die höchste Quote gesundheitsrelevanter ökonomischer Aktivität ergibt sich, wenn die Ausgaben des Gesamtbudgets – die gesundheitsbezogenen Übertragungen, der gesundheitsrelevante Konsum und die Investitionen im Gesundheitswesen – auf das Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen bezogen werden. Diese allgemeine Gesundheitsquote veranschaulicht jene Ausgabenströme, die alle über den Bereich Gesundheit laufen. Sie gibt nicht nur den Teil des Sozialprodukts wieder, der vom Sektor Gesundheit in Anspruch genommen wird, sondern auch die Teile, die im Sektor Gesundheit umgeschichtet werden. So gesehen beeindruckt, daß heute 12,2% oder jede 8. D-Mark des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts über das Gesundheitswesen fließen. Im Jahre 1970 betrug die Quote 9,3%, sie stieg bis 1975 auf 12,8% und ist seither leicht rückläufig (Tabelle 5). Klammert man von den Gesundheitsausgaben des Budgets die monetären Übertragungen (Einkommensleistungen) aus, so ergibt sich die Gesundheitsquote im engeren Sinne. Da sie nur die Konsum- und Investitionsausgaben im Gesundheitswesen umfaßt, stellt sie den für die Gesundheit in Anspruch genommenen Anteil am Sozialprodukt dar. Somit ist diese Quote ein Indikator für die Produktion von gesundheitsrelevanten Gütern und Dienstleistungen. Sie stieg von 5,8% im Jahre 1970 auf 9,1% (1975) und fiel dann auf 8,5% (1979).

¹⁰ Zur Darstellung eines funktionalen Staatsquotenkonzepts: Linder, P.: Die Entwicklung staatswirtschaftlicher Quoten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 7/1980

Tabelle 5

Ökonomische Leistungsindikatoren nach der Ausgabenart
Anteil am Bruttosozialprodukt

| Ausgabenart | 1970 | 1975 | 1979 |
|---|------|------|------|
| | % | | |
| in konstanten Preisen | | | |
| Allgemeine Gesundheitsquote ¹⁾ | 9,5 | 12,2 | 11,1 |
| in jeweiligen Preisen | | | |
| Allgemeine Gesundheitsquote ¹⁾ | 9,3 | 12,8 | 12,2 |
| Gesundheitsquote im engeren Sinne ²⁾ | 5,8 | 9,1 | 8,5 |
| Laufende Ausgabenquote der Gesundheit ³⁾ | 9,0 | 12,3 | 11,8 |
| Übertragungsquote der Gesundheit ⁴⁾ | 3,5 | 3,7 | 3,6 |
| Verbrauchsquote der Gesundheit ⁵⁾ | 5,5 | 8,6 | 8,2 |
| Investitionsquote der Gesundheit ⁶⁾ | 0,4 | 0,5 | 0,4 |

1) Leistungen nach dem Gesundheitsbudget in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 2) Sachleistungen, Personal- und laufende Sachausgaben, laufende Zuschüsse, Investitionsausgaben und -zuschüsse (Staatsverbrauch und Investitionen im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 3) Einkommensleistungen, Sachleistungen, Personal- und laufende Sachausgaben, laufende Zuschüsse (monetäre Transferleistungen und Staatsverbrauch im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 4) Einkommensleistungen (monetäre Transferleistungen im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 5) Sachleistungen, Personal- und laufende Sachausgaben, laufende Zuschüsse (Staatsverbrauch im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttosozialprodukts.— 6) Investitionsausgaben, Investitionszuschüsse (staatliche Investitionen im Gesundheitswesen) in Prozent des Bruttosozialprodukts.

Tabelle 6

Demographische Leistungsindikatoren nach Leistungsarten

Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung

| Leistungsarten | 1970 | 1975 | 1979 | 1980 | 1970 | 1975 | 1979 | 1980 |
|--------------------------------------|-----------------------|-------|-------|-------|-----------------------|-------|-------|-------|
| | in jeweiligen Preisen | | | | in konstanten Preisen | | | |
| | DM | | | | | | | |
| Gesundheitsbudget insgesamt | 1 126 | 2 256 | 2 924 | 3 165 | 1 126 | 1 537 | 1 689 | 1 735 |
| Vorbeugende und betreuende Maßnahmen | 56 | 135 | 165 | 184 | 56 | 96 | 99 | 104 |
| Behandlung insgesamt | 543 | 1 192 | 1 544 | 1 662 | 543 | 766 | 829 | 848 |
| Ambulante Behandlung | 186 | 370 | 481 | 513 | 186 | 222 | 233 | 234 |
| Stationäre Behandlung | 230 | 551 | 693 | 742 | 230 | 330 | 335 | 339 |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel | 127 | 271 | 370 | 407 | 127 | 214 | 261 | 275 |

Eine Aufgliederung der Gesundheitsquote im engeren Sinne gibt einen Eindruck davon, welches Gewicht den beiden Teilbereichen – Verbrauch (oder dem Konsum) einerseits und die Investitionen andererseits – zukommt. Zunächst kann festgestellt werden, daß der Verbraucherquote ungleich höhere quantitative Bedeutung zukommt (8,2%) als der Investitionsquote (0,4%). Betrachtet man den Entwicklungsverlauf beider Quoten, so bleibt die Investitionsquote über den Zeitraum 1970 bis 1979 konstant auf 0,4 bzw. 0,5%, während die Verbrauchsquote von 1970 (5,5%) bis 1975 (8,6%) einen steigenden Trend aufweist und bis 1979 nur leicht auf 8,2% wieder abfiel. Die Gewichte haben sich also immer stärker zur Verbrauchsquote hin verschoben. Schließlich kann noch die Übertragungsquote der Gesundheit betrachtet werden, die die Einkommensleistungen im Gesundheitswesen auf das Bruttosozialprodukt bezieht. Dabei ist allerdings zu beachten, daß der sachlogische Zusammenhang hier nicht in dem Sinne gegeben ist wie bei der Verbrauchs- oder der Investitionsquote, da die Einkommensleistungen kein Teilaggregat des Bruttosozialprodukts sind. Trotzdem ist es aufschlußreich, die monetäre Umverteilung im Gesundheitsbudget am Sozialprodukt zu messen. Es zeigt sich, daß im Betrachtungszeitraum die gesundheitsbezogene monetäre Umverteilung konstant 3,6% des Bruttosozialprodukts ausmacht. Zusammenfassend kann somit festgestellt werden, daß der Verlauf der allgemeinen wie der engeren Gesundheitsquote ausschließlich von der Verbrauchsquote der Gesundheit, also von den Sachleistungen, den Personal- und laufenden Sachausgaben sowie den laufenden Zuschüssen, bestimmt wird. Von besonderer Bedeutung ist die Gegenüberstellung der Entwicklung von nominalen und realen Quoten. Die nominale und reale allgemeine Quote geht 1970 von etwa derselben Ausgangslage (9,3 bzw. 9,5%) aus, nimmt jedoch im weiteren Zeitablauf eine unterschiedliche Entwicklung, wobei im Jahr 1980 die reale Quote um

1,2%-Punkte unter der nominalen Quote liegt. Dieser Sachverhalt läßt die Schlußfolgerung zu, daß Preisniveausteigerungen im Gesundheitsbereich durchschnittlich in höherem Maße erfolgt sein müssen als für das Sozialprodukt insgesamt.

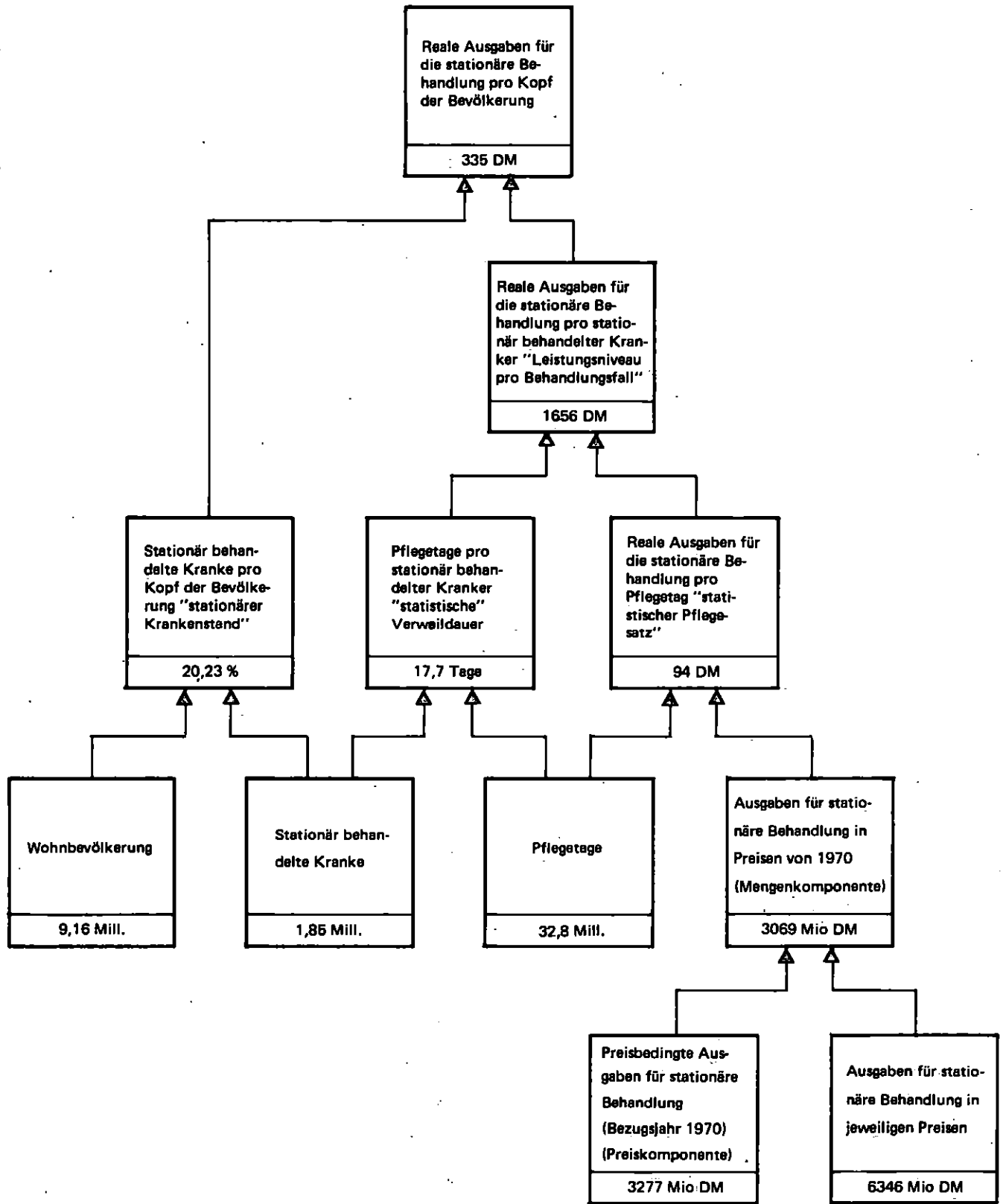
Im Gegensatz zu den ökonomischen Leistungsindikatoren, die das Gewicht des Gesundheitswesens im ökonomischen Leistungsprozeß angeben, lassen sich aus den demographischen Leistungsindikatoren Schlüsse auf den personenbezogenen Aufwand ziehen. Die Gesundheitsausgaben pro Kopf der Bevölkerung, bei denen der Einfluß einer wechselnden Bevölkerungszahl ausgeschlossen ist, kann somit als Indikator für das Leistungsniveau dienen. Auch in diesem Falle ist ein Vergleich der nominalen und realen Entwicklung von besonderem Interesse. So läßt sich für die nominalen Reihen bei allen Leistungskomponenten eine ansteigende Tendenz ablesen, die sich ab 1976 nur geringfügig abflachte (*Tabelle 6 und 7*). Bei den realen Reihen, die das mengenmäßige Leistungsniveau beschreiben, ergaben sich dagegen nach 1976 erheblich geringere Zunahmen. Die Dämpfung der Ausga-

Tabelle 7

Kennziffern für den stationären Bereich

| Bezeichnung | Einheit | 1970 | 1975 | 1979 |
|--|---------|-------|-------|-------|
| Ausgaben für stationäre Behandlung pro Pflage-tag | | | | |
| in jeweiligen Preisen | DM | 65 | 159 | 193 |
| in Preisen von 1970 | DM | 65 | 95 | 94 |
| Pflage-tage pro stationär behandelten Kranken | Tage | 22,7 | 20,1 | 17,7 |
| Ausgaben für stationäre Behandlung pro stationär behandelten Kranken | | | | |
| in jeweiligen Preisen | DM | 1 483 | 3 187 | 3 424 |
| in Preisen von 1970 | DM | 1 483 | 1 911 | 1 656 |
| Stationär behandelte Kranke pro 1000 der Bevölkerung | Anzahl | 154,8 | 173,0 | 202,3 |

**Gesundheitspolitisches „Schachbrett“ im stationären Bereich
(Zahlen 1979)**



ben, die vor allem in den Jahren 1976 und 1977 sichtbar wird, wurde somit in erster Linie durch eine Verminderung des realen Leistungsniveaus bewirkt, während die Preissteigerungen zwar rückläufig waren, aber im Vergleich zu anderen Wirtschaftsbereichen noch hohe Zuwachsraten zu verzeichnen hatten. Eine Ausnahme bildeten die Ausgaben für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel, die während der Kostendämpfungsphase sowohl nominal als auch real gestiegen sind.

Rückläufige Verweildauer und sinkendes Leistungsniveau pro Behandlungsfall begrenzen seit 1975 die Kosten im stationären Bereich

Interessante Aufschlüsse lassen sich für den Fall der stationären Behandlung ableiten, wenn man den Indikator „Ausgaben für stationäre Behandlung pro Kopf der Bevölkerung“ aufspaltet in die Komponenten: Statistischer Pflegesatz, statistische Verweildauer, das Leistungsniveau pro Behandlungsfall und Zahl der Behandlungsfälle selbst.

Betrachtet man die Entwicklung des Indikators stationäre Behandlungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung sowie dessen Bestimmungsfaktoren (Schaubild 4), so zeigen sich gegenläufige Verlaufstendenzen der einzelnen Komponenten. Während der statistische Pflegesatz (reale Ausgaben für die stationäre Behandlung pro Pflegetag) bis 1975 in erheblichem Ausmaße zugenommen hat, zeigte sich im gleichen Zeitraum eine leicht rückläufige Tendenz bei der statistischen Verweildauer. Diese Entwicklung führte bis zur Mitte der 70er-Jahre zu einem starken Zuwachs des Leistungsniveaus pro Behandlungsfall (Ausgaben pro stationär behandelter Kranker). Nach 1975 blieb der statistische Pflegesatz konstant, während sich die rückläufige Tendenz der statistischen Verweildauer bis 1979 erheblich verstärkte. Wie Schaubild 5 zeigt, drehte sich die Konfiguration der ersten Hälfte der 70er-Jahre im folgenden um und führte zu einem kräftigen Rückgang des Leistungsniveaus pro Behandlungsfall, der fast auf das Leistungsniveau von 1972 absank. Für den Rückgang der Verweildauer im Krankenhaus und dem sich daraus ergebenden kostensenkenden Effekt, lassen sich eine Reihe von Gründen angeben, die insbesondere in einer besseren Versorgung des Patienten zu suchen sind. Vor allem die Zunahme der Ärzte und der Pflegekräfte pro Bett, wirkungsvollere Medikamente, bessere Operationstechniken und nicht zuletzt exaktere Diagnosen führen zu schnelleren und besseren Heil- und Behandlungserfolgen.

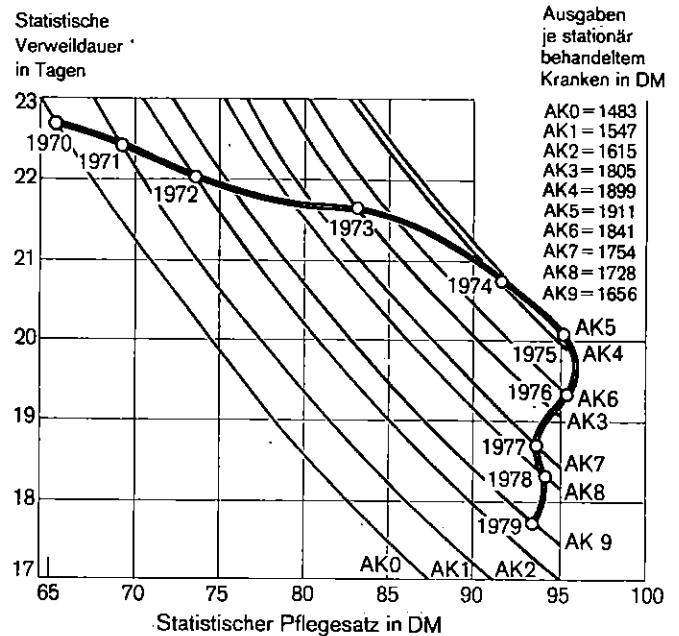
Für die stationären Behandlungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung sind neben dem Leistungsniveau pro Behandlungsfall auch die Anzahl der Behandlungsfälle von Bedeutung. Diese werden am stationären Krankenstand der Bevölkerung (stationär behandelte Kranke pro Kopf der Bevölkerung) gemessen.

Diese Komponente hat besonders ab 1974 zu einem Ansteigen der stationären Behandlungsausgaben pro Kopf der Bevölkerung beigetragen, als gleichzeitig das Leistungsniveau pro Behandlungsfall zurückgegangen ist. Der Effekt, der vom Rück-

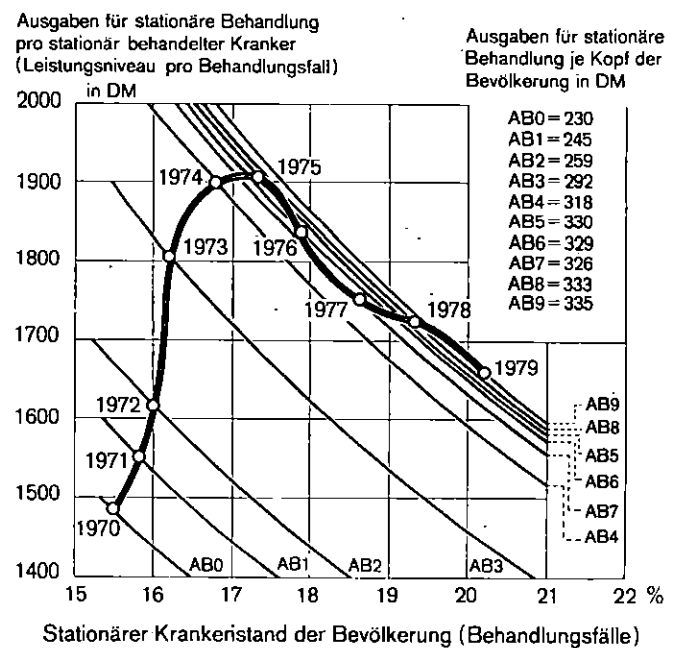
Schaubild 5

Bestimmungsfaktoren der Ausgaben im stationären Bereich

Entwicklung der Ausgaben je stationär behandeltem Kranken nach Verweildauer und Pflegesatz



Entwicklung der Ausgaben für stationäre Behandlung je Kopf der Bevölkerung nach Leistungsniveau pro Behandlungsfall und Behandlungsfälle



gang des Leistungsniveaus pro Behandlungsfall nach 1975 ausgegangen ist, wurde also in etwa durch einen höheren stationären Krankenstand wieder kompensiert. In der ersten Hälfte der 70er-Jahre war dagegen die Zunahme des Leistungsniveaus pro Behandlungsfall dominierend.

Zusammenfassend kann also festgehalten werden, daß in der ersten Hälfte der 70er-Jahre Kostensteigerungen im stationären Bereich vom statistischen Pflegesatz ausgegangen sind. Für die Kostendämpfung der zweiten Hälfte der 70er-Jahre war die Verweildauer entscheidend.

Modellrechnungen im Ausgabenbereich des Gesundheitswesens

Das Gesundheitsbudget ermöglicht nach Umfang und Aufbau in erster Linie eine detaillierte nach mehreren Aspekten hin ausgerichtete Vergangenheits- und Situationsanalyse. Darüber hinaus liefert es jedoch auch eine Datenbasis für Modellrechnungen zur zukünftigen Entwicklung der Gesundheitsausgaben. Hierzu eignen sich insbesondere die realen Zeitreihen der Ausgaben nach verschiedenen Leistungsarten. Prinzipiell ist bei Modellrechnungen auf die Grenzen der Vorausschaubarkeit sich zukünftig vollziehender Entwicklungen hinzuweisen, die sich aus der möglichen Änderung der zugrundegelegten Prämissen ergeben. In der folgenden Modellrechnung wird deshalb nicht nur die zukünftige Entwicklung der Ausgaben abgeschätzt, vielmehr sollen in Form einer Abweichungsanalyse die Faktoren herausgearbeitet werden, die aus heutiger Sicht einen relevanten Einfluß auf die zukünftige Ausgabenentwicklung ausüben. Zu diesen Bestimmungskomponenten gehören neben ökonomischen Kriterien auch die demographischen Veränderungen, die nach Zahl sowie Alters- und Geschlechtsstruktur Auswirkungen auf die zukünftige Ausgabenentwicklung haben.¹¹

Ausgangspunkt für die Berechnungen sind die realen Pro-Kopf-Ausgaben. Diese werden nach Leistungsarten sowie der Alters- und Geschlechtsstruktur der Bevölkerung differenziert. Eine Verteilung der Gesundheitsausgaben einzelner Leistungsarten auf die Altersklassen und das Geschlecht erfolgt aufgrund einer sachgerechten Schlüsselung. Zerlegungsschlüssel sind dabei insbesondere: Untersuchungsfälle verschiedener Vorsorgeuntersuchungen und Früherkennungsmaßnahmen, Empfänger von Sozialhilfe für Maßnahmen zur Pflege und zur Mutterschaft, Arztbesuchs- und Krankenhausbesuchsquoten, Zahl der Rehabilitanten, Zahl der erwerbstätigen Kranken, Zahl der Berentungen aufgrund von Berufs- und

Erwerbsunfähigkeit u.a. Anschließend werden die realen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung nach Leistungsarten getrennt für die Altersklassen und nach Geschlecht im Zeitraum 1970 bis 1980 ermittelt. Diese beobachtete Entwicklung wird linear fortgeschrieben. Die dabei prognostizierten Leistungsniveaus werden dann mit der zukünftigen Bevölkerungsentwicklung nach Alter- und Geschlechtsstruktur zusammengeführt,¹² so daß sich die reale zukünftige Ausgabenentwicklung in eine demographische und in eine nicht-demographische Komponente zerlegen läßt.

Eine lineare Trendextrapolation der realen Pro-Kopf-Ausgaben unterstellt dabei, daß das Leistungsniveau nach Leistungsart und nach Bevölkerungsstruktur mit einem konstanten absoluten Zuwachs, wie er sich aus der Trendanalyse des Beobachtungszeitraums ergibt, in Zukunft weiter fortgeschrieben wird. Diese Prämisse beinhaltet zugleich, daß die Entwicklung der realen Pro-Kopf-Ausgaben mit abnehmenden relativen Zuwachsraten erfolgt. Da für die 80er-Jahre und darüber hinaus im Hinblick auf das gesamtwirtschaftliche Wachstum ebenfalls tendenziell mit abnehmenden relativen Zuwachsraten zu rechnen sein dürfte,¹³ muß die hier gestellte Hypothese über die Entwicklung des Leistungsniveaus im Gesundheitswesen aus heutiger Sicht als gerechtfertigt angesehen werden. Es wird also generell unterstellt, daß sich die Ausgaben im Gesundheitswesen nicht unabhängig von der gesamtwirtschaftlichen Situation entwickeln können. Sollte sich allerdings die expansive Entwicklung im Gesundheitswesen, wie sie zwischen 1970 und 1975 aufgetreten ist, und sich im 2. Halbjahr 1980 wieder abzeichnet, auch in den 80er-Jahren wiederholen, so wäre mit einem höheren Ausgabenwachstum zu rechnen als dies in den nachfolgenden Modellergebnissen zum Ausdruck kommt.

Ist unsere Gesundheit in Zukunft noch finanzierbar?

In der vergangenen Dekade stiegen die Gesundheitsausgaben von 10,0 Mrd. DM (1970) real auf 15,9 Mrd. DM (1980) an. Dies entspricht einem realen Zuwachs von 59%. Setzt man hierzu die Ergebnisse der Modellrechnung in Beziehung, so kommt man in den nächsten 10 Jahren auf 22,7 Mrd. DM, was einem Zuwachs von 43% entspricht. Dies würde bedeuten, daß in den nächsten 10 Jahren ein geringerer Ausgabenzuwachs eintreten wird, als in den 70er-Jahren (*Tabelle 8*). Bis 1995 würde danach ein Volumen von real 25,4 Mrd. DM erreicht

¹² Zur zugrundegelegten Bevölkerungsprognose: Kaeser, H.: Langfristige Vorausschätzungen demographischer Eckdaten, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 27. Jg. Heft 6/1979

¹³ Zur zugrundegelegten Wirtschaftsprognose: Münzenmaier, W. u.a.: Langfristige Vorausschätzung der wirtschaftlichen Entwicklung und der Situation am Arbeitsmarkt, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 27. Jg., Heft 7/1979

¹¹ Zur methodischen Vorgehensweise: Linder, P.: Zur Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen – Modellrechnungen für die zukünftige Entwicklung – a.a.O.

werden. Charakteristisch für das Ausgabenmodell ist, daß während der nächsten 15 Jahre die Zunahmen nicht gleichmäßig verlaufen, sondern vielmehr einen kontinuierlichen Rückgang erkennen lassen. So ergibt sich im Zeitraum 1980 bis 1985 noch eine Zuwachsrate von 23,1%, die im nächsten Jahrfünft auf 15,8% und schließlich zwischen 1990 und 1995 auf 11,6% absinkt. Es werden also Grenzen der Ausgabenentwicklung angenommen, die allerdings bis 1995 zu einer höheren Gesundheitsquote als 1980 führen. Würde sich dagegen die Zuwachsrate der 70er-Jahre auch in den kommenden 15 Jahren weiter fortsetzen, so wäre ein höheres Ausgabenwachstum im Gesundheitswesen zu erwarten, das 1985 zu einem realen Ausgabenvolumen von 20,7 Mrd. DM, 1990 von 25,4 Mrd. DM und 1995 von 30,1 Mrd. DM führen würde. Die Gesundheitsquote würde bei gegebener gesamtwirtschaftlicher Vorausschätzung 1995 mit 14,0% deutlich höher liegen als 1980. Der Gesundheitsbereich würde damit erheblich stärker wachsen als das erwartete Sozialprodukt.

Bei alledem ist zu berücksichtigen, daß für die Höhe der Gesundheitsquote neben der Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen auch die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts von Bedeutung ist. Will man in Zukunft die Gesundheitsausgaben in Grenzen halten, so sind die Grenzen selbst nicht fest und unverrückbar, sie gestalten sich vielmehr in Abhängigkeit von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung. Die gestellte Frage, ob in Zukunft unsere Gesundheit noch finanzierbar ist, hängt damit entscheidend von der künftigen Wirtschaftsentwicklung ab, da ein weiterreichendes Anspruchsniveau im Gesundheitsbereich, wie es in der Zunahme des Indikators „Reale Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung“ zum Ausdruck kommt, bei annähernd konstanter Gesundheitsquote, zukünftig nur aus einem wachsenden Sozialprodukt befriedigt werden kann. Gegen eine weiter wachsende Gesundheitsquote spricht vor allem, daß die Sozialleistungsquote generell an eine kritische Grenze angekommen ist und die Gesundheit nur ein soziales Tätigkeitsfeld darstellt, das mit anderen wichtigen Sozialbereichen wie Familie, Alter, Wohnen, Bildung, Umwelt u.a. in seinem Ausgabenvolumen konkurrieren muß und nicht eine absolute und unantastbare Priorität beanspruchen kann. Treffen in Zukunft die Modellannahmen ein, so werden sich die jährlichen realen Ausgaben pro Kopf der Bevölkerung von 1735 DM (1980) auf 2817 DM (1995) entwickeln, wovon 1507 DM auf Behandlung, 1133 DM auf Krankheitsfolgelasten, Ausbildung und Forschung und 177 DM auf vorbeugende und betreuende Maßnahmen entfallen. Da ausgehend von den Bevölkerungsvorausschätzungen relativ verlässliche Anhaltspunkte über zukünftige demographische Strukturen aus der Be-

Tabelle 8

Modellrechnung der zukünftigen Entwicklung realer Leistungen im Gesundheitswesen

| Leistungsarten | Ausgaben für die Gesundheit | Gesundheitsziffer ¹⁾ | Gesundheitsquote ²⁾ |
|---|-----------------------------|---------------------------------|--------------------------------|
| | Mill.DM | DM | % |
| 1985 | | | |
| Ausgaben insgesamt | 19 632 | 2 160 | 11,9 |
| Vorbeugende und betreuende Maßnahmen | 1 201 | 132 | 0,7 |
| Behandlung | 10 430 | 1 148 | 6,3 |
| Ambulante Behandlung (einschl. Zahnersatz) | 3 452 | 380 | 2,0 |
| Stationäre Behandlung (einschl. Kurbehandlung) | 3 789 | 417 | 2,3 |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel | 3 189 | 351 | 1,9 |
| Krankheitsfolgeleistungen, Ausbildung und Forschung | 8 001 | 880 | 4,9 |
| 1990 | | | |
| Ausgaben insgesamt | 22 739 | 2 510 | 12,0 |
| Vorbeugende und betreuende Maßnahmen | 1 410 | 156 | 0,7 |
| Behandlung | 12 066 | 1 332 | 6,4 |
| Ambulante Behandlung (einschl. Zahnersatz) | 3 904 | 431 | 2,1 |
| Stationäre Behandlung (einschl. Kurbehandlung) | 4 293 | 474 | 2,3 |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel | 3 869 | 427 | 2,0 |
| Krankheitsfolgeleistungen, Ausbildung und Forschung | 9 263 | 1 022 | 4,9 |
| 1995 | | | |
| Ausgaben insgesamt | 25 384 | 2 817 | 11,8 |
| Vorbeugende und betreuende Maßnahmen | 1 599 | 177 | 0,7 |
| Behandlung | 13 578 | 1 507 | 6,3 |
| Ambulante Behandlung (einschl. Zahnersatz) | 4 313 | 479 | 2,0 |
| Stationäre Behandlung (einschl. Kurbehandlung) | 4 756 | 628 | 2,2 |
| Arzneien, Heil- und Hilfsmittel | 4 509 | 500 | 2,1 |
| Krankheitsfolgeleistungen, Ausbildung und Forschung | 10 207 | 1 133 | 4,7 |

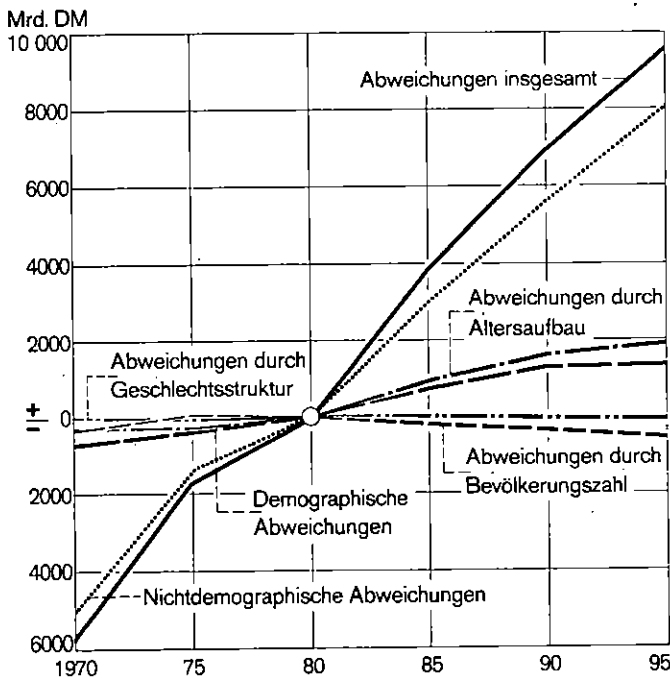
1) Ausgaben für die Gesundheit pro Kopf der Bevölkerung. — 2) Anteil der Ausgaben für die Gesundheit am Bruttoinlandsprodukt.

völkerungsvorausschätzung vorliegen, kann der Einfluß dieser Bestimmungskomponente im folgenden auf das Ausgabenwachstum herausgerechnet werden.

Zukünftig über 1 Mrd. DM jährlich mehr an demographisch bedingten Gesundheitsausgaben

Angesichts der in den kommenden Jahrzehnten zu erwartenden Änderungen im Bevölkerungsaufbau wurde versucht, hiervon ausgehende Ausgabenef-

Mehr- bzw. Minderausgaben im Gesundheitswesen 1970 bis 1995



11891

fekte zu isolieren¹⁴. Diese demographisch bedingte Komponente läßt sich zerlegen in Effekte, die von der Bevölkerungszahl, von dem sich verändernden Altersaufbau und von der zukünftigen Geschlechtsstruktur ausgehen.

Die Abweichungsanalyse zeigt, daß das Ausgabenwachstum vor allem durch die nicht-demographische Komponente bestimmt wird. Im Jahre 1995 sind von den Mehrausgaben zum Jahr 1980 in Höhe von 9,6 Mrd. DM allein 8,2 Mrd. DM oder 85% auf nicht-demographische Faktoren zurückzuführen. Hiervon entfallen auf die männliche Bevölkerung 3,6 Mrd. DM, auf die weibliche Bevölkerung aber 4,6 Mrd. DM, da die Frauen wegen ihrer höheren Morbidität das Gesundheitswesen stärker in Anspruch nehmen (Tabelle 9). Alle Altersgruppen weisen Mehraufwendungen auf, wobei entsprechend der altersspezifischen Krankenquote die hohen Belastungen zwischen 20 und 45 Jahren besonders aber zwischen 45 und 65 Jahren auftreten. Das Konglomerat technologischer, wirtschaftlicher, soziologischer sowie sozialpolitischer Bestimmungsfaktoren, die sich in den nicht-demographischen Abweichungen niederschlagen, entzieht sich einer weiteren Zerlegung in Einzelkomponenten.

¹⁴Im folgenden wird bei der modellmäßigen Herausrechnung des demographischen Faktors die Modellrechnung zur Bevölkerungsentwicklung für Baden-Württemberg auf der Basis 1977 zugrunde gelegt.

Die jährlichen demographisch bedingten Mehrausgaben belaufen sich im Jahre 1985 auf 0,8 Mrd. DM, 1990 auf 1,3 Mrd. DM und 1995 auf 1,4 Mrd. DM. Hier werden gegenläufige Faktoren wirksam. Aufgrund des Rückgangs der Bevölkerungszahl fallen für 1995 Minderausgaben in Höhe von 0,5 Mrd. DM an, dagegen erfordert die sich verändernde Altersstruktur der Bevölkerung Mehrausgaben in Höhe von 1,9 Mrd. DM. Von Veränderungen der Geschlechtsstruktur gehen dagegen keine Abweichungen bezüglich der Gesamtbevölkerung aus, da sich hier Mehraufwendungen bei den Männern von 0,3 Mrd. DM und Minderausgaben bei den Frauen von ebenfalls 0,3 Mrd. DM die Waage halten. 1995 entfallen von den Mehraufwendungen von 1,4 Mrd. DM allein 1,0 Mrd. DM auf die männliche und 0,4 Mrd. DM auf die weibliche Bevölkerung. Dieser Unterschied ergibt sich durch Änderungen in der Geschlechtsstruktur der Bevölkerung, da sich der Frauenüberschuß in höheren Altersjahren, der sich aufgrund der beiden Weltkriege herausgebildet hat, auflösen wird. Besonders große Mehrausgaben weisen sowohl die männliche Bevölkerung im Alter von 45 bis 65 Jahren (1,6 Mrd. DM) aus, wie auch die weibliche Bevölkerung (0,7 Mrd. DM). Die jüngste Altersklasse von 0–20 Jahren zeigt für die männliche und weibliche Bevölkerung dagegen 1995 eine Entlastung der Ausgabenentwicklung, die zusammen 0,8 Mrd. DM beträgt und auf die durch den Geburtenrückgang bedingt geringere Bevölkerungszahl zurückgeht.

Tabelle 9

Krankenquote¹⁾ nach Alter und Geschlecht

| Alter | Insgesamt | Männlich | Weiblich |
|-----------------------|-----------|----------|----------|
| | % | | |
| 1974 | | | |
| unter 15 Jahre | 9 | 9 | 9 |
| 15 bis unter 40 Jahre | 9 | 8 | 10 |
| 40 bis unter 65 Jahre | 19 | 18 | 20 |
| 65 und mehr Jahre | 35 | 33 | 37 |
| Zusammen | 15 | 14 | 17 |
| 1976 | | | |
| unter 15 Jahre | 9 | 11 | 8 |
| 15 bis unter 40 Jahre | 10 | 9 | 11 |
| 40 bis unter 65 Jahre | 19 | 18 | 20 |
| 65 und mehr Jahre | 37 | 33 | 39 |
| Zusammen | 16 | 15 | 18 |
| 1978 | | | |
| unter 15 Jahre | 6 | 6 | 6 |
| 15 bis unter 40 Jahre | 7 | 6 | 7 |
| 40 bis unter 40 Jahre | 13 | 13 | 14 |
| 65 und mehr Jahre | 29 | 26 | 31 |
| Zusammen | 12 | 10 | 13 |

1) Kranke Personen in Prozent der Wohnbevölkerung;

Im folgenden seien die demographischen Abweichungsfaktoren im einzelnen betrachtet. Aufgrund der rückläufigen Bevölkerungszahl, die von 9,19 Mill. (1980) auf 9,01 Mill. (1995) sinkt, wird auf die Entwicklung der Gesundheitsausgaben ein entlastender Effekt von 0,5 Mrd. DM (1995) ausgehen, der allerdings bescheiden ausfällt. Von dieser Ausgabenentlastung, die in allen Altersklassen und Geschlechtern eintritt, entfallen 0,2 Mrd. DM auf die männliche und 0,3 Mrd. DM auf die weibliche Bevölkerung.

Stärker als der Effekt der Bevölkerungszahl fällt die sich ändernde Altersstruktur der Bevölkerung ins Gewicht. Besonders starke Verschiebungen treten dabei in den Altersklassen bis zu 20 Jahren sowie zwischen 45 und 65 Jahren auf, die gegenläufige Effekte auslösen. So erhöht sich der Anteil der 45 bis 65-jährigen von 21% an der Gesamtbevölkerung (1977) auf 27% (1995), was zu besonderen Mehrausgaben im Gesundheitswesen in Höhe von 2,5 Mrd. DM führt und die zu gleichen Teilen auf die Geschlechter entfallen. Umgekehrt sinkt der Anteil der 0–20-jährigen von 30% an der Bevölkerung (1977) auf 22% (1995). Dadurch entsteht eine Entlastung im Ausgabenbereich des Gesundheitswesens von 0,7 Mrd. DM. Faßt man alle Altersklassen zusammen, so kommt man netto auf einen Altersstruktureffekt von 2,0 Mrd. DM Mehrbelastung jährlich.

Die Abweichungen, die vom künftigen Geschlechtsaufbau ausgehen, sind bei der Betrachtung der Gesamtbevölkerung sehr gering. Allerdings finden Umschichtungen der Gesundheitsausgaben zwischen den Geschlechtern in den Altersklassen statt. Diese Umschichtung der Mittel betrifft vor allem die Altersklasse zwischen 45 und 65 Jahren, in der sich 0,5 Mrd. DM von der weiblichen in die männliche Bevölkerung verlagern werden.

Die Analyse von zukünftig zu erwartenden Abweichungen, die ihren Grund in demographischen Entwicklungen haben, sollen helfen, die zukünftige Ausgaben-situation im Gesundheitswesen sachgerecht einzuschätzen und zu erklären. Eine Abweichungsanalyse kann darüber hinaus aufzeigen, welche Handlungsspielräume bestehen, um die zukünftige Ausgabenentwicklung zu beeinflussen. In diesem Zusammenhang ist die Aufgliederung in einen demographischen und nichtdemographischen Wirkungsbereich von Bedeutung, die anzeigt, daß weit über die Hälfte der zusätzlich zu erwartenden Mehrausgaben nicht-demographischen Prozessen unterliegt.

Zusammenfassung

- Die Ausgaben für Gesundheit sind im Zeitraum 1970–1980 von 10,0 Mrd. DM auf fast das Dreifache (29,0 Mrd. DM) gestiegen. Der Verlauf der Ausgabensteigerungen im Gesundheitswesen läßt sich dabei in drei Entwicklungsphasen einteilen: 1970–1975 als Periode zweistelliger Zuwachsraten mit ihrem Höhepunkt 1973; 1976–1977 als Periode der Ausgaben-dämpfung und 1978–1980 als Periode ökonomisch noch vertretbarer Zunahmen.
- Die Gründe für die Ausgabenexpansion in der ersten Hälfte der siebziger Jahre liegen vor allem in dem Zusammenfallen der Öffnung der gesetzlichen Krankenversicherung für verschiedene Berufs- und Bevölkerungsgruppen sowie der Ausweitung des Krankheitsbegriffs und des Leistungsspektrums. Neben anderen strukturellen Faktoren wie technologischer Fortschritt und Marktformen im Gesundheitswesen hat die Preiskomponente die Ausgabenexpansion verstärkt.
- Dominierender Leistungsbereich im Gesundheitsbudget sind die zentralen Ausgabenfelder für die Behandlung (60% des Gesamtbudgets). Überproportional wuchsen über den Gesamtzeitraum die Ausgaben für stationäre Behandlung und für Arzneien, Heil- und Hilfsmittel. Eher unterdurchschnittlich nahmen die Ausgaben für ambulante Behandlung zu. Die Ausgaben für Zahnersatz zeigen einen stark schwankenden Verlauf (1975: +76,9%; 1977: –5,6%), der sich teilweise aufgrund unterschiedlicher Regelungen in der Frage der Selbstbeteiligung ergibt.
- Die Leistungen für Krankheitsfolgen (31% des Gesamtbudgets) und für Vorbeugung und Betreuung (6%) wirkten im Gesamtzeitraum auf das Gesamtvolumen dämpfend.
- In der Ausgabenentwicklung der siebziger Jahre hat im Laufe der Jahre die Preisentwicklung zunehmend die Mengenausweitung dominiert. Durchschnittlich haben sich bei einer Ausgabensteigerung von 1 DM nur 0,32 DM real niedergeschlagen. Bei den Behandlungsleistungen waren es sogar nur 0,22 DM, bei den Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln 0,53 DM.
- Der Anteil der Gesundheitsausgaben am Sozialprodukt ist von 9,3% (1970) auf 12,2% (1980) gestiegen. Damit fließt heute jede achte DM des erwirtschafteten Bruttosozialprodukts über das Gesundheitswesen.
- Untergliedert man die Gesundheitsausgaben nach Staatsverbrauch, Investitionen und monetären Transferleistungen, so wird die Bedeutung

der Staatsverbrauchsquote deutlich. Sie stieg von 5,5% (1970) auf 8,2% (1979), während die Investitionsquote bescheiden bei 0,4% konstant und die Transferquote bei 3,6% ebenfalls konstant blieb.

- Für die Ausgabenexpansion im stationären Bereich waren in der ersten Hälfte der siebziger Jahre insbesondere die Ausgaben pro Pflage-tag von Bedeutung. Die darauf folgende Ausgabendämpfung hatte ihre Ursachen vor allem in einer deutlichen Verminderung der Verweildauer. Diese Dämpfungswirkung wurde allerdings teilweise kompensiert durch eine Erhöhung des stationären Krankenstands der Bevölkerung.
- Die zukünftigen realen Ausgaben für die Gesundheit werden bis 1995 unter gewissen Annahmen auf 25,4 Mrd. DM geschätzt. Danach würde die Gesundheitsquote gegenüber ihrem Stand von 1980 leicht zunehmen. Eine starke Zunahme würde sie allerdings dann aufweisen, wenn die Ausgaben im Gesundheitswesen wie in den siebziger Jahren weiter ansteigen würden.
- Entscheidend für die Finanzierbarkeit der zukünftigen Gesundheitsausgaben ist die künftige Wirtschaftsentwicklung, da ein weiterreichendes Anspruchsniveau im Gesundheitsbereich – eine relativ konstante Gesundheitsquote vorausgesetzt – nur aus einem wachsenden Sozialprodukt befriedigt werden kann.
- Das zukünftige Volumen der realen Gesundheitsausgaben wird bis zu 25% von demographischen Faktoren direkt beeinflusst. Starke ausgabenbelastende Effekte werden von der sich verändernden Altersstruktur ausgehen, da ältere Menschen das Gesundheitswesen stärker in Anspruch nehmen als jüngere. Entlastende Effekte, die allerdings vom Altersstruktureffekt weit überkompensiert werden, gehen von der rückläufigen Bevölkerungszahl und dem Geschlechteraufbau aus, der sich durch die Auflösung des Frauenüberschusses in höheren Altersjahren verändern wird.

2. Entwicklung der Zahl der Studienberechtigten und der Studierenden

Starke demographische Einflüsse im Schulbereich

Im Verlauf der 70er Jahre war der gesamte Bildungsbereich ungewöhnlich starken demographischen Einflüssen ausgesetzt. Die unterschiedliche Stärke der einzelnen Geburtsjahrgänge wirkte sich mit zeitlicher Verzögerung auf die einzelnen Schularten aus. Davon war in erster Linie das allgemeinbildende Schulwesen betroffen, in dem sich die Gesamtschülerzahl zwischen 1970 und 1976 von 1,349 Mill. auf 1,539 Mill. erhöhte (+14,1%), danach bis 1980 wieder auf 1,448 Mill. abnahm (-5,9%). Besonders kraß waren die quantitativen Auswirkungen an den Grundschulen, deren Schülerzahl 1970 rund 610000 und 1971 sogar 633000 betragen hatte, danach jedoch kontinuierlich sank auf 440000 im Jahr 1980 (-30,5% seit 1971).

An den Gymnasien stieg die Zahl der Schüler seit dem Jahr 1970 von 217000 auf 337000 im Jahr 1980 stetig an (+55,2%). Hier war die Entwicklung nicht allein auf die demographischen Verhältnisse, sondern auch auf eine Erhöhung der Schulbesuchsquote infolge des geänderten Übergangsverhaltens zurückzuführen.

Jetzt, am Beginn der 80er Jahre steht zu erwarten, daß die quantitative Entwicklung im allgemeinbildenden Schulbereich nicht mehr so sprunghaft wie im vergangenen Jahrzehnt sondern ausgeglichener und damit auch überschaubar verlaufen wird. Der rückläufige Trend an den Grundschulen wird in abgeschwächter Form auf absehbare Zeit – mit Sicherheit noch in den nächsten 5 Jahren – anhalten. An den Gymnasien wird die Tendenz umschlagen und die Schülerzahl auch dort mittelfristig abnehmen.

Unterschiedliche Entwicklungseinflüsse an den Hochschulen

Abweichend davon stellt sich dagegen die Situation im Hochschulbereich dar. Hier ist zu berücksichtigen, daß es auch hier eine Vielzahl von Faktoren sind, die die Entwicklung beeinflussen, Faktoren, die sich auch überlagern und damit teils verstärkend, teils aber nivellierend wirken können. Dabei sind vor allem folgende Komponenten zu berücksichtigen:

1. die demographische Entwicklung d. h. die zahlenmäßige Stärke der einzelnen Geburtsjahrgänge und ihr zeitlicher Durchlauf durch das Bildungssystem,
2. die Entwicklung des Schulbesuchs an Gymnasien, der in der Übergangsquote aus der Grundschule und im Übergang in die Oberstufe zum Ausdruck kommt (relativer Schulbesuch),

3. die Veränderung der Studierwilligkeit, die sich aus der Stärke der Abiturientenjahrgänge und deren Studienbereitschaft ergibt; damit im Zusammenhang steht auch die Veränderung der Tendenz, früher erworbene Studienberechtigungen nachträglich einzulösen,
4. die Veränderung der Verweilzeiten an den Hochschulen, die sich aus der Dauer des Fachstudiums und aus eventuell vorgenommenen Studienfachwechseln zusammensetzen,
5. der Zuwanderungsüberschuß an Studenten,
6. bildungspolitische Maßnahmen, die auf der Angebotsseite die Zahl der zur Verfügung stehenden Studienplätze verändern oder für ein ausgleichendes Ausbildungsangebot in anderer Form Sorge tragen müssen (Kapazitätsanpassung).

Starke Zunahme der Hochschulberechtigungen

Bis 1980 wurde die Entwicklung der Zahl der Studierenden demographisch weitgehend von den relativ geburtenschwachen Geburtsjahrgängen 1950 bis 1960 beeinflusst (siehe *Schaubild 1*). Erst seit die geburtenstärkeren Jahrgänge ab 1960 den Sekundarbereich II verlassen, drängen stärkere Altersjahrgänge in den Hochschulbereich. Nachstehende Tabelle gibt einen Überblick über die Entwicklung der Zahl der Abiturienten und deren durchschnittlichen Anteil am einzelnen Geburtsjahrgang.

Die ständige Zunahme an Abiturienten von 14120 im Jahre 1970 bis auf 28600 (+102,5%) im Jahre 1980¹ hat ihre Ursachen in der ansteigenden Stärke der einzelnen Altersjahrgänge einerseits und in einem geänderten Übergangverhalten beim Schulbesuch andererseits. Im Laufe von 10 Jahren stieg die Übergangsquote der Grundschüler auf Gymnasien um mehr als 4%-Punkte auf durchschnittlich rund 30% der Schüler in der 4. Klassenstufe an.

¹ Diese Zunahme wurde nur im Jahre 1979 einmalig unterbrochen, weil in diesem Jahr der zweite Einschulungsjahrgang des Kurzschuljahres 1966 das Schulsystem voll durchlaufen hatte und zur Entlassung kam.

Tabelle 1

Entwicklung der Abiturientenzahl

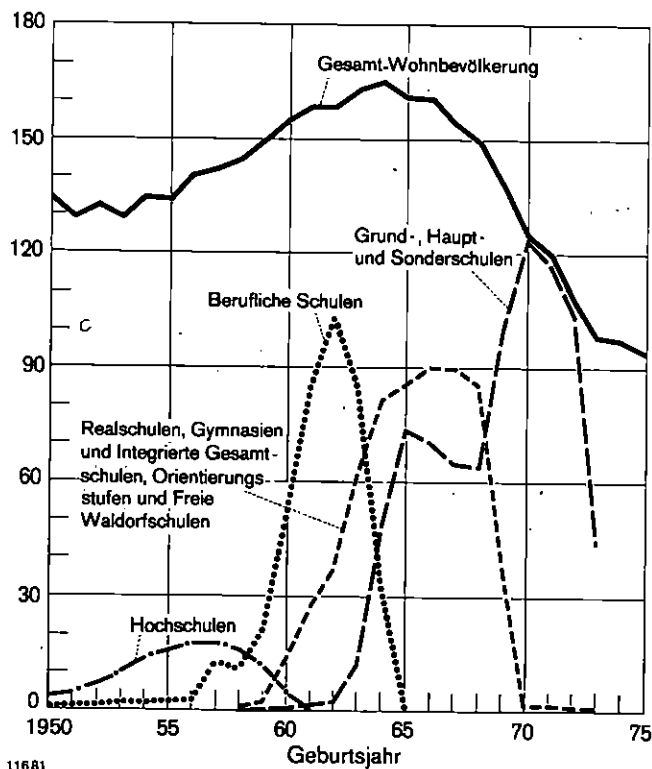
| Jahr | Männlich | Weiblich | Insgesamt | Männlich | Weiblich | Insgesamt |
|------|----------|----------|-----------|-------------------------|----------|-----------|
| | Anzahl | | | in % je Geburtsjahrgang | | |
| 1960 | 5 751 | 2 782 | 8 533 | 7,9 | 4,0 | 6,0 |
| 1965 | 5 179 | 2 421 | 7 600 | 9,9 | 5,2 | 7,6 |
| 1970 | 8 733 | 5 387 | 14 120 | 13,8 | 8,9 | 11,4 |
| 1975 | 11 795 | 9 200 | 20 995 | 17,3 | 14,1 | 15,7 |
| 1976 | 12 991 | 10 294 | 23 285 | 18,6 | 15,5 | 17,1 |
| 1977 | 13 699 | 10 621 | 24 320 | 19,3 | 15,7 | 17,6 |
| 1978 | 14 069 | 11 200 | 25 269 | 19,1 | 16,0 | 17,6 |
| 1979 | 12 956 | 9 549 | 22 519 | | | |
| 1980 | 15 693 | 12 901 | 28 594 | 19,5 | 16,8 | 18,2 |

Schaubild 1

Gesamt- Wohnbevölkerung nach Geburtsjahren sowie Schüler an allgemeinbildenden und beruflichen Schulen und deutsche Studenten an Hochschulen in Baden-Württemberg

— Stand Herbst 1979 —

Tausend Personen:



11681

Etwa 80% aller Abiturienten wollen studieren

Wesentlich für die Entwicklung des Hochschulzugangs ist die Frage, in welchem Umfang Abiturienten und andere Studienberechtigte von ihrem Recht zu studieren Gebrauch machen. Aufgrund der regelmäßig jährlich bei Abiturienten über ihre Studienabsichten durchgeführten Befragung hat sich ergeben, daß die Quote derjenigen, die eine feste Studienabsicht haben, im Verlauf der letzten zehn Jahre von 90% bis 1978 auf 64,6% abgesunken war, dann jedoch wieder auf 66,6% angestiegen ist. Zwar hatte sich in diesem Zeitraum die Quote der Nicht-Studienwilligen von rund 5 auf fast 11% erhöht, gleichzeitig aber auch der Anteil der Unentschlossenen erheblich zugenommen: er stieg von 10% auf 22,6% an. In dieser Quote kommen nicht allein die gesunkenen Berufschancen bei Aufnahme eines Lehramtsstudiums zum Ausdruck, sondern auch die durch eine Vermehrung der akademischen Ausbildung allgemein für diesen Personenkreis befürchteten schlechteren Berufsaussichten. Die Folge war ein deutlich

erkennbarer Trend der Abiturienten der Hochschulbildung zunächst eine berufliche Ausbildung vorzuziehen. So stieg der Anteil der Abiturienten an den Neuzugängen der Berufsschulen seit 1972 von 0,2 bis 1980 auf über 3% an. Somit dürfte inzwischen jeder zehnte Abiturient einen Ausbildungsberuf wählen. Von der ständig angestiegenen Zahl Unentschlossener hat sich aber ein immer größerer Teil nachträglich doch noch zur Aufnahme eines Studiums entschlossen. Eingehendere Untersuchungen der Landesstelle für Erziehung und Unterricht (LEU) in Stuttgart, deren Ergebnisse durch überschlägige Berechnungen des Statistischen Landesamtes bestätigt werden konnten, haben ergeben, daß von den Absolventen des Schuljahrganges 1972 rund 97% die erworbene Hochschulberechtigung tatsächlich zur Aufnahme eines Studiums ausgenutzt haben. In den folgenden Jahren sank diese Quote für die einzelnen Abiturientenjahrgänge laufend ab. Aus dem Schuljahrgang 1977 hatten bis zum Studienjahr 1978/79 erst rund 60% ihre Hochschulberechtigung eingelöst, ein Teil dieser Absolventen wird also noch auf die Hochschule zukommen.

Die Untersuchung des LEU hat weiterhin ergeben, daß sich in den letzten Jahren auch der Trend verstärkt hat, früher erworbene Hochschulberechtigungen nachträglich einzulösen. Damit kommen also vermehrt auch Studierwillige nicht nur aus dem Kreis der bisher Unentschlossenen, sondern auch aus dem derjenigen an die Hochschulen, die ursprünglich nicht die Absicht hatten, zu studieren, sondern es ursprünglich bei einer beruflichen Ausbildung bewenden lassen wollten. Natürlich war auch schon in der Vergangenheit ein zeitlicher Verzögerungseffekt bei der Studienaufnahme erkennbar, dieser resultierte aber im wesentlichen daher, daß männliche Absolventen zunächst ihren Wehrbeziehungsweise Ersatzdienst ableisteten oder daraus, daß Abiturienten auf einen ihnen zugesagten Studienplatz warteten.

Aufgrund der neuen Gegebenheiten kann davon ausgegangen werden, daß mit entsprechender zeitlicher Verzögerung im Endeffekt rund 80% eines Abiturientenjahrgangs ein Hochschulstudium beginnen werden. Dies bedeutet, daß unabhängig von der in naher Zukunft zu erwartenden stark ansteigenden Abiturientenzahl auch aus den bereits aus dem Sekundarbereich II ausgeschiedenen Jahrgängen noch in nicht ganz unerheblichem Umfang Studienanfänger auf die Hochschule zukommen werden. Errechnet man diese Zugänge überschlägig statt aus der Stärke der Abschlußjahrgänge aus der Stärke der einzelnen Geburtsjahrgänge, so kann angenommen werden, daß allein noch aus den Geburtsjahrgängen 1956 bis 1960 in den nächsten Semestern bis zu 40000 Hochschulzugänger zu erwarten sein werden.

Verweilzeiten an Hochschulen durch Fachwechsel erhöht

Nicht auf den Hochschulzugang, sondern unmittelbar auf die Höhe des Bestandes wirkt die Verweilzeit von Studenten im Hochschulbereich ein. Die Verweilzeit ergibt sich aus der reinen Fachstudienzeit sowie aus weiteren, im Hochschulbereich absolvierten Studienzeiten, die teils durch den Wechsel eines Studienfachs entstehen, auf Aufbaustudiengänge zurückzuführen sind oder daher rühren, daß ein Studium ohne Abschluß abgebrochen wird. Deshalb wirken die Studienfachwechsler erhöhend auf die Verweilzeiten ein.

Die Verweilzeit ist nur eine rechnerische Größe, wenn man sie mangels einer vollständigen individuellen Verlaufsstatistik in der Weise global ermittelt, indem man die Studierendenzahl des Wintersemesters 1979/80 durch die durchschnittliche Zahl der Studienanfänger (Erstimmatrikulierte) der letzten fünf Jahre teilt. Dabei ergeben sich folgende Werte:

| | |
|---|-----------|
| Universitäten | 6,2 Jahre |
| Pädagogische Hochschulen (einschließlich Aufbaustudiengänge und Vorbereitungsdienst) | 4,8 Jahre |
| Kunsthochschulen | 5,9 Jahre |
| Fachhochschulen (einschließlich Praxissemester) | 3,6 Jahre |

Diese Werte werden durch die Ergebnisse der amtlichen Prüfungsstatistik in ihren Größenordnungen voll bestätigt.

Studentenzuwanderung aus anderen Bundesländern geht zurück

Baden-Württemberg hat mehr Studenten aus anderen Bundesländern, als Baden-Württemberger an den Hochschulen der anderen Bundesländer anzutreffen sind. Dieser Saldo, der bis 1975 auf rund 13000 Studenten angestiegen war, reduzierte sich infolge der starken Erweiterung der Hochschulkapazitäten auch in den anderen Bundesländern in den letzten Jahren ständig und ging bis zum Wintersemester 1979/80 auf rund 7000 zurück. Da aber in einigen Ländern, die die Kapazitäten der baden-württembergischen Hochschulen bevorzugt beanspruchen, wie Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz, aufgrund demographischer und bildungspolitischer Verhältnisse (stark angestiegener relativer Schulbesuch) in den nächsten Jahren teilweise mit stärkerer Zunahme der Abiturientenzahl als in Baden-Württemberg zu rechnen ist, und die Hochschulkapazitäten dieser Länder dem Zustrom nicht voll gewachsen sein werden, kann nicht ausgeschlossen werden, daß der Studenten-Import-Saldo sich wieder erhöht und damit auch wieder stärkere quantitative Auswirkungen zur Folge haben wird.

Strukturplan soll das Ausbildungsangebot im Hochschulbereich sichern

Die quantitative Entwicklung im Hochschulbereich hängt aber auch von den Maßnahmen der Angebotsseite ab, die im Rahmen der Bildungsplanung getroffen werden. Die Landesregierung hat sich im Hinblick auf die zu erwartende starke Steigerung bei der Zahl der Studienberechtigten bereits frühzeitig mit dem Problem der Kapazitätsausweitung an Hochschulen und mit dem Aufbau alternativer Ausbildungsgänge im Tertiären Bereich befaßt. Schon im Oktober 1977 wurde ein Strukturplan für die Hochschulen verabschiedet. Er wird gegenwärtig unter Einbeziehung der Berufsakademien fortgeschrieben. Bestehende Ausbildungskapazitäten sollen innerhalb des Hochschulbereiches so umgeschichtet werden, daß vorhandene Mittel und Stellen effizient in den Bereichen eingesetzt werden können, in denen sich künftig noch Chancen für entsprechende Arbeitsplätze bieten. Hier ist in erster Linie an eine Umschichtung von Lehramtsstudiengängen in andere Bereiche gedacht. Darüber hinaus sollen für die Zeit des stärksten Bewerberandrangs in gewissem Umfang auch zusätzliche Studienplätze zur Verfügung gestellt werden.

In zehn Jahren 70% Studenten mehr

Die oben dargestellten Einflüsse haben die Entwicklung an den Hochschulen in den letzten zehn Jahren bestimmt (siehe *Tabelle 2*). Insgesamt studieren in Baden-Württemberg im Wintersemester 1980/81 mehr als 147700 Personen und somit 70% mehr als 1970. Die relativ stärkste Entwicklung ging im Fachhochschulbereich vor sich, in dem durch die Überführung früher bestehender Höherer Fachschulen sowie durch den Aufbau von Verwaltungsfachhochschulen auch strukturelle Wandlungen eingetreten sind. Demgegenüber ist die quantitative Entwicklung an den Pädagogischen Hochschulen nach zunächst (bis Wintersemester 1974/75) stürmischem Aufwärtstrend in eine deutliche Abwärtsbewegung umgeschlagen, die dazu führte, daß der Studentbestand an dieser Hochschulart jetzt fast wieder auf den Stand von 1970 zurückgegangen ist. Insgesamt deuten die Zahlen darauf hin, daß durch die Reduzierung der Kapazitäten an den Pädagogischen Hochschulen der Absolventenstrom verstärkt an die Universitäten und Fachhochschulen gelenkt worden ist.

Ein erheblicher Teil der quantitativen Entwicklung im Hochschulbereich ist auf die stark angestiegene Studienbeteiligung von Frauen zurückzuführen². Während im Jahre 1970 erst 28,6% Frauen unter

²Dazu sind nähere Ausführungen im Jahresbericht 1978/79, Seite 83 ff gemacht worden.

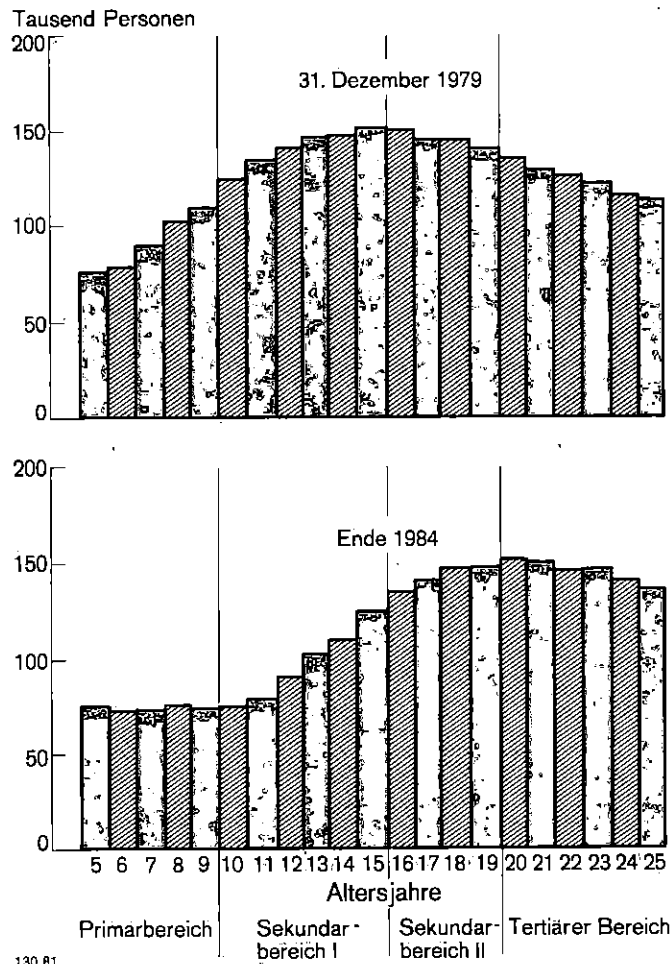
Tabelle 2

Studierende und Studienanfänger

| Semester bzw. Studienjahr ¹⁾ | Studierende insgesamt | | Davon an | | | | | | | |
|---|-----------------------|-----|---------------|------|---------------------------|------|------------------|-----|-----------------|------|
| | | | Universitäten | | Pädagogischen Hochschulen | | Kunsthochschulen | | Fachhochschulen | |
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Studierende insgesamt | | | | | | | | | | |
| 1970/71 | 88 305 | 100 | 61 526 | 69,7 | 12 567 | 14,2 | 2 333 | 2,6 | 12 879 | 14,6 |
| 1972/73 | 109 221 | 100 | 74 346 | 68,1 | 17 611 | 16,1 | 2 665 | 2,4 | 14 599 | 13,4 |
| 1974/75 | 127 629 | 100 | 84 228 | 66,0 | 22 751 | 17,8 | 2 836 | 2,2 | 17 814 | 14,0 |
| 1976/77 | 136 770 | 100 | 90 635 | 66,3 | 19 861 | 14,5 | 2 855 | 2,1 | 23 419 | 17,1 |
| 1978/79 ²⁾ | 139 597 | 100 | 96 471 | 69,1 | 15 403 | 11,0 | 3 050 | 2,2 | 24 673 | 17,7 |
| 1980/81 ³⁾ | 147 744 | 100 | 102 100 | 69,1 | 13 127 | 8,9 | 3 332 | 2,3 | 29 185 | 19,8 |
| Studienanfänger | | | | | | | | | | |
| 1970 | 18 390 | 100 | 10 828 | 58,9 | 4 594 | 25,0 | 551 | 3,0 | 2 417 | 13,1 |
| 1972 | 24 512 | 100 | 14 905 | 60,8 | 5 133 | 20,9 | 552 | 2,3 | 3 922 | 16,0 |
| 1974 | 27 616 | 100 | 15 078 | 54,6 | 5 751 | 20,8 | 544 | 2,0 | 6 243 | 22,6 |
| 1976 | 26 276 | 100 | 16 222 | 61,7 | 3 097 | 11,8 | 411 | 1,6 | 6 546 | 24,9 |
| 1978 | 25 245 | 100 | 16 246 | 64,4 | 2 361 | 9,4 | 591 | 2,3 | 6 047 | 24,0 |
| 1980 ³⁾ | 28 720 | 100 | 17 900 | 62,3 | 1 900 | 6,6 | 620 | 2,2 | 8 300 | 28,9 |

1) Wintersemester und anschließendes Sommersemester. — 2) Ohne die Verwaltungsfachhochschulen Ludwigsburg, Rottenburg und Schwetzingen, die erst ab WS 1979/80 offiziell in die Statistik einbezogen wurden. — 3) Vorläufige Zahlen, ohne die Fachhochschulen des Bundes in Baden-Württemberg; — Sommersemester 1981 geschätzt —.

Deutsche Wohnbevölkerung nach ausgewählten Altersjahren



den Studierenden vorhanden waren, ist ihr Anteil bis 1980 auf über 35% angestiegen. Unter den Studienanfängern sind bereits mehr als 37% Studentinnen, so daß langfristig mit weiterer Annäherung an den weiblichen Bevölkerungsanteil von 49% zu rechnen ist, insbesondere, nachdem die Mädchen im Schuljahr 1980/81 mit über 50% in den Eingangsklassen der Gymnasien bereits einen höheren Anteil haben, als es dem an der Gesamtbevölkerung entspricht.

Mittelfristig starke Zunahmen in der Oberstufe der Gymnasien und an Hochschulen zu erwarten

Die demographische Situation für die in den einzelnen Schulstufen relevanten Altersjahrgänge der deutschen Wohnbevölkerung zum 31.12.1979 ist in *Schaubild 2* dargestellt. Aus ihm wird deutlich, daß die zahlenmäßig besonders starken Altersjahrgänge von 13 bis 16 Jahren dabei sind, in die Ober-

stufe der Gymnasien hineinzuwachsen. Zwar ist für diese Jahrgänge nicht mehr mit einer Erhöhung der relativen Schulbesuchsquote zu rechnen, ein Ansteigen der Studierwilligkeit auf über 80% eines Altersjahrgangs ist jedoch nicht ganz auszuschließen, insbesondere dann nicht, wenn auch die Studierwilligkeit der Mädchen ansteigenden Trend beibehält.

Projiziert man diese demographische Situation auf das Jahr 1984 (siehe *Schaubild 2*), so wird deutlich, daß mittelfristig, das heißt zumindest bis 1985, allein daraus schon eine starke zahlenmäßige Belastung auf die Oberstufen der Gymnasien und vor allem auf den Hochschulbereich zukommen wird. Während die Gymnasien aber nach 1985 auch in der Oberstufe mit sinkenden Schülerzahlen rechnen können, dürfte der Zustrom zu den Hochschulen voraussichtlich noch mindestens weitere fünf Jahre, also bis zum Jahr 1990, anhalten. Wie stark der zu erwartende Hochschulzugang aufgrund der derzeitigen Gegebenheiten sein wird und welche Auswirkungen sich voraussichtlich auf den Studentenbestand ergeben werden, wird aus *Tabelle 3* ersichtlich.

Die hier aufgezeigte voraussichtliche Entwicklung im Hochschulbereich basiert auf einer überregional abgestimmten Prognose der Kultusministerkonferenz von 1979³. Die Prognose ist in zwei Varianten berechnet, die von unterschiedlichen Annahmen über die Studierneigung ausgehen. Für Variante I ist unterstellt, daß sich die Studierneigung langfristig bei 75% einpendelt. Die Variante II folgt hingegen den gegenwärtigen Anzeichen einer wieder zunehmenden Studierwilligkeit, die jedoch unter der früheren Übergangsquote von 90% bleibt.

Die für das Land Baden-Württemberg ermittelten Prognosewerte wurden aufgrund der Ergebnisse der Schüler- und Studentenstatistik des Jahres 1980 überarbeitet und mittelfristig angepaßt. In der dargestellten Entwicklung der Studienanfänger- und Studentenzahlen ist allerdings *noch nicht vollständig berücksichtigt*, daß der Höchststand bei der Zahl der Studienberechtigten, der bisher in den Jahren 1983 bis 1985 angenommen wurde, sich nach den neuesten Erkenntnissen um 2 bis 3 Jahre verschieben wird und nunmehr für die Jahre 1986 bis 1988 angesetzt werden kann. Dies bewirkt zusammen mit den bereits im Hochschulbereich befindlichen starken Jahrgängen, daß der Höhepunkt im Studentenbestand nicht wie bisher angenommen im Jahre 1988, sondern später liegen wird. Dies bedeutet ferner, daß der in der Tabelle zum Ausdruck kommende starke Rückgang der Studentenzahlen sich nicht in dem hier dargestell-

³ Siehe KMK Dokumentation 66.

Tabelle 3

**Voraussichtliche Entwicklung der Studienanfänger und des Studentenbestandes
in Baden-Württemberg bis 1995 (Basis: 1977)**

| Studien- jahr | Abiturienten | Studienanfänger ¹⁾ | | Studierende | |
|--------------------|--------------|-------------------------------|-------------|-------------|-------------|
| | | Variante I | Variante II | Variante I | Variante II |
| 1980 ²⁾ | 28 600 | 27 300 | 27 300 | 149 300 | 149 300 |
| 1981 | 33 300 | 28 100 | 29 600 | 151 000 | 152 900 |
| 1982 | 35 800 | 30 600 | 32 400 | 153 500 | 155 800 |
| 1983 | 36 600 | 32 300 | 34 400 | 156 900 | 160 200 |
| 1984 | 37 400 | 33 000 | 35 100 | 162 200 | 168 900 |
| 1985 | 37 400 | 33 000 | 35 300 | 168 100 | 177 200 |
| 1986 | 37 800 | 32 900 | 35 600 | 173 200 | 184 200 |
| 1987 | 37 600 | 32 400 | 35 300 | 176 600 | 189 400 |
| 1988 | 37 900 | 31 400 | 34 400 | 177 400 | 191 600 |
| 1989 | 36 400 | 29 600 | 32 700 | 174 500 | 189 800 |
| 1990 | 34 200 | 27 900 | 31 100 | 168 800 | 184 800 |
| 1991 | 32 300 | 26 100 | 29 300 | 161 800 | 178 200 |
| 1992 | 30 000 | 24 200 | 27 300 | 148 200 | 164 700 |
| 1993 | 28 200 | 22 800 | 25 700 | 140 200 | 156 600 |
| 1994 | 27 200 | 21 800 | 24 500 | 132 300 | 148 500 |
| 1995 | 26 500 | 21 300 | 23 900 | 124 100 | 139 700 |

1) Erstes Hochschulsemester. – 2) Sommersemester 1981 geschätzt.

ten Rahmen, sondern erheblich langsamer vollziehen wird. Der Studentenbestand an den Hochschulen wird also vermutlich noch bis 1990 auf einem hohen Niveau verharren und voraussichtlich erst danach allmählich und damit auch nicht in dem bisher unterstellten starken Umfang absinken. Aufgrund dieser neuen Erkenntnisse über die voraussichtliche Entwicklung wird die bisherige Aussage, daß der Höhepunkt in der Belastung des Hochschulbereichs Ende der Achtzigerjahre überschritten sein wird, in Frage gestellt.

Die höchsten Studentenzahlen dürften demnach Anfang der Neunzigerjahre in einer Bandbreite von etwa 177000 bis 192000 Personen liegen. Geht man von einem mittleren Wert in Höhe von 185000 Studenten aus, so wäre gegenüber der derzeitigen Situation ein Anstieg um rund 36000 Studenten oder um etwa 25% zu erwarten. Damit hätte dann die Zahl der Studenten seit 1970, also in einem Zeitraum von etwa 20 Jahren, um fast 100000 zugenommen.

Die Zahl der Studienanfänger im 1. Fachsemester, die im Studienjahr 1980 rund 36000 beträgt, dürften nach den vorliegenden Berechnungen bis zu den Jahren 1985 bis 1988 auf eine Bandbreite zwischen 38000 und 40000 ansteigen.

Zusammenfassung

– Der Schulbereich unterliegt sehr starken demographischen Einflüssen. Deshalb trat, nachdem die Gesamtschülerzahl an den allgemeinbildenden Schulen bis 1976 auf 1,539 Mill. angestiegen war, bis zum Jahr 1980 wieder ein Rückgang auf 1,448 Mill. ein. Vom Rückgang waren in erster Linie die Grundschulen betroffen, was sich in abgeschwächter Form mittelfristig fortsetzen wird. Langfristig werden hier jedoch wegen der steigenden Geburtenzahlen die Schülerzahlen wieder zunehmen. An den Realschulen und Gymnasien waren seither ständig Zunahmen zu verzeichnen, die zukünftig allerdings zum Stillstand kommen werden. An den Realschulen ging die Schülerzahl bereits im Schuljahr 1980/81 erstmals leicht zurück.

– Die Zahl der Studenten an den Hochschulen ist bisher ständig angestiegen und zwar zwischen 1970 und 1980/81 um 70% auf 149000. Strukturell vollzog sich insofern ein Wandel, als einerseits in Anpassung an den Bedarf Kapazitäten aus den Lehramtsstudiengängen umgeschichtet wurden, andererseits aber durch Aufbau von Verwaltungsfachhochschulen und alternativen Studiengängen der Fachhochschulbereich einen starken Ausbau erfahren hat.

– Die gegenwärtige Bildungssituation ist durch starke Altersjahrgänge, hohe Übergangsquoten auf Realschulen und Gymnasien, zunehmende Studierwilligkeit und das verstärkte Bedürfnis, früher erworbene Hochschulberechtigungen nachträglich einzulösen, gekennzeichnet. Es muß deshalb damit gerechnet werden, daß sich der Andrang zu den Hochschulen in den nächsten 10 Jahren noch verstärken wird. Die bisherige Annahme, der Höhepunkt in der Belastung des Hochschulbereichs würde zwischen 1986 und 1988 erreicht sein, müßte nach diesen Berechnungen verschoben werden. Dieses Maximum wird vermutlich erst, abweichend von den Darstellungen in Tabelle 3, zwischen 1990 und 1992 erreicht sein und sich danach allmählich abbauen.

3. Wirtschaft

3.1 Handel und Handwerk – Träger des Mittelstandes

Die Abgrenzung des wirtschaftlichen Bereichs „Mittelstand“ entzieht sich einer allgemeinverbindlichen Festlegung und muß pragmatisch erfolgen, da mittelständische Unternehmen in allen Bereichen der Wirtschaft anzutreffen sind und die Kriterien zur Einordnung der Größe eines Unternehmens wegen unterschiedlicher Produktions- und Organisationsstrukturen nach Wirtschaftsbereichen unterschiedlich sind. So bilden beim Verarbeitenden Gewerbe (Industrie und verarbeitendes Handwerk) die mittelgroßen Unternehmen (20-499 Beschäftigte) zusammen mit den Kleinunternehmen (1-19 Beschäftigte) den Mittelstand. Nach dem Mittelstandsprogramm von 1976 und den Mittelstandsberichten von 1977 und 1979 gehören außerdem das Baugewerbe, der Handel sowie das Dienstleistungsgewerbe zum Mittelstand. In dieser Abgrenzung tragen die mittelständischen Unternehmen nach einer überschlägigen Berechnung 1980 etwa 110 Mrd. DM und damit fast die Hälfte zur gesamten Bruttowertschöpfung der baden-württembergischen Wirtschaft bei.

Nachdem im vorhergehenden Statistischen und prognostischen Jahresbericht Strukturen der mittleren Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe untersucht wurden¹, liegt es nahe, Struktur und Entwicklung von Handel und Handwerk als bedeutende Wirtschaftsbereiche des Mittelstandes gesondert zu betrachten, zumal die statistische Datenbasis zur Zeit relativ günstig ist².

Zur wirtschaftlichen Situation des Handels

Funktion und gesamtwirtschaftliche Bedeutung

Die Handelstätigkeit unterscheidet sich, wie jede Dienstleistungstätigkeit, von der Güterproduktion durch die Tatsache, daß ihre Leistungen nicht speicherbar sind. Berücksichtigt man weiterhin, daß der Handel die durch die Arbeitsteilung hervorgerufene große Zahl der Unternehmen miteinander verbindet und damit zwischen Güterproduktion und Güterverwendung vermittelt, ergibt sich eine klare Abgrenzung des Handels gegenüber der gewerblichen Güterproduktion einerseits und dem restlichen Dienstleistungssektor andererseits.

¹ Vgl. dazu: Wirtschaftsstrukturen mittlerer Unternehmen im Verarbeitenden Gewerbe in: Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1979/80, Seite 48 ff.

² Handels- und Gaststättenzählung 1979, Umsatzsteuerstatistiken 1976 und 1978, Handwerkszählung 1977.

Allerdings finden sich in fast allen Branchen des Handels Unternehmen, die neben ihrer Handelstätigkeit auch einen Teil der Warenproduktion oder die Ausübung von Dienstleistungs- und Reparaturfunktionen (Kundendienste) umfassen. Der Handel überbrückt die Spanne zwischen Güterherstellung und -verbrauch sowohl in räumlicher als auch in zeitlicher Hinsicht, weshalb neben dem Warenein- und -verkauf auch Transport, Lagerhaltung und Kreditgewährung zu seinen Aufgaben zählen. Dabei besteht eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen dem Grad der Arbeitsteilung und dem Ausmaß der Handelstätigkeit. Der Handel erfüllt weiterhin für Produzenten und Verbraucher eine wichtige Informationsfunktion, weshalb er über die Erhöhung der Markttransparenz eine wesentliche Bedeutung für das Zustandekommen eines marktwirtschaftlichen Wettbewerbs hat. Hierzu trägt auch, wie nachfolgend noch ausführlicher dargestellt wird, die Vielzahl kleinerer und mittelgroßer selbständiger Existenzen bei. Diese wiederum bilden ein großes Reservoir für die Ausbildung der Jugendlichen. So wurden 1979/80 von insgesamt 244100 Auszubildenden 29400 im Handel gezählt, das sind etwa 12%. Eine fortschreitende Arbeitsteilung und Spezialisierung innerhalb einer Volkswirtschaft geht funktional mit einer Zunahme der Binnenhandelstätigkeit einher, die sich allerdings nicht unbedingt in entsprechenden Institutionen niederschlagen muß.

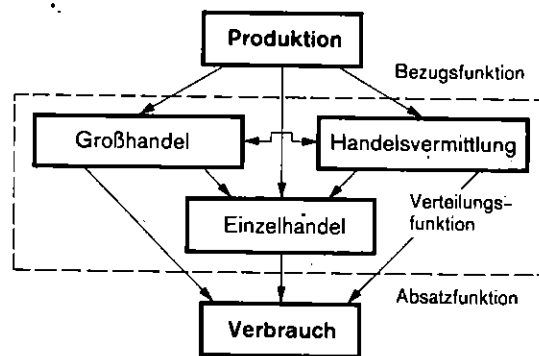
Trotz der Vielzahl und marktwirtschaftlichen Bedeutung dieser Funktionen ist das Gewicht des Handels als institutioneller Wirtschaftsbereich in den letzten Jahrzehnten zurückgegangen. Betrug sein Beitrag zur Bruttowertschöpfung (nominal) des Landes 1960 noch 11,6%, so sank er bis 1970 auf 9,5% und lag 1979 bei 8,4%. Mit einer Wertschöpfung von 19 Mrd. DM erwirtschaftet dieser Bereich 1979 aber immerhin etwas mehr als das Baugewerbe (rund 18 Mrd. DM), so daß diesem mittelständisch geprägten Bereich nach wie vor eine sehr beachtliche Stellung im Rahmen der Gesamtwirtschaft zukommt. Insbesondere hat er 1980 424000 Personen eine Erwerbstätigkeit geboten, das sind 10% aller Erwerbstätigen. Der Anteil der selbständigen Erwerbstätigen in überwiegend mittleren und kleineren Handelsunternehmen lag dabei mit 14% wesentlich höher als in der Gesamtwirtschaft (8,3%), was den mittelständischen Charakter dieses Wirtschaftsbereichs besonders unterstreicht.

Die oben skizzierte Entwicklung des Handels als institutioneller Wirtschaftsbereich weicht vom überdurchschnittlich expansiven Verlaufsmuster des Dienstleistungsbereichs (tertiärer Sektor)³ ab,

³ Handel, Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Dienstleistungen soweit von Unternehmen und Freien Berufen erbracht, Organisationen ohne Erwerbscharakter, Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Schaubild 1

Funktionen des Handels



185 81

der zwischen 1970 und 1979 seinen Anteil an der Bruttowertschöpfung von 39% auf 45% und an den Erwerbstätigen von rund 35% auf rund 43% steigern konnte, was im wesentlichen auf die Expansion der Dienstleistungsunternehmen zurückzuführen ist.

Die Ursachen für diese abweichende Entwicklung des Handels sind vielfältig. Eine wichtige Rolle dürfte hier die institutionelle und funktionale Abgrenzung spielen. So werden bei der institutionellen Abgrenzung des Handels Unternehmen mit überwiegend Handelstätigkeit einbezogen, während bei funktionaler Betrachtung auch Warenverkäufe, die beispielsweise beim konsumnahen Handwerk getätigt werden, zu berücksichtigen sind. Außerdem hat sich das Konsumentenverhalten im Laufe der 70er Jahre geändert. So hat sich gezeigt, daß die Konsumentenausgaben für Einzelhandelswaren am gesamten Verbrauch rückläufig waren. Dauerhafte Konsumgüter oder auch Investitionsgüter werden aber oftmals über das konsumnahe Handwerk oder vom Hersteller direkt bezogen.

Baden-Württembergs Handel im Bundesvergleich

Mit rund 66000 Unternehmen, 487000 Beschäftigten und einem Umsatz in Höhe von fast 116 Mrd. DM steht 1979 der baden-württembergische Handel insgesamt nach Nordrhein-Westfalen und Bayern an dritter Stelle im Bundesgebiet. Die entsprechenden Anteile belaufen sich bei den Unternehmen und Beschäftigten auf jeweils fast 13%, beim Umsatz auf knapp 12%.

Diese für den Handel insgesamt geltende Feststellung trifft jeweils auch für die drei Bereiche Groß- und Einzelhandel sowie Handelsvermittlung zu, wenn auch mit leicht unterschiedlichen Strukturanteilen. Abgesehen vom Umsatz im Großhandel, wo Hamburg den zweiten Rang hinter Nordrhein-Westfalen einnimmt, und Baden-Württemberg nach Bayern auf Platz vier liegt, steht das Land in allen drei Bereichen sowohl bei der

Zahl der Unternehmen und Beschäftigten, wie auch beim Umsatz hinter Nordrhein-Westfalen und Bayern auf Rang drei im Bundesgebiet. Den relativ höchsten Anteil verzeichnen dabei die Beschäftigtenzahlen im Großhandel mit fast 14%, den niedrigsten der Umsatz im gleichen Bereich mit knapp 11%.

Der durchschnittliche Umsatz je Beschäftigten liegt beim Großhandel mit 393000 DM weit unter dem Bundesdurchschnitt (504000 DM), während bei der Handelsvermittlung und beim Einzelhandel diese Werte mit 76000 bzw. 164000 DM überdurchschnittlich sind (Bund: 76000 bzw. 151000

DM). Ein Vergleich der durchschnittlichen Unternehmensgröße je Bereich – gemessen an den Beschäftigten je Unternehmen – ergibt, daß im Großhandel mit fast 14 Beschäftigten Baden-Württemberg über dem Bund (12) liegt, während in der Handelsvermittlung und im Einzelhandel die entsprechenden Durchschnittswerte etwas geringer sind.

Gegenüber der letzten Handels- und Gaststättenzählung 1968 ging in Baden-Württemberg wie auch im Bundesgebiet die Zahl der Unternehmen deutlich und die der Beschäftigten leicht zurück.

Tabelle 1

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Handel nach Bundesländern
Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählung 1979¹⁾

| Bundesland | Unternehmen | | Beschäftigte | | Umsatz | | Umsatz je Beschäftigten in DM |
|-----------------------|-------------|-------|--------------|-------|----------|-------|-------------------------------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Mill. DM | % | |
| Großhandel | | | | | | | |
| Schleswig - Holstein | 3 668 | 3,7 | 41 872 | 3,5 | 17 795 | 2,9 | 424 992 |
| Hamburg | 5 150 | 5,2 | 65 983 | 5,4 | 81 453 | 13,3 | 1 234 454 |
| Niedersachsen | 10 761 | 11,0 | 120 175 | 9,9 | 52 639 | 8,6 | 438 000 |
| Bremen | 1 475 | 1,5 | 25 157 | 2,1 | 15 180 | 2,5 | 603 406 |
| Nordrhein - Westfalen | 27 858 | 28,4 | 359 969 | 29,7 | 209 679 | 34,3 | 582 493 |
| Hessen | 10 337 | 10,5 | 132 699 | 11,0 | 58 129 | 9,5 | 438 053 |
| Rheinland - Pfalz | 6 559 | 6,7 | 57 577 | 4,7 | 18 981 | 3,1 | 329 677 |
| Baden-Württemberg | 12 170 | 12,4 | 165 192 | 13,6 | 64 993 | 10,6 | 393 439 |
| Bayern | 16 375 | 16,7 | 202 478 | 16,7 | 75 922 | 12,4 | 374 964 |
| Saarland | 1 454 | 1,5 | 17 730 | 1,5 | 6 902 | 1,1 | 389 268 |
| Berlin | 2 392 | 2,4 | 23 583 | 1,9 | 9 619 | 1,6 | 407 863 |
| Insgesamt | 98 199 | 100,0 | 1 212 415 | 100,0 | 611 292 | 100,0 | 504 194 |
| Handelsvermittlung | | | | | | | |
| Schleswig - Holstein | 2 514 | 3,3 | 6 020 | 3,1 | 403 | 2,8 | 66 926 |
| Hamburg | 2 941 | 3,8 | 9 352 | 4,9 | 1 105 | 7,6 | 118 156 |
| Niedersachsen | 7 693 | 10,1 | 19 670 | 10,2 | 1 192 | 8,2 | 60 600 |
| Bremen | 976 | 1,3 | 2 722 | 1,4 | 206 | 1,4 | 75 679 |
| Nordrhein - Westfalen | 21 959 | 28,8 | 55 595 | 29,0 | 4 562 | 31,4 | 82 067 |
| Hessen | 8 499 | 11,1 | 21 450 | 11,2 | 1 311 | 9,0 | 61 138 |
| Rheinland - Pfalz | 4 285 | 5,6 | 9 395 | 4,9 | 470 | 3,2 | 50 069 |
| Baden-Württemberg | 9 583 | 12,6 | 23 356 | 12,2 | 1 829 | 12,6 | 78 309 |
| Bayern | 14 180 | 18,6 | 35 555 | 18,5 | 2 836 | 19,5 | 79 764 |
| Saarland | 1 205 | 1,6 | 2 600 | 1,4 | 154 | 1,1 | 59 282 |
| Berlin | 2 430 | 3,2 | 6 235 | 3,2 | 472 | 3,2 | 75 626 |
| Insgesamt | 76 265 | 100,0 | 191 950 | 100,0 | 14 540 | 100,0 | 75 748 |
| Einzelhandel | | | | | | | |
| Schleswig - Holstein | 14 009 | 4,0 | 100 626 | 4,1 | 15 089 | 4,1 | 149 952 |
| Hamburg | 10 477 | 3,0 | 80 599 | 3,3 | 14 415 | 3,9 | 178 848 |
| Niedersachsen | 39 109 | 11,3 | 244 610 | 10,0 | 35 745 | 9,6 | 146 100 |
| Bremen | 3 874 | 1,0 | 26 963 | 1,1 | 3 953 | 1,1 | 146 608 |
| Nordrhein - Westfalen | 96 556 | 27,8 | 812 479 | 33,2 | 121 856 | 32,9 | 149 981 |
| Hessen | 32 737 | 9,4 | 267 281 | 10,9 | 38 716 | 10,5 | 144 848 |
| Rheinland - Pfalz | 21 472 | 6,2 | 106 953 | 4,4 | 15 812 | 4,3 | 147 842 |
| Baden-Württemberg | 44 492 | 12,8 | 298 277 | 12,2 | 48 905 | 13,2 | 163 958 |
| Bayern | 65 299 | 18,8 | 393 058 | 16,1 | 58 819 | 15,9 | 149 645 |
| Saarland | 6 574 | 1,9 | 36 509 | 1,5 | 5 447 | 1,5 | 149 194 |
| Berlin | 13 210 | 3,8 | 84 192 | 3,4 | 12 327 | 3,3 | 146 415 |
| Insgesamt | 347 809 | 100,0 | 2 451 547 | 100,0 | 371 083 | 100,0 | 151 367 |

¹⁾ z.T. noch vorläufige Ergebnisse.

Tabelle 2

Strukturveränderungen im Handel Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählungen

| Zählung ¹⁾ | Unternehmen ¹⁾ | | Beschäftigte ²⁾ | | Umsatz ³⁾ | | Unternehmen | Beschäftigte | Beschäftigte | Umsatz in 1000 DM je | | |
|-----------------------|---------------------------|------------|----------------------------|------------|----------------------|------------|-------------|--------------|--------------|----------------------|----------------|-------------|
| | Anzahl | 1960 = 100 | Anzahl | 1960 = 100 | Mill. DM | 1960 = 100 | | | | Je 10 000 Einwohner | Je Unternehmen | Unternehmen |
| Großhandel | | | | | | | | | | | | |
| 1960 | 15 999 | 100 | 136 759 | 100 | 15 416 | 100 | 21 | 177 | 8,5 | 964 | 113 | |
| 1968 | 14 850 | 93 | 168 384 | 123 | 28 833 | 187 | 17 | 193 | 11,3 | 1 942 | 171 | |
| 1979 | 12 170 | 76 | 165 192 | 121 | 64 993 | 422 | 13 | 181 | 13,6 | 5 340 | 393 | |
| Handelsvermittlung | | | | | | | | | | | | |
| 1960 | 18 393 | 100 | 29 998 | 100 | 538 | 100 | 24 | 39 | 1,6 | 29 | 18 | |
| 1968 | 15 380 | 84 | 31 272 | 104 | 968 | 180 | 18 | 36 | 2,0 | 63 | 31 | |
| 1979 | 9 583 | 52 | 23 356 | 78 | 1 829 | 340 | 11 | 26 | 2,4 | 191 | 78 | |
| Einzelhandel | | | | | | | | | | | | |
| 1960 | 61 018 | 100 | 225 961 | 100 | 8 577 | 100 | 79 | 292 | 3,7 | 141 | 38 | |
| 1968 | 51 997 | 85 | 272 807 | 121 | 17 136 | 200 | 60 | 313 | 5,2 | 330 | 63 | |
| 1979 | 44 492 | 73 | 298 277 | 132 | 48 905 | 570 | 49 | 326 | 6,7 | 1 099 | 164 | |

1) 1960 sämtliche Unternehmen, 1968 und 1979 nur Unternehmen mit 12 000 DM und mehr Jahresumsatz. – 2) Voll- und Teilzeitbeschäftigte. – 3) Jeweils Umsatz des Vorjahres von allen Unternehmen, also auch von solchen mit nicht vollem Geschäftsjahr – im Großhandel und in der Handelsvermittlung ohne Umsatz- bzw. Mehrwertsteuer.

Die Umsätze stiegen um rund das Eineinhalbfache. Dabei fällt auf, daß in Baden-Württemberg die relative Abnahme bei den Unternehmenszahlen stärker, die Zuwachsraten bei den Beschäftigtenzahlen und den Umsätzen aber geringer waren als im Bundesdurchschnitt. Es ist dies vor allem auf die Entwicklung im Großhandel und in der Handelsvermittlung zurückzuführen, die in Baden-Württemberg einem überdurchschnittlich starken Schrumpfungsprozeß der Unternehmenszahl unterworfen waren. Im Einzelhandel verzeichnete die Umsatzentwicklung des Landes mit einem Plus von 185% demgegenüber sogar einen deutlich über dem Bund (+159%) liegenden Zuwachs.

Zwei Drittel der Unternehmen im Einzelhandel

Von den Unternehmen, die 1979 ihren wirtschaftlichen Schwerpunkt im Handel hatten, waren 44500 mit 298300 Beschäftigten im Einzelhandel angesiedelt, der damit zahlenmäßig eine dominierende Rolle spielt. Im Großhandel wurden in 12200 Unternehmen 165200 Beschäftigte und in der Handelsvermittlung in rund 9600 Unternehmen 23400 tätige Personen gezählt.

Im Gegensatz zur Zahl der Unternehmen und Beschäftigten liegt, gemessen am 1978 erzielten Gesamtumsatz, der Großhandel mit 65 Mrd. DM vor dem Einzelhandel mit 49 Mrd. DM an der Spitze. Bei den Handelsvermittlern schließlich betragen die Provisionen, Kostenvergütungen und sonstige Erträge rund 2 Mrd. DM.

Im Vergleich zur Zählung von 1968 ist die Zahl der Unternehmen des gesamten Handels um insgesamt etwa 19% zurückgegangen, die der Beschäftigten hat dagegen um rund 3% zugenommen. Diese Entwicklung war allerdings in den drei Erhebungsbereichen unterschiedlich (Tabelle 2). So hatten Großhandel und Handelsvermittlung spürbare Rückgänge ihrer Beschäftigtenzahlen zu verzeichnen, während der Einzelhandel – was auch durch die Ergebnisse der monatlichen Erhebungen bestätigt wird – einen stabilisierenden Einfluß auf den Arbeitsmarkt ausübte.

Die Umsätze schließlich haben in allen drei Wirtschaftsbereichen sehr deutliche Zunahmen verzeichnet, wobei allerdings der expansive Effekt inflatorischer Preissteigerungen nicht außer acht gelassen werden darf. Gegenüber 1967 erhöhten sie sich beim Handel bis 1979 insgesamt um nominal rund 147%. Da die Einzelhandelspreise zwischen den beiden Zählungen eine Steigerung um 56%, die Großhandelsverkaufspreise sogar eine solche um 64% verzeichneten, dürften die Umsätze insgesamt um real etwa 80% zugenommen haben.

Bereichsbezogene Tendenzen

Im Großhandel haben sich in den vergangenen Jahren bei den Artikelgruppen erhebliche Veränderungen in Richtung breiterer Sortimente ergeben. Herausragendes Beispiel hierfür ist der Handel mit Nahrungs- und Genußmitteln durch die Einbeziehung von non-food-Artikeln. Jede vierte im

Tabelle 3

Unternehmen, Beschäftigte und Umsatz im Handel nach Wirtschaftszweigen
Ergebnisse der Handels- und Gaststättenzählungen 1968 und 1979

| Wirtschaftszweig | Unternehmen ¹⁾ | | | Beschäftigte ²⁾ | | | Umsatz ³⁾ | | |
|---|---------------------------|--------|--------------------------|----------------------------|---------|--------------------------|----------------------|------------|--------------------------|
| | 1968 | 1979 | Ver- änderung in % | 1968 | 1979 | Ver- änderung in % | 1967 | 1978 | Ver- änderung in % |
| | Anzahl | | | Anzahl | | | 1 000 DM | | |
| Großhandel ⁴⁾ | | | | | | | | | |
| Getreide, Saaten, Pflanzen | 2 035 | 1 228 | - 39,7 | 11 726 | 8 405 | - 28,3 | 2 680 719 | 4 324 262 | + 61,3 |
| Textilien, Rohstoffe u. Halbwaren | 197 | 127 | - 35,5 | 1 082 | 935 | - 13,6 | 203 490 | 360 202 | + 77,0 |
| Technische Chemikalien | 86 | 110 | + 27,9 | 895 | 1 349 | + 50,7 | 263 016 | 685 290 | + 160,6 |
| Feste Brennstoffe, Mineralöl- erzeugnisse | 350 | 230 | - 34,3 | 8 685 | 4 020 | - 53,7 | 3 724 935 | 4 045 692 | + 8,6 |
| Erze, Stahl, NE-Metalle | 202 | 243 | + 20,3 | 8 121 | 8 391 | + 3,3 | 2 453 049 | 5 050 921 | + 105,9 |
| Holz, Baustoffe | 1 314 | 1 083 | - 17,6 | 16 071 | 17 443 | + 8,5 | 2 111 294 | 5 669 332 | + 168,5 |
| Altmaterial, Reststoffe | 775 | 435 | - 43,9 | 3 896 | 2 633 | - 32,4 | 354 591 | 631 516 | + 78,1 |
| Nahrungsmittel, Getränke | 3 325 | 2 532 | - 23,8 | 30 519 | 30 589 | + 0,2 | 6 589 062 | 15 462 070 | + 134,4 |
| Textilien, Bekleidung, Schuhe | 866 | 1 034 | + 19,4 | 9 442 | 11 559 | + 22,4 | 1 016 527 | 3 616 988 | + 255,8 |
| Eisen-, Metallwaren, Möbel | 1 592 | 1 721 | + 8,1 | 23 148 | 28 267 | + 22,1 | 2 662 588 | 7 348 008 | + 176,0 |
| Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Schmuck, Sport- artikel | 631 | 746 | + 18,2 | 5 202 | 5 463 | + 5,0 | 736 583 | 1 913 509 | + 159,8 |
| Fahrzeuge, Maschinen | 2 282 | 1 725 | - 24,4 | 31 875 | 27 781 | - 12,8 | 3 978 458 | 10 239 515 | + 157,4 |
| Pharmazeutische u. kosmetische Erzeugnisse | 491 | 452 | - 7,9 | 8 088 | 8 795 | + 8,7 | 1 020 181 | 2 991 672 | + 193,3 |
| Papier, Druckerzeugnisse, Waren verschiedener Art | 704 | 504 | - 28,4 | 9 634 | 9 562 | - 0,7 | 1 038 055 | 2 653 543 | + 155,6 |
| Insgesamt | 14 850 | 12 170 | - 18,0 | 168 384 | 165 192 | - 1,9 | 28 832 548 | 64 992 522 | + 125,4 |
| Handelsvermittlung ⁵⁾ | | | | | | | | | |
| Landwirtschaftliche Grundstoffe | 505 | 229 | - 54,6 | 1 069 | 492 | - 54,0 | 39 522 | 53 724 | + 35,9 |
| Technische Chemikalien, Brennstoffe | 1 103 | 1 022 | - 7,3 | 2 239 | 2 564 | + 14,5 | 72 480 | 208 161 | + 187,2 |
| Nahrungsmittel, Getränke | 1 656 | 898 | - 45,8 | 3 090 | 1 985 | - 35,8 | 83 371 | 117 322 | + 40,7 |
| Textilien, Bekleidung, Schuhe | 1 728 | 1 449 | - 16,1 | 3 144 | 2 705 | - 14,0 | 94 176 | 176 585 | + 87,5 |
| Eisen-, Metallwaren, Möbel | 2 077 | 2 003 | - 3,6 | 4 961 | 4 654 | - 6,2 | 186 132 | 311 400 | + 67,3 |
| Feinmechanische und optische Erzeugnisse, Schmuck, Sportartikel | 276 | 282 | + 2,2 | 514 | 550 | + 7,0 | 16 576 | 38 960 | + 135,0 |
| Fahrzeuge, Maschinen | 1 689 | 1 175 | - 30,4 | 3 922 | 3 518 | - 10,3 | 158 893 | 426 336 | + 168,3 |
| Sonstige Waren, Waren verschie- dener Art | 1 053 | 736 | - 30,1 | 1 808 | 1 544 | - 14,6 | 48 210 | 110 100 | + 128,4 |
| Versandhandelsvertretungen | 3 112 | 488 | - 84,3 | 3 500 | 713 | - 79,6 | 32 572 | 27 254 | - 16,3 |
| Handelsvermittlung zusammen ⁵⁾ | 13 199 | 8 282 | - 37,2 | 24 247 | 18 725 | - 22,8 | 731 932 | 1 469 841 | + 100,8 |
| Agenturtankstellen | 2 156 | 1 301 | - 39,7 | 6 447 | 4 631 | - 28,2 | 180 411 | 359 199 | + 99,1 |
| Insgesamt ⁵⁾ | 15 380 | 9 583 | - 37,7 | 31 272 | 23 356 | - 25,3 | 967 767 | 1 829 040 | + 89,0 |
| Einzelhandel ⁶⁾ | | | | | | | | | |
| Nahrungs- und Genußmittel | 21 747 | 13 708 | - 37,0 | 83 408 | 80 035 | - 4,0 | 5 704 468 | 13 767 333 | + 141,3 |
| Textilien, Bekleidung, Schuhe | 9 644 | 8 652 | - 10,3 | 58 831 | 64 814 | + 10,2 | 3 227 837 | 7 941 134 | + 146,0 |
| Einrichtungsgegenstände | 3 526 | 3 964 | + 12,4 | 17 698 | 24 725 | + 39,7 | 1 112 933 | 3 903 462 | + 250,7 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse, Musikinstrumente | 2 497 | 2 316 | - 7,2 | 14 580 | 13 489 | - 7,5 | 743 426 | 1 995 249 | + 168,4 |
| Papierwaren, Druckerzeugnisse, Büromaschinen | 2 417 | 2 340 | - 3,2 | 10 980 | 11 803 | + 7,5 | 595 892 | 1 616 935 | + 171,4 |
| Pharmazeutische u. kosmetische Erzeugnisse | 3 619 | 3 893 | + 7,6 | 18 964 | 22 678 | + 19,6 | 1 149 380 | 3 343 624 | + 190,9 |
| Tankstellen (Abs. in eig. N.) | 421 | 416 | - 1,2 | 1 583 | 1 868 | + 18,0 | 170 289 | 671 616 | + 294,4 |
| Fahrzeuge, Fahrzeug-Teile | 1 910 | 2 655 | + 39,0 | 29 481 | 35 653 | + 20,9 | 2 247 506 | 8 017 897 | + 256,8 |
| Sonstige Waren | 6 216 | 6 548 | + 5,3 | 37 279 | 43 212 | + 15,9 | 2 184 331 | 7 647 366 | + 250,1 |
| Insgesamt | 51 997 | 44 492 | - 14,4 | 272 804 | 298 277 | + 9,3 | 17 136 064 | 48 904 616 | + 185,4 |

1) Nur Unternehmen mit 12 000 und mehr DM Jahresumsatz. — 2) Voll- und Teilzeitbeschäftigte. — 3) Jeweils Umsatz von allen Unternehmen, also auch von solchen mit nicht vollem Geschäftsjahr — im Großhandel und in der Handelsvermittlung ohne, im Einzelhandel einschl. Mehrwertsteuer. — 4) 1968 einschl. Einzelhandel mit Landmaschinen. — 5) 1968 einschl. 25 Ein- und Verkaufsgenossenschaften. — 6) 1968 ohne Einzelhandel mit Landmaschinen.

Großhandel umgesetzte Mark entfällt heute auf den Nahrungs- und Genußmittelsektor, in dem jeweils rund ein Fünftel aller Unternehmen und Beschäftigten tätig ist. Neben Sortimentserweiterungen haben auch Schwerpunktverlagerungen und die bereits erwähnten Konzentrationsprozesse zu einer veränderten Branchenstruktur im Großhandel geführt.

Für die Handelsvermittlung gilt generell, daß in den letzten Jahren verstärkt versucht wurde, die Ware direkt, also unter Ausschaltung der Vermittlung, weiterzugeben. Besonders gravierende Einbußen verzeichneten demzufolge die Versandhandelsvertreter. Ihre Zahl ist auf rund ein Sechstel des ursprünglichen Bestandes von 1968 zurückgegangen. Das Tankstellennetz, das 1968/69 seinen Höchststand hatte und durch Überbelegung nicht durchweg voll ausgelastet war, wurde in der Folgezeit drastisch reduziert (-40%). Zu berücksichtigen ist bei diesen Zahlen allerdings, daß es sich hierbei nicht um die Gesamtzahl der Tankstellen in Baden-Württemberg handelt, sondern lediglich um die Agenturtankstellen. Nicht enthalten sind die rund 400 freien Tankstellen, die beim Einzelhandel nachgewiesen werden und die Tanksäulen derjenigen Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt außerhalb des Handels liegt.

Beim Einzelhandel, dem letzten Glied in der Kette der Verteilerfunktionen, liegt das Schwergewicht wie beim vorgeschalteten Großhandel im Nahrungs- und Genußmittelsektor. Die Zahl dieser

Unternehmen belief sich auf fast 14000 und die der Beschäftigten auf 80000. Mit einem Umsatz von 13,8 Mrd. DM wurde von dieser Branche immerhin über ein Viertel des gesamten Einzelhandelsumsatzes getätigt. Trotz ihrer führenden Stellung ist die Nahrungsmittelbranche vom allgemeinen Schrumpfungsprozeß (bei den Unternehmenszahlen) nicht verschont geblieben. Dagegen hatten einige andere Bereiche, wie z. B. der Handel mit Fahrzeugen oder Möbeln und Einrichtungsgegenständen ebenso wie mit pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln, Zunahmen zu verzeichnen. Sie stehen im Zusammenhang mit dem Möbel- und Autoboom, sowie der Gesundheitswelle, die aber alle ihren Höhepunkt bereits überschritten haben.

Konzentrationsprozeß im Handel

Ordnet man die Handelsunternehmen Baden-Württembergs nach Umsatzgrößenklassen, so war 1978 für 83% der Unternehmen nach den Angaben der Umsatzsteuerstatistik ein Umsatz von weniger als einer Million DM zu verzeichnen. Im Großhandel waren es 60,7%, im Einzelhandel 85,7% und in der Handelsvermittlung rund 98%.

Im Jahr 1976 war der Anteil der Handelsunternehmen mit einem Umsatz unter einer Million DM um rund 2% höher. Die Abnahme der Unternehmen mit einem Umsatz unter einer Million dürfte zum Teil auf die durch Preissteigerungen hervorgerufene Vergrößerung des Umsatzes und die dadurch hervorgerufene Verschiebung einiger Unter-

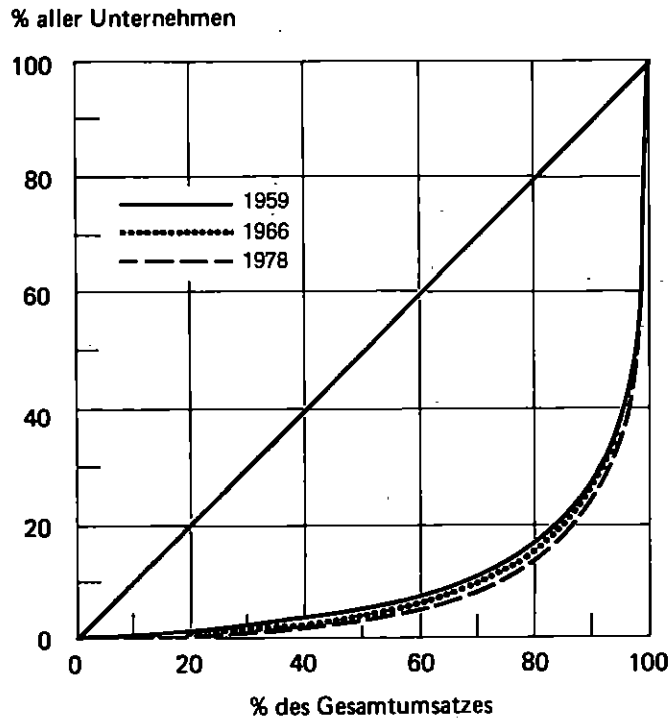
Tabelle 4

Unternehmen und Umsatz im Handel nach Umsatzgrößenklassen 1978 Ergebnisse der Umsatzsteuerstatistik

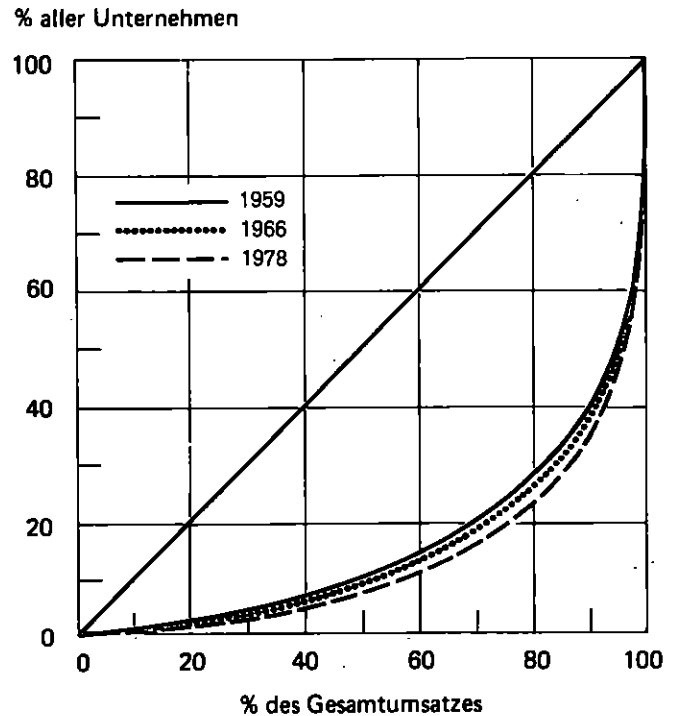
| Umsatz von ... bis unter ... DM | Handel insgesamt | | Darunter | | | |
|---------------------------------------|------------------|-------------|-------------|-------------|--------------|-------------|
| | | | Großhandel | | Einzelhandel | |
| | Unternehmen | Umsatz | Unternehmen | Umsatz | Unternehmen | Umsatz |
| | Anzahl | 1000 DM | Anzahl | 1000 DM | Anzahl | 1000 DM |
| 12 000 - 20 000 | 2 067 | 32 948 | 224 | 3 578 | 1 029 | 16 436 |
| 20 000 - 50 000 | 8 005 | 277 636 | 740 | 25 979 | 4 388 | 152 927 |
| 50 000 - 100 000 | 10 299 | 752 173 | 1 084 | 79 536 | 6 219 | 457 330 |
| 100 000 - 250 000 | 18 271 | 3 048 944 | 2 189 | 369 985 | 12 516 | 2 112 190 |
| 250 000 - 500 000 | 13 670 | 4 872 151 | 2 202 | 800 823 | 10 043 | 3 576 526 |
| 500 000 - 1 Mill. | 10 398 | 7 331 107 | 2 288 | 1 627 835 | 7 406 | 5 213 983 |
| 1 Mill. - 2 Mill. | 6 155 | 8 504 469 | 1 894 | 2 679 866 | 4 070 | 5 569 407 |
| 2 Mill. - 5 Mill. | 3 844 | 11 893 839 | 1 873 | 5 973 250 | 1 897 | 5 710 602 |
| 5 Mill. - 10 Mill. | 1 537 | 10 677 484 | 932 | 6 527 228 | 596 | 4 083 574 |
| 10 Mill. - 25 Mill. | 872 | 13 290 823 | 581 | 8 797 933 | 285 | 4 402 228 |
| 25 Mill. - 50 Mill. | 241 | 8 269 883 | 192 | 6 536 400 | 49 | 1 733 483 |
| 50 Mill. - 100 Mill. | 111 | 7 295 869 | 93 | 6 053 818 | 18 | 1 242 051 |
| 100 Mill. - 250 Mill. | 62 | 9 528 040 | 46 | 7 112 606 | 16 | 2 415 434 |
| 250 Mill. - 500 Mill. | 24 | 8 784 412 | 14 | 5 222 811 | 10 | 3 561 601 |
| 500 Mill. - 1 Mrd. | 10 | 6 335 068 | } 10 | } 7 673 391 | } 3 | } 2 417 225 |
| 1 Mrd. und mehr. | 3 | 3 755 548 | | | | |
| Insgesamt | 75 569 | 104 650 394 | 14 361 | 59 485 039 | 48 545 | 42 664 997 |

Entwicklung der Umsatzkonzentration im Groß- und Einzelhandel

Großhandel



Einzelhandel



187 81

nehmen in die nächst höhere Umsatzgrößenklasse zurückzuführen sein. Die Verteilung des Gesamtumsatzes zeigt aber auch deutlich, daß besonders der Anteil kleinerer Unternehmen, d. h. der Unternehmen mit einem Umsatz zwischen 12000 und 100000 DM, im Einzelhandel sogar bis zu 250000 DM, zurückgegangen ist. Es ist daher anzunehmen, daß eine Reihe dieser „kleineren“ Unternehmen aus dem Markt ausgeschieden sind, wobei dieser Prozeß sich schon in kurzer Zeit beobachten läßt. Während zum Beispiel 1978 der Anteil der Handelsunternehmen mit einem Umsatz von unter 100000 DM 26,9% betrug, waren es 1976 noch 29,2%. Gravierender macht sich diese Entwicklung beim Einzelhandel bemerkbar. Hier betrug 1978 der Anteil der Unternehmen mit einem Umsatz unter 100000 DM 23,9%, während er 1976 noch bei 27,1% lag.

210 Großunternehmen, das heißt Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mehr als 50 Mill. DM, mit Sitz in Baden-Württemberg wurden 1978 gezählt, das sind rund 0,3% aller erfaßten Handelsunternehmen (1976: 0,2%). Auf den Bereich Großhandel entfallen davon rund 163 Unternehmen, auf den Einzelhandel lediglich 47 Unternehmen. Im Bereich

Großhandel haben 1,2% aller Unternehmen einen Umsatz höher als 50 Mill. DM, während es beim Einzelhandel nur 0,1% sind.

Eine langfristige Untersuchung anhand der sogenannten Lorenz-Kurve läßt erkennen, daß nach den Ergebnissen der Umsatzsteuerstatistik in allen drei Bereichen der Konzentrationsprozeß in den beiden letzten Jahrzehnten weiter vorangeschritten ist. Die Kurven zeigen aber auch, daß die drei Bereiche Unterschiede im Grad der Umsatzkonzentration aufweisen. Beispielsweise sind Groß- und Einzelhandel weit stärker konzentriert als die Handelsvermittlung. Jeweils nur ein Viertel der Unternehmen erzielen im Großhandel 91%, im Einzelhandel 83% und in der Handelsvermittlung 71% des jeweiligen Gesamtumsatzes. Diese Konzentrationsprozesse sind u. a. darauf zurückzuführen, daß einerseits viele, die in der ersten Nachkriegszeit ein Geschäft eröffnet hatten, gerade in den letzten Jahren aus Altersgründen aus dem Erwerbsleben ausgeschieden sind, ohne einen Nachfolger für ihr meist kleines Geschäft gefunden zu haben und andererseits betriebswirtschaftliche Gründe (günstiger Einkauf, Personalkostenersparnis) das Entstehen neuer Betriebsformen wie Supermärkte oder Ver-

braucherzentren bewirkten und gleichzeitig den „Tante-Emma-Laden“ mehr und mehr verdrängten.

Ausschlaggebend für die Konzentrationstendenz ist jedoch zweifellos auch die teilweise sehr stürmisch verlaufende technische Entwicklung, die durch den Einsatz neuer Technologien und rationeller Arbeitsmittel zwangsweise zu größeren Unternehmenseinheiten geführt hat.

Der seit Jahrzehnten anhaltende Trend zum größeren Unternehmen bei gleichzeitigem Rückgang der kleineren Betriebe kommt auch – wenngleich schwächer – in einer wachsenden Zahl der Beschäftigten je Unternehmen deutlich zum Ausdruck. Daß diese Entwicklung hinsichtlich des Versorgungsgrades der Bevölkerung auch ihre Probleme hat, ist zwischenzeitlich erkannt worden. Mit der Förderung der mittelständischen Wirtschaft wird deshalb auch von politischer Seite versucht, die Wettbewerbsfähigkeit der kleineren und mittleren Betriebe zu stärken. Allerdings überwiegen auch heute noch insbesondere bei der Handelsvermittlung mit über 70%, aber auch beim Einzelhandel mit rund 50% sowie beim Großhandel mit 40% die kleineren Unternehmen mit 1 bzw. 2 Beschäftigten. Der Anteil der größeren Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten, der 1968 beispielsweise im Einzelhandel bei 7% lag, erhöhte sich zwar auf 10%, ist jedoch immer noch vergleichsweise gering.

Weibliche Beschäftigte überwiegen

Von den insgesamt am 31.3.1980 im Rahmen der Beschäftigtenstatistik gezählten 3,4 Mill. versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmer Baden-Württembergs waren über 400000 oder 12% im Handel tätig. Ein besonderer Stellenwert kommt dabei der Frauenbeschäftigung zu. Über die Hälfte der versicherungspflichtigen Arbeitnehmer im Handel sind Frauen. Bemerkenswert sind auch die teilweise gravierenden Unterschiede in der Einkommensstruktur. So betragen die durchschnittlichen Bruttomonatsverdienste der männlichen kaufmännischen Angestellten im Bereich Großhandel im Juli 1980 rund 3191,- DM, während ihre Kolleginnen 2062,- DM verdienten. Das waren 6,3% bzw. 4% mehr als im Vorjahr. Im Einzelhandel verdienten die männlichen kaufmännischen Angestellten 2839,- DM (1979: 2614,- DM) ihre Kolleginnen erhielten dagegen im Durchschnitt lediglich 1894,- DM (1979: 1791,- DM).

Verglichen mit den Verdiensten in der Industrie bewegen sich die Gehälter des Bereichs Handel – insbesondere auch für die Männer – am unteren Ende der Gehaltsskala. So verdienen beispielsweise die männlichen kaufmännischen Angestellten in der Industrie im Durchschnitt rund 13% mehr als ihre Kollegen im Großhandel und rund 22% mehr

als die im Einzelhandel tätigen Angestellten. Die weiblichen kaufmännischen Angestellten in der Industrie verdienen dagegen rund 16% mehr als die im Bereich Großhandel und 24% mehr als die im Bereich Einzelhandel beschäftigten Kolleginnen.

Eine große Rolle spielt auch die Teilzeitbeschäftigung im Handel. Zwar beträgt der Anteil bei den versicherungspflichtig Beschäftigten nur 14%, doch darf dabei nicht übersehen werden, daß die Beschäftigungsverhältnisse einer großen Zahl von tätigen Inhabern und mithelfenden Familienangehörigen hierin noch unberücksichtigt sind. Auch kommt hinzu, daß vielfach Aushilfskräfte gelegentlich und nur stundenweise ohne Anmeldung zur Sozialversicherung eingesetzt werden.

Investitionen

Betrachtet man die im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung ermittelten Anlageinvestitionen nach Wirtschaftsbereichen, so entfallen für die Jahre 1960 bis 1978 zwischen 3,6% und 5% auf den Bereich Handel. Bei getrennter Betrachtung des Erwerbs neuer Ausrüstungen und Bauten, erhält man entsprechend für die Bauinvestition einen Anteil zwischen 3,4% (1960) und 2,4% (1975). Bei den Ausrüstungsinvestitionen beträgt der Anteil dagegen zwischen 8,4% und 5,6%. Auffallend ist bei Betrachtung der Zeitreihen von 1960 bis 1978, daß die Anteile der Bauinvestitionen im Bereich Handel rückläufig sind, während die der Ausrüstungsinvestitionen in den 70er Jahren, zum Teil wohl konjunkturell bedingt, etwas niedriger als in den 60er Jahren war.

Ähnliche Trends zeigen auch die Ergebnisse des jüngsten Ifo Investitionstests⁴. Nach dieser Untersuchung investierte der Einzelhandel im Jahre 1979 gut 6,6 Mrd. DM, d. h. knapp 7% mehr als 1978. Die Investitionstätigkeit der Großhandelsunternehmen war im Jahr 1979 jedoch etwas verhaltener. Die Firmen dieses Wirtschaftsbereiches erhöhten ihre Investitionsausgaben 1979 um gut 6% auf 6,6 Mrd. DM. Der Großhandel zeigte 1979 eine geringere Investitionsbereitschaft als der Einzelhandel (+7%), das Verarbeitende Gewerbe (+15%) und das Baugewerbe (+25%). Der Großhandel zählt jedoch zu den am wenigsten anlagekapitalintensiven Wirtschaftsbereichen, was weitgehend auf einen hohen Anteil des Streckengeschäftes am Gesamtumsatz zurückzuführen ist. Im Gegensatz zum Einzelhandel, der von allen Wirtschaftsbereichen mit Abstand die höchste Leasingquote hat, ändert auch die Berücksichtigung der auf dem Wege der Anlagemiete beschafften Investitionsgüter wenig an dem relativ niedrigen Investitionsniveau des Großhandels.

⁴ Großhandelsinvestitionen weiterhin auf niedrigem Niveau, ifo-Schnelldienst 22/80. Einzelhandel: Investitionsentwicklung auf Konsolidierungskurs, ifo-Schnelldienst 20/80.

Die Analyse der Investitionstätigkeit des Großhandels nach Branchen zeigt, daß die Bereiche Nahrungs- und Genußmittel, Rohstoffe, Halbwaren und sonstige Fertigwaren ihr Investitionsbudget 1979 gegenüber 1978 um 8 bis 10% erhöht haben. Die bedeutendsten Steigerungsraten (zwischen 20% und 35%) wurden für die Branchen Tabakwaren, textile Rohstoffe und Halbwaren sowie Handel, NE-Metalle, Lacke, Farben und Tapeten, Papier und Pappe, Metall- und Kunststoffwaren, Feinmechanik und Optik, Fahrräder und Mopeds sowie Büro- und Landmaschinen festgestellt. Dagegen haben die Bereiche gemischtes Sortiment (-29%), Textilwaren, Schuhe (-27%) ihre Investitionsausgaben gravierend verringert. Hier ist jedoch erwähnenswert, daß – laut Ifo-Investitionstests – die Branchen Textilwaren, Schuhe und gemischtes Sortiment in den Jahren 1976 und 1977 stark auf die Investitionszulage reagierten (+33% und +38%).

Die Analyse der Investitionsentwicklung nach den verschiedenen Umsatzgrößenklassen zeigt darüber hinaus, daß 1979 die Großunternehmen (Unternehmen mit über 50 Mill. DM Jahresumsatz) die geringsten Investitionsaktivitäten entfalteten und die Firmen mit Umsätzen von 0,5 bis 10 Mill. Umsatz ihre Ausgaben für Bauten und Ausrüstungen am kräftigsten erhöhten. Der Anteil der Bauten an den gesamten Investitionsausgaben ist im Durchschnitt auch 1979 zurückgegangen. Diese Entwicklung dürfte nur zum Teil mit der zunehmenden Bedeutung der Immobilienanmietung bei Leasing-Unternehmen usw. zusammenhängen. Hier deuten die verminderten Bauaktivitäten, ähnlich wie die relativ niedrigen Investitionsquoten, auf ein gebremstes Expansionstempo hin.

Auch für den Einzelhandel zeigt die Analyse der Investitionsstruktur für 1979 einen bemerkenswerten Rückgang des Anteils der Bauinvestitionen an den gesamten Investitionsausgaben. Nach der Hochrechnung des Ifo-Instituts für den gesamten Einzelhandel ist er von 48% im Jahre 1978 auf 44% im Jahre 1979 gesunken und hat den tiefsten Stand seit der Währungsreform erreicht. Dieser Rückgang wird auf zwei Ursachen zurückgeführt. So haben die Erweiterungsinvestitionen mit ihrem hohen Bauanteil sowohl im Durchschnitt des Einzelhandels als auch bei den früher sehr baufreudigen Großsortimentern im Zuge der allgemeinen Flächenkonsolidierung stark an Bedeutung verloren. Gleichzeitig dürften auch hier die zunehmende Bedeutung der Immobilienanmietung bei Leasing-Unternehmen und ähnlichen Finanzierungsgesellschaften nicht unberücksichtigt bleiben.

Im Gegensatz zum Großhandel waren die Unterschiede in den Wachstumsraten nach Unternehmensgrößenklassen beim Einzelhandel nur

unwesentlich. Die bisher besonders expansiven Großunternehmen (Unternehmen mit über 50 Mill. DM Netto-Jahresumsatz) erreichten gerade den Wert für den Einzelhandelsdurchschnitt. Es zeigt sich darüber hinaus, daß der seit einiger Zeit eingeschlagene Konsolidierungskurs am Investitionsverhalten besonders bei den Großsortimentern deutlich sichtbar wird.

Für das Wachstum der Investitionsausgaben des Einzelhandels im Jahre 1979 waren vor allem der Einzelhandel mit Bekleidung, Wäsche und Schuhen (+12%), mit Fahrzeugen und Maschinen (+12%), mit Drogeriewaren und Kosmetika (+35%) sowie mit sonstigen Waren (Blumen, Pflanzen, Farben und Bodenbelägen) (+40%) verantwortlich. Dagegen reduzierte der Einzelhandel mit Elektro- und optischen Erzeugnissen sowie Uhren sein Investitionsbudget um 14%.

Angesichts des mäßig wachsenden Sozialprodukts, den volkswirtschaftlichen Umstrukturierungen zu Ungunsten des Handels und der stagnierenden Bevölkerungszahl dürften auch für die kommenden Jahre entscheidende Anregungen für eine spürbare Investitionsbelebung fehlen. Darüber hinaus dürfte auch künftig eine verhältnismäßig hohe Bereitschaft zum Leasen von Ausrüstungen und zur Immobilienmiete zu erwarten sein.

Zusammenfassung

– Der Handel ist zusammen mit rund 8% an der Wertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche in Baden-Württemberg beteiligt; 1960 betrug dieser Anteil noch rund 11%.

– Nach Nordrhein-Westfalen und Bayern steht der Handel Baden-Württembergs nach den Ergebnissen der Handels- und Gaststättenzählung 1979 sowohl hinsichtlich seiner Unternehmens- und Beschäftigtenzahl als auch gemessen an der Umsatzhöhe an dritter Stelle im Bundesgebiet. Gegenüber 1968 fiel die relative Abnahme bei den Unternehmenszahlen in Baden-Württemberg stärker, die Zuwachsraten bei den Beschäftigtenzahlen und den Umsätzen geringer als im Bundesdurchschnitt aus.

– Der Durchschnittsumsatz je Beschäftigten liegt in Baden-Württemberg im Großhandel unter, in der Handelsvermittlung und im Einzelhandel dagegen über dem Bundesdurchschnitt. Umgekehrt liegt die durchschnittliche Unternehmensgröße (gemessen an den Beschäftigten je Unternehmen) beim Großhandel über, in der Handelsvermittlung und im Einzelhandel jedoch knapp unter den entsprechenden Vergleichswerten für das Bundesgebiet.

– Jede vierte im Großhandel umgesetzte Markteinführung entfällt auf die Nahrungs- und Genußmittelbranche; seit 1968 hat sich die Zahl der Versand-

handelsvertreter auf ein Sechstel reduziert; die Lebensmitteleinzelhändler sind zahlenmäßig um ein Drittel zurückgegangen.

– Rund 30% aller Wirtschaftsunternehmen Baden-Württembergs repräsentieren heute noch den Handel, obwohl die Zahl der Unternehmen von 95000 im Jahr 1960 über 82000 (1968) auf 66000 im Jahr 1979 zurückgegangen ist. Dagegen erhöhten sich die Gesamtzahlen der Beschäftigten und der Umsätze bei allerdings sehr unterschiedlicher Entwicklung in den drei Handelsbereichen.

– Rund 83% der Unternehmen im Bereich Handel erzielen einen Umsatz von weniger als einer Mill. DM (1978). Im Großhandel sind es rund 61%, im Einzelhandel rund 86% und in der Handelsvermittlung über 97%. Großunternehmen mit einem Umsatz von mehr als 50 Mill. DM gibt es dagegen 210, das sind rund 0,3% aller erfaßten Handelsunternehmen. Auf den Großhandel entfallen davon 163 Unternehmen (1,2%) und auf den Einzelhandel 47 Unternehmen (0,1%).

– Der Konzentrationsgrad beim Umsatz hat weiter zugenommen und ist beim Großhandel am höchsten; ein Viertel der Unternehmen dieses Bereichs erzielte über 90% des gesamten Großhandelsumsatzes.

– Der Trend zum größeren Unternehmen hat sich in allen drei Bereichen fortgesetzt; die Zahl der Beschäftigten je Unternehmen stieg in den letzten 20 Jahren im Gesamtdurchschnitt von 4 auf fast 7 an.

– Von den insgesamt 3,4 Mill. versicherungspflichtig beschäftigten Arbeitnehmern sind über 400000, das ist rund jeder Achte, im Handel tätig. Der Anteil der weiblichen Arbeitnehmer liegt im Handel bei 55%.

– Zwischen 3,6% und 5% der gesamten Anlageinvestitionen entfielen im Bundesdurchschnitt von 1960 bis 1978 auf den Handel. Dabei waren die Bauinvestitionen in den vergangenen Jahren rückläufig, während der Anteil der Ausrüstungsinvestitionen in den 70er Jahren zum Teil wohl auch konjunkturell bedingt, etwas niedriger war als in den 60er Jahren. Der Einzelhandel des Bundesgebiets investierte im Jahr 1979 gut 6,6 Mrd. DM, d. h. knapp 7% mehr als 1978. Der Großhandel steigerte dagegen seine Investitionsausgaben um 6% auf 6,6 Mrd. DM. Darüber hinaus zeigt der Einzelhandel eine verhältnismäßig hohe Bereitschaft zum Leasen von Ausrüstungen und zur Immobilienmiete.

Zur wirtschaftlichen Situation des Handwerks

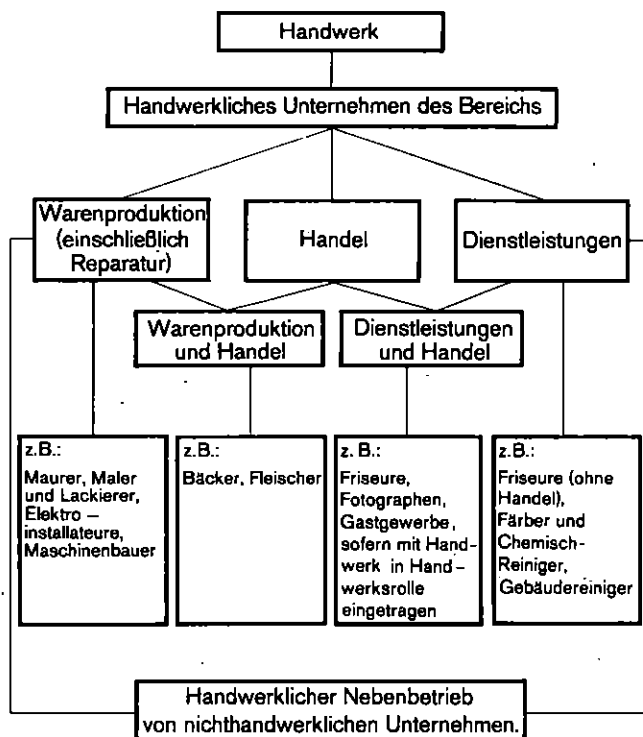
Funktion und gesamtwirtschaftliche Bedeutung

Im Gegensatz zum Handel ist die Abgrenzung des Handwerks gegenüber den herkömmlichen Wirtschaftsbereichen problematisch, da das Handwerk im wirtschaftssystematischen Sinne keinen eigenen Bereich darstellt. Auch ist der Begriff Handwerk nicht eindeutig definiert und hat im Laufe der Zeit einen gewissen Wandel erfahren. Für die formale Abgrenzung des Handwerks in der amtlichen Statistik ist die Eintragung in die Handwerksrolle entscheidend. Jeder selbständige Handwerker und jeder handwerkliche Nebenbetrieb muß mit dem von ihm betriebenen Handwerk in die Handwerksrolle der zuständigen Handwerkskammer eingetragen sein.

Das Handwerk umfaßt eine Fülle von Tätigkeiten und ist hinsichtlich Art und Größe der einzelnen Betriebe sehr heterogen zusammengesetzt (Schaubild 3). In der Handwerksordnung werden insgesamt 125 verschiedene Handwerksberufe aufgeführt, die den Gewerbebezügen entsprechen. Handwerkliche Tätigkeiten werden in verschiede-

Schaubild 3

Funktionen des Handwerks



nen Wirtschaftsbereichen wie dem Baugewerbe, der Warenproduktion, im Handel⁵ und im sonstigen Dienstleistungsbereich ausgeübt (z. B. Friseur, Reinigung).

Hauptkunden des Handwerks sind im Baden-Württemberg die privaten Haushalte, auf die knapp die Hälfte aller Lieferungen und Leistungen entfällt, danach folgen die gewerbliche Wirtschaft mit 40% und die öffentlichen Auftraggeber mit 12%.

Stellung des Handwerks in der Gesamtwirtschaft

Mit einem Anteil von 13% am gesamten Bruttoinlandsprodukt des Landes entspricht die Wirtschaftskraft des Handwerks fast einem Drittel derjenigen des Verarbeitenden Gewerbes und fast dem Fünffachen des Beitrags der Landwirtschaft. Zum handwerklichen Bruttoinlandsprodukt der Bundesrepublik trägt das baden-württembergische Handwerk fast ein Fünftel bei; zusammen mit Bayern und Nordrhein-Westfalen umfaßt es damit gut zwei Drittel der gesamten handwerklichen Wertschöpfung.

Nach den Ergebnissen der letzten Handwerkszählung entfielen – am 30.9.1976 – 668000 Beschäftigte auf das Handwerk, am Jahresende 1979 waren es fast 700000. Damit waren im Handwerk des Landes sowohl 1976 als auch 1979 über ein Sechstel aller Erwerbstätigen beschäftigt.

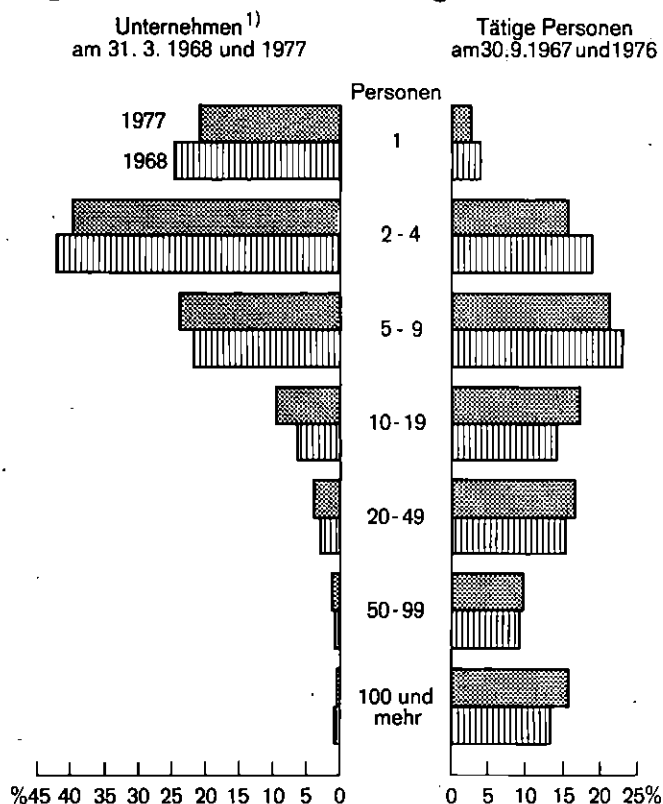
Das Handwerk des Landes im Vergleich zum Bundesgebiet

Wie schon bei früheren Totalzählungen stand das Handwerk des Landes auch bei der Handwerkszählung 1977 mit rund 93000 Betrieben, 668000 Beschäftigten und 54,4 Mrd. DM Umsatz (jeweiliger Anteil am Bundesergebnis: knapp ein Fünftel) nach Nordrhein-Westfalen und Bayern an dritter Stelle im Bundesgebiet. Mit einer gegenüber der Handwerkszählung 1968 leicht erhöhten Beschäftigtenzahl, einer Umsatzsteigerung um über das Doppelte und einem Rückgang der Betriebszahl um 15% war die Entwicklung günstiger als im Bundesdurchschnitt (Betriebe: -20%, Beschäftigte -4%, Umsatz: +95%). In Baden-Württemberg geht dies auf die überwiegend kräftigen Zunahmen von Betrieben, Beschäftigten und Umsatz bei allen Betriebsgrößen von 10 und mehr Beschäftigten zurück. Im Bundesdurchschnitt hingegen waren nahezu überall Abnahmen der Betriebs- und Beschäftigtenzahl sowie auch geringere Umsatzsteigerungen festzustellen.

⁵ Daher ist es möglich, daß beispielsweise ein in die Handwerksrolle eingetragener Bäckermeister, der jedoch überwiegend fertigbezogene Nahrungsmittel verkauft, sowohl in der Handwerkszählung als auch in der Handels- und Gaststättenzählung erfaßt wurde. Eine Aggregation von Handel und Handwerk ist deshalb nicht zulässig.

Schaubild 4

Das Handwerk nach Beschäftigtengrößenklassen Ergebnisse der Handwerkszählungen 1968 und 1977



1) Einschließlich handwerklicher Nebenbetriebe; nachgewiesen werden Unternehmen, die das ganze Jahr 1967 bzw. 1976 bestanden haben.

So war auch der Umsatz (ohne Umsatzsteuer) je Beschäftigten, der in Baden-Württemberg im Jahr 1976 bei 74000 DM lag, um fast ein Fünftel größer als im Bundesdurchschnitt (64000 DM). Dieser „Produktivitätsvorteil“ dürfte in erster Linie auf die günstigere Entwicklung und das größere Gewicht des leistungsstarken Metallgewerbes im Lande zurückzuführen sein. Gegenüber der Zählung 1968 stieg hier die Beschäftigtenzahl um 12% auf über ein Drittel aller Beschäftigten an und der Umsatz erhöhte sich um 157% auf 42% des Gesamtumsatzes des Handwerks. Im Bundesdurchschnitt hingegen verzeichnete das Metallgewerbe nur einen Beschäftigtenzuwachs um 5% (Strukturannteil: 31%) und eine Umsatzzunahme um 134% (Strukturannteil: 38%). Die strukturell höheren Anteile des Metallgewerbes im Lande haben dazu geführt, daß das baden-württembergische Handwerk auch in etwas stärkerem Maße Zulieferer der gewerblichen Wirtschaft ist (40%) als das Handwerk im Bundesdurchschnitt (38%).

Die besonders günstige Entwicklung des Handwerks von Baden-Württemberg spiegelte sich schließlich auch in der größeren Handwerksdichte wider. Trotz ihrer allgemein rückläufigen Tendenz lag sie auch 1977 mit 74 Beschäftigten je 1000 Einwohner noch weit über dem Bundesdurchschnitt (60/1000 Einwohner).

Betrachtet man die Entwicklung des Handwerks in den letzten 20 bis 30 Jahren, so zeigt sich, daß die Zahl der Handwerksbetriebe in Baden-Württemberg von 1956 bis zur Handwerkszählung 1977 von knapp 136000 kontinuierlich auf 93000 zurückgegangen ist. Die Zahl der Beschäftigten hat sich dagegen im gleichen Zeitraum von knapp 602000 auf 668000 (+14%) erhöht, und der Umsatz hat nominal um das Sechsfache zugenommen.

Namentlich die konjunkturellen und strukturellen Veränderungen der Gesamtwirtschaft zu Beginn der siebziger Jahre haben zu einem starken Anpassungsprozeß im Handwerk geführt. So wurde zwischen 1968 und 1977 jeder siebte Handwerksbetrieb aufgegeben. Diese ausgeschiedenen Betriebe hatten jedoch durchweg weniger als zehn, in den meisten Fällen jedoch weniger als fünf Beschäftigte. An Gewicht gewonnen haben hierdurch hauptsächlich die Betriebsgrößen von 10 bis 49 Beschäftigten. Bei der Zählung 1977 entfielen hierauf 14% der Betriebe und 34% der tätigen Personen, während die Größenklassen mit 50 und mehr Beschäftigten trotz leichter Zunahmen nach wie vor nur relativ wenig vertreten waren (2% der Betriebe, 26% der Beschäftigten) (Schaubild 4). Im Handwerk von Baden-Württemberg sind also nach wie vor Klein- und Mittelbetriebe vorherrschend. Die Konzentration auf eine geringere Zahl von beschäftigungsstärkeren Betrieben dürften im wesentlichen technologische Ursachen gehabt haben. Auch die handwerkliche Fertigung wird immer mehr durch den Einsatz maschineller Einrichtungen ergänzt. Dabei erfordert ein rationeller Arbeitsablauf in den einzelnen Branchen bestimmte, nicht unterschreitbare Betriebsgrößen.

Der Rückgang der Betriebszahl und die wachsende Größe der Betriebseinheiten spiegelte sich im übrigen deutlich in der Beschäftigungsentwicklung zwischen den Zählungsjahren 1968 und 1977 wider. So hat die Zahl der tätigen Inhaber und Mitinhaber um fast ein Fünftel sowie die der mit-helfenden Familienangehörigen um fast zwei Fünftel abgenommen (Tabelle 5). Die Zahl der Angestellten hingegen erhöhte sich um 41% und die der Betriebsleiter im Arbeitnehmerverhältnis um 11%. Dies war neben der allgemeinen Kostensteigerung Mitursache dafür, daß die Lohn- und Gehaltssumme (ohne Arbeitgeberanteile zur gesetzlichen Sozialversicherung und zur Berufsgenossenschaft) insgesamt um knapp das Eineinhalbfache – und damit stärker als der Umsatz – auf 10,6 Mrd. DM angestiegen ist.

Betrachtet man die Entwicklung der einzelnen Gewerbegruppen zwischen 1968 und 1977, so ergibt sich ein sehr unterschiedliches Bild (Tabelle 6). Während noch 1968 die Gruppe der Bau- und Ausbaugewerbe nach der Höhe der Beschäftigtenzahl an der Spitze im Handwerk stand, lag das Schwergewicht bei der Handwerkszählung 1977 auf der Gruppe der Metallgewerbe. Über den bereits erwähnten überdurchschnittlichen Anstieg des Umsatzes und der Beschäftigtenzahl hinaus verzeichnete das Metallgewerbe im Gegensatz zu allen anderen auch eine Zunahme der Betriebszahl (+7%). Beim Bau- und Ausbaugewerbe hingegen zeigten sich die rezessiven Tendenzen zu Beginn der siebziger Jahre am Rückgang der Zahl der Betriebe und Beschäftigten (jeweils -10%). Auch die Umsatzsteigerung lag in dieser Gruppe deutlich unter dem durchschnittlichen Umsatzwachstum des gesamten Handwerks und war zum Beispiel nur halb so groß wie der Umsatzzuwachs im Metallgewerbe.

Tabelle 5

Tätige Personen nach der Stellung im Unternehmen und Geschlecht

Bereich: Handwerksunternehmen und handwerkliche Nebenbetriebe, die das ganze Jahr 1967 bzw. 1976 bestanden haben

| Handwerk insgesamt | 30. 9. 1976 | | 30. 9. 1967 | | Veränderung 1976/1967 | |
|--|-------------|----------|-------------|----------|-----------------------|----------|
| | insgesamt | weiblich | insgesamt | weiblich | insgesamt | weiblich |
| | Anzahl | | | | % | |
| Tätige Personen ohne Heimarbeiter | 668 375 | 161 086 | 666 738 | 138 132 | 0,2 | 16,6 |
| Tätige Inhaber und Mitinhaber | 110 139 | 21 486 | 131 919 | 26 075 | - 16,5 | - 17,6 |
| Unbezahlt mithelfende Familienangehörige | 14 873 | 11 111 | 23 993 | 19 140 | - 38,0 | - 41,9 |
| Betriebsleiter im Arbeitnehmerverhältnis | 5 167 | 357 | 4 650 | 389 | 11,1 | - 8,2 |
| Angestellte ohne kaufmännisch und technisch Auzubildende | 95 237 | 52 725 | 67 497 | 34 323 | 41,1 | 53,6 |
| Kaufmännisch und technisch Auzubildende | 9 210 | 4 845 | 8 629 | 4 162 | 6,7 | 16,4 |
| Gesellen und sonstige Facharbeiter | 242 335 | 18 298 | 248 243 | 16 515 | - 2,4 | 10,8 |
| Angelernte und ungelernete Arbeiter | 134 037 | 42 879 | 128 159 | 28 397 | 4,6 | 51,0 |
| Gewerblich Auzubildende | 57 377 | 9 385 | 53 648 | 9 131 | 7,0 | 2,8 |

Tabelle 6

Das Handwerk nach Handwerksgruppen

Bereich: Handwerksunternehmen und handwerkliche Nebenbetriebe, die das ganze Jahr 1967 bzw. 1976 bestanden haben

| Handwerk insgesamt Handwerksgruppe | Unternehmen am 31.3.1977 | Veränderung 1977/1968 | Tätige 1) Personen am 30.9.1976 | Veränderung 1976/1967 | Umsatz einschließlich Umsatzsteuer 1976 | Veränderung ²⁾ 1976/1967 | Bruttolohn- und -gehalts- summe ³⁾ 1976 |
|---|-----------------------------|--------------------------|--|--------------------------|--|--|---|
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Mill. DM | % | Mill. DM |
| Handwerk insgesamt | 92 867 | - 14,5 | 668 375 | 0,2 | 54 353,3 | 114,4 | 10 587,8 |
| Bau- und Ausbaugewerbe | 19 981 | - 10,4 | 201 834 | - 10,4 | 13 432,0 | 81,0 | 3 889,9 |
| Metallgewerbe | 28 770 | 7,0 | 230 974 | 12,4 | 22 919,3 | 157,0 | 4 044,6 |
| Holzgewerbe | 8 455 | - 27,2 | 39 106 | - 14,4 | 2 896,8 | 79,0 | 560,2 |
| Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe | 10 369 | - 44,1 | 27 273 | - 33,0 | 1 629,6 | 64,4 | 200,5 |
| Nahrungsmittelgewerbe | 12 840 | - 18,1 | 78 581 | 3,3 | 9 497,6 | 99,3 | 943,6 |
| Gewerbe für Gesund- heits- und Körperpflege sowie chemisches und Reinigungsgewerbe | 8 936 | - 6,9 | 68 228 | 38,1 | 2 136,8 | 183,9 | 590,2 |
| Glas-, Papier-, keramisches und sonstiges Gewerbe | 3 516 | - 11,1 | 22 379 | - 7,4 | 1 841,2 | 107,9 | 358,8 |

1) Ohne Heimarbeiter. – 2) Beim Vergleich der Umsätze 1976 zu 1967 ist zu beachten, daß bis 1967 die Umsatzsteuer alter Art (sog. Allphasensteuer) galt und ab 1968 das Mehrwertsteuersystem angewandt wird. – 3) Einschließlich Vergütung von Auszubildenden; Löhne und Gehälter wurden 1968 nicht nach Handwerkszweigen nachgewiesen.

Im übrigen wies die stärkste Zunahme der Beschäftigten (+38%) sowie die größte nominale Umsatzsteigerung aller Handwerksgruppen (+184%) die Gruppe der Gewerbe für Gesundheits- und Körperpflege einschließlich des Chemischen und Reinigungsgewerbes auf. Das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe hingegen mußte die stärksten Abnahmen der Zahl der Betriebe (-44%) und der Beschäftigten (-33%) hinnehmen; auch die Umsatzzunahme lag hier weit unter dem Durchschnitt.

Beschäftigung im Handwerk in regionaler Sicht

Bei einer Untersuchung der regionalen Verteilung des Handwerks ergab sich folgendes Bild (1977):

Die größte Zahl von Handwerksbetrieben (5200) und tätigen Personen (51000) entfiel auf den Stadtkreis Stuttgart. Es folgten die Landkreise Eßlingen mit 4600 und Ludwigsburg mit 4200 Betrieben und jeweils rund 30000 tätigen Personen. Zusammen kamen auf diese drei Kreise knapp ein Sechstel der Beschäftigten im Handwerk des Landes. Die geringste Zahl von Handwerksbetrieben (600) und tätigen Personen (5100) hingegen wies der Stadtkreis Baden-Baden auf. Dabei war in allen Stadt- und Landkreisen ein mehr oder weniger starker Betriebsrückgang zu verzeichnen. Die Entwicklung der Beschäftigtenzahl hingegen war sowohl durch Zu- als auch durch Abnahmen gekennzeichnet. Die Abgänge konzentrierten sich

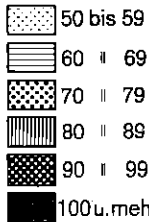
vor allem auf die Stadtkreise des Landes, was im wesentlichen auf erschwerte Marktbedingungen – Bevölkerungsabwanderung, erhöhtes Kostenniveau, verstärkte Konkurrenz – zurückzuführen sein dürfte.

Von Handwerkszählung zu Handwerkszählung in der Nachkriegszeit hat sich die Zahl der Beschäftigten je Handwerksbetrieb erhöht. Im Landesdurchschnitt waren am 31. März 1977 sieben Personen in einem Betrieb beschäftigt. Wesentlich übertroffen wurde der Landesdurchschnitt im Stadtkreis Ulm mit 11 sowie auch in den Stadtkreisen Stuttgart, Heilbronn und Mannheim mit jeweils 10 tätigen Personen je Betrieb. Am niedrigsten hingegen war die Zahl der Beschäftigten je Betrieb in den Landkreisen Heilbronn, Hohenlohekreis, dem Enzkreis und Freudenstadt (*Tabelle 18, Anhang*).

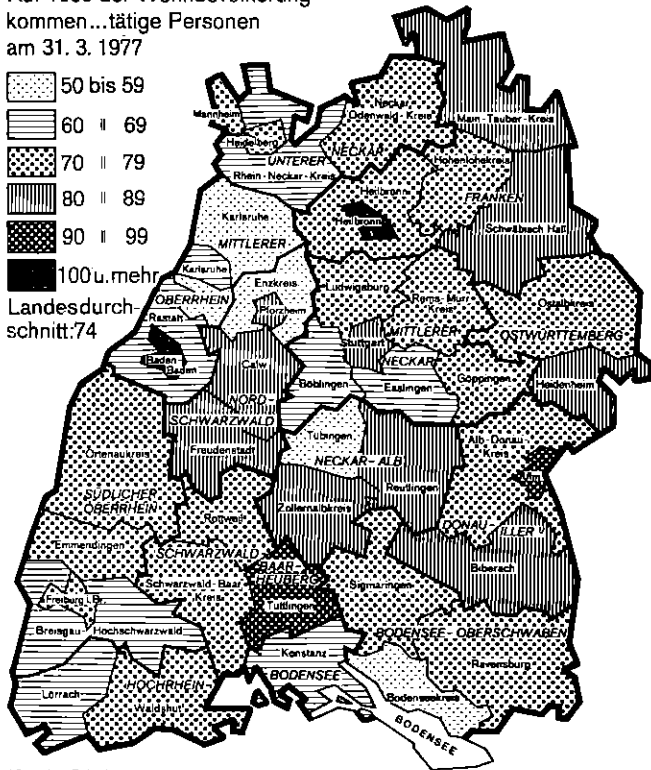
Im Gegensatz zu der kontinuierlich zunehmenden Zahl der Beschäftigten je Handwerksbetrieb hatte die Zahl der im Handwerk tätigen Personen je 1000 Einwohner mit 84 ihren Höchstwert bei der Handwerkszählung 1956 erreicht. Danach ging die Handwerksdichte bis 1967 auf 78 und bis 1977 auf 74 Beschäftigte je 1000 Einwohner im Lande zurück. Gravierende Veränderungen waren hier seit 1967 für die Landkreise Bodenseekreis (- 25), Enzkreis (- 18), Tübingen (- 15) und Calw (- 13) zu verzeichnen. Aber auch für die Stadtkreise Pforzheim (- 17), Karlsruhe (- 11) und Heilbronn (- 10)

Handwerksdichte 1977

Auf 1000 der Wohnbevölkerung kommen...tätige Personen am 31. 3. 1977



Landesdurchschnitt: 74



1) Soweit Land Baden-Württemberg
179 81'

waren starke Abnahmen festzustellen. Eine höhere Handwerksdichte wurde dagegen vor allem für die Landkreise Heidenheim (+9), Heilbronn (+8) und Konstanz (+5) registriert.

Weit über dem Durchschnitt von 74 Beschäftigten je 1000 Einwohner und an der Spitze unter den einzelnen Stadt- und Landkreisen standen 1977 die Stadtkreise Heilbronn mit 114 und Baden-Baden mit 104 tätigen Personen je 1000 Einwohner. Es folgten danach der Stadtkreis Ulm (99) und der Landkreis Tuttlingen (94). Der Stadtkreis Stuttgart hingegen nahm trotz der Großzahl von Handwerksbetrieben und -beschäftigten zusammen mit dem Landkreis Main-Tauber-Kreis erst die sechste Stelle ein. Die geringste Handwerksdichte wies mit 52 Beschäftigten je 1000 Einwohner der Enzkreis auf. Es zeigt sich an diesen Beispielen wie auch an den entsprechenden Werten der übrigen Stadt- und Landkreise, daß verhältnismäßig wirtschaftsschwache Kreise – gemessen an ihrem Beitrag zum Bruttoinlandsprodukt – zum Teil ebenso gut oder sogar besser mit handwerklichen Lieferungen und Leistungen versorgt sind als wirtschaftsstarke.

Zusammenfassung

– Betrachtet man die Veränderungen im Handwerk des Landes in den sechziger und siebziger Jahren, so zeigt sich, daß über den heterogenen, vielschichtigen Gesamtbegriff Handwerk schwerlich verallgemeinernde Aussagen gemacht werden können, die für alle im Handwerk zusammengefaßte Gewerbegruppen und -zweige Gültigkeit haben.

– Das Bild vom Handwerk, das goldenen Boden hat, gilt nicht für alle Handwerksberufe. Bei Betrachtung der sieben Gewerbegruppen weisen das Metallgewerbe sowie die Gruppe für Gesundheits- und Körperpflege einschließlich des Chemischen- und Reinigungsgewerbes die günstigste Entwicklung im Zeitraum 1968 bis 1977 auf. Das Bekleidungs-, Textil- und Ledergewerbe hingegen mußte die stärksten Abnahmen der Zahl der Betriebe und Beschäftigten hinnehmen; auch die Umsatzzunahme lag hier weit unter dem Durchschnitt.

– Im Handwerk von Baden-Württemberg sind nach wie vor flexible Klein- und Mittelbetriebe vorherrschend, die durch Kleinserie, Einzelfertigung und eine Vielzahl von speziellen Dienstleistungen die Massenproduktion der Industrie ergänzen und vervollständigen. Die Konzentration auf eine geringere Gesamtzahl von beschäftigungsstärkeren Betrieben dürfte im wesentlichen technologische Ursachen gehabt haben.

– Wie schon bei früheren Totalzählungen stand das Handwerk des Landes auch bei der Handwerkszählung 1977 nach Nordrhein-Westfalen und Bayern mit einem Anteil von knapp einem Fünftel an Betrieben, Beschäftigten und Umsatz des Gesamthandwerks im Bundesgebiet an dritter Stelle. Die Entwicklung war vor allem durch die überwiegend kräftigen Zunahmen von Betrieben, Beschäftigten und Umsatz bei Betriebsgrößen von 10 und mehr Beschäftigten sowie durch das stärkere Gewicht des Metallgewerbes günstiger als im Bundesdurchschnitt.

– Die Handwerksdichte, das heißt die Zahl der Beschäftigten je 1000 Einwohner hatte mit 84 ihren Höchstwert bei der Handwerkszählung 1956 erreicht. Danach ging sie bis 1977 auf 74 Beschäftigte je 1000 Einwohner im Landesdurchschnitt zurück. Trotz der rückläufigen Tendenz lag sie damit noch weit über dem Bundesdurchschnitt.

3.2 Die Handelsbeziehungen Baden-Württembergs mit den Entwicklungsländern

Die Wirtschaft Baden-Württembergs ist sowohl durch den Mangel an eigenen Rohstoffen und Energieträgern als auch durch den hohen Leistungsstand der Verarbeitungs- und Veredelungsindustrie sehr stark auf ausländische Märkte ausgerichtet: Rund ein Viertel der in Baden-Württemberg hergestellten Güter wird ins Ausland geliefert. Die Auswirkungen auf die Beschäftigung sind entsprechend hoch. So ist nach einer Modellrechnung des Statistischen Landesamtes in Baden-Württemberg fast jeder dritte Erwerbstätige des Verarbeitenden Gewerbes und etwa jeder sechste Erwerbstätige der Gesamtwirtschaft mit der Herstellung von Exportgütern und ihren Vorprodukten beschäftigt. Die im Rahmen der Bundesrepublik herausragende Stellung Baden-Württembergs wird dadurch unterstrichen, daß der Wert der Ausfuhr 1980 mit 6419 DM je Kopf der Bevölkerung deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 5691 DM liegt. Die überdurchschnittlich hohe Bedeutung der Exportwirtschaft für das Land zeigt sich auch darin, daß in Baden-Württemberg nur 0,2% der Weltbevölkerung leben, aber mit fast 2% am Welt-handel beteiligt sind. Diese Relation ist auch Ausdruck eines verhältnismäßig hohen Beitrags Baden-Württembergs im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung. Hierzu tragen andererseits auch die Importe des Landes¹ bei, die sich auf rund vier Fünftel des baden-württembergischen Ausfuhrwertes belaufen.

Aus diesen wenigen Daten geht die Bedeutung der Außenhandelsbeziehungen für das Land hervor. Sie wird im Rahmen einer Intensivierung der internationalen Arbeitsteilung künftig noch eher wachsen. Nicht zuletzt werden hierzu auch die Entwicklungsländer² beitragen, die im Zuge ihres Entwicklungsprozesses verstärkt auf Waren der Industrieländer angewiesen sind, andererseits aber auch für ihre Waren die Märkte in den Industrieländern suchen. Eine solche Entwicklung hat sich insbesondere im letzten Jahrzehnt verstärkt abgezeichnet, als sich die Handelsbeziehungen zu den Entwicklungsländern besonders intensivierten. Die Austauschbeziehungen der westlichen Industrieländer untereinander und damit ihre Bedeutung für das Land wurden aber davon nur geringfügig berührt. Auf letztere entfallen immerhin noch rund 80% des Außenhandelsvolumens.

¹Es handelt sich hierbei um Einfuhren, für die Baden-Württemberg das erste Zielland der Bundesrepublik ist. Das Zielland muß nicht mit dem tatsächlichen Verbrauchsland übereinstimmen.

²Vereinbarungsgemäß beschränkt sich der Begriff der Entwicklungsländer auf außereuropäische Staaten; er wurde anlässlich einer außerordentlichen Tagung der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 14.5. bis 27.6.1963 definiert. Vgl. auch Statistisches Bundesamt Fachserie 7, Außenhandel, Reihe 1, Zusammenfassende Übersichten für den Außenhandel.

Überdurchschnittlich starke Außenhandelsausweitung mit den Entwicklungsländern

Mit der seit 1973, dem Jahr der ersten Ölkrise einsetzenden Entwicklung einer drastischen und in der Folgezeit permanenten Verteuerung des Erdöls, trat der Handel vor allem mit der Gruppe der erdöl-exportierenden Entwicklungsländer, den sog. OPEC-Staaten³ stärker in den Vordergrund. In erster Linie führten dabei die außerordentlich erhöhten Deviseneinnahmen der OPEC-Länder aus den Anhebungen der Rohölpreise zu einem Nachfrageboom, der sich besonders in den Zahlen der Exportwirtschaft Baden-Württembergs deutlich niederschlug. Aber auch die nicht zur OPEC-Gruppe gehörenden Entwicklungsländer haben im gleichen Zeitraum insgesamt zur Belebung unseres Außenhandels beigetragen. Die Gründe hierfür sind vor allem in einer zunehmenden Industrialisierung dieser Länder, teilweise auch durch Ansiedlung von Produktionsstätten deutscher Firmen im Ausland, sowie in einer wachsenden Bedeutung der Rohstoffmärkte bei gleichzeitig steigenden Weltmarktpreisen zu suchen.

Die Exporte Baden-Württembergs in die Entwicklungsländer expandierten von 1970 bis 1980 auf fast das Dreieinhalbfache (9,0 Mrd. DM) und damit deutlich stärker als die Gesamtausfuhr des Landes, die im gleichen Zeitraum lediglich auf rund das Zweieinhalbfache (59,3 Mrd. DM) anstieg (*Tabelle 1*). Damit hat sich der Anteil unserer Ausfuhr in die Entwicklungsländer von knapp 12% auf über 15% erhöht, nachdem er im Jahre 1978 sogar fast 18% betrug (*Tabelle 2*). Diese Entwicklung verlief im Land und im Bund etwa parallel: So war der Anteil der Lieferungen in die Entwicklungsländer am gesamten Außenhandel über die Jahre hinweg in Baden-Württemberg in etwa so hoch wie im Bund.

Im Rahmen der Ausfuhr war der Gegensatz noch stärker. In die Erdölländer wurde 1980 das Sechsfache des Wertes von 1970 geliefert, die Exporte in die übrigen Entwicklungsländer stiegen in derselben Zeitspanne jedoch lediglich auf das Zweieinhalbfache. Dabei ist allerdings ein Unterschied im absoluten Volumen zu beachten; so wurden 1980 in die OPEC-Staaten mit 3,8 Mrd. DM immer noch weniger exportiert als in die übrigen Entwicklungsländer (5,2 Mrd. DM).

Im Zuge einer allgemeinen Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen ist die Gesamteinfuhr nach Baden-Württemberg seit 1970 wertmäßig auf rund das Dreifache (46,5 Mrd. DM) angewachsen. Die Lieferungen aus den Entwicklungsländern nach Baden-Württemberg als erstem Zielland betragen

³Organisation of Petrol Exporting Countries: Algerien, Libyen, Nigeria, Gabun, Venezuela, Ecuador, Irak, Iran, Saudi-Arabien, Kuwait, Katar, Vereinigte Arabische Emirate (Dubai, Abu Dhabi, Schardscha, Fudschaira, Umm al-Kaiwein, Adschman, Ras el-Chaima), Indonesien.

Tabelle 1

Der Außenhandel Baden-Württembergs und des Bundesgebietes mit den Entwicklungsländern

| Jahr | Ausfuhr (Spezialhandel) | | | Einfuhr ¹⁾ | | |
|---|-------------------------|-------------------|------------------------|-----------------------|-------------------|------------------------|
| | Bundesgebiet | Baden-Württemberg | Anteil am Bundesgebiet | Bundesgebiet | Baden-Württemberg | Anteil am Bundesgebiet |
| | Mill. DM | | % | Mill. DM | | % |
| Außenhandel mit den Entwicklungsländern | | | | | | |
| 1970 | 14 904 | 2 623 | 17,6 | 17 684 | 1 833 | 10,4 |
| 1971 | 16 308 | 2 728 | 16,7 | 19 149 | 2 135 | 11,1 |
| 1972 | 16 977 | 2 880 | 17,0 | 19 633 | 2 164 | 11,0 |
| 1973 | 20 509 | 3 346 | 16,3 | 23 937 | 2 721 | 11,4 |
| 1974 | 32 088 | 5 010 | 15,6 | 40 188 | 4 740 | 11,8 |
| 1975 | 36 442 | 5 998 | 16,5 | 36 835 | 4 527 | 12,3 |
| 1976 | 41 835 | 6 716 | 16,1 | 45 444 | 5 563 | 12,2 |
| 1977 | 46 777 | 7 661 | 16,4 | 48 055 | 5 761 | 12,0 |
| 1978 | 47 461 | 8 362 | 17,6 | 43 686 | 5 221 | 12,0 |
| 1979 | 45 083 | 7 500 | 16,6 | 54 325 | 6 657 | 12,3 |
| 1980 | 51 723 | 8 990 | 17,4 | 69 557 | 9 208 | 13,2 |
| Dagegen Außenhandel insgesamt | | | | | | |
| 1970 | 125 276 | 22 641 | 18,1 | 109 606 | 15 156 | 13,8 |
| 1971 | 136 011 | 23 675 | 17,4 | 120 119 | 16 409 | 13,7 |
| 1972 | 149 023 | 26 535 | 17,8 | 128 744 | 18 025 | 14,0 |
| 1973 | 178 396 | 30 803 | 17,3 | 145 417 | 20 195 | 13,9 |
| 1974 | 230 578 | 37 283 | 16,2 | 179 733 | 24 773 | 13,8 |
| 1975 | 221 589 | 35 917 | 16,2 | 184 313 | 24 900 | 13,5 |
| 1976 | 256 642 | 41 942 | 16,3 | 222 173 | 30 173 | 13,6 |
| 1977 | 273 614 | 45 575 | 16,7 | 235 178 | 32 223 | 13,7 |
| 1978 | 284 907 | 47 698 | 16,7 | 243 707 | 33 659 | 13,8 |
| 1979 | 314 469 | 53 109 | 16,9 | 292 040 | 39 902 | 13,7 |
| 1980 | 350 328 | 59 287 | 16,9 | 341 380 | 46 540 | 13,6 |

1) Bundesgebiet: Spezialhandel, Baden-Württemberg: Generalthandel.

im Vergleich dazu 9,2 Mrd. DM, was gegenüber 1970 mehr als dem Fünffachen entspricht. Damit wurden die Importe aus den Entwicklungsländern in größerem Umfang als aus anderen Ländern gesteigert. Gemessen an der Gesamteinfuhr nach Baden-Württemberg entwickelte sich der Anteil der Entwicklungsländer von nominal 12% im Jahr 1970 auf über 19% im Jahre 1974 und erreichte 1980 schließlich fast 20% (Tabelle 2). Hierfür zeichneten auch die enormen Preisanhebungen speziell bei Rohöl verantwortlich. Allerdings lagen die entsprechenden Quoten bei der Bundesrepublik insgesamt immer höher, was ungeachtet der Probleme bei der Zuordnung der Einfuhren auf die Bundesländer auch damit zusammenhängen könnte, daß viele andere Bundesländer in größerem Umfang Rohstoffe verarbeiten als Baden-Württemberg mit seinem Schwerpunkt in der Veredelungsindustrie. Die hohen Preissteigerungen beim Rohöl waren auch Ursache für eine regionale Differenzierung im Handel mit den Entwicklungsländern. Während nämlich der Wert der Einfuhr aus den OPEC-Ländern zwischen 1970 und 1980 auf rund das Sechsfache stieg, erhöhten sich die Importe aus den übrigen Entwicklungsländern im gleichen Zeitraum auf nur knapp das Dreifache.

Starke branchenmäßige Konzentration

Zu den wichtigsten baden-württembergischen Exportgütern auf den sehr heterogenen Märkten der Entwicklungsländer zählten 1980 Maschinen, Fahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse. Auf diese drei Branchen zusammen entfielen rund drei Viertel des Ausfuhrwertes in diese Länder. Von gewisser Bedeutung waren noch die Exporte von chemischen Erzeugnissen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie von Eisenwaren mit zusammen etwas über 11% unserer Lieferungen in diese Ländergruppe. Die restlichen Warenarten spielten insgesamt gesehen nur eine untergeordnete Rolle für die Ausfuhr (Tabelle 3).

Bemerkenswert ist, daß die längerfristigen Veränderungen in der branchenmäßigen Zusammensetzung der Exporte mit den Entwicklungsländern relativ gering sind. So erfuhr lediglich der Anteil von elektrotechnischen Erzeugnissen 1980 mit rund 15% gegenüber 1970 (11%) eine beachtenswerte Zunahme. Dagegen betrug der Anteil von Kraftfahrzeugen – in erster Linie handelt es sich um Nutzfahrzeuge – 1980 noch 28% gegenüber 30% im Jahr 1970. Der entsprechende Anteil bei den Maschinenexporten, mit einem Exportvolumen von

Tabelle 2

Anteil des Außenhandels mit Entwicklungsländern am gesamten Außenhandel in Baden-Württemberg und dem Bundesgebiet

| Jahr | Ausfuhr | | Einfuhr | |
|------|--------------|-------------------|--------------|-------------------|
| | Bundesgebiet | Baden-Württemberg | Bundesgebiet | Baden-Württemberg |
| | % | | | |
| 1970 | 11,9 | 11,6 | 16,1 | 12,1 |
| 1971 | 12,0 | 11,5 | 15,9 | 13,0 |
| 1972 | 11,4 | 10,9 | 15,2 | 12,0 |
| 1973 | 11,5 | 10,9 | 16,5 | 13,5 |
| 1974 | 13,9 | 13,4 | 22,4 | 19,1 |
| 1975 | 16,4 | 16,7 | 20,0 | 18,2 |
| 1976 | 16,3 | 16,0 | 20,5 | 18,4 |
| 1977 | 17,1 | 16,8 | 20,4 | 17,9 |
| 1978 | 16,7 | 17,5 | 17,9 | 15,5 |
| 1979 | 14,3 | 14,1 | 18,6 | 16,7 |
| 1980 | 14,8 | 15,2 | 20,4 | 19,8 |

2,9 Mrd. DM wichtigster Ausfuhrartikel, blieb mit 33% fast unverändert. Von ihrem Gewicht her blieben auch die Lieferungen von chemischen, feinmechanischen und optischen Erzeugnissen sowie von Eisenwaren im wesentlichen konstant.

Seit 1970 erheblicher regionaler Strukturwandel

Das Schwergewicht der Ausfuhr in die insgesamt 151 außereuropäischen Entwicklungsländer lag 1980 bei fünf Ländern. Nach der Größe des Exportvolumens geordnet, waren dies Saudi-Arabien, Algerien, Brasilien, der Irak und der Iran. Allein auf diese Staaten entfiel mit zusammen 2,7 Mrd. DM fast ein Drittel der Exporte in dieses Wirtschaftsgebiet. Zählt man die fünf nachfolgenden Länder Libyen, Israel, Argentinien, Ägypten und Nigeria noch hinzu, so nehmen diese zehn Staaten immerhin mehr als die Hälfte unserer Lieferungen in die Entwicklungsländer auf. Auffallend ist, daß unter den wichtigsten Kunden baden-württembergischer Erzeugnisse heute die meisten zur Gruppe der OPEC-Länder zählen.

Im Vergleich mit 1970 hat sich allerdings die Rangfolge unserer bedeutendsten Abnehmer aus der dritten Welt beträchtlich geändert (Tabelle 4). Damals lag der Iran vor Brasilien, Ägypten und Argentinien an erster Stelle. Es folgten Israel, Venezuela, Mexico, Hongkong, Indien und Singapur. Bemerkenswert ist, daß mit Ausnahme des Iran 1970 kein weiteres der heute führenden Ölexportländer unter den ersten zehn Kunden aus dem Kreis der Entwicklungsländer war. Die Gründe dafür sind in der Entwicklung auf dem Energie-

Tabelle 3

Warenstruktur der Ausfuhr in die Entwicklungsländer

| Waren | 1970 | | 1979 | | 1980 | | 1980 gegen 1979 in % |
|--|----------|-------------|----------|-------------|----------|-------------|----------------------|
| | Mill. DM | Anteil in % | Mill. DM | Anteil in % | Mill. DM | Anteil in % | |
| Ausfuhr in die Entwicklungsländer | | | | | | | |
| Insgesamt | 2 623,1 | 100 | 7 499,7 | 100 | 8 990,4 | 100 | + 19,9 |
| davon | | | | | | | |
| Maschinen | 836,0 | 31,9 | 2 387,1 | 31,8 | 2 924,1 | 32,5 | + 22,5 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 785,2 | 29,9 | 2 154,6 | 28,7 | 2 498,3 | 27,8 | + 16,0 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 297,4 | 11,3 | 1 061,6 | 14,2 | 1 319,6 | 14,7 | + 24,3 |
| Textilien | 95,6 | 3,6 | 230,6 | 3,1 | 277,5 | 3,1 | + 20,3 |
| Chemische Erzeugnisse | 124,7 | 4,8 | 388,4 | 5,2 | 429,7 | 4,8 | + 10,6 |
| Feinmechanische und optische Erzeugnisse | 90,9 | 3,5 | 257,9 | 3,4 | 289,9 | 3,2 | + 12,4 |
| Eisenwaren | 54,4 | 2,1 | 208,0 | 2,8 | 252,4 | 2,8 | + 21,3 |
| Übrige Waren | 338,9 | 12,9 | 811,5 | 10,8 | 998,9 | 11,1 | + 23,1 |
| Dagegen Ausfuhr insgesamt | | | | | | | |
| Insgesamt | 22 640,6 | 100 | 53 109,2 | 100 | 59 286,8 | 100 | + 11,6 |
| davon | | | | | | | |
| Maschinen | 6 740,9 | 29,8 | 13 272,8 | 25,0 | 15 201,8 | 25,6 | + 14,5 |
| Kraftfahrzeuge, Luftfahrzeuge | 4 059,9 | 17,9 | 12 032,6 | 22,7 | 13 245,4 | 22,3 | + 10,1 |
| Elektrotechnische Erzeugnisse | 3 233,7 | 14,3 | 6 907,0 | 13,0 | 7 713,0 | 13,0 | + 11,7 |
| Textilien | 1 532,2 | 6,8 | 3 158,3 | 5,9 | 3 298,9 | 5,6 | + 4,5 |
| Chemische Erzeugnisse | 1 409,3 | 6,2 | 4 152,3 | 7,8 | 4 311,5 | 7,3 | + 3,8 |
| Feinmechanische und optische Erzeugnisse | 813,8 | 3,6 | 1 801,8 | 3,4 | 2 016,3 | 3,4 | + 11,9 |
| Eisenwaren | 734,9 | 3,2 | 1 799,5 | 3,4 | 2 018,3 | 3,4 | + 12,2 |
| Übrige Waren | 4 115,9 | 18,2 | 9 984,9 | 18,8 | 11 481,6 | 19,4 | + 15,0 |

Tabelle 4

Struktur und Entwicklung der Ausfuhr in die Entwicklungsländer

| Ländergruppierung Ausgewählte Länder | 1970 | | 1979 | | 1980 | | Veränderung 1980 gegen 1979 in % |
|---|----------|-------------------|----------|-------------------|----------|-------------------|--|
| | Mill. DM | Anteil in % | Mill. DM | Anteil in % | Mill. DM | Anteil in % | |
| Ausfuhr insgesamt | 22 641 | 100 | 53 109 | 100 | 59 287 | 100 | + 11,6 |
| Nach Ländergruppierungen | | | | | | | |
| Westliche Industrieländer | 19 358 | 85,5 | 43 739 | 82,4 | 48 172 | 81,3 | + 10,1 |
| Staatshandelsländer | 660 | 2,9 | 1 870 | 3,5 | 2 124 | 3,6 | + 13,6 |
| Entwicklungsländer | 2 623 | 11,6 | 7 500 | 14,1 | 8 990 | 15,2 | + 19,9 |
| davon | | | | | | | |
| OPEC - Länder | 616 | 2,7 | 3 324 | 6,3 | 3 758 | 6,3 | + 13,1 |
| übrige Entwicklungsländer | 2 007 | 8,9 | 4 176 | 7,9 | 5 232 | 8,8 | + 25,3 |
| Nach ausgewählten Entwicklungsländern | | | | | | | |
| Saudi - Arabien | 32 | 0,1 | 766 | 1,4 | 653 | 1,1 | - 14,8 |
| Algerien | 51 | 0,2 | 592 | 1,1 | 610 | 1,0 | + 3,0 |
| Libyen | 16 | 0,1 | 453 | 0,9 | 403 | 0,7 | - 11,0 |
| Irak | 13 | 0,1 | 362 | 0,7 | 478 | 0,8 | + 32,0 |
| Brasilien | 206 | 0,9 | 354 | 0,7 | 483 | 0,8 | + 36,4 |
| Iran | 220 | 1,0 | 329 | 0,6 | 468 | 0,8 | + 42,2 |
| Ägypten | 172 | 0,8 | 275 | 0,5 | 374 | 0,6 | + 36,0 |
| Hongkong | 94 | 0,4 | 255 | 0,5 | 266 | 0,4 | + 4,3 |
| Singapur | 71 | 0,3 | 238 | 0,4 | 284 | 0,5 | + 19,3 |
| Südkorea | 48 | 0,2 | 229 | 0,4 | 205 | 0,3 | - 10,5 |
| Argentinien | 151 | 0,7 | 228 | 0,4 | 376 | 0,6 | + 64,9 |
| Israel | 132 | 0,6 | 224 | 0,4 | 399 | 0,7 | + 78,1 |
| Nigeria | 56 | 0,2 | 219 | 0,4 | 362 | 0,6 | + 65,3 |
| Mexiko | 101 | 0,4 | 169 | 0,3 | 316 | 0,5 | + 87,0 |
| Malaysia | 41 | 0,2 | 165 | 0,3 | 200 | 0,3 | + 21,1 |
| Tunesien | 16 | 0,1 | 156 | 0,3 | 163 | 0,3 | + 4,5 |
| Venezuela | 113 | 0,5 | 152 | 0,3 | 199 | 0,3 | + 30,9 |
| Syrien | 12 | 0,1 | 146 | 0,3 | 144 | 0,2 | - 1,4 |
| Taiwan | 33 | 0,1 | 136 | 0,3 | 187 | 0,3 | + 37,5 |
| Indien | 72 | 0,3 | 131 | 0,2 | 145 | 0,2 | + 10,7 |
| Kuwait | 32 | 0,1 | 125 | 0,2 | 190 | 0,3 | + 52,0 |
| Indonesien | 62 | 0,3 | 114 | 0,2 | 161 | 0,3 | + 41,2 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 6 | 0,0 | 110 | 0,2 | 125 | 0,2 | + 13,6 |
| Chile | 59 | 0,3 | 103 | 0,2 | 128 | 0,2 | + 24,3 |

markt zu suchen. Wegen der damals noch relativ niedrigen Preise für Rohöl verfügten die heute sehr devisenstarken Erdölländer noch nicht über die Mittel, um auf dem Weltmarkt in besonderer Weise als Nachfrager aufzutreten.

Nicht nur insgesamt, sondern auch bei den meisten wichtigen Ausfuhrerzeugnissen dominierte 1980 Saudi-Arabien, das zwar nur rund 6 Mill. Einwohner zählt, aber erhebliche Außenhandelsüberschüsse aufweist; zwischen 1970 und 1978 sammelten sich Devisen im Wert von zusammen über 500 Mrd. SRI an, das sind rund 300 Mrd. DM. Besonders hervorzuheben sind die Lieferungen an Kraftfahrzeugen, auf die fast ein Drittel der baden-württembergischen Lieferungen nach Saudi-Arabien entfiel. Auf Maschinen und elektrotechnische Erzeugnisse kamen nur 24% bzw. 14%.

An zweiter Stelle in der Rangfolge der wichtigsten Abnehmer baden-württembergischen Exporterzeugnisse unter den Entwicklungsländern stand 1980 Algerien, das bei der Bundesausfuhr im Berichtsjahr lediglich Platz sechs einnahm. Dieses Land zählt zu den sog. Schwellenländern, also zu den in Richtung Industriestaat weiter fortgeschrittenen Entwicklungsländern und war unser bedeutendster Maschinenkunde unter den OPEC-Ländern.

Brasilien, aus dem Kreis der Entwicklungsländer unser wichtigster Kunde bezüglich Maschinen und chemischer Erzeugnisse, hat traditionell mit Baden-Württemberg gute Handelsbeziehungen. Dies zeigt sich schon daran, daß 1970 Brasilien nach dem Iran unser bedeutendster Kunde war. Trotz hoher Auslandsverschuldung und Inflationsraten sowie

ungeachtet ständiger Abwertung des Cruzeiro, ist Brasilien als sog. Schwellenland nicht nur ein interessanter und großer Markt für Investitionsgüter – allen voran Maschinen –, sondern auch ein beliebter Markt für Direktinvestitionen. Mit einem Anteil von rund 12% an den baden-württembergischen Auslandsinvestitionen in Höhe von insgesamt 7,3 Mrd. DM⁴ steht Brasilien nach den USA, der Schweiz und Frankreich an vierter Stelle. Damit dominiert unter den außereuropäischen Entwicklungsländern Brasilien eindeutig mit weit über der Hälfte der in dieser Ländergruppierung von baden-württembergischen Unternehmen getätigten Direktinvestitionen.

Seit Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen im Februar 1974 war der Wirtschaftsverkehr mit dem Irak durch markante Wachstumsraten gekennzeichnet. Die Exportsteigerungen Baden-Württembergs wie auch der Bundesrepublik in den Irak lagen weit über dem Durchschnitt. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Sie lassen sich im Kern auf die volkswirtschaftliche Komplementarität zurückführen, die mit ihren wechselseitigen Import- und Exportmöglichkeiten den Austausch der jeweils landesspezifischen Produkte begünstigt. So umfassen die baden-württembergischen Exporte in die Republik Irak heute insbesondere technische Qualitätserzeugnisse, welche die irakische Wirtschaft in ihrer derzeitigen industriellen Aufbauphase benötigt und die den Erfordernissen dieses aufstrebenden Erdölförderlandes, das sich aus der derzeitigen Monstruktur einer erdölabhängigen Wirtschaft lösen möchte, entsprechen. Trotz starker Konkurrenz, insbesondere aus Japan und Frankreich, sowie eines Boykotts deutscher Anbieter durch die irakischen staatlichen Außenhandelsgesellschaften⁵ haben es unsere Exportunternehmen verstanden, auf dem interessanten irakischen Markt Fuß zu fassen. Dabei ergaben sich wie bei fast allen Entwicklungsländern zwangsläufig Schwankungen in den Außenhandelszahlen, wenn bestimmte Investitionsprogramme abgewickelt waren oder -schwerpunkte verschoben wurden.

Eine besondere Stellung für die Exportwirtschaft Baden-Württembergs nimmt der Handel mit dem Iran ein. Bis 1978 war der Iran Hauptkunde unseres Landes aus dem Kreis der Entwicklungsländer. Aus politischen Gründen gingen dann 1979 der Warenaustausch mit dem Iran ganz allgemein und auch der Absatz baden-württembergischer Produkte in diesem Land gewaltig zurück. 1980 haben sich die Handelsbeziehungen mit dem Iran wieder etwas

gebessert; an das Exportvolumen vor der Iranischen Revolution kommen die Zahlen aber noch bei weitem nicht heran. Da die Verhältnisse im Iran nach wie vor als politisch unbestimmt anzusehen sind und auch weiterhin keine staatlichen Hermes-Bürgschaften für Iranexporte gewährt werden, wird auch in absehbarer Zeit trotz Aufhebung des Embargos gegenüber dem Iran nicht mit einem Auftragsboom gerechnet.

Zwei Drittel der Importe aus den Entwicklungsländern sind Erdöl

Bei der Einfuhr aus den Entwicklungsländern handelt es sich naturgemäß zum überwiegenden Teil um Rohstoffe und Halbwaren. Innerhalb dieser Hauptwarengruppen fällt vor allem Rohöl ins Gewicht, dessen Wert 1980 allein 70% aller Einfuhren aus den Entwicklungsländern ausmachte. Auf Grund der starken Preisanhebungen beim Erdöl hat sich dieser Anteil seit 1970, als auf Erdöl noch lediglich rund die Hälfte dieser Einfuhr entfiel, insgesamt beträchtlich erhöht. Aber nicht nur Erdöl wurde überwiegend aus den Entwicklungsländern bezogen⁶. Diese Länder steuerten auch wesentlich zu den Importen von Kautschuk (80%), Eisenerzen (60%) und Zinn (75%) sowie von Gerbstoffauszügen (67%) bei. Innerhalb der Ernährungswirtschaft stammten 99% des eingeführten Kakaos aus Entwicklungsländern. Für Kaffee und Gewürze betrug die entsprechenden wertmäßigen Anteile 44% bzw. 57%.

Wenn auch bei vielen anderen Waren die Anteile der Entwicklungsländer insgesamt wesentlich geringer ausfielen, so können sie für ein bestimmtes Entwicklungsland durchaus von dominierender Bedeutung sein. Beispielsweise bestand 1980 über ein Viertel der baden-württembergischen Einfuhren aus Indonesien allein aus Rohtabak oder ebenfalls über ein Viertel der Importe unseres Landes aus Mexiko waren Gemüse- und Obstkonserven sowie Fruchtsäfte.

Entsprechend dem hohen Gewicht von Rohöl zählten bei den Importen Baden-Württembergs aus den Entwicklungsländern im Jahre 1980 Saudi-Arabien, Libyen, Algerien und Nigeria zu den vier bedeutendsten Lieferanten. Auf diese vier OPEC-Länder entfielen fast 57% unserer Einfuhren aus diesem Wirtschaftsblock. Hongkong, die Vereinigten Arabischen Emirate, der Iran, Malaysia, Singapur und Brasilien folgten auf den weiteren Plätzen. Schon 1970 war die Konzentration unserer Importe auf nur wenige Länder ähnlich hoch (54%). Allerdings war die Zusammensetzung damals eine andere. So belegte nach Libyen und Saudi-Arabien Brasilien den dritten Platz, gefolgt vom Iran (*Tabelle 5*).

⁶94% unserer Erdöleinfuhr stammten aus den Entwicklungsländern.

⁴Quelle: Jahresbericht der Landeszentralbank 1979. Es handelt sich bei diesen Zahlen um von 1952 bis 1979 kumulierte Jahressalden.

⁵Der Boykott wurde verhängt, weil die Bundesrepublik nach Meinung des Iraks 1977 zu wenig irakisches Erdöl abnahm.

Außenhandelsentwicklung 1980 differenziert

Das nominale Wachstum der gesamten Exporte betrug 1980 +12%, das der Importe +17%. Bei Betrachtung der realen Außenhandelswerte wird aber auch deutlich, daß Ausfuhr (+4%) wie Einfuhr (+3%) in ihrem Wachstumstempo nachgelassen haben. Ganz besonders zeigt sich dies bei der Außenhandelsentwicklung mit den westlichen Industrieländern. Mit nominal um 10% gesteigerten Ausfuhren und um 12% erhöhten Einfuhren verlief die Handelstätigkeit zu unseren Hauptabnehmern unterdurchschnittlich. Etwas günstiger gestaltete sich der Warenverkehr mit den Staatshandelsländern. Die Steigerungsraten beliefen sich hier auf 14% bei der Ausfuhr und auf 13% bei der Einfuhr. Die Entwicklung der Exporte nach und Importe aus den Entwicklungsländern schließlich lag 1980 im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresergebnis

mit einer Zunahme von 20% bzw. 38% über der Gesamtentwicklung. Während bei der Einfuhr sowohl die Lieferungen aus dem OPEC-Bereich (+45%) als auch aus den übrigen Entwicklungsländern (+27%) die durchschnittliche Zuwachsrate (17%) deutlich übertrafen, verlief die Entwicklung des Exports nach den OPEC-Ländern und den übrigen Entwicklungsländern anders. Die Exporte in den OPEC-Raum verzeichneten vor allem wegen stark zurückgegangenen Absatzes baden-württembergischer Produkte bei so wichtigen Handelspartnern wie Saudi-Arabien oder Libyen nur eine geringfügig über dem Durchschnitt liegende Zunahme um 13%. Bei den übrigen Entwicklungsländern dagegen konnte eine weit überdurchschnittliche Steigerungsrate von 25% erzielt werden – ein Zeichen dafür, daß es der baden-württembergischen Wirtschaft gelungen ist, im Wettbewerb um die Exportmärkte der Dritten Welt neues Terrain zu gewinnen.

Tabelle 5

Struktur und Entwicklung der Einfuhr aus den Entwicklungsländern

| Ländergruppierung Ausgewählte Länder | 1970 | | 1979 | | 1980 | | Veränderung 1980 gegen 1979 in % |
|---|----------|-------------------|----------|-------------------|----------|-------------------|--|
| | Mill. DM | Anteil in % | Mill. DM | Anteil in % | Mill. DM | Anteil in % | |
| Einfuhr insgesamt | 15 156 | 100 | 39 902 | 100 | 46 540 | 100 | + 16,6 |
| Nach Ländergruppierungen | | | | | | | |
| Westliche Industrieländer | 12 991 | 85,7 | 32 239 | 80,8 | 36 194 | 77,8 | + 12,3 |
| Staatshandelsländer | 332 | 2,2 | 1 007 | 2,5 | 1 138 | 2,4 | + 13,0 |
| Entwicklungsländer | 1 833 | 12,1 | 6 657 | 16,7 | 9 208 | 19,8 | + 38,3 |
| davon | | | | | | | |
| OPEC - Länder | 1 076 | 7,1 | 4 258 | 10,7 | 6 153 | 13,2 | + 44,5 |
| übrige Entwicklungsländer | 757 | 5,0 | 2 399 | 6,0 | 2 055 | 4,4 | - 14,3 |
| Nach ausgewählten Entwicklungsländern | | | | | | | |
| Libyen | 647 | 4,3 | 1 598 | 4,0 | 1 758 | 3,8 | + 10,0 |
| Saudi - Arabien | 175 | 1,2 | 864 | 2,2 | 1 817 | 3,9 | + 110,3 |
| Algerien | 13 | 0,1 | 695 | 1,7 | 1 067 | 2,3 | + 53,5 |
| Vereinigte Arabische Emirate | 17 | 0,1 | 436 | 1,1 | 309 | 0,7 | - 29,1 |
| Nigeria | 42 | 0,3 | 401 | 1,0 | 571 | 1,2 | + 42,4 |
| Hongkong | 53 | 0,3 | 312 | 0,8 | 371 | 0,8 | + 18,9 |
| Singapur | 4 | 0,0 | 182 | 0,5 | 232 | 0,5 | + 27,5 |
| Brasilien | 93 | 0,6 | 163 | 0,4 | 226 | 0,5 | + 38,7 |
| Iran | 76 | 0,5 | 151 | 0,4 | 274 | 0,6 | + 81,5 |
| Israel | 44 | 0,3 | 151 | 0,4 | 190 | 0,4 | + 25,8 |
| Taiwan | 19 | 0,1 | 145 | 0,4 | 175 | 0,4 | + 20,7 |
| Malaysia | 34 | 0,2 | 144 | 0,4 | 262 | 0,6 | + 81,9 |
| Südkorea | 3 | 0,0 | 111 | 0,3 | 141 | 0,3 | + 27,0 |
| Indien | 20 | 0,1 | 104 | 0,3 | 112 | 0,2 | + 7,7 |
| Syrien | 2 | 0,0 | 103 | 0,3 | 101 | 0,2 | - 1,9 |
| Argentinien | 54 | 0,4 | 100 | 0,3 | 92 | 0,2 | - 8,0 |
| Tunesien | 4 | 0,0 | 61 | 0,2 | 72 | 0,2 | + 18,0 |
| Ägypten | 28 | 0,2 | 57 | 0,1 | 91 | 0,2 | + 59,6 |
| Indonesien | 43 | 0,3 | 43 | 0,1 | 38 | 0,1 | - 11,6 |
| Kuwait | 0 | - | 19 | 0,0 | 4 | 0,0 | - 78,9 |
| Chile | 18 | 0,1 | 17 | 0,0 | 27 | 0,1 | + 58,8 |
| Mexiko | 21 | 0,1 | 14 | 0,0 | 20 | 0,0 | + 42,9 |
| Irak | 7 | 0,0 | 13 | 0,0 | 197 | 0,4 | |
| Venezuela | 15 | 0,1 | 10 | 0,0 | 69 | 0,1 | + 590,0 |

Zusammenfassung

- Der Außenhandel hat für Baden-Württemberg traditionell eine große Bedeutung: Jeder dritte Erwerbstätige des Verarbeitenden Gewerbes ist mit der Herstellung von Exportgütern und den hierfür erforderlichen Vorprodukten beschäftigt. Je Kopf der Bevölkerung erreichten die Ausfuhren 1980 einen Wert von 6419 DM (Bundesdurchschnitt: 5691 DM).
 - Im Zuge einer weiteren Intensivierung der Außenhandelsbeziehungen expandierten die Exporte Baden-Württembergs in die Entwicklungsländer zwischen 1970 und 1980 nominal auf rund das Dreieinhalbfache (9,0 Mrd. DM) und damit stärker als die Gesamtausfuhr, die auf etwa das Zweieinhalbfache anstieg (59,3 Mrd. DM). Der Anteil der Ausfuhr in die Entwicklungsländer erhöhte sich damit von knapp 12% auf über 15%.
 - Die Entwicklung verlief im Bund und Land in etwa parallel (vergleichbarer Anteil des Handels mit den Entwicklungsländern am Gesamtexport).
 - Die Importe Baden-Württembergs aus den Entwicklungsländern sind von 1970 bis 1980 nominal auf das Fünffache, die Gesamteinfuhren lediglich auf das Dreifache angewachsen. Ihr Anteil erhöhte sich entsprechend von 12 auf fast 20%. Ursache für diese hohe Steigerung waren nicht zuletzt auch die Preisanhebungen für rohes Erdöl.
 - Innerhalb der Entwicklungsländer nehmen die OPEC-Staaten eine Sonderstellung ein; während in diese Länder 1980 mehr als das Sechsfache des Wertes von 1970 geliefert wurde (3,8 Mrd. DM), stiegen die Exporte in die übrigen Entwicklungsländer lediglich auf das Zweieinhalbfache. Trotzdem lagen sie mit 5,2 Mrd. DM noch über dem Exportwert in die OPEC-Länder.
 - Das Exportgeschäft mit den Entwicklungsländern ist branchenmäßig stark konzentriert. Auf Maschinen, Fahrzeuge und elektrotechnische Erzeugnisse entfallen rund drei Viertel der Exporte in diese Länder.
 - Seit 1970 hat sich in der Rangliste der bedeutendsten Kunden aus den Entwicklungsländern ein erheblicher Wandel vollzogen. Es dominieren heute eindeutig verschiedene Länder aus dem OPEC-Raum.
 - Der Iran, bis 1978 unser Hauptkunde, fiel aus politischen Gründen auf Platz 4 zurück. Brasilien stellt den beliebtesten Markt für Direktinvestitionen von baden-württembergischen Unternehmen unter den außereuropäischen Entwicklungsländern.
 - Rund zwei Drittel der Importe aus den Entwicklungsländern bestehen allein aus Erdöl. Saudi-Arabien und Libyen stellen den größten Marktanteil
- Die gesamten Exporte Baden-Württembergs nahmen 1980 um 12% (real: +4%) und die Importe um 17% (real: +3%) zu.
 - Die Handelstätigkeit mit den Entwicklungsländern war 1980 besonders lebhaft. Die Exporte lagen mit einer Zuwachsrate von 20% gegenüber dem Vorjahr und die Importe mit einer solchen von 38% deutlich über der Gesamtentwicklung.
 - Die Exporte in den OPEC-Raum verzeichneten 1980 gegenüber dem Vorjahr nur eine geringfügige über dem Durchschnitt liegende Zunahme um 13%. In die übrigen Entwicklungsländer wurde eine weit überdurchschnittliche Steigerungsrate von 25% erzielt.

4. Die ökonomische Bedeutung der Umweltschutzinvestitionen und -leistungen

Parallel zu den Maßnahmen zum Schutze der Umwelt haben in der politischen Diskussion auch ökonomische Aspekte des Umweltschutzes an Bedeutung gewonnen. Hierbei wird zum einen auf die Belastungen der Wirtschaft durch umweltbezogene Ausgaben und die daraus erwachsenden Probleme auch im Hinblick auf die internationale Wettbewerbsfähigkeit hingewiesen. Diesen stehen zum anderen positive Effekte gegenüber, die sich aus den umweltpolitischen Aktivitäten hinsichtlich Produktion und Beschäftigung ergeben – man spricht schon von einer „Umweltindustrie“ – und den hieraus erwachsenden Technologie- und Wachstumsimpulsen.

Eine „Nettorechnung“ im Sinne einer Gegenüberstellung von Produktionsleistungen, die durch Umweltschutzaktivitäten einerseits angeregt und andererseits auf anderen Gebieten verdrängt werden, ist allerdings bislang nicht möglich. Die nachfolgenden Beiträge versuchen deshalb, aus datenorientierter Sicht die quantifizierbaren ökonomischen Aspekte der Ökologie in ihrer Größenordnung und in ihren Entwicklungstendenzen zu bestimmen. Dies geschieht zunächst aus eher branchenbezogener Sicht über die Umweltschutzinvestitionen des Verarbeitenden Gewerbes, die im Zuge der wachsenden Bedeutung des Umweltschutzes seit 1971 von der amtlichen Statistik erhoben werden. Hierbei interessieren vor allem die Entwicklungstendenzen in Umfang und Zusammensetzung der Umweltschutzinvestitionen, ihr Verhältnis zu den übrigen Investitionen sowie branchen- und größenklassenspezifische Zusammenhänge. Weiterhin wird die Kostenbelastung bei den umweltschutzinvestierenden Betrieben untersucht.

Tabelle 1

Umweltschutzinvestitionen¹⁾ im Verarbeitenden Gewerbe

| Jahr | Umweltschutzinvestitionen insgesamt | Davon | | | Gesamtinvestitionen | Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen |
|--------------|-------------------------------------|--|--|---|---------------------|---|
| | | in Anlagen für ausschließlich Umweltschutzzwecke | Verfahrensbezogene Umweltschutzinvestitionen | produktbezogene Umweltschutzinvestitionen | | |
| Millionen DM | | | | | | % |
| 1971 | 77 | 77 | – | – | 6 083 | 1,3 |
| 1972 | 78 | 78 | – | – | 5 499 | 1,4 |
| 1973 | 83 | 83 | – | – | 5 467 | 1,5 |
| 1974 | 146 | 146 | – | – | 5 221 | 2,8 |
| 1975 | 294 | 232 | 16 | 46 | 5 384 | 5,5 |
| 1976 | 199 | 172 | 15 | 12 | 5 467 | 3,6 |
| 1977 | 240 | 163 | 47 | 30 | 6 026 | 4,0 |
| 1978 | 292 | 135 | 70 | 87 | 6 993 | 4,2 |

1) Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten.

Im zweiten Beitrag werden die umweltschutzbezogenen Maßnahmen in ihrer Gesamtheit erfaßt. Dazu müssen neben den Umweltschutzinvestitionen des Produzierenden Gewerbes alle laufenden privaten Sach- und Personalausgaben wie auch Investitionen und laufende Ausgaben seitens des Staates einbezogen. Weiterhin werden die quantifizierbaren volkswirtschaftlichen Auswirkungen dieser Maßnahmen ermittelt, so im Hinblick auf mögliche Preissteigerungen wie auch auf die positiven Effekte bezüglich Produktion und Beschäftigung.

4.1 Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe 1971 bis 1978

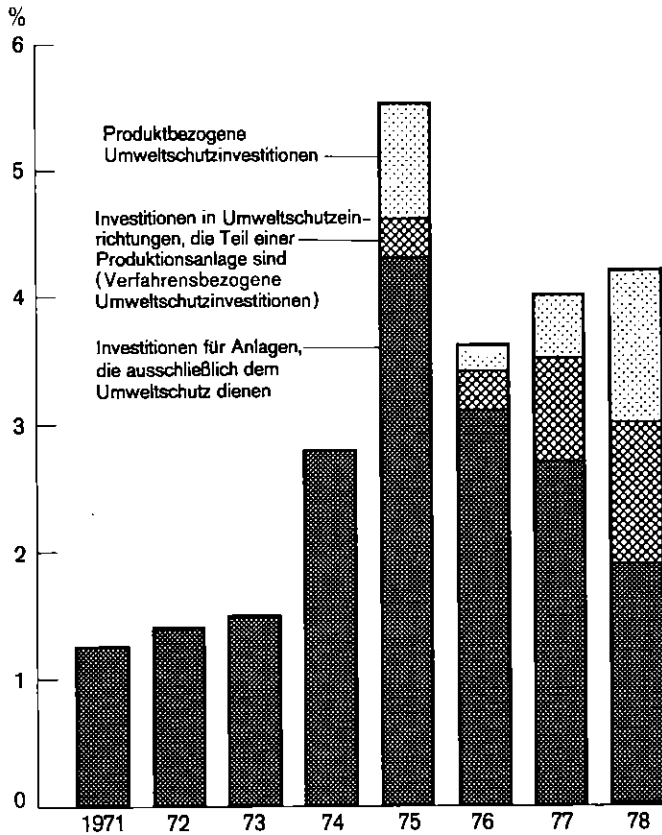
Die Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe Baden-Württembergs sind im Zeitraum 1971 bis 1978 insgesamt deutlich angestiegen. Die Entwicklung weist jedoch Unregelmäßigkeiten in zeitlicher und sachlicher Hinsicht auf¹⁾:

Eine erste Phase von 1971 bis 1974 weist zunächst einen leichten Anstieg und dann einen Sprung im Jahr 1974 auf. In den vier Jahren haben sich dadurch die Ausgaben für Umweltschutzinvestitionen von 77 Mill. DM auf 146 Mill. nahezu verdoppelt (Tabelle 1). Da im selben Zeitraum die Gesamtinvestitionen zurückgegangen sind, ist der

¹⁾ Die Untersuchungen über die Entwicklung stützen sich über den gesamten Zeitraum auf die Ergebnisse der Erhebung über Umweltschutzinvestitionen in Betrieben mit 50 und mehr Beschäftigten. Im Betrachtungszeitraum wurden zwei Berichtskreisumstellungen vorgenommen: In den Jahren 1971 bis 1974 wurden in die Investitions-erhebung die Betriebe mit 50 und mehr Beschäftigten einbezogen. 1975 und 1976 fand eine Ausweitung auf die Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten statt und 1977 wurde die Umstellung vom Betriebs- auf das Unternehmensprinzip wirksam und zusätzlich wurde das produzierende Handwerk einbezogen (vgl. H.-H. Steiger, Das Verarbeitende Gewerbe – eine Bestandsaufnahme nach der Neuordnung der Statistiken im Produzierenden Gewerbe –, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 9/1978).

Schaubild 1

Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe



133 81

Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen von 1,3 auf 2,8% kräftig gestiegen. Der sprunghafte Anstieg von 1973 auf 1974 ist fast ausschließlich auf die Entwicklung in der „Chemie“ und der „Holzschliff-, Zellstoff-, Papier-

und Papperzeugung“ zurückzuführen. Diese beiden Branchen haben ihre Investitionen in den Gewässerschutz um über 36 Mill. DM gesteigert. Entsprechend hat die Zahl der Betriebe, die in den einzelnen Jahren Umweltschutzinvestitionen durchgeführt haben, nicht zugenommen.

Herausragend ist das Jahr 1975. In diesem Jahr wurde mit 294 Mill. DM der absolut höchste Betrag im Beobachtungszeitraum in den Umweltschutz investiert. Noch deutlicher wird die Sonderstellung dieses Jahres am außerordentlich hohen Anteil von 5,5% an den Gesamtinvestitionen. Die nochmalige Verdoppelung der Umweltschutzinvestitionen hat ihre Ursache etwa zur Hälfte in einer erweiterten Definition des Begriffs „Umweltschutzinvestitionen“². Ausschlaggebend für die andere Hälfte dürften zwei Faktoren sein. Zum einen wurden in den Wirtschaftsgruppen „Chemie“ und „Holzschliff-, Zellstoff-, ..., -erzeugung“ mit 86 Mill. DM nochmals 40 Mill. mehr für den Gewässerschutz aufgewendet als im Jahr 1974. Zum anderen ist die Zahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen im Jahr 1975 sprunghaft angestiegen. (Tabelle 2) Mit 1 154 Betrieben hat in diesem Jahr jeder vierte investierende Betrieb auch Umweltschutzinvestitionen durchgeführt (1974: jeder achte). Diese Zunahme vollzog sich in gleicher Deutlichkeit in allen Beschäftigtengrößenklassen. Der Anreiz hierzu lag in der im ersten

² Im Jahr 1975 wurde die Definition „Umweltschutzinvestition“ im Sinne der Erhebung erweitert. Von 1971 bis 1974 waren unter Umweltschutzinvestitionen nur Zugänge an Sachanlagen zu verstehen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen. Seit 1975 entfällt diese Einschränkung und es werden auch „produktbezogene Umweltschutzinvestitionen“ sowie „verfahrensbezogene Umweltschutzinvestitionen“, d. h. Investitionen in Umweltschutzeinrichtungen, die Teil einer Produktionsanlage sind mit einbezogen.

Tabelle 2

Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen nach Beschäftigtengrößenklassen

| Beschäftigtengrößenklassen | 1974 | | 1975 | | 1976 | | 1977 | | 1978 | |
|----------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|--|------------------------|
| | Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen | Anteil ¹⁾ % | Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen | Anteil ¹⁾ % | Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen | Anteil ¹⁾ % | Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen | Anteil ¹⁾ % | Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen | Anteil ¹⁾ % |
| 50 – 99 | 147 | 7,9 | 302 | 15,2 | 232 | 12,6 | 240 | 12,2 | 207 | 10,3 |
| 100 – 199 | 123 | 9,6 | 282 | 22,0 | 216 | 17,7 | 222 | 18,4 | 209 | 16,9 |
| 200 – 299 | 86 | 16,0 | 165 | 33,5 | 124 | 26,2 | 131 | 27,5 | 117 | 24,0 |
| 300 – 399 | 51 | 19,2 | 84 | 34,1 | 61 | 23,6 | 76 | 28,5 | 60 | 24,3 |
| 400 – 499 | 31 | 19,9 | 50 | 32,9 | 39 | 27,1 | 41 | 29,1 | 41 | 29,5 |
| 500 – 999 | 68 | 22,0 | 150 | 51,9 | 127 | 46,0 | 107 | 38,6 | 107 | 38,9 |
| 1000 – 1999 | 34 | 25,6 | 67 | 56,8 | 50 | 43,9 | 69 | 59,0 | 60 | 53,1 |
| 2000 – 2499 | 7 | 36,8 | 12 | 63,2 | 15 | 65,2 | 14 | 58,3 | 14 | 66,7 |
| 2500 – 4999 | 15 | 35,7 | 28 | 75,7 | 22 | 75,9 | 22 | 73,3 | 22 | 68,8 |
| 5000 und mehr | 13 | 76,5 | 14 | 87,5 | 18 | 85,7 | 15 | 93,8 | 14 | 87,5 |
| Insgesamt | 575 | 12,5 | 1 154 | 24,8 | 904 | 20,3 | 937 | 20,7 | 851 | 18,6 |

1) Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen an Betrieben mit Investitionen.

Halbjahr 1975 gewährten Investitionszulage. Ohnehin notwendig gewordene Umweltschutzinvestitionen³ waren offensichtlich eine verbreitet genutzte Möglichkeit, diese Zuschüsse in Anspruch zu nehmen. Diese Annahme wird unterstützt durch die Entwicklung im darauffolgenden Jahr. 1976 haben 250 Betriebe weniger in den Umweltschutz investiert, wobei der Rückgang besonders im Bereich der mittelständischen Betriebe liegt.

Nach 1975: gegenläufige Entwicklungen

Die Zeit nach 1975 ist gekennzeichnet durch gegenläufige Entwicklungen bei den drei Kategorien von Umweltschutzinvestitionen.

Während die Investitionen in umweltverträglichere Produktionsverfahren (verfahrensbezogene Umweltschutzinvestitionen) und die produktbezogenen Umweltschutzinvestitionen in den Jahren 1976 bis 1978 stark angestiegen sind, wurden die Investitionen in ausschließlich dem Umweltschutz dienende Anlagen von 172 auf 135 Mill. reduziert. Eine Sonderstellung nehmen die produktbezogenen Investitionen ein, da sie bisher nicht vom Verarbeitenden Gewerbe insgesamt getragen werden, sondern fast ausschließlich in der Mineralölverarbeitung infolge des Benzin-Blei-Gesetzes bzw. zur Verminderung des Schwefelgehaltes von Heizöl getätigt wurden.

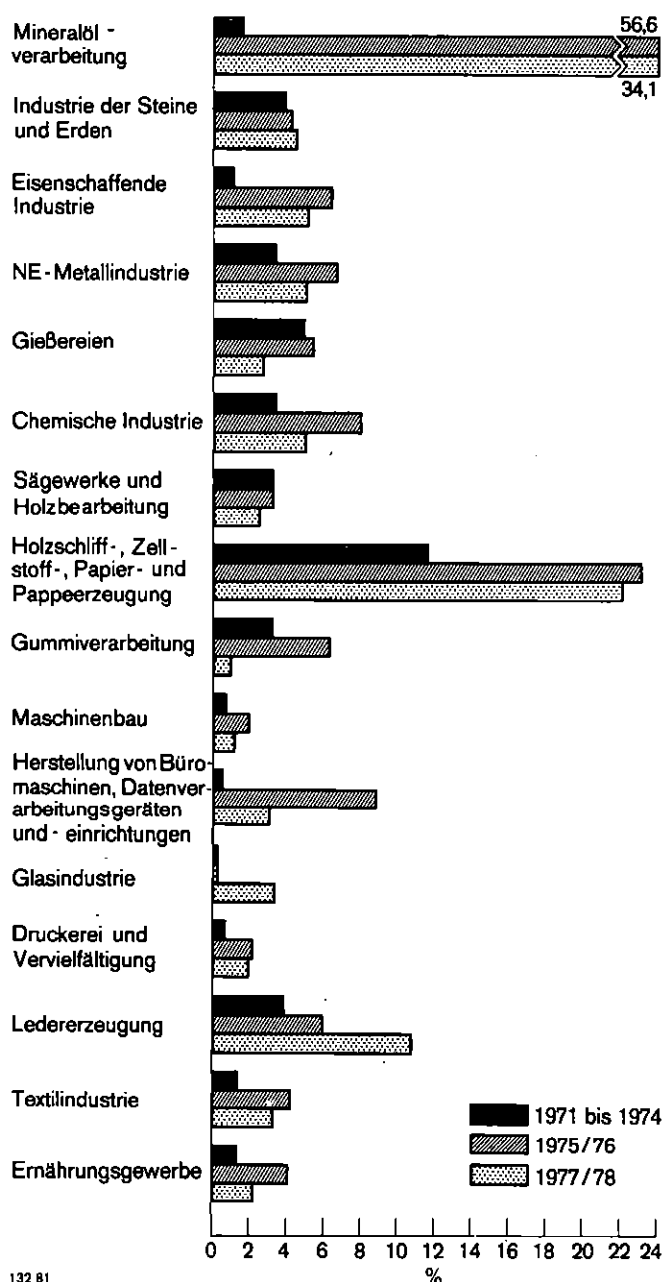
Auch die verfahrenbezogenen Umweltschutzinvestitionen konzentrierten sich weitgehend auf einen Teilbereich des Verarbeitenden Gewerbes, nämlich den Fahrzeugbau und die Mineralölverarbeitung. Indem diese Investitionen solche für ausschließlich dem Umweltschutz dienende Anlagen in größerem Maße ersetzt haben, zeigt sich die substitutive Beziehung dieser beiden Kategorien von Umweltschutzinvestitionen. Vieles spricht dafür, daß zunehmend reine Beseitigungsinvestitionen durch Vermeidungsinvestitionen ersetzt werden.

Faßt man die Investitionen für Anlagen, die ausschließlich dem Umweltschutz dienen, mit den verfahrenbezogenen Umweltschutzinvestitionen zusammen, dann ist von 1976 auf 1977 eine Zunahme von 187 Mill. auf 210 Mill. DM festzustellen. Dieses Niveau wurde 1978 in etwa gehalten. Im gleichen Zeitraum sind die Gesamtinvestitionen stark angestiegen, von 1977 auf 1978 immerhin um fast 1 Mrd. DM. Von daher liegt es nahe, spätestens ab 1977 in der Entwicklung der Investitionsanstrengungen für Umweltschutz ein spür-

bares Nachlassen zu konstatieren. Dafür spricht zunächst die Abnahme der Zahl von Betrieben mit Umweltschutzinvestitionen von 937 auf 851 bei einem gleichzeitigen Anstieg der insgesamt investierenden Betriebe von 4527 auf 4578. Aber auch die – wenn auch geringfügige – Abnahme der in Beseitigungsanlagen und Umweltschutzanlagen innerhalb von Produktionsanlagen investierten Beträge deutet dies an.

Schaubild 2

Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach ausgewählten Wirtschaftsgruppen



³ In die Zeit um 1975 fiel die Verabschiedung bzw. Vorbereitung einer Reihe von Umweltschutzgesetzen und -verordnungen.

⁴ R.-U. Sprenger, Beschäftigungseffekte der Umweltpolitik, Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin – München 1979.

Tabelle 3

Umweltschutzzinvestitionen 1971 bis 1978, Umweltbelastungsindikatoren 1979 und Vergleich mit dem Bundesgebiet 1975 und 1976

| Syst.-Nr. | Wirtschaftsgruppe Wirtschaftszweig | 1971 bis 1978 | | | 1979 | |
|-----------|---|---------------------|----------------------------|--|---|--|
| | | Gesamtinvestitionen | Umweltschutzzinvestitionen | Anteil der Umweltschutzzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen | Spezifischer Energieverbrauch ¹⁾ | Spezifische Abwasserab- leitung ¹⁾ |
| | | Millionen DM | | % | tSKE/Miil.DM | 1000m ³ / Miil. DM |
| 22 | Mineralölverarbeitung | 926,1 | 229,7 | 24,8 | 540,2 | 8,3 |
| 25 | Industrie der Steine und Erden | 1 891,7 | 77,4 | 4,1 | 2 742,4 | 34,1 |
| 27 | Eisenschaffende Industrie | 132,1 | 4,1 | 3,1 | 563,2 | 28,5 |
| 28 | NE - Metallindustrie | 520,0 | 22,9 | 4,4 | | |
| 2810 | NE - Metallerzeugung | | | | | |
| 2850 | NE - Metallhalbzeugwerke | | | | | |
| 29 | Gießereien | 528,8 | 23,8 | 4,5 | 250,4 | 2,5 |
| 2910 | Eisen-, Stahl- und Tempergießereien | | | | | |
| 2950 | NE - Metallgießereien | | | | | |
| 30 | Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw. | 1 185,2 | 28,7 | 2,4 | 95,0 | 1,1 |
| 31 | Stahlbau | 348,0 | 2,7 | 0,8 | | |
| 32 | Maschinenbau | 6 106,0 | 69,6 | 1,1 | | |
| 33 | Fahrzeugbau | 7 516,2 | 193,9 | 2,6 | 96,4 | 2,1 |
| 34/35 | Schiff- und Luftfahrzeugbau | 147,2 | 1,8 | 1,2 | | |
| 36 | Elektrotechnische Industrie | 6 287,3 | 69,8 | 1,1 | 47,8 | 1,1 |
| 37 | Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren | 1 248,4 | 11,9 | 1,0 | 46,9 | 0,8 |
| 38 | Herstellung von Eisen-, Blech- und Metallwaren | 1 772,1 | 37,0 | 2,1 | 74,1 | 2,1 |
| 39 | Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren | 335,9 | 6,8 | 2,0 | 40,7 | 0,4 |
| 40 | Chemische Industrie | 3 718,6 | 190,7 | 5,1 | 247,2 | 9,6 |
| 50 | Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen | 1 395,9 | 45,4 | 3,3 | 66,0 | 1,0 |
| 51 | Feinkeramische Industrie | 92,7 | 2,4 | 2,6 | 368,9 | 1,3 |
| 52 | Glasindustrie | 779,2 | 5,9 | 0,8 | | |
| 53 | Sägewerke und Holzbearbeitung | 349,7 | 10,4 | 3,0 | | |
| 54 | Holzverarbeitende Industrie | 1 248,5 | 30,1 | 2,4 | 160,7 | 1,6 |
| 55 | Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung | 964,7 | 171,5 | 17,8 | 1 234,3 | 145,0 |
| 56 | Papier- und Pappeverarbeitung | 758,6 | 9,6 | 1,3 | 105,0 | 1,2 |
| 57 | Druckerei- und Vervielfältigung | 1 250,7 | 18,9 | 1,5 | 56,0 | 0,7 |
| 58 | Kunststoffverarbeitung | 1 342,5 | 13,7 | 1,0 | 87,3 | 0,9 |
| 59 | Gummiverarbeitung | 641,3 | 21,3 | 3,3 | 274,2 | 6,1 |
| 61 | Ledererzeugung | 101,2 | 6,3 | 6,2 | 226,1 | 8,3 |
| 62 | Lederverarbeitung und Schuhindustrie | 180,7 | 0,6 | 0,3 | | |
| 63 | Textilindustrie | 2 497,5 | 63,3 | 2,5 | | |
| 64 | Bekleidungsindustrie | 351,8 | 2,6 | 0,7 | 178,2 | 7,5 |
| 68 | Ernährungsgewerbe | 3 436,2 | 79,7 | 2,3 | | |
| 69 | Tabakverarbeitung | 112,2 | 0,2 | 0,2 | | |
| | Verarbeitendes Gewerbe insgesamt | 48 197,9 | 1 452,7 | 3,0 | 151,3 | 6,2 |
| | davon | | | | | |
| | Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie | 9 714,5 | 752,4 | 7,7 | 460,5 | 24,1 |
| | Investitionsgüterindustrie | 25 965,2 | 460,3 | 1,8 | 69,0 | 1,4 |
| | Verbrauchsgüter-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie | 12 487,8 | 240,0 | 1,9 | 145,0 | 4,2 |

1) Bezogen auf Nettoproduktionswert.

| 1975 und 1976 | | | | Syst.- Nr. |
|-------------------------------------|---|-------------------------------------|---|---------------|
| Baden-Württemberg | | Bundesgebiet | | |
| Umwelt- schutz- investitionen | Anteil an den Gesamtin- vestitionen | Umwelt- schutz- investitionen | Anteil an den Gesamtin- vestitionen | |
| 1000 DM | % | 1000 DM | % | |
| 100 607 | 36,5 | 780 816 | 27,3 | 22 |
| 31 692 | 4,9 | 208 215 | 5,1 | 25 |
| 2 873 | 7,4 | 957 265 | 11,4 | 27 |
| 8 710 | 5,4 | 142 099 | 9,3 | 28 |
| 5 265 | 14,3 | 83 869 | 15,1 | 2810 |
| 3 444 | 2,5 | 58 262 | 6,0 | 2850 |
| 6 087 | 4,2 | 102 225 | 7,9 | 29 |
| 4 381 | 5,6 | 93 476 | 9,3 | 2910 |
| 1 603 | 2,3 | 8 749 | 2,9 | 2950 |
| 12 868 | 3,1 | 86 919 | 3,5 | 30 |
| 1 740 | 1,7 | 23 455 | 1,4 | 31 |
| 36 278 | 1,7 | 154 995 | 1,7 | 32 |
| 91 919 | 3,2 | 236 907 | 2,4 | 33 |
| 1 586 | 1,8 | 21 776 | 1,5 | 34/35 |
| 40 471 | 1,7 | 154 232 | 1,5 | 36 |
| 6 719 | 1,4 | 14 587 | 1,2 | 37 |
| 16 393 | 2,6 | 87 744 | 2,8 | 38 |
| 3 840 | 2,7 | 9 862 | 2,0 | 39 |
| 114 303 | 7,3 | 1 817 192 | 10,4 | 40 |
| 35 255 | 6,7 | 42 063 | 3,2 | 50 |
| 728 | 2,4 | 14 380 | 3,2 | 51 |
| 2 540 | 0,5 | 38 292 | 3,2 | 52 |
| 4 588 | 3,0 | 37 105 | 4,3 | 53 |
| 14 183 | 3,1 | 73 902 | 3,4 | 54 |
| 108 821 | 26,5 | 194 822 | 12,8 | 55 |
| 2 640 | 0,9 | 26 062 | 1,6 | 56 |
| 12 172 | 2,4 | 35 532 | 1,5 | 57 |
| 8 718 | 1,6 | 55 191 | 2,0 | 58 |
| 9 370 | 4,5 | 23 198 | 1,9 | 59 |
| 1 930 | 5,5 | 6 138 | 8,0 | 61 |
| 272 | 0,4 | 2 131 | 0,5 | 62 |
| 39 072 | 4,3 | 89 087 | 2,7 | 63 |
| 1 142 | 0,8 | 5 827 | 0,6 | 64 |
| 47 702 | 3,7 | 407 667 | 3,6 | 68 |
| 127 | 0,3 | 3 971 | 0,8 | 69 |
| 765 346 | 4,2 | 5 832 971 | 5,4 | |
| 387 051 | 10,7 | 4 262 937 | 10,9 | |
| 243 229 | 2,5 | 822 678 | 2,0 | |
| 135 066 | 2,7 | 768 042 | 2,8 | |

Insgesamt ist festzustellen, daß sich die Umweltschutzinvestitionen zum Teil gegenläufig zu den Gesamtinvestitionen entwickelt haben. Der Verdoppelung der Umweltschutzinvestitionen von 1971 bis 1974 stand eine Abnahme der Gesamtinvestitionen um fast 15 Prozent gegenüber; dagegen blieben die gesamten Umweltschutzinvestitionen, betrachtet man 1975 und 1978, konstant – bei deutlich unterschiedlicher Entwicklung der Anlagen für Umweltschutzzwecke einerseits und der produkt- und verfahrensbezogenen Umweltschutzinvestitionen andererseits – während die Gesamtinvestitionen stark angestiegen sind (vgl. Tab. 1). Ähnliche Tendenzen zeigen entsprechende Untersuchungen des Ifo-Instituts⁴ für die Verarbeitende Industrie im gesamten Bundesgebiet.

Schwerpunkt der Umweltschutzinvestitionen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe

Die Investitionen für Umweltschutz im Verarbeitenden Gewerbe konzentrieren sich schwerpunktmäßig auf das Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe. Hierauf entfielen mit 752 Mill. DM etwa 52 Prozent von den insgesamt 1,452 Mrd. DM, die im Zeitraum 1971 bis 1978 von den Betrieben des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg für Umweltschutzinvestitionen aufgewendet wurden. (Schaubild 3). An den Gesamtinvestitionen war diese Hauptgruppe dagegen im gleichen Zeitraum nur mit etwa einem Fünftel beteiligt. Entsprechend ist der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen mit 7,7% weit überdurchschnittlich (3,0%) (Tabelle 3). An der herausragenden Stellung sind die „produktbezogenen Umweltschutzinvestitionen“ in einem beachtlichen Ausmaß beteiligt. Diese fast ausschließlich in der Mineralölverarbeitung durchgeführten Investitionen machen alleine nahezu ein Viertel der Umweltschutzinvestitionen in diesem Wirtschaftsbereich aus. So erklärt sich auch der 30-prozentige Anteil der Mineralölverarbeitung an den Umweltschutzinvestitionen im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe (vgl. Tabelle 19, Anhang). Auch die verbleibenden 70% konzentrieren sich stark auf wenige Branchen, wie die Chemie (25,4%) und die Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung (22,8%). Während aber in der letzteren die Umweltschutzinvestitionen fast ein Fünftel der Gesamtinvestitionen ausmachen, liegt die entsprechende Quote in der Chemie bei nur etwas über 5%. In beiden Branchen ist eine weitere Konzentration der Investitionen in eigene Umweltschutzeinrichtungen zu beobachten. In der Chemie sind es vor allem die Hersteller chemischer Grundstoffe, in der Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung die Produzenten von Zellstoff und Holzschliff, die besonders hohe Beträge aufgewendet haben.

Die 77 Mill. DM, die in der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden in den Umweltschutz investiert wurden, gehen zur Hälfte auf Maßnahmen zur Luftreinhaltung bei 12 Zementherstellern zurück. Während die gesamte Branche mit etwa 4% einen unterdurchschnittlichen Teil ihrer Gesamtinvestitionen für den Umweltschutz reserviert hat, liegt die Quote in der Zementherstellung bei nahezu 10%.

In den übrigen Branchen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes ist die Bedeutung von Umweltschutzinvestitionen unterdurchschnittlich. Allerdings ist auch die niedrigste Quote noch höher als bei fast allen Branchen des Investitionsgüter- und Verbrauchsgütergewerbes (einschließlich der Nahrungs- und Genussmittelherstellung). In diesen Wirtschaftsbereichen sind die Anteile an den Gesamtinvestitionen mit 1,8 bzw. 1,9% weit unterdurchschnittlich (3,0%). Nur in der Ledererzeugung (6,2%) sowie der ADV-Herstellung (3,3%) machten Umweltschutzinvestitionen einen größeren Teil der Investitionen aus.

Die Konzentration der Umweltschutzinvestitionen auf einzelne Branchen ist in beiden Bereichen ähnlich stark ausgeprägt, wie im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich. Mehr als 42% der Umweltschutzinvestitionen im Investitionsgütergewerbe entfallen auf den Fahrzeugbau. Weitere 30% wurden je zur Hälfte im Maschinenbau und der Elektrotechnik investiert. Von den 240 Mill. DM im Verbrauchsgüter- einschließlich Nahrungs- und

Schaubild 3

Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach Umweltbereichen

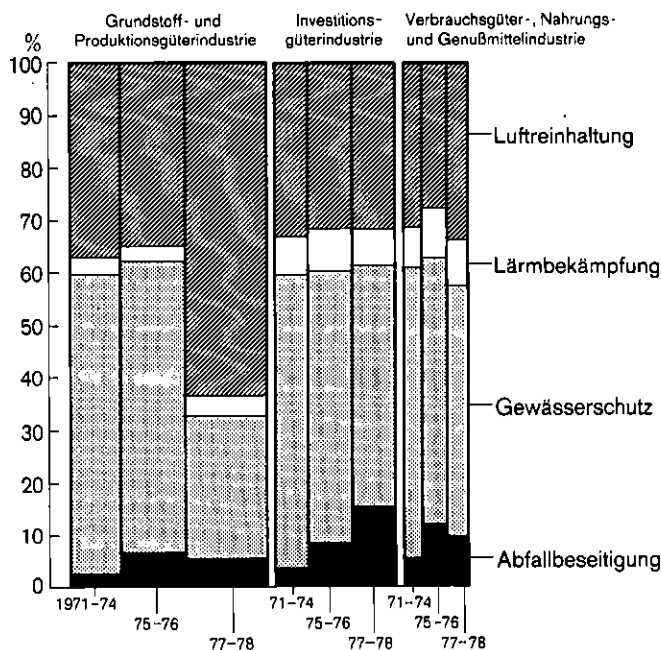
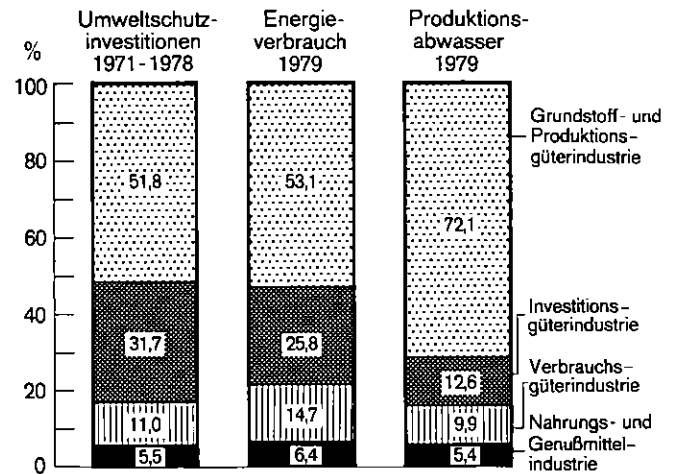


Schaubild 4

Umweltschutzinvestitionen 1971 bis 1978, Energieverbrauch 1979 und Produktionsabwasser 1979 im Verarbeitenden Gewerbe nach Wirtschaftshauptgruppen



Genussmittelgewerbe hat das Ernährungsgewerbe etwa ein Drittel aufgewendet. Ein Viertel des Betrages entfällt auf das Textilgewerbe insbesondere auf die Textilveredelung.

Die stark unterschiedliche Bedeutung der Umweltschutzinvestitionen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen und Branchen steht in engem Zusammenhang mit den grundsätzlich verschiedenen Produktionsverhältnissen. Dies gilt zum Beispiel für den Energieverbrauch und das Aufkommen an Produktionswasser. So entfallen entsprechend den Umweltschutzinvestitionen auf den Grundstoff- und Produktionsgüterbereich jeweils mehr als die Hälfte des gesamten Energieverbrauchs und des abgeleiteten Produktionswassers im Verarbeitenden Gewerbe. Die Branchen mit den höchsten Umweltschutzinvestitionen im Zeitraum 1971 bis 1978 hatten auch die höchsten Energieverbrauchswerte und abgeleiteten Produktionsabwassermengen im Jahr 1979 (Tabelle 3). Bezogen auf den geschätzten Nettoproduktionswert⁵ lassen sich für die einzelnen Branchen spezifische Energieverbrauchswerte und die spezifische Abwasserableitung berechnen als Indikatoren für die Bedeutung von Energie- und Wasserverbrauch in der Produktion. Die Reihenfolge der Branchen bezüglich der spezifischen Größen zeigt, entsprechend dem Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen, daß die Branchen des Grundstoff- und Produktionsgüterbereichs durchweg höhere spezifische Werte aufweisen als fast alle Branchen des übrigen Verarbeitenden Gewerbes.

⁵ H.-H. Steiger, Struktur und Entwicklung des Energieverbrauchs im Verarbeitenden Gewerbe, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, 11/1980.

Kostenbelastung durch Umweltschutzinvestitionen

Auch die Kostenbelastung der Betriebe durch Umweltschutzinvestitionen ist im Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe wesentlich höher als im übrigen Verarbeitenden Gewerbe. Als Maßstab hierfür wurde die Umweltschutzinvestitionsquote herangezogen, die angibt, welchen Betrag die Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen im Beobachtungszeitraum je 1000 DM ihres Umsatzes in eigene Umweltschutzeinrichtungen investiert haben.⁶ Die Betriebe des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes haben im Zeitraum 1977 bis 1978 etwa 6,2 DM je 1000 DM Umsatz in den Umweltschutz investiert, (*Tabelle 20, Anhang*) wobei die branchenspezifischen Investitionsquoten sehr unterschiedlich sind. Am stärksten überhaupt war die Belastung der Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung, die mit 14,2 DM mehr als doppelt so hoch war wie der Durchschnitt. Ebenfalls deutlich über dem Durchschnitt liegt die Belastung der Betriebe in der Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden (7,2 DM), wobei wiederum die Zementhersteller mit 9,3 DM herausragen.

Eine vergleichsweise geringe Umweltschutzinvestitionsquote errechnet sich für die Chemie (2,3 DM). Dabei muß jedoch auf die hohen Gewässerschutzinvestitionen dieser Branche in den Jahren 1974 und 1975 hingewiesen werden, so daß wegen der vergleichsweise geringeren Investitionen im Beobachtungszeitraum die Belastung etwas zu niedrig ausgewiesen ist. Die Umweltschutzinvestitionsquote liegt mit 4,7 DM ebenfalls unter dem Durchschnitt des gesamten Wirtschaftsbereichs. Vergleichszahlen für diese Branche in Nordrhein-Westfalen deuten auf eine dort etwa doppelt so hohe Belastung hin.⁷

Die Belastung der Betriebe im Verbrauchsgütergewerbe liegt im Zeitraum 1977/78 mit 2,4 DM noch knapp über dem Wert des Verarbeitenden Gewerbes (2,2 DM), gleichfalls mit erheblichen Unterschieden nach Branchen⁸. Die umweltschutzinduzierten Investitionsquoten liegen zwischen dem Höchstwert von 7,5 in der Textilveredlung und

dem Minimalwert von 0,2 in der Lederverarbeitung. Weit überdurchschnittliche Belastungen errechnen sich für die Ledererzeugung (4,8 DM) und das Bekleidungs-gewerbe (7,3 DM).

Der bemerkenswert hohe Wert im Bekleidungs-gewerbe ergibt sich aus den Verhältnissen von nur sechs Betrieben, die in der Mehrzahl der Verarbeitung von Fellen und Pelzen zuzurechnen sind. Die hohen Investitionen für den Gewässerschutz dieser Betriebe dürften in Betriebsteilen mit Fell- und Pelzbearbeitung notwendig geworden sein.

Sowohl für die Betriebe des Investitionsgütergewerbes (1,5 DM) als auch des Nahrungs- und Genussmittelgewerbes (1,7 DM) errechnen sich unterdurchschnittliche Belastungsgrößen, wobei innerhalb des Investitionsgütergewerbes nur geringe Belastungsunterschiede bestehen. In den meisten Branchen liegt die Belastung unter 1,0 DM.

Kleinere Betriebe sind stärker belastet

Außer den beachtlichen Unterschieden in der Belastung der einzelnen Wirtschaftszweige (intersektorale Belastungsunterschiede), die durch grundsätzlich verschiedene Produktionsbedingungen zu erklären sind, existieren noch erhebliche Unterschiede innerhalb der Branchen nach Beschäftigtengrößenklassen (intra-sektorale Belastungsunterschiede). Unter den Betrieben, die im Betrachtungszeitraum Umweltschutzinvestitionen getätigt haben, mußten die kleinen und mittelständischen Betriebe im Durchschnitt einen höheren Teil ihres Umsatzes aufwenden als die größeren. Dies gilt für die meisten Wirtschaftszweige. Als eine Ursache für die stärkere Belastung der kleineren Betriebe führt Sprenger⁹ an, daß „die umweltschutzinduzierten Investitionen je zu behandelnder Emissionseinheit mit wachsender Größe der Produktions- und Umweltschutzaggregate einen degressiven Verlauf nehmen“. Entsprechende Untersuchungen des Ifo-Instituts bestätigten diese Überlegungen.

Besonders deutlich wird die überdurchschnittliche Belastung der kleineren Betriebe in der „Gewinnung und Verarbeitung von Steinen und Erden“ ohne die Zementherstellung. Die zusätzliche Gliederung in Betriebe mit weniger als 20, 20 bis 29 und 30 bis 49 Beschäftigten läßt erkennen, daß die Belastung der beiden untersten Größenklassen mit 16,7 DM bzw. 8,4 DM deutlich über der Gesamtbelastung 5,0 DM liegt. Der Wert für die Betriebe mit mehr als 200 Beschäftigten zeigt mit 2,2 DM eine deutlich unterdurchschnittliche Belastung an (*Tabelle 20, Anhang*).

⁹ R.-U. Sprenger, Umweltschutzaktivitäten der deutschen Industrie – Kosteneffekte und ihre Wettbewerbswirksamkeit. Ifo-Schnelldienst, 8/1977

⁶ In einigen Branchen (*vgl. Tabelle 20, Anhang*) ist die Aussagekraft dieser Größe dadurch eingeschränkt, daß Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen ohne direkten Marktzugang sind (z. B. Lohnarbeit, Betriebe von Mehrbetriebsunternehmen) und deshalb die Umsätze nicht oder „zu niedrig“ ausgewiesen werden.

⁷ Investitionen für Umweltschutz im produzierenden Gewerbe in Nordrhein-Westfalen 1975, 1976, 1977; Statistische Berichte des Landesamtes für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein-Westfalen.

⁸ Die Berichtskreisumstellung im Jahr 1977 (Einbeziehung des produzierenden Handwerks) hat sich in den Branchen des Verbrauchsgüter-, Investitions- und Nahrungs- und Genussmittelbereichs wesentlich stärker ausgewirkt als im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich. Um die Handwerksbetriebe mit einbeziehen zu können, wurde in diesen Bereichen nur der Zeitraum 1977 bis 1978 betrachtet.

Die Zementherstellung wurde wegen ihrer besonderen Belastung durch Umweltschutzmaßnahmen sowie wegen der besonderen Betriebsgrößenstruktur ausgespart. Die Betriebe dieses Wirtschaftszweigs konzentrieren sich auf die Größenklassen mit 100-199 und 200 bis 499 Beschäftigten. Die Belastungswerte liegen bei 13,8 bzw. 9,8 DM.

Tabelle 4

Vergleich der Anteile "Betriebe mit U I¹⁾ an Betrieben insgesamt" und "Investitionen der Betriebe mit U I an den Gesamtinvestitionen"

| Beschäftigtengrößenklasse | Anteil der Betriebe mit U.I an den Betrieben insgesamt | Anteil der Investitionen der Betriebe mit U I an den Ges.- Investit. | Faktor ²⁾ aus 2/1 |
|---|--|--|------------------------------|
| | % | % | |
| | 1 | 2 | 3 |
| Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie | | | |
| 0 – 49 | 20,1 | 39,1 | 1,9 |
| 50 – 99 | 38,5 | 47,2 | 1,2 |
| 100 – 199 | 53,4 | 68,4 | 1,3 |
| 200 – 499 | 71,6 | 86,1 | 1,2 |
| 500 und mehr | 78,8 | 85,5 | 1,1 |
| Zusammen | 34,1 | 76,6 | 2,2 |
| Investitionsgüterindustrie | | | |
| 0 – 49 | 10,9 | 20,7 | 1,9 |
| 50 – 99 | 16,2 | 23,4 | 1,4 |
| 100 – 199 | 24,8 | 36,8 | 1,5 |
| 200 – 499 | 36,0 | 35,7 | 1,0 |
| 500 und mehr | 58,1 | 85,5 | 1,5 |
| Zusammen | 20,3 | 67,3 | 3,3 |
| Verbrauchsgüterindustrie | | | |
| 0 – 49 | 7,5 | 15,7 | 2,1 |
| 50 – 99 | 10,3 | 18,1 | 1,8 |
| 100 – 199 | 19,7 | 32,9 | 1,7 |
| 200 – 499 | 27,7 | 40,5 | 1,5 |
| 500 und mehr | 52,6 | 57,2 | 1,1 |
| Zusammen | 12,4 | 36,0 | 2,9 |
| Nahrungs- und Genußmittelindustrie | | | |
| 0 – 49 | 11,9 | 29,3 | 2,5 |
| 50 – 99 | 24,0 | 41,5 | 1,7 |
| 100 – 199 | 30,8 | 38,8 | 1,3 |
| 200 – 499 | 40,9 | 61,1 | 1,5 |
| 500 und mehr | 61,5 | 66,4 | 1,1 |
| Zusammen | 20,0 | 47,9 | 2,4 |

1) U I = Umweltschutzinvestitionen, — 2) Der Faktor gibt an, das Wievielfache des von allen Betrieben der Größenklasse durchschnittlich investierten Betrags die Betriebe mit U I durchschnittlich investiert haben.

Signifikante Abweichungen von dieser Abhängigkeit zwischen Beschäftigtenzahl und Umweltschutzinvestitionsquote sind im allgemeinen dadurch zu erklären, daß innerhalb des Wirtschaftszweigs eine Gruppe von Betrieben infolge spezifischer Produktionsverhältnisse herausragende Umweltschutzinvestitionen durchgeführt hat und die Betriebe auf bestimmte Beschäftigtengrößenklassen konzentriert sind. Sehr deutlich erkennbar ist dies bei den Druckereien und in der Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeherzeugung. Bei den Druckereien kann das sogenannte Tiefdruckverfahren vor allem in großen Betrieben rentabel eingesetzt werden. In Verbindung mit diesem Verfahren haben einige Druckereien größere Anlagen zur Rückgewinnung von Lösungsmitteln (Luftreinhaltung) angeschafft. Im Hinblick auf die Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeherzeugung geht aus der Produktionsstatistik hervor, daß nur vier Betriebe in Baden-Württemberg Zellstoff erzeugen. Diese Betriebe, die zusammen 74% der von dieser Wirtschaftsgruppe in den Jahren 1976 bis 1978 durchgeführten Umweltschutzinvestitionen auf sich vereinigen, haben alle mehr als 500 Beschäftigte. Bezieht man die Holzschliff- erzeugung mit ein, so sind es 13 Betriebe, die Holzschliff- und/oder Zellstoff erzeugen. Diese 13 Betriebe machen zusammen 91% der Umweltschutzinvestitionen aus, wobei 7 Betriebe mindestens 500 Beschäftigte, 4 Betriebe zwischen 200 und 499 und 2 Betriebe zwischen 100 und 199 Beschäftigte haben.

Kleine Betriebe investieren seltener in eigene Umweltschutzeinrichtungen

Die Feststellung, daß es für die kleineren Betriebe grundsätzlich schwieriger ist, eigene Umweltschutzanlagen zu betreiben, resultiert auch aus der Betrachtung der Umweltschutzinvestitionsintensität (Umweltschutzinvestitionen je Beschäftigten) (Tabelle 20, Anhang). Außerdem wird sie bekräftigt durch die Beobachtung, daß die Betriebe in den unteren Beschäftigtengrößenklassen überdurchschnittlich hohe Anteile ihrer Gesamtinvestitionen für Umweltschutzzwecke reservierten und dies, obwohl gerade die kleineren Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen überdurchschnittlich hohe Gesamtinvestitionen durchgeführt haben.

Letzteres ergibt sich aus der Relation „Investitionen der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen/ Investitionen aller Betriebe : Anzahl der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen/Anzahl aller Betriebe“. Es zeigt sich, daß generell die Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen innerhalb ihrer Größenklasse überdurchschnittlich viel investieren und daß mit zunehmender Größenklasse die Differenz zum Durchschnitt kleiner wird (Tabelle 4). Beispielsweise haben in der untersten Größenklasse

des Investitionsgütergewerbes die Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen durchschnittlich doppelt so hohe Gesamtinvestitionen durchgeführt wie die Gesamtheit der Betriebe dieser Größenklasse. Im Verbrauchsgüter- und dem Nahrungs- und Genussmittelgewerbe errechnet sich in den untersten Größenklassen sogar das 2,1- bzw. 2,5-fache der Betriebe insgesamt. In den beiden oberen Größenklassen dieser Hauptgruppen dagegen investierten die Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen jeweils lediglich das 1,5- bzw. 1,1-fache des Betrags, den alle Betriebe der Größenklasse durchschnittlich investierten.

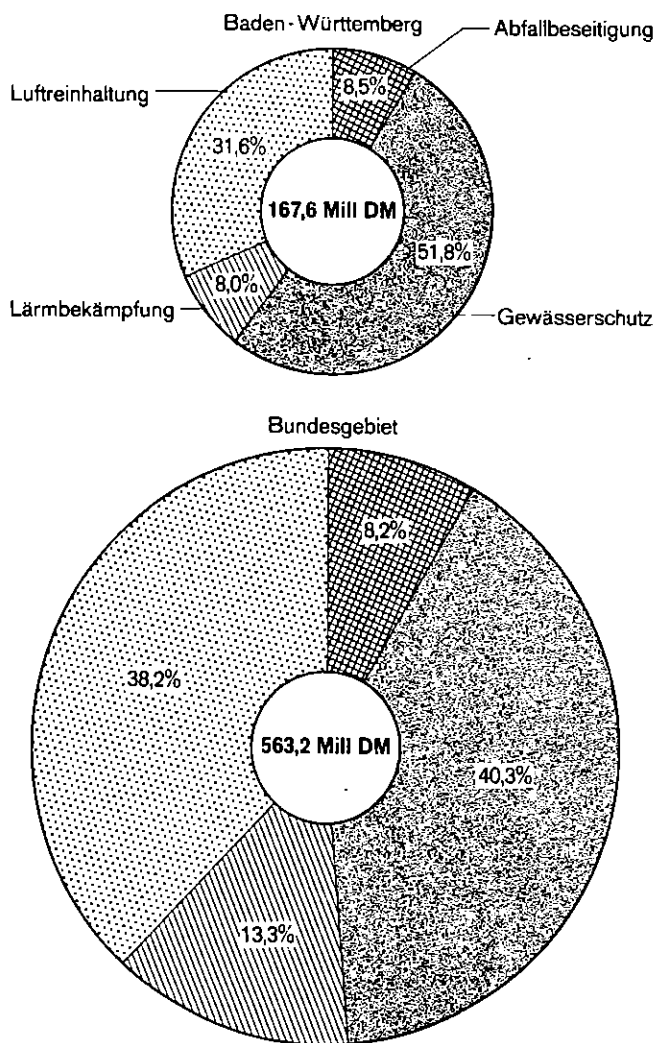
Die Erklärung für die kleinen Faktoren bei den großen Betrieben ergibt sich zum Teil auch aus der Tatsache, daß in den oberen Größenklassen der Anteil der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen an den Betrieben mit Investitionen relativ groß ist. Die großen Faktoren in den unteren Größenklassen können dagegen nicht durch die hier wesentlich kleineren relativen Häufigkeiten von Betrieben mit Umweltschutzinvestitionen erklärt werden (Tabelle 20, Anhang). Vielmehr dürfte die überdurchschnittliche Belastung der kleineren Betriebe die Ursache dafür sein, daß nur die wirtschaftlich stärkeren in eigene Umweltschutzeinrichtungen investieren. Der andere Teil der Betriebe zieht es offenbar vor, Leistungen Dritter in Anspruch zu nehmen, zumindest soweit es um die Beseitigung von Produktionsrückständen (Abfälle und Abwässer) geht. Dieser Schluß liegt nahe, zumal die Belastung durch die Umweltschutzinvestitionen nur einen Teil der Gesamtbelastung darstellt. Hinzu kommen die laufenden Aufwendungen, die beim Betrieb eigener Umweltschutzeinrichtungen entstehen. Bisher veröffentlichte Untersuchungen über umweltschutzinduzierte laufende Aufwendungen legen nahe, daß ihre Höhe im allgemeinen proportional dem Bestand an eigenen Umweltschutzanlagen ist und daß sie im Beobachtungszeitraum bereits die Höhe der Umweltschutzinvestitionen erreicht haben dürften.

Umweltschutzinvestitionen im Bundesvergleich

Der Anteil der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe ist im gesamten Bundesgebiet höher als in Baden-Württemberg. So haben in den Jahren 1975-77¹⁰ die Umweltschutzinvestitionen in Baden-Württemberg mit 4,2% einen deutlich kleineren Teil der Gesamtinvestitionen ausgemacht als im Bundesgebiet (5,4%) (Tabelle 3). Ursächlich hierfür ist das im Bund hohe Gewicht des hinsichtlich Umweltschutzinvestitionen intensiven Grundstoff- und Pro-

Schaubild 5

Umweltschutzinvestitionen in Baden-Württemberg und im Bundesgebiet in der Investitionsgüterindustrie nach Umweltbereichen 1975-1976



duktionsgüterbereichs. In den Branchen dieses Bereichs sind durchweg große Differenzen zwischen Landes- und Bundesquote zu beobachten. Sie sind auf verschiedene Faktoren zurückzuführen. In der Mineralölverarbeitung Baden-Württembergs haben sich im Beobachtungszeitraum die Investitionen wesentlich stärker auf Verfahrensumstellungen infolge des Benzin-Blei-Gesetzes konzentriert als im Bundesgebiet. Auf die Bundesquote der Eisenschaffenden Industrie schlagen die außergewöhnlichen Anstrengungen in Nordrhein-Westfalen durch. Die dort ansässigen Betriebe haben mehr als zwei Drittel der gesamten Umweltschutzinvestitionen dieser Branche durchgeführt.

Unterschiedliche Produktionsschwerpunkte sind die Ursache für die Abweichungen in der Chemie – hier ist in Baden-Württemberg die Herstellung chemischer Grundstoffe nur unterdurchschnittlich vertreten – und der Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung. Hier sind es vor allem die

¹⁰ Für das Bundesgebiet liegen derzeit noch keine Ergebnisse für das Jahr 1978 vor. Bezüglich der Zahlen für 1975 und 1976 und 1977, vgl.: Fachserie 19, Umweltschutz, Reihe Investitionen für Umweltschutz im Produzierenden Gewerbe 1975, 1976, 1977. Statistisches Bundesamt Wiesbaden.

Zellstoffproduzenten, die Gewässerschutz- und Abfallbeseitigungsmaßnahmen durchführen müssen. Baden-Württemberg vereinigt 55% der gesamten Zellstoffproduktion und sogar drei Viertel der zum Absatz bestimmten Produktion auf sich.

Im Investitionsgüterbereich ist demgegenüber zu beobachten, daß 1975–77 in fast allen zugehörigen Branchen die Quoten in Baden-Württemberg höher liegen als im Bund. Wechselnde Rangfolgen zeigt die Gegenüberstellung für die Branchen in der Verbrauchsgüter- und Nahrungs- und Genussmittelindustrie. Besonders deutlich sind die Unterschiede in der Glasindustrie, der Ledererzeugung und dem Textilgewerbe. In der Glasindustrie haben eine Reihe von Betrieben in anderen Bundesländern bereits 1975–77 hohe Investitionen zur Luftreinhaltung durchgeführt, während in Baden-Württemberg erst im Jahr 1978 entsprechende Anstrengungen zu verzeichnen waren. Ähnliches gilt für die Ledererzeugung im Bereich des Gewässerschutzes. Umgekehrt ist das Verhältnis im Textilgewerbe. Dort wurden in Baden-Württemberg im Zeitraum 1975/76 herausragend große Summen in den Gewässerschutz und die Luftreinhaltung – letztere machen in diesem Zeitraum einen ungewöhnlich hohen Teil aus – investiert (*Schaubilder 2 und 3*).

Insgesamt zeigt die nach Branchen bzw. Wirtschaftszweigen differenzierte Gegenüberstellung von Bundes- und Landesdaten, daß sowohl für das Verarbeitende Gewerbe insgesamt als auch innerhalb einzelner Branchen vor allem Unterschiede der Wirtschafts- und Produktionsstruktur die Ursache für abweichende Anteile der Umweltschutzinvestitionen an den Gesamtinvestitionen sind. In einigen Fällen werden jedoch auch standortbedingte Unterschiede beobachtet, wie bei der Betrachtung der Aufteilung der Umweltschutzinvestitionen auf die vier Umweltbereiche. So sind in allen Branchen des Investitionsgüterbereiches die Anteile für den Gewässerschutz in Baden-Württemberg größer als im Bundesgebiet, umgekehrt lagen die Ausgaben für die Luftreinhaltung im Bundesgebiet höher (*Schaubild 5*). Diese Ergebnisse werden hervorgerufen durch die in den einzelnen Ländern unterschiedliche Wirtschaftsstruktur und Umweltsituation¹¹. So haben die Betriebe der Investitionsgüterindustrie in Nordrhein-Westfalen in den Jahren 1975 bis 1977 im Mittel 40% ihrer Umweltschutzinvestitionen für die Luftreinhaltung und knapp 30% für den Gewässerschutz aufgewendet. In Baden-Württemberg hat diese Branche dagegen etwa 50% ihrer Investitionen für den Gewässerschutz und 30% für die Luftreinhaltung ausgegeben.

¹¹ Die Umweltschutzgesetzgebung obliegt dem Bund, die Ausführung der Umweltschutzgesetze obliegt den Ländern. Die Länder sind berechtigt im Rahmen der Bundesgesetze eigene Vorschriften zu erlassen.

Zusammenfassung

- Investitionen in eigene Umweltschutzeinrichtungen haben in den Branchen des Verarbeitenden Gewerbes Baden-Württembergs sehr verschiedene hohe Teile der Gesamtinvestitionen in Anspruch genommen. Entsprechend deutlich sind die Unterschiede in der Kostenbelastung durch Umweltschutzinvestitionen. Wegen der in der Regel engen Korrelation zwischen Umweltschutzinvestitionen und laufenden Betriebskosten, dürften die festgestellten inter- und intrasektoralen Belastungsunterschiede auch bei Berücksichtigung der Betriebskosten zumindest erhalten bleiben. Danach sind die Branchen des Grundstoff- und Produktionsgüterbereiches mit Abstand am stärksten belastet.
- Über alle Bereiche des Verarbeitenden Gewerbes hinweg ist ein deutlicher Zusammenhang zwischen der Belastung durch Umweltschutzinvestitionen und den spezifischen Energie- und (Produktions-) Wasserverbrauchsgrößen zu beobachten.
- In der Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen sind verschiedene Einflüsse erkennbar. Der große Nachholbedarf, der Mitte der siebziger Jahre im Zusammenhang mit der Verabschiedung verschiedener Umweltschutzgesetze und -verordnungen gedeckt werden mußte; haben zu der Spitze in der Entwicklung im Jahr 1975 ebenso beigetragen wie die Investitionszulage, die im ersten Halbjahr dieses Jahres gewährt wurde. Im Vordergrund standen in diesem Zeitraum eindeutig Investitionen zur Beseitigung von Emissionen. Während nach 1975 in dieser Kategorie von Investitionen ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen ist, haben die Aufwendungen für in Produktionsanlagen integrierte Umweltschutzeinrichtungen an Bedeutung gewonnen. Insgesamt deutet die Entwicklung bis 1978 darauf hin, daß zumindest bei den Großbetrieben im Bereich der reinen Beseitigungsanlagen der Nachholbedarf weitgehend gedeckt ist. Für kleine und mittelständische Betriebe ist es im allgemeinen schwieriger, eigene Beseitigungsanlagen zu betreiben.
- Erklärtes Ziel der Umweltpolitik ist es, im Rahmen der Weiterentwicklung von Produktionstechnologien und der Förderung umweltfreundlicher Produkte, Emissionen von vornherein zu vermeiden. Dies bedeutet, daß in Zukunft verfahrens- und produktbezogene Umweltschutzinvestitionen in größerem Umfang durchgeführt werden als bisher. Damit würden Umweltschutzinvestitionen zunehmend in Verbindung mit Anlageinvestitionen vorgenommen, so daß sich an die bisher zu beobachtende Gegenläufigkeit von Umweltschutz und Gesamtinvestitionen zu-

künftig eine gleichförmige Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen mit dem allgemeinen Konjunkturverlauf anschließen könnte.

- Steigende Entsorgungskosten und künftig zu entrichtende Abgaben (z. B. Abwasserabgabengesetz) könnten dazu führen, daß auch für kleine und mittelständische Betriebe zunehmend eigene Umweltschutzeinrichtungen, vor allem solche zur Vermeidung von Emissionen, interessant werden. Infolge der überdurchschnittlichen Belastung dieser Betriebe durch Umweltschutzinvestitionen dürften sie jedoch auch zukünftig in hohem Maße auf Umweltschutzleistungen Dritter zurückgreifen.
- Ein Vergleich von Landes- und Bundesdaten macht deutlich, daß vor allem Unterschiede der Wirtschafts- und Produktionsstrukturen die Ursache für abweichende Gewichte der Umweltschutzinvestitionen sind. Weiterhin wirken sich unterschiedliche Schwerpunkte in der Umweltpolitik der Länder sowohl auf die Struktur als auch die Höhe der Umweltschutzinvestitionen aus.

4.2 Volkswirtschaftliche Aspekte des Umweltschutzes

Die Zusammenhänge zwischen Ökologie und Ökonomie sind vielfältiger Natur und können mit dem vorhandenen statistischen und methodischen Instrumentarium bislang nur unvollständig erfaßt werden. So ist es insbesondere bisher nicht möglich, die Wechselwirkungen zwischen Umweltaufwendungen und Umweltbelastungen auf der einen Seite sowie den auch volkswirtschaftlich relevanten Verbesserungen der Umweltqualität auf der anderen Seite zu ermitteln. Hierzu wäre es erforderlich, die beiden wichtigen Bezugsgrößen „volkswirtschaftliche Schäden durch Umweltbelastungen“ einerseits und „positive volkswirtschaftliche Effekte durch Verbesserung der Umweltqualität“ andererseits einer Quantifizierung zuzuführen. Dies kann jedoch bisher noch nicht geleistet werden, weshalb sich der folgende Beitrag nur auf die Ermittlung ausgewählter Aspekte ökonomischer Auswirkungen ökologischer Maßnahmen im engeren Sinne des volkswirtschaftlichen Kreislaufs beschränken muß.

So werden durch die Umweltaufgaben und -auflagen im staatlichen und privaten Bereich Produktionsleistungen angeregt und damit Arbeitsplätze geschaffen; es werden aber auch zusätzliche Kosten verursacht, was die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft einengen oder das Preisniveau anheben kann. Selbst hierin ist aber eine „Nettorechnung“ im Sinne eines Abwägens positiver und negativer Beschäftigungseffekte nicht durchführbar, da Erfassung und Quantifizierung negativer Auswirkungen der Umweltpolitik auf Wachstum und Beschäftigung ein noch fast unüberwindliches Problem darstellt¹. Aus diesem Grund greift die nachfolgende Untersuchung zwei ökonomische Aspekte auf, die empirisch einigermaßen fundiert und unter weitgehender Berücksichtigung der wirtschaftlichen Komplexität dargestellt werden können; es sind dies zum einen eine Schätzung von Kosten umweltschützender Maßnahmen im produzierenden Gewerbe und ihre möglichen Auswirkungen auf das Preisniveau, zum anderen positive Produktions- und Beschäftigungseffekte von Umweltschutzmaßnahmen, die auch eine übersichtliche Zusammenstellung der direkt und indirekt in Baden-Württemberg für den Bereich des Umweltschutzes tätigen Personen beinhaltet. Schließlich wird auch versucht, die Kostenbelastung in den

¹ Vgl. z. B. R.-U. Sprenger unter Mitarbeit von G. Britschkat, Beschäftigungseffekte der Umweltpolitik, Schriftenreihe des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung Nr. 101, Berlin und München 1979, S. 12 und S. 131 ff. In dieser Untersuchung haben Sprenger und Britschkat Nettorechnungen lediglich im Sinne „modellhafter Alternativrechnungen“ durchgeführt, die nur bedingt zur Objektivierung der Frage nach positiv oder negativ überwiegenden Effekten der Umweltpolitik beitragen können.

einzelnen Branchen denjenigen Effekten gegenüberzustellen, die die Umweltschutzaktivitäten auf die jeweilige Produktionstätigkeit ausüben.

Wie unvollständig aber eine solche, rein auf Aspekte des Wirtschaftskreislaufs eingeeengte Betrachtung bleibt beziehungsweise aus Datengründen bleiben muß, möge folgendes Beispiel zeigen. Den Kosten, die bei der Wirtschaft im Rahmen der Lärmbekämpfung oder der Reinhaltung von Luft und Wasser anfallen, werden in dieser Untersuchung die Produktionsleistungen entgegeng gehalten, die bei der Errichtung entsprechender Anlagen und ähnlichem anfallen. Im Sinne einer vollständigen „Kosten-Nutzen-Analyse“ müßten aber auch diejenigen umweltschutzbedingten Effekte berücksichtigt werden, die beispielsweise durch eine Vermeidung der sonst anfallenden Gesundheitsschäden zu einer Senkung der Krankheitskosten oder über eine Steigerung der Produktivkräfte sogar zu einer allgemeinen Erhöhung des Wirtschaftswachstums beitragen können. Dieser Hinweis erscheint notwendig, um deutlich zu machen, daß der Stellenwert des Umweltschutzes im Rahmen einer Volkswirtschaft sich nicht nur auf die zur Zeit quantifizierbaren Effekte erstreckt, wie sie nachfolgend berechnet werden.

Gesamter privatwirtschaftlicher Bereich und Staat einbezogen

Um eine möglichst vollständige Erfassung dieser ökonomisch relevanten Effekte des Umweltschutzes zu erhalten, wird im privaten Bereich das gesamte Produzierende Gewerbe, also neben dem Verarbeitenden Gewerbe auch das Baugewerbe

Umweltschutzinvestitionen im Produzierenden Gewerbe

| Wirtschaftsbereiche ¹⁾ | | Umweltschutzinvestitionen insgesamt | Davon für | | | |
|-----------------------------------|------|-------------------------------------|-------------------|----------------|----------------|-----------------|
| | | | Abfallbeseitigung | Gewässerschutz | Lärmbekämpfung | Luftreinhaltung |
| 1000 DM | | | | | | |
| Energie | 1975 | 4 453 | 87 | 3 250 | 118 | 998 |
| | 1976 | 14 790 | 8 306 | 3 585 | 579 | 2 320 |
| | 1977 | 12 978 | 6 621 | 3 735 | 387 | 2 235 |
| Bergbau, Verarbeitendes Gewerbe | 1975 | 303 814 | 19 569 | 163 937 | 16 253 | 104 055 |
| | 1976 | 208 233 | 21 919 | 110 508 | 13 006 | 62 800 |
| | 1977 | 254 821 | 23 083 | 116 339 | 14 878 | 100 521 |
| Baugewerbe | 1975 | 16 874 | 6 450 | 822 | 7 488 | 2 114 |
| | 1976 | 5 972 | 1 052 | 704 | 1 686 | 2 530 |
| | 1977 | 7 382 | 868 | 657 | 2 783 | 3 074 |
| Produzierendes Gewerbe insgesamt | 1975 | 325 141 | 26 106 | 168 009 | 23 859 | 107 167 |
| | 1976 | 228 995 | 31 277 | 114 797 | 15 271 | 67 650 |
| | 1977 | 275 181 | 30 572 | 120 731 | 18 048 | 105 830 |

1) Energie: Betriebe; Bergbau und Verarbeitendes Gewerbe: Betriebe mit 20 und mehr Beschäftigten; Baugewerbe: Unternehmen mit 20 und mehr Beschäftigten.

und der Energiebereich einbezogen². Außerdem werden die sehr erheblichen Umweltaktivitäten des Staates mit aufgenommen. Die jeweils verwendeten Daten wurden aus verschiedenen Quellen zusammengesetzt, die nicht immer gleich aktuelles Datenmaterial liefern. Aus Gründen eines einheitlichen Bezugsjahres mußte darum für die nachfolgenden Berechnungen grundsätzlich das Jahr 1977 zugrundegelegt werden. Soweit jedoch für einzelne Sachverhalte aktuellere Daten vorliegen, werden sie vermerkt.

Einen Überblick über die Umweltschutzinvestitionen der Jahre 1975 bis 1977 im Produzierenden Gewerbe gibt *Tabelle 1*. Wie ein Vergleich mit den Daten der *Tabelle 2* zeigt, sind die Umweltschutzinvestitionen des privaten Bereichs bedeutend geringer als diejenigen des Staates – so betragen 1977 die Umweltschutzinvestitionen des Produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg 275 Mill. DM, dagegen diejenigen des Staates 1054 Mill. DM. Hierbei ist zu beachten, daß im staatlichen Bereich nur die – allerdings mit Abstand dominierenden – Ausgaben der Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände für die Aufgabenbereiche „Abfall- und Abwasserbeseitigung“ aufgeführt sind, nicht dagegen Ausgaben für andere umweltrelevante Aufgabenbereiche bzw. von anderen Umweltbehörden des Landes. Der Staat muß somit als derjenige Bereich angesehen werden, der aufgrund seiner traditionellen Bedeutung im Rahmen der Abfall- und Abwasserbeseitigung eindeutig die umfangreichsten umweltrelevanten Leistungen erbringt.

² Ebenfalls aus Gründen der Vollständigkeit wurden beim Verarbeitenden Gewerbe alle Betriebe mit mehr als 20 (in dem vorstehenden Beitrag: mehr als 50) Beschäftigten zugrundegelegt.

Tabelle 2

Umweltrelevante Personal-, ausgewählte Sachausgaben und Investitionen der Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände für Abwasser- und Abfallbeseitigung

| Ausgabearten | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1000 DM | | | | |
| Personalausgaben | 148 065 | 162 814 | 169 542 | 178 119 | 186 948 |
| Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand ¹⁾ | 193 378 | 228 825 | 265 988 | 273 996 | 330 967 |
| darunter | | | | | |
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens | 37 386 | 38 480 | 35 456 | 39 502 | 47 995 |
| Haltung von Kfz | 13 558 | 13 857 | 14 844 | 14 783 | 16 688 |
| Geschäftsausgaben | 16 353 | 17 423 | 19 424 | 18 678 | 18 194 |
| Investitionen | 1 028 950 | 877 037 | 1 058 878 | 1 053 675 | 1 355 575 |
| davon | | | | | |
| Erwerb von Grundstücken | 9 576 | 6 259 | 5 796 | 5 672 | 12 083 |
| Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens | 18 271 | 13 917 | 12 382 | 18 372 | 16 366 |
| Baumaßnahmen | 1 001 103 | 856 861 | 1 040 700 | 1 029 631 | 1 327 126 |
| Insgesamt | 1 370 393 | 1 268 676 | 1 494 408 | 1 505 790 | 1 873 490 |

1) Ohne "Zuweisungen und Zuschüsse" und "Sonstige Finanzausgaben".

In den nachfolgenden Untersuchungen werden *alle* für die jeweilige Fragestellung relevanten umweltschutzbedingten Ausgaben des privaten bzw. des öffentlichen Bereichs einbezogen. Hiervon sind die Umweltinvestitionen ein überaus gewichtiger Teil, doch müssen sowohl für die Ermittlung der Kostenbelastung wie für die Abschätzung der Produktions- und Arbeitplatzeffekte auch andere Ausgabenkategorien wie Personalausgaben und Unterhaltskosten einbezogen werden. Beispielsweise zeigt *Tabelle 2*, daß für den Staat 1977 allein an Personalausgaben (178 Mill. DM) und an sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwendungen (274 Mill. DM) Kosten entstanden sind, die zusammengekommen erheblich über den Umweltschutzinvestitionen des Produzierenden Gewerbes (275 Mill. DM) liegen; dabei sind Zuweisungen, Zuschüsse und sonstige Finanzausgaben des Staates im Bereich der Abfall- und Abwasserbeseitigung nicht enthalten, um entsprechende Doppelzählungen zu vermeiden.

Kostenbelastung im Privatgewerbe und bei Privathaushalten

Um einen Überblick darüber zu erhalten, welche Kosten der Umweltschutz verursacht, wird untersucht, wie stark das Privatgewerbe mit Umweltkosten belastet ist, wie sich diese Kostenbelastung auf das Preisniveau auswirken könnte und in welcher Höhe die privaten Haushalte Umweltkosten tragen müssen. Bei der Berechnung von Auswirkungen der Kosten auf das Preisniveau wird auf ein spezielles Schätzmodell zurückgegriffen, das die Preisüberwälzungseffekte auf allen möglichen Produktionsstufen bis hin zu den Endverbrauchern nachvollzieht.

Kostenbelastung im Produzierenden Gewerbe

Ausgangspunkt der Berechnungen sind die auf den jeweiligen Bruttoproduktionswert bezogenen umweltschutzinduzierten Kosten der einzelnen Branchen des Produzierenden Gewerbes. Diese Kosten werden im Sinne einer betrieblichen Kalkulation in Ansatz gebracht und umfassen nicht nur Abschreibungen auf die Umweltschutzinvestitionen, sondern auch Kosten für laufende Sachausgaben und Personalkosten (z.B. für Betrieb und Wartung), kalkulatorische Zinsen sowie öffentliche und private Gebühren für Leistungen im Sinne des Umweltschutzes. Die Erfassung beruht zum Teil auf offiziellen Erhebungen, zum Teil auf Schätzungen; bei alternativen Ergebnissen wurden die Werte immer mit dem höchsten Wert angesetzt³, so daß die folgenden Zahlen eine *Obergrenze* für die Kostenbelastung der baden-württembergischen Wirtschaft angeben. Sie belief sich für das gesamte Produzierende Gewerbe Baden-Württembergs im Jahr 1977 auf maximal 700 Mill. DM. Hiervon entfällt der größte Teil mit 420 Mill. DM oder 60% auf laufende Kosten, also Gebühren, Zinsen, Betriebs- und Wartungskosten. Sie sind mithin höher als die Investitionsleistungen für den Umweltschutz – ein Ergebnis, das schon anläßlich einer Befragung der Industrie- und Handelskammern Baden-Württembergs im Jahre 1972 festgestellt wurde⁴. Bezogen auf den Bruttoproduktionswert des Produzierenden

³ Vgl. im einzelnen die Ausführungen im Methodenanhang. Zugrundegelegt wurde für die Rechnung grundsätzlich das Jahr 1977. Zur Ermittlung der Abschreibungen auf Umweltschutzinvestitionen wurden die wertmäßig von Jahr zu Jahr schwankenden Investitionen als Durchschnitt der Jahre 1975 bis 1978 einbezogen.

⁴ Vgl. Presseinformationen der Gemeinschaft der Industrie- und Handelskammern in Baden-Württemberg, ohne Datum.

Gewerbes machen die gesamten umweltrelevanten Kosten 0,4% aus. Besonders hohe umweltschutzbewirkte Kosten je Produktionswert ergeben sich für die Herstellung von Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe, Papier- und Pappwaren (1,0%), für die Mineralölverarbeitung (0,9%), für die Herstellung von Steinen und Erden, Feinkeramik und Glas sowie für die Chemie (jeweils 0,7%).

Bei diesen Zahlen ist zu betonen, daß wegen des volkswirtschaftlichen Charakters der Modellrechnung zur Abschätzung der Preisüberwälzungseffekte die Umweltkosten auf den Produktionswert (oder den Umsatz aus eigener Erzeugung) des gesamten Produzierenden Gewerbes bzw. der gesamten jeweils betrachteten Branche bezogen wurde, also nicht nur auf den Produktionswert der mit Umweltkosten belasteten Betriebe. Aus diesem Grund liegen die Belastungsquoten trotz der umfassenderen Betrachtung der absoluten Umweltkosten niedriger als die im vorhergehenden Abschnitt berechneten Umweltkosten je Umsatz (0,62%), bei denen nur der Umsatz der umweltschutzinvestierenden Betriebe als Bezugsgröße diente. Schon hieraus wird deutlich, daß einzelne Betriebe insbesondere des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes weit stärker durch Umweltkosten belastet sein können.

Auswirkungen auf die Verbraucherpreise

Geht man davon aus, daß die umweltschutzinduzierten Kosten von den Firmen des Produzierenden Gewerbes weitergegeben werden, so führen sie zu Preissteigerungen und damit auch zu Belastungen der privaten Haushalte. Um diese Belastung ebenfalls in ihrem maximalen Umfang abzuschätzen, wird davon ausgegangen, daß diese Umweltkosten vollständig auf die Preise überwältzt werden, und zwar nicht nur bei den direkt mit Umweltkosten belasteten Betrieben, sondern auch bei den Abnehmern dieser Produkte, wiederum bei deren Abnehmern usw.. Die Abschätzung dieser Überwälzungseffekte wird möglich durch den Einsatz der Input-Output-Analyse. Da in der Input-Output-Tabelle die Verflechtungsbeziehungen der einzelnen Produktionsbereiche Baden-Württembergs erfaßt sind, ist das betreffende Modell in der Lage, den Überwälzungsvorgang über alle Stufen hinweg nachzuvollziehen. So wird – dargestellt am Beispiel des Papier- und Pappgewerbes – zunächst eine Erhöhung der Erzeugerpreise bei der Papier- und Papperzeugung und -verarbeitung um 1,0% angenommen; dies entspricht dem oben angegebenen Umweltkostenanteil dieser Branche. Weiterhin wird davon ausgegangen, daß entsprechend den jeweiligen Kostenstrukturen auch die Erzeugerpreise derjenigen Branchen zunehmen, welche die jetzt teureren Papiererzeugnisse benötigen (wie z. B. Druckereien) und ebenso, daß die Abnehmer von Druckereierzeugnissen (z. B. Verlage) ihre

Preise erhöhen werden⁵. Im übrigen wird unterstellt, daß nicht nur die baden-württembergischen, sondern auch die von anderen Bundesländern und dem Ausland gelieferten Produkte auf allen Stufen einer gleichhohen Umweltkostenbelastung unterworfen sind, was ebenfalls das Ergebnis der Preisüberwälzungseffekte eher überschätzt.

Als Ergebnis dieser Berechnungen zeichnet sich ab, daß die gesamten Auswirkungen solcher Preiseffekte auf die Verbraucherpreise relativ bescheiden einzuschätzen sind. So würde eine Verdoppelung aller Umweltkosten die Verbraucherpreise um maximal 0,5 Prozent pro Jahr erhöhen, obwohl die Schätzungen sowohl der branchenspezifischen Kostenbelastung im Produzierenden Gewerbe als auch der Überwälzungsvorgänge großzügig angesetzt sind. Daraus ist zu schließen, daß den Preiseffekten, die von der umweltinduzierten Kostenbelastung im Produzierenden Gewerbe ausgehen, ein relativ geringes Gewicht im Rahmen des Verbraucherbudgets zukommt.

Gesamtbelastung der privaten Haushalte mit Umweltkosten

Bei dieser Quote von 0,5% der Ausgaben für den privaten Verbrauch handelt es sich gewissermaßen um Effekte einer umweltinduzierten Kostenbelastung, die der Verbraucher über Preissteigerungen bezahlen muß. Hinzu kommen noch die vom Verbraucher direkt zu entrichtenden Abwasserabgaben und Müllbeseitigungsgebühren. Da diese Ausgaben bei den Haushalten nicht statistisch erhoben werden, werden sie hier unter Rückgriff auf Unterlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung und der Gemeindefinanzstatistik geschätzt. Danach dürfte die entsprechende Kostenbelastung im Rahmen des Privaten Verbrauchs bei maximal 0,7% liegen. Insgesamt, also unter Berücksichtigung sowohl der direkt aufgrund von Müll- und Abwasserbeseitigungsgebühren zu bezahlenden als auch indirekt über die Preissteigerungen anfallenden Kosten ist dem Umweltschutz eine Belastung des Budgets der privaten Haushalte zuzurechnen, die mit hoher Wahrscheinlichkeit unter 1,2% liegt.

Hinzu kommen allerdings noch umweltschutzbezogene staatliche Ausgaben, die über Steuern und Kredite finanziert und damit zum Teil ebenfalls von den Privathaushalten entrichtet werden müssen. Für diese Finanzierungsart kann naturgemäß keine entsprechende Einnahmen-/Ausgabenzuordnung erfolgen. Interessant erscheint allerdings in diesem Zusammenhang, daß die in *Tabelle 2 und im Anhang, Tabelle 21* ausgewie-

⁵ Vgl. hierzu eine ähnlich gelagerte Untersuchung über die Überwälzungseffekte der Rohölverteuerung – W. Münzenmaier, Rohölverteuerung und Preisentwicklung in den siebziger Jahren, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 2/1980.

senen Sach- und Personalausgaben nach den Daten der Gemeindefinanzstatistik bei der Abfallbeseitigung voll über Verwaltungs- und Benutzungsgebühren aufgebracht werden können, bei der Abwasserbeseitigung aber nur zu weniger als der Hälfte. Beispielsweise ergab sich für den gesamten Umweltbereich der Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände 1977 ein nicht über Gebühren gedeckter Betrag, der um gut 200 Mill. DM unter den Einnahmen aus Abfall- und Abwassergebühren (865 Mill. DM) lag.

Auswirkungen des Umweltschutzes auf Produktion und Beschäftigung

Durch die Übernahme von Umweltschutzaufgaben in Staat und Wirtschaft werden auch Auswirkungen auf die Produktionstätigkeit und damit auf die Beschäftigung erzielt. Bei den Beschäftigten ist zusätzlich zu den *direkt* im Umweltschutzbereich Tätigen (z. B. Klärwärter, Müllkutscher, Versuchsingenieure) auch an diejenigen zu denken, die in den Betrieben der Wirtschaft Güter und Dienste für den Umweltschutz bereitstellen und damit *indirekt* mit Umweltaufgaben betraut sind. Beispielsweise gehören hierzu im Rahmen des Baus eines Klärwerkes zum einen Architekten, Bauhandwerker und Pumpenhersteller, zum anderen aber auch die Beschäftigten in deren Zulieferfirmen, die beispielsweise Rohre und Zement erzeugen oder Energie- und Forschungsleistungen erbringen. Eine Abschätzung dieser Beschäftigteneffekte steht im Vordergrund der nachfolgenden Untersuchung.

Zur Erfassung der direkten Beschäftigteneffekte kann auf Personalstandsstatistiken, Beschäftigtenstatistiken und einschlägige Erhebungen zurückgegriffen werden. Zur Abschätzung der indirekten Beschäftigteneffekte werden zunächst Produktionseffekte berechnet, die sich dann in Arbeitsplätze umrechnen lassen. Analog einer vergleichbaren Untersuchung auf Bundesebene wird hierfür eine sogenannte „umweltschutzinduzierte Bruttoproduktion“ ermittelt⁶. Sie setzt sich zusammen aus der unmittelbaren Belieferung der Wirtschaft mit Gütern und Diensten für die Investitionen und den Betrieb von Umweltschutzeinrichtungen (umweltschutzinduzierte Endproduktion) sowie aus den

hiervon ausgehenden mittelbaren Effekten auf vorgelagerte Produktionsbereiche; diese Zuliefereffekte werden als umweltschutzinduzierte Vorleistungsproduktion bezeichnet. Die Berechnung der Vorleistungsproduktion erfolgt wiederum über die im Rahmen eines Input-Output-Modells erfaßten Verflechtungsbeziehungen⁷. Damit kann beispielsweise nachvollzogen werden, in welchem Umfang Zuliefereffekte bei den verschiedenen Branchen anfallen. So benötigt z. B. das Baugewerbe für Bauleistungen an einem Klärwerk Steine und Erden, zu deren Herstellung wiederum Energieleistungen erforderlich sind. Oder es erfordert die Herstellung einer Pumpe den Einbau von Meßgeräten, für deren Produktion wiederum elektrotechnische Einbauteile benötigt werden, die ihrerseits Leitmaterial aus Kupfer erfordern usw..

Sowohl die Bereitstellung der Güter und Dienste für den Umweltschutz (umweltschutzinduzierte Endproduktion) als auch der hierfür erforderlichen Vorprodukte (umweltschutzinduzierte Vorleistungsproduktion) kann durch Betriebe innerhalb oder außerhalb Baden-Württembergs erfolgen. Insbesondere im Hinblick auf die Umrechnung dieser Produktions- in Beschäftigteneffekte ist es deshalb auch erforderlich, die regionale Herkunft der jeweiligen Umweltschutzprodukte zu bestimmen. Grundlage der gesamten Schätzungen waren Angaben von Experten (v. a. VEDEWA), Daten aus einer vergleichbaren Rechnung für das Bundesgebiet⁸ und Unterlagen aus der Input-Output-Rechnung Baden-Württemberg.

Umweltschutzinduzierte Produktionseffekte

Die umweltschutzinduzierte *Endproduktion* entspricht den Sachausgaben des privaten und öffentlichen Bereichs für Investitionen und laufende Unterhaltung. Zu den laufenden Sachaufwendungen gehören beispielsweise Reparatur- und Energieleistungen im Rahmen des Betriebs eines Klärwerkes. Nicht zu den Sachausgaben zählen die bei der Ermittlung der Kostenbelastung ebenfalls berücksichtigten Personalausgaben, Steuern und Zinsen. Im Rahmen der Investitionen wird der Erwerb von Grundstücken außer Ansatz gelassen, da hierfür keine Produktionsleistungen anfallen. Der öffentliche Sektor umfaßt wie bisher die kommunalen Aufgabenbereiche Abfall- und Abwasserbeseitigung. Zur Privatwirtschaft gehören neben Firmen des Produzierenden Gewerbes mit Umweltschutzaufwendungen auch die privaten Entsorgungsunternehmen, die ebenfalls mit ihren Investitionen (z. B. spezielle Nutzfahrzeuge) und ihren laufenden Sachaufwendungen einbezogen werden.

⁷ Zur Berechnung solcher Effekte vgl. W. Münzenmaier, Wirtschaftliche Verflechtung Baden-Württembergs 1972, in: Baden-Württemberg in Wort und Zahl, Heft 5/1980.

⁸ Vgl. R.-U. Sprenger/G. Britschkat, a. a. O.

⁶ Vgl. R.-U. Sprenger/G. Britschkat, a. a. O. Alternativ zu diesem „nachfrageorientierten Ansatz“ wäre es auch möglich, die Ergebnisse eines sogenannten „angebotsorientierten Ansatzes“ zu übernehmen, der den Weg einer direkten Befragung geht. Obwohl es im Rahmen einer Bundeserhebung des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft am Wissenschaftszentrum Berlin entsprechende Daten auch für Baden-Württemberg gibt, wird hierauf nicht Bezug genommen, da die Ergebnisse, wie die Autoren selbst eingestehen, stark überschätzt sind, wofür mehrere Gründe eine Rolle spielen. Vgl. A. A. Ullmann/K. Zimmermann, Beschäftigung und Beschäftigungsentwicklung in der Umweltindustrie in der Bundesrepublik und den einzelnen Bundesländern, Diskussionspapier des Internationalen Instituts für Umwelt und Gesellschaft, Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 1981, unveröffentlicht, sowie A. A. Ullmann/K. Zimmermann, Strukturelle Aspekte des Umweltschutzes: Die Umweltindustrie, in: Wirtschaftsdienst X/1980, insbesondere S. 515.

Tabelle 3

Sachaufwendungen für den Umweltschutz 1977

| Bezeichnung | Mill. DM | % |
|--|----------|------|
| Sachausgaben insgesamt | 1 629,6 | 100 |
| nach Ausgabegruppen | | |
| Öffentliche Investitionen | 1 048,0 | 64,3 |
| Private Investitionen | 279,1 | 17,1 |
| Öffentliche laufende Aufwendungen | 250,5 | 15,4 |
| Private laufende Aufwendungen | 52,0 | 3,2 |
| nach Lieferbereichen | | |
| Land- und Forstwirtschaft | 1,4 | 0,1 |
| Energie, Bergbau | 99,2 | 6,1 |
| Chemie, Mineralöl, Kunststoff, Gummi, Steine und Erden | 83,2 | 5,1 |
| Eisen, Stahl, Metalle | 17,2 | 1,1 |
| Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau | 323,6 | 19,9 |
| Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren | 106,7 | 6,5 |
| Holz, Papier, Druck, Leder, Textil, Bekleidung | 4,3 | 0,3 |
| Nahrungs- und Genußmittel | 0,2 | 0,0 |
| Bauten | 938,6 | 57,6 |
| Handel | 6,2 | 0,4 |
| Verkehr, Nachrichtenübermittlung | 6,0 | 0,4 |
| Sonstige Dienstleistungen | 43,0 | 2,6 |
| nach der regionalen Herkunft | | |
| Aus | | |
| Baden-Württemberg | 1 290,9 | 79,2 |
| anderen Bundesländern und dem Ausland | 338,7 | 20,8 |

Wie *Tabelle 3* für das Jahr 1977 zeigt, entfällt der Großteil (64%) dieser Sachausgaben auf öffentliche Investitionen für den Bereich Abfall- und Abwasserbeseitigung. An zweiter Stelle folgen etwa gleichauf mit je 15-17% die laufenden Aufwendungen des Staates und die Investitionen der Privatwirtschaft. Schließlich kommen noch die laufenden Sachaufwendungen der privaten Seite (3%) hinzu. In ihrer produktmäßigen Zusammensetzung entfallen rund 58% dieser umweltschutzbezogenen Sachausgaben auf Leistungen des Bauhaupt- und Ausbaugewerbes, die vor allem für die Erstellung öffentlicher Umweltschutzinvestitionen benötigt werden. Lieferungen des Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbaus als typische Investitionsgüterbranchen umfassen etwa 20%; jeweils zwischen 5 und 7% entfallen auf die drei Bereiche „Energie und Bergbau“, „Elektrotechnik, Feinmechanik und Optik, EBM-Waren“ sowie „Chemie, Mineralöl, Kunststoffe, Gummi, Steine und Erden.“

Insbesondere wegen der großen Bedeutung des Baugewerbes bei den öffentlichen Umweltschutzinvestitionen, aber auch wegen der nicht unerheblichen Relevanz Baden-Württembergs im Rahmen

der sogenannten Umweltindustrie⁹ wird ein beträchtlicher Teil (etwa vier Fünftel) dieser Nachfrage Baden-Württembergs nach umweltschutzinduzierten Gütern und Diensten in Betrieben des Landes wirksam (*Tabelle 3*). Diese umweltschutzinduzierte Endproduktion in Höhe von 1,3 Mrd. DM bewirkt nach diesen Schätzungen in Baden-Württemberg Zuliefereffekte im Rahmen der umweltschutzinduzierten Vorleistungsproduktion im Werte von 0,5 Mrd. DM. Damit wurde durch die Sachausgaben für Belange des Umweltschutzes 1977 in Baden-Württemberg eine *Bruttoproduktion* im Werte von 1,8 Mrd. DM angeregt. Dies entspricht ungefähr dem Umsatz der Wirtschaftszweige Stahl- und Leichtmetallbau, Schienenfahrzeuge (1,699 Mrd. DM) oder Musikinstrumente, Spielwaren, Schmuckwaren etc. (1,825 Mrd. DM) im Jahre 1977.

Umweltschutzinduzierte Beschäftigteneffekte

Indirekte Beschäftigteneffekte

Durch die Bereitstellung von Gütern und Diensten für Zwecke des Umweltschutzes in Höhe von 1,8 Mrd. DM werden bei den betreffenden Wirtschaftsbereichen auch entsprechende Beschäftigteneffekte erzielt, die gewissermaßen indirekt auf den Umweltschutz zurückzuführen sind. Rechnet man die so ermittelten umweltschutzinduzierten Bruttoproduktionswerte über sektorspezifische Produktivitätsziffern in Beschäftigteneffekte um, so ergibt sich, daß die Sachausgaben für den Umweltschutz einschließlich der Zuliefereffekte eine Beschäftigung in Baden-Württemberg in Höhe von 17600 Personen bewirkten. Der größte Anteil entfällt, wie *Tabelle 4* zeigt, auf das Baugewerbe (7000 Personen oder 40%); das Verarbeitende Gewerbe ist mit 6400 Personen oder 36% betroffen, und die Dienstleistungen mit immerhin noch 3800 Personen (22%). Dabei ist interessant, daß vor allem die Dienstleistungen, aber auch das Verarbeitende Gewerbe mehr über die Zuliefereffekte von den Umweltschutzleistungen profitieren: nach dieser Rechnung belaufen sich die Beschäftigteneffekte im Rahmen der Vorleistungsproduktion auf jeweils 3300 Personen. Demgegenüber erlangte das Baugewerbe seine dominierende Stellung fast ausschließlich über die Investitionen, die zur Endproduktion zählen.

⁹ Nach der erwähnten Erhebung von Ullmann und Zimmermann entfiel 1977 von den Beschäftigten der sogenannten Umweltindustrie des Verarbeitenden Gewerbes in der Bundesrepublik ungefähr ein Fünftel auf Baden-Württemberg – vgl. A. A. Ullmann/K. Zimmermann, Beschäftigungsentwicklung in der Umweltschutzindustrie in der Bundesrepublik Deutschland und den einzelnen Bundesländern, *Tabelle 3*.

Tabelle 4

Durch Sachausgaben für den Umweltschutz bewirkte Beschäftigteneffekte 1977

| Wirtschaftsbereiche | Umweltschutzinduzierte Beschäftigteneffekte | | | | | |
|---|---|------|------------------------|------|---------------|------|
| | insgesamt | | davon für | | | |
| | | | Vorleistungsproduktion | | Endproduktion | |
| | Personen | % | Personen | % | Personen | % |
| Insgesamt | 17 600 | 100 | 6 900 | 100 | 10 700 | 100 |
| davon | | | | | | |
| Baugewerbe | 7 000 | 39,8 | 100 | 1,4 | 6 900 | 64,5 |
| Verarbeitendes Gewerbe | 6 400 | 36,4 | 3 300 | 47,8 | 3 100 | 29,0 |
| Dienstleistungen | 3 800 | 21,6 | 3 300 | 47,8 | 500 | 4,7 |
| Land- und Forstwirtschaft, Energie, Bergbau | 400 | 2,3 | 200 | 2,9 | 200 | 1,9 |

Direkte Beschäftigteneffekte

Neben den Personen, die in der privaten Wirtschaft Güter und Dienste für den Umweltschutz bereitstellen und somit indirekt vom Umweltschutz abhängen, gibt es wie erwähnt auch Personen, die beim Staat oder bei der Privatwirtschaft direkt mit Aufgaben des Umweltschutzes betraut sind. Zur Abschätzung des Umfangs dieses Personenkreises müssen Daten aus unterschiedlichen Statistiken sowie Einzelinformationen und Schätzungen herangezogen und gegeneinander abgewogen werden¹⁰

Im einzelnen werden die Beschäftigten nach vier Umweltaufgaben unterschieden:

- Beamte, Angestellte und Arbeiter der Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände in den Aufgabenbereichen „Abfall- und Abwasserbeseitigung“.

In diesem Bereich sind zur Zeit etwa 4500 Personen beschäftigt.

- Selbständige, Angestellte und Arbeiter bei Privatunternehmen der Abfall- und Abwasserentsorgung.

Dieser Bereich umfaßt etwa 2000 Beschäftigte.

- Beamte, Angestellte und Arbeiter im Bereich der Planung, der Verwaltung und des Vollzugs öffentlicher Umweltaufgaben; hierzu zählen beispielsweise Beamte und Angestellte in den Umweltaufgaben der Landesministerien, die Beschäftigten der Landesanstalt für Umweltschutz sowie mit Umweltaufgaben betraute Personen bei den Gewerbeaufsichtsämtern, den Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege, den Gemeinden und Landkreisen, den Regierungspräsidien usw..

Nach Schätzungen aufgrund von Einzelinformationen der Ministerien sowie Ergebnissen einer Erhebung aus dem Jahre 1978 bei allen staatlichen Stellen dürften zu dieser Gruppe etwa 4700 Personen zu rechnen sein.

- Selbständige, Angestellte und Arbeiter, die in der Industrie mit Umweltaufgaben beschäftigt sind; zu den entsprechenden Aufgabengebieten zählen nach der hier vorgenommenen Abgrenzung Betrieb, Instandhaltung und Reparatur von Umweltschutzeinrichtungen, Messen und Überwachen der Umweltbelastung, Erprobung und Entwicklung umweltschonender Produkte und Fertigungsverfahren.

Nach Schätzungen aufgrund einer Erhebung für das Bundesgebiet dürften mit diesen Aufgaben in Baden-Württemberg ungefähr 3000 Personen betraut sein.

Insgesamt dürften nach dieser Zusammenstellung in Baden-Württemberg etwa 14200 Personen direkt mit Umweltaufgaben betraut sein.

Einordnung und Bewertung der Beschäftigteneffekte

Die Ergebnisse zeigen also für die indirekten Beschäftigteneffekte mit zusammen rund 17600 Personen etwas höhere Werte als für die direkten, die sich auf 14200 Personen belaufen.

Tabelle 5

Zusammenstellung der durch Umweltschutzausgaben bewirkten Beschäftigteneffekte 1977

| Beschäftigtengruppe | Personen | % |
|---|----------|------|
| Direkt mit Umweltaufgaben Beschäftigte | 14 000 | 44,3 |
| Indirekt mit Umweltaufgaben Beschäftigte | 17 600 | 55,7 |
| davon mit der | | |
| Bereitstellung von Gütern und Diensten für den Umweltschutz | 10 700 | 33,0 |
| Bereitstellung von Vorleistungsprodukten (Zulieferungen) | 6 900 | 21,8 |
| Insgesamt | 31 600 | 100 |

¹⁰ Vgl. im einzelnen die Ausführungen im Anhang.

Vergleicht man diese Werte mit den Beschäftigtenzahlen einiger nicht unbedeutender Branchen des Verarbeitenden Gewerbes in Baden-Württemberg – z. B. NE-Metallgewerbe (1977: 10600 Beschäftigte), Uhrenherstellung (16800), Lederverarbeitung (14700), Gummiverarbeitung (12800), so zeigen sich für jeden der beiden Effekte doch beachtliche Größenordnungen. Beide Effekte zusammengenommen übertreffen mit ungefähr 31800 Beschäftigten sogar den Beschäftigtenstand von Steine und Erden (1977: 27400), Holz-möbelherstellung (24700) oder Druckereien (30800).

Im Verhältnis zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen Baden-Württembergs (1977: 4,058 Mill. Personen) machen die dem Umweltschutz zuzurechnenden Beschäftigten gerade 0,8% aus. Daraus wird ersichtlich, daß auch bei einem steigenden Personalbedarf, der sowohl für die gewerbliche als auch für die öffentliche Wirtschaft für die nächsten Jahre angenommen wird¹¹, der Umweltbereich in globaler Hinsicht keine wesentliche Arbeitsmarktentlastung bringen dürfte.

Dies schließt allerdings nicht aus, daß in einigen Branchen durch die Produktion von Umweltschutzleistungen nicht unerhebliche Wachstumsfelder entstehen, die dort auch beträchtliche Beschäftigteneffekte nach sich ziehen können. Neben speziellen Branchen der sogenannten „Umweltindustrie“ im Verarbeitenden Gewerbe (z. B. Maschinen zur Müllverbrennung oder spezielle Nutzfahrzeuge) ist hierzu auch das Baugewerbe zu zählen; immerhin erreichen die oben abgeschätzten 7000 Personen, die in diesem Wirtschaftsbereich Güter und Dienste für den Umweltschutz erbringen, etwa 2,8% der Gesamtbeschäftigtenzahl Baden-Württembergs, was einen nicht unbedeutlichen Beitrag zur Verstärkung des Wachstums dieser Branche bedeuten kann.

Versuch einer Bilanzierung von Produktions- und Kosteneffekten

Das Baugewerbe gehört eindeutig zu denjenigen Branchen, die von den Umweltschutzaktivitäten profitieren. So lagen dort die Ausgaben für Umweltschutzinvestitionen 1977 bei 7,4 Mill. DM (Tabelle 1); auch unter großzügiger Ansetzung weiterer umweltschutzinduzierter Kosten dürfte damit die Gesamtbelastung die positiven Produktionseffekte (938,6 Mill. DM, Tabelle 3) bei weitem nicht

aufwiegen¹². Umgekehrt verhält es sich beim Bereich „Holz, Papier, Druck, Leder, Textil und Bekleidung“. Für diesen Produktionsbereich betragen die von den Umweltschutzaktivitäten Baden-Württembergs ausgehenden (positiven) Produktionseffekte sogar unter Einschluß von Lieferungen aus anderen Bundesländern und dem Ausland nur 4,3 Mill. DM und damit viel weniger als die allein von den Umweltschutzinvestitionen ausgehenden Belastungen dieser Branchen (1977: 68,7 Mill. DM). Vielleicht etwas überraschend gehört so gesehen der Bereich „Chemie, Mineralöl, Kunststoff, Gummi, Steine und Erden“ trotz hoher Aufwendungen für Umweltschutzinvestitionen (1977: 91,0 Mill. DM) nicht zu den großen „Verlierern“, da an positiven Produktionseffekten 83,2 Mill. DM gegenüberstehen, die vornehmlich die Mineralölverarbeitung und die Chemie betreffen und aus laufenden Sachausgaben resultieren. Die Branchen dieses Bereichs gehörten außerdem zu den wichtigsten Zulieferern für die umweltschutzinduzierte Endproduktion, wobei insbesondere „Steine und Erden“ als Lieferant für das Baugewerbe hervorzuheben ist. Insofern sind für eine entsprechende Bilanzierung positiver und negativer Produktionseffekte auf der einen Seite zwar sicherlich weitere große laufende Umweltkosten bei diesen Branchen anzusetzen, denen auf der anderen Seite aber nicht unbedeutliche Zuliefereffekte für Umweltschutzvorhaben gegenüberstehen. Schließlich dürften auch beim Bereich „Stahl-, Maschinen- und Fahrzeugbau“ die positiven Effekte überwiegen; auch wenn die insbesondere für die Umweltinvestitionen in Baden-Württemberg benötigten Produkte dieses Bereichs zum Teil auch aus anderen Wirtschaftsgebieten geliefert werden, so haben sie doch einen Umfang von zusammen 323,6 Mill. DM, der den Aufwand für Umweltschutzinvestitionen beträchtlich übertrifft (43,9 Mill. DM). Ähnliches gilt auch für den Bereich „Elektrotechnik, Feinmechanik, EBM-Waren“ mit positiven Produktionseffekten von 106,7 Mill. DM und Aufwendungen für Umweltinvestitionen in Höhe von 28,7 Mill. DM.

Während für einzelne Produktionsbereiche anhand eines Vergleichs zwischen den Aufwendungen für eigene Umweltschutzinvestitionen und den auf sie entfallenden positiven umweltschutzinduzierten Produktionseffekten der ersten Stufe nur grobe und unvollständige Anhaltspunkte im Sinne einer Bilanzierung gegeben werden können, ist für das gesamte Produzierende Gewerbe in Baden-Württemberg eine vollständigere Gegenüberstellung möglich. Danach standen im Jahre 1970 der erwähnten Kostenbelastung in Höhe von maximal

¹¹ Vgl. R.-U. Sprenger/G. Britschkat, a. a. O., S. 78 f. und Hagen Counselling, Analyse der Bedarfsstrukturen von Aus- und Fortbildung im Umweltbereich, Gutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes, Köln 1978, S. 163 ff.

¹² In diesen Sachaufwendungen im Sinne der Endproduktion sind auch Leistungen eingeschlossen, die Baufirmen anderer Bundesländer oder des Auslands in Baden-Württemberg erbringen. Sie sind jedoch aller Erfahrungen nach recht bescheiden.

700 Mill. DM, die auch die gesamten laufenden Kosten einbezieht, umweltschutzinduzierte Produktionseffekte unter Einschluß aller Zulieferleistungen im Werte von 1640 Mill. DM gegenüber¹³. Somit überwiegen – gemessen an Kosten bzw. Produktionsleistungen – per Saldo die positiven Effekte um immerhin rund 940 Mill. DM, was vornehmlich auf die großen staatlichen Umweltschutzaktivitäten zurückzuführen ist, die entsprechend hohe Produktionstätigkeiten im privaten Gewerbe anregen. Zu den 1640 Mill. DM für das Produzierende Gewerbe kommen noch zusammen rund 280 Mill. DM an Produktionseffekten bei den Dienstleistungen (vor allem Architekten und Forschungsinstitute) sowie bei der Land- und Forstwirtschaft dazu.

Zusammenfassung

- In der vorliegenden Untersuchung werden die Auswirkungen von Umweltschutzaktivitäten auf die verschiedenen Komponenten des volkswirtschaftlichen Kreislaufs untersucht, um so einige Aspekte der Bedeutung des Umweltschutzes im Rahmen der Volkswirtschaft aufzeigen zu können. Die Studie beschränkt sich jedoch allein auf quantifizierbare Effekte. So können mögliche negative wirtschaftliche Effekte nicht ermittelt werden. Außerdem müssen auch Gesichtspunkte außer acht lassen, die sich bei erfolgreichen Umweltmaßnahmen langfristig positiv auf Wirtschaft und Gesellschaft auswirken, so zum Beispiel geringere Krankenkosten oder Steigerung der Produktivkräfte durch bessere Umweltbedingungen.
- Um die ökonomischen Auswirkungen umweltschutzbezogener Maßnahmen in ihrer Gesamtheit erfassen zu können, müssen neben den Umweltschutzinvestitionen des Produzierenden Gewerbes alle laufenden privaten Sach- und Personalaufwendungen sowie die staatlichen Aktivitäten (Investitionen und laufende Ausgaben) einbezogen werden.
- Im Produzierenden Gewerbe übertreffen die laufenden Aufwendungen für den Umweltschutz (1977: 420 Mill. DM) größenordnungsmäßig die Investitionen (275 Mill. DM).
- Umgekehrt liegen im staatlichen Bereich die Investitionen für den Umweltschutz (1977: 1,054 Mrd. DM) deutlich über den laufenden Ausgaben für Personal- sowie sächlichen Verwaltungs- und Betriebsaufwand (452 Mill. DM).

- Die staatlichen Investitionsleistungen für den Umweltschutz sind in allen Jahren bedeutend höher als diejenigen des Produzierenden Gewerbes. Im Jahre 1977 betrug die Relation 1,054 Mrd. DM (Staat) zu 275 Mill. DM (Produzierendes Gewerbe).
- Bei großzügiger Kalkulation belaufen sich die auf den Umweltschutz zurückzuführenden Kosten im Produzierenden Gewerbe auf 0,4% des Bruttoproduktionswertes. Sie sind bei einzelnen Branchen jedoch beträchtlich höher, so bei Holzschliff, Zellstoff, Papier und Pappe (1,0%), bei der Mineralölverarbeitung (0,9%) und bei der Chemie (0,8%).
- Unter der Annahme, daß diese Umweltkosten über alle Produktionsstufen hinweg voll auf die Endverbraucher weitergewälzt werden, würde eine Verdoppelung aller umweltschutzinduzierten Kosten zu einer Erhöhung der Verbraucherpreise um maximal 0,5 Prozent führen.
- Die durch Umweltschutzaktivitäten angeregten Produktionseffekte beliefen sich im Lande 1977 auf 1,8 Mrd. DM.
- Mit Umweltschutzaufgaben waren 1977 in Baden-Württemberg in Staat und Gewerbe direkt etwa 14200 Personen beschäftigt. Hinzu kommen rund 17600 Erwerbstätige, die Umweltschutzeinrichtungen herstellen sowie die hierfür erforderlichen Vorprodukte (Güter und Dienste) erzeugen. Die Beschäftigteneffekte von zusammen 31800 Personen entsprechen ungefähr der Beschäftigtenzahl im Druckereigewerbe.
- Eine große Anzahl der umweltschutzinduzierten Beschäftigten ist im Baugewerbe tätig (7000 Erwerbstätige). Das Baugewerbe dürfte auch diejenige Branche sein, die im Sinne einer Bilanzierung von Belastungs- und (positiven) Produktionseffekten am meisten von den Umweltschutzaktivitäten profitiert.

¹³ Diese Zahl ist in den Tabellen nicht aufgeführt. Sie entspricht den in Tabelle 4 ausgewiesenen umweltschutzinduzierten Beschäftigteneffekten für das Baugewerbe (7000 Erwerbstätige), das Verarbeitende Gewerbe (6400 Erwerbstätige) sowie Energie und Bergbau (200 Erwerbstätige).

5. Fortschreitende Konzentration in der Landwirtschaft

Die seit Anfang der fünfziger Jahre zu beobachtende Konzentration in der Landwirtschaft, in deren Verlauf die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe mit 0,5 und mehr ha LF allein bis Anfang der siebziger Jahre auf fast die Hälfte zurückging, hat sich im letzten Jahrzehnt in einem zunächst kaum für möglich gehaltenen Ausmaß fortgesetzt: Anlässlich der LZ 1979 zählte man nur noch 174000 Betriebe oder 44% des Ausgangsbestands von 1949 (394000). Leider kann die Entwicklung in dieser Form statistisch nicht weiter verfolgt werden, weil die untere Darstellungsgrenze für den Betriebsgrößennachweis inzwischen durch Bundesgesetz angehoben wurde.¹ Eine langfristige Beobachtung des Strukturwandels muß daher auf Betriebe mit 1 und mehr ha LF beschränkt bleiben, wodurch immerhin ein Siebtel des gegenwärtigen Betriebsbestands – in erster Linie Spezialkultur- und Feierabendbetriebe oder Rest-Wirtschaftseinheiten von inzwischen abgestockten, ehemals größeren Betrieben – unberücksichtigt bleibt.

¹ Gesetz über Bodennutzungs- und Flächenerhebung in der Fassung vom 21.8.1970 (BGBl I, S. 1509).

Bei den Betrieben mit 1 und mehr ha LF stellt sich der zahlenmäßige Rückgang aber nicht weniger eindrücklich dar: Von den 324000 Betrieben ab 1 ha LF des Jahres 1949 waren 1979 lediglich 142000 (-56,2%) und 1980 nurmehr 138200 (-57,1%) vorhanden.

Offenbar hatte sich die historisch gewachsene Agrarstruktur unseres Landes in den letzten Jahrzehnten nicht nur vorübergehend anderen Rahmenbedingungen anzupassen, sondern ist unter dem Druck einer fast permanenten Einkommensdisparität binnen einer Generation in den Sog eines Konzentrationsprozesses von säkularem Ausmaß geraten, der zunächst überwiegend kleinbäuerliche Betriebe und Kleinbetriebe erfaßte und inzwischen zunehmend auch mittelbäuerliche Betriebe einschließt (*Tabelle 1*). So schrumpfte die Gruppe der Kleinbetriebe (1 bis unter 2 ha LF) von 1949 bis 1980 um 64%, die der kleinbäuerlichen von 5 bis unter 10 ha LF um 65% und die der Betriebe von 2 bis unter 5 ha LF sogar um 75%. Die Zahl der mittelbäuerlichen Betriebe (10 bis unter 20 ha LF) ermäßigte sich dagegen nur um 8%, während die der großbäuerlichen und Großbetriebe auf das Zweieinhalbfache anstieg. Aus dieser gegenläufigen Entwicklung resultierte eine bemerkenswerte

Tabelle 1

Strukturentwicklung der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe und Flächen ab 1 ha

| Jahr | Betriebe ab 1 ha LF insgesamt | Davon mit einer LF von ... bis unter ... ha | | | | | | |
|---|-------------------------------|---|-------|--------|---------|---------|---------|-------------|
| | | 1 – 2 | 2 – 5 | 5 – 10 | 10 – 20 | 20 – 30 | 30 – 50 | 50 und mehr |
| Betriebe (in 1000) | | | | | | | | |
| 1949 | 324 | 70 | 134 | 79 | 32 | 6 | 2 | 1 |
| 1960 | 266 | 56 | 90 | 72 | 39 | 6 | 2 | 1 |
| 1965 | 244 | 52 | 78 | 62 | 42 | 7 | 2 | 1 |
| 1967 | 230 | 49 | 70 | 57 | 43 | 8 | 2 | 1 |
| 1969 | 216 | 45 | 63 | 52 | 43 | 10 | 2 | 1 |
| 1971 | 180 | 33 | 48 | 42 | 40 | 12 | 4 | 1 |
| 1973 | 173 | 33 | 46 | 38 | 37 | 13 | 5 | 1 |
| 1975 | 163 | 31 | 42 | 35 | 35 | 14 | 5 | 1 |
| 1977 | 153 | 29 | 38 | 32 | 33 | 14 | 6 | 1 |
| 1979 | 142 | 26 | 34 | 29 | 30 | 14 | 7 | 2 |
| 1980 | 138 | 25 | 32 | 28 | 30 | 14 | 7 | 2 |
| Landwirtschaftlich genutzte Fläche (in 1000 ha) | | | | | | | | |
| 1949 | 1 843 | 101 | 446 | 548 | 433 | 144 | 73 | 98 |
| 1960 | 1 700 | 81 | 301 | 505 | 529 | 155 | 68 | 61 |
| 1965 | 1 667 | 75 | 258 | 444 | 579 | 176 | 73 | 62 |
| 1967 | 1 642 | 70 | 232 | 410 | 597 | 199 | 76 | 58 |
| 1969 | 1 625 | 64 | 208 | 371 | 607 | 228 | 86 | 61 |
| 1971 | 1 581 | 47 | 159 | 300 | 571 | 297 | 130 | 77 |
| 1973 | 1 579 | 47 | 150 | 275 | 532 | 318 | 166 | 91 |
| 1975 | 1 568 | 44 | 137 | 253 | 497 | 330 | 199 | 108 |
| 1977 | 1 548 | 41 | 124 | 232 | 469 | 335 | 223 | 124 |
| 1979 | 1 528 | 37 | 111 | 214 | 439 | 337 | 250 | 140 |
| 1980 | 1 525 | 36 | 107 | 204 | 424 | 338 | 263 | 153 |

Tabelle 2

Zahl der land- und forstwirtschaftlichen Betriebe ab 1 ha LF nach Größenklassen

Durchschnittliche jährliche Veränderung

| Zeitraum | Betriebe ab 1 ha LF insgesamt | Davon mit einer LF von ... bis unter ... ha | | | | | | |
|-------------|-------------------------------------|---|-------|-------|-------|--------|--------|-------------|
| | | 1 | 2 | 5 | 10 | 20 | 30 | 50 |
| | | 2 | 5 | 10 | 20 | 30 | 50 | und mehr |
| % | | | | | | | | |
| 1960 – 1965 | - 1,7 | - 1,4 | - 2,7 | - 2,8 | + 1,5 | + 3,3 | + 0,9 | + 0,4 |
| 1965 – 1971 | - 4,4 | - 6,1 | - 6,4 | - 5,4 | - 0,8 | + 11,4 | + 13,8 | + 3,3 |
| 1971 – 1974 | - 2,4 | - 1,0 | - 3,5 | - 4,8 | - 3,3 | + 2,9 | + 10,4 | + 13,4 |
| 1974 – 1977 | - 0,8 | - 3,1 | - 3,9 | - 3,7 | - 2,8 | + 0,6 | + 9,5 | + 9,3 |
| 1977 – 1979 | - 3,6 | - 5,2 | - 5,3 | - 4,7 | - 4,6 | + 0,2 | + 4,8 | + 9,2 |
| 1979 – 1980 | - 2,8 | - 3,8 | - 5,9 | - 3,4 | + 0,0 | + 0,0 | + 4,4 | + 9,3 |

Umschichtung im Strukturgefüge: Bewirtschafteten Anfang der fünfziger Jahre noch 63% der Agrarbetriebe weniger als 5 ha LF und lediglich 3% mehr als 20 ha LF, so verfügen heute lediglich 42% über weniger als 5 ha, aber bereits 17% über 20 und mehr ha. Die Durchschnittsgröße hat sich bei den Betrieben ab 1 ha LF von 5,6 ha auf 11,0 ha fast verdoppelt, rund 750000 ha oder die Hälfte der landwirtschaftlich genutzten Fläche (1949: 17%) ist auf die Betriebe mit 20 und mehr ha LF konzentriert. Damit hat sich die Strukturumschichtung in Baden-Württemberg rascher vollzogen als im Durchschnitt des Bundesgebiets; dennoch ist ein zahlenmäßiges Übergewicht der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe unter 10 ha LF nach wie vor kennzeichnend für das Strukturbild unseres Landes.

Entwicklungsunterschiede im zeitlichen Verlauf

Untersucht man den zeitlichen Ablauf der Betriebsgrößenentwicklung im einzelnen, so müssen die durch den Wechsel von Repräsentativ- zu Totalerhebungsjahren bzw. Jahren mit Landwirtschaftszählungen (1960, 1971, 1979) verursachten methodischen Unterschiede in der Datengewinnung beachtet werden. Die dadurch bedingten methodischen Sprünge in den Zeitreihen, die allerdings seit Einführung einer laufenden Agrarberichterstattung (1974/75) zunehmend an Bedeutung verlieren, können jedenfalls nicht ökonomisch gedeutet werden. Verfolgt man den Verlauf jedoch zwischen den durch methodisch vergleichbare Totalerhebungsjahre begrenzten Abschnitten, so läßt sich zunächst für die ausgehenden sechziger und beginnenden siebziger Jahre ein ausgeprägter Höhepunkt im Strukturwandel erkennen (Tabelle 2). Damals war der Glaube an ein unbegrenztes Wirtschaftswachstum noch ungebrochen, die beschleunigte Konzentration in der Landwirtschaft erklärtes Ziel der EG-Agrarpolitik und zugleich ein

wichtiges Mittel für aufstockungsfähige und -willige Betriebe, den Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung zu gewinnen.

Mit der ersten Ölkrise gewann jedoch die Vorstellung an Raum, daß auch kleinere landwirtschaftliche Betriebe noch einen sicheren Arbeitsplatz, wenn auch bei mäßigeren Einkommenschancen, bieten können; demgemäß verlangsamte sich das Tempo des Strukturwandels (1971–1974), besonders in den unteren Größenklassen, während sich zugleich der Aufstockungsschwerpunkt im oberen Größenklassenbereich vom mittel- zum großbäuerlichen Betrieb verschob.

Ab Mitte der siebziger Jahre erhöhten sich die Abnahmequoten dann wieder sukzessiv, am stärksten bei der Größenklasse von 2 bis unter 5 ha LF. Gleichzeitig verlagerte sich die Betriebsgrößen-schwelle, von der ab die Zahl der Agrarbetriebe zunimmt, auf über 30 ha LF. Danach hat die Mitte der siebziger Jahre einsetzende lange Phase der allgemeinen wirtschaftlichen Stagnation den Strukturwandel ebensowenig beeinflußt wie die zweite Ölkrise. Jedenfalls waren die in den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eingetretenen Veränderungen bis jetzt nicht stark oder anhaltend genug, um den in der Landwirtschaft sich vollziehenden langfristigen Prozeß des „Wachsens und Weichens“ ernstlich aufhalten zu können.

Ausgeprägte regionale Unterschiede

Bei der kleinräumlich stark differenzierten Struktur und den innerhalb des Landes wechselnden natürlichen Produktionsbedingungen erfolgte die Entwicklung keineswegs einheitlich. So zeichnet sich beispielsweise der Rhein-Neckar-Kreis durch einen doppelt so starken Rückgang der Betriebe aus wie die Landkreise Biberach und Ravensburg. Wegen der starken Abhängigkeit der Agrarproduktion von den natürlichen Produktionsbedingungen eignet

sich die Gliederung nach kleineren Verwaltungseinheiten allerdings nicht so gut für eine differenzierte Regionalbetrachtung wie etwa eine Gliederung nach landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten. Vergleichsgebiete sind Gebiete mit gleicher natürlicher Ertragsfähigkeit, insbesondere aufgrund der geologischen, topographischen und klimatischen Gegebenheiten.² *Tabelle 22 im Anhang* gibt die teilweise erheblichen Unterschiede in der Entwicklung der Betriebsstruktur zwischen den Vergleichsgebieten wieder.

Danach zeichnet sich durch besonders starken Strukturwandel ein fast geschlossenes Gebiet aus, das die Rheinebene, die Bergstraße, das württembergische Unterland mit den umgebenden Gäulandschaften, den Neckar-Nagold-Bereich und das westliche Albvorland umschließt; allein von 1966 bis 1980 nahm die Zahl der Agrarbetriebe ab 1 ha LF in diesem Gebiet, das fast 40% aller baden-württembergischen Betriebe und 30% der LF des Landes auf sich vereinigt, um etwa die Hälfte ab (vgl. *Schaubild 1*). In diesen traditionellen Realteilungsgebieten dominierten von alters her die kleinbäuerlichen Betriebe und Kleinbetriebe mit dementsprechender Parzellierung und Grundstückszersplitterung. Da meist überdurchschnittlich gute Klima- und Bodenverhältnisse, Marktnähe und günstige Arbeitsmärkte vorherrschen, konnten die Landwirte durch den Anbau hochwertiger, arbeitsintensiver Sonderkulturen, wie Gemüse, Obst, Wein, Tabak u.a. auch auf kleinerer Fläche ausreichende Einkommen erwirtschaften. Andererseits waren in diesen industriell rasch aufblühenden Verdichtungsräumen die Konkurrenz um die menschliche Arbeitskraft groß und Wettbewerbsunterschiede gegenüber der gewerblichen Wirtschaft besonders offenkundig. Der Anteil der Betriebe, deren Inhaber und/oder Ehegatten auch außerlandwirtschaftlich erwerbstätig sind, beträgt hier oft 70% und mehr oder sinkt allenfalls in den Zentren des Weinbaus und anderer Intensivkulturen auf 60% und darunter ab.

Den Gegensatz dazu bildet ein Gebiet mit relativ geringer struktureller Wandlung, das den östlichen Bodensee, das Allgäu, Oberland, Donau-Iller-Tal und die bessere Alb sowie Hohenlohe und den Hochschwarzwald umschließt. In diesen vorwiegend ländlich geprägten Räumen ist die Agrarstruktur bei traditioneller Anerbensitte (geschlossene Hofübergabe beim Erbgang) durch mittel- und großbäuerliche Betriebsverhältnisse, hohen Anteil von Futterbau-Milchviehhaltungen und wenig Marktfruchtbetriebe gekennzeichnet. Auch heute noch sind nur in knapp jedem dritten Betrieb

Inhaber und/oder Ehegatte außerlandwirtschaftlich erwerbstätig, so daß gut 60% der Betriebe als landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe und etwa die Hälfte als Vollerwerbsbetriebe geführt werden. Der Rückgang der Zahl der Betriebe betrug hier zwischen 1966 und 1980 nur etwa 25%. Auch der Verlust an landwirtschaftlich genutzter Fläche (im Durchschnitt 3 bis 5%) ist hier deutlich niedriger als in den obengenannten Verdichtungsräumen (10 bis 15%).

Zwischen diesen beiden Extremen im Tempo des Strukturwandels bestehen alle möglichen Abstufungen (vgl. *Schaubild 1*), wobei bemerkenswerterweise der Prozeß im ganzen stets gleichgerichtet, aber in den Größenklassen durchaus differenziert verlief.

Verlagerung der Agrarproduktion in den ländlichen Raum

In den verdichteten Räumen, wie etwa im Vergleichsgebiet Rheintal, schrumpften mit Fortschreiten der Industrialisierung und Urbanisierung zuerst die zahlenmäßig dominierende Gruppe der Kleinbauernbetriebe unter 5 ha LF und noch in den fünfziger Jahren die nächsthöhere Größenklasse bis unter 10 ha. Ab Mitte der sechziger Jahre wurden dann der Größenbereich von 10 bis unter 15 ha und Anfang der siebziger Jahre der von 15 bis unter 20 ha LF von dem Schrumpfungsprozeß ergriffen, der sich schließlich mit den ausgehenden siebziger Jahren weiter nach oben ausdehnte. In den stärker ländlich geprägten Räumen, etwa im Oberland, Donau-Iller-Bereich oder Hohenlohe wurde der Höhepunkt der Betriebsaufgabe in der Größenklasse von 5 bis unter 10 ha schon Anfang der sechziger Jahre und in der nächsthöheren Betriebsgruppe von 10 bis unter 20 ha bereits Ende der sechziger Jahre erreicht. Hier war diese Betriebsgröße schon damals für ein angemessenes Familieneinkommen kaum noch ausreichend. Im Westschwarzwald dagegen haben die Betriebsaufgaben bei dieser Größenklasse (10 bis unter 20 ha) erst Mitte der siebziger Jahre ihr Maximum erreicht.

Seit dieser Zeit ist auch zu beobachten, daß der Rückgang der Kleinbetriebe von 1 bis unter 2 ha sich gebietsweise abschwächt, teilweise nimmt diese Gruppe sogar zu: In den ländlichen Räumen mag das durch Zugang von ehemals größeren Betrieben bewirkt sein, die ihre Fläche bis auf eine der Eigenversorgung vorbehaltene Restfläche verpachtet oder veräußert haben. In den verdichteten Gebieten treten solche Restbetriebe weniger in Erscheinung, teils weil ihre Flächen infolge höherer natürlicher Produktivität unter der statistischen Erfassungsschwelle bleiben, teils weil die besseren außerlandwirtschaftlichen Verdienstmöglichkeiten

² Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Umwelt und Forsten: Betriebsverhältnisse und Betriebsergebnisse von Buchführungsbetrieben, Heft 29 (1979/80), S. 8.

Tabelle 3

Entwicklungsprojektionen der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur

| Größenklassen nach der LF von . . . bis unter . . . ha Vergleichsgebiete | Stand | | Modellprojektion | | Veränderung 1990 gegen 1980 in % | Trendfunktion |
|--|-----------|---------|------------------|--------|--|-----------------------------------|
| | 1966 | 1980 | 1985 | 1990 | | |
| 1 - 2 | 49 762 | 25 183 | 18 900 | 13 900 | - 44,8 | $y = 60\,899 - 9\,400 \sqrt{x}$ |
| 2 - 5 | 72 753 | 32 556 | 22 100 | 14 150 | - 56,5 | $y = 90\,471 - 15\,283 \sqrt{x}$ |
| 5 - 10 | 58 498 | 28 125 | 20 400 | 14 300 | - 49,2 | $y = 72\,257 - 11\,600 \sqrt{x}$ |
| 10 - 20 | 42 664 | 29 481 | 27 900 | 25 100 | - 14,9 | $y = 51\,767 - 5\,335 \sqrt{x}$ |
| 20 - 50 | 9 979 | 20 977 | 24 400 | 26 800 | + 27,8 | $y = 4\,317 + 4\,488 \sqrt{x}$ |
| 50 und mehr | 654 | 1 886 | 1 950 | 2 150 | + 14,0 | $y = -133 + 453 \sqrt{x}$ |
| Insgesamt | 234 310 | 138 208 | 115 600 | 96 200 | - 30,4 | $y = 279\,579 - 36\,677 \sqrt{x}$ |
| Darunter | | | | | | |
| Haupterwerbsbetriebe | (106 000) | 55 300 | 46 200 | 37 500 | - 32,2 | |
| Vollerwerbsbetriebe | (55 000) | 39 700 | 33 200 | 26 500 | - 33,2 | |
| Davon | | | | | | |
| Unterland/Bergstraße | 14 310 | 7 738 | 5 950 | 4 630 | - 40,2 | $y = 17\,153 - 2\,505 \sqrt{x}$ |
| Gäulandschaft | 33 540 | 16 288 | 11 990 | 8 490 | - 47,9 | $y = 41\,609 - 6\,623 \sqrt{x}$ |
| Rheinebene | 38 254 | 19 872 | 15 069 | 11 340 | - 42,9 | $y = 46\,606 - 7\,053 \sqrt{x}$ |
| Westlicher Bodensee | 4 541 | 2 880 | 2 490 | 2 150 | - 25,3 | $y = 5\,359 - 641 \sqrt{x}$ |
| Westlicher Schwarzwald | 7 672 | 5 379 | 4 800 | 4 340 | - 19,3 | $y = 8\,770 - 886 \sqrt{x}$ |
| Hochschwarzwald | 7 029 | 5 091 | 4 640 | 4 250 | - 16,5 | $y = 7\,991 - 749 \sqrt{x}$ |
| Ost - Schwarzwald | 7 948 | 4 672 | 4 000 | 3 330 | - 28,7 | $y = 9\,565 - 1\,247 \sqrt{x}$ |
| Baar | 5 850 | 3 328 | 2 810 | 2 310 | - 30,6 | $y = 7\,072 - 952 \sqrt{x}$ |
| Östlicher Bodensee | 2 304 | 1 741 | 1 640 | 1 530 | - 12,1 | $y = 2\,570 - 209 \sqrt{x}$ |
| Allgäu | 5 157 | 3 734 | 3 470 | 3 190 | - 14,6 | $y = 5\,863 - 535 \sqrt{x}$ |
| Oberland | 16 496 | 11 754 | 10 900 | 9 950 | - 15,3 | $y = 18\,914 - 1\,793 \sqrt{x}$ |
| Donau - Iller | 3 521 | 2 536 | 2 360 | 2 170 | - 14,4 | $y = 4\,005 - 367 \sqrt{x}$ |
| Bessere Alb | 4 765 | 3 389 | 3 100 | 2 820 | - 16,8 | $y = 5\,478 - 532 \sqrt{x}$ |
| Geringere Alb | 16 986 | 10 786 | 9 360 | 8 100 | - 24,9 | $y = 19\,987 - 2\,377 \sqrt{x}$ |
| Heuberg | 3 318 | 1 941 | 1 580 | 1 300 | - 33,0 | $y = 3\,968 - 533 \sqrt{x}$ |
| Westliches Albvorland | 5 209 | 2 328 | 1 640 | 1 080 | - 53,6 | $y = 6\,429 - 1\,070 \sqrt{x}$ |
| Neckar - Nagold - Gebiet | 14 026 | 7 415 | 5 970 | 4 640 | - 37,4 | $y = 17\,184 - 2\,508 \sqrt{x}$ |
| Östliches Albvorland | 8 652 | 4 850 | 4 000 | 3 240 | - 33,2 | $y = 10\,418 - 1\,435 \sqrt{x}$ |
| Schwäbischer Wald | 12 303 | 8 352 | 7 660 | 6 880 | - 17,6 | $y = 14\,198 - 1\,463 \sqrt{x}$ |
| Hohenlohe | 8 117 | 5 833 | 5 330 | 4 860 | - 16,7 | $y = 9\,243 - 876 \sqrt{x}$ |
| Bauland | 14 312 | 8 301 | 6 800 | 5 580 | - 32,8 | $y = 17\,199 - 2\,324 \sqrt{x}$ |

und meist höheren Grundstückspreise den Wunsch, Restflächen für den Eigenbedarf zurückzuhalten, gar nicht erst aufkommen lassen.

Andererseits zeichnen sich seit Mitte der siebziger Jahre bei den großbäuerlichen Betrieben von 20 bis unter 50 ha einige Vergleichsgebiete, wie der West- und Hochschwarzwald, der Schwäbische Wald, das Allgäu und der östliche Bodensee durch besonders starken Betriebszugang aus, während im Bereich der Vergleichsgebiete Neckar-Nagold, Heuberg, westliches Albvorland und Bauland dieselbe Größenklasse seither zahlenmäßig wieder schrumpft. Selbst bei den Betrieben mit mehr als 50 ha LF schwächt sich der Zugang in einigen ländlichen Räumen, wie im östlichen Albvorland, in jüngster Zeit ab. Offenbar wird die Aufstockung hier durch unzureichendes Flächenangebot in Verbindung mit hohen Pacht- und Grundstückspreisen zunehmend gebremst, während in den verdichteten Räumen wegen der stärkeren Zersplitterung und größeren Mobilität mehr Flächen verfügbar

sind. Langfristig dürfte diese Entwicklung zu einer gewissen Nivellierung der regionalen Strukturunterschiede und einer stärkeren Verlagerung der Agrarproduktion in die ländlichen Räume führen.

Modellrechnung bis 1990

Für den Versuch, die weitere Entwicklung quantitativ abzuschätzen, kann der Tatbestand hilfreich sein, daß die Betriebsentwicklung in den siebziger Jahren weitgehend dem seinerzeit vom Statistischen Landesamt gewählten linearen bis parabolischen Trendansatz gefolgt ist.³ Die für 1980 prognostizierte Gesamtzahl von Betrieben ab 0,5 ha LF (176000) wurde ziemlich exakt erreicht (174000), wobei im einzelnen in den unteren Größenklassen eher der Rückgang etwas überschätzt, in den oberen Größenklassen dagegen die Aufstockung etwas unterschätzt wurde.

³ „Modell für die Zukunft, Statistik“, Seewald Verlag, Stuttgart 1972 und Statistischer und prognostischer Jahresbericht 1973, S. 80.

Tabelle 4

Entwicklung des Arbeitskräftebestandes in landwirtschaftlichen Betrieben mit 2 und mehr ha landwirtschaftlich genutzter Fläche

| Erhebung ¹⁾ | Familienarbeitskräfte ²⁾ | | | | Ständige familienfremde Arbeitskräfte ²⁾ | | Zusammen | |
|--------------------------|-------------------------------------|-------------|-----------------|-------------|---|-------------|----------|-------------|
| | insgesamt | | darunter Männer | | 1000 | 1960/61=100 | 1000 | 1960/61=100 |
| | 1000 | 1960/61=100 | 1000 | 1960/61=100 | | | | |
| 1960/61 | 590 | 100 | 285 | 100 | 25 | 100 | 615 | 100 |
| 1964/65 | 561 | 95 | 271 | 95 | 26 | 104 | 587 | 95 |
| 1968/69 | 482 | 82 | 233 | 82 | 20 | 80 | 502 | 82 |
| 1972/73 | 396 | 67 | 196 | 69 | 16 | 64 | 412 | 67 |
| April 1975 | 354 | 60 | 179 | 63 | 13 | 52 | 367 | 60 |
| April 1977 | 339 | 57 | 173 | 61 | 13 | 52 | 352 | 57 |
| April 1979 ³⁾ | 320 | 54 | 165 | 58 | 11 | 44 | 331 | 54 |
| April 1980 | 314 | 53 | 164 | 58 | 10 | 40 | 324 | 53 |

1) 1960/61 bis 1972/73 Wirtschaftsjahresdurchschnitte. — 2) Im landwirtschaftlichen Betrieb und/oder dem damit verbundenen Haushalt des Betriebsinhabers Beschäftigte. — 3) Vorläufig.

Für die achtziger Jahre ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Unsicherheit über die Entwicklung der allgemeinen Rahmenbedingungen für die Agrarproduktion wesentlich größer ist als vor 10 Jahren: Das allgemeine Wirtschaftsklima ist auf deutlich schwächeres Wachstum eingestellt, die

Marktungleichgewichte (Produktionsüberschüsse) in der Europäischen Gemeinschaft drohen den EG-Agrarhaushalt zu sprengen, die Nahrungsmittelnachfrage wird durch die stagnierende Bevölkerungsentwicklung begrenzt und die Energieverknappung und -verteuerung belastet die Produk-

Tabelle 5

Mit betrieblichen Arbeiten Beschäftigte in der Landwirtschaft

| Berichtsmonat April | Familienarbeitskräfte | | | Ständige familienfremde Arbeitskräfte | Arbeitskräfte insgesamt ¹⁾ | Darunter vollbeschäftigte familieneigene und ständige familienfremde Arbeitskräfte zusammen |
|----------------------------------|-----------------------|-----------------|-----------------|---------------------------------------|---------------------------------------|---|
| | insgesamt | davon | | | | |
| | | vollbeschäftigt | teilbeschäftigt | | | |
| | 1000 | | | | | |

a) in Betrieben mit 1 ha und mehr LF einschließlich kleinerer Betriebe mit Markterzeugung

| | | | | | | |
|--------------------|-------|------|-------|------|-------|-------|
| 1975 | 378,2 | 89,3 | 288,9 | 15,8 | 394,0 | 105,1 |
| 1977 | 358,7 | 76,4 | 282,3 | 16,5 | 375,2 | 92,9 |
| 1979 ²⁾ | 342,2 | 71,5 | 270,7 | 15,5 | 357,7 | 87,0 |
| 1980 | 332,1 | 69,3 | 262,8 | 12,7 | 344,8 | 82,0 |

Durchschnittliche Veränderung pro Jahr in %

| | | | | | | |
|-------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 1975 — 1977 | — 2,6 | — 7,2 | — 1,1 | + 2,2 | — 2,4 | — 5,8 |
| 1977 — 1980 | — 2,5 | — 3,1 | — 2,3 | — 7,7 | — 2,7 | — 3,9 |

b) in Betrieben mit mindestens 2 ha LF

| | | | | | | |
|--------------------|-------|-------|-------|------|-------|-------|
| 1969 | 429,8 | 129,5 | 300,3 | 17,8 | 447,6 | 147,3 |
| 1973 | 342,7 | 89,2 | 253,5 | 15,3 | 358,0 | 104,5 |
| 1975 | 316,1 | 84,2 | 231,9 | 11,5 | 327,6 | 95,7 |
| 1977 | 299,7 | 71,6 | 228,1 | 12,5 | 312,2 | 84,1 |
| 1979 ²⁾ | 279,5 | 67,5 | 212,0 | 10,7 | 290,2 | 78,2 |
| 1980 | 275,0 | 65,7 | 209,3 | 9,1 | 284,1 | 74,8 |

Durchschnittliche Veränderung pro Jahr in %

| | | | | | | |
|-------------|-------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 1969 — 1973 | — 5,1 | — 7,8 | — 3,9 | — 3,5 | — 5,0 | — 7,3 |
| 1973 — 1975 | — 3,9 | — 2,8 | — 4,3 | — 1,2 | — 4,3 | — 4,2 |
| 1975 — 1977 | — 2,6 | — 7,5 | — 0,1 | + 4,4 | — 2,4 | — 6,1 |
| 1977 — 1980 | — 2,7 | — 2,7 | — 2,7 | — 9,1 | — 3,0 | — 3,7 |

1) Ohne nichtständige familienfremde Arbeitskräfte. — 2) Vorläufig.

tionsbetriebe und Haushalte. Es kann daher damit gerechnet werden, daß die Zahl der Betriebe künftig nicht mehr entsprechend einer linearen Funktion abnimmt, sondern dem Verlauf einer sich abflachenden Kurvenform folgt, die sich etwa durch eine Quadratwurzelfunktion beschreiben läßt.

Als Erwartungswert zeichnet sich danach bis zum Jahr 1990 ein weiterer zahlenmäßiger Rückgang der Agrarbetriebe mit 1 und mehr ha LF um ein Drittel auf rund 96000 bei gleichzeitiger Verringerung der landwirtschaftlich genutzten Fläche um etwa 4 bis 5% auf 1480000 ha ab. Die durchschnittliche Betriebsgröße dürfte sich auf über 15 ha erweitern, zumal von der Betriebsabnahme auch weiterhin im wesentlichen die Größenklassen unter 20 ha LF betroffen sind, während die Betriebe mit 30 und mehr ha deutlich zunehmen. Für die Betriebsgrößengruppe von 20 bis unter 30 ha zeichnet sich nach bereits erfolgter Abflachung des Kurvenverlaufs seit Mitte der siebziger Jahre eine vorübergehende Stagnation und dann ebenfalls ein Rückgang der Betriebszahlen ab.

Die Betriebsaufgaben werden in den Vergleichsgebieten der verdichteten Räume, wie Rheinebene, Unterland, Gäuplatte sowie westlichem Albvorland wieder erheblich zahlreicher sein, wie in den ländlichen Gebieten, insbesondere im Allgäu, Oberschwaben mit östlichem Bodensee und Donau-Iller-Gebiet, Hohenlohe, Schwäbischer Wald, Odenwald und Schwarzwald. Da der „Ausstieg“ aus der Landwirtschaft wohl auch in Zukunft über den Zu- und Nebenerwerbsbetrieb erfolgen dürfte, muß gleichzeitig mit einem weiteren Rückgang der landwirtschaftlichen Haupt- und Nebenerwerbsbetriebe gerechnet werden. Gegenwärtig sind von den rund 138200 Betrieben mit 1 und mehr ha LF 40% oder gut 55000 Haupterwerbsbetriebe und nur knapp drei Zehntel oder rund 44000 Vollerwerbsbetriebe: Im Jahr 1990 dürfte die Zahl der Haupterwerbsbetriebe auf 38 bis 40000, die der Vollerwerbsbetriebe auf 27 bis 28000 abgesunken sein.

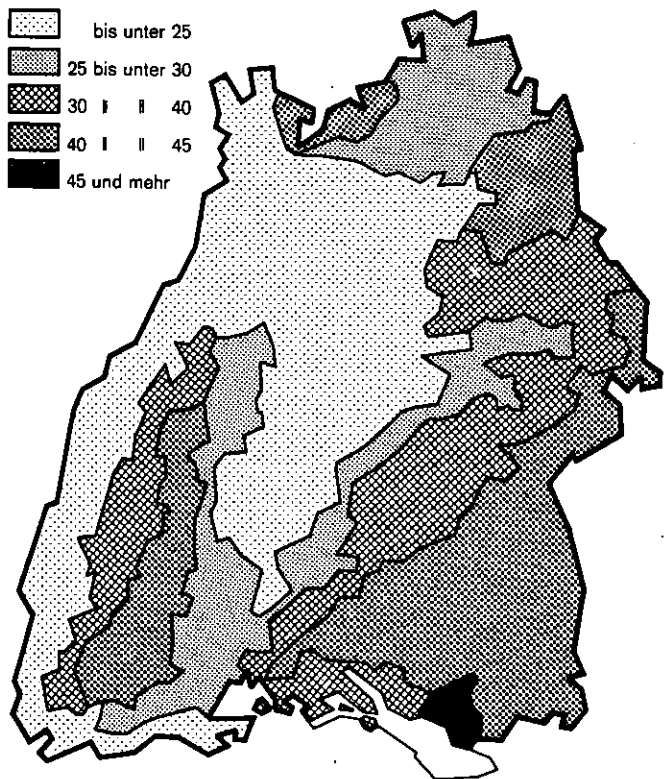
Arbeitskräftebestand schrumpfte jährlich um rund 10000 Personen

Der Wandel in der Betriebsstruktur ist eng verknüpft mit einschneidenden Verschiebungen im landwirtschaftlichen Arbeitskräftepotential. Wie ein langfristiger Vergleich, der sich aus methodischen Gründen auf Betriebe mit 2 und mehr ha LF beschränken muß, bestätigt, ist die Zahl der in landwirtschaftlichen Betrieben (einschließlich Haushalten oder Inhaber) Tätigen binnen zweier Jahrzehnte um 291000 Personen oder 47% zurückgegangen (Tabelle 5).

Schaubild 1

Landwirtschaftlicher Strukturwandel 1966 bis 1980 nach Gruppen von Vergleichsgebieten *

Abnahme der Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe in %



* Werte der einzelnen Vergleichsgebiete siehe Tabelle 22 im Anhang.
207 81

Unter Einschluß sämtlicher Betriebe mit 1 und mehr ha LF sowie der kleineren Betriebe mit Markterzeugung nach dem Erfassungsbereich der Agrarberichterstattung waren im April 1980 in Baden-Württemberg noch rund 345000 Personen in den landwirtschaftlichen Betrieben tätig (Tabelle 6). Hiervon entfallen 332000 auf Familienarbeitskräfte und rund 13000 auf familienfremde Arbeitskräfte. Verglichen mit der außerordentlich starken Verringerung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftebestands Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre hat sich die Entwicklung somit im zurückliegenden Jahrfünft etwas verlangsamt. Bei einer durchschnittlichen jährlichen Abnahmerate der in den landwirtschaftlichen Betrieben Tätigen um rund 10000 Personen (-2,5%) im Zeitraum von 1975 bis 1980 kann aber von einem deutlichen Abflauen der Schrumpfung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftepotentials nicht die Rede sein.

Wie die weitere Untergliederung der Beschäftigten nach dem Erwerbscharakter der Betriebe, in denen sie tätig sind, zeigt, gehören von der Gesamtzahl der Arbeitskräfte rund 191000 oder gut 55% zum Bereich der Nebenerwerbslandwirtschaft, also zu

Betrieben, in denen das außerbetriebliche Einkommen des Inhabers und/oder eines Ehegatten größer ist als das Einkommen aus der Landwirtschaft. Auf die Nebenerwerbsbetriebe wird künftig eher ein zunehmender Beschäftigtenanteil entfallen, da sich der Arbeitskräftebestand in erster Linie im Bereich der Haupterwerbsbetriebe infolge von Betriebsauflösungen oder schrittweisem Übergang von hauptberuflicher zu nebenberuflicher Landbewirtschaftung verringert. Eine weitere Verringerung der Beschäftigten in den einzelnen verbleibenden Haupterwerbsbetrieben ist allerdings kaum noch möglich, wenn der für die nachhaltige Einkommenssicherung dieser Betriebe unabdingbare Produktionsumfang aufrechterhalten werden soll. In den wirtschaftlich schwächeren Haupterwerbsbetrieben werden sich daher Spannungen im Gefolge des weiteren Strukturwandels kaum vermeiden lassen.

Zahl der Vollbeschäftigten besonders stark rückläufig

Als „vollbeschäftigt“ gelten solche Personen, die in jeder der vier Berichtswochen der repräsentativen Arbeitskräfteerhebung im landwirtschaftlichen Betrieb beschäftigt sind und eine durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit von mindestens 42 Stunden (Familienarbeitskräfte) bzw. 40 Stunden (familienfremde Arbeitskräfte) nachweisen. (Die genannten Grenzwerte wurden zuletzt 1979 bei den Familienarbeitskräften von 43 auf 42, bei den familienfremden Arbeitskräften von 42 auf 40 Wochenstunden herabgesetzt. Durch diese Änderung wird insbesondere der zeitliche Vergleich bei den vollbeschäftigten familienfremden Arbeitskräften stark beeinträchtigt. Bei der Gegenüberstellung mit Ergebnissen früherer Arbeitskräfteerhebungen werden daher für den Bereich der Lohnarbeitskräfte nur Zahlen über die ständigen familienfremden Arbeitskräfte insgesamt ausgewiesen; hierzu rechnen Personen, die in einem unbefristeten oder auf mindestens 3 Monate abgeschlossenen Arbeitsverhältnis zum Betrieb stehen.)

Im Frühjahr 1980 zählte man in Baden-Württemberg lediglich noch 82000 mit landwirtschaftlichen Arbeiten vollbeschäftigte familieneigene und ständige familienfremde Arbeitskräfte, das sind knapp 23% aller in den Agrarbetrieben Tätigen (ausgenommen die nichtständigen familienfremden Arbeitskräfte). In den Betrieben mit mindestens 2 ha LF schrumpfte diese Beschäftigtengruppe im Zeitraum zwischen 1969 und 1980 sogar um rund die Hälfte. Dabei verringert sich die Zahl der Vollbeschäftigten relativ stärker als die der Teilbeschäftigten, weil in beträchtlichem Umfang Bauernsöhne oder -töchter von der Möglichkeit des Zuverdienstes in nichtlandwirtschaftlichen Berufen

Gebrauch machen. Ständig beschäftigte Lohnarbeitskräfte sind heute fast nur noch in den größeren Bauernhöfen und Gartenbaubetrieben anzutreffen: Ihre Zahl ist auf rund 13000, darunter knapp 9000 Männer, zurückgegangen.

Gliedert man die Agrarbetriebe nach der Art des eingesetzten Personals, so zeigt sich, daß immerhin 89000 oder 61% aller Betriebe ausschließlich von teilbeschäftigten Familienarbeitskräften bewirtschaftet werden. Nur knapp 55000 Betriebe (38%) verfügten noch über mindestens eine vollbeschäftigte familieneigene Arbeitskraft. Zwei voll in der Landwirtschaft tätige Familienarbeitskräfte wurden sogar lediglich in 13000 Betrieben ermittelt. Demnach war 1980 nur jeder vierte Haupterwerbsbetrieb mit einem Arbeitskräftebestand ausgestattet, der dem Leitbild des mit zwei Vollerwerbskräften besetzten bäuerlichen Familienbetriebs entspricht.

Vier Fünftel aller Arbeitskräfte teilbeschäftigt

Zu den mit betrieblichen Arbeiten teilbeschäftigten Familienarbeitskräften werden Personen gerechnet, die nicht an allen vier Berichtswochen im landwirtschaftlichen Betrieb tätig sind oder deren durchschnittliche wöchentliche Arbeitszeit weniger als 42 Stunden beträgt. Danach waren fast vier Fünftel aller Familienarbeitskräfte oder rund 263000 Personen Teilbeschäftigte, die regelmäßig einen Teil des Tages, am Wochenende oder überhaupt nur saisonal, Feld-, Hof- oder Stallarbeiten verrichten. Größtenteils handelt es sich dabei um Personen mit „Doppelberufen“: Bei den Männern wird häufig außer der Tätigkeit im landwirtschaftlichen Betrieb noch ein nichtlandwirtschaftlicher Hauptberuf ausgeübt, während die Frauen neben der Arbeit im landwirtschaftlichen Betrieb den Privathaushalt zu versorgen haben.

Langfristig gesehen nahm die Zahl der Teilbeschäftigten schwächer ab als die der Vollbeschäftigten, weil teilweise die aus dem Erwerbsleben ausscheidenden Teilbeschäftigten wieder ersetzt werden durch bisher in den landwirtschaftlichen Betrieben Vollbeschäftigte. Durch die Aufnahme einer außerbetrieblichen Erwerbstätigkeit können diese Personen oft nur noch wenige Stunden am Tage im landwirtschaftlichen Familienbetrieb mithelfen. Nach Überwindung der wirtschaftlichen Rezession 1974 bis 76 ist allerdings aufgrund der verbesserten Beschäftigungsmöglichkeiten im außerlandwirtschaftlichen Bereich wieder ein etwas beschleunigter Rückgang der Zahl der Teilbeschäftigten festzustellen. Gleichwohl wird die agrarische Beschäftigtenstruktur immer stärker durch einen wachsenden Anteil regelmäßig teilbeschäftigter oder überhaupt nur saisonal beschäftigter Familienarbeitskräfte gekennzeichnet.

Abnehmender Frauenanteil an den Familienarbeitskräften

Untersucht man den Beschäftigtenrückgang geschlechtsspezifisch, so zeigt sich, daß die Zahl der in der Landwirtschaft tätigen Frauen stärker abnimmt als die der Männer. Im April 1980 betrug der Anteil der weiblichen Arbeitskräfte am gesamten Arbeitskräftebestand noch knapp 41 %, gegenüber gut 47 % im April 1965.

Beide Personengruppen weisen bei den vollzeitlich mit landwirtschaftlichen Arbeiten Beschäftigten etwa die gleichen prozentualen Abnahmeraten auf. Dagegen werden in stärkerem Maße teilbeschäftigte weibliche Arbeitskräfte, die zumeist bei Stall- oder Feldarbeiten mithelfen, ganz von diesen betrieblichen Tätigkeiten freigestellt: Während in den letzten Jahren der Anteil der Frauen an den Vollbeschäftigten insgesamt ziemlich konstant bei 16 % lag, ging der Frauenanteil bei den Teilbeschäftigten auf rund 47 % im April 1980 zurück (1975: 51 %).

Vor allem in klein- und mittelbäuerlichen Betrieben und Gebieten mit verbreitetem Anbau arbeitsintensiver Sonderkulturen haben die Frauen neben der Hauswirtschaft noch einen erheblichen Teil der Feld- und Stallarbeiten zu erledigen. Aber auch auf größeren Bauernhöfen kann insbesondere während der Arbeitsspitzen auf die Mithilfe der weiblichen Familienangehörigen oft nicht verzichtet werden. Am gesamten betrieblichen Arbeitsaufwand (umgerechnet in AK-Einheiten) waren im April 1980 die weiblichen Arbeitskräfte immerhin zu 35 % beteiligt. Bezeichnend ist, daß selbst auf die in Hauptidealbetrieben tätigen Frauen rechnerisch noch 32 % des Gesamtarbeitsaufwands entfallen (in Nebenerwerbsbetrieben 41 %).

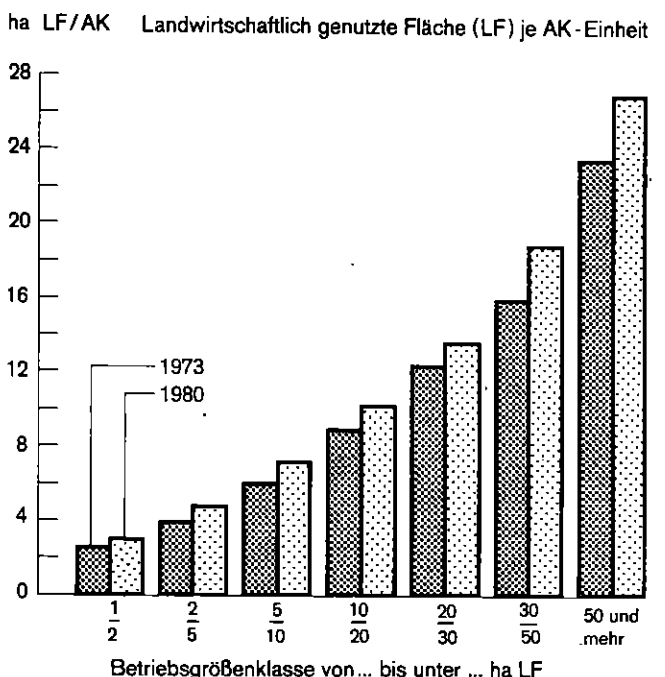
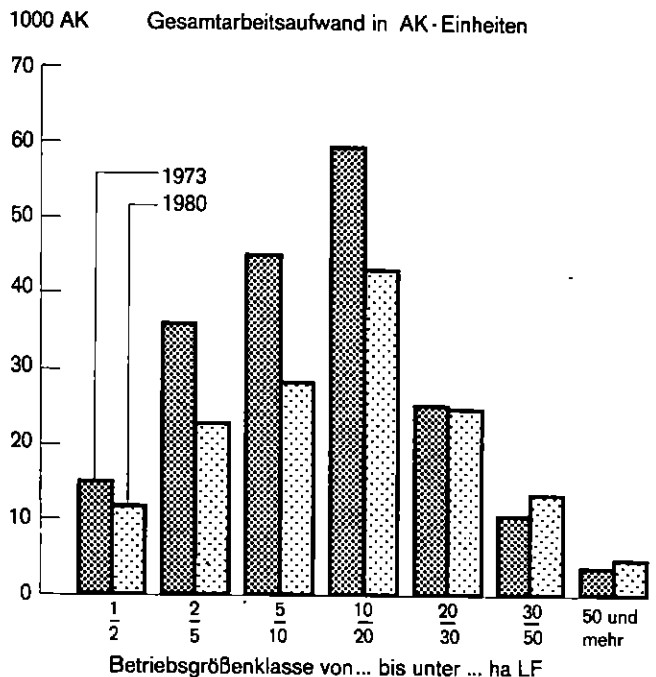
Überalterung und starker Nachwuchsschwund

Die Ergebnisse der Arbeitskräfteerhebungen in landwirtschaftlichen Betrieben lassen eine zunehmende Überalterung der in der Landwirtschaft Tätigen erkennen. Im April 1980 waren von den landwirtschaftlichen Familienarbeitskräften 57 % über 45 Jahre alt, gegenüber knapp 50 % im Jahr 1965. Wie der geschlechtsspezifische Altersaufbau der Agrarbeschäftigten zeigt, nahm der Anteil der über 45-jährigen bei den Frauen noch stärker zu als bei den Männern. So hat sich im Zeitraum 1965 bis 1980 der Anteil der Männer, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, von 48,3 % auf 53,7 %, die entsprechende Altersgruppe der im Betrieb und (oder) Haushalt tätigen Frauen gleichzeitig von 50,6 % auf 59,3 % erhöht. Lediglich bei den im „besten“ Erwerbsalter stehenden Jungbauern stellt sich durch das Nachrücken stärker besetzter Nachwuchsjahrgänge in die Altersgruppe der 25 bis 35-jährigen der Altersaufbau vorübergehend etwas günstiger dar.

Von den Inhabern der Landwirtschaftsbetriebe haben sogar zwei Drittel (95000) das fünfundvierzigste Lebensjahr überschritten, darunter zählen 17600 oder 12 % aller Betriebsinhaber zu der Altersgruppe 65 Jahre und älter (siehe *Tabelle 3*). Der weitgehend auf das unbedingt notwendige Maß reduzierte Arbeitskräftebesatz der Betriebe und die durch den 2. Weltkrieg entstandene

Schaubild 2

Entwicklung des Arbeitsaufwands in den landwirtschaftlichen Betriebsgrößenklassen 1973 bis 1980



nen personellen Lücken erfordern auch heute noch, neben dem zeitweisen Einsatz vorwiegend im Haushalt tätiger Frauen und anderweitig Erwerbstätiger, vielfach die Mithilfe älterer Familienangehöriger im Rentenalter. Die räumliche Verbindung von Betrieb und Haushalt in der Landwirtschaft erlaubt allerdings auch leichter den Rückgriff auf ältere Personen als in anderen Wirtschaftsbereichen. Immerhin waren im April 1980 14,9% aller männlichen Beschäftigten bereits über 65 Jahre und von den im Betrieb tätigen Frauen gehörten 13,2% zu dieser Altersgruppe.

Ausblick

Geht man von dem derzeitigen Altersaufbau der Agrarbeschäftigten aus, wird voraussichtlich bis Mitte der achtziger Jahre der landwirtschaftliche Arbeitskräftebestand mit den seit 1974 zu beobachtenden ermäßigten Abnahmeraten schrumpfen. Danach ist ein zunehmend beschleunigter Beschäftigtenrückgang zu erwarten, weil den altershalber Ausscheidenden erheblich kleinere Zugänge an Nachwuchskräften gegenüberstehen werden. Gebietsweise dürfte dann bereits der natürliche Nachwuchszugang aus der landwirtschaftlichen Stammbevölkerung, selbst wenn alle in das Erwerbsleben eintretenden Bauernsöhne und -töchter „berufstreu“ wären, nicht mehr voll die Personalabgänge ausgleichen können. Die Entwicklung des Arbeitskräftepotentials wird daher künftig nicht nur durch Abwanderungstendenzen aus dem landwirtschaftlichen Beruf, sondern auch durch schwächere Nachwuchszugänge beeinflusst werden.

Die aufgezeigte Entwicklung des landwirtschaftlichen Arbeitskräftebestandes kann allerdings durch Änderungen in den wirtschaftlichen, sozialen oder politischen Rahmenbedingungen erheblich modifiziert werden. Wie die Rezession 1974–76 zeigte, ist gerade der Agrarsektor mehr als andere Wirtschaftsbereiche in der Lage, sein Arbeitskräftepotential relativ kurzfristig an veränderte wirtschaftliche Situationen anzupassen. So kann beispielsweise bei Jugendlichen die vorgesehene Abwanderung in einen nichtlandwirtschaftlichen Wirtschaftszweig bzw. die geplante Rückwanderung auf die Agrarbetriebe (z. B. bei der Hofübergabe) vorübergehend aufgeschoben oder bei älteren Personen die Zeit der landwirtschaftlichen Erwerbstätigkeit im Betrieb notfalls über die Altersgrenze hinaus verlängert werden.

Aufgrund des anhaltend scharfen Wettbewerbs auf den Agrarmärkten und des anhaltenden Kosten- und Preisdruckes auf die Betriebe unterliegt die Landwirtschaft einem starken Zwang, auch künftig die Zahl der Beschäftigten weiter einzuschränken.

Da sich der Arbeitskräftebesatz in den verbleibenden Betrieben nur schwer noch weiter senken läßt, wird die weitere Verringerung des Arbeitskräftebestandes zunehmend im Zusammenhang mit dem Rückgang der Zahl der Landwirtschaftsbetriebe gesehen werden müssen.

Zusammenfassung

- Unter dem Druck fast permanenter Einkommensdisparität vollzog sich in der Agrarstruktur ein Konzentrationsprozeß von erheblichem Ausmaß, der trotz gewisser Schwankungen im zeitlichen Ablauf auch heute noch fast unvermindert anhält.
- Der Strukturwandel war bisher in den landwirtschaftlichen Vergleichsgebieten mit traditioneller Kleinbetriebsstruktur, Grundstückszersplitterung und Realteilung im Erbgang doppelt so stark wie in den mehr bäuerlich bestimmten Vergleichsgebieten mit traditionellem Anerbenrecht und weniger elastischer Betriebsstruktur.
- Bei längerfristigem Anhalten dieser Entwicklung kann es zu einer Nivellierung der regionalen Strukturunterschiede und noch stärkerer Verlagerung der Agrarproduktion in die ländlichen Räume, ausgenommen standortabhängige Sonderkulturen, kommen.
- Obwohl sich die strukturelle Umschichtung von kleineren und mittleren Betrieben zu großbäuerlichen und Großbetrieben in Baden-Württemberg rascher vollzogen hat als im übrigen Bundesgebiet, ist ein zahlenmäßiges Übergewicht der klein- und mittelbäuerlichen Betriebe nach wie vor kennzeichnend für das Strukturbild unseres Landes.
- Eine Modellrechnung läßt trotz angenommener Abschwächung des Konzentrationstempos erkennen, daß sich die Zahl der Agrarbetriebe bis 1990 bei anhaltendem Prozeß des „Wachsens und Weichens“ um ein weiteres Drittel auf rund 96000 (davon allenfalls 38000–40000 landwirtschaftliche Haupterwerbsbetriebe und 27000 bis 28000 Vollerwerbsbetriebe) verringern könnte.
- Der mit dem Strukturwandel verbundene Rückgang der in den landwirtschaftlichen Betrieben tätigen Personen hat sich zwar im letzten Jahresfünft leicht abgeschwächt, doch betrug die durchschnittliche Abnahmequote 1975–1980 immer noch rund 10000 Personen oder 2,5% pro Jahr.

- Da die Zahl der vollbeschäftigten Familienarbeitskräfte überdurchschnittlich stark abnimmt, verlagert sich die Arbeitslast zunehmend auf Teilbeschäftigte: Vier Fünftel der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte waren 1980 in den Betrieben lediglich teilbeschäftigt und umgekehrt ist nur noch jeder vierte Haupterwerbsbetrieb mit zwei Vollarbeitskräften ausgestattet.
- Obwohl der Rückgang der Beschäftigten bei Frauen, insbesondere bei teilbeschäftigten Frauen, stärker ist als bei Männern, sind weibliche Arbeitskräfte am betrieblichen Arbeitsaufwand immer noch zu gut einem Drittel beteiligt und damit in erheblichem Maße doppelt belastet.
- Der Altersaufbau der in der Landwirtschaft Beschäftigten läßt eine zunehmende Überalterung erkennen, die bei zu erwartenden kleineren Zuwachsraten an Nachwuchskräften etwa ab Mitte der achtziger Jahre zu einem verstärkten Beschäftigungsrückgang führen könnte.

Anhang

Zu II: Langfristige Modellrechnung demographischer Eckdaten

Kenndaten zur Modellrechnung

Basisbevölkerung: Stand 1.1.1980.

Sterbeziffern: Im gesamten Modellrechnungszeitraum entsprechend dem Mittel 1977/79.

Überlebenswahrscheinlichkeit der Neugeborenen (Säuglingssterblichkeit):

Ausgehend vom Stand 1979 wurde die Säuglingssterblichkeit innerhalb von 5 Jahren um 10% abgesenkt und dann konstant belassen.

Fruchtbarkeitsziffern: Ausgehend vom Stand im Jahr 1979 wurden diese Ziffern an die voraussichtliche Entwicklung im Jahr 1980 angepaßt. In den folgenden Jahren wurden die Fruchtbarkeitsziffern auf dem dann erreichten Stand konstant belassen.

Wanderungsansatz: Alters- und geschlechtsspezifisches Wanderungsmodell als Mittel aus den Jahren 1977/78/79.

Modell 1 Wanderungssaldo = Null Personen
Modell 2 Wanderungssaldo = + 15 000 Personen
Modell 3 Wanderungssaldo = - 15 000 Personen

Erwerbsquoten: Aus den Ergebnissen des Mikrozensus 1979 wurden die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten ermittelt und an die Entwicklung im Jahr 1980 angepaßt. Sie wurden über den gesamten Modellrechnungszeitraum konstant gehalten.

Kenndaten zur Modellrechnung der deutschen Bevölkerung

Basisbevölkerung: Stand der deutschen Bevölkerung am 1.1.1980

Sterbeziffern und Überlebenswahrscheinlichkeiten der Neugeborenen:

Für den gesamten Modellrechnungszeitraum wurden die auch für die Modellrechnung der Gesamtbevölkerung benutzten Werte des Jahres 1979 eingesetzt. Nach dem vorliegenden Material sind die Unterschiede in der Sterblichkeit zwischen der deutschen und der Gesamtbevölkerung bisher so gering, daß die Verwendung einheitlicher Sterbeziffern vertretbar erscheint.

Fruchtbarkeitsziffern: Ausgehend vom Stand der Fruchtbarkeit der deutschen Bevölkerung im Jahr 1979 wurden diese Ziffern an die voraussichtliche Entwicklung im Jahr 1980 angepaßt und über den weiteren Modellrechnungszeitraum konstant belassen.

Wanderungsansatz: Alters- und geschlechtsspezifisches Wanderungsmodell als Mittel aus den Jahren 1977/78/79 und einem Wanderungssaldo von Null Personen.

Erwerbsquoten: Wie für die gesamte Bevölkerung wurden die alters- und geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten der deutschen Bevölkerung aus den Ergebnissen des Mikrozensus 1979 ermittelt und an die Entwicklung im Jahr 1980 angepaßt. Sie wurden über den gesamten Modellrechnungszeitraum konstant gehalten.

Tabelle 1

Modellrechnung der Wohnbevölkerung und Erwerbspersonen nach den Modellen¹⁾ 2 und 3

| Wanderungssaldo Jahr | Wohnbevölkerung | | | | Erwerbspersonen | | | |
|---|-----------------|------------|----------|------------|-----------------|------------|----------|------------|
| | Modell 2 | | Modell 3 | | Modell 2 | | Modell 3 | |
| | 1 000 | 1980 = 100 | 1 000 | 1980 = 100 | 1 000 | 1980 = 100 | 1 000 | 1980 = 100 |
| Jährlicher Wanderungsgewinn- /-verlust (-) | + 15 | | - 15 | | + 15 | | - 15 | |
| 1980 | 9 190 | 100,0 | 9 190 | 100,0 | 4 345 | 100,0 | 4 345 | 100,0 |
| 1985 | 9 280 | 101,0 | 9 147 | 99,5 | 4 589 | 105,6 | 4 498 | 103,5 |
| 1990 | 9 367 | 101,9 | 9 094 | 99,0 | 4 669 | 107,5 | 4 483 | 103,2 |
| 1995 | 9 427 | 102,6 | 9 008 | 98,0 | 4 617 | 106,3 | 4 333 | 99,7 |
| 2000 | 9 412 | 102,4 | 8 841 | 96,2 | 4 521 | 104,1 | 4 153 | 95,6 |
| 2005 | 9 317 | 101,4 | 8 589 | 93,5 | 4 454 | 102,5 | 4 004 | 92,2 |
| 2010 | 9 177 | 99,9 | 8 289 | 90,2 | 4 430 | 102,0 | 3 905 | 89,9 |
| 2015 | 9 020 | 98,2 | 7 973 | 86,8 | 4 341 | 99,9 | 3 751 | 86,3 |

1) Siehe methodische Erläuterung.

Tabelle 2

**Modellrechnung der Lebendgeborenen und Gestorbenen
(Modell 1)**

| Jahr | Lebendgeborene | | | Sterbefälle | | | Geburtenüberschuß/ -defizit (-) | | |
|------|----------------|----------|----------|-------------|----------|----------|---------------------------------|----------|----------|
| | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich | insgesamt | männlich | weiblich |
| 1980 | 98 967 | 50 411 | 48 556 | 91 498 | 44 667 | 46 831 | 7 469 | 5 744 | 1 725 |
| 1985 | 107 010 | 54 508 | 52 502 | 101 049 | 47 903 | 53 146 | 5 961 | 6 605 | - 644 |
| 1990 | 111 273 | 56 679 | 54 594 | 107 681 | 49 954 | 57 727 | 3 592 | 6 725 | - 3 133 |
| 1995 | 102 452 | 52 186 | 50 266 | 111 232 | 51 584 | 59 648 | - 8 780 | 602 | - 9 382 |
| 2000 | 86 728 | 44 177 | 42 551 | 113 876 | 54 131 | 59 745 | - 27 148 | - 9 954 | - 17 194 |
| 2005 | 78 147 | 39 806 | 38 341 | 118 102 | 57 987 | 60 115 | - 39 955 | - 18 181 | - 21 774 |
| 2010 | 78 480 | 39 976 | 38 504 | 123 738 | 62 041 | 61 697 | - 45 258 | - 22 065 | - 23 193 |
| 2015 | 80 006 | 40 811 | 39 195 | 127 310 | 64 474 | 62 836 | - 47 304 | - 23 663 | - 23 642 |

Tabelle 3

Modellrechnung der Haushaltsvorstände

| Jahr | Insgesamt | | | | Deutsche | | | |
|------|-----------|------------|----------|------------|----------|------------|----------|------------|
| | männlich | | weiblich | | männlich | | weiblich | |
| | 1 000 | 1980 = 100 | 1 000 | 1980 = 100 | 1 000 | 1980 = 100 | 1 000 | 1980 = 100 |
| 1980 | 2 686 | 100,0 | 957 | 100,0 | 2 393 | 100,0 | 916 | 100,0 |
| 1985 | 2 815 | 104,8 | 995 | 103,9 | 2 506 | 104,7 | 949 | 103,6 |
| 1990 | 2 955 | 110,0 | 1 024 | 106,9 | 2 623 | 109,6 | 967 | 105,6 |
| 1995 | 3 053 | 113,7 | 1 020 | 106,5 | 2 715 | 113,5 | 951 | 103,8 |
| 2000 | 3 080 | 114,7 | 1 011 | 105,6 | 2 694 | 112,6 | 934 | 102,0 |
| 2005 | 3 061 | 114,0 | 1 021 | 106,7 | 2 648 | 111,0 | 933 | 101,9 |
| 2010 | 3 029 | 112,8 | 1 030 | 107,6 | 2 649 | 110,7 | 931 | 101,6 |
| 2015 | 2 990 | 111,3 | 1 016 | 106,2 | 2 524 | 105,5 | 923 | 100,8 |

Zu III, 1.2: Zur Situation der Ausländer

Tabelle 4

Wanderungsbewegung der Ausländer über die Landesgrenze Baden-Württembergs

| Jahr | Zuzüge | | Fortzüge | | Wanderungssaldo | |
|------|-----------|--------------------------|-----------|--------------------------|-----------------|--------------------------|
| | insgesamt | darunter Erwerbspersonen | insgesamt | darunter Erwerbspersonen | insgesamt | darunter Erwerbspersonen |
| 1970 | 282 467 | 218 785 | 185 872 | 147 459 | 96 595 | 71 326 |
| 1971 | 247 117 | 178 293 | 193 825 | 150 034 | 53 292 | 28 259 |
| 1972 | 243 716 | 170 070 | 186 817 | 136 190 | 56 899 | 33 880 |
| 1973 | 249 353 | 168 869 | 190 354 | 133 770 | 58 999 | 35 099 |
| 1974 | 149 056 | 74 485 | 183 913 | 121 104 | - 34 857 | - 46 619 |
| 1975 | 91 517 | 40 663 | 168 367 | 96 772 | - 76 850 | - 56 109 |
| 1976 | 97 752 | 43 086 | 140 040 | 72 450 | - 42 288 | - 29 364 |
| 1977 | 109 551 | 50 015 | 123 124 | 61 435 | - 13 573 | - 11 420 |
| 1978 | 114 572 | 52 878 | 108 981 | 55 028 | 5 591 | - 2 150 |
| 1979 | 136 659 | 66 459 | 103 967 | 53 147 | 32 692 | 13 312 |
| 1980 | 151 356 | 74 774 | 111 314 | 60 998 | 40 042 | 13 776 |

Tabelle 5

Ermessenseinbürgerungen

| Jahr | Insgesamt | Darunter nach ausgewählter früherer Staatsangehörigkeit | | | | | | |
|------|-----------|---|---------|---------|--------------|--------|----------|----------------|
| | | Jugoslawien | Italien | Spanien | Griechenland | Türkei | Portugal | Übriges Europa |
| 1973 | 2 216 | 16,2 | 19,8 | 3,7 | 1,8 | 2,8 | 0,2 | 35,1 |
| 1974 | 2 739 | 11,9 | 25,0 | 4,3 | 2,4 | 2,8 | 0,6 | 35,9 |
| 1975 | 2 578 | 15,4 | 24,3 | 3,5 | 2,4 | 1,0 | 0,6 | 33,7 |
| 1976 | 2 735 | 14,6 | 16,6 | 2,2 | 1,9 | 1,5 | 0,6 | 42,8 |
| 1977 | 2 932 | 23,3 | 13,0 | 2,0 | 3,3 | 1,5 | 0,9 | 38,8 |
| 1978 | 3 199 | 16,8 | 12,2 | 2,2 | 3,1 | 2,0 | 0,3 | 49,0 |
| 1979 | 3 127 | 23,9 | 9,9 | 1,4 | 1,8 | 1,5 | 0,7 | 42,6 |
| 1980 | 3 018 | 26,3 | 9,1 | 1,8 | 2,1 | 2,1 | 0,5 | 38,6 |

Tabelle 6

Wohnbevölkerung und Ausländer in den Stadt- und Landkreisen

| Kreis Region Regierungsbezirk Land | 31.12.1970 | | | 31.12.1975 | | | 31.12.1980 | | |
|---|-----------------------------------|--------------------|------|-----------------------------------|--------------------|------|-----------------------------------|--------------------|------|
| | Wohnbe- völkerung insgesamt | darunter Ausländer | | Wohnbe- völkerung insgesamt | darunter Ausländer | | Wohnbe- völkerung insgesamt | darunter Ausländer | |
| | | Anzahl | % | | Anzahl | % | | Anzahl | % |
| Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt | 634 202 | 81 915 | 12,9 | 600 421 | 93 121 | 15,5 | 580 648 | 102 959 | 17,7 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Böblingen | 281 250 | 29 688 | 10,6 | 288 385 | 38 581 | 13,4 | 305 725 | 43 695 | 14,3 |
| Esslingen | 413 060 | 48 146 | 11,7 | 450 232 | 58 698 | 13,0 | 460 156 | 61 797 | 13,4 |
| Göppingen | 227 461 | 20 496 | 9,0 | 229 117 | 23 700 | 10,3 | 230 953 | 27 405 | 11,9 |
| Ludwigsburg | 401 326 | 47 475 | 11,8 | 423 805 | 55 201 | 13,0 | 435 649 | 61 360 | 14,1 |
| Rems-Murr-Kreis | 333 446 | 29 148 | 8,7 | 349 139 | 35 838 | 10,3 | 356 142 | 38 959 | 10,9 |
| Region Mittlerer Neckar | 2 290 745 | 256 868 | 11,2 | 2 341 099 | 305 139 | 13,0 | 2 369 273 | 336 175 | 14,2 |
| Stadtkreis Heilbronn | 102 300 | 9 895 | 9,7 | 113 177 | 13 186 | 11,7 | 111 938 | 15 396 | 13,8 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Heilbronn | 237 544 | 16 068 | 6,8 | 232 151 | 16 347 | 7,0 | 244 633 | 21 844 | 8,9 |
| Hohenlohekreis | 83 862 | 4 663 | 5,6 | 83 514 | 4 977 | 6,0 | 83 872 | 4 997 | 6,0 |
| Schwäbisch Hall | 147 122 | 5 192 | 3,5 | 151 046 | 7 865 | 5,2 | 150 601 | 8 030 | 5,3 |
| Main-Tauber-Kreis | 128 660 | 3 085 | 2,4 | 125 175 | 4 149 | 3,3 | 121 410 | 4 321 | 3,6 |
| Region Franken | 699 488 | 38 903 | 5,6 | 705 063 | 46 524 | 6,6 | 712 454 | 54 588 | 7,7 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Heidenheim | 126 800 | 9 235 | 7,3 | 125 375 | 11 056 | 8,8 | 124 296 | 11 454 | 9,2 |
| Ostalbkreis | 271 875 | 14 097 | 5,2 | 272 353 | 16 771 | 6,2 | 275 793 | 20 446 | 7,4 |
| Region Ostwürttemberg | 398 675 | 23 332 | 5,9 | 397 728 | 27 827 | 7,0 | 400 089 | 31 900 | 8,0 |
| Regierungsbezirk Stuttgart | 3 388 908 | 319 103 | 9,4 | 3 443 890 | 379 490 | 11,0 | 3 481 816 | 422 663 | 12,1 |
| Stadtkreise | | | | | | | | | |
| Baden-Baden | 37 185 | 2 152 | 5,8 | 49 718 | 2 972 | 6,0 | 49 142 | 3 306 | 6,7 |
| Karlsruhe | 259 091 | 17 292 | 6,7 | 280 448 | 22 147 | 7,9 | 271 892 | 24 016 | 8,8 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Karlsruhe | 362 471 | 20 443 | 5,6 | 349 856 | 25 046 | 7,2 | 359 053 | 27 151 | 7,6 |
| Rastatt | 200 763 | 10 652 | 5,3 | 188 535 | 12 499 | 6,6 | 189 114 | 12 452 | 6,6 |
| Region Mittlerer Oberrhein | 859 510 | 50 539 | 5,9 | 868 557 | 62 664 | 7,2 | 869 201 | 66 925 | 7,7 |
| Stadtkreise | | | | | | | | | |
| Heidelberg | 121 398 | 7 631 | 6,3 | 129 368 | 10 909 | 8,4 | 133 227 | 12 539 | 9,4 |
| Mannheim | 332 378 | 32 096 | 9,7 | 314 086 | 39 395 | 12,5 | 304 303 | 45 617 | 15,0 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Neckar-Odenwald-Kreis | 130 325 | 4 568 | 3,5 | 131 159 | 5 922 | 4,5 | 129 735 | 6 523 | 5,0 |
| Rhein-Neckar-Kreis | 427 063 | 26 886 | 6,3 | 449 602 | 34 262 | 7,6 | 463 110 | 36 553 | 7,9 |
| Region Unterer Neckar | 1 011 164 | 71 181 | 7,0 | 1 024 215 | 90 488 | 8,8 | 1 030 375 | 101 232 | 9,8 |
| Stadtkreis Pforzheim | 92 922 | 8 719 | 9,4 | 108 635 | 12 168 | 11,2 | 106 500 | 13 389 | 12,6 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Calw | 117 797 | 10 230 | 8,7 | 125 764 | 13 427 | 10,7 | 132 481 | 15 611 | 11,8 |
| Enzkreis | 162 980 | 13 277 | 8,1 | 154 590 | 14 525 | 9,4 | 162 142 | 16 913 | 10,4 |
| Freudenstadt | 100 862 | 4 670 | 4,6 | 97 682 | 5 931 | 6,1 | 99 697 | 7 090 | 7,1 |
| Region Nordschwarzwald | 474 561 | 36 896 | 7,8 | 486 671 | 46 051 | 9,5 | 500 820 | 53 003 | 10,6 |
| Regierungsbezirk Karlsruhe | 2 345 235 | 158 616 | 6,8 | 2 379 443 | 199 203 | 8,4 | 2 400 396 | 221 160 | 9,2 |
| Stadtkreis Freiburg im Breisgau | 165 556 | 8 788 | 5,3 | 175 371 | 11 965 | 6,8 | 175 106 | 13 381 | 7,6 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Breisgau-Hochschwarzwald | 176 017 | 7 043 | 4,0 | 187 104 | 9 506 | 5,1 | 199 911 | 10 578 | 5,3 |
| Emmendingen | 120 761 | 4 212 | 3,5 | 129 402 | 5 779 | 4,5 | 131 893 | 6 064 | 4,6 |
| Ortenaukreis | 348 769 | 13 443 | 3,9 | 355 613 | 18 182 | 5,1 | 355 385 | 19 228 | 5,4 |
| Region Südlicher Oberrhein | 811 103 | 33 486 | 4,1 | 847 490 | 45 432 | 5,4 | 862 295 | 49 251 | 5,7 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Rottweil | 127 091 | 7 922 | 6,2 | 129 074 | 9 400 | 7,3 | 127 567 | 9 036 | 7,1 |
| Schwarzwald-Baar-Kreis | 197 551 | 18 878 | 9,6 | 199 550 | 23 122 | 11,6 | 199 570 | 23 048 | 11,5 |
| Tuttlingen | 108 591 | 7 464 | 6,9 | 110 283 | 9 663 | 8,8 | 111 317 | 10 850 | 9,7 |
| Region Schwarzwald-Baar-Heuberg | 433 233 | 34 264 | 7,9 | 438 907 | 42 185 | 9,6 | 438 454 | 42 934 | 9,8 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Konstanz | 222 222 | 19 996 | 9,0 | 229 505 | 23 894 | 10,4 | 230 054 | 24 414 | 10,6 |
| Lörrach | 192 175 | 15 171 | 7,9 | 193 655 | 17 407 | 9,0 | 190 832 | 17 539 | 9,2 |
| Waldshut | 137 733 | 9 972 | 7,2 | 142 920 | 12 742 | 8,9 | 143 647 | 13 294 | 9,3 |
| Region Hochrhein-Bodensee | 552 130 | 45 139 | 8,2 | 566 080 | 54 043 | 9,5 | 564 533 | 55 247 | 9,8 |
| Regierungsbezirk Freiburg | 1 796 466 | 112 889 | 6,3 | 1 852 477 | 141 660 | 7,6 | 1 865 282 | 147 432 | 7,9 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Reutlingen | 228 322 | 18 743 | 8,2 | 234 648 | 23 369 | 10,0 | 237 679 | 25 354 | 10,7 |
| Tübingen | 150 291 | 12 259 | 8,2 | 165 487 | 14 764 | 8,9 | 172 803 | 16 730 | 9,7 |
| Zollernalbkreis | 169 325 | 10 304 | 6,1 | 173 554 | 14 433 | 8,3 | 173 240 | 16 332 | 9,4 |
| Region Neckar-Alb | 547 938 | 41 306 | 7,5 | 573 689 | 52 566 | 9,2 | 583 722 | 58 416 | 10,0 |
| Stadtkreis Ulm | 94 970 | 8 104 | 8,5 | 98 237 | 11 256 | 11,5 | 100 671 | 13 583 | 13,5 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Alb-Donau-Kreis | 155 052 | 8 731 | 5,6 | 155 694 | 12 093 | 7,8 | 160 377 | 14 425 | 9,0 |
| Biberach | 146 727 | 5 119 | 3,5 | 149 190 | 6 630 | 4,4 | 151 661 | 7 818 | 5,2 |
| Region Donau-Iller ¹⁾ | 396 749 | 21 954 | 5,5 | 403 121 | 29 979 | 7,4 | 412 709 | 35 826 | 8,7 |
| Landkreise | | | | | | | | | |
| Bodenseekreis | 153 251 | 11 387 | 7,4 | 162 236 | 14 653 | 9,0 | 170 353 | 16 945 | 9,9 |
| Ravensburg | 214 700 | 10 356 | 4,8 | 225 327 | 14 244 | 6,3 | 230 685 | 15 784 | 6,8 |
| Sigmaringen | 110 360 | 4 474 | 4,1 | 112 565 | 6 418 | 5,7 | 113 984 | 8 127 | 7,1 |
| Region Bodensee-Oberschwaben | 478 311 | 26 217 | 5,5 | 500 128 | 35 315 | 7,1 | 515 022 | 40 856 | 7,9 |
| Regierungsbezirk Tübingen | 1 422 998 | 89 477 | 6,3 | 1 476 938 | 117 860 | 8,0 | 1 511 453 | 135 098 | 8,9 |
| Baden-Württemberg | 8 953 607 | 680 085 | 7,6 | 9 152 748 | 838 213 | 9,2 | 9 258 947 | 926 353 | 10,0 |

1) Soweit Land Baden-Württemberg.

Tabelle 7

Altersgliederung der Ausländer

| Alter von ... bis unter ... Jahren | 6.6.1961 | | 1.1.1971 | | 1.1.1974 | | 1.1.1980 | |
|---------------------------------------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|----------|
| | männlich | weiblich | männlich | weiblich | männlich | weiblich | männlich | weiblich |
| | 1000 | | | | | | | |
| 0 - 5 | 4,2 | 3,9 | 31,0 | 29,3 | 47,4 | 45,3 | 43,7 | 42,0 |
| 5 - 10 | 2,4 | 2,2 | 20,3 | 19,2 | 32,8 | 30,3 | 43,7 | 43,6 |
| 10 - 15 | 2,4 | 2,3 | 14,4 | 14,3 | 23,5 | 22,6 | 34,2 | 32,5 |
| 15 - 20 | 8,5 | 3,8 | 24,8 | 25,5 | 35,8 | 31,0 | 35,2 | 29,5 |
| 20 - 25 | 24,3 | 6,3 | 53,0 | 45,8 | 57,7 | 60,4 | 42,7 | 34,9 |
| 25 - 30 | 27,5 | 5,0 | 66,2 | 36,1 | 84,4 | 53,2 | 49,3 | 50,7 |
| 30 - 35 | 18,9 | 4,0 | 70,2 | 30,5 | 80,7 | 38,1 | 61,7 | 44,6 |
| 35 - 40 | 14,0 | 3,6 | 54,4 | 22,1 | 67,1 | 29,8 | 54,4 | 30,8 |
| 40 - 45 | 8,0 | 2,2 | 35,7 | 15,8 | 48,2 | 21,5 | 46,5 | 24,3 |
| 45 - 50 | 6,6 | 1,6 | 20,7 | 10,3 | 28,0 | 14,5 | 34,4 | 18,3 |
| 50 - 55 | 4,0 | 1,4 | 9,9 | 4,7 | 15,6 | 8,7 | 20,2 | 12,3 |
| 55 - 60 | 2,1 | 1,1 | 7,1 | 3,4 | 7,0 | 3,7 | 11,6 | 7,9 |
| 60 - 65 | 1,1 | 1,0 | 3,6 | 2,5 | 4,9 | 3,5 | 4,8 | 3,1 |
| 65 - 70 | | | 1,7 | 1,9 | 2,3 | 2,5 | 3,0 | 3,0 |
| 70 - 75 | | | 1,0 | 1,5 | 1,4 | 1,9 | 2,0 | 2,4 |

Tabelle 8

Altersspezifische Verheiratetenquote der Frauen

| Alter von ... bis unter ... Jahren | Ausländer | | | | Deutsche |
|---------------------------------------|--------------------|--------|--------|--------|----------|
| | 6.6.61 | 1.1.71 | 1.1.74 | 1.1.80 | |
| | 15 - 20 | 8,2 | 24,9 | 26,1 | 13,8 |
| 20 - 25 | 41,4 | 63,2 | 60,7 | 52,9 | 35,4 |
| 25 - 30 | 66,0 | 80,6 | 80,1 | 66,9 | 70,7 |
| 30 - 35 | 75,0 | 84,3 | 85,3 | 80,6 | 83,3 |
| 35 - 40 | 77,7 | 84,5 | 85,7 | 85,4 | 85,6 |
| 40 - 45 | 75,5 | 81,9 | 84,8 | 84,5 | 85,8 |
| 45 - 50 | 69,2 | 76,2 | 79,9 | 83,8 | 82,7 |
| 50 - 55 | 66,0 | 69,3 | 71,1 | 76,8 | 77,1 |
| 55 - 60 | 56,7 | 59,5 | 59,2 | 65,8 | 67,8 |
| 60 - 65 | 47,5 | 45,1 | 46,2 | 51,5 | 56,1 |
| 65 - 70 | | 35,2 | 34,5 | 37,6 | 45,6 |
| 70 und mehr | 26,7 | 18,9 | 19,3 | 21,8 | 24,9 |
| Insgesamt ¹⁾ | 42,6 ²⁾ | 51,8 | 50,6 | 45,2 | 46,3 |

1) Einschließlich 0 bis unter 15 Jahre. - 2) Einschließlich ohne Angaben des Alters.

Tabelle 9

Verurteilte Deutsche und Ausländer nach strafbaren Handlungen in Baden-Württemberg 1976 - 1980
Verurteiltenkennziffer¹⁾

| Straftat | Jahr | Verurteilte im Alter von ... Jahren | | | | | | | | | | | |
|--|------|-------------------------------------|----------|-----------------|----------|-----------------|----------|-----------------|----------|-----------------|----------|-----------------|----------|
| | | 14 bis unter 18 | | 10 bis unter 21 | | 21 bis unter 25 | | 25 bis unter 30 | | 30 bis unter 40 | | 40 bis unter 50 | |
| | | Ausländer | Deutsche | Ausländer | Deutsche | Ausländer | Deutsche | Ausländer | Deutsche | Ausländer | Deutsche | Ausländer | Deutsche |
| I Straftaten gegen den Staat, die öffentliche Ordnung und im Amte | 1976 | 45 | 30 | 75 | 84 | 48 | 76 | 51 | 62 | 35 | 43 | 29 | 24 |
| | 1977 | 32 | 29 | 56 | 82 | 46 | 90 | 48 | 64 | 40 | 41 | 37 | 23 |
| | 1978 | 35 | 32 | 65 | 87 | 96 | 89 | 60 | 58 | 44 | 43 | 22 | 25 |
| | 1979 | 28 | 29 | 95 | 82 | 70 | 84 | 73 | 56 | 37 | 43 | 26 | 23 |
| | 1980 | 33 | 28 | 108 | 87 | 86 | 83 | 68 | 55 | 44 | 38 | 32 | 21 |
| II Straftaten gegen die sexuelle Selbstbestimmung | 1976 | 53 | 15 | 50 | 30 | 44 | 36 | 34 | 28 | 29 | 20 | 25 | 10 |
| | 1977 | 85 | 19 | 50 | 31 | 49 | 29 | 22 | 27 | 36 | 20 | 20 | 10 |
| | 1978 | 46 | 13 | 38 | 21 | 25 | 32 | 17 | 23 | 23 | 18 | 15 | 10 |
| | 1979 | 40 | 10 | 33 | 21 | 33 | 28 | 26 | 25 | 26 | 15 | 30 | 10 |
| | 1980 | 33 | 11 | 40 | 22 | 42 | 25 | 27 | 20 | 19 | 17 | 17 | 9 |
| III Andere Straftaten gegen die Person (außer im Straßenverkehr) | 1976 | 151 | 106 | 302 | 263 | 215 | 247 | 212 | 214 | 194 | 165 | 142 | 95 |
| | 1977 | 215 | 126 | 316 | 292 | 249 | 256 | 250 | 227 | 225 | 181 | 147 | 106 |
| | 1978 | 119 | 124 | 327 | 267 | 253 | 251 | 239 | 206 | 197 | 171 | 131 | 93 |
| | 1979 | 170 | 114 | 376 | 234 | 357 | 237 | 196 | 199 | 191 | 158 | 148 | 99 |
| | 1980 | 169 | 130 | 373 | 255 | 353 | 229 | 249 | 178 | 192 | 151 | 156 | 92 |
| IV Diebstahl und Unterschlagung | 1976 | 1 161 | 827 | 766 | 752 | 578 | 456 | 399 | 314 | 289 | 225 | 274 | 149 |
| | 1977 | 1 326 | 861 | 717 | 701 | 569 | 443 | 417 | 283 | 268 | 224 | 262 | 148 |
| | 1978 | 1 167 | 897 | 836 | 709 | 551 | 448 | 382 | 282 | 253 | 215 | 242 | 147 |
| | 1979 | 1 545 | 886 | 877 | 648 | 632 | 448 | 435 | 270 | 277 | 217 | 242 | 147 |
| | 1980 | 1 199 | 809 | 918 | 619 | 699 | 407 | 497 | 265 | 321 | 199 | 275 | 148 |
| V Raub und Erpressung, räuberischer Angriff auf Kraftfahrer | 1976 | 98 | 30 | 44 | 49 | 36 | 28 | 14 | 15 | 8 | 4 | 3 | 1 |
| | 1977 | 58 | 38 | 76 | 49 | 17 | 29 | 7 | 13 | 3 | 6 | 4 | 2 |
| | 1978 | 76 | 37 | 100 | 43 | 20 | 24 | 12 | 9 | 5 | 5 | 4 | 2 |
| | 1979 | 75 | 34 | 84 | 44 | 35 | 21 | 17 | 15 | 8 | 6 | 2 | 2 |
| | 1980 | 58 | 24 | 45 | 37 | 33 | 28 | 19 | 10 | 8 | 6 | 2 | 1 |
| VI Andere Vermögensdelikte | 1976 | 204 | 182 | 311 | 300 | 300 | 305 | 273 | 292 | 220 | 178 | 173 | 94 |
| | 1977 | 252 | 201 | 375 | 319 | 343 | 329 | 339 | 282 | 311 | 194 | 227 | 100 |
| | 1978 | 228 | 199 | 345 | 312 | 323 | 335 | 322 | 273 | 348 | 198 | 255 | 106 |
| | 1979 | 298 | 191 | 351 | 298 | 395 | 323 | 320 | 267 | 312 | 202 | 236 | 108 |
| | 1980 | 237 | 214 | 388 | 282 | 441 | 291 | 351 | 250 | 287 | 188 | 236 | 103 |
| VII Gemeingefährliche Straftaten (außer im Straßenverkehr) | 1976 | 11 | 15 | 19 | 46 | 19 | 43 | 20 | 30 | 19 | 28 | 13 | 18 |
| | 1977 | 19 | 16 | 15 | 42 | 21 | 38 | 12 | 29 | 21 | 26 | 13 | 16 |
| | 1978 | 18 | 12 | 12 | 39 | 40 | 40 | 16 | 28 | 20 | 26 | 10 | 17 |
| | 1979 | 7 | 14 | 14 | 31 | 27 | 39 | 24 | 32 | 19 | 22 | 15 | 14 |
| | 1980 | 2 | 15 | 23 | 40 | 16 | 34 | 19 | 30 | 11 | 21 | 8 | 14 |
| I-VII Straftaten nach dem Strafgesetzbuch (ohne Straßenverkehr) insgesamt | 1976 | 1 722 | 1 205 | 1 567 | 1 523 | 1 240 | 1 191 | 1 003 | 955 | 793 | 663 | 659 | 390 |
| | 1977 | 1 987 | 1 290 | 1 604 | 1 516 | 1 295 | 1 214 | 1 096 | 924 | 905 | 691 | 709 | 404 |
| | 1978 | 1 689 | 1 313 | 1 723 | 1 479 | 1 308 | 1 218 | 1 049 | 880 | 889 | 675 | 679 | 401 |
| | 1979 | 2 163 | 1 278 | 1 829 | 1 357 | 1 549 | 1 180 | 1 090 | 863 | 869 | 663 | 697 | 401 |
| | 1980 | 1 732 | 1 230 | 1 894 | 1 341 | 1 669 | 1 096 | 1 225 | 808 | 884 | 622 | 724 | 388 |
| IX Straftaten nach anderen Bundes- und Landesgesetzen (ohne WSTG und AUSt. Ges.) | 1976 | 185 | 194 | 369 | 366 | 278 | 252 | 264 | 195 | 215 | 139 | 173 | 97 |
| | 1977 | 157 | 205 | 357 | 372 | 340 | 274 | 280 | 196 | 230 | 146 | 199 | 115 |
| | 1978 | 177 | 170 | 392 | 326 | 318 | 261 | 251 | 191 | 175 | 149 | 132 | 107 |
| | 1979 | 214 | 175 | 465 | 354 | 523 | 293 | 330 | 191 | 250 | 147 | 148 | 104 |
| | 1980 | 162 | 164 | 453 | 366 | 459 | 306 | 288 | 215 | 230 | 145 | 159 | 97 |
| I bis VII und IX insgesamt | 1976 | 1 908 | 1 399 | 1 936 | 1 889 | 1 517 | 1 443 | 1 267 | 1 150 | 1 009 | 802 | 832 | 488 |
| | 1977 | 2 144 | 1 495 | 1 962 | 1 888 | 1 634 | 1 488 | 1 375 | 1 120 | 1 135 | 837 | 908 | 520 |
| | 1978 | 1 866 | 1 483 | 2 114 | 1 805 | 1 625 | 1 479 | 1 300 | 1 071 | 1 064 | 824 | 811 | 508 |
| | 1979 | 2 377 | 1 453 | 2 294 | 1 711 | 2 072 | 1 472 | 1 420 | 1 055 | 1 119 | 809 | 845 | 505 |
| | 1980 | 1 894 | 1 394 | 2 347 | 1 707 | 2 128 | 1 403 | 1 513 | 1 022 | 1 114 | 766 | 883 | 485 |
| VIII Straftaten im Straßenverkehr | 1976 | 296 | 342 | 1 725 | 1 962 | 1 271 | 1 477 | 1 310 | 1 053 | 1 083 | 820 | 803 | 540 |
| | 1977 | 319 | 405 | 1 824 | 1 978 | 1 328 | 1 466 | 1 259 | 1 014 | 1 119 | 802 | 820 | 539 |
| | 1978 | 324 | 410 | 1 764 | 1 788 | 1 466 | 1 408 | 1 163 | 958 | 1 087 | 766 | 789 | 521 |
| | 1979 | 417 | 510 | 1 738 | 1 721 | 1 595 | 1 422 | 1 148 | 953 | 998 | 772 | 786 | 522 |
| | 1980 | 422 | 607 | 1 857 | 1 724 | 1 895 | 1 392 | 1 218 | 953 | 1 091 | 758 | 847 | 522 |
| I bis IX insgesamt | 1976 | 2 204 | 1 741 | 3 661 | 3 851 | 2 788 | 2 920 | 2 577 | 2 203 | 2 091 | 1 622 | 1 635 | 1 028 |
| | 1977 | 2 463 | 1 900 | 3 786 | 3 866 | 2 962 | 2 954 | 2 634 | 2 134 | 2 253 | 1 639 | 1 728 | 1 059 |
| | 1978 | 2 190 | 1 893 | 3 878 | 3 592 | 3 091 | 2 888 | 2 463 | 2 029 | 2 152 | 1 590 | 1 600 | 1 029 |
| | 1979 | 2 794 | 1 963 | 4 032 | 3 432 | 3 667 | 2 894 | 2 568 | 2 008 | 2 117 | 1 582 | 1 631 | 1 027 |
| | 1980 | 2 316 | 2 003 | 4 204 | 3 431 | 4 023 | 2 795 | 2 731 | 1 975 | 2 205 | 1 524 | 1 730 | 1 007 |

1) Verurteilte auf 100 000 des entsprechenden Bevölkerungsteils.

Zu III, 1.3: Grunddaten zur Situation der Behinderten

Tabelle 10

Behinderte nach Geschlecht und dem Grad der Erwerbsminderung am 31. Dezember 1979

| Geschlecht | Behinderte insgesamt | Davon mit einer MdB von ... bis unter ... v.H. | | | | | | | |
|------------|----------------------|--|---------|---------|---------|---------|---------|----------|--------|
| | | 30 - 40 | 40 - 50 | 50 - 60 | 60 - 70 | 70 - 80 | 80 - 90 | 90 - 100 | 100 |
| Anzahl | | | | | | | | | |
| Männlich | 249 645 | 16 390 | 10 727 | 57 034 | 34 733 | 31 636 | 34 018 | 11 554 | 53 553 |
| Weiblich | 177 656 | 16 835 | 9 043 | 37 730 | 20 290 | 18 864 | 22 732 | 6 511 | 45 651 |
| Insgesamt | 427 301 | 33 225 | 19 770 | 94 764 | 55 023 | 50 500 | 56 750 | 18 065 | 99 204 |
| Prozent | | | | | | | | | |
| Männlich | 100 | 6,6 | 4,3 | 22,8 | 13,9 | 12,7 | 13,6 | 4,6 | 21,5 |
| Weiblich | 100 | 9,5 | 5,1 | 21,2 | 11,4 | 10,6 | 12,8 | 3,7 | 25,7 |
| Insgesamt | 100 | 7,8 | 4,6 | 22,2 | 12,9 | 11,8 | 13,3 | 4,2 | 23,2 |

Tabelle 11

Behinderte nach Altersgruppen und dem Grad der Erwerbsminderung am 31. Dezember 1979

| Altersgruppe von ... bis unter ... Jahren | Behinderte insgesamt | Davon mit einer MdB von ... bis unter ... v.H. | | | | | |
|---|----------------------|--|----------|--------|---------|----------|------|
| | | 30 - 50 | 50 - 100 | 100 | 30 - 50 | 50 - 100 | 100 |
| Anzahl | | | | | | | |
| unter 18 | 15 144 | 946 | 5 494 | 8 704 | 6,2 | 36,3 | 57,5 |
| 18 - 35 | 42 607 | 6 617 | 22 918 | 13 072 | 15,5 | 53,8 | 30,7 |
| 35 - 45 | 49 699 | 10 865 | 29 873 | 8 961 | 21,9 | 60,1 | 18,0 |
| 45 - 55 | 92 399 | 17 628 | 62 540 | 12 231 | 19,1 | 67,7 | 13,2 |
| 55 - 65 | 125 003 | 13 119 | 92 077 | 19 807 | 10,5 | 73,7 | 15,8 |
| 65 und mehr | 102 449 | 3 820 | 62 200 | 36 429 | 3,7 | 60,7 | 35,6 |
| Insgesamt | 427 301 | 52 995 | 275 102 | 99 204 | 12,4 | 64,4 | 23,2 |

Tabelle 12

Behinderte nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen am 31. Dezember 1979

| Alter von ... bis unter ... Jahren | Behinderte auf 1000 Einwohner | | |
|------------------------------------|-------------------------------|----------|-----------|
| | Insgesamt | Deutsche | Ausländer |
| unter 18 | 6,7 | 7,0 | 4,8 |
| 18 - 45 | 25,1 | 27,1 | 11,4 |
| 45 - 60 | 104,7 | 107,3 | 67,0 |
| 60 und mehr | 92,1 | 91,2 | 155,0 |
| Insgesamt | 46,5 | 49,3 | 20,0 |

Tabelle 13

Erwerbstätige Behinderte nach Stellung im Beruf und Behindertengruppen am 31. Dezember 1979

| Stellung im Beruf | Leichtbehinderte | | Schwerbehinderte | |
|--|------------------|------|------------------|------|
| | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Auszubildende | 388 | 0,9 | 1 869 | 1,0 |
| Arbeiter | 20 623 | 49,8 | 79 636 | 40,7 |
| Angestellte | 15 117 | 36,5 | 67 854 | 34,6 |
| Beamte und Richter | 2 339 | 5,6 | 12 734 | 6,5 |
| Selbständige, Landwirte und mithelfende Familienangehörige | 1 336 | 3,2 | 9 128 | 4,7 |
| Sonstige Personengruppen, ohne Angabe ¹⁾ | 1 617 | 3,9 | 24 650 | 12,6 |
| Insgesamt | 41 420 | 100 | 195 871 | 100 |

1) Alle sonstigen Erwerbstätigen z.B. Heimarbeiter, Diakonissen, Nonnen und Ordensbrüder sowie Berufssoldaten.

Tabelle 14

Behinderte nach Altersgruppen und Stellung im Erwerbsleben am 31. Dezember 1979

| Altersgruppen | Schwerbehinderte | | | Leichtbehinderte | | |
|-----------------------|------------------|----------------------|--------------------|------------------|----------------------|--------------------|
| | Anzahl | davon waren ... in % | | Anzahl | davon waren ... in % | |
| | | erwerbstätig | nicht erwerbstätig | | erwerbstätig | nicht erwerbstätig |
| unter 25 Jahre | 30 026 | 24,1 | 75,9 | 3 244 | 52,5 | 47,5 |
| 25 bis unter 45 Jahre | 58 996 | 72,2 | 27,8 | 15 184 | 88,3 | 11,7 |
| 45 bis unter 65 Jahre | 186 655 | 71,4 | 28,6 | 30 747 | 83,1 | 16,9 |
| 65 und mehr Jahre | 98 629 | 12,9 | 87,1 | 3 820 | 19,5 | 80,5 |
| Insgesamt | 374 306 | 52,3 | 47,7 | 52 995 | 78,2 | 21,8 |

Tabelle 15

Behinderte nach Stellung im Erwerbsleben im Bundesgebiet¹⁾ und in Baden-Württemberg am 31. Dezember 1979

| Stellung im Erwerbsleben | Behinderte insgesamt | | Schwerbehinderte | | Leichtbehinderte | |
|--------------------------|----------------------|-------------------|------------------|-------------------|------------------|-------------------|
| | Bundesgebiet | Baden-Württemberg | Bundesgebiet | Baden-Württemberg | Bundesgebiet | Baden-Württemberg |
| | | | | | | |
| Nicht erwerbstätig | 48,7 | 44,5 | 52,6 | 47,7 | 24,6 | 21,8 |

1) Ohne Behinderte in Bayern (37 626), für die eine Aufgliederung nach Stellung im Erwerbsleben und Beruf nicht möglich ist.

Tabelle 16

Behinderungen nach Ursache am 31. Dezember 1979

| Ursache der Behinderung | Behinderungen | | | | | |
|---|---------------|-------|------------|-------|-----------|-------|
| | bei Männern | | bei Frauen | | insgesamt | |
| | Anzahl | % | Anzahl | % | Anzahl | % |
| Angeborene Behinderung | 16 969 | 5,3 | 13 329 | 5,8 | 30 298 | 5,5 |
| Arbeitsunfall, Berufskrankheit | 9 382 | 2,9 | 1 042 | 0,5 | 10 424 | 1,9 |
| Verkehrsunfall | 4 663 | 1,5 | 1 397 | 0,6 | 6 060 | 1,1 |
| Häuslicher Unfall | 543 | 0,2 | 287 | 0,1 | 830 | 0,1 |
| Sonstiger Unfall | 7 086 | 2,2 | 2 183 | 0,9 | 9 269 | 1,7 |
| Kriegsdienst-, Wehrdienst- oder Zivildienstbeschädigung | 52 342 | 16,3 | 1 425 | 0,6 | 53 767 | 9,8 |
| Sonstige Krankheit | 185 942 | 57,9 | 174 620 | 76,1 | 360 562 | 65,5 |
| Sonstige oder mehrere Ursachen | 43 936 | 13,7 | 35 261 | 15,4 | 79 197 | 14,4 |
| Insgesamt | 320 863 | 100,0 | 229 544 | 100,0 | 550 407 | 100,0 |

Tabelle 17

Behinderte in den Stadt- und Landkreisen am 31. Dezember 1979

| Kreis Region Regierungsbezirk Land | Behinderte insgesamt | Darunter Schwerbehinderte | | Wohn- bevölkerung | Behinderte insgesamt in % der Wohn- bevölkerung | Erwerbs- tätige Behinderte | Nicht- erwerbstätige | Erwerbs- tätige in % aller Behinderten |
|---|-------------------------|------------------------------|------|----------------------|---|----------------------------------|-------------------------|---|
| | | Anzahl | % | | | | | |
| Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt | 25 335 | 23 120 | 91,3 | 581 989 | 4,4 | 14 635 | 10 700 | 57,8 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Böblingen | 9 680 | 8 958 | 92,5 | 301 286 | 3,2 | 5 846 | 3 834 | 60,4 |
| Esslingen | 13 012 | 11 887 | 91,4 | 457 588 | 2,8 | 8 331 | 4 681 | 64,0 |
| Göppingen | 6 423 | 5 348 | 83,3 | 228 573 | 2,8 | 3 382 | 3 041 | 52,7 |
| Ludwigsburg | 17 213 | 15 132 | 87,9 | 431 535 | 4,0 | 10 428 | 6 785 | 60,6 |
| Rems-Murr-Kreis | 11 933 | 11 075 | 92,8 | 353 861 | 3,4 | 7 081 | 4 852 | 59,3 |
| Region Mittlerer Neckar | 83 596 | 75 520 | 90,3 | 2 354 832 | 3,5 | 49 703 | 33 893 | 59,5 |
| Stadtkreis Heilbronn | 6 540 | 5 770 | 88,2 | 111 426 | 5,9 | 3 369 | 3 171 | 51,5 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Heilbronn | 9 886 | 8 881 | 89,8 | 241 160 | 4,1 | 5 659 | 4 227 | 57,2 |
| Höhenlohekreis | 3 220 | 2 816 | 87,5 | 83 408 | 3,9 | 1 650 | 1 570 | 51,2 |
| Schwäbisch Hall | 5 051 | 4 458 | 88,3 | 150 013 | 3,4 | 2 699 | 2 352 | 53,4 |
| Main-Tauber-Kreis | 4 932 | 4 556 | 92,4 | 121 415 | 4,1 | 2 254 | 2 678 | 45,7 |
| Region Franken | 29 629 | 26 481 | 89,4 | 707 422 | 4,2 | 15 631 | 13 998 | 52,8 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Heidenheim | 3 161 | 2 531 | 80,1 | 123 516 | 2,6 | 1 791 | 1 370 | 56,7 |
| Ostalbkreis | 7 328 | 6 304 | 86,0 | 273 772 | 2,7 | 3 801 | 3 527 | 51,9 |
| Region Ostwürttemberg | 10 489 | 8 835 | 84,2 | 397 288 | 2,6 | 5 592 | 4 897 | 53,3 |
| Regierungsbezirk Stuttgart | 123 714 | 110 836 | 89,6 | 3 459 542 | 3,6 | 70 926 | 52 788 | 57,3 |
| Stadtkreise | | | | | | | | |
| Baden-Baden | 3 074 | 2 804 | 91,2 | 49 399 | 6,2 | 1 484 | 1 590 | 48,3 |
| Karlsruhe | 21 470 | 18 683 | 87,0 | 271 417 | 7,9 | 11 975 | 9 495 | 55,8 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Karlsruhe | 16 403 | 13 998 | 85,3 | 355 482 | 4,6 | 9 962 | 6 441 | 60,7 |
| Rastatt | 7 953 | 6 837 | 86,0 | 188 615 | 4,2 | 4 656 | 3 297 | 58,5 |
| Region Mittlerer Oberrhein | 48 900 | 42 322 | 86,5 | 864 913 | 5,7 | 28 077 | 20 823 | 57,4 |
| Stadtkreise | | | | | | | | |
| Heidelberg | 10 608 | 9 520 | 89,7 | 128 773 | 8,2 | 6 015 | 4 593 | 56,7 |
| Manheim | 26 672 | 23 529 | 88,2 | 303 247 | 8,8 | 17 028 | 9 644 | 63,8 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Neckar-Odenwald-Kreis | 8 357 | 7 507 | 89,8 | 129 580 | 6,4 | 3 807 | 4 550 | 45,6 |
| Rhein-Neckar-Kreis | 30 744 | 26 412 | 85,9 | 458 614 | 6,7 | 19 410 | 11 334 | 63,1 |
| Region Unterer Neckar | 76 381 | 66 968 | 87,7 | 1 020 214 | 7,5 | 46 260 | 30 121 | 60,6 |
| Stadtkreis Pforzheim | 6 174 | 5 655 | 91,6 | 106 677 | 5,8 | 2 880 | 3 294 | 46,6 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Calw | 5 390 | 4 875 | 90,4 | 129 926 | 4,1 | 3 000 | 2 390 | 55,7 |
| Enzkreis | 5 754 | 5 059 | 87,9 | 160 335 | 3,6 | 3 535 | 2 219 | 61,4 |
| Freudenstadt | 4 086 | 3 621 | 88,6 | 98 548 | 4,1 | 1 786 | 2 300 | 43,7 |
| Region Nordschwarzwald | 21 404 | 19 210 | 89,7 | 495 486 | 4,3 | 11 201 | 10 203 | 52,3 |
| Regierungsbezirk Karlsruhe | 146 685 | 128 500 | 87,6 | 2 380 613 | 6,2 | 85 538 | 61 147 | 58,3 |
| Stadtkreis Freiburg im Breisgau | 11 756 | 10 478 | 89,1 | 174 121 | 6,8 | 5 739 | 6 017 | 48,8 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Breisgau-Hochschwarzwald | 8 565 | 7 515 | 87,7 | 196 618 | 4,4 | 4 253 | 4 312 | 49,7 |
| Emmendingen | 5 484 | 4 774 | 87,1 | 130 870 | 4,2 | 3 022 | 2 462 | 55,1 |
| Ortenaukreis | 17 643 | 15 076 | 85,5 | 354 042 | 5,0 | 9 900 | 7 743 | 56,1 |
| Region Südlicher Oberrhein | 43 448 | 37 843 | 87,1 | 855 651 | 5,1 | 22 914 | 20 534 | 52,7 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Rottweil | 6 454 | 5 444 | 84,4 | 127 389 | 5,1 | 3 661 | 2 793 | 56,7 |
| Schwarzwald-Baar-Kreis | 8 588 | 7 380 | 85,9 | 198 424 | 4,3 | 4 981 | 3 607 | 58,0 |
| Tuttlingen | 4 239 | 3 496 | 82,5 | 110 457 | 3,8 | 2 405 | 1 834 | 56,7 |
| Region Schwarzwald-Baar-Heuberg | 19 281 | 16 320 | 84,6 | 436 270 | 4,4 | 11 047 | 8 234 | 57,3 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Konstanz | 14 924 | 12 430 | 83,3 | 228 748 | 6,5 | 7 273 | 7 651 | 48,7 |
| Lörrach | 11 745 | 9 806 | 83,5 | 190 011 | 6,2 | 6 719 | 5 026 | 57,2 |
| Waldshut | 6 963 | 5 920 | 85,0 | 142 468 | 4,9 | 3 073 | 3 890 | 44,1 |
| Region Hochrhein-Bodensee | 33 632 | 28 156 | 83,7 | 561 227 | 6,0 | 17 065 | 16 567 | 50,7 |
| Regierungsbezirk Freiburg | 96 361 | 82 319 | 85,4 | 1 853 148 | 5,2 | 51 026 | 45 335 | 53,0 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Reutlingen | 10 786 | 9 411 | 87,3 | 235 727 | 4,6 | 5 491 | 5 295 | 50,9 |
| Tübingen | 6 811 | 6 048 | 88,8 | 170 142 | 4,0 | 3 175 | 3 636 | 46,6 |
| Zollernalbkreis | 6 600 | 5 504 | 83,4 | 172 380 | 3,8 | 3 627 | 2 973 | 55,0 |
| Region Neckar-Alb | 24 197 | 20 963 | 86,6 | 578 249 | 4,2 | 12 293 | 11 904 | 50,8 |
| Stadtkreis Ulm | 3 832 | 3 116 | 81,3 | 99 560 | 3,8 | 2 011 | 1 821 | 52,5 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Alb-Donau-Kreis | 3 997 | 3 408 | 85,3 | 159 201 | 2,5 | 2 205 | 1 792 | 55,2 |
| Biberach | 3 974 | 3 594 | 90,4 | 150 597 | 2,6 | 1 840 | 2 134 | 46,3 |
| Region Donau-Iller ¹⁾ | 11 803 | 10 118 | 85,7 | 409 358 | 2,9 | 6 056 | 5 747 | 51,3 |
| Landkreise | | | | | | | | |
| Bodenseekreis | 8 460 | 7 381 | 87,2 | 167 867 | 5,0 | 4 037 | 4 423 | 47,7 |
| Ravensburg | 10 210 | 9 141 | 89,5 | 228 261 | 4,5 | 4 424 | 5 786 | 43,3 |
| Sigmaringen | 5 637 | 4 845 | 85,9 | 113 014 | 5,0 | 2 823 | 2 814 | 50,1 |
| Region Bodensee-Oberschwaben | 24 307 | 21 367 | 87,9 | 509 142 | 4,8 | 11 284 | 13 023 | 46,4 |
| Regierungsbezirk Tübingen | 60 307 | 52 448 | 87,0 | 1 496 749 | 4,0 | 29 633 | 30 674 | 49,1 |
| Wohnsitz außerhalb des Bundes- gebietes | 234 | 203 | 86,8 | - | - | 168 | 66 | 71,8 |
| Baden-Württemberg | 427 301 | 374 306 | 87,6 | 9 190 052 | 4,6 | 237 291 | 190 010 | 55,5 |
| Bundesgebiet | 3 431 400 ²⁾ | 2 959 448 | 86,2 | 61 439 300 | 5,6 | 1 739 744 | 1 654 030 | 51,3 |

1) Soweit Land Baden-Württemberg. - 2) Einschließlich 37 626 Behinderten in Bayern, für die eine Aufgliederung nach Erwerbstätigkeit/Nichterwerbstätigkeit nicht möglich ist.

Zu III, 1.4: Ausgabenentwicklung im Gesundheitswesen in den 70er Jahren

Abgrenzung: Gesundheitsbudget – Sozialbudget

Das Gesundheitsbudget umfaßt im Gegensatz zum Sozialbudget die privaten Krankenversicherungen und die privaten Haushalte als Finanzierer von Gesundheitsausgaben. Auch wird der Leistungsbegriff im Gesundheitsbudget umfassender gesehen, was der Einbezug von Leistungen für Ausbildung und Forschung sowie von öffentlichen Investitionsausgaben und -zuschüssen im Gesundheitsbereich verdeutlicht. Andererseits gibt es aber auch Leistungen, die im Sozialbudget nachgewiesen sind, im Gesundheitsbudget dagegen außer Betracht bleiben. Dies gilt insbesondere für den Bereich der indirekten Leistungen (z. B. Steuervergünstigungen für Behinderte). Bei einem Vergleich der nachgewiesenen Gesundheitsleistungen nach dem Sozialbudget und dem Gesundheitsbudget ist schließlich zu beachten, daß in beiden Systemen unterschiedliche funktionelle Zuordnungen erfolgen. Es handelt sich dabei um Aufwendungen, die zwar in beiden Rechensystemen enthalten sind, im Sozialbudget aber nicht der Funktionsgruppe Gesundheit zugeordnet werden.

Bestimmungsfaktoren der realen Ausgaben für die stationäre Behandlung pro Kopf

Hierzu gelten die folgenden Relationen:

$$\frac{A}{WB} = \frac{A}{T} \cdot \frac{T}{K} \cdot \frac{K}{WB}$$

$$\frac{A}{WB} = \frac{A}{K} \cdot \frac{K}{WB}$$

Dabei sind:

- A : Reale Ausgaben für die stationäre Behandlung
- T : Pfl egetage
- K : Stationär behandelte Kranke
- WB: Wohnbevölkerung

Weiterhin bedeuten:

$\frac{A}{T}$: Statistischer Pflegesatz

$\frac{T}{K}$: Statistische Verweildauer

$\frac{A}{K}$: Leistungsniveau pro Behandlungsfall

$\frac{K}{WB}$: Behandlungsfälle

Zu III, 3.1: Handel und Handwerk – Träger des Mittelstandes

Tabelle 18

Das Handwerk in den Stadt- und Landkreisen

| Kreis ¹⁾ Region Regierungsbezirk Land | Unternehmen ²⁾ | Tätige Personen ³⁾ | | | | | Gesamtumsatz ⁴⁾ ohne Umsatzsteuer | | Veränderung der Wohnbevölkerung ⁵⁾ 1977/1963 | |
|---|---------------------------|-------------------------------|----------------|-----------------------------|----------------------------|-------------|---|--------------|---|----------------------------|
| | | 31.3.77 | je Unternehmen | je 1000 der Wohnbevölkerung | Anteil an der Landes-summe | Veränderung | | im Jahr 1976 | | Anteil an der Landes-summe |
| | | | | | | 1977/1968 | 1977/1963 | | | |
| Anzahl | | % | | % | | Mill. DM | % | | | |
| Stadtkreis Stuttgart, Landeshauptstadt | 5 196 | 50 968 | 10 | 86 | 7,6 | - 5,2 | - 9,7 | 4 233,3 | 8,5 | - 8,0 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Böblingen | 2 757 | 17 775 | 6 | 61 | 2,6 | 16,4 | 23,1 | 1 338,7 | 2,7 | 41,2 |
| Esslingen | 4 601 | 29 997 | 7 | 67 | 4,5 | 0,5 | 3,4 | 2 278,5 | 4,6 | 24,8 |
| Göppingen | 2 623 | 17 071 | 7 | 75 | 2,5 | - 3,8 | 2,9 | 1 159,0 | 2,3 | 8,9 |
| Ludwigsburg | 4 177 | 30 475 | 7 | 72 | 4,5 | 18,4 | 21,7 | 2 207,8 | 4,4 | 25,1 |
| Rems-Murr-Kreis | 3 973 | 27 703 | 7 | 79 | 4,1 | 4,5 | 15,0 | 2 200,2 | 4,4 | 22,3 |
| Region Mittlerer Neckar | 23 327 | 173 989 | 7 | 75 | 25,9 | 3,0 | 5,1 | 13 417,5 | 26,9 | 14,2 |
| Stadtkreis Heilbronn | 1 285 | 12 809 | 10 | 114 | 1,9 | - 4,3 | 12,7 | 1 168,5 | 2,3 | 8,8 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Heilbronn | 3 300 | 18 121 | 5 | 78 | 2,7 | 20,9 | 33,1 | 1 371,5 | 2,8 | 18,9 |
| Hohenlohekreis | 1 146 | 6 260 | 5 | 75 | 0,9 | 7,7 | 17,6 | 535,4 | 1,1 | 7,0 |
| Schwäbisch Hall | 2 001 | 12 310 | 6 | 82 | 1,8 | 2,0 | 9,2 | 893,9 | 1,8 | 7,6 |
| Main-Tauber-Kreis | 1 568 | 10 675 | 7 | 86 | 1,6 | - 6,6 | 1,0 | 767,2 | 1,5 | 1,1 |
| Region Franken | 9 300 | 60 175 | 6 | 86 | 8,9 | 4,3 | 15,4 | 4 736,4 | 9,5 | 9,9 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Heidenheim | 1 351 | 10 106 | 7 | 82 | 1,5 | 12,6 | 8,3 | 676,1 | 1,4 | 4,8 |
| Ostalbkreis | 3 063 | 19 893 | 6 | 73 | 3,0 | - 4,4 | 0,4 | 1 404,7 | 2,8 | 9,8 |
| Region Ostwürttemberg | 4 414 | 29 999 | 7 | 76 | 4,5 | 0,7 | 2,9 | 2 080,8 | 4,2 | 8,2 |
| Regierungsbezirk Stuttgart | 37 041 | 264 163 | 7 | 77 | 39,3 | 3,1 | 7,0 | 20 234,7 | 40,6 | 12,6 |
| Stadtkreise | | | | | | | | | | |
| Baden-Baden | 581 | 5 121 | 9 | 104 | 0,8 | - 12,4 | - 11,2 | 349,3 | 0,7 | - 6,0 |
| Karlsruhe | 2 154 | 18 749 | 9 | 68 | 2,8 | - 15,4 | - 19,6 | 1 515,3 | 3,0 | 0,7 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Karlsruhe | 3 472 | 20 097 | 6 | 57 | 3,0 | - 2,1 | 1,3 | 1 411,2 | 2,8 | 20,5 |
| Rastatt | 1 740 | 12 200 | 7 | 65 | 1,8 | - 8,0 | - 14,1 | 814,0 | 1,6 | 13,2 |
| Region Mittlerer Oberrhein | 7 947 | 56 167 | 7 | 65 | 8,3 | - 9,1 | - 11,0 | 4 089,7 | 8,2 | 10,3 |
| Stadtkreise | | | | | | | | | | |
| Heidelberg | 1 094 | 9 218 | 8 | 71 | 1,4 | - 10,8 | - 14,1 | 616,7 | 1,2 | - 4,4 |
| Mannheim | 2 378 | 23 697 | 10 | 77 | 3,5 | - 10,2 | - 0,9 | 1 589,0 | 3,2 | - 4,0 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Neckar-Odenwald-Kreis | 1 478 | 9 558 | 6 | 73 | 1,4 | - 2,3 | 12,7 | 651,5 | 1,3 | 9,6 |
| Rhein-Neckar-Kreis | 4 076 | 28 283 | 7 | 63 | 4,2 | 12,6 | 22,4 | 1 952,2 | 3,9 | 26,7 |
| Region Unterer Neckar | 9 026 | 70 756 | 8 | 70 | 10,5 | - 1,2 | 6,8 | 4 809,4 | 9,6 | 9,4 |
| Stadtkreis Pforzheim | 1 116 | 8 712 | 8 | 81 | 1,3 | - 13,8 | - 15,2 | 622,7 | 1,2 | 6,8 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Calw | 1 559 | 10 427 | 7 | 82 | 1,5 | - 4,1 | 3,5 | 798,2 | 1,6 | 21,2 |
| Enzkreis | 1 928 | 9 963 | 5 | 52 | 1,5 | 2,1 | 6,8 | 734,3 | 1,5 | 23,1 |
| Freudenstadt | 1 494 | 8 184 | 5 | 84 | 1,2 | - 4,4 | - 4,2 | 604,7 | 1,2 | 11,9 |
| Region Nordschwarzwald | 6 097 | 37 286 | 6 | 76 | 5,5 | - 5,1 | - 2,5 | 2 759,8 | 5,5 | 16,4 |
| Regierungsbezirk Karlsruhe | 23 070 | 164 209 | 7 | 69 | 24,4 | - 4,9 | - 2,0 | 11 658,9 | 23,4 | 11,1 |
| Stadtkreis Freiburg im Breisgau | 1 456 | 13 808 | 9 | 79 | 2,1 | 1,0 | 1,9 | 958,1 | 1,9 | 8,9 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Breisgau-Hochschwarzwald | 1 966 | 11 948 | 6 | 63 | 1,8 | 16,3 | 21,0 | 741,3 | 1,5 | 29,5 |
| Emmendingen | 1 447 | 9 058 | 6 | 70 | 1,3 | 12,0 | 19,5 | 750,0 | 1,5 | 20,4 |
| Ortenaukreis | 3 913 | 27 123 | 7 | 77 | 4,0 | 4,0 | 9,5 | 2 086,5 | 4,2 | 11,8 |
| Region Südlicher Oberrhein | 8 782 | 61 937 | 7 | 73 | 9,2 | 6,6 | 11,1 | 4 535,9 | 9,1 | 16,0 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Rottweil | 1 545 | 9 429 | 6 | 74 | 1,4 | 0,2 | - 3,3 | 715,4 | 1,4 | 7,7 |
| Schwarzwald-Baar-Kreis | 1 976 | 13 864 | 7 | 70 | 2,1 | - 2,4 | - 0,1 | 1 077,7 | 2,2 | 13,3 |
| Tuttlingen | 1 599 | 10 313 | 6 | 94 | 1,5 | 6,7 | 12,1 | 773,8 | 1,6 | 13,3 |
| Region Schwarzwald-Baar-Heuberg | 5 120 | 33 606 | 7 | 77 | 5,0 | 0,6 | 2,4 | 2 566,9 | 5,1 | 11,6 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Konstanz | 2 280 | 15 706 | 7 | 69 | 2,3 | 16,4 | 4,3 | 961,4 | 1,9 | 22,9 |
| Lörrach | 1 684 | 11 710 | 7 | 61 | 1,7 | - 0,6 | 1,1 | 787,5 | 1,6 | 10,5 |
| Waldshut | 1 672 | 10 423 | 6 | 73 | 1,5 | 9,1 | 10,2 | 785,1 | 1,6 | 11,8 |
| Region Hochrhein-Bodensee | 5 636 | 37 839 | 7 | 67 | 5,6 | 8,7 | 4,8 | 2 534,0 | 5,1 | 13,2 |
| Regierungsbezirk Freiburg | 19 538 | 133 382 | 7 | 72 | 19,8 | 5,6 | 7,0 | 9 636,8 | 19,3 | 14,1 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Reutlingen | 2 861 | 20 342 | 7 | 87 | 3,0 | 9,9 | 10,5 | 1 536,3 | 3,1 | 15,8 |
| Tübingen | 1 629 | 9 523 | 6 | 57 | 1,4 | - 10,8 | - 7,3 | 669,9 | 1,3 | 21,5 |
| Zollernalbkreis | 2 282 | 13 854 | 6 | 80 | 2,1 | 1,8 | 7,5 | 1 034,3 | 2,1 | 12,3 |
| Region Neckar-Alb | 6 772 | 43 719 | 6 | 76 | 6,5 | 2,1 | 5,2 | 3 240,6 | 6,5 | 16,3 |
| Stadtkreis Ulm | 913 | 9 766 | 11 | 99 | 1,5 | 0,2 | - 11,0 | 712,3 | 1,4 | - 3,4 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Alb-Donau-Kreis | 1 837 | 11 004 | 6 | 70 | 1,6 | - 6,8 | 15,9 | 845,4 | 1,7 | 17,9 |
| Biberach | 1 752 | 12 568 | 7 | 84 | 1,9 | 3,9 | 19,4 | 970,5 | 1,9 | 12,7 |
| Region Donau-Iller ⁶⁾ | 4 502 | 33 338 | 7 | 82 | 5,0 | 0,7 | 7,6 | 2 528,2 | 5,1 | 10,1 |
| Landkreise | | | | | | | | | | |
| Bodenseekreis | 1 572 | 9 374 | 6 | 57 | 1,4 | - 20,4 | - 0,8 | 656,8 | 1,3 | 21,1 |
| Ravensburg | 2 223 | 15 789 | 7 | 70 | 2,3 | 3,7 | 6,5 | 1 235,8 | 2,5 | 16,6 |
| Sigmaringen | 1 447 | 8 831 | 6 | 79 | 1,3 | 4,5 | 3,5 | 667,1 | 1,3 | 11,4 |
| Region Bodensee-Oberschwaben | 5 242 | 33 994 | 6 | 68 | 5,1 | - 4,1 | 3,6 | 2 559,7 | 5,1 | 17,8 |
| Regierungsbezirk Tübingen | 16 516 | 111 051 | 7 | 75 | 16,5 | - 0,3 | 5,4 | 8 328,5 | 16,7 | 15,0 |
| Baden-Württemberg | 96 165 | 672 805 | 7 | 74 | 100 | 0,9 | 4,0 | 49 858,9 | 100 | 12,9 |

1) Gebietsstand: 1.1.1977. - 2) Und handwerkliche Nebenbetriebe einschließlich Neugründungen im Dezember 1976 bis 31. März 1977. - 3) Ohne Heimarbeiter; Zählung 1968: Stichtag 30.9.1967 (nur von Unternehmen, die das ganze Jahr 1967 bestanden haben). Zählung 1963: Stichtag 31.5.1963. - 4) Ohne-Umsatz von Neugründungen. - 5) Fortgeschriebene Wohnbevölkerung: Stichtag 31.3.1977 und 30.6.1963; ohne Berücksichtigung der Umgliederung bewohnter Gebiete. - 6) Soweit Land Baden-Württemberg.

Zu III, 4.1: Entwicklung der Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe in den Jahren 1971 bis 1978

Tabelle 19

Umweltschutzinvestitionen im Verarbeitenden Gewerbe nach Umweltbereichen

| Systematik-Nr. | Wirtschaftsgruppe Wirtschaftszweig | 1971 bis 1974 | | | | | 1975 und 1976 | | | | | 1977 und 1978 | | | | |
|----------------|---|-------------------------------------|-------------------|----------------|----------------|-----------------|-------------------------------------|-------------------|----------------|----------------|-----------------|-------------------------------------|-------------------|----------------|----------------|-----------------|
| | | Umweltschutzinvestitionen insgesamt | davon für | | | | Umweltschutzinvestitionen insgesamt | davon für | | | | Umweltschutzinvestitionen insgesamt | davon für | | | |
| | | | Abfallbeseitigung | Gewässerschutz | Lärmbekämpfung | Luftreinhaltung | | Abfallbeseitigung | Gewässerschutz | Lärmbekämpfung | Luftreinhaltung | | Abfallbeseitigung | Gewässerschutz | Lärmbekämpfung | Luftreinhaltung |
| 1000 DM | % | % | % | % | 1000 DM | % | % | % | % | 1000 DM | % | % | % | % | | |
| 22 | Mineralölverarbeitung | 5 490 | 8,8 | 31,0 | - | 60,2 | 55 865 | 1,4 | 2,0 | 0,5 | 96,1 | 168 357 | 2,2 | 8,9 | 2,9 | 86,0 |
| 25 | Industrie der Steine und Erden | 37 553 | 0,1 | 6,2 | 5,2 | 88,5 | 15 857 | 6,7 | 24,3 | 17,5 | 51,5 | 23 998 | 6,5 | 11,1 | 9,2 | 73,2 |
| 27 | Eisenschaffende Industrie | 846 | - | 5,3 | - | 94,7 | 2 076 | - | - | 3,3 | 96,7 | 1 185 | - | - | 65,8 | 34,2 |
| 28 | NE-Metallindustrie | 9 159 | 9,7 | 38,9 | 19,6 | 31,8 | 5 309 | 2,6 | 43,6 | 4,0 | 49,9 | 8 419 | 10,8 | 34,8 | 3,0 | 51,4 |
| 29 | Gießereien | 15 971 | 2,8 | 32,6 | 1,5 | 63,1 | 4 685 | 3,4 | 30,0 | 7,0 | 59,6 | 3 115 | 26,1 | 18,7 | 4,6 | 50,6 |
| 30 | Ziehereien, Kaltwalzwerke, Stahlverformung usw. | 12 336 | 1,7 | 69,3 | 13,4 | 15,6 | 8 545 | 4,4 | 76,9 | 5,0 | 13,7 | 7 779 | 13,6 | 54,1 | 11,2 | 21,1 |
| 31 | Stahlbau | 528 | 4,3 | 40,3 | 19,3 | 36,1 | 1 285 | 1,7 | 51,7 | 3,4 | 43,2 | 882 | 2,6 | 34,7 | 9,0 | 53,7 |
| 32 | Maschinenbau | 21 151 | 3,4 | 55,5 | 11,4 | 29,7 | 26 853 | 7,1 | 38,8 | 9,8 | 44,3 | 21 619 | 8,6 | 32,4 | 18,1 | 40,9 |
| 33 | Fahrzeugbau | 47 441 | 4,1 | 42,1 | 2,3 | 51,5 | 58 184 | 9,7 | 41,5 | 8,0 | 40,9 | 88 279 | 23,0 | 43,2 | 3,0 | 30,8 |
| 34 | Schiff- und Luftfahrzeugbau | 106 | - | 2,8 | 19,8 | 77,4 | 1 331 | 7,0 | 58,6 | 8,2 | 26,2 | 386 | - | 42,0 | 44,0 | 14,0 |
| 35 | Elektrotechnische Industrie | 18 921 | 4,1 | 61,2 | 12,2 | 22,5 | 25 877 | 19,4 | 49,1 | 11,9 | 19,6 | 25 017 | 7,9 | 50,8 | 9,6 | 31,7 |
| 37 | Feinmechanik, Optik, Herstellung von Uhren | 3 501 | 1,1 | 64,0 | 4,3 | 30,6 | 4 158 | 14,0 | 50,7 | 11,7 | 23,7 | 4 232 | 9,1 | 38,7 | 17,5 | 34,7 |
| 38 | Herstellung von EBM-Waren | 16 754 | 2,9 | 74,8 | 7,2 | 15,1 | 13 740 | 4,8 | 69,1 | 9,6 | 16,5 | 6 547 | 4,5 | 55,4 | 12,4 | 27,7 |
| 39 | Herstellung von Musikinstrumenten, Spielwaren usw. | 2 130 | 0,7 | 64,2 | 3,4 | 31,7 | 2 656 | 6,1 | 59,8 | 4,2 | 29,9 | 1 971 | 9,1 | 63,2 | 11,3 | 16,4 |
| 40 | Chemische Industrie | 58 950 | 0,8 | 81,4 | 0,5 | 17,3 | 89 295 | 3,3 | 81,8 | 1,3 | 13,6 | 42 487 | 5,1 | 59,5 | 2,3 | 33,1 |
| 50 | Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen | 4 076 | 0,2 | 73,9 | - | 25,9 | 27 581 | 0,1 | 72,2 | 2,6 | 25,1 | 13 791 | 0,4 | 69,6 | 0 | 30,0 |
| 51 | Feinkeramische Industrie | 1 464 | - | 53,3 | 0,6 | 46,1 | 679 | - | 12,5 | - | 87,5 | 292 | - | 61,3 | - | 38,7 |
| 52 | Glasindustrie | 530 | - | 60,9 | 12,3 | 26,8 | 1 514 | 42,5 | 44,3 | 2,6 | 10,5 | 3 879 | 7,8 | 21,1 | 7,3 | 63,7 |
| 53 | Sägewerke und Holzbearbeitung | 3 706 | 4,2 | 12,8 | 2,9 | 80,1 | 3 405 | 14,1 | 28,4 | 17,0 | 40,5 | 3 256 | 9,5 | 13,9 | 11,6 | 65,0 |
| 54 | Holzverarbeitende Industrie | 9 664 | 8,4 | 12,4 | 19,8 | 59,4 | 10 159 | 10,1 | 10,3 | 6,2 | 73,3 | 10 276 | 43,9 | 3,8 | 4,6 | 47,7 |
| 55 | Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeherzeugung | 49 109 | 3,5 | 85,4 | 3,0 | 8,1 | 64 802 | 15,5 | 79,4 | 1,9 | 3,3 | 57 634 | 11,6 | 65,7 | 2,8 | 19,9 |
| 56 | Papier- und Pappeverarbeitung | 5 986 | 6,7 | 14,3 | 13,6 | 65,4 | 1 888 | 11,1 | 61,8 | 9,0 | 18,1 | 1 699 | 36,4 | 17,6 | 17,4 | 28,6 |
| 57 | Druckerei und Vervielfältigung | 3 775 | 0,9 | 43,7 | 19,5 | 35,9 | 7 017 | 3,4 | 28,1 | 13,9 | 54,6 | 8 107 | 1,8 | 14,4 | 5,5 | 78,3 |
| 58 | Kunststoffverarbeitung | 2 023 | 9,3 | 16,5 | 18,6 | 55,6 | 5 248 | 11,7 | 42,4 | 14,9 | 31,0 | 6 410 | 8,8 | 18,8 | 33,9 | 38,5 |
| 59 | Gummiverarbeitung | 11 121 | 4,8 | 55,8 | 1,5 | 37,9 | 8 538 | 4,7 | 58,8 | 1,5 | 35,0 | 1 599 | 16,6 | 23,6 | 4,7 | 55,1 |
| 61 | Ledererzeugung | 2 157 | 4,0 | 81,3 | 1,4 | 13,3 | 966 | 10,4 | 60,6 | 4,0 | 25,1 | 3 151 | 6,3 | 83,8 | 1,9 | 8,0 |
| 62 | Lederverarbeitung und Schuhindustrie | 130 | 13,1 | 53,8 | 6,9 | 26,2 | 174 | 35,6 | 14,9 | 10,9 | 38,5 | 277 | 31,8 | - | 5,0 | 63,2 |
| 63 | Textilindustrie | 17 498 | 1,7 | 75,9 | 4,5 | 17,9 | 26 645 | 0,9 | 60,7 | 8,0 | 30,4 | 19 134 | 1,2 | 81,5 | 3,9 | 13,4 |
| 64 | Bekleidungsindustrie | 859 | 16,3 | 79,4 | - | 4,3 | 1 025 | 5,2 | 55,1 | 11,7 | 28,0 | 671 | 8,0 | 87,8 | - | 4,2 |
| 65 | Reparatur von Gebrauchsgütern | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - | - |
| 68 | Ernährungsgewerbe | 22 821 | 7,3 | 69,9 | 1,7 | 21,1 | 35 283 | 22,0 | 59,8 | 11,2 | 7,0 | 21 598 | 3,0 | 59,4 | 8,7 | 28,9 |
| 69 | Tabakverarbeitung | 27 | - | 7,4 | 37,0 | 55,6 | 39 | - | 28,2 | 28,2 | 43,6 | 170 | - | 69,4 | 30,6 | - |
| | Insgesamt | 385 783 | 3,3 | 56,4 | 5,2 | 35,1 | 512 092 | 8,1 | 53,6 | 5,7 | 32,6 | 556 841 | 9,0 | 35,9 | 5,3 | 49,8 |
| | Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie | 191 905 | 2,5 | 57,0 | 3,2 | 37,3 | 249 832 | 6,4 | 55,7 | 2,7 | 35,2 | 310 050 | 5,3 | 27,5 | 3,6 | 63,6 |
| | Investitionsgüterindustrie | 124 814 | 3,4 | 55,9 | 7,2 | 33,5 | 167 554 | 8,5 | 51,9 | 8,0 | 31,6 | 168 532 | 15,4 | 45,9 | 6,9 | 31,8 |
| | Verbrauchsgüter-, Nahrungs- und Genussmittelindustrie | 69 064 | 5,3 | 55,4 | 7,5 | 31,8 | 93 293 | 11,9 | 50,7 | 9,6 | 27,8 | 77 635 | 9,7 | 47,7 | 8,6 | 34,0 |

Tabelle 20

Daten zu Umweltschutzinvestitionen nach Beschäftigtengrößenklassen 1977 und 1978

| Systematik-Nr. | Wirtschaftshauptgruppe Wirtschaftsgruppe Wirtschaftszweig | Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen/Betriebe insgesamt | | | | | |
|----------------|---|---|--|---------|-----------|-----------|----------|
| | | insgesamt | Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten | | | | |
| | | | 0 - 49 | 50 - 99 | 100 - 199 | 200 - 499 | über 500 |
| | | | | | | | |
| | Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ²⁾ | 34,2 | 20,1 | 38,5 | 53,4 | 71,6 | 78,5 |
| | Grundstoff- und Produktionsgütergewerbe ohne 22 | - | - | - | - | - | - |
| 22 | Mineralölverarbeitung | 66,6 | - | - | - | - | - |
| 25 | Industrie der Steine und Erden ohne 2531 | 28,1 | 12,1 | 27,7 | 32,6 | 69,0 | 80,0 |
| 2531 | Zementherstellung | 85,7 | - | - | - | - | - |
| 27 | Eisenschaffende Industrie | 33,3 | - | - | - | - | - |
| 281 | NE-Metallhütten und -umsmelzwerke | 72,7 | - | - | - | - | - |
| 2850 | NE-Metallhalbzeugwerke | 68,2 | 0,0 | - | 100,0 | 83,3 | 100,0 |
| 2910 | Eisen-, Stahl-, Tempergießereien | 42,3 | 17,6 | 57,1 | 44,4 | 50,0 | 75,0 |
| 2950 | NE-Metallgießereien | 41,4 | 28,2 | 36,4 | 60,0 | 80,0 | - |
| 40 | Chemie ohne 4031 | 32,4 | 13,9 | 36,2 | 35,6 | 63,0 | 68,4 |
| 4031 | Herstellung von chemischen Grundstoffen | 66,6 | - | 50,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| 5311 | Säge- und Hobelwerke | 24,5 | 21,3 | - | 41,2 | - | - |
| 5361 | Herstellung von Halbwaren aus Holz | 59,1 | 57,1 | 57,1 | - | 62,5 | - |
| 55 | Holzschliff-, Zellstoff-, Papier- und Pappeerzeugung | 82,1 | 50,0 | - | 100,0 | 93,3 | 80,0 |
| 59 | Gummiverarbeitung | 34,0 | 8,7 | 50,0 | 42,9 | 60,0 | 66,7 |
| | Investitionsgüterindustrie | 20,3 | 10,9 | 16,2 | 24,8 | 36,0 | 58,1 |
| 3011 | Stabziehereien, Lichtwalzwerke | 18,6 | - | - | - | - | - |
| 3015 | Drahtziehereien (einschließlich Herstellung von Drahterzeugnissen) | | | | | | |
| 3021 | Herstellung von Gesenk- und leichten Formschmiedestücken, schweren Preß-, Zieh- und Stanzteilen | | | | | | |
| 3025 | Stahlverformung, Oberflächenveredlung, Härtung | | | | | | |
| 3030 | Mechanik | 27,8 | 22,1 | 26,4 | 44,2 | 42,0 | 75,0 |
| 31 | Stahlbau | 10,6 | 7,9 | 10,0 | 5,7 | 25,0 | 42,9 |
| 3210 | Herstellung von landwirtschaftlichen Maschinen, Ackerschleppern | 19,1 | 6,7 | 16,4 | 16,7 | 35,6 | 61,1 |
| 3230 | Herstellung von Textil- und Nähmaschinen | | | | | | |
| 3240 | Herstellung von Maschinen für die Nahrungs- und Genussmittelindustrie, chemische und verwandte Industrien | | | | | | |
| 3256 | Herstellung von Hütten- und Walzwerkseinrichtungen, Bergwerks- und Gießereimaschinen, Hebezeugen, Fördermitteln | | | | | | |
| 3270 | Herstellung von Maschinen für weitere bestimmte Wirtschaftszweige | 20,1 | 7,6 | 13,6 | 31,5 | 33,3 | 69,0 |
| 3220 | Herstellung von Metallbearbeitungsmaschinen, Maschinen- und Präzisionswerkzeugen | | | | | | |
| 3257 | Herstellung von Bau-, Baustoff- u.ä. Maschinen | | | | | | |
| 3260 | Herstellung von Zahnrädern, Getrieben, Lagern, Antriebs-elementen | | | | | | |
| 3280 | Sonstiger Maschinenbau | 17,9 | 10,3 | 17,3 | 20,3 | 24,3 | 46,7 |
| 3311 | Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenmotoren | 58,8 | - | - | - | - | - |
| 3314 | Herstellung von Teilen für Kraftwagen und Kraftwagenmotoren | 33,5 | 19,2 | 26,5 | 25,0 | 41,7 | 64,5 |
| 3316 | Herstellung von Karosserien, Aufbauten, Anhängern für Kraftwagen | | | | | | |
| 3327 | Herstellung von Kraftrad- und Fahrradteilen | | | | | | |
| 3390 | Reparatur von Kraftfahrzeugen, Fahrrädern; Lackierung von Straßenfahrzeugen | 11,4 | 9,7 | 13,2 | 30,0 | - | - |

1) Beschäftigte der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen. - 2) Im Grundstoff- und Produktionsgüterbereich beziehen sich die Berechnungen auf den

| Umweltschutzinvestitionen/Beschäftigte ¹⁾ | | | | | | Umweltschutzinvestitionen/Umsatz | | | | | | Systematik-Nr. |
|--|--|---------|-----------|-----------|----------|----------------------------------|--|---------|-----------|-----------|----------|----------------|
| insgesamt | Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten | | | | | insgesamt | Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten | | | | | |
| | 0 - 49 | 50 - 99 | 100 - 199 | 200 - 499 | über 500 | | 0 - 49 | 50 - 99 | 100 - 199 | 200 - 499 | über 500 | |
| DM/Beschäftigte | | | | | | DM/1000 DM | | | | | | |
| 3 501,1 | 2 398,6 | 2 124,8 | 1 858,3 | 4 219,1 | 3 682,8 | 6,2 | 6,0 | 5,1 | 4,1 | 4,6 | 7,4 | |
| 2 014,6 | 2 398,6 | 2 070,7 | 1 890,8 | 2 369,8 | 1 896,1 | 4,4 | 6,0 | 5,0 | 4,1 | 4,9 | 4,1 | |
| 99 647,6 | - | - | - | - | - | 12,8 ³⁾ | - | - | - | - | - | 22 |
| 945,4 | 3 254,8 | 2 148,5 | 1 632,5 | 683,1 | - | 5,0 | 8,4 | 5,9 | 4,8 | 2,2 | - | 25 |
| 6 501,6 | - | - | - | - | - | 9,3 | - | - | - | - | - | 2531 |
| 2 858,9 | - | - | - | - | - | 4,7 | - | - | - | - | - | 27 |
| 1 892,2 | - | - | - | - | - | 3,5 | - | - | - | - | - | 281 |
| 567,7 | - | - | 1 551,6 | 349,1 | 525,6 | 1,3 | - | - | 2,3 | 0,5 | 1,5 | 2850 |
| 589,8 | 2 919,9 | 2 042,2 | 750,6 | 1 069,5 | 219,1 | 2,1 | 8,8 | 10,6 | 2,7 | 3,3 | 0,8 | 2910 |
| 333,2 | 464,0 | 364,2 | 40,1 | 298,8 | - | 1,5 | 2,6 | 1,4 | 1,6 | 1,3 | - | 2950 |
| 1 234,8 | 958,7 | 3 541,5 | 977,0 | 1 815,2 | 984,7 | 2,3 | 1,7 | 7,1 | 2,1 | 3,7 | 1,8 | 40 |
| 2 876,3 | - | 1 051,7 | 2 976,0 | 4 130,9 | 2 705,1 | 5,1 | - | 2,4 | 7,0 | 4,2 | 5,3 | 4031 |
| 902,4 | 1 399,8 | - | 532,8 | - | - | 2,0 | 3,2 | - | 1,2 | - | - | 5311 |
| 1 583,9 | 573,3 | 2 006,1 | - | 1 593,3 | - | 3,1 | 2,3 | 6,5 | - | 2,8 | - | 5361 |
| 6 735,3 | 571,5 | - | 5 255,2 | 4 618,3 | 8 159,6 | 14,2 | 1,0 | - | 9,1 | 10,2 | 17,2 | 55 |
| 405,7 | 784,3 | - | - | 392,4 | - | 1,1 | 1,9 | - | - | 1,1 | - | 59 |
| 352,0 | 822,3 | 453,9 | 460,6 | 251,5 | 347,6 | 1,5 | 4,3 | 2,5 | 2,4 | 1,3 | 1,5 | |
| 211,9 | 587,1 | 687,4 | 139,8 | 199,3 | 159,3 | 1,2 | 1,0 | 2,3 | 1,0 | 1,4 | 1,0 | 3011 |
| | | | | | | | | | | | | 3015 |
| 602,3 | 1 556,4 | 718,3 | 806,0 | 376,9 | 144,0 | 3,6 | 9,1 | 4,0 | 4,2 | 2,3 | 1,0 | 3021 |
| | | | | | | | | | | | | 3025 |
| | | | | | | | | | | | | 3030 |
| 197,9 | 539,7 | 325,9 | 130,1 | 174,8 | 164,8 | 1,8 | 3,3 | 2,5 | 1,0 | 1,5 | 1,6 | 31 |
| | | | | | | | | | | | | 3210 |
| | | | | | | | | | | | | 3230 |
| 161,8 | 728,1 | 247,6 | 436,6 | 83,4 | 151,0 | 0,8 | 3,9 | 1,4 | 2,4 | 0,5 | 0,8 | 3240 |
| | | | | | | | | | | | | 3256 |
| | | | | | | | | | | | | 3270 |
| 171,3 | 706,7 | 279,4 | 366,1 | 199,3 | 132,2 | 1,1 | 4,4 | 1,7 | 2,8 | 0,7 | 0,8 | 3220 |
| | | | | | | | | | | | | 3257 |
| 183,8 | 133,5 | 430,1 | 252,7 | 363,3 | 112,0 | 0,8 | 0,5 | 3,0 | 1,5 | 1,5 | 0,5 | 3260 |
| 284,5 | 577,5 | 453,6 | 282,0 | 547,4 | 225,2 | 1,4 | 2,7 | 2,3 | 1,5 | 2,1 | 1,2 | 3280 |
| 717,6 | - | - | - | - | - | 2,3 | - | - | - | - | - | 3311 |
| | | | | | | | | | | | | 3314 |
| 283,6 | 610,7 | 240,8 | 472,2 | 378,4 | 251,8 | 1,3 | 3,5 | 1,0 | 2,2 | 2,2 | 1,1 | 3316 |
| | | | | | | | | | | | | 3327 |
| 763,1 | 266,7 | 369,8 | 1 607,4 | - | - | 2,1 | 1,1 | 1,0 | 3,4 | - | - | 3390 |

Zeitraum 1976 - 1978. - 3) Überhöht wegen Besonderheiten bei der Erfassung von Umsätzen.

| Systematik-Nr. | Wirtschaftshauptgruppe Wirtschaftsgruppe Wirtschaftszweig | Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen/Betriebe insgesamt | | | | | |
|------------------------------------|--|---|--|---------|-----------|-----------|----------|
| | | insgesamt | Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten | | | | |
| | | | 0 - 49 | 50 - 99 | 100 - 199 | 200 - 499 | über 500 |
| | | % | | | | | |
| 3620 | Herstellung von Geräten und Einrichtungen für die Elektrizitätserzeugung, -umwandlung und -verteilung, von gewerblichen Elektrogeräten, Signal- und Sicherheitsgeräten, elektrischen Ausrüstungen für Kraft-, Luft- und Raumfahrzeuge, elektromagnetischen Geräten | 25,3 | 7,1 | 13,7 | 27,5 | 41,2 | 67,4 |
| 3640 | Herstellung von elektrischen Leuchten und Lampen | 17,0 | 5,8 | 11,5 | 23,5 | 12,9 | 44,4 |
| 3650 | Herstellung von Elektrohaushaltsgeräten | | | | | | |
| 3670 | Herstellung von Rundfunk-, Fernseh- und phonotechnischen Geräten und Einrichtungen | | | | | | |
| 3660 | Herstellung von Zählern, Fernmelde-, Meß-, Regel- und elektromedizinischen Geräten, bestimmten Bauelementen | 14,6 | 6,0 | 5,1 | 8,0 | 45,8 | 48,0 |
| 3711 | Optik | 20,5 | 9,2 | 21,9 | 23,1 | 40,0 | 38,5 |
| 3715 | Augenoptik | | | | | | |
| 3721 | Herstellung von Foto-, Projektions- und Kinogeräten | | | | | | |
| 3751 | Feinmechanik | 16,2 | 12,8 | 8,7 | 36,4 | 100,0 | 75,0 |
| 3760 | Herstellung von medizin- und orthopädiemechanischen Erzeugnissen | | | | | | |
| 3771 | Herstellung von Uhren | | | | | | |
| 3810 | Herstellung von Handelswaffen und deren Munition | 16,2 | 5,8 | 12,5 | 33,3 | 30,8 | 50,0 |
| 3821 | Herstellung von Werkzeugen sowie Geräten für die Landwirtschaft | | | | | | |
| 3830 | Herstellung von Heiz- und Kochgeräten | | | | | | |
| 3842 | Herstellung von Stahlblechwaren | 20,2 | 8,6 | 23,5 | 22,4 | 52,5 | 36,8 |
| 3844 | Herstellung von NE-Metallblechwaren | | | | | | |
| 3847 | Herstellung von Möbeln aus Metall | | | | | | |
| 3848 | Herstellung von Panzerschränken (Tresoren) | | | | | | |
| 3849 | Herstellung von Feinstblechpackungen | | | | | | |
| 3850 | Herstellung von Schlössern, Beschlägen | | | | | | |
| 3871 | Herstellung von Schneidwaren, Bestecken | | | | | | |
| 3882 | Herstellung von sonstigen Metallwaren | | | | | | |
| 3889 | Herstellung von Metallkurzwaren, leichten Preß-, Zieh- und Stanzteilen | | | | | | |
| 50 | Herstellung von Büromaschinen, Datenverarbeitungsgeräten und -einrichtungen | | | | | | |
| Verbrauchsgüterindustrie | | 12,4 | 7,5 | 10,3 | 19,7 | 27,7 | 52,6 |
| 51 | Feinkeramische Industrie | 33,3 | - | - | - | 83,3 | 100,0 |
| 52 | Glasiindustrie | 25,7 | 15,8 | 23,5 | 20,0 | 66,7 | 100,0 |
| 54 | Holzverarbeitende Industrie | 20,9 | 15,9 | 19,2 | 34,8 | 26,7 | 70,0 |
| 56 | Papier- und Pappeverarbeitung | 15,5 | 5,4 | 9,3 | 31,6 | 39,3 | - |
| 57 | Druckerei und Vervielfältigung | 12,3 | 9,8 | 8,0 | 18,4 | 35,7 | 33,3 |
| 58 | Kunststoffverarbeitung | 16,2 | 11,4 | 15,4 | 19,6 | 31,4 | 57,1 |
| 61 | Ledererzeugung | 55,6 | 16,7 | 75,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| 62 | Lederverarbeitung und Schuhindustrie | 6,3 | 1,8 | 2,8 | 9,1 | 22,2 | 50,0 |
| 63 ohne | | 7,9 | 1,8 | 4,8 | 16,8 | 20,2 | 60,7 |
| 6391 | Textilindustrie | 58,7 | 36,4 | 53,3 | 75,0 | 62,5 | 100,0 |
| 6391 | Veredlung von Textilien | | | | | | |
| 64 | Bekleidungsindustrie | 1,1 | 1,3 | 0,8 | - | 5,0 | - |
| Nahrungs- und Genußmittelindustrie | | 20,0 | 11,9 | 24,0 | 30,8 | 40,9 | 61,5 |
| 68 | Ernährungsgewerbe | 20,0 | 12,4 | 24,5 | 29,9 | 38,1 | 58,3 |
| 68 ohne | | 17,7 | 11,0 | 22,6 | 28,1 | 31,4 | 55,6 |
| 6871 | Ernährungsgewerbe | 31,5 | 21,7 | 30,8 | 38,5 | 71,4 | 66,7 |
| 6871 | Brauerei | | | | | | |

1) Beschäftigte der Betriebe mit Umweltschutzinvestitionen. - 2) Überhöht wegen Besonderheiten bei der Erfassung von Umsätzen.

| Umweltschutzinvestitionen/Beschäftigte ¹⁾ | | | | | | Umweltschutzinvestitionen/Umsatz | | | | | | Systematik-Nr. |
|--|--|---------|-----------|-----------|----------|----------------------------------|--|---------|-----------|-----------|----------|-----------------|
| Insgesamt | Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten | | | | | Insgesamt | Betriebe mit ... bis ... Beschäftigten | | | | | |
| | 0 - 49 | 50 - 99 | 100 - 199 | 200 - 499 | über 500 | | 0 - 49 | 50 - 99 | 100 - 199 | 200 - 499 | über 500 | |
| DM/Beschäftigte | | | | | | DM/1000 DM | | | | | | |
| 213,2 | 630,4 | 181,2 | 491,0 | 151,5 | 204,7 | 0,9 | 5,3 | 1,1 | 2,3 | 0,6 | 0,9 | 3620 |
| | | | | | | | | | | | | 3640 |
| 176,1 | 391,3 | 893,3 | 696,9 | 295,1 | 149,5 | 0,7 | 5,7 | 3,9 | 5,0 | 1,7 | 0,6 | 3650 |
| | | | | | | | | | | | | 3670 |
| 148,9 | 616,3 | 329,0 | 1 789,2 | 246,0 | 119,6 | 0,7 | 3,0 | 2,0 | 15,5 | 1,1 | 0,6 | 3660 |
| | | | | | | | | | | | | 3711 |
| 142,8 | 173,0 | 227,1 | 180,2 | 104,7 | 143,9 | 0,6 | 1,8 | 1,6 | 1,7 | 0,6 | 0,6 | 3715 |
| | | | | | | | | | | | | 3721 |
| | | | | | | | | | | | | 3751 |
| 172,6 | 403,3 | 215,3 | 162,2 | 508,4 | 74,2 | 1,0 | 3,2 | 1,8 | 0,7 | 2,8 | 0,4 | 3760 |
| 131,5 | 735,6 | 347,4 | 367,4 | 106,9 | 32,5 | 0,8 | 3,0 | 2,7 | 2,2 | 0,7 | 0,2 | 3771 |
| | | | | | | | | | | | | 3810 |
| | | | | | | | | | | | | 3821 |
| | | | | | | | | | | | | 3830 |
| | | | | | | | | | | | | 3842 |
| 318,2 | 1 028,1 | 855,6 | 314,5 | 296,1 | 152,1 | 1,5 | 3,0 | 6,1 | 1,5 | 1,6 | 0,6 | 3844 |
| | | | | | | | | | | | | 3847 |
| | | | | | | | | | | | | 3848 |
| | | | | | | | | | | | | 3849 |
| | | | | | | | | | | | | 3850 |
| | | | | | | | | | | | | 3871 |
| 156,6 | 999,6 | 591,4 | 165,5 | 258,1 | 47,3 | 0,8 | 6,8 | 3,5 | 0,8 | 1,6 | 0,2 | 3882 |
| | | | | | | | | | | | | 3889 |
| 1 182,5 | - | - | - | - | - | 18,4 ²⁾ | - | - | - | - | - | 50 |
| 518,5 | 1 093,0 | 616,3 | 727,5 | 435,2 | 420,2 | 2,4 | 5,6 | 2,9 | 3,6 | 2,0 | 1,9 | |
| 96,9 | - | - | - | 137,4 | 20,4 | 0,7 | - | - | - | 1,2 | 0,1 | 51 |
| 854,4 | 4 236,5 | 485,8 | 92,7 | 61,3 | 1 295,2 | 3,5 | 17,0 | 2,9 | 0,6 | 0,2 | 5,3 | 52 |
| 642,4 | 870,3 | 573,9 | 1 689,1 | 280,6 | 257,7 | 3,1 | 4,6 | 2,8 | 8,6 | 1,1 | 1,3 | 54 |
| 309,1 | 734,1 | 1 523,5 | 349,3 | 167,5 | - | 1,5 | 5,1 | 10,6 | 1,8 | 0,7 | - | 56 |
| 903,9 | 265,3 | 263,4 | 252,7 | 705,6 | 1 617,7 | 4,3 | 1,9 | 1,4 | 1,2 | 3,1 | 7,4 | 57 |
| 618,8 | 1 366,4 | 307,6 | 687,6 | 991,8 | 184,3 | 3,4 | 7,2 | 1,4 | 3,2 | 4,8 | 1,4 | 58 |
| 1 303,5 | 7 047,5 | 2 641,5 | 102,2 | 1 887,1 | 160,7 | 4,8 | 30,9 | 11,9 | 0,5 | 5,9 | 0,6 | 61 |
| 65,4 | 132,1 | 112,6 | 391,9 | 136,7 | 25,6 | 0,2 | 1,2 | 1,5 | 4,5 | 0,3 | 0,1 | 62 |
| 369,7 | 1 083,9 | 465,7 | 375,4 | 244,2 | 395,3 | 1,6 | 2,4 | 1,4 | 1,8 | 1,5 | 1,6 | 63 ohne 6391 |
| 1 442,3 | 8 167,7 | 2 658,4 | 2 200,0 | 2 619,0 | 413,6 | 7,5 | 42,4 | 11,9 | 16,9 | 31,2 | 1,7 | 6391 |
| 1 567,0 | 1 416,2 | 588,4 | - | 2 091,5 | - | 7,3 | 4,2 | 4,5 | - | 12,8 | - | 64 |
| 1 034,2 | 3 387,8 | 1 702,5 | 675,7 | 1 024,1 | 532,6 | 1,7 | 7,1 | 3,9 | 1,6 | 1,4 | 0,7 | |
| 1 125,2 | 3 387,8 | 1 702,5 | 703,0 | 1 145,0 | 606,7 | 2,1 | 7,1 | 3,9 | 1,6 | 1,5 | 1,3 | 68 |
| 1 282,8 | 4 311,0 | 2 255,0 | 638,3 | 1 280,5 | 680,5 | 2,2 | 7,7 | 4,5 | 1,3 | 1,3 | 1,5 | 68 ohne 6871 |
| 624,8 | 689,5 | 341,0 | 995,6 | 897,8 | 216,6 | 1,9 | 3,2 | 1,4 | 3,3 | 2,5 | 0,5 | 6871 |

Zu III, 4.2: Die ökonomische Bedeutung der Umweltschutzinvestitionen und -leistungen

1. Erfassung umweltinduzierter betrieblicher Kostenfaktoren

(a) Kostenbelastung durch Umweltinvestitionen

Die Umweltschutzinvestitionen müssen für dieses Modell entsprechend ihrer voraussichtlichen Nutzungsdauer in Kosten der Abschreibung umgerechnet werden. Hierzu wurde zunächst der Anteil der Umweltinvestitionen an den Gesamtinvestitionen je Branche aus den Daten der Investitions-erhebung übernommen und auf die gesamten Abschreibungen der jeweiligen Branche nach Unterlagen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen und der Kostenstrukturerhebung übertragen, wodurch sich „umweltbezogene Abschreibungen“ als Kostenfaktoren ergaben.

(b) Kostenbelastung durch öffentliche Gebühren

Die Kostenbelastung durch öffentliche Gebühren konnte für jede Branche der Investitionserhebung entnommen werden.

(c) Kostenbelastung durch private Gebühren

Über die Kostenbelastung durch private Gebühren gibt es keine amtlichen Angaben; sie wurden je Branche in derselben Höhe einbezogen wie die öffentlichen Gebühren und dürften damit in der Regel für jede Branche zu hoch angesetzt sein.

(d) Kostenbelastung durch Betriebs- und Wartungskosten der Umweltschutzeinrichtungen

Die Kosten der laufenden Betriebs- und Wartungsarbeiten wurden in entsprechender Differenzierung einem Gutachten von Battelle entnommen¹. Sie umfassen Kosten für Energie und Wasser, Sachkosten, Personal- und Gemeinkosten, sowie Zinsbelastung und sind dort für die einzelnen Aufwendungen für Umweltmaßnahmen im Verhältnis zu den Umweltinvestitionen ausgedrückt.

2. Ermittlung der direkt mit Umweltaufgaben Beschäftigten

Zur Abschätzung des Umfangs dieses Personenkreises stehen unterschiedliche Datenquellen zur Verfügung, die gegeneinander abgewogen werden müssen, um eine Größenordnung für die im Aufgabenbereich „Umweltschutz“ in Baden-Württemberg tätigen Menschen geben zu können. Personen, die nur einen Teil ihrer Arbeitszeit dem Umweltschutz widmen, werden in „Umweltschutz-Vollarbeitskräfte“ umgerechnet.

¹ Vgl. L. Lichtwer, Schätzung der monetären Aufwendungen für Umweltschutzmaßnahmen in den Jahren 1977–1981, Gutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes, Frankfurt 1979.

(a) Abfall- und Abwasserbeseitigung bei den Kommunen

Hinsichtlich des Personals bei Gemeinden, Gemeindeverbänden und Zweckverbänden weist die Personalstandsstatistik 1977 für den Aufgabenbereich „Abfall- und Abwasserbeseitigung“ 4539 Kommunalbedienstete aus. Wegen der geringen Bedeutung der Teilzeitbeschäftigung dürfte dieser Bereich in Vollarbeitskräften durchaus 4500 Personen umfassen.

(b) Abfall- und Abwasserbeseitigung bei privaten Unternehmen

Nach den Daten der Beschäftigtenstatistik des Landesamtes ist unter Hinzurechnung der geringen Zahl an Teilzeitbeschäftigten für 1977 mit 1650 Personen in diesem Bereich zu rechnen. Hinzu dürften noch knapp 300 Inhaber und mit-helfende Familienangehörige kommen – diese Zahlen wurden mit Hilfe von Daten der Arbeits-stättenzählung 1970 (179 Inhaber und mit-helfende Familienangehörige) und der inzwischen gestiegenen Zahl der Unternehmen geschätzt.

(c) Sonstige Umweltaufgaben des Landes und der Kommunen Baden-Württembergs

Zu den unter (a) aufgeführten Aufgaben des Staates im Bereich Umweltschutz kommen noch verschiedene Aufgabenbereiche der Planung, der Verwaltung und des Vollzugs umweltschutz-bezogener Gesetze und Vorschriften. Nach Schätzungen der betroffenen Ministerien sind in den Behörden des Landes Baden-Württemberg unge-fähr 3000 Personen mit Umweltaufgaben betraut. Hierzu gehören neben den Beamten und Angestell-ten in der Umweltaufgaben der Ministerien vor allem Beschäftigte in nachgeordneten Behörden sowie Untersuchungs- und Forschungsanstalten (z. B. Landesamt für Umweltschutz, verschie-dene Untersuchungsämter, Bezirksstellen für Naturschutz und Landschaftspflege). Bei den Ge-meinden und Landkreisen liegt nach einer Erhe-bung für die gesamte Bundesrepublik die Zahl von eigens dafür ausgebildeten oder unmittelbar hier-mit Beschäftigten bei 10500 besetzten Stellen²; demnach wäre für Baden-Württemberg mit etwa 1700 Vollarbeitskräften zu rechnen.

² Vgl. Hagen Counselling, Analyse der Bedarfsstrukturen von Aus- und Fortbildung im Umweltbereich, Gutachten im Auftrag des Umweltbundesamtes, Köln 1978, insbes. S. 183.

(d) Im industriellen Bereich mit Umweltaufgaben
Beschäftigte

Die Investition und die Unterhaltung von Umwelteinrichtungen sowie die ständig steigenden Anforderungen an die Umweltfreundlichkeit von Produkten und ihrer Fertigungsweise erfordert bei der Industrie selbst verschiedene Aufgaben, die zum Teil von eigenen Arbeitern und Angestellten wahrgenommen werden – so Betrieb, Instandhaltung und Reparatur von Umweltschutzeinrichtungen, Messen und Überwachen der Umweltbelastung, Erprobung und Entwicklung umweltschonender Produkte und Fertigungsverfahren. Die Abgrenzung und quantitative Erfassung dieser Personengruppe ist ausgesprochen schwierig, zumal sich ihre Aufgaben oft nicht eindeutig von anderen betrieblichen Aufgabenbereichen trennen lassen.

Zur Abschätzung dieser zahlenmäßig ständig steigenden Personengruppe hat das Ifo-Institut auf Bundesebene eine Erhebung durchgeführt³; nach überschlägigen Schätzungen zur Regionalisierung der Bundesergebnisse, die auch von dem Umstand ausgehen, daß diese Personengruppe stark mit der Umweltschutzinvestitionstätigkeit korreliert ist, dürften hiervon auf Baden-Württemberg mindestens 3000 Beschäftigte entfallen.

³ Vgl. R.-U. Sprenger/S. Britschkat, a. a. O., S. 68 f.

Tabelle 21

**Umweltrelevante Personal-, ausgewählte Sachausgaben und Investitionen der
Gemeinden, Landkreise und Zweckverbände**

| Ausgabearten | 1974 | 1975 | 1976 | 1977 | 1978 |
|---|-----------|-----------|-----------|-----------|-----------|
| | 1 000 DM | | | | |
| Abwasserbeseitigung | | | | | |
| Personalausgaben | 84 326 | 93 952 | 101 448 | 109 038 | 118 687 |
| Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand ¹⁾ | 82 342 | 86 988 | 101 630 | 113 135 | 130 102 |
| darunter | | | | | |
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens | 25 455 | 26 814 | 26 727 | 30 336 | 35 161 |
| Haltung von Kfz | 2 226 | 2 459 | 2 295 | 2 489 | 2 919 |
| Geschäftsausgaben | 2 100 | 2 630 | 3 420 | 3 219 | 3 394 |
| Investitionen | 963 821 | 827 266 | 1 022 329 | 1 010 707 | 1 312 708 |
| davon | | | | | |
| Erwerb von Grundstücken | 6 786 | 3 249 | 3 592 | 3 937 | 5 858 |
| Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens | 5 564 | 4 588 | 4 898 | 7 581 | 7 256 |
| Baumaßnahmen | 951 471 | 819 429 | 1 013 839 | 999 189 | 1 299 594 |
| Insgesamt | 1 130 489 | 1 008 206 | 1 225 407 | 1 232 880 | 1 561 497 |
| Abfallbeseitigung | | | | | |
| Personalausgaben | 63 739 | 68 862 | 68 094 | 69 081 | 68 261 |
| Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand ¹⁾ | 111 036 | 141 837 | 164 358 | 160 861 | 200 865 |
| darunter | | | | | |
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens | 11 931 | 11 666 | 8 729 | 9 166 | 12 834 |
| Haltung von Kfz | 11 332 | 11 398 | 12 549 | 12 294 | 13 769 |
| Geschäftsausgaben | 14 253 | 14 793 | 16 004 | 15 459 | 14 800 |
| Investitionen | 65 129 | 49 771 | 36 549 | 42 968 | 42 867 |
| davon | | | | | |
| Erwerb von Grundstücken | 2 790 | 3 010 | 2 204 | 1 735 | 6 225 |
| Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens | 12 707 | 9 329 | 7 484 | 10 791 | 9 110 |
| Baumaßnahmen | 49 632 | 37 432 | 26 861 | 30 442 | 27 532 |
| Insgesamt | 239 904 | 260 470 | 269 001 | 272 910 | 311 993 |
| Zusammen | | | | | |
| Personalausgaben | 148 065 | 162 814 | 169 542 | 178 119 | 186 948 |
| Sächlicher Verwaltungs- und Betriebsaufwand ¹⁾ | 193 378 | 228 825 | 265 988 | 273 996 | 330 967 |
| darunter | | | | | |
| Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens | 37 386 | 38 480 | 35 456 | 39 502 | 47 995 |
| Haltung von Kfz | 13 558 | 13 857 | 14 844 | 14 783 | 16 688 |
| Geschäftsausgaben | 16 353 | 17 423 | 19 424 | 18 678 | 18 194 |
| Investitionen | 1 028 950 | 877 037 | 1 058 878 | 1 053 675 | 1 355 575 |
| davon | | | | | |
| Erwerb von Grundstücken | 9 576 | 6 259 | 5 796 | 5 672 | 12 083 |
| Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens | 18 271 | 13 917 | 12 382 | 18 372 | 16 366 |
| Baumaßnahmen | 1 001 103 | 856 861 | 1 040 700 | 1 029 631 | 1 327 126 |
| Insgesamt | 1 370 393 | 1 268 676 | 1 494 408 | 1 505 790 | 1 873 490 |

1) Ohne "Zuweisungen und Zuschüsse" und "Sonstige Finanzausgaben".

Zu III, 5: Strukturen und Entwicklungen in der Land- und Forstwirtschaft

Tabelle 22

Entwicklung der landwirtschaftlichen Betriebsstruktur nach Vergleichsgebieten (Betriebe ab 1 ha LF)

a) Betriebe

| Vergleichsgebiet | Betriebe 1980 insgesamt | Davon entfallen auf die Größenklassen von ... bis unter ... ha LF | | | | | | Veränderung der Betriebe 1980 gegen | | | Anteil der Betriebe 1977 mit | |
|-----------------------------|-------------------------|---|-------|--------|---------|---------|-------------|-------------------------------------|--------|--------|---|---------------------------------------|
| | | 1 - 2 | 2 - 5 | 5 - 10 | 10 - 20 | 20 - 50 | 50 und mehr | 1966 | 1971 | 1975 | Inhaber und/oder Ehegatte in anderweitiger Erwerbstätigkeit | Voll-erwerbs- ¹⁾ charakter |
| | | Anzahl | | | | | | | | | | |
| Unterland/Bergstraße | 7 738 | 20,3 | 22,2 | 17,7 | 23,7 | 15,3 | 0,8 | - 45,9 | - 24,3 | - 14,8 | 41,5 | 41,4 |
| Gäulandschaft | 16 288 | 27,4 | 27,5 | 16,0 | 15,1 | 12,4 | 1,6 | - 51,4 | - 30,2 | - 19,8 | 59,0 | 23,9 |
| Rheinebene | 19 872 | 30,6 | 31,5 | 17,9 | 11,4 | 7,4 | 1,2 | - 48,1 | - 25,9 | - 17,5 | 62,7 | 23,5 |
| Westlicher Bodensee | 2 880 | 16,2 | 19,9 | 21,5 | 23,0 | 17,7 | 1,7 | - 36,6 | - 19,6 | - 13,4 | 51,8 | 38,3 |
| West-Schwarzwald | 5 379 | 17,1 | 31,1 | 23,2 | 22,2 | 6,2 | 0,2 | - 29,9 | - 15,2 | - 9,2 | 59,0 | 28,4 |
| Hochschwarzwald | 5 091 | 17,3 | 32,6 | 22,7 | 16,0 | 10,7 | 0,7 | - 27,6 | - 15,1 | - 9,1 | 68,8 | 16,9 |
| Ost-Schwarzwald | 4 672 | 16,7 | 32,4 | 25,2 | 16,8 | 8,3 | 0,6 | - 41,2 | - 24,5 | - 16,6 | 68,5 | 13,6 |
| Baar | 3 328 | 8,6 | 15,8 | 23,6 | 26,2 | 23,4 | 2,4 | - 43,1 | - 27,7 | - 17,9 | 66,9 | 23,0 |
| Ostlicher Bodensee | 1 741 | 8,6 | 16,5 | 27,3 | 34,8 | 12,2 | 0,6 | - 24,5 | - 14,0 | - 9,2 | 32,3 | 54,9 |
| Allgäu | 3 734 | 4,7 | 9,0 | 19,4 | 40,0 | 26,3 | 0,6 | - 27,6 | - 17,5 | - 10,7 | 30,8 | 58,1 |
| Oberland | 11 754 | 7,5 | 13,5 | 21,6 | 31,5 | 24,5 | 1,4 | - 28,7 | - 18,4 | - 11,3 | 49,9 | 40,6 |
| Donau-Iller | 2 536 | 7,0 | 13,8 | 22,0 | 31,6 | 24,8 | 0,8 | - 28,0 | - 18,5 | - 11,0 | 44,2 | 46,8 |
| Bessere Alb | 3 389 | 6,3 | 10,9 | 21,3 | 32,2 | 27,3 | 2,0 | - 28,9 | - 18,7 | - 10,2 | 47,7 | 44,2 |
| Geringere Alb | 10 786 | 12,6 | 16,3 | 21,2 | 26,4 | 21,3 | 2,2 | - 36,5 | - 20,7 | - 13,1 | 66,6 | 20,1 |
| Heuberg | 1 941 | 19,9 | 36,6 | 21,2 | 14,8 | 5,3 | 2,2 | - 41,5 | - 20,4 | - 14,8 | 72,6 | 4,8 |
| Westliches Albvorland | 2 328 | 25,6 | 36,1 | 16,4 | 10,8 | 7,2 | 3,9 | - 55,3 | - 31,7 | - 22,6 | 70,5 | 6,4 |
| Neckar-Nagold-Gebiet | 7 415 | 26,1 | 34,2 | 19,1 | 10,5 | 8,3 | 1,8 | - 47,1 | - 27,7 | - 20,1 | 70,4 | 9,6 |
| Östliches Albvorland | 4 850 | 24,3 | 22,7 | 17,8 | 21,6 | 12,5 | 1,1 | - 43,9 | - 26,5 | - 17,4 | 54,0 | 25,1 |
| Schwäbischer Wald | 8 352 | 12,8 | 23,2 | 26,9 | 24,5 | 12,4 | 0,2 | - 32,1 | - 18,8 | - 13,2 | 60,6 | 24,3 |
| Hohenlohe | 5 833 | 8,2 | 12,6 | 20,0 | 29,3 | 29,0 | 0,9 | - 28,1 | - 15,6 | - 9,9 | 43,7 | 47,3 |
| Bauland | 8 301 | 13,9 | 19,4 | 22,0 | 22,9 | 19,5 | 2,3 | - 42,0 | - 23,7 | - 15,3 | 64,6 | 26,3 |
| Baden-Württemberg insgesamt | 138 208 | 18,2 | 23,6 | 20,3 | 21,3 | 15,2 | 1,4 | - 41,0 | - 23,1 | - 15,1 | 58,4 | 27,4 |

1) Betriebe mit ausschließlich betrieblichen Einkommen des Inhabers und/oder Ehegatten.

b) landwirtschaftlich genutzte Fläche (LF)

| Vergleichsgebiet | LF 1980 insgesamt | Davon entfallen auf die Größenklassen von ... bis unter ... ha LF | | | | | | Veränderung der LF gegen 1980 | | | Anteil der LF der Betriebe 1977 mit ... | |
|-----------------------------|-------------------|---|-------|--------|---------|---------|-------------|-------------------------------|-------|-------|---|---------------------------------------|
| | | 1 - 2 | 2 - 5 | 5 - 10 | 10 - 20 | 20 - 50 | 50 und mehr | 1966 | 1971 | 1975 | Inhaber und/oder Ehegatte in anderweitiger Erwerbstätigkeit | Voll-erwerbs- ¹⁾ charakter |
| | | 1 000 ha | | | | | | | | | | |
| Unterland/Bergstraße | 83,7 | 2,6 | 6,6 | 12,0 | 32,1 | 38,2 | 8,5 | - 9,0 | - 5,4 | - 4,3 | 21,4 | 68,1 |
| Gäulandschaft | 154,7 | 4,0 | 9,1 | 12,0 | 22,8 | 38,4 | 13,7 | - 10,2 | - 5,6 | - 4,2 | 36,0 | 55,9 |
| Rheinebene | 149,1 | 5,8 | 13,3 | 16,8 | 21,6 | 29,4 | 13,1 | - 12,3 | - 5,0 | - 4,1 | 38,3 | 54,8 |
| Westlicher Bodensee | 35,1 | 1,9 | 5,3 | 13,0 | 27,0 | 41,7 | 11,1 | - 8,6 | - 4,1 | - 3,3 | 34,0 | 58,8 |
| West-Schwarzwald | 42,7 | 3,1 | 12,9 | 21,1 | 38,5 | 20,6 | 3,8 | - 4,7 | + 0,8 | + 0,9 | 38,9 | 54,8 |
| Hochschwarzwald | 47,1 | 2,8 | 11,8 | 17,6 | 24,3 | 32,2 | 11,3 | + 3,8 | + 8,4 | + 7,6 | 49,0 | 42,4 |
| Ost-Schwarzwald | 38,8 | 2,9 | 13,2 | 21,7 | 28,3 | 28,7 | 5,2 | - 10,2 | - 6,0 | - 4,0 | 57,8 | 31,2 |
| Baar | 49,8 | 0,8 | 3,7 | 11,8 | 25,0 | 47,9 | 10,8 | - 7,1 | - 2,9 | - 1,9 | 49,9 | 43,6 |
| Östlicher Bodensee | 19,9 | 1,0 | 4,9 | 18,1 | 43,2 | 27,5 | 5,3 | - 7,9 | - 4,8 | - 3,2 | 18,0 | 70,5 |
| Allgäu | 57,0 | 0,4 | 2,1 | 9,6 | 38,9 | 46,2 | 2,8 | - 4,5 | - 2,9 | - 2,7 | 18,0 | 73,6 |
| Oberland | 173,9 | 0,7 | 3,2 | 10,9 | 31,2 | 47,5 | 6,5 | - 4,1 | - 2,3 | - 1,7 | 32,6 | 62,2 |
| Donau-Iller | 35,9 | 0,7 | 3,4 | 11,6 | 32,0 | 48,3 | 4,0 | - 5,0 | - 3,4 | - 1,7 | 26,0 | 68,5 |
| Bessere Alb | 54,6 | 0,6 | 2,3 | 9,8 | 29,3 | 49,0 | 9,0 | - 3,1 | - 2,5 | - 1,6 | 30,1 | 65,3 |
| Geringere Alb | 152,5 | 1,2 | 3,9 | 11,1 | 27,0 | 43,7 | 13,1 | - 3,4 | - 3,3 | - 2,4 | 53,6 | 40,1 |
| Heuberg | 16,7 | 3,3 | 14,3 | 17,3 | 23,7 | 19,1 | 22,3 | - 9,9 | - 1,8 | - 1,3 | 66,7 | 20,8 |
| Westliches Albvorland | 21,9 | 3,9 | 12,5 | 12,3 | 16,1 | 25,0 | 30,2 | - 13,3 | - 5,4 | - 5,7 | 59,0 | 29,9 |
| Neckar-Nagold-Gebiet | 60,4 | 4,6 | 13,5 | 16,6 | 17,7 | 31,4 | 16,2 | - 10,8 | - 5,5 | - 4,6 | 56,1 | 33,4 |
| Östliches Albvorland | 48,6 | 3,4 | 7,2 | 13,1 | 31,1 | 35,2 | 10,0 | - 10,4 | - 5,4 | - 4,3 | 38,7 | 51,2 |
| Schwäbischer Wald | 82,9 | 1,8 | 8,0 | 19,6 | 35,5 | 32,5 | 2,6 | - 7,4 | - 4,1 | - 3,5 | 45,3 | 47,2 |
| Hohenlohe | 87,4 | 0,8 | 2,9 | 9,9 | 28,9 | 53,3 | 4,2 | - 4,6 | - 2,8 | - 2,1 | 26,4 | 69,9 |
| Bauland | 110,6 | 1,5 | 4,9 | 12,0 | 24,7 | 43,3 | 13,6 | - 7,2 | - 3,1 | - 2,7 | 41,4 | 55,1 |
| Baden-Württemberg insgesamt | 1 523,2 | 2,4 | 7,0 | 13,4 | 27,8 | 39,4 | 10,0 | - 7,1 | - 3,5 | - 2,7 | 38,9 | 54,0 |

1) Betriebe mit ausschließlich betrieblichen Einkommen des Inhabers und/oder Ehegatten.

Tabelle 23

Altersstruktur der Familienarbeitskräfte in landwirtschaftlichen Betrieben¹⁾**– Arbeitskräfteerhebung April 1980 –**

| Altersgruppe von ... bis ... Jahre | Familienarbeitskräfte ²⁾ insgesamt | | | Darunter Betriebsinhaber | |
|---------------------------------------|--|----------|----------|-----------------------------|-------------------|
| | männlich | weiblich | zusammen | insgesamt | darunter männlich |

Arbeitskräfte in 1000

| | | | | | |
|--------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 15 - 24 | 33,1 | 7,5 | 40,6 | 2,6 | 2,3 |
| 25 - 34 | 23,2 | 13,5 | 36,7 | 13,8 | 12,5 |
| 35 - 44 | 34,9 | 30,5 | 65,4 | 32,3 | 31,0 |
| 45 - 54 | 49,1 | 39,4 | 88,5 | 49,4 | 46,7 |
| 55 - 64 | 27,3 | 26,3 | 53,6 | 28,0 | 24,6 |
| 65 und mehr | 29,4 | 17,8 | 47,2 | 17,6 | 13,9 |
| Insgesamt | 197,0 | 135,0 | 332,0 | 143,7 | 131,0 |
| darunter 45 Jahre und älter | 105,8 | 83,5 | 189,3 | 95,0 | 85,2 |

| | | | | | |
|--------------------------------|-------|-------|-------|-------|-------|
| 15 - 24 | 16,8 | 5,5 | 12,2 | 1,8 | 1,8 |
| 25 - 34 | 11,8 | 10,0 | 11,1 | 9,6 | 9,5 |
| 35 - 44 | 17,7 | 22,6 | 19,7 | 22,5 | 23,7 |
| 45 - 54 | 24,9 | 29,2 | 26,7 | 34,4 | 35,6 |
| 55 - 64 | 13,9 | 19,5 | 16,1 | 19,5 | 18,8 |
| 65 und mehr | 14,9 | 13,2 | 14,2 | 12,2 | 10,6 |
| Insgesamt | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 | 100,0 |
| darunter 45 Jahre und älter | 53,7 | 61,9 | 57,0 | 66,1 | 65,0 |

1) Betriebe ab 1 ha LF zuzüglich kleinerer Betriebe mit pflanzlichen oder tierischen Erzeugniseinheiten, die mindestens dem durchschnittlichen Wert einer jährlichen landwirtschaftlichen Markterzeugung von 1 ha LF entsprechen. - 2) Mit betrieblichen Arbeiten beschäftigte Personen (ohne Berücksichtigung der Haushaltstätigkeit).